

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

**„Die Protestaktionen gegen die Wiederaufrüstung
der Bundesrepublik Deutschland von 1948 — 1955“**

Inaugural-Dissertation

in der Philosophischen Fakultät I

(Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften)

der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von

Eckart Dietzfelbinger



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546217_0019

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

**„Die Protestaktionen gegen die Wiederaufrüstung
der Bundesrepublik Deutschland von 1948 — 1955“**

Inaugural-Dissertation

**in der Philosophischen Fakultät I
(Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften)
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg**

**vorgelegt von
Eckart Dietzfelbinger**

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Juli 1984

Dekan: Prof. Sünkel

Referent: Prof. Ganslandt

Koreferent: Prof. Jasper

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Abkürzungsverzeichnis

EINFÜHRUNG

1. Zur Themenstellung	11
2. Zur Quellenlage	12
3. Zur Gliederung	14

I. DIE VORGESCHICHTE 1945 - 1949

1. Die politischen Vorstellungen der Sieger- mächte über Deutschland nach Kriegsende	16
2. Die militärpolitischen Entscheidungen der Siegermächte von 1945 - 1949	30
3. Die innenpolitische Entwicklung in Deutsch- land vom Kriegsende bis zur Gründung der BRD	38

II. DIE PROTESTAKTIONEN GEGEN DIE WIEDERAUF- RÜSTUNG VON 1948 - 1955

Einleitung	49
------------	----

Das Jahr 1949

1. Politische Entscheidungen	53
2. Die Protestaktionen	54

Das Jahr 1950

1. Politische Entscheidungen	60
2. Die Protestaktionen	
a) Überblick und Verlauf der Proteste	70
Die "Ohne-mich"-Bewegung	72

b) Weitere Beispiele von Protestaktionen	81
--	----

Das Jahr 1951

1. Politische Entscheidungen	90
2. Die Protestaktionen	
a) Überblick und Verlauf der Proteste	
Die Volksbefragungsaktion 1951/52	94
b) Weitere Beispiele von Protestaktionen	107

Das Jahr 1952

1. Politische Entscheidungen	121
2. Die Protestaktionen	
a) von Arbeitern	126
b) Von Gewerkschaftern	127
c) Von Jugendorganisationen	132
d) Weitere Proteste von Organisationen	
und Einzelpersonen gegen die Wieder-	
aufrüstung	139
e) Die Feststellungsklage der SPD	143

Das Jahr 1953

1. Politische Entscheidungen	146
2. Die Protestaktionen	149
Zu dem Ergebnis der Bundestagswahlen	156

Das Jahr 1954

1. Politische Entscheidungen	161
2. Die Protestaktionen	165

Die Neuformierung der westdeutschen Friedens- bewegung im Herbst 1954	173
--	-----

Das Jahr 1955

1. Politische Entscheidungen	180
2. Die Protestaktionen	182
Auf dem Weg zur "Paulskirchenbewegung"	186 ff.

III. DIE HALTUNGEN VON SPD, DGB, KPD, NEUTRALI-
STISCHEN GRUPPEN UND KIRCHEN ZUR WIEDERAUFRIESTUNG

Einleitung	198
Die Haltung der SPD	199
Die Haltung des DGB	210
Die Haltung der KPD	218
Die Haltung der neutralistischen Gruppen	230
1. Der Nauheimer Kreis	231
2. Die "Dritte Front"	234
3. Der "Deutsche Kongreß"	235
4. Die Notgemeinschaft für den Frieden Europas	239
5. Pazifistische Gruppen	244
Die Haltungen der Kirchen	
1. Die Haltung der EKD	250
2. Die Haltung der katholischen Kirche	260
Exkurs: Zur politischen Repression gegen Remilitarisierungsgegner, besonders gegen Kommunisten	264
<u>SCHLUSSWORT</u>	275

DOKUMENTENANHANG

- Plakate der Deutschen Friedensgesellschaft anlässlich des 6. Augustes, dem Tag des Atombombenabwurfes auf Hiroshima; anlässlich einer Veranstaltung gegen die Remilitarisierung 1949
- Auszüge aus der Rücktrittserklärung Gustav Heinemanns von seinem Amt als Innenminister im Herbst 1950
- Offener Brief Martin Niemöllers vom 4. Oktober 1950 an Bundeskanzler Adenauer
- Mitteilungsblatt der St. Stephani-Gemeinde vom November 1950
- Manifest der Essener Tagung gegen die Remilitarisierung Deutschlands vom 28. Januar 1951
- Erklärung des "Deutschen Kongresses" an die Viermächtekonferenz vom 18. März 1951
- Verbotserlaß der Bundesregierung gegen die Volksbefragungsaktion vom 24. April 1951
- Aufruf der Notgemeinschaft für den Frieden Europas zur Unterzeichnung ihrer Petition gegen die Aufrüstung, Februar 1952
- Auszüge aus dem abschließenden Bericht des Hauptausschusses für Volksbefragung, veröffentlicht am 16. März 1952
- Deutsches Manifest der "Paulskirchenbewegung", Januar 1955

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADF	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände
ADJ	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Juristen
AHK	Alliierte Hohe Kommission
BdD	Bund der Deutschen
BdK	Bund der Kriegsdienstgegner
BDKJ	Bund der Deutschen Katholischen Jugend
BHE/GB	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten/ Gesamtdeutscher Block
BKV	Bund der Kriegsdienstverweigerer
BP	Bayernpartei
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
CVJM	Christlicher Verein Junger Männer
DAK	Deutsches Arbeiterkomitee gegen Remilitarisierung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ddz	Dokumentation der Zeit (DDR)
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DP	Deutsche Partei
DVP	Deutsche Volkspartei
EAK	Europäisches Arbeiterkomitee gegen Remilitarisierung
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ERP	European Recovery Program
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
F	Frankreich
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDK	Friedensbund Deutscher Katholiken
FDP	Freie Demokratische Partei
FSU	Frei-Soziale Union
GB	Großbritannien
GdED	Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
GDSP	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

GdW	Gruppe der Wehrdienstverweigerer
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
IDK	Internationale der Kriegsdienstgegner
IVB	Internationaler Versöhnungsbund
KAB	Katholische Arbeiterbewegung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LSCO	Labor Service Companies
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OEEC	Organisation für europäische ökonomische Zusammenarbeit
ÖIV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDA	Sozialdemokratische Aktion
SDO	Sozialdemokratische Opposition
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
SU	Sowjetunion
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WFFB	Westdeutsche Frauenfriedensbewegung
WFK	Westdeutsches Friedenskomitee
WOMAN	Weltorganisation der Mütter aller Nationen
ZK	Zentralkomitee

Alle Seitenangaben in Klammern beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Arbeit.

EINFÜHRUNG

1. Zur Themenstellung

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit der Oppositionsbewegung gegen die Remilitarisierung (1) der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1948 bis 1955: Ihrer Entstehung, ihren politischen Aussagen zur Wiederaufrüstung, dem Selbstverständnis der in ihr engagierten Organisationen und Parteien und den verschiedenen Formen der Protestaktionen.

Bis heute gibt es außer einer Abhandlung aus marxistisch-leninistischer Sicht (2) und einem im Frühjahr 1983 fertiggestellten Dokumentarfilm nach meiner Kenntnis noch keine wissenschaftlich fundierte Gesamtdarstellung dieser damaligen Friedensbewegung in Westdeutschland. Dafür dürften besonders zwei Gründe ausschlaggebend gewesen sein:

1. Die scheinbar fehlende Aktualität einer Auseinandersetzung mit der damaligen Opposition gegen die Wiederaufrüstung. Angesichts der heutigen Diskussion über die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, die seit dem Bekanntwerden des sog. NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 (3) in einem nicht vorhersehbaren Ausmaß angewachsen ist und die Stationierung atomarer Erstschlagswaffen in Mitteleuropa und auf bundesdeutschem Gebiet wegen der damit verbundenen Gefahr eines möglichen Atomkrieges in Europa zu verhindern sucht, erscheint eine solche Auseinandersetzung sinnvoll. SPD, Gewerkschaften, Friedensverbände, Kirchen und viele andere setzen mit ihren Protestaktionen Traditionen früherer außerparlamentarischer Oppositionsbewegungen gegen die NATO-Politik fort (4), die meist unzureichend bekannt sind. In besonderem Maße gilt dies für die antimilitaristische Oppositionsbewegung in Westdeutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

2. Die Aufrechterhaltung des bis Ende der sechziger Jahre weit verbreiteten offiziellen Geschichtsbildes aus der Zeit des Kalten Krieges zwischen West und Ost, die Bundesrepublik Deutschland sei Mitglied der NATO geworden, weil sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von der Sowjetunion und der DDR militärisch bedroht worden wäre: d.h., daß die Wiederaufrüstung eine Schutzmaßnahme gegenüber dem "aggressiven und expansiven Osten" gewesen sei. Die Friedensbewegung gegen die Wiederaufrüstung wurde in Publikationen, die dieses Geschichtsbild verbreiteten, zumeist völlig übergangen oder nur mit wenigen Sätzen erwähnt.(5)
- Seit Beginn der siebziger Jahre lassen sich in steigendem Maße zahlreiche Bemühungen um eine verstärkte Aufarbeitung der westdeutschen Nachkriegsgeschichte feststellen, die dieses Geschichtsbild korrigierten(6). Die Ergebnisse dieser Arbeiten stimmen meist darin überein, daß die Wiederaufrüstung der BRD keineswegs eine alleinige Schutzmaßnahme gegenüber den Machtansprüchen der Sowjetunion darstellte, sondern auch Teil der von der ersten Bundesregierung verfolgt und von den Westmächten unterstützten politischen und ökonomischen Westintegration war, deren wesentlicher Bestandteil eine offensive "Politik der Stärke" gegenüber den östlichen Nachbarn gewesen ist: Mit politischem, ökonomischem und militärischem Druck auf die Sowjetunion und die in ihrem Einflußbereich liegenden osteuropäischen Staaten die Herausgabe der DDR und die Wiederherstellung der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 zu erreichen. (7)
- Wie verunsichert nach wie vor die staatlichen Institutionen auf solchermaßen kritische Analyse der damaligen Ereignisse zu reagieren imstande sind, zeigt das Aufführungsverbot des bereits genannten Dokumentarfilms in der Erstfassung mit dem Titel "Der lange Atem" durch die staatliche Hochschule für Film und Fernsehen in München im Sommer 1981. (8)

2. Zur Quellenlage

Die Quellenarbeit war aufwendig und sehr zeitraubend. Zur Rekonstruktion der Entwicklung der damaligen Friedensbewegung dienten vorwiegend die Meldungen westdeutscher Tages-

zeitungen, die meist in Buchform vorliegenden Berichte von Personen, die sich in der Friedensbewegung engagiert hatten und die erwähnten Untersuchungen über die westdeutsche Nachkriegsgeschichte aus jüngerer Zeit. Die Auswertung dieser Quellen, die bisher noch nicht geleistet, umso mehr aber als Grundlage für eine exakte Analyse und Bewertung unseres Gegenstandes nötig war, nimmt entsprechend breiten Raum ein, so daß vorderhand ein deskriptives Element die Arbeit dominiert. Oft sprechen jedoch schon die bloßen Fakten klar ihre Schlüsse aus. Gerade durch die Fülle des vorliegenden Materials aber sollte das Bild den tatsächlichen Ereignissen möglichst nahe kommen.

Es kann nicht bestritten werden, daß in dieser Quellenauswertung mögliche Fehler enthalten sind: Zeitungsberichte fassen aus der Sicht des jeweiligen Journalisten und der politischen Richtung des jeweiligen Blattes wesentliche Ereignisse zusammen und lassen oft Hintergründe außer acht, die für das Verständnis von Entscheidungen der antimilitaristischen Opposition wichtig sind. Zudem mußte auf Interviews und Befragungen von Augenzeugen der damaligen Zeit aus zeitlichen Gründen weitgehend verzichtet werden. Hier liegen Möglichkeiten für Präzisierungen und Ergänzungen meiner Arbeit. Die Grundlagenforschung über die damalige Friedensbewegung ist ausbaufähig, so lange diese Augenzeugen noch leben und über ihre Erfahrungen berichten können. (9)

Die von mir verwendete Literatur bezog ich aus der Bibliothek des Carl-von-Ossietzky-Zentrums der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) in Nürnberg, der Universitätsbibliothek Erlangen und - bedingt durch einen einjährigen Aufenthalt in Wien - aus der dortigen Universitäts- und der Nationalbibliothek. Berücksichtigt wurden Bücher und Dokumentationen, die bis zum Ende des Jahres 1981 veröffentlicht wurden. Außerdem benutzte ich das Archiv der "Nürnberger Nachrichten". Dieses Blatt gehörte in den fünfziger Jahren zu den wenigen liberalen Tageszeitungen in Westdeutschland, die regelmäßig über Aktionen der damaligen Friedensbewegung berichteten.

3. Zur Gliederung

Die Arbeit ist in drei Teile aufgegliedert. In Teil I vermittelt die Vorgeschichte die wichtigsten politischen Entscheidungen der Siegermächte über Deutschland: von den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion. Ohne ihre Kenntnis ist die politische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland nicht verständlich. Ganz bewußt wird dabei mehr die Deutschlandpolitik der USA und der mit ihnen verbündeten Westmächte einschließlich der ersten Bundesregierung (seit 1949) berücksichtigt als die sowjetische Haltung zur "deutschen Frage" (10), weil die Ersten genannten für die politische Zukunft in den besetzten Westzonen in der späteren Bundesrepublik verantwortlich waren - und damit letztlich für die Wiederaufrüstung und die Eingliederung der BRD in die NATO. Die Teilung Deutschlands selbst war eine Folge des Kalten Krieges zwischen West und Ost, den gegensätzlichen Machtinteressen der kapitalistischen Staaten der westlichen Welt unter der Führung der USA und der sozialistischen Sowjetunion.

Wegen der Themenstellung mußte die für die Zukunft Deutschlands so folgenschwere Vorgeschichte auf 30 Seiten zusammengefaßt werden, weil sonst der Rahmen der Arbeit gesprengt worden wäre. Ich halte die Vorgeschichte wegen ihres begrenzten Umfanges für den problematischsten Teil meiner Arbeit, ohne freilich von ihren inhaltlichen Aussagen in irgend einem Punkt abzuweichen.

In Teil II wird versucht, ein umfassendes Bild der westdeutschen Friedensbewegung gegen die Wiederaufrüstung in dem genannten Zeitraum wiederzugeben. Einen Anspruch auf Vollständigkeit aller bedeutenden Protestaktionen, Demonstrationen, Aktionskonferenzen, Namen und Daten von engagierten Personen usw. erhebe ich nicht, bin gleichwohl aber sicher, alle für die damalige Friedensbewegung wesentlichen Ereignisse genannt zu haben. Zur besseren Übersicht ist dieser Teil II in die einzelnen Jahre aufgeteilt; die jeweils im Zusammenhang mit der Wiederaufrüstung getroffenen politischen Entscheidungen sind vorangestellt.

In Teil III werden die Haltungen von Parteien und Organisationen zur Wehrfrage dargestellt, die mit Stellungnahmen bzw. Kritik an der Sicherheitspolitik der Bundesregierung die Entstehung und Entwicklung der damaligen Friedensbewegung entscheidend mit beeinflusst haben. Diese Organisationen handelten nicht einheitlich, sondern entwickelten aus ihrer Kritik an der Wiederaufrüstung eigene Stellungnahmen und politische Lösungsvorschläge.

Schließlich habe ich im Schlußwort die Ergebnisse meiner Untersuchung zusammengefaßt.

Allen, die mich bei dieser Arbeit unterstützt und bei der Fertigstellung des Manuskriptes geholfen haben, danke ich an dieser Stelle sehr herzlich. Mein ganz besonderer Dank gilt der Kurt-Tucholsky-Stiftung, die mir für ein Jahr ein Auslandsstipendium an der Universität Wien gewährte. Aufgrund dieser Förderung war ich in der Lage, die grundlegenden Teile dieser Arbeit zu verfassen und in der hier vorliegenden Form abzuschließen.

I. DIE VORGESCHICHTE 1945 - 1949

1. Die politischen Vorstellungen der Siegermächte über Deutschland nach Kriegsende

Beginn der Besatzungsherrschaft; Kriegsziele
der Alliierten; Potsdamer Abkommen

Am 8. Mai 1945 hatte das faschistische Deutschland bedingungslos vor den Streitkräften der Antihitlerkoalition kapituliert, die von Großbritannien, den USA und der Sowjetunion angeführt worden war. Der 2. Weltkrieg war damit in Europa beendet. (1)

Das besiegte Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt, wie es die Alliierten bereits auf der Konferenz von Teheran (28.11. - 1.12.1943) abgesprochen hatten. (2)

Die Oberbefehlshaber dieser Zonen, Feldmarshall Montgomery (GB), General Dwight D. Eisenhower (USA), Marshall Shukow (SU) und General Lattre de Tassigny (F), bildeten am 5. Juni 1945 den Alliierten Kontrollrat mit Sitz in Berlin. Sie unterzeichneten in Erklärungen die Vorstellungen ihrer Regierungen über die Zukunft Deutschlands:

Zu den Folgen der Niederlage Deutschlands, zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die vier Mächte, und zur Aufteilung in die vier Besatzungszonen (Berliner Viermächteerklärung; (3)). Der Kontrollrat sollte die Durchführung der alliierten Kriegsziele betreffend Deutschland garantieren, die von den drei Mächten USA, Großbritannien und der Sowjetunion auf der Konferenz von Jalta (4. - 11.2.1945) folgendermaßen festgelegt worden waren:

"Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle deutschen

Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrüstung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen; sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören; die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion benutzt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen sowie eine in gleichem Umfang erfolgende Wiedergutmachung der von den Deutschen verursachten Zerstörungen zu bewirken; die Nationalsozialistische Partei, die nationalsozialistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu beseitigen, alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten..."(4)

Auf der Dreimächte-Konferenz in Potsdam (17.7. - 2.8.1945; USA, GB, SU) wurden diese Zielsetzungen wiederholt und bestätigt. Die drei Mächte einigten sich auf die Einrichtung eines Rates der Außenminister, der neben der Ausarbeitung von Friedensverträgen für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland auch einen Entwurf für die Vorbereitung zu einer friedlichen Regelung aller wichtigen Fragen in Deutschland ausarbeiten sollte (Punkt II, 3a).

Über Deutschland selbst heißt es unter den politischen Grundsätzen in Abschnitt III:

"I. Völlige Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands und die Liquidierung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung ...

IV. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten..."

Und unter den wirtschaftlichen Grundsätzen steht:

"12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der

bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen ...

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten ..." (5)

Die veränderte Weltlage nach Kriegsende und die
Deutschland-Konzeptionen der Siegermächte

Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren die USA die dominierende Wirtschaftsmacht auf der Erde geworden. Ihr Ziel war es nun, diese Vormachtstellung gegenüber dem besiegten Deutschland sowie britischen und sowjetischen Interessen abzusichern. (6) Unterschiedliche Vorstellungen hatten die amerikanische Deutschlandpolitik während des 2. Weltkrieges bestimmt:

- a) Die Überlegungen des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt über die politische Zukunft Deutschlands entsprachen in vielen Punkten den Kriegszielen der Alliierten, wie sie auf den Konferenzen von Teheran und Jalta festgelegt worden waren. Roosevelt schlug in Teheran die Aufgliederung Deutschlands in mehrere eigenständige Staaten sowie die Internationalisierung der Industriegebiete von Saar und Ruhr vor. Er fand mit diesem Vorschlag die prinzipielle Zustimmung der Alliierten, die in Jalta die Aufgliederung Deutschlands als definitive Maßnahme verstanden, während die Einteilung in Besatzungszonen als zeitlich begrenzte Maßnahme geplant war. Nach Auffassung Roosevelts konnten beide Maßnahmen miteinander verbunden werden.
- b) Besonders bekannt wurde der Plan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau vom September 1944, nach dem eine Aufteilung in Nord- und Süddeutschland und eine vollständige Demontage der deutschen Industrieanlagen vorgesehen war (Morgenthau-Plan). Damit sollte Deutschland als potentieller Konkurrent auf dem kapitalistischen Weltmarkt ausgeschaltet werden.

Einige Grundideen des Morgenthau-Planes lassen sich im Text des Potsdamer Abkommens und in der von der amerikanischen Militärregierung im April 1945 erlassenen Direktive JCS 1067 feststellen,

- c) Schließlich setzten sich in den USA im Zeichen des Kalten Krieges (s. S. 21) Vorstellungen durch, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und seine Einbeziehung in ein westliches sowohl wirtschaftliches wie auch militärisches Bündnissystem vorsahen. (Spätestens seit 1950-E.D.) Diese letztgenannte Deutschland-Konzeption, die von vorneherein den Bruch des Potsdamer Abkommens implizierte, wurde vom Nachfolger des im April 1945 verstorbenen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, Harry S. Truman, vertreten. Er erhielt dafür Unterstützung von Vertretern der mächtigsten amerikanischen Finanzkreise und führender Wirtschaftsunternehmen. (7)

Politisch-organisatorisch sollte das zukünftige "Westdeutschland" nach diesen Vorstellungen ein föderalistisch-organisierter Bundesstaat mit weitgehend gleichberechtigten Ländern auf der Grundlage eines privat-kapitalistischen Wirtschaftssystems sein. (8)

Ähnliche Vorstellungen kennzeichneten die Diskussionen über die Zukunft Deutschlands in Großbritannien und Frankreich, wobei die Regierungen dieser beiden Länder mehr als die USA auf eine Ausschaltung oder zumindest strengere Kontrolle der deutschen Konkurrenzwirtschaft hinwirkten und sich jeweils eine möglichst große Machtposition in Europa sichern wollten. Beide waren jedoch in der Nachkriegszeit für ihre innere politische und wirtschaftliche Stabilisierung auf amerikanische Hilfe angewiesen, weil sie durch den Krieg ökonomisch geschwächt worden waren.

Die englischen Konservativen unter Führung von Winston Churchill wollten ein stabiles Gleichgewicht der politischen Mächte in Europa nach dem Kriegsende erreichen. Sie hatten aus diesen Gründen das Vorrücken der sowjetischen roten Armee nach dem Westen während des Kriegsverlaufes mit Besorgnis verfolgt.

Die britischen Vorstellungen über die politische Zukunft Deutschlands waren, so Christoph Kleßmann in seiner Studie "Die doppelte Staatsgründung", sehr allgemein und vage gehalten. (9)

Dagegen versuchte die seit Potsdam im Amt befindliche Labourregierung unter Clement Attlee mehr auf die Ziele der Antihitlerkoalition und die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens hinzuwirken, ohne allerdings die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung grundsätzlich in Frage zu stellen.

In Frankreich forderten führende Politiker wie Charles de Gaulle und Außenminister Georges Bidault die Angliederung des Saargebietes und die Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland aus Gründen politischer und militärischer Sicherheit. Das Ruhrgebiet sollte wegen seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung einer internationalen Kontrolle unterstellt werden. Politisch sollte nach den französischen Vorstellungen kein neuer gesamtdeutscher Staat entstehen; die Schaffung von zentralen deutschen Verwaltungsstäben sollte verzögert, wenn nicht verhindert, und das übrige Gebiet föderalistisch regiert werden. Die französische Politik im Kontrollrat war von vorneherein gegen die Durchführung der Potsdamer Bestimmungen über die Zukunft Deutschlands gerichtet und blockierte mit ihrem Veto die Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit. (10)

Der Einfluszbereich der Sowjetunion war durch den Verlauf des 2. Weltkrieges stark angewachsen; sie war neben den USA zur zweiten Großmacht auf der Erde geworden, wofür sie allerdings die größten Opfer hatte zahlen müssen. Die Sowjetunion sprach sich nach der Konferenz von Jalta entgegen früheren Vorstellungen für die Beibehaltung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands und nicht für eine Aufteilung in einzelne Zonen aus. (11)

Nach ihrer Vorstellung sollten die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die politische Zukunft Deutschlands von einer gesamtdeutschen Regierung in die Tat umgesetzt werden. Hierzu ordnete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) in der von ihr kontrollierten Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) im September 1945 eine umfassende Bodenreform als Beginn für die "antifaschistisch-demokratische" Revolution an. (12)

Die Sowjetunion berief sich in den folgenden Jahren bei der Begründung ihrer Deutschland-Politik stets auf die Einhaltung der Potsdamer Beschlüsse.

Die Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens durch die USA und Großbritannien bedeutete eine politische Aufwertung der Sowjetunion, ohne deren Mitgliedschaft in der Antihitlerkoalition es nicht möglich gewesen wäre, das faschistische Deutschland zu besiegen. Es darf nie übersehen werden, daß die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten des Westens und der sozialistischen Sowjetunion, d.h. Staaten mit antagonistischen Gesellschaftssystemen, schon vor dem Ende des 2. Weltkriegs bestanden hatten. Nur waren durch den Kriegsverlauf beide Seiten zu diesem Bündnis gegen die faschistischen Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan gezwungen worden. Die im Potsdamer Abkommen festgelegten Vereinbarungen trugen daher Kompromißcharakter. Nach Kriegsende brachen diese Widersprüche in vollem Umfang wieder auf. (13)

Der Beginn des Kalten Krieges

Aufgrund der veränderten Weltlage standen sich die beiden Großmächte USA und Sowjetunion erstmals direkt in Mitteleuropa gegenüber. Die anfangs mehr provisorisch angelegte militärische Grenze von 1945 zwischen ihren politischen Einflüßbereichen, die nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens durch später abgeschlossene Friedensverträge und den Abzug der Besatzungstruppen hätte wiederaufgehoben werden

können, geriet wegen der folgenden politischen Entwicklung und den unterschiedlichen Deutschland-Konzeptionen der Siegermächte zur Demarkationslinie zwischen West und Ost. Für unbestimmte Zeit sollten sich amerikanische und westeuropäische Truppenverbände auf der einen und sowjetische und osteuropäische Truppenverbände auf der anderen Seite gegenüberstehen.

Die USA begannen ihre durch den Kriegsverlauf gewonnene dominante ökonomische Vormachtstellung in Westeuropa einschließlich in den drei besetzten westlichen Zonen Deutschlands mit wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung massiv auszubauen. Die Truman-Administration zielte mit dieser Politik auf eine Eindämmung des sowjetischen Einflusses in Osteuropa und der SBZ.

Die Sowjetunion, die wegen ihrer im Vergleich zu den USA stark geschwächten ökonomischen Situation an einer Anerkennung des Status Quo interessiert war, begann ihrerseits die durch den Kriegsverlauf gewonnene politische und militärische Machtstellung in den osteuropäischen Staaten einschließlich der von ihr kontrollierten SBZ und auf dem Balkan mit erheblichem politischen Druck abzusichern. (14)

Aufgrund dieser gegensätzlichen Interessen war der Beginn des Kalten Krieges zwischen West und Ost nur eine Frage der Zeit.

Wie der spätere amerikanische Außenminister John F. Dulles rückblickend berichtete, sprach er am Rande der einleitenden Konferenz des Außenministerrates der vier Mächte in London (10. - 27.9.1945) mit dem damaligen Außenminister James F. Byrnes über die Politik des "no-appeasement", d.h. der Nicht-Beschwichtigung und Nicht-Befriedung gegenüber der Sowjetunion. (15)

Auf den folgenden Konferenzen der Außenminister der Siegermächte im Dezember 1945 in Moskau (16. - 26.12.1945) und in Paris im Frühjahr 1946 (25.4. - 16.5.; 15.6. - 12.7.1946)

verhärteten sich die Fronten zwischen den USA und der Sowjetunion immer mehr. Dies wurde u.a. an der Behandlung der Reparationsfrage deutlich, über deren Regelung sich die Siegermächte schon in Potsdam nicht grundlegend hatten einig sein können.

Die gegensätzlichen Auffassungen bildeten den Hintergrund für die am 3. Mai 1946 von dem amerikanischen Oberbefehlshaber in Deutschland, Lucius D. Clay, erlassene Einstellung der Reparationslieferungen an Frankreich und die Sowjetunion. (16)

Nach vorangegangenen Aussprachen im Sommer und Herbst 1946 unterzeichneten der amerikanische Außenminister Byrnes und sein britischer Amtskollege Bevin am 2. Dezember 1946 in New York ein Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone zur Bizone, das am 1. Januar 1947 in Kraft trat: Die Tendenz zu einem Bruch zwischen den vier Mächten über eine gemeinsame Deutschlandpolitik und damit zu einer möglichen deutschen Teilung wurde sichtbar. (17) Der West-Ost-Konflikt begann sich offen abzuzeichnen, als der amerikanische Präsident Truman am 12. März 1947 in einer gemeinsamen Sitzung des amerikanischen Senats und des Repräsentantenhauses bekanntgab, allen vom Kommunismus bedrohten Ländern wirtschaftliche und militärische Hilfe zu gewähren (sog. Truman-Doktrin). (19)

Im Sinne dieser amerikanischen Deutschland-Politik war es nur konsequent, daß der amerikanische Außenminister George C. Marshall auf der Moskauer Außenministerkonferenz der vier Mächte (10.3. - 24.4.1947) folgenden sowjetischen Vorschlag ablehnte:

Die Schaffung von deutschen Zentralverwaltungen; die Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung durch den Alliierten Kontrollrat in Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Länderdelegierten in Deutschland; die Durchführung von Wahlen und Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung. (20)

Marshall war es auch, der am 5. Juni 1947 in der Havard-Universität das "European Recovery Program" (ERP) verkündete, den sogenannten Marshall-Plan: ein massives wirtschaftliches Angebot zum Neuaufbau der westeuropäischen Wirtschaft im privat-kapitalistischen Sinne einschließlich für die westlichen Besatzungszonen, das von großer Bedeutung für die zukünftige ökonomische und auch militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Westeuropa war. (21)

Auch auf die innerdeutschen Beziehungen begann sich der Kalte Krieg auszuwirken:

Auf der einzigen gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. bis 8. Juni 1947 in München weigerten sich die westdeutschen Länderchefs, auf die Forderung ihrer ostdeutschen Kollegen einzugehen, gesamtdeutsche politische Fragen zu besprechen. Es kam deshalb zu keiner Verständigung und keiner Annäherung zwischen den west- und ostdeutschen Politikern, die daraufhin die Konferenz noch vor ihrer eigentlichen Eröffnung verließen. (22)

In Frankfurt/M wurde am 24. Juni 1947 auf Veranlassung der britischen und amerikanischen Militärregierungen ein Verwaltungsorgan für die Bizone gebildet, der sogenannte Wirtschaftsrat. Nach Ch. Kleßmann handelte es sich dabei um "die innenpolitisch folgenreichste Entscheidung" für die Zukunft Westdeutschlands, denn "damit war im Kern die spätere verfassungsmäßige Gliederung in Parlament, Ländervertretung und Regierung vorgebildet." (23)

Daß die politischen Führer der westlichen Länder nicht mehr an eine deutsche Wiedervereinigung im Sinne der Potsdamer Beschlüsse dachten, demonstrierten sie auf einer Wirtschaftskonferenz in Paris (22.7. - 22.9.1947): Dort berieten 16

westliche Staaten über ihr Verhalten zum amerikanischen Wirtschaftsprogramm, wobei sie ausnahmslos die Einbeziehung der westlichen Besatzungszonen in den Marshall-Plan forderten.(24)

Die weitere Deutschland-Politik der westlichen Alliierten von den Londoner Konferenzen bis zur Gründung der BRD

Die im Spätherbst stattfindende Außenministerkonferenz der vier Mächte in London (25.11. - 15.12.1947) brachte keine Annäherung der gegensätzlichen Auffassungen über die "deutsche Frage" mehr. Die Konferenz wurde auf Initiative des amerikanischen Außenministers Marshall abgebrochen und für unbestimmte Zeit vertagt. (25)

Die Zeitung "New York Herald Tribune" kommentierte den Verlauf der Konferenz folgendermaßen: "Wir sind am Ende der Straße angelangt, das Zeitalter Jalta ist vorbei ... Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen." (26)

Letzteres geschah Schritt für Schritt in den Jahren 1948/49:

Während der 1. Phase der Londoner Konferenz (23.2. - 6.3.1948) verhandelten die westlichen Länder ohne die Sowjetunion über das von ihnen geplante westeuropäisch-amerikanische Bündnis-system und die Einbeziehung der drei westlichen Besatzungszonen, als deren Bevollmächtigte die drei Militärgouverneure Clay, Robertson und Koenig an der Konferenz teilnahmen. (27)

Die Sowjetunion hatte bereits in einer Note vom 13. Februar 1948 gegen das Vorgehen der Westmächte protestiert und verwies darin auf die Potsdamer Vereinbarungen, nach denen über die Deutschland-Politik gemeinsam bestimmt werden sollte.(28)

In einer weiteren Note vom 6. März 1948 erklärte sie, daß sie die Ergebnisse der Londoner Konferenz nicht als rechtsgültig betrachte, und weiter, daß mit dieser einseitigen Deutschland-Politik der Alliierte Kontrollrat seine Funktion verliere.(29)

Als dieses Gremium am 20. März 1948 zu seiner nächsten Sitzung zusammentrat, verlangte der sowjetische Marschall Wassilij Sokolowski einen genauen Bericht von den westlichen Militärgouverneuren über die Beschlüsse der Londoner Konferenz. Weil ihm eine Auskunft darüber verweigert wurde, verließ Sokolowski die Sitzung: der Kontrollrat bestand nicht mehr. (30)

Zwischen der 1. und 2. Phase der Londoner Konferenz wurde am 15. April 1948 mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit durch die genannten 16 Länder die Einbeziehung der drei westlichen Besatzungszonen in den Marshall-Plan vollzogen.

Dieses Abkommen sah auch die Gründung der Organisation für europäische ökonomische Zusammenarbeit (OECC) vor. Für die drei westlichen Besatzungszonen unterschrieben die Militärgouverneure Clay, Robertson und Koenig (31).

Ergebnis der von April bis Juni 1948 fortgesetzten Londoner Konferenz (2. Phase: 20.4. - 2.6.1948) waren die sogenannten "Londoner Empfehlungen", die oft als die "Geburtsurkunde" der BRD bezeichnet werden. Sie gingen auf die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam mit keinem Wort mehr ein, sondern bestätigten die Einbeziehung der westlichen Besatzungszone in das Marshall-Plan-System und den Anschluß der französischen Zone an die Bizone (= Trizone); sie sahen ferner die Schaffung einer internationalen Kontrolle der Ruhr durch Vertreter der drei Westmächte und der Beneluxstaaten und den Erlaß eines Besatzungsstatuts für die deutschen Westzonen vor, nachdem die Besatzungsmächte die höchste Autorität in Westdeutschland ausübten.

Die drei Militärgouverneure sollten auf einer gemeinsamen Sitzung mit den westdeutschen Ministerpräsidenten der Länder (32) diesen die Vollmacht erteilen, eine Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den westdeutschen Ländern und von den westlichen Besatzungsmächten zu genehmigen war. Aufgrund dieser Verfassung sollte sich eine eigenständige westdeutsche Regierung konstituieren können. (33)

Die Londoner Empfehlungen markierten mit der in ihnen festgelegten wirtschaftlichen und politischen Integration der Westzonen in das westeuropäisch-amerikanische Bündnissystem die Spaltung Deutschlands. Diese wurde mit der Durchführung der schon seit 1946 von den Amerikanern streng geheim vorbereiteten Währungsreform am 20. Juni 1948 in den Westzonen und am 23. Juni 1948 in den Westsektoren Berlins ökonomisch vollzogen. (34)

Der CDU-Politiker Johann Baptist Gradl kommentierte im Leitartikel der Westberliner Zeitung "Der Tag" diesen Schritt folgendermaßen: "Von nun an läuft zwischen den Westzonen und der Sowjetzone auch eine Währungsgrenze. Jenseits der Zonengrenze ist Ausland, Devisenland." (35)

Die Sowjetunion, die noch am 17. Juni 1948 erklärt hatte, sich an allen Maßnahmen für die Vorbereitung einer Währungsreform auf Vier-Mächte-Basis zu beteiligen, und die Gegenaktionen vorausgesagt hatte, falls die Westmächte nicht darauf eingehen würden, reagierte am 23. Juni 1948 mit einem Geldumtausch im gleichen Verhältnis (DM-Ost) für die SBZ und Groß-Berlin. Außerdem sperrte sie die Verkehrswege zwischen den Westsektoren und den westlichen Besatzungszonen sowie zum Ostsektor Berlins, um mit diesen Maßnahmen die Herausbildung des westdeutschen Staates sowie einer zweiten wirtschaftlichen und politischen Einheit in Westberlin zu verhindern. Die Westmächte stoppten darauf ihrerseits alle Warenlieferungen in die SBZ. Die amerikanische Militärregierung begann am 26. Juni 1948 mit der Luftbrückenaktion nach West-Berlin, die bis zum 30. September 1949 andauerte. Mit der Berlin-Krise erreichte der Kalte Krieg einen neuen Höhepunkt. (36)

Zur weiteren Verwirklichung der "Londoner Empfehlungen" überreichten die drei Militärgouverneure Clay, Robertson und Koenig den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder am 1. Juli 1948 in Frankfurt/M. drei Dokumente, die sogenannten "Frankfurter Direktiven". Sie enthielten Bestimmungen:

1. Über die Bildung der westdeutschen verfassungsgebenden Versammlung und deren Aufgaben

2. Über die mögliche Änderung einzelner Ländergrenzen
3. Über das Besatzungsstatut. (37)

Die in den "Frankfurter Direktiven" vorgesehene Verfassungsgebende Versammlung trat als "Parlamentarischer Rat" am 1. September 1948 in Bonn zusammen. Er verabschiedete nach eingehenden Beratungen am 23. Mai 1949 das Grundgesetz, womit die Bundesrepublik Deutschland (BRD) gegründet war. (38)

Nur wenige Monate später, am 7. Oktober 1949, erfolgte mit sowjetischer Unterstützung und den in der SBZ tätigen Parteien die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die provisorische Volkskammer, die eine Verfassung erarbeitet hatte, und die provisorische Länderkammer wählten am 11. Oktober 1949 Wilhelm Pieck zum Staatspräsidenten und Otto Grotewohl zum Ministerpräsidenten. (39)

In Zukunft bestanden zwei deutsche Staaten nebeneinander. Von ihnen beharrte die Bundesregierung mit Sitz in der neuen westdeutschen Hauptstadt Bonn auf dem sogenannten Alleinvertretungsanspruch, der sich für sie aus dem Konzept der deutschen Weststaatsgründung ergab. D.h., sie verstand sich als rechtmäßiger Interessenvertreter der gesamtdeutschen Bevölkerung. Sie bestritt damit der DDR von vorneherein ihre Existenzberechtigung, was zur Verschärfung des Kalten Krieges zwischen den beiden deutschen Staaten in den folgenden Jahren wesentlich beitrug. (40)

Damit der neue westdeutsche Staat in jedem Fall den politischen Zielsetzungen der Westmächte entsprach, hatten sie mehrere Kontrollinstanzen über ihn eingeführt:

1. Das bereits erwähnte Besatzungsstatut

Über seine endgültigen Bestimmungen einigten sich die Außenminister der drei Westmächte auf einer Besprechung am 8. April 1949 in Washington. Das Statut behielt ihnen bedeutende Rechte vor. In allen wichtigen Bereichen war der Handlungsspielraum der Bundesregierung eingeschränkt,

z.B. bei Änderungen des Grundgesetzes und Fragen der Abrüstung und Entmilitarisierung. Auch war die Übernahme der obersten Gewalt in Westdeutschland durch die Besatzungsmächte nach Artikel 3 des Status weiterhin möglich. (41)

Das Besatzungsstatut trat mit der Konstituierung der westdeutschen Bundesregierung am 21. September 1949 in Kraft. Die Interessen der westlichen Besatzungsmächte wurden von der Alliierten Hohen Kommission (AHK) wahrgenommen, an deren Spitze die drei Hohen Kommissare standen.

Die AHK übte die oberste alliierte Regierungsgewalt in der Bundesrepublik Deutschland aus; sie begann mit ihrer Tätigkeit ebenfalls am 21. September 1949. Als westliche Hochkommissare arbeiteten für Großbritannien General Robertson (ab 1950 Ivone Kirckpatrick), für Frankreich Andre Francois-Poncet, und für die USA John Mc.Cloy. (42)

2. Das Abkommen über eine Internationale Ruhrbehörde, abgeschlossen am 28. April 1949 in London zwischen den sechs Ländern Belgien, Luxemburg, Niederlande, Frankreich, Großbritannien und den USA.

Danach konnte die westdeutsche Bundesregierung nur eingeschränkt über die Produktion von Ruhrkohle und Stahl mitentscheiden. Die Internationale Ruhrbehörde arbeitete ab Juli 1949 in Düsseldorf. (43)

3. Das Militärische Sicherheitsamt. Es war der AHK untergeordnet mit dem Auftrag, jede Entstehung eines neuen deutschen Kriegspotentials zu verhindern. (44)

Doch hatte dieses Amt, wie gezeigt werden wird, eine reine Alibifunktion, denn bereits 1948/49 planten die Westmächte, angeführt von den USA, die Remilitarisierung des deutschen Weststaates und bereiteten die entsprechenden Schritte vor.

2. Die militärpolitischen Entscheidungen der Siegermächte von 1945 - 1949

Amerikanische "Containment-Politik"; militärisches Kräfteverhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion

Parallel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der westeuropäischen Staaten nach dem Marshall-Plan trafen ihre Regierungen unter der Führung der USA auch die militärpolitischen Entscheidungen für ein amerikanisch-westeuropäisches militärisches Bündnissystem, das gegen die Sowjetunion und ihre durch den 2. Weltkrieg enorm vergrößerte Machtposition gerichtet war.

Den Charakter dieser "Eindämmungspolitik" (Containment-Politik (1)) demonstrierten die USA für die gesamte Welt mit dem Abwurf der ersten Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. bzw. 9. August 1945. Er kostete 250.000 bis 300.000 Menschen das Leben, über 200.000 wurden verletzt. Heute noch leiden über 350.000 Menschen an den Folgen dieses Atombombeneinsatzes (2). Aus militärischer Sicht war der Abwurf dieser Atomwaffen überflüssig, denn Japan stand vor seiner Kapitulation.

Die Truman-Administration signalisierte mit dieser Politik der Stärke, daß sie zur Aufrechterhaltung des amerikanischen Führungsanspruchs in der Welt gegebenenfalls weitere A-Waffen einzusetzen bereit war.

Die USA besaßen gegenüber der Sowjetunion bis zum August 1949 das Atomwaffenmonopol, bauten Atombomben in Serie und betrieben die Herstellung und Anreicherung von Plutonium bereits fabrikmäßig (3); sie waren schon allein aus diesem Grund militär-technologisch gesehen niemals unterlegen.

Die Sowjetunion vollzog nach Kriegsende eine Demobilisierung ihrer Truppen, nach eigenen Angaben von 11,365.000 Soldaten auf 2,874.000 im Jahre 1948. (4)

Die westlichen Angaben sprachen dagegen 1945 von 15 Millionen sowjetischen Soldaten und im Zeitraum 1947/48 von 4 bis 5 Millionen gegenüber 1,4 Millionen amerikanischen Soldaten.

Obwohl die Sowjetunion im August 1949 das Atomwaffenmonopol der USA brach, war doch seitdem der technologische und qualitative Vorsprung der USA bei den verschiedenen Waffensystemen (Luft-, See- und Landstreitkräfte) niemals ernsthaft gefährdet. (5)

Einzelpläne für die Remilitarisierung Westdeutschlands

Mit dem sich anbahnenden Kalten Krieg wurde in Kreisen der westlichen Alliierten immer öfter über eine deutsche Remilitarisierung diskutiert; zuerst von Militärs, später auch von führenden Politikern.

Bekannt ist eine Besprechung amerikanischer Wirtschaftsführer, Militärs und Politiker am 15. April 1945 im amerikanischen Außenministerium. In einem Bericht darüber heißt es:

"Die Gruppe beschloß ..., Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem Bollwerk gegen Rußland gemacht werden." (6)

1947 erstellte die Planungs- und Operationsabteilung des US-Heeres-Generalstabes eine Militärstudie, die die Möglichkeit vorsah, aus Resten der ehemaligen deutschen Wehrmacht "osterfahrene" Verbände in einer Stärke von 200.000 Mann unter amerikanischem Kommando für den Einsatz gegen kommunistische Bewegungen in Europa aufzustellen. (7)

Genau ausgearbeitete Vorstellungen für die deutsche Remilitarisierung gab es seit 1948. Im März beauftragte die historische Abteilung des amerikanischen Hauptquartiers in Europa den früheren Chef des Generalstabs der deutschen Wehrmacht, Franz Halder, und mehr als 100 weitere deutsche Generäle, in einem Lager bei Neustadt (Hessen) die Geschichte des 2. Weltkrieges abzufassen (8). Diese sogenannte "Deutsche Gruppe" wertete unter Halders Leitung die militärischen Er-

fahrungen des Krieges aus und erstellte Pläne für den Aufbau der neuen deutschen Armee; mit enthalten darin waren Angriffsstudien gegen den Osten Deutschlands und Polen. (9/10)

Ebenfalls 1948 kam es zur Kontaktaufnahme des britischen und amerikanischen Oberkommandos in Deutschland mit dem früheren Chef des Generalstabs des Heeres und Generalinspektors der Panzertruppen, Heinz Guderian. Er erarbeitete ein Wiederaufrüstungsprojekt, das die Aufstellung von 64 Infanteriebataillonen, ausgerüstet mit schweren Waffen, vorsah, die "Igelstellungen" östlich des Rheins bis zur Schweizer Grenze bilden sollten. Das Ruhrgebiet sollte von 30 Bataillonen verteidigt werden. Dieser Plan befand sich seit Anfang 1949 in den Händen des britischen Militärgouverneurs Montgomery (11). Nach Meldung des Organs der sowjetischen Besatzungsmacht "Tägliche Rundschau" sei unter der Leitung Halders und Guderians in diesem Jahr der Kern des neuen westdeutschen Generalstabs gebildet worden. (12)

Auch der amerikanische Militärgouverneur Clay dachte intensiv über die deutsche Remilitarisierung nach, wobei ihn die Überlegungen der "Deutschen Gruppe" mitbeeinflusst haben (13). Schenkt man der Ausgabe der tschechischen Zeitung "Lidova Democracia" (Prag) vom 15. März 1948 Glauben, so habe er schon im Januar dieses Jahres dem amerikanischen Außen- und dem Verteidigungsministerium eine entsprechende Studie überreicht und darin vorgeschlagen, sofort mit dem Aufbau der westdeutschen Armee durch die Aufstellung von Polizeiformationen, "Arbeitsbataillonen" und verschiedenen Hilfsdiensten zu beginnen. Nach dem Zeitungsbericht habe Clay auch schon Listen der künftigen deutschen Offiziere erstellt und die Übergabe von Personalakten deutscher Offiziere an die Entnazifizierungsgerichte gestoppt. Nach Clays Meinung könnte die Stärke der zukünftigen Armee bei vollständiger Rekrutierung der gesamten diensttauglichen Jugend auf 500.000 Mann gebracht werden.

Im einzelnen habe der Plan vorgesehen:

200.000 Mann Polizeinformationen

150.000 Mann in Arbeitsbataillonen (militärisch ausgebildet,
für den Bau militärischer
Anlagen einsetzbar)

150.000 Mann in verschiedenen Hilfsdiensten, Betriebswachen,
Feuerwehr usw., alle ebenfalls militärisch-aus-
gebildet.

Im Rahmen des Marshall-Planes sei an ein eigenes Ressort für die künftige Armee gedacht worden. Am Schluß ihres Berichtes schrieb die "Lidova Democracia", daß der Vereinigte Rat der Stabschefs beim Pentagon sowie die Mitarbeiter von Präsident Truman über Clays Plan diskutiert, ihn gebilligt und an Außenminister Marshall und den Präsidenten weitergegeben hätten. (14)

L. Clay dementierte den Zeitungsbericht am nächsten Tag und nannte ihn "lächerlich und frei erfunden" (15). Doch die Ereignisse der nächsten Jahre lassen dieses Dementi als zweifelhaft erscheinen.

Die offizielle Haltung des amerikanischen Außenministeriums blieb bis zum Beginn des Korea-Krieges (Juni 1950) in der Frage der westdeutschen Remilitarisierung ablehnend, besonders wegen des französischen Widerstandes. (16)

In England beschäftigten sich verschiedene Militärs und Politiker mit militärischen Konzeptionen, bei denen eine Mit-einbeziehung deutscher Streitkräfte nicht ausgeschlossen war. So hatte bereits 1945 das britische militärische Oberkommando einen Plan erstellt, Restbestände der deutschen Wehrmacht als potentielle Reserve bzw. für eine Neuformierung von deutschen Wehrmachtsverbänden unter einem westalliierten Kommando zusammenzustellen. Der britische Premierminister W. Churchill vertrat schon bei Kriegsende einen harten antisowjetischen Kurs und stellte Überlegungen an, die in

Deutschland von den anglo-amerikanischen Truppen besetzten Gebiete, die zur SBZ gehörten, nicht räumen zu lassen, sondern sie als "Faustpfänder" gegen die Sowjetunion zurückhalten. Dazu wies er den britischen Marshall Montgomery an, die gefangenen deutschen Truppen als abgeschlossene militärische Einheiten zusammenzuhalten, ihre Waffen zu sammeln und aufzuheben. (17)

Nach der Gründung des Brüsseler Paktes (s. folgender Abschnitt) wurde am 10.5.1948 von britischen Militärs ein Grundsatzbeschluß gefaßt, nach dem eine deutsche Beteiligung an einem zukünftigen westeuropäisch-militärischen Bündnissystem in jedem Fall mit vorgesehen war. (18)

In Frankreich lehnte die Bevölkerung aufgrund der historischen Vergangenheit und der leidvollen Erfahrungen unter der deutschen Okkupation jede deutsche Remilitarisierung strikt ab. Dieser Stimmung trug der französische Informationsminister Teilgen Rechnung, als er 1949 erklärte:

"Es werden sich keine 50.000 Franzosen finden, die für eine derartige Wiederbewaffnung sind. Frankreich kann nicht in einem System der Sicherheit bleiben, das eine Wiederbewaffnung Deutschlands einschließt." (19)

Aber die Haltungen in der französischen Regierung bezüglich einer westdeutschen Remilitarisierung waren widersprüchlich. Wegen des Kolonialkrieges in Vietnam konnte sich die französische Regierung in einem westeuropäischen Militärbündnis nicht in vollem Umfang engagieren. Aus diesem Grund erschien französischen Militärs schon frühzeitig ein remilitarisiertes Westdeutschland aus strategischen Gründen notwendig zum Schutz vor der von ihnen behaupteten sowjetischen Bedrohung. (20)

Vertrag von Dünkirchen; Brüsseler Pakt; NATO-Gründung

Zu Beginn des Jahres 1947 verhandelten Frankreich und Großbritannien zur Sicherung ihrer Machtstellung in Westeuropa über den Abschluß eines gegenseitigen militärischen Bündnisses. Am 4. März 1947 unterzeichneten beide Länder den Vertrag von Dünkirchen:

Einen gegenseitigen Beistandspakt, um, wie es in Art. 1 des Vertragswerkes heißt, "Deutschland gegenüber in einer Weise zu handeln, die es hindern soll, seine Abrüstungs- und Entmilitarisierungsverpflichtungen zu verletzen." (21)

Ein dreiviertel Jahr später, am 22. Januar 1948, machte der britische Außenminister Bevin in einer Rede im Unterhaus den Beneluxstaaten, Belgien, Niederlande und Luxemburg das Angebot, nach dem Muster des Dünkirchen-Vertrages ein gemeinsames militärisches Bündnis als Grundlage für eine europäische Staatengemeinschaft abzuschließen. (22)

Das Ergebnis der darauf zwischen den fünf Mächten im Februar/März 1948 stattfindenden Verhandlungen war der Abschluß des sogenannten "Brüsseler Paktes" am 17.3.1948. (3)

Weitere Verhandlungen zwischen den westeuropäischen Ländern, den USA, Kanada und den skandinavischen Ländern Norwegen und Dänemark führten ein Jahr später, am 4. April 1949, zum Abschluß des Nordatlantik-Vertrages, womit die NATO (North Atlantic Treaty Organization) gegründet war. (24)

An eine Aufstellung westdeutscher Streitkräfte und ihre Integration in die NATO zu einem späteren Zeitpunkt war dabei durchaus gedacht. (25)

Die NATO-Gründung war signifikanter Ausdruck dafür, daß die amerikanische Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion und der in ihrem Einflußbereich liegenden osteuropäischen Staaten mit militärischen Mitteln abgesichert werden sollte. Das Ziel dieser Politik war die Destabilisierung der Machtverhältnisse in den osteuropäischen Ländern. Verschiedene, von führenden US-Militärs erstellte Atomkriegsplanungen gegen die Sowjetunion fügten sich als psychologische Drohmittel in diese Politik durchaus ein. Auch wenn diese Pläne nicht realisiert wurden, erhöhte sich damit doch das Risiko einer bewaffneten Auseinander-

setzung zwischen den USA und der Sowjetunion. Im Memorandum Nr.68, dem der Nationale Sicherheitsrat im Herbst 1950 zugestimmt hatte, wurde diese "Politik am Rande des Abgrunds" - so der spätere amerikanische Außenminister John F. Dulles - manifestiert. (26)

Der Aufbau von Polizeiformationen in Westdeutschland

Zur Absicherung ihrer Besatzungspolitik begannen die USA in der von ihnen kontrollierten deutschen Zone 1947 mit dem Aufbau einer Industriepolizei und Arbeitseinheiten, die 1950 eine Stärke von 8.000 bzw. 13.000 Mann hatten. Ab Mitte 1950 wurden diese Einheiten in "Labor Service Companies" (LSCO) zusammengefaßt und an Waffen und Gerät ausgebildet. 1951 erreichte ihre Stärke über 40.000 Mann.

Die französische Besatzungsmacht begann Ende August 1948 mit der Organisierung deutscher Hilfseinheiten - insgesamt 14.000 Mann -, die ab August 1951 verstärkt wurden. Und die Briten faßten ab dem 1. Juni 1951 deutsche Hilfseinheiten zusammen und bildeten sie militärisch aus; ihre Stärke betrug ca. 35.000 Mann.

Addiert man diese Einheiten, die teilweise bei Manövern der westlichen Besatzungstreitkräfte mit eingesetzt wurden, zusammen, so kommt man nach Angaben des "Rheinischen Merkur" vom 23. November 1951 auf eine Stärke von ca. 89.000 Mann, die in der Bundesrepublik durchaus für militärische Zwecke einsatzbereit waren. (27)

In der SBZ ordnete die SMAD im Hinblick auf die sich abzeichnende Spaltung Deutschlands am 3. Juli 1948 die Aufstellung kasernierter Polizeieinheiten an, deren Stärke Ende 1950 ca. 50.000 Mann betrug. (28)

Heute gelten jedoch die meisten westlichen Angaben aus der damaligen Zeit, die in den folgenden Jahren von bis zu 200.000 und noch mehr starken Polizeikräften in der SBZ und der späteren DDR sprachen, eindeutig als übertrieben. Bezeichnenderweise haben die offiziellen Vertreter der Westmächte und die meisten Politiker in der BRD, einschließlich der erste Bun-

deskantzler Konrad Adenauer, die militärisch ausgebildeten Hilfstruppen der westlichen Besatzungsmächte in der Öffentlichkeit nicht erwähnt. Dazu schrieb im Dezember 1949 die "Stuttgarter Zeitung":

"Seit etwa einem halben Jahr haben Meldungen über die deutsche Polizei in der Ostzone in der internationalen Presse ihren festen Platz. Die Meldungen sind fast alle ebenso vielgestaltig wie eindeutig; einmal wird die demnächstige Erhöhung auf 500.000 Mann angekündigt; dann wird von der Teilnahme von Ostpolizisten an russischen Manövern berichtet; kurz darauf erhält die Ostpolizei dann mehrere Flugplätze zugewiesen, auf denen 100 bis 200 Flugzeuge stationiert werden sollen, und schließlich läßt man sie an schweren und mittleren Panzern üben ...

Von Zeit zu Zeit erfolgt dann von amerikanischer oder englischer Seite eine Art Dementi, wonach "bisher" die Stärke der Volkspolizei mit etwa 80.000 Mann festgestellt worden sei, daß sie über keine Panzer, sondern allenfalls über ein paar leichte Panzerabwehrgeschütze verfüge und daß ihre Ausbildung ebenfalls als "halbmilitärisch" angesprochen werden könne.

Diese jeweils nur mit mäßiger Energie veröffentlichten "Richtigstellungen" über die Remilitarisierung der Ostzonenpolizei haben bisher die ausländische und auch die inländische Presse nicht davon abhalten können, nach einer Respektfrist von wenigen Tagen in ihrer bisherigen Berichterstattung über die Entwicklung der Ostzonenpolizei fortzufahren." (29)

3. Die innenpolitische Entwicklung in Deutschland vom Kriegsende bis zur Gründung der BRD

Nach dem 8. Mai 1945 stand die deutsche Bevölkerung unter dem unmittelbaren Eindruck der Kriegserlebnisse und des Zusammenbruches des Hitler-Faschismus.

Mehr als 5 Millionen Deutsche waren umgekommen, 12 Millionen deutsche Soldaten befanden sich in Kriegsgefangenschaft, und täglich strömten Flüchtlinge aus den Ostgebieten nach Deutschland (im August 1945 täglich 25.000 - 30.000), die erst einmal in Notunterkünften und Baracken leben mußten. Es herrschte unbeschreibliches soziales Elend; dazu drohten Krankheiten und eine furchtbare Hungerkatastrophe. Die meisten großen Städte lagen in Schutt und Asche, Strom-, Wasser- und Gasleitungen sowie die Verkehrsverbindungen waren zerstört, Lebensmittel waren, wenn noch vorhanden, rationiert.

Das ehemalige Deutsche Reich war vollständig besetzt, die Ostgebiete verloren, und die weitere politische Zukunft völlig von den Entscheidungen der jeweiligen Besatzungsmacht in ihrer Zone abhängig.

Dazu erfuhren die Deutschen allmählich das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen in den Konzentrationslagern und des bis dahin größten Krieges in der Geschichte der Menschheit, der insgesamt rund 55 Millionen Menschen das Leben gekostet hatte. Als Hauptverantwortliche standen die führenden Kräfte des ehemaligen Deutschen Reiches aus Staat, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen vor der ganzen Weltöffentlichkeit geächtet da. (1)

Antifas; antifaschistische Stimmung, aber kein weitverbreitetes antifaschistisches Bewußtsein

Unter diesen extremen Umständen begannen fast ausnahmslos Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter u.a. in den Tagen der Kapitulation und danach, antifaschistische Aktionsausschüsse (Antifas) zu gründen. Sie gaben die Namen von bekannten

Nationalsozialisten an die Militärregierungen der Besatzungsmächte weiter, stellten teilweise eine Art Hilfspolizei auf und versuchten, die regionalen Verwaltungen wieder funktionsfähig zu machen und mit dem Aufbau zerstörter Fabriken zu beginnen.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die deutsche Arbeiterbewegung nach Kriegsende ungleich schwerer angeschlagen war als in der Zeit der Weimarer Republik. Gerade die Kommunisten und Sozialdemokraten hatten für ihren gegen die Hitlerdiktatur geleisteten Widerstand die höchsten Opfer zahlen müssen. Zehntausende von ihnen waren von den Nationalsozialisten verschleppt und ermordet worden. Zudem lagen die Zentren der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der SBZ und späteren DDR (Berlin, Sachsen, Thüringen). (2)

Für die weitere innenpolitische Entwicklung sollte diesen Umständen eine entscheidende Bedeutung zukommen. Denn sie erleichterten es den bürgerlichen Parteien aus der Weimarer Zeit ganz wesentlich, sich gegen die Bemühungen von Kommunisten und linken Sozialdemokraten für eine antifaschistische Aktionseinheit durchzusetzen.

Festzuhalten ist, daß die Militärregierungen aller vier Zonen die Kontrolle über die Arbeit der Antifas zu verlieren fürchteten. Sie lösten deshalb diese Ausschüsse allesamt bis zum Sommer 1945 wieder auf.

Trotzdem war bei vielen Arbeitern und politisch bewußten Menschen aufgrund der Erfahrungen aus der Weimarer Zeit und der deutschen Verantwortung am Zweiten Weltkrieg eine antifaschistische und-monopolistische Stimmung weit verbreitet. erinnert sei hier an die Volksentscheide von Sachsen am 30. Juni 1946 und Hessen am 1. Dezember 1946, bei denen sich jeweils über 70 % der Abstimmungsberechtigten für Enteignungs- bzw. Sozialisierungs- und Verstaatlichungsmaßnahmen von Rüstungskonzernen wie z.B. Siemens, Flick u.a. aussprachen.(4)

Meist auf Initiative von Kommunisten und Sozialdemokraten wurde in den Länderparlamenten eine Reihe demokratischer Forderungen wie Volksbegehren und Volksentscheid in entsprechenden Verfassungsartikeln verankert. (5)

Die bürgerlichen Parteien hatten sich durch ihr Verhalten vor und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung mehr oder weniger diskreditiert. Aufgrund der bereits erwähnten anti-monopolistischen Stimmung bei vielen politisch bewußten Menschen konnten in den sich neu organisierenden bürgerlichen Parteien linke Flügel Fuß fassen, die es mit Sozialisierungsforderungen ernst meinten. Z.B. gab es in der CDU den sog. "Frankfurter Kreis" (6). Sie beeinflussten die innerparteilichen Diskussionen mit und nur mit Kenntnis ihrer Existenz ist es zu verstehen, daß in den ersten Parteiprogrammen und Veröffentlichungen teils antikapitalistische Forderungen zu finden waren. Als bekanntestes Beispiel dafür sei an dieser Stelle das "Ahleener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU" vom Februar 1947 genannt, in dem es heißt:

"Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen." (7) Allerdings muß festgehalten werden, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung kein Wissen über die Unterstützung und Zusammenarbeit deutscher Wirtschaftsunternehmen an den Vorbereitungen und der Durchführung des letzten Krieges mit dem NS-Regime besaß. Die existentielle Not, die Angst vor dem Hungertod und andere Umstände bestimmten das Leben der deutschen Bevölkerung. Die Frage über die Schuld der Deutschen an den Verbrechen des Nationalsozialismus war demgegenüber von zweitrangiger Bedeutung. Bernt Engelmann beschreibt diesen Sachverhalt in seinem Nachkriegsreport "Wie wir wurden, was wir sind" folgendermaßen:

"Es wäre indessen ein Irrtum, anzunehmen, daß sich die Besiegten allzu lange mit solchen Vergleichen beschäftigt und

entsprechend einsichtsvoll, reuig und beschämt gezeigt hätte.
Ganz im Gegenteil:

Sobald der erste Schock vorüber war, ließen die Deutschen ihre jüngste Vergangenheit für sich selbst eilig in Vergessenheit geraten. Es war wohl zunächst nackter Selbsterhaltungstrieb; man hätte gar nicht weiterleben können im ständigen Bewußtsein einer Schuld von gar nicht mehr faßbaren Ausmaßen, und später gewöhnte man sich daran, so zu tun, als ob es gewisse Dinge - von den ersten Morden und Folterungen in den Kellern der SA-Kneipen im Februar 1933 über das verniedlichend "Kristallnacht"(8) genannte brutale und blutige Judenpogrom vom November 1938 sowie die zahllosen Greuelthaten in den eroberten Ländern bis zu den letzten Erhängungen kriegsmüder Soldaten und Zivilisten noch in den ersten Maitagen 1945 - überhaupt nicht gegeben hätte. (9)
Dieser Verdrängungsprozeß hätte in den folgenden Jahren nur mit einer massiven Aufklärungsarbeit und einer konsequenten Entnazifizierungspolitik der Besatzungsmächte rückgängig gemacht werden können. Doch aufgrund der Entstehung und den Folgen des Kalten Krieges ist es dazu in den westlichen Besatzungszonen nicht gekommen.

Zur Entnazifizierungs- und Besatzungspolitik in den Westzonen

Zwar führten die vier Mächte im Sinne der Kontrollratsbeschlüsse die "Nürnberger Prozesse" vor einem internationalen Militärtribunal durch (10) und erließen auch Verordnungen wie z.B. das von der amerikanischen Militärregierung am 26. September 1945 verabschiedete Gesetz Nr. 8 zur Verhinderung des Einflusses von nationalsozialistischem Gedankengut in Deutschland. (11)
Aber bei diesen Ansätzen einer Entnazifizierungspolitik blieb es. Um die deutsche Verwaltung in den Dörfern, Städten und den Ländern wieder in Gang zu bringen, nahmen die westlichen Militärregierungen in unterschiedlichem Ausmaß die Hilfe früherer Fachleute und Beamter in Anspruch, die meistens unter dem NS-Regime gearbeitet hatten und über die entsprechenden

Erfahrungen verfügten. Mit dem Beginn des Kalten Krieges gaben sie die Entnazifizierungspolitik Schritt für Schritt auf und beendeten sie offiziell 1949. (12)

Weiter begannen die westlichen Militärregierungen mit bekanntermaßen solchen deutschen Politikern, Wirtschaftsvertretern und Kirchenführern zusammenzuarbeiten, die von vorneherein in ihrer antikommunistischen Einstellung darin einig waren, auf keinen Fall eine sozialistische Gesellschaftsordnung in Westdeutschland aufkommen zu lassen. Sie setzten alles daran, die alten kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse in vollem Umfang wieder herzustellen.

Stellvertretend für sie seien genannt: der katholische Kardinal Michael Faulhaber, Konrad Adenauer und der Bankier Robert Pferdmenges. (13)

Parteienbildung in den Westzonen und ihre politischen Vorstellungen

In den Wochen und Monaten nach der Kapitulation reorganisierten sich im besetzten Deutschland die politischen Parteien. Von ihnen sind in den Westzonen als wichtigste zu nennen: Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich-Demokratische Union (CDU), in Bayern die Christlich-Soziale Union (CSU), und liberale Gruppen wie z.B. die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), die sich 1948 in der Freien Demokratischen Partei (FDP) zusammenschlossen. Weitere kleine Parteien waren das Zentrum, die Deutsche Partei (DP), der Gesamtdeutsche Block (GB), der mit dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) eine Listenverbindung einging und die Bayernpartei (BP). (14)

Der Handlungsspielraum dieser Parteien war wiederum abhängig von den Vorstellungen der jeweiligen Militärregierungen.

Die KPD arbeitete nach den Erfahrungen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Machtergreifung auf die Herstellung einer antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront aus Kommunisten, Sozialdemokraten,

Gewerkschaftern und Unabhängigen hin. Ihre politischen Forderungen benannte sie im "Aufruf an das deutsche Volk vom 11. Juni 1945". Das Ziel sollte die "Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk" sein. (15)

Einen Schwerpunkt legte die KPD auf die politische Arbeit in Betrieben und Kommunen, wo sie anfangs einen bedeutenden Einfluß besaß. Doch kam die von ihr angestrebte antifaschistische Aktionseinheit in den besetzten Westzonen aus mehreren Gründen nicht zustande. Unter anderem deshalb, weil die KPD im aufkommenden Kalten Krieg immer mehr in die Defensive geriet. (s. Teil III)

Die ersten politischen Konzeptionen von Sozialdemokraten nach Kriegsende enthielten sozialistische Programmaussagen, z.B. das "Buchenwalder Manifest", das von SPD-Mitgliedern verfaßt wurde, die aus dem Konzentrationslager Buchenwald befreit worden waren, oder der Aufruf des Berliner Zentralausschusses der SPD.

Zwischen der Gruppe Hannover um den früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher ("Büro Dr. Schumacher") und dem Berliner Zentralausschuß unter dem Vorsitz von Otto Grotewohl kam es jedoch bald zu einem Bruch in der Bündnisfrage. Schumacher, der die Mitglieder des Londoner Exilvorstandes der SPD und andere aus der Emigration zurückkehrende Sozialdemokraten um sich sammelte, beanspruchte den Führungsanspruch innerhalb der Partei in den westlichen Besatzungszonen. Er war extremer Antikommunist und lehnte jede Zusammenarbeit mit der KPD ab (16).

In der SBZ war die SMAD an einer Vereinigung von SPD und KPD interessiert. Sie setzte den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) am 21./22. April 1946 in Berlin mit erheblichem Druck gegen den Willen des Zentralausschusses der SPD durch.

Allerdings wird der oft verwendete Begriff "Zwangsvereinigung" dem Sachverhalt nicht gerecht. Denn bei vielen SPD-Mitgliedern war in der Tat eine weit verbreitete Zustimmung für die Vereinigung der beiden Parteien vorhanden. (17)

Die SED-Gründung erleichterte es dem Antikommunisten Kurt Schumacher, sich in den Westzonen als der dominierende Politiker der SPD durchzusetzen. Er wurde auf dem ersten SPD-Parteitag in Hannover (9. bis 11.5.1946) zum Parteivorsitzenden gewählt.

Unter seiner Führung verfolgte die SPD die Konzeption eines sog. "Dritten Weges": den Weg eines freiheitlich-demokratischen Sozialismus in bewußter Abgrenzung zum Kapitalismus, wie er in Deutschland zum Faschismus geführt hatte, und zum russischen Bolschewismus, der nach Ansicht Schumachers aufgrund der politischen Säuberungen und Repressionen in den dreißiger Jahren unter Stalin mit Sozialismus nichts gemein hatte. Außerdem vertrat die SPD die Konzeption einer Wirtschaftsdemokratie, die Forderungen wie z.B. für eine Sozialisierung des Bergbaus und für die Sicherung der Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben beinhaltete. Allerdings waren die beiden Konzeptionen zugrundeliegenden theoretischen Begründungen zum Teil von Widersprüchen und Fehleinschätzungen geprägt. Schumacher gab sich zwar in seinen politischen Aussagen verbalradikal und klassenkämpferisch, doch war die von ihm verfolgte SPD-Politik letztlich in ihrer objektiven Konsequenz prokapitalistisch, wie Hans Karl Rupp richtig feststellt. Dies war allerdings für viele Mitglieder der SPD damals nicht erkennbar. (18)

Mit den Gründungen der CDU konnte sowohl die traditionelle konfessionelle Spaltung im politischen Bereich überwunden wie auch verschiedene Parteiströmungen aus der Weimarer Zeit (z.B. Mitglieder der DDP, des Zentrums und christlichen Gewerkschaften) in einer Organisation vereinigt werden. Für Ch. Kleßmann ist deshalb die Gründung der CDU der "deutlichste parteigeschichtliche Neuanfang, der für die Geschichte der Bundesrepublik von weittragender Bedeutung werden sollte." (19) Als führender Mann bei der CDU konnte sich Konrad Adenauer durchsetzen. (20)

Schließlich müssen an dieser Stelle noch die Liberalen Parteien erwähnt werden. Ihre Führer, z.B. Franz Blücher und Theodor Heuß, verstanden sich als Vertreter von Mittelstandsparteien, denen es um die Verwirklichung der traditionellen Ideen des Wirtschaftsliberalismus ging. (21)

Die Behandlung der Wehrfrage im Parlamentarischen Rat;
Einfügung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung

Nach der Überreichung der "Frankfurter Direktiven" durch die drei Militärgouverneure an die westdeutschen Ministerpräsidenten am 8. Juli 1948 erstellten die Länderchefs auf der Insel Herrenchiemsee im August einen Verfassungsentwurf. Zusammen mit anderen Vorlagen diente er dem Parlamentarischen Rat, der am 1. September 1948 in Bonn zusammentrat, als Grundlage für das zu erarbeitende Grundgesetz (GG). Zum Präsidenten des Rates wurde Konrad Adenauer gewählt. (22) Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und wurden von den westlichen Militärregierungen kontrolliert; sie griffen des öfteren direkt in die Arbeit des Parlamentarischen Rates ein. (23)

An dieser Stelle soll nur auf die Behandlung der Wehrfrage im Parlamentarischen Rat etwas näher eingegangen werden. Sie spielte bei den Beratungen wegen der Kriegsschuld Deutschlands noch keine zentrale Rolle, wurde aber in diesem Gremium durchaus schon diskutiert. Die Delegierten des Parlamentarischen Rates waren teilweise über die Pläne der US-Militärs zur westdeutschen Wiederaufrüstung und über das internationale Presseecho informiert. (24)

In der 5. Sitzung des Zuständigkeitsausschusses sagte Walter Menzel (SPD) am 29. September 1948:

"... aber Sie müssen sich Gedanken darüber machen, ob nicht das Fehlen der Wehrmacht, also jeder Bundesexekutivbehörde - ich meine nicht nur Exekutive gegen etwaige Länder-, sondern

jeder Macht, die die Sicherheit des Bundes gewährleistet, ob nicht dieses Fehlen dazu zwingt, zu überlegen, ob in Notfällen, wenn Ereignisse eintreten, die über den Rahmen und über das Gebiet eines Landes hinausgehen, der Bund sich eine gewisse Exekutivreserve vorbehalten muß." (25)

Weil die Mitglieder des Zuständigkeitsausschusses über die Sicherung des Bundes nach außen keine Einigung erzielen konnten, kam diese Frage abschließend bei der ersten Lesung des GG in der 61. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 19. November 1948 zur Verhandlung. Die Abgeordneten lehnten es ausdrücklich ab, den traditionellen Begriff der auswärtigen Angelegenheiten auch auf die Sicherung des Bundes zu erweitern und ebenso, die Kompetenz des Bundes zu seiner Sicherung nach außen im Grundgesetz festzulegen. (26)

Mit anderen Worten ausgedrückt: Im Urtext des Grundgesetzes gab es keine militärische Befehlsgewalt, kein Recht und keine Aussagen zu einer Aufstellung deutscher Streitkräfte; auch eine Gesetzgebungskompetenz betreffend einer Wehrverfassung fehlte. Allerdings wurde die Aufnahme solcher Regelungen in den entsprechenden Bestimmungen des Grundgesetzes für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Sie sind "absichtlich offengelassen worden", wie der spätere Hessische Ministerpräsident Georg August Zinn, Mitglied des Parlamentarischen Rates, in seiner Regierungserklärung vom 10. Januar 1951 rückblickend feststellte. (27)

Für eine Verankerung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung setzten sich mehrere pazifistische Organisationen auf Länder- und Bundesebene ein (28). Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates berücksichtigten diese Forderungen nicht zuletzt wegen der deutschen Verantwortung am Zweiten Weltkrieg. Allerdings ist der Wortlaut des im Grundgesetz verankerten Artikel 4 Abs. 3 im Vergleich zu entsprechenden Bestimmungen in Länderverfassungen abgeschwächt, da das Nähere ein Bundesgesetz regeln sollte. (29)

Für die späteren Diskussionen über die Durchführung einer Volksbefragung zur Remilitarisierung ist außerdem festzuhalten, daß der Parlamentarische Rat das Grundgesetz als Repräsentativverfassung anlegte, d.h. daß das Volk in Zukunft seine Souveränität allein in der aktiven Ausübung des Wahlrechts zur Geltung bringen konnte. Die Möglichkeit plebiszitärer Willensbildung in der Form von Volksentscheid und Volksbegehren wurde im Grundgesetz im Gegensatz zu den Bestimmungen mehrerer Länderverfassungen bewußt ausgespart.

Die Gründung der BRD: Verkündung des GG, Bundestagswahlen, Konstituierung der ersten Bundesregierung

Am 8. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland mit 53 : 12 Stimmen. Nach Genehmigung durch die westlichen Alliierten am 12. Mai 1949, die ihre Vorbehalte in Form der genannten Kontrollinstanzen geltend machten, wurde es am 23. Mai 1949 bei der abschließenden Sitzung des Parlamentarischen Rates verkündet: Die Bundesrepublik Deutschland war damit gegründet. (30)

Nach der Verkündung des Grundgesetzes erfolgten am 15. August 1949 die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag. Der Wahlkampf fand im Zeichen des Kalten Krieges und unter dem Eindruck des nach der Währungsreform einsetzenden Wirtschaftsaufschwungs statt, der allgemein als Erfolg der CDU gesehen wurde. Demgegenüber galten planwirtschaftliche Maßnahmen, wie sie in der SBZ z.B. mit der von der SMAD angeordneten Bodenreform von 1945 oder mit der rigorosen Demontagepolitik durchgeführt wurden, als unattraktiv.

Daß die CDU/CSU die Wahlen mit 31 % gewann, läßt sich als Forderung der westdeutschen Wähler interpretieren, die von ihr propagierte Politik der 'Sozialen Marktwirtschaft' fortzusetzen.

Die SPD erreichte 29,2 %, die FDP 11,9 %, die KPD 5,7 %. Die restlichen Prozente verteilten sich auf kleinere Parteien. (31)

Weil ohne Unterstützung der anderen keine der großen Parteien eine regierungsfähige Mehrheit hatte erreichen können, beschloß Konrad Adenauer mit seinen Parteifreunden, eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und Deutscher Partei zu bilden - unter Ausschluß der Sozialdemokraten. Adenauer bezeichnete diese Entscheidung, ohne die SPD zu regieren, später als die wichtigste der Nachkriegszeit. (33)

Am 7. September 1949 konstituierte sich der Bundesrat und Bundestag; am 12. September wählte die Bundesversammlung Theodor Heuß zum 1. Bundespräsidenten, am 15. September der Bundestag Konrad Adenauer zum 1. Bundeskanzler der BRD. Die neue Regierung wurde am 20. September vereidigt und nahm ihre Arbeit auf.

II. PROTESTAKTIONEN GEGEN DIE WIEDERAUFRÜSTUNG 1948 - 1955

Einleitung

Mit Konrad Adenauer stand an der Spitze der Bundesregierung ein Mann, der die Westintegrationspolitik der USA vorbehaltlos unterstützte. Das aber mußte zwangsläufig die Zustimmung zur Remilitarisierung der BRD bedeuten. Denn die militärische Blockbildung war ein wesentlicher Bestandteil dieser Politik und sollte bestimmte außen- wie innenpolitische Funktionen erfüllen. (1)

Tatsächlich bezog der Bundeskanzler die Wiederbewaffnung in seine politischen Überlegungen mit ein. Er selbst nannte dafür offiziell folgende Motive:

- "1. Erlangung der Souveränität als Folge der Wiederaufrüstung
2. Sicherheit gegenüber der Aufrüstung in der Sowjetzone durch Sowjetrussland
3. die Herbeiführung einer europäischen Föderation." (2)

Allerdings standen Adenauer und seine Parteifreunde vor einer großen Schwierigkeit: die Durchführung der Remilitarisierung vor der deutschen Bevölkerung zu legitimieren.

Denn die Kriegserlebnisse von millionenfachem Tod, Terror und Bombenhagel waren in der deutschen Bevölkerung wachgeblieben. Es gab kaum eine deutsche Familie, die nicht vermißte, verletzte, verstümmelte oder tote Familienangehörige zu beklagen hatte. Schon froh darüber, den Krieg überstanden zu haben, erschien den meisten Deutschen allein der Gedanke, daß es jemals wieder eine deutsche Armee geben könnte, unvorstellbar. Diese kriegsmüde Stimmung war in der deutschen Bevölkerung bis in die Mitte der 50er Jahre weit verbreitet. Aus diesem Grund erklären sich die von Konrad Adenauer in den ersten Nachkriegsjahren öffentlich geäußerten Distanzierungen von jedem Gedanken an eine neuerliche Wiederaufrüstung Deutschlands.

Er erklärte z.B. Ende Dezember 1946 in der "Rheinischen Post": "Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird, daß wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterworfen werden. Ja, ich will noch weitergehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des Deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden." (3)

Am 21. November 1949 - bereits als Bundeskanzler - meinte er: "Ich wünsche keineswegs eine Armee. Wir wollen an keinem neuen Krieg teilnehmen, nachdem so viel Blut auf den Schlachtfeldern vergossen worden ist. Wir haben genug Tote gehabt. Allzu viel junge Leute sind umgekommen. Denken Sie daran, daß in Deutschland gegenwärtig auf 100 Männer 160 Frauen kommen. Schließlich muß ich darauf hinweisen, daß ein neues Heer bei uns nur die militärischen Erinnerungen wiederbeleben würde, die ein für alle mal verschwinden müssen."

Fast ein Jahr zuvor hatte Adenauer die vor der Öffentlichkeit geheimgehaltene Speidel-Studie in Auftrag gegeben, in der von dem früheren Generalleutnant der Wehrmacht, Hans Speidel, konkrete Vorstellungen für die Durchführung der Wiederaufrüstung erarbeitet worden waren.(s.S.52/53)

Noch am 27. Februar 1950 behauptete er nach einer Mitteilung des "Weser-Kurier" (Bremen): "Ich bin nach wie vor strikt gegen eine Remilitarisierung der Bundesrepublik." (4)

Auf längere Zeit gesehen konnten die Remilitarisierungsabsichten vor der Öffentlichkeit jedoch nicht geheimgehalten werden, denn der Aufbau der zukünftigen westdeutschen Armee erforderte eine umfassende strukturelle und personelle Planung, z.B. die Bereitstellung von Truppenübungsplätzen, die Produktion von Rüstungsmaterial usw.. Es war nur eine Frage der Zeit, bis es zwischen der Sicherheitspolitik der Bundesregierung und den Ressentiments der Deutschen gegen eine neue Armee zu einem grundlegenden Konflikt kommen mußte.

Das Jahr 1948

Die Pressekonferenz von Eugen Kogon

Am 24. November 1948 erwähnte der Publizist Eugen Kogon in Frankfurt/Main auf einer Pressekonferenz erste Pläne für eine deutsche Wiederbewaffnung. Die Reaktion in der deutschen Öffentlichkeit war heftig und empört.

Kogon war von August bis Ende September zu einem Studienaufenthalt in die USA gereist. Dort hörte er von angeblichen Absichten amerikanischer Militärs, Westdeutschland wiederaufzurüsten. Um sich von der Richtigkeit dieser Gerüchte zu überzeugen, fuhr er nach Washington und traf dort durch Vermittlung von Freunden mit dem stellvertretenden Generalstabschef Albert C. Wedemeyer im Pentagon zusammen, der die Existenz der Remilitarisierungspläne bestätigte. Kogon versuchte Wedemeyer die kriegsmüde und pazifistische Stimmung in der deutschen Bevölkerung zu erklären, die nach seiner Meinung eine erneute Wiederbewaffnung niemals hinnehmen werde. Weil der amerikanische Generalstabschef an den Wiederbewaffnungsplänen festhielt, einigten sich beide auf einen Öffentlichkeitstest. Kogon sollte, ohne Namen zu nennen, in Deutschland diese Absichten bekanntmachen. Er prophezeite Wedemeyer einen großen Proteststurm. (1)

Von den USA war Kogon nach Rom weitergereist, wo er an einem Kongreß der Europäischen Föderalisten-Union (Union Européenne des Federalistes) teilnahm. Dort diskutierte eine sog. Deutschland-Kommission u.a. über die mögliche deutsche Wiederaufrüstung. Kogon machte dabei einige Andeutungen, ohne jedoch konkret zu werden. (2)

Auf der Frankfurter Pressekonferenz über diesen Kongreß sprach er zu den Begriffen "deutsche Armee" und "Remilitarisierung" absichtlich nicht. Doch als er zu einem Artikel des "Rheinischen Merkur" vom 20. November 1948, der über ihn und die Diskussion in Rom geschrieben hatte, einige Richtigstellungen machte,

löste er eine Flut von Fragen und Vermutungen bei den Pressevertretern aus. Es folgten nach seinem Bericht Angriffe, Zustimmungen, Dementis und Mißverständnisse aller Art. (3)

Von offizieller Seite wurden die Gerüchte über die Wiederaufrüstung sofort strikt dementiert. Die Zeitung "Die Welt" berichtete in ihrer Sonntagsausgabe vom 28. November 1948:

"Alle Behauptungen über eine von den Westmächten beabsichtigte Remilitarisierung Westdeutschlands sowie über die militärische Ausbildung deutscher Einheiten durch die britische und amerikanische Militärregierung werden heute von britischer und amerikanischer Seite nachdrücklich dementiert.

Zuständige Kreise in London erklären, daß alle diese Gerüchte gegenstandslos seien und daß keinerlei Absicht bestehe, die internationalen Abkommen über die Remilitarisierung Deutschlands zu verletzen...

Der Präsident des Parlamentarischen Rates, Dr. Adenauer, äußerte zu der angeblichen Remilitarisierung, daß hiervon keine Rede sein könne. Eine moderne Polizeimacht sei jedoch eine Notwendigkeit, wenn der künftige Deutsche Bund in der Lage sein soll, seine Aufgaben zu erfüllen." (4)

Das Speidel-Gutachten

Hinter den Kulissen liefen währenddessen die Vorbereitungen für die Remilitarisierung auf vollen Touren. Adenauer beauftragte noch im Dezember 1948 den ehemaligen Generalleutnant der Wehrmacht, Hans Speidel, eine geheime Studie über die vergleichsweise Stärke der europäischen Armee und Vorschläge für einen deutschen Verteidigungsbeitrag auszuarbeiten. (5)

Speidel, der in diesem Jahr schon mehrere solcher Denkschriften verfaßt hatte, stellte die Studie bis zum 15. Dezember 1948 fertig. Er sprach sich darin für die Sicherung der westdeutschen Grenzen durch die westlichen Besatzungsmächte aus. Innerhalb eines westeuropäischen Militärbündnisses (das durch den Brüsseler

Pakt existierte E.D.) könnten auch deutsche Streitkräfte ihren Beitrag dazu leisten, meinte Speidel. Westdeutsche Militärexperten sollten an allen wichtigen Entscheidungen mitbeteiligt werden. (6)

Das Jahr 1949

1. Die politischen Entscheidungen

Das Petersberger Abkommen; die Manteuffel-Expertise

Auf dem Petersberg bei Bonn führten die drei Hohen Kommissare vom 15. - 22. November 1949 mit Bundeskanzler Adenauer Gespräche über den Beitrag der BRD zur Westintegrationspolitik. (1)

Die Ergebnisse der Unterredungen wurden in einem Protokoll, dem sog. "Petersberger Abkommen", zusammengefaßt. Die wichtigsten Beschlüsse darin waren die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Europarat, der Abschluß eines bilateralen Abkommens mit den USA über Lieferungen, die nach dem Marshall-Plan vorgesehen waren, die Mitarbeit Bonns an der Internationalen Ruhrbehörde, und die Zusicherung der Besatzungsmächte, mit der Demontage westdeutscher Fabriken aufzuhören. (2)

Die Politik der westeuropäischen Integration der BRD wurde sowohl von der AHK wie der Bundesregierung bekräftigt. (3)

Zur Wiederbewaffnungsfrage stand in Punkt 3 des Abkommens folgendes:

"Die Bundesregierung erklärt ferner ihre feste Entschlossenheit, die Entmilitarisierung des Bundesgebiets aufrechtzuerhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern. Zu diesem Zweck wird die Bundesregierung mit der Hohen Kommission auf dem Gebiet des Militärischen Sicherheitsamtes eng zusammenarbeiten."

Im gleichen Monat erhielt der Kanzler von dem früheren Wehrmachtsgeneral Kurt Hasso von Manteuffel eine Expertise, in der vorgeschlagen wurde, eine auf Wehrmachtkadern und -mannschaften gestützte 600.000 Mann starke konventionelle Stoßarmee als Ergänzung für die amerikanischen und britischen Luft- und Seestreitkräfte aufzustellen, gegliedert in 30 Heeresdivisionen. Die Verteidigungslinie im Kriegsfall sollte östlich des Rheins liegen (Manteuffel-Plan). (4)

2. Die Protestaktionen

1949 gab es noch keine breite antimilitaristische Friedensbewegung in der Bundesrepublik. Nach Kogons Pressekonferenz vermieden es westliche Militärs und Politiker nach Möglichkeit, das Thema Wiederbewaffnung in der Öffentlichkeit anzusprechen.

Aber Gerüchte und Zeitungsberichte darüber häuften sich. Die Gründung der NATO am 4. April 1949 lieferte Anlaß zu neuen Spekulationen. Die Pariser Zeitung "Le Monde" kommentierte: "Die Wiederaufrüstung Deutschlands ist, ob wir es nun zugeben wollen oder nicht, in dem Atlantikpakt wie ein Embryo enthalten." (1)

Und die amerikanische Zeitschrift "Life" (Chicago) berichtete in ihrer August-Nummer über eine Studie führender amerikanischer Militärs, in der Westdeutschland im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den USA und den Sowjets zum Hauptgefechtsfeld werden würde, wobei der Einsatz von Atomwaffen miteinkalkuliert war. (2)

Die Weltfriedensbewegung; die Gründung von Friedenskomitees

Wegen des Kalten Krieges und der damit drohenden Gefahr eines neuen Wettrüstens tagte in Paris vom 20. bis 25. April 1949 ein Weltkongreß der Friedensanhänger. Mit der Gründung eines ständigen Komitees wurde die Herausbildung einer organisierten,

kommunistisch orientierten Weltfriedensbewegung eingeleitet, die in den folgenden Jahren Weltfriedenskongresse in verschiedenen Ländern abhielt. (3)

Als Ausdruck für diese Bewegung in der Bundesrepublik gründete sich am 5. Mai 1949 im Rathaus von Bonn ein "Westdeutsches Komitee der Kämpfer für den Frieden", das sich später "Westdeutsches Friedenskomitee" (WFK) nannte. Ähnliche Komitees gab es bald im gesamten Bundesgebiet. Nach Aussage des WFK-Mitglieds Gerhard Wohlrath soll ihre Zahl im gesamten Bundesgebiet auf 600 angestiegen sein. Die Komitees kritisierten besonders die Politik der Westintegration der Bundesrepublik und die Remilitarisierung und setzten sich für eine gesamtdeutsche Verständigung auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens ein. (4)

Die ADF

Zu erwähnen sind außerdem die Gründungen von pazifistischen Verbänden und christlichen Gruppen, die sich bis 1949 mit unterschiedlicher Stärke in Westdeutschland reorganisiert hatten, so die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), die Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK), der Internationale Versöhnungsbund (IVB) oder der Friedensbund Deutscher Katholiken (FDK). Sie gründeten zusammen mit anderen Organisationen am 23. Oktober 1949 in Münster anlässlich des 301. Jahrestages des Westfälischen Friedens die "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände" (ADF).

Zu ihrem Präsidenten wurde Hermann Louis Brill gewählt. (5)

In den folgenden Jahren engagierte sich die ADF für das uneingeschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung und kritisierte die Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Im Herbst 1950 schloß sie sich der Forderung nach einer Volksbefragung an, auf die an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden wird.

Das Echo auf das "Plain-Dealer"-Interview

Am 3. Dezember 1949 gab Konrad Adenauer mit dem Einverständnis amerikanischer Militärs dem Korrespondenten der amerikanischen Zeitschrift "Cleveland Plain Dealer", John Leacacos, im Bundeskanzleramt ein Interview, in dem er zur Frage der Remilitarisierung konkreter als bisher Stellung bezog. Zu entsprechenden Überlegungen sagte der Kanzler, er denke an die Gründung einer europäischen Armee, der auch deutsche Soldaten angehören sollten. Deutschland sollte zur Verteidigung Europas in einem solchen Bündnis unter dem Kommando eines höheren europäischen Hauptquartiers einen Beitrag leisten. Wenn ein solches Oberkommando bestehe, "würde es nicht nur richtig, sondern auch notwendig sein, die amerikanische Militärhilfe auf Deutschland auszudehnen." (6)

Das Bekanntwerden des "Plain-Dealer"-Interviews führte in der Bundesrepublik zu einer ähnlich heftigen Diskussion über die Wiederaufrüstung wie die Pressekonferenz von Eugen Kogon ein Jahr zuvor. Die "Stuttgarter Zeitung" kommentierte in ihrer Ausgabe vom 6. Dezember 1949 unter der Überschrift "Landsknechte gesucht":

"Die Entwicklung hat jetzt einen Punkt erreicht, an dem die deutsche Öffentlichkeit nicht mehr schweigend zusehen kann. Es ist ja geradezu grotesk, wenn von den Regierungen der drei westlichen Besatzungsmächte immer wieder versichert wird, daß eine Aufrüstung Deutschlands oder seine Beteiligung am Atlantikpakt völlig ausgeschlossen sei, während gleichzeitig die höchsten militärischen Berater dieser Regierungen und dazu auch noch etliche einflußreiche Politiker das Gegenteil predigen ...

Man faßt sich an den Kopf: ist es wirklich erst vier Jahre her, daß uns gesagt wurde, man dürfe den Deutschen niemals wieder auch nur ein Luftgewehr in die Hand geben? In Deutschland gab es damals und gibt es heute noch eine große Anzahl von Menschen, denen es bitter ernst darum ist, eine Rückkehr unseres Volkes zum Militärischen zu verhindern. Diese Menschen gründen ihren Entschluß auf die in mehrfacher Erfahrung erhärtete

Erkenntnis, daß für unser Volk das Militärische eine gefährliche Versuchung bedeutet, deren wir mindestens solange nicht Herr werden können, wie unsere politische Stabilität nicht mehr ist als ein schöner Traum. Darum haben wir damals die Erklärungen der Siegermächte, sie wollten eine Remilitarisierung Deutschlands auf alle Zeit hinaus verhindern, aufrichtig begrüßt, auch wenn wir deren Begründung nicht immer akzeptiert haben." (7)

Nochmals versuchten die verantwortlichen Politiker und Militärs zu beschwichtigen; so z.B. Bundespräsident Theodor Heuß, der sich wiederholt in öffentlichen Erklärungen gegen die Wiederbewaffnung aussprach. (8)

Allerdings erscheint hier die Ernsthaftigkeit dieses antimilitaristischen Engagements von Heuß zweifelhaft, wenn man sich z.B. an seine Äußerungen im Parlamentarischen Rat zu Art. 4 Abs. 3 erinnert (s.S. 306, Fn. 28).

Die KPD-Bundestagsfraktion stellte Bundeskanzler Adenauer aufgrund seiner Äußerungen fünf Fragen über die deutsche Wiederbewaffnung.

Die Kommunisten hatten die Gründung des westdeutschen Staates wegen des damit verbundenen Vollzuges der deutschen Teilung scharf kritisiert und deshalb ihre Zustimmung zum Grundgesetz verweigert. In der geplanten Remilitarisierung sahen die Kommunisten die Vorbereitungen für einen neuen Krieg der Westmächte gegen die Sowjetunion.

Die fünf Fragen lauteten:

- "1. Ist es richtig, daß der Bundeskanzler der Zeitung "The Plain Dealer" gegenüber geäußert hat, eine nach seinem Vorschlag aufzustellende deutsche Streitmacht solle eine Abteilung unter einem europäischen Oberkommando bilden?
2. Hat der Bundeskanzler Vorschläge in gleichem oder ähnlichem Sinne der Hohen Kommission oder einem der Hohen Kommissare zugehen lassen?
3. Hat der Bundeskanzler im Sinne seines Interviews mit der genannten amerikanischen Zeitung Besprechungen mit einer anderen alliierten Stelle geführt?

4. Ist der Bundeskanzler anläßlich seiner mit den Alliierten Hohen Kommission geführten Besprechungen irgendwelche Verpflichtungen eingegangen, die im Sinne seines der amerikanischen Zeitung gegebenen Interviews liegen?
5. Beabsichtigt der Bundeskanzler, den westlichen Alliierten die Bereitschaft der Bundesregierung zur Aufstellung einer westdeutschen Streitkraft in irgendeiner Form zum Ausdruck zu bringen?"

Adenauer beantwortete jede dieser Fragen am 16. Dezember 1949 im Deutschen Bundestag mit einem klaren "Nein". (9)

Aufgrund dieser Anfrage fand im Anschluß daran die erste parlamentarische Behandlung über die Frage der Wiederaufrüstung statt. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung gaben sich alle Parteifraktionen als Gegner der Wiederbewaffnung aus.

Für die CDU/CSU sagte Heinrich von Brentano:

"Ein neuer Krieg würde die Lebenshoffnungen des deutschen Volkes begraben. Dem deutschen Volk liegt daher der Gedanke an eine Wiederaufrüstung fern ..."

Für die SPD erklärte Erich Ollenhauer:

"Die sozialdemokratische Fraktion lehnt es ab, eine deutsche Wiederaufrüstung auch nur in Erwägung zu ziehen ..."

Helene Wessel äußerte sich für das Zentrum:

"Die Zentrumsfraktion ist der Auffassung, daß dem deutschen Volk der Gedanke einer Remilitarisierung in irgendeiner Form unmöglich zugemutet werden kann. Sie nimmt die Erklärungen, die der Bundeskanzler in mehreren Interviews über die Aufstellung eines deutschen Truppenkontingents im Rahmen einer europäischen Staatsmacht abgegeben hat, zum Anlaß, um mit Nachdruck zu betonen, daß sie sich jeder Art von Remilitarisierung auf das Entschiedenste widersetzen wird ..." (10)

Während die Parteiführungen von CDU und SPD in den folgenden Monaten mit ihrer positiven Haltung zur Wiederaufrüstung diese Aussagen widerlegten bzw. zumindest relativierten, blieb die Zentrumsvorsitzende Helene Wessel und mehrere ihrer Parteifreunde bei ihrem Nein zur Wiederaufrüstung. Sie sahen dadurch die Gefahr eines neuen Krieges gegeben und befürchteten die Verfestigung der Spaltung Deutschlands. (11)

Die Alliierte Hohe Kommission spielte ebenfalls mit verdeckten Karten. Sie erließ am gleichen 16. Dezember 1949 das Gesetz Nr. 16 über die "Ausschaltung des Militarismus", das lebenslängliche Haft- und Geldstrafe bis zu 100.000 DM vorsah für "jede Tätigkeit, die darauf abzielt, irgendein kriegshetzerisches Verbrechen vorzubereiten oder den Militarismus zu erwecken." (12) Mögen die Verfasser dieses Gesetzes auch ernste antimilitaristische Absichten damit verfolgt haben - die reale Situation sah zu diesem Zeitpunkt bereits anders aus. Die Anzeichen für die bevorstehende Remilitarisierung der Bundesrepublik waren nicht mehr zu übersehen.

"Es steht fest", schrieb die Londoner "Times" am 19. Dezember 1949, "daß die militärischen Berater der drei Westmächte übereinstimmend für eine Wiederaufrüstung Deutschlands sind, und zwar für eine möglichst baldige Aufrüstung. Bestätigt wird diese Auffassung von so bedeutenden Blättern wie "New York Herald Tribune", "Le Monde" und "Economist". (13)

Die verschiedenen Friedensverbände in der Bundesrepublik warnten vor der Remilitarisierung. Die ADF veröffentlichte beispielsweise eine Weihnachtsbotschaft, in der sie alle Deutschen zur Wahrung des Friedens und zur Entsagung jeden Dienstes am Krieg aufforderte, sowie an die Führer der Großmächte appellierte, dem deutschen Volk seine Einheit wieder zurückzugeben und den Weg zu einer gerechten und friedlichen Weltordnung zu suchen. Das "Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden" aus Berlin forderte die deutsche Bevölkerung in einem Weihnachtsaufruf auf, den Antisowjetismus zu bekämpfen und für die Freundschaft mit allen Völkern einzutreten." (14)

Das Jahr 1950

1. Politische Entscheidungen

Europarat; Schumanplan

Ende März 1950 erhielt die Bundesregierung die Einladung, assoziiertes (d.h. ohne formelle Mitgliedschaft an einem Bündnis anderer Staaten teilnehmend) Mitglied im Europarat zu werden. (1)

In Bonn sah man in diesem Angebot eine Möglichkeit, die Verständigung mit den westeuropäischen Ländern zu verbessern, besonders zu Frankreich.

Die französische Regierung bestand stärker als die USA und Großbritannien auf einer Einschränkung des politischen Handlungsspielraumes der Bundesregierung in Europa (s. Seite 20).

Nach Beratungen mit dem amerikanischen Außenminister Acheson gab der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 einen Plan zur Vereinigung Westeuropas bekannt: den sog. Schumanplan.

In ihm war der Zusammenschluß der westeuropäischen Kohle- und Stahlindustrie und damit auch der Rüstungsindustrie zur Effektivierung der westeuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorgesehen (Montanunion).

Der Schumanplan besaß für die westeuropäischen Länder in ökonomischer Hinsicht eine zentrale Bedeutung. (2)

Die Bundesregierung stimmte dem Beitritt zum Europarat (die BRD war dort seit dem 7. August 1950 vertreten) wie auch einer Mitarbeit in der angestrebten Montanunion zu.

Der Beginn des Korea-Krieges: Erneuerung der These von der antikommunistischen Bedrohung durch den Osten

Mit dem Beginn des Korea-Krieges verbreiteten in der Bundesrepublik viele bürgerliche Zeitungen eine extreme antisowjetische Stimmung, die mit einer regelrechten Werbekampagne für die Westintegrationspolitik Adenauers verbunden war.

Vergleiche der Lage Westdeutschlands mit der von Südkorea wurden gezogen, das von dem kommunistischen Nordkorea völlig überrannt worden sei. Jetzt drohe der Bundesrepublik das gleiche Schicksal - so die Zeitungskommentatoren - wenn sie nicht entsprechend aufgerüstet und auf allen politischen Ebenen gleichberechtigt würde. (3)

Für die Bundesregierung bildete der Beginn des Korea-Krieges das entscheidende legitimatorische Fundament ihrer offiziell verkündeten antikommunistischen Ideologie, die mit ihrer Bedrohungsthese durch den Osten dazu diente, die Wiederaufrüstung in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Entsprechend stellt Arnulf Baring aus ihrer Sicht fest:

"Im Rückblick erscheint der Ausbruch des Korea-Krieges am 25. Juni als der große Wendepunkt westdeutscher Nachkriegsgeschichte, als unverhoffter Glücksfall und Beginn außenpolitischen Aufstiegs in der Bundesrepublik." (4;5)

Der Halder-Plan

Einen weiteren Plan zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands soll nach einer in der DDR veröffentlichten Dokumentation die bereits erwähnte "Deutsche Gruppe" unter der Leitung Franz Hal-

ders bis zum Juli 1950 erstellt und an Bundeskanzler Adenauer und amerikanischen Militärs übergeben haben. Die neue Wehrmacht, beruhend auf alten Restkadern vom 2. Weltkrieg, sollte nach diesem Entwurf insgesamt aus 24 Infanteriedivisionen bestehen, mit einer Gesamtstärke von 500.000 bis 600.000 Mann. Vorgesehen waren die Einführung der Wehrpflicht mit zweijähriger Dienstzeit, und u.a. die Errichtung eines "Reichsluftfahrtministeriums", dem die militärische und zivile Luftfahrt unterstehen sollte. Angelegt war die zukünftige deutsche Armee laut dieser Quelle als NATO-Kontingent. (6)

Entscheidungen im August

Weitere Entscheidungen über die Remilitarisierung der Bundesrepublik fielen im August 1950.

Im Europarat nahm die beratende Versammlung am 11. August 1950 mit 89 gegen 5 Stimmen bei 27 Stimmenthaltungen eine Empfehlung von W. Churchill an, unter dem Oberbefehl eines europäischen Verteidigungsministers eine Europaarmee mit Einbeziehung westdeutscher Verbände aufzustellen. (7)

Bundeskanzler Adenauer drängte nun auf eine Entscheidung. Er beauftragte am 31. Juli 1950 seinen Wohnungsbauminister Eberhard Wildermuth (FDP), bei dem bereits genannten früheren Generalleutnant der Wehrmacht, Hans Speidel, wegen der Ausarbeitung einer Denkschrift zur Frage der äußeren Sicherheit vorzusprechen. Die fertiggestellte Denkschrift ließ der Kanzler am 15. August 1950 durch Wildermuth im Kabinett vortragen.

Speidel gab darin folgende Einschätzung: Die militärpolitische Lage Deutschlands sei so schlecht wie noch nie, aus dem "Fanal von Korea" habe der Westen keine Schlußfolgerungen gezogen. Auch die psychologische Lage in Westdeutschland sei schlecht: die "Ohne-mich"-Stimmung (s.S. 72 ff.) sei weit verbreitet, eine Wehrfreudigkeit werde durch die Diffa-

mierung des deutschen Soldaten verhindert. Die Denkschrift forderte als Bedingungen für jeden militärischen Beitrag der Bundesrepublik die Einteilung des deutschen Kontingents in national-homogene Einheiten, die gleichberechtigte Beteiligung deutscher Offiziere an der europäisch-atlantischen Führung, die Begnadigung der Kriegsverbrecher und die Beendigung der Diffamierung der deutschen Soldaten; zusätzlich das Einverständnis von Opposition und Gewerkschaften zur Remilitarisierung. (8)

Zwei Tage später verhandelte der Bundeskanzler auf dem Petersberg mit den drei Hohen Kommissaren über die Frage der Sicherheit Westdeutschlands und die Verstärkung der Polizeikräfte. In einem Interview mit der "New York Times" am gleichen Tag forderte er eine starke amerikanische Einwirkung auf die europäische Politik und erklärte zur Wiederbewaffnung: "Unsere Beteiligung an westeuropäischen Armeen sollte schnell entschieden werden." (9)

Nach einem - von offizieller Seite nicht bestätigten - Bericht der "Stuttgarter Nachrichten" schlug der Kanzler bei diesem Gespräch die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik vor. Andere Zeitungen vermuteten hinter dem Treffen ebenfalls mehr als nur einen Gedankenaustausch über die Sicherheitsfrage. Das sollte sich sehr bald als richtig erweisen.(10)

Die Sicherheitsmemoranden

Am Monatsende überreichte Adenauer dem amerikanischen Hochkommissar John McCloy zwei Memoranden, datiert vom 29. August: eines "über die Sicherung des Bundesgebietes nach innen und außen", das andere über die "Frage der Neuordnung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Besatzungsmächten". Diese zwei Memoranden hatte der Bonner Regierungschef im Bundeskanzleramt mit einem engen Mitarbeiterstab ausformuliert, ohne daß er seine Kabinettsmitglieder dazu informiert, geschweige denn gefragt hätte. Er hatte sich mit der Übergabe der Memoranden deswegen so beeilt, um den drei

Westmächten die seiner Meinung nach unbedingte Notwendigkeit der Wiederaufrüstung anzutragen und sie der Bereitschaft der Bundesregierung dazu nochmals zu versichern. Die Memoranden waren mit dem Ersuchen an McCloy gerichtet, sie den drei Außenministern der Westmächte bei ihrer für den September 1950 angesetzten Konferenz in New York vorzulegen. McCloy war am 30. August 1950 (Tag der Übergabe der Memoranden) zur Berichterstattung nach Washington geflogen.

Die Bonner Minister erfuhren aus den Zeitungen von dem eigenmächtigen Vorgehen des Kanzlers. Sie waren darüber sehr verärgert, denn in der Kabinettsitzung vom 31. August 1950 sollte erst über die Beschlußfassung der Memoranden beraten werden. Dazu war es nun bereits zu spät.

Aus Protest gegen diese autoritäre Praxis Adenauers und gegen die geplante Remilitarisierung trat der damalige Innenminister Gustav Heinemann (CDU) von seinem Amt zurück und löste mit diesem Schritt großes Aufsehen in der Öffentlichkeit aus.(11) Alle übrigen Minister aber stimmten nach Verlesen des Memorandums durch den Kanzler nachträglich zu.

Was stand nun in den Memoranden, deren Inhalt in den folgenden Monaten zunächst geheimgehalten und nur in kurzen Auszügen veröffentlicht wurde?

Im Memorandum "über die Sicherung des Bundesgebietes nach innen und außen" wurde ein düsteres Bild der angeblichen kommunistischen Bedrohung gezeichnet. Sowohl Polizeikräfte wie Soldaten stünden dazu in der DDR bereit - die Stärke der DDR-Volkspolizei wurde z.B. mit 150.000 Mann angegeben, die nach Gesamtplanung auf 300.000 Mann erhöht werden sollte. Demgegenüber sei die in der Bundesrepublik vorhandene Polizei organisatorisch und zahlenmäßig völlig unterlegen. Neben der Aufforderung an die Besatzungsmächte, ihre in der Bundesrepublik stationierten Truppen wegen der "Bedrohung" zu verstärken, wurde in dem Memorandum die Bereitschaft hervorgehoben, innerhalb einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten. Auch verlangte das Memorandum den umgehenden Aufbau

einer Bundespolizei in einer Stärke, "die eine ausreichende Gewähr für die innere Sicherheit zu bieten vermag."

In dem Memorandum zur "Neuordnung der Beziehungen..." wurde die schrittweise Aufhebung des Besatzungsstatuts gefordert.(12)

Beide Memoranden verdeutlichten die politische Zielsetzung Adenauers: Mit der zugesagten Wiederaufrüstung (im ersten Memorandum) wollte er die politische Gleichberechtigung der Bundesrepublik (im zweiten Memorandum) erreichen.

Die Beschlüsse von New York

Die New Yorker Außenminister-Konferenz der drei Westmächte fand vom 12. bis 18. September 1950 statt. Dort drängten die USA auf die westdeutsche Wiederaufrüstung, wobei Adenauers Sicherheitsmemoranden eine große Rolle spielten. Wegen der französischen Bedenken darüber konnten sich die Westmächte noch nicht über die Art der Durchführung einigen. (13)

Auch auf der folgenden NATO-Ratstagung der Außenminister der zwölf Atlantikpakt-Staaten konnten die Interessengegensätze noch nicht beigelegt werden. Der Rat war sich aber darüber einig, "daß Deutschland in die Lage versetzt werden soll, zum Aufbau der Verteidigung Westeuropas beizutragen." (14)

Die Prager Konferenz der Ostblockstaaten

Die Außenminister der Ostblockstaaten und der Sowjetunion bezeichneten auf einer Konferenz in Prag am 20./21. Oktober 1950 die New Yorker Ergebnisse als erneute Verletzung des Potsdamer Abkommens.

Sie warnten vor der Gefahr einer neuen Aggression des deutschen Militarismus in Europa und forderten die Westmächte auf, die in Potsdam vereinbarten Prinzipien wieder zu beachten, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und ein Jahr nach seiner Unterzeichnung die Besatzungstruppen aus Deutschland abzuziehen. Auch unter-

breiteten sie den Vorschlag, einen gesamtdeutschen Konstituierenden Rat zu bilden, der paritätisch aus Vertretern der beiden deutschen Staaten zusammengesetzt sein sollte, um die Bildung einer demokratischen provisorischen Regierung für Gesamtdeutschland vorzubereiten. (15)

Der Pleven-Plan

Wegen der französischen Bedenken gegen die westdeutsche Remilitarisierung eröffnete Ministerpräsident Rene Pleven vor der Nationalversammlung in Paris am 24. Oktober 1950 einen Plan zur Bildung einer Europaarmee aus integrierten Gruppenkontingenten der westeuropäischen Staaten: den sog. Pleven-Plan.

Nach ihm sollte die BRD mit französischer Zustimmung dann in eine europäische Armee mit einbezogen werden, wenn der Schuman-Plan verwirklicht und eine gemeinsame Europaarmee unter dem Befehl eines europäischen Verteidigungsministers aufgebaut worden sei. Größere westdeutsche Einheiten und ein eigenes Bonner Verteidigungsministerium sah der Pleven-Plan jedoch nicht vor. (16)

Im Bundestag begrüßte Bundeskanzler Adenauer in einer Debatte zur Außenpolitik am 8. November 1950 dieses Projekt einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), weil es die Zustimmung Frankreichs zur westdeutschen Wiederaufrüstung - wenn auch mit Einschränkungen - bedeutete. (17)

Aufrüstungsvorbereitungen in der Bundesrepublik: Himmeroder Denkschrift; "Amt Blank"

Die Bundesregierung begann mit den organisatorischen Maßnahmen für die Remilitarisierung ab August/September 1950.

Eine Schlüsselrolle spielte dabei der ehemalige General der Panzertruppen, Gerhard Graf von Schwerin: wegen seiner militärischen Erfahrungen wurde er am 12. September 1950 zum Berater des Bundeskanzlers in "Polizeifragen" ernannt und

sollte ihm auch in "technischen Sicherheitsfragen" zur Verfügung stehen. (18)

Schwerin, dem als engere Mitarbeiter der ehemalige Generaloberst Heinrich von Vietinghoff-Scheel, der ehemalige Generalleutnant Adolf Heusinger sowie Hans Speidel zur Seite standen, baute noch im September eine inoffizielle militärische Beratungsgruppe mit Sitz im Bundeskanzleramt auf, die sog. "Zentrale für Heimatdienst".

Vom 4. bis 9. Oktober 1950 berief Schwerin auf Wunsch des Bundeskanzlers und mit Wissen der westlichen Besatzungsmächte mehrere Mitarbeiter und Generäle, die bis zum Kriegsende Hitlers Befehle vollstreckt hatten, in das Eifelkloster Himmerod bei Wittlich zu einer streng geheimen Arbeitssitzung ein.

Die Militärs verfaßten für die Bundesregierung eine "Denkschrift über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer internationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas", die sog. "Himmeroder Denkschrift". (19)

Die Studie konkretisierte die frühere Konzeption Speidels (Eingliederung der westdeutschen Armee in ein westeuropäisches Militärbündnis) mit genauen Vorstellungen über die Organisation, die Gesamtstärke, Aufgliederung (12 Divisionen = 250.000 Soldaten), Einsatzbereitschaft und Führung der neuen Wehrmacht, und verlangte die volle Gleichberechtigung in allen politischen Fragen. Gegenüber der Sowjetunion sollte eine "Politik der Stärke" angewendet werden. Deswegen forderten die Generäle in ihren operativen Betrachtungen für den Kriegsfall eine möglichst weit nach Osten vorgeschobenen "Verteidigungslinie" mit einer offensiven Kampfführung, damit deutsches Gebiet nicht stärker als unbedingt notwendig zerstört werden könnte.

In der Denkschrift wurde auch wiederholt zu dem Problem der "Ohne-mich"-Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung Stellung bezogen. Die Militärs sprachen sich für eine Propagandaaktion aus, um die Remilitarisierung als letzte Rettung vor der "drohenden bolschewistischen Gefahr" hinzustellen.

Die Bundesregierung ging bei den zukünftigen militärpolitischen Verhandlungen immer von dieser Denkschrift aus; sie bildete später auch die Grundlage für die erste Aufbaustufe der Bundeswehr von 1955 bis 1957. Graf Schwerin bezeichnete die Himmeroder Denkschrift deshalb als "Magna Charta" der deutschen Wiederbewaffnung. (20)

Wie die Tagung in Himmerod liefen auch alle anderen Aktivitäten der "Zentrale für Heimatdienst" streng geheim. Trotzdem gab Graf Schwerin am 26. Oktober 1950 vor einem Kreis von Journalisten genauere Informationen seines "kleinen deutschen Generalstabes" bekannt. (21)

Diese "Offenherzigkeit" nahm Adenauer zum Anlaß, den Grafen Schwerin von seinem Posten zu entlassen. Der Kanzler hatte inzwischen einen nach seiner Ansicht fähigeren Mann zur Leitung der "Zentrale für Heimatdienst" in der Person von Theodor Blank gefunden. Er ernannte ihn zum Leiter der "Dienststelle für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen", auch als "Amt für die Unterbringung der Besatzungstruppen" bezeichnet, das unmittelbar den Anweisungen des Bundeskanzlers unterstand. Dieses Amt war auf Beschluß des Bundeskabinetts im Oktober in Bonn eingerichtet worden. In den nächsten Jahren koordinierte diese Stelle alle wichtigen militärpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung und wurde zum Vorläufer des späteren Bonner Verteidigungsministeriums. Es erhielt auch die Kurzbezeichnung "Amt Blank". (22)

Spofford-Plan und Brüsseler NAIO-Tagung

Die Interessengegensätze zwischen Frankreich und den USA über die westdeutsche Remilitarisierung führten schließlich zu einem Kompromißbeschuß: dem sog. "Spofford-Plan", nach dem die westdeutschen Einheiten in größeren Verbänden, sog. Kampfgruppen, ohne schwere Waffen aufgestellt werden und nicht mehr als 20 % der Gesamtstärke der alliierten Truppen ausmachen sollten. Die französische Regierung zog dafür ihre

Forderung zurück, daß vor der westdeutschen Wiederaufrüstung erst der Schuman-Plan unterzeichnet und eine europäische Armee aufgestellt werden sollte. Der Plevén-Plan war damit abgeschwächt worden. (23)

Zur vorläufigen Einigung über die Durchführung der westdeutschen Remilitarisierung kam es schließlich auf der NATO-Ratstagung der Außenminister am 18./19. Dezember 1950 in Brüssel. Sie beschlossen, unter dem Oberkommando des amerikanischen Armeegenerals Dwight D. Eisenhower eine integrierte Armee mit Beteiligung westdeutscher Truppen aufzustellen. Die drei Hohen Kommissare wurden beauftragt, mit der Bundesregierung über diese Fragen zu verhandeln. (24)

2. Die Protestaktionen

a) Überblick und Verlauf der Proteste

Beunruhigende Meldungen

In der Bundesrepublik waren für aufmerksame Beobachter die Anzeichen der bevorstehenden Wiederaufrüstung nicht mehr zu übersehen.

Im Januar 1950 berichtete die "New York-Times", daß sie aus unanfechtbarer Quelle über eine Zusammenarbeit des Bundeskanzlers mit Vertretern einer deutschen militärischen Geheimorganisation zur Vorbereitung der Wiederbewaffnung erfahren habe: der sog. "Bruderschaft".

Zwar ließ die Bundesregierung diesen Bericht dementieren, doch schrieben auch andere Zeitungen darüber; die Tätigkeit der "Bruderschaft" war damit enthüllt. (1)

Weiter konnte man in verschiedenen Blättern Meldungen über die Erfassung und Registrierung ehemaliger Wehrmachtsangehöriger und Mitarbeiter des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie über das Anwerben für Hilfsdienste bei den westlichen Besatzungsmächten durch Arbeitsämter in verschiedenen Städten, z.B. in Detmold und Hamburg, nachlesen. (2)

Widerstand gegen den Bau von Sprengschächten und -kammern

Im Juni 1950 erfuhr die Öffentlichkeit von Bauarbeiten der amerikanischen Besatzungsmacht am Loreley-Felsen: dort wurden Sprenglöcher, -schächte und -tunnels angelegt, und ebenso an den Rheinuferstraßen und an allen Rheinbrücken. Damit war laut des in der DDR erscheinenden Blattes "Neues Deutschland" im Kriegsfall beabsichtigt, mit der Sprengung des mächtigen Felsens den Rhein an seiner engsten Stelle zuzuschützen und so das ganze Rheintal zu überfluten. (3)

Die westlichen Alliierten ließen solche Sprengkammern an allen wichtigen Verkehrswegen im gesamten Bundesgebiet anlegen, z.B. im Moseltal, auf der Strecke zwischen Traben-Trarbach und Cochem, an den Flüssen Aar, Lahn und Neckar, an der Weser sowie an allen großen Wasserkraft- und Elektrizitätswerken und an Hafenanlagen.

In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen und Protesten zwischen Bundesbürgern, die sich von diesen Maßnahmen verunsichert und bedroht fühlten, und den Behörden, die die Durchführung des Baus der Sprengkammern verantworteten.

Beispielsweise rief das Landesfriedenskomitee von Rheinland-Pfalz alle Friedensfreunde in der Bundesrepublik, die gesamte deutsche Jugend und alle Kirchen und Schulen zu einem großen Friedenstreffen am 25. Juni 1950 auf dem Loreleyfelsen auf. (4)

Diese Kundgebung wurde von den französischen Behörden verboten. Sie ließen den Zugang zur Loreley durch die Polizei während des ganzen Wochenendes (24./25. Juni 1950) absperren.

In Bingen kam es am Sonntag zwischen einigen hundert kommunistischen Friedenskämpfern, vornehmlich Angehörigen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und der deutschen Polizei, zu einem Handgemenge, weil die Jugendlichen als Ersatz für die verbotene Kundgebung einen Demonstrationzug durch die Stadt veranstalten wollten. (5)

Überhaupt versuchten Mitglieder der KPD und der ihr nahestehenden FDJ, einen geschlossenen Widerstand gegen den Bau der Sprengkammern zu organisieren, wobei sie auch illegale, d.h. nach den damals geltenden Gesetzen der jeweiligen Militärbehörde strafbare Protestaktionen riskierten. Sie mauerten oder zementierten in meist nächtlichen Aktionen Sprenglöcher an Brücken, Straßen und Tunnels wieder zu oder machten sie unbrauchbar. Im September 1950 konnte man z.B. auf dem Loreleymassiv folgende aufgemalten Inschriften lesen:

"Wenn auch die Amis nach Hause gehen, der Loreley-Felsen bleibt bestehen!" - "Weg mit den Sprenglöchern, kämpft für unser geeintes Vaterland!" (6)

Wurden die Demonstranten dabei in flagranti verhaftet, so mußten sie mit sehr harten Urteilen der jeweiligen Militärregierung rechnen. So erhielt das FDJ-Mitglied Walter Zauner aus Regensburg von einem amerikanischen Militärgericht eine vierjährige Zuchthausstrafe, weil er an einer Brücke ein Sprengloch unbrauchbar gemacht hatte. (7)

Die "Ohne-mich"-Bewegung

Im Spätsommer und beginnenden Herbst 1950 wuchsen die bis zu diesem Zeitpunkt lokal oder regional begrenzten Protestaktionen gegen die Vorbereitungen für die Wiederaufrüstung zu einer breiten, spontanen Bewegung in der ganzen Bundesrepublik an. Auslösende Momente waren insbesondere das Bekanntwerden des Rücktritts Heinemanns sowie die Nachrichten von der Dreimächte-Konferenz in New York und dem französischen Pleven-Plan.

Tausende von Bundesbürgern forderten in Briefen an Bundespräsident Heuß, Bundeskanzler Adenauer und andere führende Politiker, auf Demonstrationen und auf Kundgebungen unter den Schlagworten "Ohne mich", "Ohne uns" - daher der Name "Ohne-mich"-Bewegung - die sofortige Beendigung der Wiederaufrüstungspolitik.

Diese Bewegung motivierte sich:

1. Aus den unvergessenen Kriegserlebnissen der Deutschen und aus dem Unwillen der Jugend, erneut Kriegsdienst zu leisten, vor allem des Jahrgangs 22, der im Zweiten Weltkrieg die höchsten Verluste aufzuweisen hatte.
2. Aus einem ethischen, auch christlich geprägten Pazifismus, der besonders von einigen Persönlichkeiten innerhalb der evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), z.B. dem hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller, repräsentiert wurde (8).
3. Aus dem traditionellen Antimilitarismus bei Teilen der deutschen Arbeiterbewegung, die mit wesentlicher Unterstützung der KPD Widerstand gegen die Remilitarisierung und die Restaurierung der Macht der Großkonzerne und -betriebe in der Bundesrepublik leisteten.

4. Aus vereinzeltten Ressentiments und Mißtrauen in der Bevölkerung gegenüber den Besatzungsmächten, der Enttäuschung über die Niederlage des "Dritten Reiches" usw., sowie schließlich neutralistischen Konzeptionen über die politische Zukunft Deutschlands (s. Teil III).

Insgesamt waren es sehr unterschiedliche Motivationen, die längerfristig nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sein sollten. Zurecht weist Karl Otto darauf hin, daß die Motivationsstruktur der "Ohne-Mich"-Bewegung brüchiger werden mußte, "... sobald mit dem wirtschaftlichen Aufschwung das immer krasser werdende Wohlstandsgefälle zum "Osten" als privilegierte und durch "den Kommunismus" sogar gefährdete Situation gedeutet werden konnte; sobald Erlebnisse und glaubhafte Berichte von Unfreiheit und Rechtsunsicherheit in den kommunistisch regierten Ländern die eigene Existenz bei aller Unzulänglichkeit als relativ freier und sicherer erscheinen ließen; sobald mit dem popularisierten "Europa"-Gedanken und dem Versprechen der gleichberechtigten Aufnahme in die "freiere" Staatengemeinschaft Westeuropas die Möglichkeit der Identifikation mit einer Art Vaterlands-surrogat gestiftet war: sobald auch durch Siegergesten die "deutsche Ehre" wieder hergestellt schien." (9)

Die "Ohne-Mich"-Bewegung wird außerdem oft als "unpolitisch" charakterisiert. Daran ist richtig, daß z.B. bei dem genannten Jahrgang 22 aufgrund der massiven nationalsozialistischen Propaganda vom Aufbau eines "Tausendjährigen Reiches" und den eigenen persönlichen Erfahrungen, die jede Illusion zerbrechen ließen, verständlicherweise "Enttäuschung, Unsicherheit und Zweifel an allem herrschte, was über den nächsten Tag hinausging", berichtet darüber der in der damaligen Friedensbewegung engagierte Kommunist Oskar Neumann. (10)

Diese Haltung reichte für eine grundlegende Infragestellung der Westintegrationspolitik der Bundesregierung, die eben

auch Remilitarisierungspolitik war, sicherlich nicht aus. Aber die von Arnulf Baring aufgestellte Behauptung, die antimilitaristische Oppositionsbewegung sei von ihrer Entstehung an "nur von einem dumpfen Widerwillen geprägt" und daher "eine eher apathische Gegenströmung" gewesen (11), wirkt im Hinblick auf die im folgenden genannten Protestaktionen oberflächlich.

In München schlossen sich Mitte August 1950 die Mehrzahl der Verbände bayerischer Lehrer an Volks-, höheren- und Berufsschulen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Erklärung zur Wiederaufrüstung veröffentlicht, in der es u.a. heißt:

"... Man ist nicht imstande, die Opfer des ersten Weltkrieges, des zweiten Weltkrieges und der Hitler-Diktatur gebührend zu versorgen. Und denkt schon an den nächsten. Die Universitäten leiden unter dem Mangel an Lehrkräften und Instituten, Kliniken müßten gebaut oder umgebaut werden - auch dafür ist kein Geld da. Auch der durch den Krieg und die Nachkriegszeit verwahrlosten Jugend weiß man sich, immer unter Hinweis auf die fehlenden Finanzen, nicht zielbewußt und wirkungsvoll anzunehmen. Wenn man jedoch glaubt, mit dem frevelhaften Zauberwort: "Die Aufrüstung und Remilitarisierung macht alles wieder gut!" auch nur eine Spur von Verständnis in diesem so lange gequälten Lande zu finden, dann täuscht man sich gründlich." (12)

In Hamburg wandten sich so unterschiedliche Organisationen wie die IDK, der Ausschuß für Friedenserziehung, die DFG, die sozialistische deutsche Jugend "Die Falken", die Gesellschaft für europäische Zusammenarbeit, der Menschheitsbund, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, die Quäker, der Verein Weltbürgertum u.a. mit der Aufforderung an die Bundestagsabgeordneten, sich der eigenmächtigen Politik des Bundeskanzlers zur Remilitarisierung entgegenzustellen. (13)

Am eindrucksvollsten bezeugen die unzähligen Leserbriefe in den Zeitungen die unterschiedlichen Motivationen und Stimmungen der "Ohne-Mich"-Bewegung. So schrieb eine 52-jährige Hausfrau dem "Bremer Weserkurier":

"Ich bin aus folgenden Gründen gegen jede Wiederbewaffnung: 1944 ist mein jüngster Sohn gefallen, 1945 der älteste Sohn vermißt. Bis heute wohne ich - als alte Bremerin - noch in einer Baracke. Das ganze Unglück ist eine Folge des Krieges. Ich wünsche keine Wiederholung." (14)

Ein ehemaliger Wehrmachtsangehöriger schickte der "Frankfurter Rundschau" folgenden Brief:

"Wir Frontsoldaten haben restlos genug. Wir wissen, was es heißt, auf Wiedersehen sagen und nicht zu wissen, ob man einmal wiederkommt. Wir wissen auch, wie man sich fühlt, wenn man Wochen und Monate in Schlamm und Dreck steckt, nichts zu essen hat und keinen Schlaf findet. Überall liegen Verwundete, schreien um Hilfe, und wir können nicht helfen. Mit 18 Jahren habe ich das alles mitgemacht, ich möchte das nicht noch einmal mitmachen ... Es müßte einmal möglich sein, jedem, der im letzten Krieg geschossen hat, zu zeigen, wie der Gegner jämmerlich starb, wie Angehörige schrien, wenn die Todesnachricht kam. Dann würde sich keiner mehr freuen, wenn es wieder so weit kommen sollte: denn das Gewissen ließe keine Ruhe." (15)

Die Rücktrittsbegründung von Gustav Heinemann

Im Oktober 1950 veröffentlichte der zurückgetretene Innenminister Gustav Heinemann eine ausführliche Begründung für seinen Rücktritt, der auch international starke Beachtung gefunden hatte. Er rechtfertigte seinen Schritt u.a. mit folgenden Ausführungen:

"... Ist es vertretbar, daß eine Erklärung von solch entscheidungsvoller Tragweite (gemeint sind die Sicherheitsmemoranden-E.D.) vom Bundeskanzler abgegeben wird, ohne daß das Kabinett an der Willensbildung beteiligt ist? Ist es vertretbar, daß das deutsche Volk nur vom Ausland her oder durch einen Hohen Kommissar von einer Bereitwilligkeit seiner Regierung zur militärischen Beteiligung an einer Verteidigungsmacht unterrichtet wird? ...

Es ist nicht unsere Sache, eine deutsche Beteiligung an militärischen Maßnahmen nachzusuchen oder anzubieten. Wenn die Westmächte unserer Mitwirkung zu bedürfen glauben, so mögen sie an uns herantreten und dabei verbindlich sagen, welches die Grundlagen einer etwa von ihnen gewünschten deutschen Mitwirkung sein soll ...

Die Aufstellung deutscher Truppen bedeutet eine schwere Belastung unserer sozialen Gestaltungsmöglichkeiten. Wenn es bisher nicht gelangt hat, den Flüchtlingen und Kriegsgeschädigten, den Wohnungs- und Sozialrentnern, der Jugend und mancher anderer Gruppen unseres Volkes zu geben, was ihnen zusteht, so werden Rüstungsausgaben ihre Situation nicht erleichtern. Wo ist die soziale Generalstabsarbeit, die hier eine Antwort vorbereitet?

Die andere Belastung erwächst unserer jungen Demokratie. Die militärische Macht wird nahezu unvermeidlich wieder eine eigene politische Willensbildung entfalten. Wenn wir diese Gefahr dadurch für gebannt halten, daß die deutschen Kontingente in einer internationalen Armee stehen, so bleibt zu fragen, ob unsere Abhängigkeit von einem internationalen Generalstab erträglicher sein wird und wer diesen Generalstab politisch in der Hand hat.

Besonders bedeutungsvoll ist die Frage, ob eine westdeutsche militärische Beteiligung auf Rußland provozierend wirken würde ...

Wenn das Wiedererstehen des deutschen Soldaten in Frankreich ein tiefes Mißbehagen auslöst, was wird es in Rußland auslösen, das den Furor Teutonicus in besonderem Maße erlebt und ebenfalls nicht vergessen hat? Diese Fragen werden vor uns stehen, wenn wir unseren Weg von der Parole bestimmen lassen wollen, daß wir uns doch zur Verteidigung bereit machen müssen ...

Der Bundeskanzler denkt in den Formen autoritärer Willensbildung und des stellvertretenden Handelns. Streiten wir dabei nicht um Verfassungswortlaute. Wo ein Wille zur Mitbeteiligung des Volkes vorhanden ist, gibt es auch Wege, um diese Mitbeteiligung aufzuschließen. Wir werden unser Volk

nur dann demokratisch machen, wenn wir Demokratie riskieren. Wenn in irgendeiner Frage der Wille des deutschen Volkes eine Rolle spielen soll, dann muß es in der Frage der Wiederaufrüstung sein. Angesichts dessen, was unser Volk durch Krieg erlebt und durch fünfjährige Besatzungserziehung erfahren hat, wäre es eine Vermessenheit, jetzt so zu handeln, als ob nichts geschehen sei....

Zum Schluß möchte ich ein persönliches Wort anfügen. Mein Rücktritt aus der Bundesregierung ist erfolgt, weil ich die Verantwortung nicht tragen kann, die einem Bundesminister zugemutet wird. Wo die dem Kanzler obliegende Bestimmung der politischen Richtlinien so verstanden wird, daß eine gemeinsame echte Willensbildung nicht stattfindet, und wo jeder nur mit Vorwürfen zu rechnen hat, der sich den Richtlinien nicht willig fügt, möchte und kann ich keine Mitverantwortung tragen. Mein Ausscheiden aus der Bundesregierung möge das deutsche Volk vor die Frage führen, wie es sich die Demokratie denkt und was es von seinen Ministern erwartet. Es möge die deutschen Männer und Frauen insbesondere in der vor uns stehenden sachlichen Frage der Wiederaufrüstung veranlassen, selber nachzudenken und ihren Willen deutlich zum Ausdruck zu bringen." (16)

Die _Oktober-Briefe von Martin Niemöller und den_
evangelischen Bruderschaften gegen die Remilitarisierung

Bei seiner Kritik an der Sicherheitspolitik wurde Heinemann von vielen evangelischen Pfarrern und Theologen unterstützt. Innerhalb der EKD waren Diskussionen über das Pro und Kontra eines deutschen Wehrbeitrages seit dem Bekanntwerden der ersten Remilitarisierungspläne geführt worden.

Anläßlich des 2. Bruderschaftstreffens der Bekennenden Kirche am 3. und 4. Oktober 1950 in Darmstadt unterzeichneten 64 Pfarrer einen offenen Brief an den Bundeskanzler, in dem u.a. steht:

"... Als die Bevölkerung Westdeutschlands 1949 ihre Vertreter in den Bundestag wählte, der Ihnen das Kanzleramt übertrug, gab sie damit weder den Mitgliedern des Bundestages noch Ihnen den Auftrag, uns wieder aufzurüsten. Wir stellen fest: Die Wiederaufrüstung geschieht nicht im Namen des deutschen Volkes, sondern in Ihrem eigenen Namen und im Auftrag Ihrer Befehlsgeber gegen den Willen eines großen Teiles unseres Volkes.... Wir fordern Sie daher auf, den Weg für Neuwahlen des Bundestages freizumachen, in denen das deutsche Volk selbst entscheidet, ob es wieder aufgerüstet werden will. Sie sollen wissen, Herr Bundeskanzler, daß wir die über den Kopf unseres Volkes hinweggeschaffene Tatsache nicht anerkennen. Wir werden nichts unterlassen, um alle, die unsere Stimme erreicht, über diese Vergewaltigung unseres Volkes aufzuklären."

Der hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller schickte Adenauer einen Brief, der ebenfalls vom 4. Oktober 1950 datiert war: "... Vor den Augen und Ohren des gesamten deutschen Volkes bitte ich Sie, Herr Bundeskanzler, in dieser entscheidenden Stunde nicht vollendete Tatsachen zu schaffen ohne eine vorherige, echte Befragung der Bevölkerung des Bundesgebietes. Wenn diese Befragung aufgrund der Bundesverfassung nicht als Volksabstimmung geschehen kann, so müßten Neuwahlen vorgenommen werden...

Wenn der gegenwärtige Bundestag über diese Frage entscheidet, käme dies einem Volksbetrug gleich, da kein deutscher Wähler bei der Wahl im Sommer 1949 die Absicht gehabt hat, dem Deutschen Bund die Vollmacht zu einer Kriegsrüstung oder Kriegsbeteiligung zu geben ..." (17)

Der Bundeskanzler reagierte auf Niemöllers Brief, ohne ihn beim Namen zu nennen, mit einer Rundfunkansprache am 11. Oktober 1950, in der er alle Remilitarisierungsabsichten und -planungen abstritt und die "Ohne-mich"-Stimmung in der Bundesrepublik zu beschwichtigen versuchte. Zu diesem Zeitpunkt lag das Treffen von Himmerod gerade zwei Tage zurück. Adenauer sagte der

westdeutschen Bevölkerung mit folgenden Worten bewußt die Unwahrheit:

"Weite Kreise des deutschen Volkes sind durch Reden, durch Artikel und durch Nachrichten in in- und ausländischen Zeitungen, durch öffentliche Briefe, die übrigens nicht von besonders großem Verantwortungsgefühl zeugen, in Unruhe versetzt worden. Ich will versuchen, einige klärende Worte zu sprechen ...

Wenn in diesen Briefen die Behauptung aufgestellt wird, daß unter meiner Autorität die Wiederaufrüstung Deutschlands allenthalben mit Hochdruck anlaufe, so kann ich darauf nur erklären, daß diese Behauptung frei erfunden ist. Ich kann im Interesse derjenigen, die eine solche Behauptung aufstellen, nur annehmen, daß sie Mystifikationen zum Opfer gefallen sind und sie herzlich bitten, doch in Zukunft nicht mit solcher Leichtgläubigkeit denen, die Übles sagen, Glauben zu schenken...".(18)

Und zu den Diskussionen um Heinemanns Rücktritt meinte der Kanzler wenig später:

"Ich lehne es ab, die Erklärungen Heinemanns überhaupt zu lesen. Im übrigen habe ich bis jetzt über die Angelegenheit geschwiegen und ich kann noch weiter schweigen." (19)

Die Forderung nach einer Volksbefragung über die Wiederaufrüstung, die von Niemöller in seinem Brief erhoben worden war, lehnte der Kanzler mit der Begründung ab, daß im Grundgesetz ein solcher Volksentscheid nicht vorgesehen und allein der Bundestag bei dieser Entscheidung die kompetente Körperschaft sei. (20)

Keine Verständigung über eine Lösung der "deutschen Frage"
zwischen den Regierungen der BRD und der DDR

In einem Brief vom 30. November 1950 an Bundeskanzler Adenauer schlug der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, vor, zur friedlichen Lösung der deutschen Frage gesamtdeutsche Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen aufzunehmen. Grotewohl schrieb in dem Brief, die Remilitarisierung und die Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärfe den durch die Gründung der beiden deutschen Staaten herbeigeführten nationalen Notstand. Weil weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland aber eine friedliche Lösung der deutschen Frage wollten, müßte den vier Besatzungsmächten ein gemeinsamer deutscher Vorschlag unterbreitet werden.

Grotewohls Initiative fand in der Bundesrepublik ein lebhaftes Echo. In vielen Zeitungen forderten die Kommentatoren die Bundesregierung auf, dieses Angebot nicht von vorneherein zurückzuweisen, sondern ernsthaft zu prüfen. Im gleichen Sinn appellierten zahlreiche Bundesbürger in Briefen an das Bundeskanzleramt.

Aber die Bundesregierung zeigte sich davon unbeeindruckt. Sie lehnte gesamtdeutsche Verhandlungen aufgrund des Alleinvertretungsanspruchs ausdrücklich ab. In den folgenden Jahren kam es zu keiner gegenseitigen Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte zur "deutschen Frage" zwischen den beiden deutschen Regierungen. (21)

Der Unmut und die Enttäuschung vieler an einer Entspannung zwischen Ost und West interessierten Bundesbürger trug mit zu der starken Abneigung gegen die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik bei.

Am Jahresende 1950 veröffentlichte das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" die bis dahin größte politische Umfrage zur Wehrproblematik. Die Redaktion hatte insgesamt 33.000 Zusendungen erhalten und ausgewertet. Auch wenn solche Meinungstests nicht überbewertet werden dürfen und jeweils diffe-

renziert zu beurteilen sind, so läßt sich an ihnen doch eine ungefähre Grundstimmung der Bevölkerung aufzeigen. Und hier steht das Ergebnis der "Spiegel"-Umfrage zu diesem Zeitpunkt stellvertretend für viele andere. Von den Befragten verneinten: 95,5 % die Wiederbewaffnung nach dem Plevén-Plan; 85,1 % die Frage, ob sie bereit seien, Soldat zu werden; 82,6 % die allgemeine Wehrpflicht; 81,5 % den Beitritt der Bundesrepublik in die NATO; 68,4 % eine von keinen Bedingungen abhängige Wiederbewaffnung; 60,8 % Die Aufstellung von Freiwilligen Verbänden. (22)

b) Weitere Beispiele antimilitaristischer Protestaktionen

Kritik von Jugendorganisationen

Die politischen Jugendorganisationen in der Bundesrepublik nahmen zur Wehrfrage unterschiedliche Standpunkte ein. Sie reichten, von einer kompromißlosen Ablehnung der Remilitarisierung u.a. vertreten von der Naturfreundejugend Deutschlands, der Sozialistischen Deutschen Jugend "Die Falken" und der Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) bis hin zur grundsätzlichen Bejahung der Notwendigkeit einer deutschen Wiederbewaffnung - so vertreten vom Vorstand des Liberalen Studentenbundes. (23)

Die gegenüber der Wiederaufrüstung kritisch eingestellten Jugendverbände haben die westdeutsche Friedensbewegung durch eine Vielzahl von Protestaktionen mitgetragen.

Z.B. führte die Heidelberger Studentenschaft am 21. Januar 1950 eine antimilitaristische Protestkundgebung durch. Ein Sprecher erklärte, es sei paradox, in Westdeutschland schon wieder die Remilitarisierung zu betreiben, obwohl Deutschland noch nicht einmal einen Friedensvertrag habe. (24)

Die Deutsche Naturfreundejugend beschloß auf ihrem Bundesjugendtreffen am Hohen Meissner vom 6. August 1950 in einer Resolution, "... allen Versuchen entgegenzutreten, die einen

Arbeitsdienst gleich welcher Art und eine Remilitarisierung zum Ziele haben... Wir lehnen jede Wiederbewaffnung ab, weil damit nur ein neuer Krieg vorbereitet wird." (25)

Kritik von der FDJ

Die FDJ benannte als ihre wichtigsten politischen Ziele das Erreichen der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Weg, und die Erziehung der deutschen Jugend zu Versöhnung und Völkerverständigung. Dazu gehörte der antimilitaristische Widerstand, den die FDJ mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf der außerparlamentarischen Ebene mit der Organisation von Demonstrationen, Streiks, Malaktionen usw. leistete. (26)

Viele Funktionäre der FDJ in der Bundesrepublik waren Mitglieder der KPD, von der FDJ in der DDR Mitglieder der SED. Die westdeutschen Staatsorgane warfen der FDJ deshalb vor, eine gesamtdeutsche Jugendorganisation zu sein, deren Spitze vom Zentralrat in Berlin gebildet werde (27). Im Gegensatz dazu betonten die FDJ-Funktionäre, daß ihre Organisation in der Bundesrepublik von der FDJ in der DDR völlig getrennt sei und keine Abhängigkeit und Weisungsgebundenheit des Zentralbüros der FDJ gegenüber dem Zentralrat bestehe. Die FDJ sei eine antifaschistische, aber keine kommunistische Organisation. Die freundschaftlichen Beziehungen zur SED und KPD stritten sie nicht ab. (28)

Den Höhepunkt der von Jugendlichen getragenen Protestaktionen gegen die Remilitarisierung bildete für das Jahr 1950 das von der FDJ vom 24. bis 29. Mai 1950 in Ostberlin organisierte Pfingst- und Friedenstreffen der deutschen Jugend. Diese Großkundgebung wurde von der Bundesregierung und der amerikanischen Besatzungsmacht scharf kritisiert. Sie verboten den westdeutschen Jugendlichen, nach Berlin zu fahren und drohten im Falle der Nichtbeachtung mit Strafen wegen "illegalem Grenzübertritt".

Der amerikanische Hochkommissar John McCloy warnte die FDJ vor Unruhen und kündigte Gegenmaßnahmen an; der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher sprach von einem "Signal zum nationalen Aufstand." (29)

Trotzdem reisten zwischen 25.000 - 30.000 Jugendliche aus der Bundesrepublik nach Berlin; insgesamt waren es ca. 500.000 junge Menschen, einige Berichte sprechen auch von 700.000, die sich dort trafen. Das Pfingstfestival selbst verlief friedlich und wurde zu der bis dahin größten und eindrucksvollsten Manifestation der Jugend gegen die Remilitarisierung.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) schrieb dazu:

"Kein Zweifel ist mehr möglich, hier wächst bereits eine neue Generation heran, eine geschlossene Front voller Willen, Enthusiasmus, Aktivität und mit zündenden Parolen und des Idealbildes der sowjetischen Komsomol (sowjetischer Jugendverband - E.D.). Es wäre höchste Zeit, daß sich der Westen Gedanken darüber macht, ob und wie er seine Jugend ansprechen und anrufen will." (30)

Nach Beendigung des Treffens versuchten die westdeutschen Polizeibehörden mit einem riesigen Aufgebot an Menschen und Material, die in die Bundesrepublik heimreisenden Jugendlichen unter Druck zu setzen: sie hielten von ihnen mehr als 10.000 an der Grenze bei Herrenburg fest und ließen sie erst nach einem Zwangsbiwak von eineinhalb Nächten, anschließender Registrierung, und "gesundheitsamtlicher Untersuchung" nach Hause ziehen. Dabei kam es zu Zwischenfällen; die Festgenommenen weigerten sich, ihre Namen anzugeben; die Polizei ging teilweise mit dem Einsatz von Schlagstöcken gegen protestierende Jugendliche vor. (31)

Zum 1. Oktober 1950 organisierte die FDJ innerhalb der Bundesrepublik in 29 Städten 48 Kundgebungen und 35 Demonstrationen für den Frieden, die Einheit Deutschlands, und gegen die Wiederbewaffnung ("Tag der 100.000 Friedenskämpfer"), die aber von der Polizei der einzelnen Länder verboten wurden. Obwohl die Kundgebungen ohne größere Ruhestörungen verliefen, verhaftete die Polizei ca. 800, nach Angaben aus der DDR 2.000 Jugendliche. (32)

Am 8. Oktober 1950 fand in Dinslaken der erste "Westdeutsche Kongreß junger Friedenskämpfer" statt, bei dem sich 1.500

Delegierte von 20 Jugendorganisationen trafen. Das Motto des Treffens hieß: "Die Heimat lieben - die Atombombe ächten - den Frieden erkämpfen". (33)

Die Arbeit der Friedenskomitees und die Einleitung der Volksbefragungsaktion

Auf seiner 3. Tagung, die vom 15. bis 19. März 1950 in Stockholm stattfand, appellierte das ständige Komitee des Weltfriedenskongresses an alle Menschen, einen dort verfaßten Aufruf gegen den Bau und den Einsatz der Atomwaffe, den sog. "Stockholmer Appell", zu unterzeichnen. (34)

In der Bundesrepublik rief das "Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland" (Westdeutsches Friedenskomitee WFK; s.S. 55) zu einer Unterschriftensammlung für den "Stockholmer Appell" auf.

Die Friedenskomitees organisierten einzelne Landesfriedenskongresse, z.B. am 30. April 1950 in Hamburg und in Stuttgart, und am 7. Mai 1950 in Düsseldorf, sammelten Unterschriften für das Verbot von Atomwaffen, und waren an den jeweiligen regionalen antimilitaristischen Aktionen beteiligt. Unterstützung erhielten sie besonders von der KPD und Organisationen die mit ihr zusammenarbeiteten wie z.B. die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN). Bis Juni 1950 lagen nach Angabe des WFK mehr als 2 Millionen Unterschriften für den "Stockholmer Appell" vor, darunter von vielen bekannten Persönlichkeiten, wie z.B. dem Schriftsteller Thomas Mann. (35)

Für den 4./5.1950 organisierte das WFK in Zusammenarbeit mit dem Friedenskomitee der DDR den ersten "Deutschen Friedenskongreß" in Berlin, an dem 1.769 Delegierte, davon 755 aus der Bundesrepublik als Beauftragte der gesamtdeutschen Friedensbewegung, Vertreter der DDR sowie Mitglieder des Weltfriedenskomitees teilnahmen.

Der Kongreß forderte in einer Erklärung die Einstellung der Militärpropaganda, den sofortigen Stop aller Remilitarisierungsvorbereitungen und rief alle Menschen auf, sich für eine geschlossene und breite Widerstandsbewegung gegen die Remilitarisierung zu engagieren. Eine aus 75 Mitgliedern bestehende

Delegation wurde für den 2. Weltfriedenskongreß in Warschau (16. - 22.11.1950) bestimmt. (36)

Für den 17. Dezember 1950 berief das WFK in Stuttgart eine Konferenz von Friedensanhängern ein, die über die Frage: "Was können wir tun, um den Frieden zu sichern" beraten sollte (37). Die Delegierten einigten sich darauf, eine große Volksbewegung und Abstimmungen über die Remilitarisierung für die westdeutsche Bevölkerung zu organisieren. Diese Idee der Volksbefragungsaktion war u.a. von Martin Niemöller in seinem Oktoberbrief an den Bundeskanzler publik gemacht worden. Die 400 Teilnehmer an dieser Konferenz beschlossen, am 28. Januar 1951 in der Stadt Essen eine Tagung unter der Losung "Rettet den Frieden - gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung" abzuhalten. Die organisatorische Vorbereitung übernahm ein dafür in Stuttgart gewählter vorbereitender Ausschuß, der sich in starkem Maß aus Angehörigen der Intelligenz und der Mittelschichten zusammensetzte. Arbeiter waren im Vergleich dazu unterdurchschnittlich vertreten. Nach der Stuttgarter Konferenz bildeten sich in mehreren Orten erste Volksbefragungsausschüsse oder Komitees gegen die Remilitarisierung. (38)

Protest von Hafenarbeitern und Seeleuten

Im Februar 1950 wurde in Bremerhaven, später auch in anderen Hafenstädten der Bundesrepublik Rüstungsmaterial für die in Europa stationierten Truppen der westlichen Besatzungsmächte umgeladen.

Dagegen protestierte eine Minderheit von Hafenarbeitern und Seeleuten, die von den Kommunisten unterstützt wurde. So rief der KPD-Vorsitzende Max Reimann am 5. Februar die Hamburger Hafenarbeiter zum Boykott des Entladens und Transportes der Rüstungsgüter auf. (39)

Am 8./9. Juli 1950 trafen sich Arbeiterdelegierte aus Brake, Bremen, Bremerhaven, Düsseldorf, Duisburg-Ruhrort, Emden,

Flensburg, Hamburg, Kiel, Lübeck, Mannheim, Minden und Wilhelmshaven zu einer Friedenskonferenz in der Bremer Sport-halle. Sie gründeten ein vermutlich kommunistisch orientiertes "Friedenskomitee der Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer" in Westdeutschland mit Sitz in Bremen, um den Boykott des Transportes und der Entladung der Rüstungsgüter besser organisieren zu können. (40)

Nach einer in der DDR veröffentlichten Dokumentation spitzte sich die Situation im Juli/August 1950 zwischen antimilitaristisch eingestellten Hafenarbeitern und der Hafenverwaltung, die mit der britischen Besatzungsmacht zusammenarbeitete, zu. Trotz Drohungen widersetzten sich nach dieser Quelle 41 Hafenarbeiter dem Auftrag, Sprengstoffe und Munition von britischen Dampfern zu löschen. Als sie deshalb entlassen wurden, traten ihre Kollegen im Hafen in den Streik. (41)

KPD und Remilitarisierung

Die KPD leistete sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments gegen die Remilitarisierung entschiedenen Widerstand. (s. Teil III)

Zur "Ohne-mich"-Bewegung erklärte der KPD-Vorsitzende Max Reimann am 14. Oktober 1950, die Herstellung der Einheitsfront von Sozialdemokraten mit Kommunisten und die Aktionseinheit zur Verhinderung der Remilitarisierung sei das dringendste Gebot der Stunde. Außerdem sagte Reimann die Unterstützung der KPD für die Forderung Martin Niemöllers nach einer Volksbefragung über die Wiederbewaffnung zu und rief dazu auf, in allen Betrieben entsprechende Komitees zu bilden.

In mehreren Städten organisierten die Kommunisten zusammen mit Sozialdemokraten Ausschüsse für die Aktionseinheit, z.B. in Oberhausen.

Die KPD war besonders darum bemüht, die unterschiedlichen Motivationen der "Ohne-mich"-Bewegung auf eine gezielte politische Aktionsform gegen die Remilitarisierung hinzulenken und dabei die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit einzubeziehen. (42)

Ein Beispiel dafür war der von ihr wesentlich mitorganisierte Boykott gegen die sog. "Panzerschichten".

Seit dem Beginn des Korea-Krieges hatte in den westeuropäischen Staaten ein bemerkbarer wirtschaftlicher Aufschwung eingesetzt, der sog. "Korea-boom". (43)

Am Jahresende 1950 sollten wegen der gestiegenen Nachfrage nach Kohle zusätzliche Sonderschichten gefahren werden, für die sich besonders Bundeswirtschaftsminister Ludwig Ehrhard (CDU) einsetzte. Mit seiner offiziellen Begründung, die Sonderschichten seien zur Sicherung der Hausbrandversorgung notwendig, gaben sich die Bergarbeiter jedoch bald nicht mehr zufrieden. Sie sahen vielmehr die Gefahr, daß die gesteigerte Kohleproduktion allein der Ausweitung der europäischen und amerikanischen Rüstungsindustrie dienen würde. Es gelang durch die Zusammenarbeit kommunistischer, sozialdemokratischer und parteiloser Betriebsräte und -gruppen, unter den Parolen "Auf Panzerschichten folgen Panzerschlachten" und "Weg mit der Panzerschicht!" einen breiten Widerstand der Kumpels gegen die Sonderschichten herzustellen. Er konnte auch durch Drohungen, Polizeieinsätze und einzelne Verhaftungen gegen sie nicht gebrochen werden. Ende Januar 1951 mußten die Sonderschichten fast völlig eingestellt werden. (44)

SPD-führung und Remilitarisierung

Die SPD erklärte auf einer internationalen Konferenz sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien West- und Nordeuropas im März 1950 in Witten an der Ruhr in einer von ihr vorgelegten Denkschrift:

"Die deutsche Arbeiterbewegung, zu der 5 Millionen in den Gewerkschaften organisierte Arbeiter gehören, hat sich auf den Verzicht für die Bewaffnung entschieden. Sie traut sich zu, jeder deutschen Regierung die Einhaltung dieser Linie, falls nötig, aufzuzwingen." (45)

Somit gab sich die SPD als Gegner der Wiederaufrüstung aus, was für große Teile der Mitgliedschaft auch zutraf.

So lehnten bei einer Meinungsumfrage des EMNID-Instituts Anhänger der SPD das "Soldat-werden" zu 79 % ab (46). Im Gegensatz dazu schloß die SPD-Führung eine Wiederaufrüstung nicht grundsätzlich aus, machte aber ihre Zustimmung von bestimmten Bedingungen abhängig. Der Parteivorsitzende Kurt Schumacher erklärte in der Bundestagsdebatte vom 8. November 1950 zur Außenpolitik:

"... Die große Auseinandersetzung vollzieht sich ja nicht zwischen den Remilitarisierern schlechthin und irgendwelchen absoluten Pazifisten mit einer Friedensformel des garantierten Erfolges. Die große Auseinandersetzung vollzieht sich zwischen denjenigen, die unter heutigen Umständen ihren Willen zur Remilitarisierung einfach durchdrücken wollen, und denjenigen, die eine feste nationale und internationale Voraussetzung dafür verlangen, ohne deren Durchführung sie nein sagen werden." (47)

Den Plevén-Plan akzeptierte die SPD-Führung nicht, weil er nach ihrer Auffassung der Bundesrepublik keine vollständige politische Gleichberechtigung im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Staaten zugestand.

Die SPD-Führung grenzte sich von außerparlamentarischen Protestaktionen gegen die Remilitarisierung und der geplanten Volksbefragung ab und schlug stattdessen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag vor. Ebenso distanzierte sie sich von einer Zusammenarbeit mit der KPD.

In der Partei kam es wegen dieser "politischen Gratwanderung" der SPD-Führung in der Frage der Wiederbewaffnung zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Basis und Führung. (48) (s. Teil III)

DGB-Führung und Wiederaufrüstung

Zu einem ähnlichen Konflikt kam es innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Eine Erklärung vom 22. November 1950 kennzeichnet die Widersprüchlichkeit, mit der der DGB-Vorsitzende Hans Böckler und seine Mitarbeiter zur Remilitarisierung Stellung bezogen:

"Die Deutschen Gewerkschaften wollen nicht, daß reaktionären Elementen erneut durch Wiederherstellung einer Wehrmacht Auftrieb und Macht gegeben werden. Sie wollen das Landsknecht-tum in Deutschland endgültig beseitigt wissen ...

Andererseits sind sich die deutschen Gewerkschaften darüber klar, daß eine Verteidigung der westlichen Kultur und der persönlichen Freiheit auch an Deutschland Anforderungen stellt, denen sich das deutsche Volk nicht verschließen kann. Das entscheidende Mittel, das allein dauerhaften Frieden und Sicherheit gewähren kann, ist die Herstellung sozial gerechter und wirtschaftlich vernünftiger Zustände, die es allen Teilen der Bevölkerung wert erscheinen lassen, dieses Land und seinen Lebensstandard zu verteidigen..." (49)

Mit dieser "Politik der konstruktiven Mitarbeit" (s.S. 211) erhoffte sich die DGB-Führung von der Bundesregierung eine Einwirkung auf die Unternehmer zugunsten gewerkschaftlicher Vorstellungen über die Wirtschaftsdemokratie. (s. Teil III)

Zum Nauheimer Kreis

Vertreter und Anhänger dieses zur damaligen Zeit bekanntesten Arbeitskreises, der für eine Neutralisierung Deutschlands und gegen die Wiederaufrüstung eintrat, trafen sich am 18. Mai 1950 in Witzenhausen an der Werra zu einer Arbeitstagung. Sie verfaßten unter Leitung des Würzburger Professors für neuere Geschichte, Ulrich Noack (Initiator des Nauheimer Kreises) eine Erklärung: "die Witzenhausener Proklamation". In ihr grenzte sich der Nauheimer Kreis sowohl gegen den Westen wie den Osten ab. Aufgabe sei es, auf einen politischen Ausgleich zur Beendigung des Kalten Krieges zwischen Ost und West hinzuwirken. Grundlage dafür sollte eine Vereinbarung sein, daß das wiedervereinigte Deutschland von den Großmächten als unantastbares Gebilde betrachtet werden müsse. (50) (s. Teil III)

Das Jahr 1951

1. Politische Entscheidungen

Beginn der Verhandlungen auf dem Petersberg;
Eisenhowers Besuch in Bad Homburg

Auf dem Petersberg bei Bonn begannen am 9. Januar 1951 die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der AHK über die Durchführung der Wiederaufrüstung (entsprechend dem Beschluß der NATO-Ratstagung in Brüssel). (1)

Einige Tage später reiste der in Brüssel zum Oberbefehlshaber der Atlantikstreitkräfte ernannte amerikanische General Dwight D. Eisenhower vom 20. bis 22. Januar 1951 in die Bundesrepublik, um sich an Ort und Stelle ein Bild über den künftigen militärischen Partner zu machen. Er traf mit Bundeskanzler Adenauer, den Generälen Speidel und Heusinger, sowie dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer am 22. Januar 1951 in Bad Homburg zu privaten Unterredungen zusammen.

Schenkt man Informationen aus in der DDR veröffentlichten Zeitungen Glauben, so soll Eisenhower bei diesen Gesprächen mit großer Unzufriedenheit auf die Abneigung der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung hingewiesen haben. Nach diesen Angaben habe er sich auf das Ergebnis einer Untersuchung militärischer Informationsstellen in den USA berufen, nach der 85 % der Deutschen die Wiederbewaffnung abgelehnt hätten. Eisenhower habe deshalb gefordert, die in der westdeutschen Friedensbewegung viel diskutierte Volksbefragung oder -abstimmung auf keinen Fall zuzulassen. Sowohl Adenauer als auch Ollenhauer hätten darauf dem General die Erfüllung seines Wunsches versichert. Der Bundeskanzler soll sich laut diesen Informationen wörtlich folgendermaßen geäußert haben:

"Solange ich Bundeskanzler bin, können Sie, Herr General, beruhigt sein. Was ich in den Konferenzen mit Mr. McCloy versichert habe, will ich hier unterstreichen: wir werden unseren Beitrag leisten; es wird aufgerüstet! Gegen jeden Versuch, diese Politik zu durchkreuzen, werde ich aufs Schärfste vorgehen lassen. Gegenwärtig finden bereits Beratungen über

die Möglichkeit der Aufhebung des § 4 des Grundgesetzes statt, der die Verweigerung des Militärdienstes erlaubt,"(2)

Der amerikanische Oberbefehlshaber sprach sich in Bad Homburg auch für die Rehabilitierung früherer Generäle der Wehrmacht aus. Er erfüllte damit eine der Hauptforderungen der "Himmeroder Denkschrift" und entsprach den Wünschen von Speidel und Heusinger, die sie bei den Unterredungen geäußert hatten. In den folgenden Jahren wurde eine ganze Reihe deutscher Generäle, die als Kriegsverbrecher zum Teil zu Höchststrafen verurteilt worden waren, wieder auf freien Fuß gesetzt. (3)

Beginn der Verhandlungen für die Europa-Armee

Während einflußreiche politische Kreise in den USA an einer direkten Einbeziehung der westdeutschen Truppen in das NATO-Kontingent interessiert waren, sprachen sich führende französische Politiker und Militärs für die Integration der neuen deutschen Wehrmacht in eine Europa-Armee nach dem Pleven-Plan aus. Zu diesem Zweck bereitete die französische Regierung eine Konferenz vor, die am 15. Februar 1951 in Paris unter dem Vorsitz von Außenminister Robert Schuman eröffnet wurde.

Somit liefen die Verhandlungen über die Aufstellung der westdeutschen Armee auf zwei Ebenen:

1. Auf dem Petersberg zwischen den Vertretern der AHK und der Bundesregierung.
2. In Paris zwischen den Delegierten der sechs am Schuman-Plan beteiligten Länder.

Aufgrund des Verlaufes der Verhandlungen und amerikanischer Vermittlungsversuche mußte Frankreich die ursprünglich im Pleven-Plan vorgesehenen Beschränkungen für den Handlungsspielraum der westdeutschen Armee weitgehend aufgeben, konnte aber die Integration der zukünftigen deutschen Truppen in die Europa-Armee als Bedingung für die Aufhebung des Besatzungsstatuts durchsetzen. (4)

Die Forderungen Bonns bei den Petersberger Besprechungen

Erste Einzelheiten der Verhandlungen auf dem Petersberg wurden im Juli 1951 bekannt: Nach einem Bericht des "Daily Express" (London) hatte die Bundesregierung in einem 40 Seiten umfassenden Dokument den drei Westmächten folgende Vorstellungen über die zukünftige neue Armee überreicht:

1. Eine Wehrmacht von 250.000 deutschen Wehrpflichtigen, von denen jeder zwei Jahre dienen soll;
2. Sechs Armeekorps, jedes zu zwei Divisionen (trotz des französischen Widerstandes, der den Deutschen nicht mehr als 5.000 - 6.000 Mann (Divisionsstärke-E.D.) zugesteht);
3. Wiederaufbau eines Generalstabs;
4. Schaffung eines Verteidigungsministeriums mit einem zivilen Verteidigungsminister;
5. eine Luftwaffe von 2.000 Flugzeugen aus alliierter Herkunft, einschl. 600 Düsenjäger;
6. Marineeinheiten für die Verteidigung der Nord- und Ostsee. (5)

Die Beschlüsse von Washington

Vom 10. bis 14. September 1951 trafen sich die Außenminister der drei Westmächte in Washington, um über die Konferenzen vom Petersberg und in Paris zu beraten. In ihrem Kommuniqué vom 14. September erklärten sie, daß "... die Einbeziehung der Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied in eine europäische Gemeinschaft, die sich wiederum der im Aufbau begriffenen atlantischen Völkergemeinschaft anschließt, oberster Grundsatz der Politik der drei Westmächte" sei. "Diese Aufnahme Deutschlands in die Europäische Völkergemeinschaft würde mit der Beibehaltung eines Besatzungsstatuts oder dem Recht, Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik vorzunehmen, unvereinbar sein."

Weil die Teilung Deutschlands im Augenblick den Abschluß eines solchen Abkommens verhindere, sei es erforderlich, "daß die Alliierten im gemeinsamen Interesse weiterhin gewisse Sonderrechte beanspruchen, die aber ausschließlich mit der Statio-

nierung von Streitkräften in Deutschland und dem Schutze dieser Streitkräfte in Zusammenhang stehen dürfen, oder solche Fragen wie Berlin und Gesamtdeutschland einschließlich der Frage einer endgültigen Friedensregelung und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands betreffen." (6)

Somit hatte sich an der politischen Lage der Bundesrepublik mit der Washingtoner Konferenz wenig geändert.

Pariser Außenministerkonferenz: Beschluß über einen Generalvertrag

Für die Verwirklichung der Beschlüsse von Washington zeichneten die drei Außenminister (Acheson, Schuman, Eden) mit Bundeskanzler Adenauer am 22. November 1951 in Paris den Entwurf für einen Generalvertrag ab, der nach Fertigstellung von Zusatzverträgen im Frühjahr 1952 veröffentlicht werden sollte. Es war vorgesehen, mit seinem Inkrafttreten das Besatzungsstatut und die in ihm enthaltenen Vollmachten einer Intervention in die innenpolitischen Angelegenheiten der Bundesrepublik, die AHK selbst und die Geschäftsstellen der Landeskommissare aufzuheben. Die schon in Washington genannten Sonderrechte behielten sich die Westmächte weiterhin vor. (7)

Abschluß des EGKS-Vertrages; Aufhebung des Kriegszustandes für die BRD

Die westeuropäische Montanunion wurde mit dem Abschluß des EGKS-Vertrags (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) am 18. April 1951 zwischen den Ländern Belgien, BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden gegründet. (8)

Drei Tage später trat die Bundesrepublik dem allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) bei.

Am 5. Mai 1951 beschloß der Europarat die Anerkennung der BRD als Vollmitglied. Schließlich hoben die Westmächte im Juli 1951 den Kriegszustand mit der Bundesrepublik auf, was die juristische Vorbedingung für deren Integration in das westliche Militärbündnis schuf.

Die Bundesregierung sah in diesen Abkommen eine Bestätigung und Anerkennung ihrer Außenpolitik durch die europäischen

2. Die Protestaktionen

a) Überblick und Verlauf der Proteste

Die Volksbefragungsaktion 1951/52

Der Kongreß in Essen

Entsprechend dem Beschluß der Stuttgarter Konferenz vom Dezember 1950 (s. Seite 85) fand in Essen am 27./28. Januar 1951 der Kongreß gegen die Remilitarisierung statt.

Die Veranstalter der Essener Tagung sahen sich mit mehreren organisatorischen und inhaltlichen Problemen konfrontiert, die der in der damaligen Friedensbewegung engagierte Kommunist Karl Dickel in seiner Dissertation über die Volksbefragungsaktion, insbesondere die Tätigkeit des Hauptausschusses für Volksbefragung, benennt (1). Z.B. wurde über die inhaltlich wichtige Frage einer echten Alternative zur Bonner Sicherheitspolitik (die nach Ansicht K. Dickels im Abschluß eines Friedensvertrages für Deutschland liegen mußte), zu wenig diskutiert. Die vier Hauptreferenten des Essener Kongresses, der Schriftsteller Georg Schwarz aus München, Pastor Johannes Oberhof aus Bremen, der Generalmajor a.D. Kurt Hentschel und die Münchener Stadträtin Frau Edith Hoereth-Menge (SPD), kamen auf dieses Problem nicht ausführlich zu sprechen. Sie legten ihren inhaltlichen Schwerpunkt auf den Widerstand gegen die Remilitarisierung. Nur in der Fragestellung zur späteren Volksbefragungsaktion wurde auf dieses Problem hingewiesen.

Trotz außerordentlicher Breite in der Zusammensetzung der Konferenz, so Dickel an anderer Stelle, waren zu wenig Arbeiterdelegierte in Essen vertreten; nach seinen Angaben waren es 23,5 Prozent. Dies verdeutlicht den geringen Einfluß der damaligen Friedensbewegung in den Gewerkschaften und in den Betrieben.

Organisatorische Mängel traten bei den Vorbereitungsarbeiten zum Essener Kongreß auf. So war es den Verantwortlichen in der Zeit zwischen der Stuttgarter und Essener Konferenz nicht gelungen, Persönlichkeiten zu gewinnen, die breiten Einfluß in der Öffentlichkeit besaßen und die bereit waren, in dem vor-

bereitenden Ausschuß mitzuarbeiten. Die in Essen nominierten Ausschußmitglieder bezeichneten sich daher als provisorische Mitglieder und sahen es als ihre Aufgabe an, entsprechende Prominenz sowie "Vertreter der Massenorganisationen" (gemeint sind wohl die Gewerkschaften und die SPD - E.D.) für eine Unterstützung der Volksbefragungsaktion zu motivieren. Schließlich wirkte sich das Klima des Kalten Krieges auf die Veranstaltung aus. Eine Reihe von Teilnehmern sagte ihren Besuch deshalb ab, weil über die Vorbereitung der Essener Konferenz in Rundfunk und Presse der DDR berichtet worden war.(2)

Die Initiatoren der Volksbefragungsaktion wollten mit der Einberufung des Essener Kongresses die organisatorische Kraft der Wiederaufrüstungsgegner über Parteigrenzen und Weltanschauungen hinweg erhöhen und die Volksbefragung bei ihnen bekannt und unterstützenswert machen. In diesem Sinn verabschiedeten die ca. 1.700 Teilnehmer nach ausführlichen Beratungen und Gesprächen am 28. Januar 1951 das "Manifest der Essener Tagung gegen die Remilitarisierung Deutschlands". Im folgenden wird ausführlich daraus zitiert, denn es verdient festgehalten zu werden, daß die Essener Konferenz den Beginn der bundesweiten Volksbefragungsaktion einleitete.

Auszüge aus dem Manifest:

"Wir Vertreter von Millionen Männern und Frauen aus allen Schichten des deutschen Volkes, Arbeiter und Bauern, Ingenieure, Ärzte, Wissenschaftler und Erzieher, Pfarrer beider christlicher Konfessionen, Schriftsteller und Künstler, Soldaten, Offiziere und Generale des Zweiten Weltkrieges sind in der Zeit einer geschichtlichen Krise unseres Vaterlandes zusammengekommen, um ernst und unvoreingenommen zu prüfen, wie die Gefahr eines Krieges gebannt werden kann. Wir stellen fest, daß das deutsche Volk von außerdeutschen Mächten zur unmittelbaren Vorbereitung eines Dritten Weltkrieges gezwungen werden soll. Dieser Krieg würde in Deutschland beginnen und unser Volk als erstes mit seiner ganzen

Schwere treffen. Deutsche würden gegen Deutsche kämpfen. Ein Dritter Weltkrieg wäre zugleich ein deutscher Bürgerkrieg. Er würde zur Vernichtung unseres Landes und zur Auslöschung unseres Volkes führen.

Wir stellen fest, daß ohne Befragung des deutschen Volkes Maßnahmen zur Remilitarisierung Deutschlands durch Aufstellung bewaffneter Streitkräfte und die Wiederherstellung der Rüstungsindustrie beschlossen wurden ...

Diese Maßnahmen erfüllen alle Deutschen mit banger Sorge. Sie sehen in ihnen einen Bruch des Bonner Grundgesetzes und der internationalen Verträge über Deutschland. Sie befürchten die Rekrutierung der wehrfähigen Männer unseres Volkes. Sie spüren auch, daß die Kriegsvorbereitungen eine Senkung ihres Lebensstandards zur Folge haben.

Ihr leidenschaftlicher Abwehrwille gegen die Remilitarisierung hat sich in zahlreichen Äußerungen, Zuschriften an Zeitungen, Entschlüssen von Belegschaften, von Studenten und vieler Jugendverbände in Umfragen und Probeabstimmungen und auch in den politischen Wahlen der letzten Zeit gezeigt...

Die Teilnehmer der Tagung gegen Remilitarisierung richten deshalb im Namen des deutschen Volkes die Aufforderung an die Bundesregierung in Bonn, eine Volksbefragung durchzuführen über folgende Frage:

"Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?"

In tiefer Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes rufen wir alle Parteien, Gewerkschaften, die Kirchen aller Konfessionen, Persönlichkeiten, Vereinigungen und Komitees auf, diese Forderung an die Bundesregierung zu unterstützen ...

Zur Zusammenfassung und Leitung der Volksbewegung gegen die Kriegsvorbereitungen haben wir aus Vertretern aller Schichten der friedliebenden Bevölkerung einen vorbereitenden Ausschuß gegen die Remilitarisierung Deutschlands gewählt.

Ein Dritter Weltkrieg wird verhindert und der Friede gerettet werden, wenn das deutsche Volk von seinem demokratischen Recht

Gebrauch macht, über sein Schicksal, über Krieg oder Frieden selbst zu entscheiden und seinen Willen zur Ablehnung der Remilitarisierung durch eine Volksbefragung zum Ausdruck bringt. Nur so kann eine friedliche und glückliche Zukunft für unser Volk gesichert werden." (3)

Einen Tag nach dem Essener Kongreß reiste eine aus sieben Personen bestehende Delegation nach Bonn, um Bundeskanzler Adenauer das Manifest zu überbringen. Sie wurden zwar vom Referenten des Kanzlers, Dr. Mai, empfangen, erhielten aber keine Antwort. Später ging beim vorbereitenden Ausschuß ein schriftlicher Bescheid Adenauers ein, daß die Volksbefragung aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht stattfinden könne.

Die Bundestagsabgeordneten wurden in einem Brief über die Beschlüsse der Essener Konferenz und die Schritte der Delegation informiert. (4)

Der Beginn der Volksbefragung

Am 4. Februar 1951 konstituierte sich der vorbereitende Ausschuß gegen die Remilitarisierung in Düsseldorf. Bei der Gründungsversammlung wurde auch das Präsidium und die geschäftsführende Leitung gewählt. (5)

Ebenso gründeten sich in vielen anderen Städten nach dem Essener Kongreß vorbereitende Ausschüsse für die Volksbefragung, z.B. in Augsburg, Bottrop, Düsseldorf, Husum, Kronach, Singen, Stuttgart und Wiesbaden. (6)

Eine erste beachtliche Resonanz fand die Volksbefragungsaktion in Rheinland-Pfalz. Dort schrieben sich bei der Einleitung eines Volksbegehrens durch das "Landeskomitee in Rheinland-Pfalz zur Durchführung eines Volksentscheides über die Wiederbewaffnung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951" im März allein in den ersten drei Tagen 32.000 Menschen in die Listen ein und überboten sehr deutlich die nach der Verfassung für ein Volksbegehren erforderlichen 20.000 Stimmen.

Daraufhin wurde die unbequeme Aktion vom Innenministerium des Landes verboten. Alle Bürgermeister erhielten die Aufforderung, die Unterschriftenlisten bei Vorlage zur Bestätigung der Wahl-

berechtigung zu beschlagnahmen. Die Polizei führte verschiedene Haussuchungen nach solchen Listen bei aktiven Helfern der Volksbefragung durch. (7)

Überhaupt waren viele von ihnen politischen Verfolgungen ausgesetzt. So war es dem katholischen Schriftsteller Reinhold Schneider, der am Essener Kongreß teilgenommen hatte, nach Angaben der geschäftsführenden Leitung nicht möglich, sich im Rundfunk oder katholischen Blättern zu äußern (8). Es deutete sich an, daß ein bundesweites Verbot der Volksbefragungsaktion nur noch eine Frage der Zeit sein würde.

Die Gründung des Hauptausschusses für Volksbefragung

Aufgrund der Absage der Bundesregierung beschloß der vorbereitende Ausschuß, die Volksbefragung eigenständig durchzuführen. Er lud dazu für den 14. April 1951 in Essen zu einem zweiten Treffen ein.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich in allen Ländern der Bundesrepublik Landesausschüsse für die Volksbefragungsaktion gegründet, wobei die Friedenskomitees nach Angabe K. Dickels die eigentlichen Initiatoren der Volksbefragung waren. (9) Auf der zweiten Essener Konferenz wurde der "Hauptausschuß für Volksbefragung" gewählt. Ihm gehörten in seiner erweiterten Form mehr als 100 bekannte Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer Richtungen und weltanschaulicher Auffassungen an, z.B.: Frau Claudia Kuhr, Journalistin, Gewerkschafterin und Vorsitzende des Hamburger Vereins "Neutrales Deutschland", Frau Edith Höreth-Menge, Stadträtin der SPD in München und Mitglied des Weltfriedensrates, Frau Christa Thomas, katholische Schriftstellerin, Frauenrechtlerin und Sozialarbeiterin, die der "PAX-Christi"-Bewegung angehörte, der Kapitänleutnant a.D. Helmut von Mücke, der Generalmajor a.D. Karl H ntschel, Oskar Neumann, Diplomingenieur und Mitglied im Parteivorstand der KPD, Pastor Johannes Oberhof, Walter Staubitz, Vorsitzender des Sozialdemokratischen Ausschusses zur Verhinderung der Wiederaufrüstung, Freiherr von Schönaich, Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, Erwin Eckert, Vorsitzender des "West-deutschen Friedenskomitees" u.a.. (10)

Die Entscheidung des Hauptausschusses, seines Präsidiums und der geschäftsführenden Leitung hatten nach Dickel einstimmig zu erfolgen. Damit sollte verhindert werden, daß eine Gruppe oder einzelne Personen überstimmt werden konnten. Der Hauptausschuß veröffentlichte in hoher Auflage ein Flugblatt mit der Überschrift "Aufruf an alle Deutschen", das die wesentlichen Inhalte des Essener Manifests nochmals zusammenfaßte und zur Gründung von weiteren Volksbefragungsausschüssen in allen Ländern, Kreisen, in Städten und Dörfern, Betrieben, Hochschulen und Verwaltungen aufforderte (12). Aufgrund dieser politischen Aktivitäten fand die Volksbefragungsaktion bei vielen Gegnern der Wiederbewaffnung zunehmend Sympathien. (13)

Das Verbot

Am 24. April 1951 erließ die Bundesregierung das Verbot der Volksbefragungsaktion. In dem entsprechenden Beschluß heißt es wörtlich:

"1. Die von der SED, dem Gewalthaber der Sowjetzone, betriebene Volksbefragung "gegen Remilitarisierung und für Friedensschluß im Jahre 1951" ist dazu bestimmt, unter Verschleierung der verfassungsfeindlichen Ziele die freiheitliche, demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu untergraben. Die Durchführung der Aktion stellt einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes dar..."

Die Vereinigungen, die die Volksbefragung durchführten (namentlich nannte der Erlaß die Volksbefragungsausschüsse, die VVN, die FDJ, den Gesamtdeutschen Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft sowie das Deutsche Arbeiterkomitee), wurden von der Bundesregierung als "verfassungsfeindliche" Organisationen eingestuft. Die Landesregierungen erhielten die Aufforderung, jede Betätigung dieser Organisationen für die Volksbefragung zu unterbinden. (14)

Rechtlich gesehen stand das Verbot der Volksbefragungsaktion auf zweifelhafter Grundlage. Innenminister Robert Lehr (CDU) gestand im Bundestag am 26. April 1951 ein:

"Die Ermittlung der Volksmeinung durch eine nichtamtliche Befragung ist an sich im demokratischen Staat nichts Außergewöhnliches und als solche unter normalen Verhältnissen nicht zu beanstanden...". Um gleich darauf hinzuzufügen: "Hier dient

aber die sog. Volksbefragung nur zum Vorwand für eine Aktion, die in ihren letzten Enden ausgerichtet ist auf die Erschütterung der freien demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik." (15)

Das Präsidium des Hauptausschusses warf der Bundesregierung am gleichen Tag in einer öffentlichen Erklärung für die westdeutsche Bevölkerung vor, das Grundgesetz zu brechen und die Verfassung der Länder zu mißachten. Es rief zur Fortsetzung der Befragungsaktion auf. (16)

In der Öffentlichkeit löste das Verbot bei einigen Zeitungskommentatoren Unbehagen und Betroffenheit aus. (17)

Von der Mehrzahl der Gerichte, die zur Volksbefragung Stellung bezogen, (meist bei Prozessen gegen aktive Mitglieder der Ausschüsse) wurde das Verbot bestätigt. Doch einige Richter hielten die Rechtmäßigkeit der Befragungen für gegeben. So erklärte das Amtsgericht Lemgo in seinem Urteil vom 11. Juni 1951 "„...daß der Inhalt der Volksbefragung nicht im Widerspruch zum Grundgesetz steht." (18)

Freilich konnte das Verbot mit solchen erfreulichen und mutigen Entscheidungen in der Hochzeit des Kalten Krieges nicht beseitigt werden. Seine eigentlichen und viel folgeschwereren Wirkungen charakterisiert der Rechtswissenschaftler Alexander von Brünneck in seiner Untersuchung "Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1968" folgendermaßen:

"Die Bundesregierung konnte durch ihr Verbot die Volksbefragung nicht verhindern. Das Verbot erschwerte jedoch die Volksbefragung erheblich und brachte einen Teil der Gegner der Wiederbewaffnung in den Geruch der Illegalität und "des Kommunismus". Getroffen wurden damit besonders die nichtkommunistischen Gegner der Wiederbewaffnung, die aus unterschiedlichen Gründen mit der Volksbefragung sympathisierten." (19)

Einige_Briefwechsel

Der Hauptausschuß, der in einem Aufruf vom 4. Mai 1951 unter Berufung auf Art. 20 Abs.2 des GG (20) und auf Artikel in einzelnen Länderverfassungen die Bevölkerung nochmals zur Abstimmung auf-forderte, schickte Bundespräsident Heuß am 12. Mai 1951 eine Denk-schrift über die nach seiner Ansicht gegebene Verfassungsmäßig-keit der Volksbefragung, die er ausführlich begründete. Theodor Heuß hat darauf niemals geantwortet. (21)

Martin Niemöller schrieb am 2. Mai 1951 an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser (CDU), und am 21. Mai 1951 an den Bundespräsidenten. In diesen Briefen warnte der hessische Kirchenpräsident davor, die Mitarbeiter der Volksbefragung einfach mit Kommunisten gleichzusetzen.

Nach eigenen Angaben hatte Niemöller, als er von einer Predigt-reise durch die DDR zurückgekehrt war, zu Hause eine ihm anonym zugegangene "Öffentliche Warnung" vorgefunden, die die Unterschrift trug: "Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen".

Niemöller kritisierte diesen Einschüchterungsversuch und schrieb: "Es stimmt ja nicht, daß die Volksbefragung eine rein kommu-nistische Angelegenheit ist und daß die "Träger dieser Aktion Ausschüsse und Agenten sind, die ohne Ausnahme vom Kommuni-stischen Politbüro der SED gesteuert und finanziert werden." Wahr ist vielmehr, daß der Wunsch nach einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung, die übrigens in mehreren Länder-verfassungen grundsätzlich möglich ist, von der großen Mehrheit des deutschen Volkes geteilt wird, unter der alle Parteirich-tungen und weltanschaulichen Schattierungen vertreten sind."

Und im Brief an Heuß schrieb er:

"Ich weiß nicht, aufgrund welcher Quellen Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, zu Ihrer Auffassung gekommen sind. Ich jedenfalls habe bei meinen zahlreichen Reisen, Predigten und Vorträgen "dem Volk aufs Maul sehen" können - und ich habe es getan. Und da hat sich mir - wie ich meine eindeutig - gezeigt, daß der Wunsch nach einer Volksbefragung gegen die Remilitari-sierung von einer erheblichen Mehrheit des deutschen Volkes

auch in Westdeutschland geteilt wird. Darunter sind alle Parteirichtungen und weltanschaulichen Schattierungen vertreten. Es geht also nicht an, daß man eine solche Mehrheit, wie das praktisch die Bundesregierung tut, zu Kommunisten erklärt, nach dem Grundsatz: "Wer sich gegen die Remilitarisierung, für eine Volksbefragung, für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und für die Erhaltung des Friedens ausspricht - der ist Kommunist." Das hieße die Kommunisten zur Mehrheit in Westdeutschland zu erklären. Das hieße aber auch, die Stimme der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik zu ignorieren in einer politischen Entscheidung auf Leben und Tod..."

Jakob Kaiser zog es vor, auf Niemöllers Brief nicht zu antworten. Der Bundespräsident schrieb zurück, rechtfertigte aber das Verbot der Volksbefragung mit ähnlichen Argumenten wie die Bundesregierung:

"... Ich bin froh darüber, um des Volkes willen und der gewiß schwierigen seelischen Strukturierung seiner politischen Ordnung, daß die Arena für ad hoc-Demagogien - denn darauf muß die Sache in einem weithin entgliederten Volkskörper hinauslaufen - verschlossen ist. Halten Sie mich deshalb für einen mangelhaften Demokraten! Es gibt kein eindeutiges Musterbuch für Demokratie ..." (22)

Abschließend sei hier noch ein Briefwechsel zwischen Wilhelm Elfes, dem früheren Oberbürgermeister von Mönchengladbach und Mitglied im Hauptausschuß für Volksbefragung, und dem Bundeskanzler dokumentiert.

In einem langen Schreiben vom 8. Juli 1951 an Adenauer äußerte Elfes seine Befürchtungen zur Remilitarisierung, in der er die Vorstufe für einen Dritten Weltkrieg sah. Er forderte den Bundeskanzler auf, darüber nachzudenken und die bisherige Sicherheitspolitik aufzugeben.

Was der Bonner Regierungschef darauf antwortete, bedarf keines Kommentars. Es sei dazu nur angemerkt, daß sich beide Männer schon während der Zeit des Dritten Reiches in vielen Gesprächen persönlich kennengelernt und bei der Gründung der CDU zusammengewirkt hatten. Adenauer schrieb:

"Sehr geehrter Herr Elfes! Ihr Brief vom 8.7. überrascht mich und schmerzt mich. Sein Inhalt ist so unverständlich, daß es keinen Zweck hat, Ihnen mündlich darauf zu antworten. Ich bedauere aufrichtig diese Entfremdung. Ich weiß nicht, wem Sie Ihren Brief geschickt haben. Vielleicht geben Sie den gleichen Herren meine Antwort." (23)

Der weitere Verlauf der Volksbefragungsaktion

In der Zeit vom April 1951 bis zum Frühjahr 1952 tagte das Präsidium des Hauptausschusses durchschnittlich alle drei bis vier Wochen an verschiedenen Orten im Bundesgebiet. Es bemühte sich dabei, den jeweiligen Treffpunkt möglichst geheim zu halten, um Verfolgungen durch die Polizei zu entgehen (24). Auch die in Düsseldorf unterhaltenen Geschäftsräume wurden vor der Öffentlichkeit geheimgehalten und geschickt durch Verwendung falscher Firmenbezeichnungen vor dem Eingreifen der Polizei geschützt.

Auf den Tagungen selbst wurden ausführliche Referate zur Einschätzung der Remilitarisierung und zum Ablauf der Volksbefragungsaktion gehalten. Der Hauptausschuß befaßte sich mit drei Problemkreisen:

1. Er mobilisierte gegen alle Maßnahmen, die für die Durchführung der Wiederaufrüstung angeordnet wurden.
2. Er befaßte sich mit den Vorschlägen zur Einheit Deutschlands als Teil des Kampfes für einen Friedensvertrag.
3. Er setzte sich für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten ein, die er durch das Verbot der Volksbefragung eingeschränkt sah, und kritisierte deshalb die Maßnahmen der politischen Justiz. (25)

Außerdem erarbeitete er Richtlinien für die Landesausschüsse und verfaßte zu den jeweiligen politischen Ereignissen entsprechende Aufrufe an die westdeutsche Bevölkerung. Er veröffentlichte sie entweder in Form von Flugblättern oder in dem regelmäßig von ihm herausgegebenen "Informationsdienst", die im gesamten Bundesgebiet verbreitet wurden (26). Der Hauptausschuß unterhielt auch ein Tonstudio, das Reportagen über Befragungsaktionen machte und den deutschen Rundfunkanstalten zur Verfügung stellte.

Der gesamte Druck und Versand fand unter halblegalen Bedingungen statt; ein beträchtlicher Teil des Materials wurde in Briefaktionen durch die Post versandt. (27)

Mit welchen Mitteln die Befragungsaktionen öfters organisiert werden mußten, kann am Beispiel der hessischen Stadt Hanau verdeutlicht werden. Dort war die Volksbefragung für einen Sonntag geplant worden. Die Mitarbeiter setzten mit fingierten Telefonanrufen wie "Bei uns machen die Kommunisten Volksbefragung" in Darmstadt die Polizei in Alarmbereitschaft, worauf diese am Sonntag mit einem großen Aufgebot erschien, um die vermeintlich stattfindende Aktion in Darmstadt zu stoppen. In der Zwischenzeit konnte die Befragungsaktion in Hanau relativ unbehelligt durchgeführt werden. (28)

Abschließend seien stellvertretend einige Beispiele von Befragungsergebnissen genannt:

In der Stadt Schopfheim in Baden stimmten 88 % der Einwohner gegen die Remilitarisierung.

In Heilbronn erklärten von 2.627 befragten Einwohnern 1.866, in Stollberg bei Aachen von 2.761 befragten Einwohnern 2.520 ihr "Ja" zum Friedensvertrag.

Bei einer Motorsportveranstaltung auf dem Donauring bei Ingolstadt legten in der Nacht vor dem Rennen Mitarbeiter der Volksbefragung Werbematerial aus und bemalten die Zufahrtsstraßen mit entsprechenden Losungen. Die Abstimmung wurde mit Stimmlisten durchgeführt, welche das gleiche Format wie die Rennprogramme hatten. Der Polizei war es nicht möglich, sie zu beschlagnahmen, denn dazu hätte sie jeden Zuschauer kontrollieren müssen, der ein Rennprogramm besaß. Nach dem abschließenden Bericht des 'Hauptausschusses gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages' stimmten von 9.832 befragten Personen 9.398 mit "Ja" für den Friedensvertrag.

Befragungen bei Rüstungswerken brachten folgende Ergebnisse: Bei Krupp in Essen gaben von 12.309 befragten Arbeitern 11.921, bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen von 20.023 befragten Arbeitern 18.893 ihre Ja-Stimme für den Friedensvertrag ab. Der Gesamtbetriebsrat der Anilin protestierte

An dieser Stelle ist das Engagement der KPD für die Volksbefragungsaktion und ihre Bemühungen um ein tragfähiges Bündnis unterschiedlicher politischer Kräfte besonders hervorzuheben. Die Kommunisten haben mit ihrer effektiven Organisationsarbeit wesentlich dazu beigetragen, daß die Abstimmungen durchgeführt werden konnten. Diesen Sachverhalt hat Karl Dickel in seiner bereits genannten Dissertation klar herausgearbeitet. (30)

Das Ergebnis

Die Volksbefragungsaktion wurde offiziell am 16. März 1952 beendet. An diesem Tag traf sich das erweiterte Präsidium des Hauptausschusses in Hohensyburg/Westfalen, wo ein abschließender Bericht über die Ergebnisse der Befragungen veröffentlicht wurde. (31)

Nach ihm sprachen sich "bei 71.812 Volksbefragungsaktionen in Betrieben, Wohnvierteln und Dörfern, in 6.136 öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen, in gewerkschaftlichen Urabstimmungen, durch Beschlüsse von Gesamtbetriebsräten und Betriebsrätekonferenzen, durch 1.769 Entschließungen der Vorstände oder Delegiertenkonferenzen von Gewerkschaften, Kriegsoffer- und Kriegsgeschädigten-Organisationen, Jugendverbänden und Sportvereinen, durch Protestresolutionen von Flüchtlings- und Erwerbslosenkonferenzen sowie durch Umfragen von Zeitungen, Zeitschriften, Institutionen und Universitäten 9 119.667 Männer, Frauen und Jugendliche der Bundesrepublik, des Saargebietes und der Westsektoren Berlins für den sofortigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und gegen jede Remilitarisierung und Wiederaufrüstung aus.

In persönlicher Abstimmung bejahten von 6 267.302 befragten Deutschen auf Versammlungen, Kundgebungen und mit Stimmzetteln, die in Urnen gesammelt wurden, 5 917.683 (= 94,41 %) die gleiche Forderung. Dieses Ergebnis war in 77.861 von Zeugen unterschriebenen und geprüften Protokollen niedergelegt." (32)

Das ganze Ausmaß der politischen Repression gegen die Volksbefragungsaktion wird durch einige Zahlen verdeutlicht:

Im Besitz des Hauptausschusses befanden sich bis zum März 1952 zahlreiche Unterlagen dafür, daß in 8.781 von den zuständigen Stellen angeordneten Einsätzen zehntausende Polizeibeamte in Uniform und Zivil aufgebeten worden waren, um die Befragung der Bevölkerung zu verhindern. 7.331 Remilitarisierungsgegner wurden verhaftet und mehr als 1.000 Gerichtsverfahren gegen sie eingeleitet - das alles im Zeitraum von einem Jahr. (33)

Von Seiten der westdeutschen Staatsorgane wurde die Glaubwürdigkeit des Ergebnisses entsprechend angezweifelt und bestritten. Beispielsweise heißt es in einem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 2. August 1954 gegen "die leitenden Funktionäre des Hauptausschusses" Emil Bechtle, Karl Dickel und Oskar Neumann: "Da es dem Hauptausschuß nicht gelang, eine festgefügte Organisation für die Volksbefragung nach unten auszubauen, fehlte es an jeder organisatorischen Grundlage, um eine Volksbefragung mit dem Anspruch auf annähernde Wahrheit des Ergebnisses durchführen zu können ... Das auf der Tagung in Hohensyburg am 16. März 1952 bekanntgegebene Abstimmungsergebnis (9 119 667 Ja-Stimmen) hat infolgedessen nicht einmal annähernd Beweiskraft." (34)

Selbst wenn aufgrund der vom Bundesgerichtshof genannten Fehlerquellen möglicherweise Doppelstimmen von gleichen Personen mit ausgezählt worden sein sollten und es statt der 9 Millionen vielleicht 4 bis 5 Millionen tatsächlich erfaßte Remilitarisierungsgegner gewesen sind, so ändert dies an der Tatsache, daß es eine starke Ablehnung in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen die Remilitarisierung gegeben hat, nichts.

Der Argumentation des Bundesgerichtshofes sind außerdem einige weitere Punkte entgegenzuhalten. Zum einen wollten die auf Seiten der Bundesregierung stehenden Juristen, Politiker und Behörden das Ergebnis nicht zugeben oder akzeptieren, weil sie sonst die Bonner Sicherheitspolitik vor der Öffentlichkeit in Frage gestellt hätten. Daß sie einen so aufwendigen Polizeiapparat in Bewegung setzten, um die westdeutsche Friedensbewegung mundtot zu machen, ist ein Indiz dafür, wie sehr sie sich durch eine Volksbefragungsaktion verunsichert fühlten.

Zum anderen spricht für die weitverbreitete Resonanz, die die Volksbefragungsaktion fand, daß ihre Mitarbeiter bei der Beschlagnahme von Wahlurnen durch die Polizei sich oftmals eine Quittung über die darin abgegebenen Stimmen aushändigen ließen. Z.B. war in Braunschweig eine öffentliche Volksbefragung in den Büssing-Werken organisiert worden. Ein Polizeikommando griff ein und beschlagnahmte zwei Urnen. Die darin befindlichen Stimmzettel wurden auf der dortigen Kriminaldienststelle ausgezählt, in einem Protokoll festgehalten und vom Kanzleivorsteher der Braunschweiger Kripo unterzeichnet. (35)

Sieht man sich alle im Abschlußbericht des Hauptausschusses dokumentierten Einzelergebnisse an, so können sie abzüglich aller möglichen Fehlerquellen für die Arbeit des Hauptausschusses als großer Erfolg bewertet werden. In der DDR wurde Anfang Juni 1951 ebenfalls eine Volksbefragung durchgeführt. (36)

Doch darf die prinzipielle Schwäche der Volksbefragungsaktion nicht übersehen werden: an ihr beteiligten sich zwar viele in der Friedensbewegung etablierte Organisationen, doch fanden sie nicht zu einer geschlossenen Aktionseinheit zusammen, weil sie unterschiedliche Einschätzungen zur Remilitarisierungsfrage vertraten. Viele Befragungen erfolgten als ad-hoc-Tätigkeit örtlicher Volksbefragungsausschüsse, ohne daß es zu weiterem Kontakt zwischen Organisatoren oder gar Befragten gekommen wäre.

b) Weitere Beispiele von Protestaktionen

Von Arbeitern

Im Januar 1951 bildeten sich in Braunschweig, München, Nürnberg und anderswo Ausschüsse für eine Aktionseinheit gegen die Wiederbewaffnung, die von sozialdemokratischen, kommunistischen und auch parteiunabhängigen Arbeitern getragen wurden. Eine Konferenz mit der gleichen Zielrichtung fand Ende des Monats in Essen-Steele statt, an der sich 400 Arbeiter aus dem Ruhrgebiet beteiligten. Sie forderten in einem Aufruf alle Kollegen auf, jede Vorbereitung für die Remilitarisierung zu verhindern, kein Rüstungsmaterial zu produzieren, und - im Zusammenhang mit dem Boykott gegen die "Panzerschichten" - den Export von Kohle ins Ausland zu stoppen. (39)

Wenige Tage später, am 5. Februar 1951, trafen sich im Hüttenwerk Haspe in Hagen ca. 2.000 Arbeiter und Angestellte auf einer

Belegschaftsversammlung. Der Betriebsrat, dem in der Mehrheit Kommunisten angehörten, schlug vor, sich an die Arbeiter in Frankreich und anderen Ländern mit der Bitte zu wenden, gemeinsam eine "Europäische Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Deutschlands" einzuberufen. (38)

Die Vorbereitungen dafür übernahm ein noch im Februar 1951 in Berlin gegründetes internationales Initiativkomitee und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) der DDR. Die "Europäische Arbeiterkonferenz" wurde am 23. bis 25. März 1951 dort abgehalten. An ihr nahmen insgesamt 900 Delegierte aus vielen europäischen Ländern teil.

Sie verabschiedeten eine Entschliebung über den aktuellen Stand der Sicherheitspolitik Bonns in der auch die Wahl eines eigenen "Europäischen Arbeiterkomitees gegen die Remilitarisierung Deutschlands" (EAK) festgelegt wurde; außerdem beschlossen sie die Einsetzung eines Sekretariats in Ostberlin als Verbindungsorgan zwischen den jeweiligen antimilitaristischen Aktionen der Arbeiter in der Bundesrepublik und denen in anderen europäischen Ländern. Die geplante Volksbefragungsaktion wurde ausdrücklich begrüßt und ihre Unterstützung zugesagt.

Das EAK trat erstmals am 26. März 1951 zusammen. (39)

Im Zusammenhang mit der Berliner Gründung beschlossen die westdeutschen Delegierten auf einem Treffen die Gründung eines "Deutschen Arbeiterkomitees gegen Remilitarisierung" (DAK) und wählten Fritz Thrun zu seinem Präsidenten. Im DAK arbeiteten von seiner Gründung bis zu seiner Auflösung im Frühjahr 1953 rund 500 Funktionäre, davon 15 hauptamtlich. Sie unterstützten die Volksbefragungsaktion, druckten Flugblätter in einer Auflagenzahl von 10.000 und mehr und gaben ein eigenes "Nachrichtenblatt" heraus, das bevorzugt den Anhängern der Komiteebewegung zuing. Auch versuchte das DAK bei Streiks von Arbeitern, Protestaktionen gegen die Remilitarisierung, den Schuman-Plan und das von der Bundesregierung geplante Betriebsverfassungsgesetz zu organisieren.

Von ihrer politischen Konzeption her sympathisierten EAK und DAK mit der Deutschlandpolitik der DDR-Regierung und der Sowjetunion, und arbeiteten eng mit der KPD zusammen. Inge-

samt konnte aber das DAK innerhalb der westdeutschen Friedensbewegung keine dominierende Rolle spielen und löste sich im Frühjahr 1953 auf. (40)

Von Sozialdemokraten

Die SPD-Führung distanzierte sich von einer Zusammenarbeit mit den Ausschüssen für Aktionseinheit. Die offizielle Haltung der Partei stellte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher am 23. März 1951 bei einer internen Besprechung in Bad Godesberg dar. Eine Aufrüstung käme für sie nur dann in Betracht, wenn vertraglich die absolute Gleichberechtigung Deutschlands gewährleistet würde. ... Die SPD setze sich für die Herstellung eines Zusammenhanges von Freiheit, Einheit sowie Verteidigungswillen und einem souveränen gleichberechtigten Staat, Abwehr des kommunistischen Totalitarismus, Verbesserung sozialer Leistungen, Bekämpfung individualistischer Tendenzen und grundsätzlicher Stärkung des Verteidigungswillens im Volke ohne zeitliches Vorrücken in dieser Frage ein. (41)

Die SPD-Führung ging mit dieser Haltung bewußt über die bei den Mitgliedern weit verbreitete antimilitaristische Stimmung hinweg, die u.a. in zahlreichen Versammlungen von SPD-Mitgliedern zum Ausdruck kam, auf denen sie über Kampfmaßnahmen gegen die Remilitarisierung berieten. Z.B. trafen sich am 22. April 1951 in Frankfurt-Heddernheim über eintausend Funktionäre und aktive Mitglieder der SPD aus allen Landes- und Bezirksorganisationen im Bundesgebiet zu einer antimilitaristischen Konferenz, die von der "Sozialdemokratischen Aktion" (SDA) (s.S. 207) mit vorbereitet worden war. Die Teilnehmer riefen in einer Erklärung alle Sozialdemokraten auf, die Volksbefragung aktiv mitzutragen, forderten vom Parteivorstand und von den Redaktionen der Parteizeitungen ein klares Bekenntnis gegen die Wiederbewaffnung und für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages, und appellierten im gleichen Sinn an alle Partei- und Parlamentsfraktionen.

Nachdem ein "Zentraler Sozialdemokratischer Ausschuß zur Verhinderung der Remilitarisierung" gewählt worden war, der sich aus vierzig Vertretern aller SPD-Organisationen der einzelnen

Bundesländer zusammensetzte, schritt auf Anweisung des hessischen Innenministers Polizei ein und löste die ohnehin schon fast beendete Konferenz auf.

Der gewählte Ausschuß schickte an die Bundesregierung ein Telegramm, in dem er schärfsten Protest gegen das beabsichtigte Verbot gegen die Volksbefragung anmeldete. (42)

Den Forderungen der Frankfurter Konferenz schlossen sich in den folgenden Tagen und Wochen viele SPD-Ortsvereine, z.B. in Elmshagen, Esslingen, Frankfurt/Main, Kiel, Kronach und Solingen an. (43)

Von Gewerkschaftern

Die DGB-Führung bezog aufgrund ihrer "Politik einer konstruktiven Mitarbeit" (s.S. 211) die Bejahung eines westdeutschen Wehrbeitrages von vorneherein in ihre politischen Überlegungen mit ein. Der Nachfolger des im August 1951 verstorbenen DGB-Vorsitzenden Hans Böckler, Christian Fette, betonte in einer öffentlichen Erklärung die Notwendigkeit, Deutschland soweit östlich wie irgend möglich zu verteidigen, damit es nicht ein leichtes Opfer einmarschierender Heere werde. (44)

Diese Haltung der DGB-Führung wurde von zahlreichen DGB-Ortsgruppen und Einzelmitgliedern in scharfer Form kritisiert. Z.B. wandten sich im Frühjahr 1951 2000 Mitglieder der IG-Bergbau von der Schachtgruppe "Rheinbaben" an den DGB-Vorstand mit der Forderung, eine Betriebsräte- und Vertrauensmännerkonferenz einzuberufen, auf der als einziger Tagesordnungspunkt der Kampf der Gewerkschaften gegen die Remilitarisierung stehen sollte (45). Ähnliche Aufrufe verfaßten Belegschaften anderer Betriebe, z.B. die Mitglieder der IG-Holz in Frankfurt und Offenbach.

Der Kampf um Helgoland

Die Auseinandersetzung um die Insel Helgoland in den Jahren 1951/52 bildete ein eigenes Kapitel in der Geschichte der westdeutschen Friedensbewegung gegen die Remilitarisierung. Die Insel war nach Kriegsende vom britischen Militär besetzt und die vierzehnhundert Bewohner auf das Festland zwangsumgesiedelt worden.

In Zukunft diene Helgoland den Briten als Übungs- und Zielgelände für Bombenabwürfe, wogegen Fischer und die früheren Bewohner wiederholt protestierten. (46)

In den letzten Dezembertagen des Jahres 1950 landeten die Studenten René Leudesdorff und Georg von Hatzfeld auf der Insel und hießen dort die Europafahne, die Fahne der Bundesrepublik und die Helgoländer Flagge. Nachdem sie kurzzeitig wegen Proviantmangel und der ungünstigen Witterung zurückkehren mußten, schlossen sich ihnen um die Jahreswende der Leiter der national-konservativen "Deutschen Aktion", Prinz Hubertus von Löwenstein, der Leiter des Europäischen Jugendbundes, Bernd von Friedeburg, ein Vertreter der Organisation der ehemaligen Helgoländer "Halluner MOATS" u.a. an. Sie setzten sich die Rückgabe der Insel durch die britische Militärverwaltung an die Bundesrepublik zum Ziel. Insgesamt waren es fünfzehn Demonstranten, die bis in die ersten Januartage 1951 die Insel besetzt hielten. Sie erregten mit ihrer Aktion weltweites Aufsehen und fanden in der bundesdeutschen Öffentlichkeit breite Sympathie. (47)

Nach der Verhinderung einer neuen "Helgoland-Invasion" einiger Studenten und der Wiederaufnahme der Bombenabwürfe durch die Briten (48) gelang es am 23. Februar 1951 sieben Jugendlichen, die der FDJ, der Gewerkschaftsjugend und Sportorganisationen angehörten, erneut auf der Insel zu landen. Sie hießen neben den Fahnen der Bundesrepublik und Helgoland die Fahne der Weltfriedensbewegung (weiße Taube auf blauem Grund).

Die Organisation "Halluner MOATS" und die national-konservative "Aktion Helgoland" distanziierten sich jedoch von dieser zweiten Inselbesetzung (49). Zwanzig ihrer Mitglieder brachen

auf, um auf eigene Faust die Insel von der "kommunistischen Besetzung" zu säubern. Erkennbar wird an diesem Verhalten ein tiefsitzender Antikommunismus im Bewußtsein dieser Menschen, selbst wenn es bei den "Helgoland-Invasionen" um gemeinsame Interessen ging: Die Beendigung der Bombenabwürfe auf Helgoland und die Rückkehr der von dort vertriebenen Bewohner zu erreichen.

Die deutsche Polizei kam den Mitgliedern der "Aktion Helgoland" zuvor, verhaftete die sieben Invasoren, und übergab sie den britischen Besatzungsbehörden. Sechs der Festgenommenen wurden von einem britischen Militärgericht zu je drei Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt, ihr Anführer, der dreiundzwanzigjährige Kunststudent Hans-Peter Göttische, erhielt diese Bewährung nicht. (50)

Nach mehreren erfolglosen Versuchen - um auf die Insel zu gelangen, mußten sich die "Invasoren" vor Küstenwachbooten und britischen Patrouillenbooten oftmals unter abenteuerlichen Umständen versteckt halten - landeten Anfang April 1951 erneut fünfzehn Demonstranten, die der "Deutschen Bewegung Helgoland" angehörten, auf der Insel. Sie verschanzten sich im Flakturm und wurden einige Tage später verhaftet, nachdem britische und deutsche Polizisten in mehrstündiger Arbeit mit Schneidbrennern die Eisentüre des Turmes aufgeschweißt hatten. Die Demonstranten wurden von einem britischen Militärgericht zu Gefängnisstrafen von zwei bzw. drei Monaten mit und ohne Bewährung verurteilt. Das übliche Strafmaß für die Beteiligung an solchen Aktionen betrug sechs Monate Gefängnis (mit oder ohne Bewährung). (51)

Trotzdem folgten weitere "Helgoland-Invasionen". Einen Höhepunkt bildete Anfang Juli 1951 die Besetzung der Insel durch einhundert Helgoländer Fischer, die mit achtzehn Kuttern von Cuxhaven, Hörnum und Büsum die Insel anliefen, um auf die Notwendigkeit der Benutzung der Hafenanlagen für die Fischerei aufmerksam zu machen. (52)

Wegen der zahlreichen Proteste und dem in der Bevölkerung weit verbreiteten Interesse für eine Rückgabe der Insel an die früheren Bewohner sah sich die Bundesregierung veranlaßt, ein Ersatzziel für Helgoland den Briten als Bombenübungsplatz

zur Verfügung zu stellen: Die Sandbank "Großer Knechtsand" zwischen Elbe und Wesermündung. Dagegen protestierten wiederum an der gesamten Nordseeküste hunderte von Fischern, Mitglieder der "Aktion Helgoland", Gewerkschafter u.a. (53)

Helgoland wurde am 1. März 1952 von den Briten an die Bundesrepublik zurückgegeben. Die Proteste gegen die Besetzung der Insel gehören zu den beispielhaften Aktionen dafür, daß ein konsequenter Widerstand erfolgreich sein kann - selbst wenn es in diesem Fall zwischen den linksorientierten Gruppen, die u.a. von der FDJ unterstützt wurden, und den national-konservativen Organisationen wie der "Aktion Helgoland" zu keiner Verständigung für ein gemeinsames politisches Bündnis gegen die Besetzung der Insel kam.

Mitausschlaggebend für die Rückgabe von Helgoland war ihr Engagement gegen die Kriegsübungen, denn bei jeder Besetzung der Insel waren die Briten gezwungen, die Bombenabwürfe einzustellen, um nicht das Leben der Demonstranten zu gefährden.

Protesterklärungen von Jugendorganisationen

Der "Windhorst-Bund" (Jugendorganisation der Zentrumspartei) verabschiedete auf seiner Jahrestagung im März 1951 eine antimilitaristische Erklärung und schickte an die in Paris tagende Konferenz der Außenminister-Stellvertreter der Vier Mächte einen Aufruf, über konkrete Schritte für die deutsche Wiedervereinigung zu sprechen. (54)

Im gleichen Monat protestierten vierhundert Delegierte der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken" auf einem Verbandstag in Heidelberg gegen die Remilitarisierung. (55)

Die FDJ organisierte die Vorbereitungen und den Ablauf der Dritten Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden und der XI. Akademischen Sommerspiele vom 5. bis 19. August 1951 in Ostberlin, an denen sich rund zwei Millionen Ju-

gendliche beteiligten, davon über 30.000 aus der Bundesrepublik und über 20.000 aus insgesamt 104 Ländern. (56)

Die Festspiele gerieten zu einer mächtigen Demonstration der Jugend für eine friedliche Welt, so daß die gewiß nicht auf Seiten der westdeutschen Friedensbewegung stehenden Zeitung "Die Welt" bereits am 8. August 1951 schrieb:

"Im Vergleich mit dem Pfingstmarsch vor einem Jahr ist alles größer, sogar die Intensität. Das Experiment ist, nüchtern beurteilt, schon am ersten Tag geglückt." (57)

Wieder waren die westdeutschen Teilnehmer des Treffens der politischen Repression ausgesetzt. Die Behörden erließen eine ganze Reihe von Polizeiverordnungen, um Vorbereitungen, Werbung und Teilnahme von Jugendlichen aus der Bundesrepublik an den Weltfestspielen zu verhindern. Die Fahrt nach Berlin sollte durch eine allgemeine Sperrung der Zonengrenze mit Hilfe eines massiven Polizeiaufgebots unmöglich gemacht werden. (58)

Dies löste indirekt einen Unglücksfall aus: bei dem Versuch, mit einem Begleiter zum Ostufer der Elbe zu schwimmen und die Polizeikontrollen zu umgehen, ertrank am 15. August 1951 der neunzehnjährige Werner Tiegel. Er gehörte einer Reisegruppe an, die nach Berlin zu den Weltjugendfestspielen fahren wollte. (59)

Bei ihrer Rückkehr aus Berlin wurden die westdeutschen Jugendlichen wie schon im Jahr zuvor vorübergehend festgenommen, registriert, nach Informationsmaterial durchsucht und wieder entlassen. (60)

Weitere Auseinandersetzungen wegen Sprengkammern
und dem Bau von Truppenübungsplätzen

Gegen verschiedene Maßnahmen, die von den Besatzungsmächten zur Sicherung ihrer militärischen Interessen in Westdeutschland angeordnet wurden, versuchten sich mehrere Städte und Gemeinden zu wehren.

In der fränkischen Stadt Bamberg wurde im Januar 1951 bei einer Sitzung des Bauausschusses bekannt, daß die Amerikaner über den Staat an die Stadtverwaltung die Forderung gestellt hatten, die Baupläne der Markus- und der Luitpoldbrücke über die Regnitz zwecks Einbau von Sprengkammern an eine staatliche Stelle in Nürnberg weiterzugeben. Darauf hatte die Stadtverwaltung die Pläne ausgehändigt, aber wieder zurückgehalten, weil einer davon fehlte. (61)

In Eilbriefen an den Bundeskanzler, das Bonner Parlament, den Bayerischen Ministerpräsidenten und den Landtag versuchte der Bamberger Stadtrat gegen den Einbau von Sprengkammern an den Brücken zu intervenieren und beschloß einstimmig, die Herausgabe der Brückenpläne zu verweigern. (62)

Die Amerikaner, über diese Haltung sehr verärgert, beorderten darauf den Chef der amerikanischen Distrikverwaltung, Lund, nach Bamberg, um mit den Stadtvätern zu verhandeln. Lund mußte sich harte Vorwürfe anhören und wurde wörtlich gefragt:

"Können Sie uns dafür garantieren, daß bei einem Krieg Sie und nicht die anderen Sieger sind? Können Sie uns garantieren, daß wir dann nicht als Verräter wegen Herausgabe der Pläne vor ein Volksgericht gestellt und aufgehängt werden?" (63)

Ebenso beschloß der Ältestenrat des Bamberger Stadtrats am 23. April nach fast fünfstündiger, heftig geführter Diskussion einstimmig, es sei unverantwortlich, die Brückenpläne an die Amerikaner herauszugeben. (64)

Der amerikanische Hochkommissar John McCloy ordnete darauf an, die Brückenpläne durch den Resident Officer von Bamberg, Preston, einzuziehen, was aufgrund des Besatzungsstatuts möglich war. Diesem Druck beugten sich die Stadtrats-Fraktionen von CSU, FDP und SPD am 24. April 1951, um Repressalien von den Amerikanern auszuweichen; sie lieferten die Pläne aus. (65)

In ähnlicher Form versuchten sich die Stadträte von Bayreuth, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Schweinfurt, Würzburg, München und anderen Städten gegen den Einbau von Sprengkammern zu wehren.

Andere heftige Auseinandersetzungen spielten sich um die Ausweitung des von den Amerikanern kontrollierten Truppenübungsplatzes Hammelburg in Unterfranken nördlich von Würzburg ab.

Im Frühjahr 1951 hatte die US-Armee an die Bundesregierung den Antrag gestellt, ihr ein geeignetes Gelände als Truppenübungsplatz zur Verfügung zu stellen. Nach Ablehnung verschiedener Vorschläge wählte das "Amt Blank", das für die Unterbringung der Besatzungstruppen zuständig war, den Raum Hammelburg aus. Dabei kam es zu einem "Mißverständnis": Das Bonner Landwirtschaftsministerium gab die Güte des Bodens in dem betroffenen Gebiet mit dem "Bonitätswert 25" an, der aber nur für einen kleineren Bezirk um Hammelburg, Hundsfield und Bonnland, der schon früher als Truppenübungsplatz gedient hatte, zutraf. Der weitaus größte Teil - über 100 Quadratkilometer - war jedoch äußerst fruchtbar, mit einem "Bonitätswert von 50 bis 75".

Betroffen von dieser skandalösen Fehlentscheidung, die den Ausbau des Truppenübungsplatzes um das Vierfache bedeutete, und zu der die bayerische Staatsregierung von den US-Behörden nicht gefragt worden war, waren 20.000 Menschen aus 33 Gemeinden; rund 5.500 von ihnen sollten Haus und Hof verlassen, 8 Gemeinden vollständig geräumt werden. Die 15.000 Bewohner der 25 anderen Gemeinden sollten von ihrem Grundbesitz durchschnittlich 70 % abgeben. Mehr als 2.400 landwirtschaftliche Betriebe waren in ihrer Existenz bedroht.

Dieser Plan löste heftige Widerstandsaktionen der dort lebenden Bevölkerung aus. Die Sprecher der betroffenen Menschen beriefen sich auf Art. 109 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung, der die Freizügigkeit und den Aufenthalt für jeden garantiert, sowie auf Art. 13 Abs. 1 des GG, der die Unverletzlichkeit der Wohnung zusichert. Wiederholt kam es zu Demonstrationen und Protestversammlungen, z.B. am 29. Juli 1951 in Hammelburg, wo 5.000 Bewohner aus 33 Gemeinden gegen den Ausbau des Truppenübungsplatzes demonstrierten. Ausdrücklich distanzierten sie sich

von irgendwelchen Zielen politischer Gruppen und Parteien. (66)
Am 8. Juni 1951 reisten die Bürgermeister von 17 der betroffenen Gemeinden nach Bonn, um gegen die Verwirklichung des Projekts zu protestieren. Sie hörten den Verhandlungen, die von Vertretern des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums, der Bayerischen Bundestags- und Landtagsfraktionen und der Landräte des Kreises Bad Kissingen, Hammelburg, Gemünden und Karlstadt mit den zuständigen Dienststellen zu, um sich einen aktuellen Überblick zu verschaffen. (67)

Im Bundestag stellte die KPD-Fraktion wegen der Auseinandersetzungen in Hammelburg am 15. Juni 1951 folgenden Antrag:
"Die Bundesregierung wird verpflichtet, die von der amerikanischen Besatzungsmacht geforderte Beschlagnahme von 153 Quadratkilometern fruchtbaren Ackerlandes und die damit verbundene totale Räumung von 8 Gemeinden zum Zwecke der Erweiterung des früheren Truppenübungsplatzes Hammelburg um das Vierfache seiner bisherigen Größe abzulehnen. Der Bundestag untersagt darüberhinaus der Bundesregierung, der amerikanischen Besatzungsmacht anderweitiges Ersatzgelände zur Anlage von Truppenübungsplätzen zur Verfügung zu stellen." Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Parlaments abgelehnt. (68)

Wegen der anhaltenden Proteste verhandelten US-Militärs mit Vertretern der bayerischen Staatsregierung über eine alternative Lösung. Sie einigten sich darauf, statt der Gebiete um Hammelburg den ehemaligen Truppenübungsplatz Hohenfels in der Oberpfalz unter Erweiterung seiner Fläche auf 150 qkm zur Verfügung zu stellen. Betroffen von dieser Entscheidung waren nach Angaben der "Nürnberger Nachrichten" 1.400 Altansässige und 2.000 angesiedelte Flüchtlinge. Insgesamt mußten aus den Gebieten um Hohenfels 345 Bauer- und Siedlerfamilien umgesiedelt werden. (69)

Weiter versuchten sich jeweils betroffene Bundesbürger gegen die Beschlagnahme von Wohnungen für die Unterbringung der Besatzungssoldaten zu wehren. In München zogen am 11. April 1951 500 Frauen durch die Stadt und verlangten bei den zuständigen

Stellen (Bayerische Staatskanzlei, Rathaus usw.) die Rückgabe und volle Entschädigung für die erfolgte Beschlagnahme ihrer Häuser. (70)

Acht seit Jahren ausquartierte deutsche Familien versuchten am 19. Juli 1951 im Frankfurter Vorort Höchst, ihre für die amerikanische Besatzungsmacht beschlagnahmten, aber zu dieser Zeit leer stehenden Häuser zu besetzen. Mit einem Polizeieinsatz (Militärpolizei und deutsche Polizei) wurden sie wieder hinausgetrieben. (71)

Kongresse gegen die Wiederaufrüstung

Neutralistische und pazifistische Organisationen wie die DFG, der Freiheitsbund, der Nauheimer Kreis, der Internationale Versöhnungsbund u.a. fanden sich am 17./18. März 1951 in Frankfurt/Main zu einem "Deutschen Kongreß" zusammen. Sie verabschiedeten eine Erklärung an die in Paris tagende Viermächte-Konferenz der Außenminister-Stellvertreter, in der freie Wahlen in Gesamtdeutschland für eine verfassungsgebende Nationalversammlung, die Aufnahme von Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands und der Abschluß eines Friedensvertrages gefordert wurde; in ihm sollte eine konstante Entmilitarisierung und die Neutralität Deutschlands festgelegt werden, um den Frieden in Europa zu sichern. (72) (s. auch S. 236)

Ein "Deutscher Kongreß der Widerstandskämpfer, der Opfer des Faschismus und des Krieges" tagte laut der in der DDR veröffentlichten 'Dokumentation der Zeit' (ddz) in Gelsenkirchen am 14./15. April 1951. Über 1.000 Delegierte der VVN, der Opfer des Faschismus, des Bundes der Heimatvertriebenen und der Organisationen der Kriegsgeschädigten, Fliegergeschädigten, Umsiedler und Besatzungsgeschädigten berieten nach dieser Quelle über ihre Interessen und veröffentlichten ein Manifest an das deutsche Volk, das auf die durch die Remilitarisierung steigende Kriegsgefahr und ihre Folgen hinwies und zur Unterstützung der Volksbefragung aufforderte. (73)

In Velbert (Rheinland) fand am 14. Oktober 1951 ein Friedenskongreß statt, an dem 816 Frauen unterschiedlicher politischer Richtungen teilnahmen. Dieser Kongreß war von mehreren Frauenverbänden in der Bundesrepublik, z.B. von der "Internationalen Frauenliga" und der beim Hauptausschuß für Volksbefragung gegründeten "Arbeitsgruppe Frauen" organisiert worden. Die Hauptreferate hielten die Professorin Frau Klara-Marie Faßbinder, Frau Maria Deku und Henriette Rühle, Mitglied der Zentrums-
partei, als Vertreterin des Hauptausschusses für Volksbefragung. Der Kongreß verabschiedete ein Manifest an die "Mütter und Frauen - die Mütter und Mädchen und an die deutsche Jugend", in der vor den Folgen der Remilitarisierung gewarnt wurde. (74)

Aus dem Kongreß in Velbert entstand die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung (WFFB), zu deren Gründerinnen neben Klara Marie Faßbinder Elly Steinmann und Ingeborg Küster gehörten. Mitarbeiterinnen waren u.a. Mira von Kühlmann, Helene Wessel und Else Niemöller, die Frau des hessischen Kirchenpräsidenten. Die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung organisierte in den folgenden Jahren zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen gegen die Remilitarisierung. (75)

"Die" Notgemeinschaft für den Frieden Europas"

Der zurückgetretene Bundesinnenminister Gustav Heinemann gründete zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Helene Wessel (Zentrum) u.a. am 21. November 1951 in Düsseldorf die "Notgemeinschaft für den Frieden Europas", in der vorwiegend Mitglieder katholischer und pazifistischer Gruppen zusammenarbeiteten. Die Notgemeinschaft hielt in den folgenden Monaten im ganzen Bundesgebiet Kundgebungen gegen die Wiederbewaffnung ab und forderte die Bundesregierung auf, gesamtdeutsche Verhandlungen vorzubereiten, in denen sie den einzigen Weg für eine Lösung der "deutschen Frage" sah. Die Notgemeinschaft fand mit ihrem politischen Engagement in der Öffentlichkeit anfangs große Beachtung. (76)
(s. Teil III)

Antimilitaristische Proteste unabhängiger sowie christlicher Gruppen und der "Quäker"

Eine Gruppe von Studenten der Göttinger Universität verfaßte im Jahr 1951 ein längeres Flugblatt, das sich kritisch mit der Wiederbewaffnung auseinandersetzte. Darin heißt es:

"... Man sagt, politische Gleichberechtigung für Westdeutschland kann nur durch die Übernahme militärischer Lasten erreicht werden. Wir aber meinen: die Aufstellung deutscher Truppen wird in der heutigen Situation zu einer politischen Machtstellung von Militär und Rüstungsindustrie führen ...

Wir haben unsere Fragen und Befürchtungen ausgesprochen. Keine andere Folgerung scheint uns möglich, als daß zur Zeit für Deutschland eine Wiederaufrüstung wirtschaftlich untragbar, militärisch sinnlos und politisch verderblich ist ..."

Diesem Flugblatt schlossen sich Dozenten und Professoren der Universität Göttingen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an. (77)

Die religiöse Gemeinschaft der "Quäker" schrieb an die Besatzungsmächte, den Bundespräsidenten, Bundesregierung, Länderregierungen und an die DDR-Regierung Resolutionen, die sich gegen jede militärische Ausbildung und Aufrüstung aussprachen. Im gleichen Sinn schrieb die "Quäker" an den Bundeskanzler, das Bundesinnenministerium und das "Amt Blank". In Diskussionen mit Vertretern des Innenministeriums forderten sie, daß das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung auch von Menschen in Anspruch genommen werden könne, die keiner religiösen Gemeinschaft angehörten. Das "Amt Blank" lehnte dazu eine Stellungnahme ab. (78)

Ein vom evangelischen Jungmännerwerk Württemberg gebildeter "Arbeitskreis für Öffentlichkeitsfragen" äußerte sich in einem Brief an die Bundesregierung und die Länderregierungen besorgt über das "Wiederaufleben der Soldatenromantik". Der Arbeitskreis meinte damit das verstärkte Erscheinen von kriegsverherrlichender Literatur in der Bundesrepublik und die zahlreichen Neugründungen von Traditions- und Soldatenverbänden. (79)

Das Jahr 1952

1. Politische Entscheidungen

Ankündigung der Wehrpflicht

Am 19. Januar 1952 kündigte Adenauers Sicherheitsbeauftragter, Theodor Blank, in einer Rede über alle westdeutschen Rundfunksender an, daß die Bundesregierung die Einführung einer "Auslesedienstpflicht" für die Beteiligung an der EVG plane.(1) Der Bundeskanzler erklärte wenige Tage später vor in- und ausländischen Journalisten, daß im Hinblick auf den deutschen Wehrbeitrag keine verfassungsändernde Mehrheit (für entsprechende Ergänzungen im Grundgesetz-E.D.) erforderlich sei und sagte wörtlich zudem im Grundgesetz verankerten Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung: "Aus der Bestimmung des Art. 4, daß niemand zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden kann, ergibt sich eindeutig, daß die Erstellung einer Wehrmacht und die Wehrpflicht als völkerrechtliches Naturrecht eines jeden Staates vom Parlamentarischen Rat auch für die Bundesrepublik anerkannt wurde; man hätte sonst ja gar nicht darüber abzustimmen oder zu debattieren brauchen, ob jemand den Dienst mit der Waffe verweigern könne."(2)

Die Unterzeichnung des General- und des EVG-Vertrages

Die Außenminister der drei Westmächte konnten auf der Londoner Konferenz vom 14. bis 19. Februar 1952, an der sich zeitweise auch Adenauer beteiligte, die Meinungsverschiedenheiten über die EVG und ihre Stellung zur NATO im großen und ganzen beilegen.

Der NATO-Rat legte auf der folgenden Tagung in Lissabon vom 20. bis 25. Februar 1952 die Grundsätze über die Beziehungen zwischen EVG und NATO fest. (3)

Am 26. Mai 1952 unterschrieben die drei Außenminister und Bundeskanzler Adenauer in Bonn den "Vertrag über die Beziehungen zwischen der BRD und den drei Mächten (Generalvertrag)".

Die Bestimmungen dieses Vertragswerkes sahen die Zusage der politischen Gleichberechtigung für die Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft vor, die ihrerseits in die Atlantische Gemeinschaft eingefügt war. Dies bedeutete die Aufhebung des Besatzungsstatuts und die Erweiterung des Handlungsspielraumes für die Bundesregierung in innen- und außenpolitischen Entscheidungen. Um jedoch die Westintegration der BRD in jedem Fall abzusichern, bestanden die Besatzungsmächte auf entscheidenden Sonderrechten, so daß von einer wirklichen, im Vertrag garantierten politischen Souveränität für die Bundesregierung nicht gesprochen werden konnte. So konnten die Westmächte, wenn sie einen Notstand für gegeben ansahen, nach Art. 5 des Vertrages die oberste Gewalt in Westdeutschland wieder übernehmen, und nach Art. 9 in erheblichem Maß die Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung der BRD durch die Einsetzung eines Schiedsgerichts mitkontrollieren. Doch erfuhr die Bundesregierung eine Aufwertung ihrer Deutschland-Politik: in Art. 7 erklärten die Westmächte, auf die Wiedervereinigung Deutschlands mit einer dem Grundgesetz ähnlichen Verfassung hinzuarbeiten, das wiederum in die Europäische Gemeinschaft integriert werden sollte: sogenannte "Bindungsklausel". Sie besagte mit anderen Worten, daß die Westmächte den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung ausdrücklich billigten. Diese "Bindungsklausel" war auf besonderes Drängen Adenauers in den Verhandlungen mit der AHK festgelegt worden. (4)

Am 27. Mai 1952 unterzeichneten die Außenminister Belgiens, der BRD, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande in Paris den Vertrag über die EVG.

Großbritannien hielt seine Unterschrift aus ähnlichen Überlegungen zurück, wie bei dem EGKS-Vertrag. Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik wurde von der britischen Regierung ausdrücklich begrüßt; sie schloß am gleichen Tag mit allen Mitgliedsstaaten der EVG einen gegenseitigen Beistandspakt. (5)

Mit dem EVG-Vertrag verpflichteten sich die beteiligten Länder, ihre Truppen unter die Entscheidung der EVG-Gremien zu stellen, die wiederum dem Oberbefehlshaber der NATO untergeordnet waren.

Im Vergleich zu dem ursprünglichen Plevén -Plan waren im EVG-Vertrag mehrere Vorbehalte gegenüber der Bundesrepublik aufgehoben, z.B. das Verbot, ein eigenes Verteidigungsministerium zu unterhalten. Doch blieb die BRD das einzige Mitglied, das nicht direkt der Atlantischen Allianz angehörte und das bei den militärischen Entscheidungen der NATO kein Mitspracherecht besaß. Die Produktion von ABC-Waffen, schweren Waffen, weitreichenden Geschossen und größeren Kriegsschiffen blieb ihr untersagt. (6)

Verhandlungen im Deutschen Bundestag

Der Bundestag debattierte am 7./8. Februar 1952 über die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EVG, die von den Regierungsparteien vorbehaltlos gefordert wurde. Am Ende der Aussprache erteilte die Mehrheit der Abgeordneten von den Regierungsparteien dem Bundeskanzler die Legitimation zum Abschluß des EVG-Vertrages. (7)

Die SPD und die Föderalistische Union (FU) beantragten für den 23. Mai 1952 im Parlament eine Sondersitzung, um eine Unterrichtung über den Generalvertrag vom Bundeskanzler zu fordern, der die Parlamentarier über die Einzelheiten dieses Vertrages - das galt auch für den Generalvertrag - vor der endgültigen Unterzeichnung mit den anderen Teilnehmerstaaten nicht informieren wollte. Die Regierungsparteien lehnten diese Forderung, der sich die KPD während der Sitzung anschloß, mit ihrer Mehrheit ab. (8)

Die Debatten zur Ratifizierung der Militärverträge im Bundestag begannen mit der ersten Lesung am 9./10. Juli 1952. Die SPD, KPD und das Zentrum stimmten wegen der Gefahr der Vertiefung der Spaltung Deutschlands gegen die Verträge, konnten aber die Annahme durch die Mehrheit der Regierungsparteien nicht verhindern. (9)

Die zweite Lesung erfolgte vom 3. bis 5. Dezember 1952 mit ähnlichem Abstimmungsergebnis. (10)

Keine Lösung der "deutschen Frage"

Die sowjetische Regierung überreichte am 10. März 1952 den Westmächten in einer Note den Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens, der "unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden muß", wie es im Einleitungstext der Note heißt. (11)

Der sowjetische Vorschlag umfaßte als wichtigste Bestimmungen: Die Wiederherstellung Deutschlands als einheitlicher Staat, Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, die Garantie der im Potsdamer Abkommen für die deutsche Bevölkerung beschlossenen demokratischen und politischen Rechte und die Verpflichtung Deutschlands, "keinerlei Koalition oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat."

Neu war der Vorschlag, daß Deutschland eigene nationale Streitkräfte (zu Land, Luft und Wasser) besitzen sollte, "die für seine eigene Verteidigung notwendig sind", und die dazu erforderliche Produktion von Kriegsmaterial und -ausrüstung. Mit anderen Worten: Deutschland sollte nach den Prinzipien des Potsdamer Abkommens wiedervereinigt und einen militärisch wie politisch neutralen Status erhalten.

Diese Note (auch als "Stalin-Note" bezeichnet) fand große Beachtung auf nationaler und internationaler Ebene. Alle bekannten deutschen Zeitungen nahmen zu ihr Stellung und beurteilten sie meist positiv. "Noch nie", schrieb z.B. die "Neue Ruhrzeitung" am 12. März 1952, "hat der Kreml dem Westen ein solches Angebot gemacht. Es bietet Chancen, die wohl genutzt werden sollten. Der Westen muß verhandeln. Wird das Deutschland-Problem gelöst, ist die Welt um einen der größten Gefahrenherde ärmer." (12)

Doch die Bundesregierung blieb bei ihrem "Nein". Treffend schreibt dazu der DDR-Wissenschaftler Siegfried Thomas, daß neben dem Antikommunismus der Antineutralismus der wohl zweitwichtigste Grundsatz der Adenauer'schen Außenpolitik gewesen ist. (13)

Eine Bejahung der "Stalin-Note" hätte eine Herauslösung aus dem westlichen Bündnissystem bedeutet - ein Schritt, dem sich der Bundeskanzler entschieden widersetzte. Er hatte dazu bereits am 1. März 1952 erklärt:

"Wenn wir in der europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind, dann kann von einer Neutralisierung Deutschlands, ein Gedanke, der zeitweise auch in Frankreich Befürworter fand, nicht mehr die Rede sein. Und ich bitte Sie bei der Frage 'Sollen wir in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft eintreten oder nicht?' sich immer auch vor Augen zu halten, daß die Gefahr der Neutralisierung Deutschlands die unmittelbarste Gefahr ist und daß wir dieser Gefahr nur dadurch entgehen, daß wir eben in die Verteidigungsgemeinschaft eintreten."

Und er gab seinen nächsten Gedankengang bekannt:

"Ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlung mit Sowjetrußland gekommen. Dann wird man Sowjetrußland klar machen müssen, daß es so nicht geht, daß es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann und daß im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, sondern im Wege einer friedlichen Auseinandersetzung die Verhältnisse in Osteuropa neu geklärt werden müssen." (14)

Die "Stalin-Note" bezeichnete der Kanzler als einen "Fetzen Papier". (15)

Auch die Westmächte lehnten das sowjetische Angebot in einer Antwortnote vom 25. März 1952 ab. Sie beriefen sich auf die unter Aufsicht der Vereinten Nationen gebildete Kommission zur Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen (s.S. 321) und wendeten sich insbesondere gegen den Vorschlag, einem wiedervereinigten Deutschland eine eigene Armee und einen politisch neutralen Status zuzugestehen. (16)

Als Gegenantwort kündigte der Staatspräsident der DDR, Wilhelm Pieck, am 1. Mai 1952 in einer Erklärung an das deutsche Volk den Aufbau nationaler Streitkräfte für den Fall an, daß "... durch die westdeutsche Bevölkerung die militärische Einberufung der Jugend zur Söldnertruppe im Dienste des amerikanischen Imperialismus und der Generalkriegsvertrag nicht verhindert und damit die erhöhte Gefahr des amerikanischen Krieges gegen den Osten ... geschaffen wird." (17)

2. Die Protestaktionen

a) Von Arbeitern

Konferenzen gegen die Remilitarisierung

Im Namen von 700.000 Bergarbeitern trafen sich am 12./13. Januar 1952 mehr als 800 Delegierte auf der "Gesamtdeutschen Bergarbeiterkonferenz" in Essen. Sie wählten einen aus 50 Personen bestehenden Zentralausschuß, der die Aktionseinheit der Arbeiter im Widerstand gegen den Schuman-Plan (am 11. Januar 1952 vom Bundestag ratifiziert) und die EVG-Politik koordinieren sollte. Die von den Delegierten verfaßte Entschliebung ist von einer ähnlichen Argumentation geprägt, wie sie das EAK bzw. DAK und die KPD in ihrer Stellungnahme zur Remilitarisierung verwendeten, was auf einen erheblichen Einfluß der Kommunisten bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Treffens schließen läßt. (1)

Um die gleiche Zeit fand in Hamburg der "Kongreß der Hafenarbeiter und Seeleute der Bundesrepublik gegen die Remilitarisierung" statt, der vermutlich vom gleichnamigen Friedenskomitee (s. S. 86) mitorganisiert worden war. Alle Hafenarbeiter in der Bundesrepublik wurden aufgerufen, das Be- und Entladen von Schiffen und Rüstungsmaterial zu boykottieren. (2)

Sieben Tage nach dem Essener Treffen konferierten am 20. Januar 1952 in Duisburg 340 Delegierte von Metallarbeitern aus der Bundesrepublik und dem Saargebiet unter der Losung "Deutscher Stahl muß dem Frieden dienen". Die Initiative dazu war von Betriebsräten ohne Mitwirkung des DGB ausgegangen. In einem Sechspunkte-Programm wurde die Wahl von Kontrollorganen in den westdeutschen Metallbetrieben zur Überwachung der Produktion vorgesehen, um die Verwendung von Erzeugnissen der Metallindustrie für Kriegs- und Rüstungszwecke zu verhindern. Die Belegschaften wurden aufgerufen, gegen jeden Versuch einer gewaltsamen Einführung von Rüstungsprodukten in den Streik zu treten. (3)

Weiter wurden abgehalten:

- eine außerordentliche Konferenz des Weltfriedensrates vom 1. bis 5. Juli 1952 in Berlin unter Beteiligung von Delegierten aus 70 Ländern. Sie befaßten sich mit einer Friedensregelung der deutschen und japanischen Frage und berieten über Maßnahmen zur Beendigung des Korea-Krieges und dem weltweiten Wettrüsten. Wegen der ungelösten "deutschen Frage" verlangte der Weltfriedensrat die sofortige Einberufung einer Viererkonferenz der Großmächte zur Ausarbeitung eines endgültigen Friedensvertrages mit Deutschland. (4)
- Die "erste internationale Konferenz zur friedlichen Lösung der Deutschen Frage" vom 8. bis 10. November 1952 in Berlin. Aus der Bundesrepublik nahmen u.a. Mitglieder und Sympathisanten des "Deutschen Kongresses" (s.S. 118) teil: Claudia Kuhr, Nikolaus Koch, Klara Marie Faßbinder, Martin Niemöller und der frühere Reichskanzler Joseph Wirth. (5)
- Die "Konferenz für deutsche Einigung und nationale Unabhängigkeit" am 23. November 1952 in Stuttgart-Cannstatt. Die 800 Teilnehmer verlangten in einer Denkschrift von der Bundesregierung Maßnahmen für eine gesamtdeutsche Verständigung und einer Viererkonferenz im Sinne der Vorschläge der Volkskammer der DDR. (6)
- Ein "Deutscher Kongreß für Verständigung und Frieden" am 28./29. November 1952 in Berlin mit 5.000 Delegierten und Gästen von beiden deutschen Staaten und dem Ausland. (7)

b) Von Gewerkschaftern

Innerhalb der Gewerkschaften kam es im Jahr 1952 wegen der Remilitarisierungsfrage zu sehr großen Spannungen. Die kontroversen Auffassungen brachen in ihrer ganzen Schärfe hervor, nachdem das DGB-Vorstandsmitglied Hans vom Hoff am 20. Januar 1952 in Anwesenheit des DBG-Vorsitzenden Christian Fette vor 70 führenden Publizisten der Bundesrepublik in Oberhausen die grundsätzliche Zustimmung der Gewerkschaften zu einem deutschen Vertei-

digungsbeitrag zum Ausdruck brachte. Er sagte: "Die Gewerkschaften sind selbstverständlich gegen alle militärischen Bestrebungen. Sie sind selbstverständlich Gegner jeder aggressiven Außenpolitik und aggressiver Rüstungsmaßnahmen. Aber man kann die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß im Osten in starkem Maße die Aufrüstung vorwärtsgetrieben wird und der Westen zur Verhinderung von Aggressionen Abwehrmaßnahmen treffen muß. Man kann es auch dem deutschen Volke nicht zumuten, seinerseits mit Abwehrmaßnahmen zu warten, bis etwa durch eine Aggression vollendete Tatsachen geschaffen sind."

In der anschließenden Diskussion meinte von Hoff, daß die Gewerkschaften nicht "gegen eine Feuerwehr sein könnten, wenn man sie braucht" (8). Gemeint war damit zweifellos die neue deutsche Wehrmacht.

Diese Äußerungen wurden von vielen Gewerkschaftsmitgliedern heftig kritisiert, so daß der DGB-Bundesvorstand und Bundesausschuß drei Tage später auf einer außerordentlichen Sitzung über ihr weiteres Verhalten in der Remilitarisierungsfrage beratschlagten. Sie veröffentlichten eine einstimmig angenommene Erklärung, in der die Verantwortung für die Wiederaufrüstung allein den in der Verfassung genannten politischen Instanzen und den Parlamentariern angerechnet wurde. Der DGB-Vorsitzende Fette bekräftigte diese Auffassung in einer Rundfunkansprache. (9)

Die innergewerkschaftliche Opposition war damit nicht mehr zu beruhigen. Beim DGB-Vorstand gingen nach Angaben vom Hoffs 300 Protestentschließungen und Telegramme gegen die Remilitarisierung ein, z.B. vom Kreisverband Kassel, den pfälzischen Industriegewerkschaften und den Gewerkschaften aus Baden-Württemberg. U.a. protestierten gegen den Wehrbeitrag:

- der Frankfurter Jugendausschuß der IG Metall; er forderte die männliche Jugend auf, Registrierung, Musterung und Einberufung zu verweigern. (10)
- die Kreisausschüsse von Bamberg, Nürnberg und anderen Städten.
- Die Belegschaften der Daimler Benz AG in Mannheim mit einem 1/4stündigen Warnstreik am 5. Februar 1952.
- die Belegschaft der Schachthanlage "Nordstern" in Gelsenkirchen und andere Betriebe der Grundstoffindustrie im Ruhrgebiet mit

dem Beschluß, wegen der Wehrdebatte im Bundestag (7./8. Februar 1952) einen 24stündigen Warnstreik durchzuführen. Die DGB-Führung hielt jedoch an ihrer Politik der "konstruktiven Mitarbeit" (s.S. 211) fest. Hans vom Hoff erklärte am 7. Februar 1952 auf einer Versammlung in Opladen, der DGB müsse alle angekündigten Warnstreiks gegen die Wiederaufrüstung ablehnen. Es liege zwar noch keine amtliche Stellungnahme des Bundesvorstandes zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag vor; aber der DGB halte an seiner Auffassung fest, daß die Freiheit verteidigt werden müßte.(11)

Völlig gespannt wurde die Lage innerhalb des DGB, als die 120 Delegierten des DGB Bayern, die 900.000 Mitglieder repräsentierten, auf einer außerordentlichen Landeskonferenz am 10. Februar 1952 in München sich für eine kompromißlose Ablehnung der Remilitarisierung aussprachen. Der Vorsitzende der IG Metall in Bayern, Erwin Essl, erklärte im Namen des DGB-Landesvorstandes, in der Remilitarisierungsfrage könne es kein diplomatisches Ja und kein verklausuliertes Nein geben, sondern nur eine klare ablehnende Haltung. Gerade die Gewerkschaften seien berufen, parlamentarische Fehlentscheidungen zu verhindern. Das deutsche Militär werde immer ein Instrument der Reaktion sein, das gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtet sei. (12)

Der ehemalige Gewerkschaftsfunktionär Theo Pirker berichtete über die Konferenz in München:

"Der Bundesvorstand, die gesamten führenden Funktionäre der Gewerkschaften in der Bundesrepublik waren sowohl von der Heftigkeit als auch von der Entschiedenheit des Widerstandes von unten her - der ersten Aktion von unten in der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung, die nicht von Kommunisten geführt wurde - überrascht. Christian Fette, Hans vom Hoff, das Vorstandsmitglied Albin Karl eilten nach München, 'um die Kollegen zur Ordnung zu rufen'. Sie erlebten die größte Niederlage in ihrer Funktionärslaufbahn. Die Delegierten der Landesbezirks-Konferenz traten ihnen diszipliniert und wohl-vorbereitet entgegen und erklärten sich mit nur einer Stimm-enthaltung gegen jeden deutschen Wehrbeitrag und für gewerk-schaftliche Aktionen gegen die Wiederaufrüstung."

In der Diskussion zuvor hatten die Delegierten darin übereingestimmt, daß ein Generalstreik als letztes Mittel im Kampf gegen die Remilitarisierung nicht auszuschließen sei.(13)

Die folgenden antimilitaristischen Proteste aus den Gewerkschaften sind stellvertretend für alle anderen genannt.

Am 14. Februar 1952 beantragte der Landesbezirksvorstand Hessen des DGB unter Hinweis auf die bei ihm eingegangenen Protestresolutionen beim DGB Bundesvorstand die Einberufung eines außerordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaften über die Frage eines deutschen Wehrbeitrages.

Zwei Tage später begrüßte die Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Frankfurt der IG Metall diese Erklärung und forderte, ein Ausschlußverfahren gegen Fette und vom Hoff auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Delegierten von 12.000 Angestellten und Arbeitern der IG Metall Salzgitter kritisierten am 18. Februar 1952 ebenfalls die Äußerungen der Gewerkschaftsführer.

Am 22. Februar 1952 beauftragten mehr als 400 Delegierte des ersten Gewerkschaftstages der ÖTV den Vorstand mit einer einstimmig gefaßten Erklärung, sich auf der für den 28./29. Februar 1952 einberufenen Arbeitstagung des DGB in Düsseldorf gegen die Wiederaufrüstung auszusprechen.(14)

Die Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz

Die Auseinandersetzungen um die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes zwischen dem DGB und der Bundesregierung spitzte sich 1952 ebenfalls zu (15). Der KPD-Vorsitzende Max Reimann bezeichnete sie rückblickend in seinem Buch "Entscheidungen" als die "bedeutendsten sozialen und demokratischen Kampffaktionen der Arbeiterklasse seit 1933."(16)

Von der DGB-Führung wurde eine Koppelung der Protestaktionen gegen das Betriebsverfassungsgesetz und gegen die Remilitarisierung - eine äußerst günstige Möglichkeit, die Bundesregierung unter wirkungsvollen Druck zu setzen - im Rahmen ihrer "Politik der konstruktiven Mitarbeit" abgelehnt. Theo Pirker schreibt dazu:

"Die gewerkschaftlichen Aktionen hätten nur dann einen revolutionären Charakter getragen, wenn die Frage des Betriebsverfassungsgesetzes mit der Frage der Remilitarisierung verbunden worden wäre. Die Gewerkschaftsführer setzten jedoch alles daran, um eine solche Verbindung zu verhindern." (17)

Dagegen versuchte die KPD mit Bündnisorganisationen wie z.B. dem DAK, der "Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" (GDSF) sowie der "Sozialdemokratischen Aktion" (SDA), die Protestaktionen gegen das Betriebsverfassungsgesetz, den General-Vertrag und die EVG-Verträge einheitlich zu organisieren. Sie stellten die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes in einen direkten Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik der Bundesregierung. (18)

Bei den großen Mai-Demonstrationen, die von den Gewerkschaften gegen die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes organisiert wurden - so demonstrierten allein in der 2. Maihälfte 1952 zwei Millionen Arbeiter dagegen (19) - traten Wiederaufrüstungsgegner und Kommunisten mit antimilitaristischen Losungen und Parolen auf. Z.B. trugen sie am 26. Mai 1952 auf einer Demonstration in München (100.000 Teilnehmer) ein großes sichtbares Kreuz, an dem ein amerikanischer Stahlhelm mit der Inschrift hing: "US Adenauer. Dafür sollen wir kämpfen und sterben". Das schwarze Kreuz sollte ein Symbol für den Tod darstellen, der deutschen Soldaten in einer neuen Armee unter amerikanischem Oberkommando (deshalb der Stahlhelm) drohe. Die Inschrift besagte, daß Bundeskanzler Adenauer (und damit die Bundesregierung - E.D.) im Auftrage amerikanischer Machtinteressen die Durchführung der Remilitarisierung anordnete, um einen neuen Krieg gegen den Osten vorzubereiten, in dem deutsche Soldaten als "Kanonenfutter" eingesetzt werden sollten. (20)

Auch in Nürnberg führten die Kommunisten am selben Tag auf einer Demonstration am Hauptmarkt (60.000 Teilnehmer) schwarze Kreuze mit. Als die Polizei diese beschlagnahmte und Verhaftungen vornahm, versuchten etwa 300 Demonstranten, das Rathaus zu stürmen und die Festgenommenen zu befreien. Die Polizei setzte einen Wasserwerfer ein. (21)

Zahlenmäßig blieben die Kommunisten und diejenigen Demonstranten, die antimilitaristische Parolen mitführten, jedoch bei allen Demonstrationen gegen das Betriebsverfassungsgesetz in der Minderheit.

Bei dem bundesweiten Streik der Drucker aller westdeutschen Zeitungen am 28./29. Mai 1952 erklärten die Gewerkschaftsführer nochmals, daß die Bestreikungen der Zeitungen keine politischen, gegen den General- oder den EVG-Vertrag gerichteten Maßnahmen gewesen seien. Diesen Vorwurf hatte die Bundesregierung während der Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz gegenüber dem DGB wiederholt erhoben, und dessen Führer versuchten sich mit diesen Erklärungen dagegen zu verteidigen.

c) Von Jugendorganisationen

"Darmstädter Aktionsgruppen"; die Bochumer Konferenz

200 Delegierte von "Landesausschüssen der Jugend gegen Rekrutierung" trafen sich am 21. Januar 1952 in Bochum mit Vertretern der sog. "Darmstädter Aktionsgruppen", um über gemeinsame Protestaktionen gegen die Wiederaufrüstung zu sprechen. Die Gründung der "Darmstädter Aktionsgruppen" ging wesentlich auf die Initiative des schlesischen Studentenpfarrers an der technischen Hochschule Darmstadt, Herbert Mochalski, zurück. Als Geschäftsführer des Bruderrates der Bekennenden Kirche gehörte er zu den entschiedensten Kritikern der Remilitarisierungspolitik innerhalb der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD); er arbeitete auch in der Sammlungsbewegung "Deutscher Kongreß" sowie bei der "Notgemeinschaft für den Frieden Europas" mit. Die "Darmstädter Aktionsgruppen" gründeten sich an mehreren Universitäten und Hochschulen. Sie waren neutral, parteipolitisch unabhängig und verstanden es, Kontakte zu Gruppen außerhalb der Kirche zu knüpfen, die die Wiederaufrüstung ablehnten.

In seiner Dissertation über die Neutralistische Opposition schreibt Peter Molt den "Darmstädter Aktionsgruppen" daher "... für die Gesamtbewegung (gemeint ist die Friedensbewegung - E.D.) eine nicht zu unterschätzende Potenz" zu,

"da sich in ihnen zielbewußt denkende Vertreter einer jüngeren Generation zusammenfanden." (22)

Den "Landesausschüssen der Jugend gegen Rekrutierung", die sich auf Bundesebene organisiert hatten, gehörten verschiedene Jugendorganisationen an, u.a. die FDJ.

Als Vertreter der "Darmstädter Aktionsgruppen" forderte Nikolaus Koch auf der Bochumer Konferenz in einem Referat zur Unterstützung einer Politik der Neutralität im West-Ost-Konflikt und zu "direkten Aktionen" des antimilitaristischen Widerstands auf. Die Teilnehmer verfaßten an die Bundesregierung einen offenen Brief, in dem es u.a. heißt:

"Wir warnen die Regierung, die Jugend durch die Einführung der Wehrpflicht zum Widerstand zu zwingen.

Sollte dennoch ein Zwang ausgeübt werden, so erklären wir, daß wir jede Aufforderung zu einer Musterung nicht beachten werden... Die Einführung der Wehrpflicht ist völkerrechtswidrig und daher illegal. Wir rufen die deutsche Jugend auf, sich in eine gemeinsame Front gegen jede Wiederaufrüstung zusammenzufinden." (23)

Die Vorbereitungen zur Jugendkarawane

Herbert Mochalski lud zusammen mit Gegnern der Wiederaufrüstung und Freunden, die in den "Darmstädter Aktionsgruppen" arbeiteten, für den 2. März 1952 zu einem "Treffen der jungen Generation" in Darmstadt ein.

Dieser Einladung folgten ca. 1.500 Mitglieder von zum Teil sehr verschiedenen Jugendorganisationen:

Von evangelischen und katholischen Jugendverbänden, der FDJ, den "Aktionsausschüssen der Jugend gegen die Rekrutierung", den Pfadfindern, den Naturfreunden, des Christlichen Vereins Junger Männer (CVJM), der Kolpingjugend, der Sportjugend, der Jugend des Deutschen Roten Kreuzes, des "Windhorst-

Bundes", der Deutschen Jungenschaft und pazifistischer Organisationen wie dem Internationalen Versöhnungsbund und der IDK. Trotz diesen weiten Spektrums distanzieren sich der Bundesvorstand der "Falken" und der Bundesjugendausschuß des DGB von dem Treffen mit der Begründung, die Konferenz sei kommunistisch unterwandert, ohne dies jedoch konkret belegen zu können. Die Delegierten wählen ein "Präsidium des Westdeutschen Treffens der jungen Generation" und verabschiedeten neben zahlreichen Telegrammen an führende Politiker und Vertreter der Kirchen eine Erklärung und einen "Aufruf an die junge Generation Westdeutschlands", in dem sie wegen der Remilitarisierung den Notstand für das gesamte Deutschland erklärten. Sie forderten die westdeutschen Jugendlichen auf, sich durch aktives Engagement dagegen zur Wehr zu setzen. Einstimmig wurde beschlossen, eine große bundesweite Demonstration als Ausdruck der antimilitaristischen Einstellung der Jugend zu veranstalten sowie ein gesamtdeutsches Gespräch mit führenden DDR-Politikern vorzubereiten. (24)

Die organisatorischen Schritte dieser geplanten "Jugendkarawane" wurden auf einer weiteren Konferenz am 1. Mai 1952 in Darmstadt abgesprochen. Das Präsidium veröffentlichte einen Aufruf an die westdeutsche Jugend, am 11. Mai 1952 nach Essen zu fahren, um in einer friedlichen Demonstration dem Willen der Jugend gegen die Remilitarisierung Ausdruck zu verleihen. Es heißt in dem Aufruf: "Unter Mißachtung des Willens der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung bereitet die Bundesregierung den Abschluß des General-Vertrages in der ersten Hälfte des Monats Mai vor. Der General-Vertrag mit seinen Zusatzabkommen bedeutet Verzicht auf die Wiedervereinigung mit den Millionen unserer Brüder und Schwestern im Osten. Die Aufstellung westdeutscher Truppen wird die drohende Kriegsgefahr erhöhen, zumal der Vertrag den Einsatz dieser Truppen in allen Teilen der Welt vorsieht... Sind wir gewillt, diesen Weg zu beschreiten?

NEIN..." (25)

Die Vorfälle in Essen

Bereits am 2. Mai 1952 waren durch eine persönliche mündliche Vermittlung der Essener Oberbürgermeister und der Oberstadtdirektor von der geplanten Demonstration informiert und nach den Möglichkeiten ihrer Durchführung gefragt worden. Mit Schreiben vom 8. Mai unterrichtete der evangelische Theologe Arnold Haumann, der dem "Präsidium des Treffens der Westdeutschen Generation" angehörte und für die Kundgebung in Essen als Versammlungsleiter vorgesehen war, das Essener Ordnungsamt von der Absicht, die Kundgebung auf dem dafür geeigneten Gerlingplatz abzuhalten. Er gab die vorgesehene Route des anschließend geplanten Demonstrationszuges durch die entsprechenden Straßen bekannt und forderte den dafür notwendigen Polizeischutz an. Der das Schreiben entgegennehmende Beamte versicherte, daß mit einem Verbot der Kundgebung nicht zu rechnen sei. Doch am 10. Mai kam im Rundfunk die Nachricht, die Kundgebung sei "aus verkehrstechnischen Gründen" untersagt. (26)

Die Veranstalter der "Jugendkarawane" trafen sich am Nachmittag des 10. Mai und diskutierten über die Möglichkeiten für das weitere Vorgehen. Sie vereinbarten, die Kundgebung in einen kleinen Ort bei Essen zu verlegen und sprachen die organisatorischen Schritte ab, um die in der Nacht und den Morgenstunden mit Omnibussen aus dem ganzen Bundesgebiet anreisenden Jugendlichen dorthin umzuleiten. Dies gelang ihnen aber vermutlich wegen des starken Zeitdrucks nicht.

Am nächsten Tag mußten die Veranstalter feststellen, daß in der Stadt Essen unverhältnismäßig starke Polizeieinheiten in Bereitschaft lagen, die offensichtlich zum Einsatz gegen die "Jugendkarawane" bestimmt waren. Sie sahen sich gezwungen, beim Polizeipräsidenten vorzusprechen und gaben zu Protokoll, daß sie aufgrund des Verbotes jede Verantwortung für die weiteren Vorgänge ablehnen mußten. Zwei Präsidiumsmitglieder fuhren mit einem Lautsprecherwagen der Polizei in den Mittagstunden durch Essen und zum Gruga-Gelände, wo sich ca. 30.000 jugendliche Demonstranten versammelt hatten. Die Veranstalter forderten sie im Namen des Präsidiums auf, umzukehren, jedoch ohne Erfolg. Schon das Bekanntwerden des Verbots hatte Unruhe und Ärger bei den Jugendlichen ausgelöst, von denen viele nach dem Motto "Jetzt erst recht" nicht daran dachten, zu gehen. Auch hielten

viele von ihnen die Lautsprecherdurchsagen für eine Polizeimaßnahme.

Während die Jugendlichen noch abwarteten und sich zu einem Demonstrationszug formierten, begann die Polizei nach einem plötzlichen Einsatzkommando, die Kundgebungsteilnehmer auseinanderzutreiben. Nach vielen unabhängig voneinander aufgenommenen Zeugenaussagen - darunter von Pfarrer Hans Meyer und Rudi Arndt, die als Redner vorgesehen waren - versuchte die Polizei die Jugendlichen mit Pferden wegzudrängen und setzte Gummiknüppel ein. Es kam zu Ausschreitungen, bei denen sich einige Jugendliche mit Steinwürfen zu wehren versuchten. Die Polizei reagierte mit äußerster Härte und eröffnete das Feuer auf Demonstranten. Der 21jährige Kommunist Philipp Müller aus München-Neuaubing wurde tödlich getroffen, schwere Schußverletzungen erlitten der 27jährige Bernhard Schwarze, Mitglied der SPD in Münster und der parteilose Gewerkschafter Albert Bretthauer aus Kassel. Außerdem wurden durch Knüttelschläge zahlreiche Demonstranten und am Rand stehende Bürger verletzt. Die Polizei nahm über 200 Demonstranten vorübergehend fest und erließ gegen elf von ihnen Haftbefehle. (27)

Die Essener Vorfälle erregten im In- und Ausland großes Aufsehen.

Die Bundesregierung versuchte in einem von ihr veröffentlichten Bulletin vom 13. Mai 1952 unter der Überschrift "Warnende Zeichen" die Kommunisten für die schweren Ausschreitungen verantwortlich zu machen. Darin heißt es: "... Wieder einmal haben die Kommunisten Jugendliche ohne Rücksicht auf die in erster Linie für diese selbst zu erwartenden Gefahren zum Vortrupp einer Aktion gemacht, deren erklärtes Ziel sein soll, die Ruhe und Ordnung in der Bundesrepublik zu stören. Diese Aktion wird von der Sowjetzone aus in immer schärferer Form durch eine Propaganda unterstützt, die kein Mittel scheut und vor keiner Drohung zurückschreckt, um die Eingliederung der Bundesrepublik in die westeuropäische Völkergemeinschaft zu verhindern." (28)

Mehrere Zeitungen verbreiteten sogar die Meldung, daß zuerst Kommunisten auf die Polizei geschossen hätten, die dann das Feuer erwidert habe (29). Diese Behauptung konnte jedoch nach allen vorliegenden Dokumenten weder erhärtet noch in irgendeinem Anhaltspunkt nachgewiesen werden und ist somit als un-

haltbar zu bewerten. Pfarrer Meyer vom "Präsidium des Treffens der Westdeutschen Generation" stellte vor der Presse wenige Tage später Fragen und Gegenargumente zu diesen Behauptungen auf:

- "1. Warum wird eine Großkundgebung, die aus ganz Deutschland zusammenkommt, erst im letzten Augenblick verboten? Warum ist der verantwortliche Unterzeichner dieses Verbots bis zur letzten Stunde nicht namentlich festzustellen?
2. Hätte man die Kundgebung stattfinden lassen - das Stadion bei der Gruga war frei - dann wäre es zu diesen Zwischenfällen nicht gekommen. Das verantwortliche Komitee hat immer wieder darauf hingewiesen und auf die Auswirkungen des Verbots aufmerksam gemacht.
3. Die Veranstaltung war zunächst keineswegs eine kommunistische Sache. Das ist die allmählich üblich gewordene regierungsamtliche Verleumdung und üble Nachrede. Sie war vielmehr deutlich und bewußt gegen die Kommunisten abgegrenzt. Erst durch das Verbot und den Einsatz der Polizei wurde die Lage verschärft und die Konflikte geradezu herausgefordert..."(30)

Im Bundestag stellte der KPD-Abgeordnete Heinz Renner am 14. Mai 1952 den Antrag auf Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gemäß Art. 44 des Grundgesetzes zur Aufklärung der Vorfälle in Essen. Nach Angaben von Renner hatte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser (CDU), auf die Aussprechung des Verbots der Friedenskarawane maßgeblichen Einfluß genommen. Weil Renner der Bundesregierung die direkte Schuld für den Schießbefehl vorwarf: "... Ich will herausstellen, daß die Mordtat in Essen zurückfällt auf die Bundesregierung ... ich will herausstellen, daß der Mörder Lehr heißt", schloß ihn Bundestagspräsident Hermann Ehlers für 20 Sitzungstage vom Parlament aus.(31)

In mehreren Städten des Bundesgebietes, z.B. in Düsseldorf, Mannheim und Kiel demonstrierten Mitglieder der FDJ gegen die Erschießung Philipp Müllers und forderten die Bestrafung der "Mörder von Essen". In Düsseldorf kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei; auf einer von der KPD veranstalteten Gedenkfeier in München im Cirkus-Krone-Bau beteiligten sich 1.500 Menschen.(32)

Zu der am 17. Mai 1952 auf dem Münchener Westfriedhof stattfindenden Trauerfeier für Philipp Müller fanden sich weit über 1.000 Trauergäste aus dem Bundesgebiet ein. Vertreter der an

der "Jugendkarawane" beteiligten Organisationen sowie der KPD-Vorsitzende Max Reimann sprachen Gedenkworte. (33)

Für den 25. Mai 1952 riefen die Veranstalter der Jugendkarawane zum Gedenken an Philipp Müller und als Ausdruck des Protestes gegen die anstehende Unterzeichnung der Militärverträge zu einer erneuten Kundgebung nach Essen auf. Nochmals reisten mehrere tausend Jugendliche aus dem ganzen Bundesgebiet in diese Stadt. Die Polizei, die wiederum mit einem großen Aufgebot in Bereitschaft lag, hielt sich zurück, und die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle. (34)

Gegen die in Essen festgenommenen elf Jugendlichen erhob die Staatsanwaltschaft vor der ersten großen Strafkammer des Landesgerichts Dortmund am 20. Oktober 1952 Anklage wegen "schweren Aufruhrs, Auflaufs, schweren Landfriedensbruches und Staatsgefährdung." Die Beschuldigten wurden zu insgesamt sechs Jahren und vier Monaten Gefängnis aufgrund des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes (s.S. 268) verurteilt. Die Polizeibeamten, die an dem Einsatz gegen Philipp Müller beteiligt waren, gingen straffrei aus. (35)

Die Bundesregierung und die westdeutschen Staatsschulorgane (s. S. 415, Fn.1) nutzten die Ereignisse vom 11. Mai 1952 in ihrem Sinne aus: mit einer großangelegten militanten antikommunistischen Propaganda gelang es ihnen, den weiteren Aufbau einer bundesweiten antimilitaristischen Jugendbewegung unter Hinweis auf die "verfassungsfeindlichen" Aktivitäten der Kommunisten und der FDJ zum Stehen zu bringen. Denn viele der genannten Organisationen, wie z.B. die Naturfreundejugend, reagierten als Folge der gewaltsamen Zerschlagung der "Jugendkarawane" durch die Polizei verunsichert und zogen sich von einer weiteren gegenseitigen Zusammenarbeit zurück. Sie wollten damit jeden Verdacht einer "verfassungsfeindlichen" Tätigkeit - d.h., mit Kommunisten in Kontakt zu stehen oder mit ihnen zusammen zu arbeiten - entkräften. Die "Darmstädter Aktionsgruppen" sahen sich wegen ihrer Mitarbeit an den Vorbereitungen an der "Jugendkarawane" heftiger Kritik aus den Reihen der EKD ausgesetzt. Daran vermochten die Bemühungen der Veranstalter, die Vorfälle in Essen objektiv darzustellen, nichts zu ändern, und auch nicht, daß

die Bundesregierung aufgrund der vielen Zeugenaussagen ihre Version, daß die Kommunisten zuerst auf die Polizei geschossen hätten, zurücknehmen mußte. (36)

d) Weitere Proteste von Organisationen und Einzelpersonen gegen die Remilitarisierung

Von der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB)

Die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung hielt am 22. Mai 1952 (vier Tage vor der Unterzeichnung des General-Vertrages) in Bonn einen Frauenfriedenstag ab, zu dem 1.600 Frauen aus dem Bundesgebiet anreisten. Nach einem Referat der Bundestagsabgeordneten Helene Wessel richteten sie an Bundeskanzler Adenauer folgendes Telegramm:

"1600 Frauen vom Friedenstag der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung in Bonn beschwören Sie, Generalvertrag und Verteidigungsbeitrag nicht zu unterzeichnen, bevor der Bundestag gesprochen hat und glaubhafte Verständigungsmöglichkeiten mit allen vier Besatzungsmächten bis zum Äußersten versucht worden sind." (37)

"Die Deutsche Sammlung"

In Dortmund gründeten am 29. Juni 1952 der Altreichskanzler Joseph Wirth und der frühere Oberbürgermeister von Mönchengladbach Wilhelm Elfes auf einer Konferenz, an der 200 Delegierte vom "Arbeitskreis für deutsche Verständigung" und für einen gerechten Friedensvertrag mit Deutschland, vom DAK, dem Westdeutschen Friedenskomitee, dem "Westdeutschen Treffen der jungen Generation" u.a. teilnahmen, die "Deutsche Sammlung". Elfes und Wirth wurden als Vorsitzende gewählt. In einem Aufruf an die westdeutsche Bevölkerung forderten die Delegierten die "friedliche Wiedervereinigung durch freie Wahlen in ganz Deutschland, den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages" und einen Volksentscheid darüber (gedacht als Fortsetzung der Volksbefragungsaktion). Die Unterzeichnung des General-Vertrages,

die Remilitarisierung der Bundesrepublik und ihre Integration in ein westliches Bündnissystem wurden als "Vertiefung der Spaltung Deutschlands", als "Steigerung der internationalen Spannung" und als "Gefahr eines Bruderkrieges" bezeichnet. (38)

Die "Deutsche Sammlung", die sich laut Aufruf keiner Partei, sondern nur an das Gewissen ihrer Mitglieder und die Verantwortung vor dem deutschen Volk gebunden fühlte, verstand sich als deutsche Einheitsbewegung.

Zur "Notgemeinschaft für den Frieden Europas"

Weil die "Notgemeinschaft für den Frieden Europas" trotz verschiedener Aktivitäten auf Bundesebene für ihre politischen Zielsetzungen nicht die erhoffte Resonanz in der Öffentlichkeit fand, wandelten ihre Initiatoren mit Blick auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf 1953 die Organisation am 29./30. November 1952 in Frankfurt/M. in die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) um. Mit dieser Parteigründung erhofften sich Helene Wessel, Gustav Heinemann und die anderen Mitarbeiter der früheren Notgemeinschaft eine größere politische Durchschlagskraft für ihre Organisation. (s.S.241 ff.)

Der Vorschlag von Pfeleiderer

Weitere Kritik an der Wiederaufrüstung äußerte der Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Pfeleiderer (FDP). In einer Denkschrift vom 2. September 1952 schrieb der liberale Politiker: "Das vertraglich festgelegte Ziel der vier Partner des Bonner Vertrages (gemeint ist der General-Vertrag - E.D.), nämlich die friedliche Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands unter unmittelbarer Integrierung des neuen Gesamtdeutschlands in die NATO, ist ein Widerspruch in sich selbst, und die deutsche Politik, wenn sie solches gleichfalls zu wollen vorgibt, setzt sich im eigenen Lande Mißdeutungen aus." Pfeleiderer bezeichnete das ehemalige Vertragssystem aus der Weimarer Zeit mit dem Locarno-Pakt, dem deutsch-sowjetischen Neutralitätsvertrag und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als bestes Vorbild für die beiderseitige Sicherheit in Ost- und Westdeutschland. (39)

Proteste gegen die zweite Lesung der Militärverträge

Gegen die zweite Ratifizierungsdebatte der Militärverträge im Deutschen Bundestag vom 3. bis 5. Dezember 1952 versuchten die KPD, die FDJ u.a. breitere Protestaktionen zu organisieren. Die Delegierten des in Berlin tagenden "Deutschen Kongresses für Verständigung und Frieden" schickten eine Mahnung an die Bundestagsabgeordneten, in der es heißt: "... Wer dem Generalvertrag von Bonn zustimmt, ist ein Verräter an Volk und Vaterland, und wird als solcher am Pranger der Geschichte stehen." (40)

Die KPD rief die deutsche Bevölkerung auf, aus Protest gegen die zweite Ratifizierungsdebatte im Bundestag die Arbeit niederzulegen und Massendemonstrationen durchzuführen. Sie fand damit jedoch nur wenig Resonanz. Nach Presseberichten versuchten kommunistische Flugblattverteiler und Malkolonnen in Bremen gegen die EVG-Politik zu demonstrieren, wurden aber von der Polizei zerstreut.

In Bonn hatte die Polizei das gesamte Gebiet um das Bundeshaus in der Zeit der Ratifizierungsdebatte mit großem Materialeinsatz (Auffahren von Wasserwerfern usw.) abgeriegelt und führte verschärfte Ausweiskontrollen durch. Trotzdem gelang es mehreren Dutzend Personen, am Vormittag des 4. Dezember 1952 mit ordnungsgemäßen Passierscheinen als Besucher Zulaß zu den Räumen der KPD-Fraktion im Bundeshaus zu finden. Nach Beginn der Debatte versuchten sie, in den Plenarsaal zu gelangen und gegen die Ratifizierung der Verträge zu demonstrieren. Es kam zu einem Handgemenge mit den Hausordnern im Vorraum des Plenarsaales, bei dem mehrere Demonstranten verletzt und drei von ihnen vorübergehend von der Hauspolizei festgenommen wurden.

Während der Rede des KPD-Vorsitzenden Max Reimann, in der er die Sicherheitspolitik der Bundesregierung heftig kritisierte, verließen alle Abgeordneten der Koalitionsparteien und der größte Teil der SPD-Abgeordneten den Plenarsaal. Sie demonstrierten auf diese Weise ihre Unvereinbarkeit mit der Haltung der KPD zur Remilitarisierung. Außerdem sollen nach Angabe von F. Krause fast alle Radiostationen die Übertragung der Rede Reimanns im Rundfunk unterbrochen haben. (41)

Auch am 5. Dezember 1952 fanden in Bonn Demonstrationen gegen die Remilitarisierung statt. Ca. 1.000 Demonstranten aus dem Bundesgebiet zogen vor das Bundeshaus und riefen in Sprechchören: "Nieder mit dem General-Vertrag", "Wir wollen keine Söldner sein", "Wir wollen keine Atombomben - wir wollen für den Frieden schaffen", "Wir wollen keine Mörder sein, wir treten für den Frieden ein". Die Polizei drängte die Demonstranten zurück und setzte vor dem Bundeskanzleramt und der Villa Hammerschmidt, der Residenz des Bundespräsidenten, gegen antimilitaristische Demonstranten Wasserwerfer ein.

Nach Einbruch der Dunkelheit versuchten vermutlich kommunistische Demonstranten auf dem Beueler Rheinufer gegenüber dem Bundeshaus ein Feuerwerk abzubrennen und Broschüren gegen die EVG-Politik zu verteilen. Sie wurden aber von der Polizei vertrieben.

Angehörige der FDJ versuchten ebenfalls mit spektakulären Feuerwerksaktionen ihre Kritik gegen die Remilitarisierung öffentlichkeitswirksam zu vermitteln. In Nürnberg ließen sie in der Innenstadt Flugblattbomben detonieren, aus denen hunderte von Flugzetteln herausgeschleudert wurden. Auf ihnen wurde die Jugend zur "Aktiven Abwehr des General-Vertrages" aufgerufen. Von einem Lkw stürzten FDJ-Mitglieder nach Anbruch der Dunkelheit zwei brennende, benzingeüllte Eimer und ein Plakat, das durch die meterhohen Stichflammen beleuchtet wurde und "Eine Minute Verkehrsstille" verkündete, sowie die Aufschrift "Fort mit Adenauer" trug.

Ferner schossen nach Presseberichten FDJ-Angehörige bei einer Demonstration in Essen am 7. Dezember 1952, auf der ca. 200 Personen gegen die Ratifizierung der Militär-Verträge demonstrierten, Flugblattraketen ab. Als die Polizei einschritt, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. 42 Personen wurden verhaftet, acht Polizisten verletzt; gegen sieben Personen wurde wegen "Aufruhrs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt" sowie "Landfriedensbruch" Haftbefehl erlassen. (42)

e) Die Feststellungsklage der SPD

Die SPD-Führung hielt an ihrer taktierenden Haltung in der Wehrfrage fest. Um ihre Kritik an der Sicherheitspolitik der Bundesregierung vor der Öffentlichkeit glaubwürdiger zu demonstrieren, schaltete die Partei das Bundesverfassungsgericht in die Auseinandersetzung um die EVG-Verträge ein:

Am 31. Januar 1952 - eine Woche vor der Wehrdebatte im Parlament - reichte sie eine sog. vorbeugende Feststellungsklage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein, die von allen Bundestagsabgeordneten der SPD, von neun Abgeordneten der Föderalistischen Union und dem bei der FDP hospitierenden Abgeordneten Richard Freudenberg unterzeichnet war. (43)

Die Antragsteller wollten mit dieser Klage, die sich auf Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes stützte, die Unvereinbarkeit der Verfassungsinhalte mit einem deutschen Verteidigungsbeitrag, wie er im EVG-Vertrag vorgesehen war, durch das Bundesverfassungsgericht festgestellt wissen: "... das Bundesrecht, welches die Beteiligung Deutscher an einer bewaffneten Streitmacht regelt oder Deutsche zu einem Wehrdienst verpflichtet, ohne vorangegangene Ergänzung und Abänderung des Grundgesetzes weder förmlich noch sachlich mit dem Grundgesetz vereinbar ist." Mit anderen Worten: daß eine Ratifizierung der Militärverträge nicht ohne Verfassungsänderung erfolgen konnte. (44)

In einem geänderten Schriftsatz vom 7. Juli 1952 an das Bundesverfassungsgericht bezogen die Antragsteller auch den Generalvertrag in die Feststellungsklage mit ein. (45)

Diese juristische Auseinandersetzung, die im Bundestag, im Bundesrat und vor dem Bundesverfassungsgericht geführt wurde, und an der sich mehrere Länderregierungen beteiligten, sollte jedoch in ihrer Bedeutung für die westdeutsche Friedensbewegung nicht zu hoch eingeschätzt werden. Die SPD-Führung versuchte aus ihrem vorbehaltlosen Bekenntnis zum parlamentarischen System alle legalen Mittel auszuschöpfen, um ihre politischen Vorstellungen zu verwirklichen. Von einer Unterstützung außerparlamentarischer Protestaktionen gegen die Wiederaufrüstung distanzierte sie sich nach wie vor ganz entschieden.

Selbst wenn das Bundesverfassungsgericht dem Antrag stattgegeben hätte, wären für die erforderlichen Verfassungsänderungen nach Art. 79 Abs. 2 GG eine Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen, über die im Bundestag die Regierungsparteien jedoch nicht verfügten.

Die Bundesregierung setzte dagegen die erste Lesung der EVG-Verträge im Bundestag für den 9./10. Juli 1952 an, um das Ratifizierungsverfahren möglichst rasch zu einem Ende zu bringen.

Die wichtigsten im Jahre 1952 getroffenen Entscheidungen dieses Verfahrens sind hier kurz zusammengefaßt wiedergegeben:

Am 10. Juni und 18. Juli 1952 fand die erste bzw. zweite mündliche Verhandlung vor dem ersten Senat des Bundesverfassungsgerichtes über die Zulässigkeit des Antrages statt. (46)

Das Urteil wurde am 30. Juli 1952 verkündet. Darin wurde die Feststellungsklage zum gegenwärtigen Zeitpunkt als unzulässig abgelehnt, weil die gesetzgebenden Körperschaften ihre Beratungen über die Militärverträge noch nicht abgeschlossen hatten. (47)

Am 10. Juni 1952 (Tag der ersten mündlichen Verhandlung) ersuchte Bundespräsident Theodor Heuß unter Berufung auf § 97 des Bundesverfassungsgesetzes das oberste westdeutsche Gericht um ein Rechtsgutachten über die Widersprüchlichkeit der Vertragsinhalte mit dem Grundgesetz. Damit begann das sog. Gutachtenverfahren, an dem sich die Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion und die Landesregierungen von Hessen und Rheinland-Pfalz beteiligten. (48)

Das Plenum des Bundesverfassungsgerichtes setzte den Termin für die mündliche Anhörung der Beteiligten an diesem Gutachtenverfahren zuerst für den 26. bis 28. November 1952 an. Auf Einspruch der Bundesregierung, den sie mit der Erkrankung ihres Staatssekretärs Walter Hallstein begründete, wurde der Termin auf den 9. bzw. 11. Dezember 1952 verschoben. (49)

Nach der zweiten Lesung der Militärverträge im Bundestag (3. - 5.12.1952) stellten die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, FDP und der DP am 6. Dezember 1952 vor dem zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes ihrerseits eine Klage gegen die

Bundestagsfraktion der SPD. Die Regierungsparteien warfen ihr vor, gegen das Grundgesetz zu verstoßen, weil sie dem Deutschen Bundestag und der antragstellenden Mehrheit des Bundestages das Recht bestritten, die Vertragsgesetze zu verabschieden. Auch wollte die Bundesregierung festgestellt haben, daß der Bundestag berechtigt sei, die Gesetze mit der in Art. 42 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes vorgeschriebenen einfachen Mehrheit zu verabschieden. (50)

Die nächste Entscheidung im Gutachtenverfahren fiel am 8. Dezember 1952: das Plenum des Bundesverfassungsgerichtes beschloß, daß sein Gutachten beide Senate des Gerichts in ihrer Rechtsentscheidung binden werde. (51)

Die Bundesregierung geriet durch diesen Beschluß in eine prekäre Situation: nach Informationen des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hermann Höpker-Aschoff, bestand durchaus die Möglichkeit, daß die Gutachter die Verträge als nicht verfassungskonform bezeichnen würden. Dies wäre dann für beide Senate des Bundesverfassungsgerichts eine verbindliche Entscheidungsgrundlage gewesen (52), und hätte eine Überprüfung der EVG-Politik und möglicherweise den Rücktritt Adenauers sowie Neuwahlen des Bundestages bedeuten können.

Der Bundeskanzler versuchte aus diesen Gründen, eine solche Entscheidung zu verhindern. Er berief das Kabinett zu einer Sondersitzung ein, auf der es beschloß, den Bundespräsidenten zur Rücknahme des Gutachtenverfahrens zu bewegen. Adenauer suchte Heuß persönlich auf; am nächsten Tag zog der Bundespräsident in einem Schreiben an Höpker-Aschoff sein Gesuch um das Rechtsgutachten mit der Begründung zurück, dieses habe durch den Plenumsbeschluß vom 8. Dezember 1952 seinen beratenden Charakter verloren. (53)

Der Bundespräsident und der Bundeskanzler wurden daraufhin von der SPD scharf kritisiert. Sie warf insbesondere dem Bundeskanzler vor, mit seinem Verhalten einen Verfassungskonflikt verschuldet zu haben. An der Tatsache aber, daß das Gutachtenverfahren mit dem Rückzug von Heuß praktisch beendet war, konnte dieser Protest nichts ändern. Eine mögliche Überprüfung der EVG-Politik der Bundesregierung durch das Bundesverfassungsgericht war damit vorerst abgewendet. (54)

Das Jahr 1953

1. Politische Entscheidungen

Die "Roll-back"-Doktrin: Leitlinie für Bonn und Washington

Im Winter 1952 war der frühere NATO-Oberbefehlshaber, General Eisenhower, als Nachfolger von Harry S. Truman zum Präsidenten der USA gewählt worden.

Die ersten Amtshandlungen der neuen amerikanischen Regierung machten deutlich, daß sie die Europa- und Deutschland-Politik im Sinn der "Containment"-Idee gegen die Sowjetunion nicht nur fortzusetzen gewillt war, sondern sogar noch einen Schritt weiterging: der "Containment"-Gedanke wurde zur "Roll-back"-Doktrin erweitert, die von dem neuen amerikanischen Außenminister, John F. Dulles noch vor seinem Amtsantritt entworfen worden war. Diese Doktrin beinhaltete gegenüber der "Containment-Policy" einen aggressiveren Charakter, weil sie den durch den Zweiten Weltkrieg veränderten Status Quo - d.h. die Vergrößerung des sowjetischen Macht- und Einflußbereiches in der Welt - nicht nur eindämmen, sondern ganz gezielt mit einer forcierten Politik der Stärke zurückdrängen wollte. Die militärpolitische Komponente dieser Doktrin war die "Strategie der massiven Vergeltung (Massive Retaliation), auch als "Schwert- und Schild (Sword- and Shield)" Strategie bezeichnet.⁽¹⁾ Sie sah offiziell vor, jeden Angriff auf die USA oder einen ihrer Verbündeten mit dem Einsatz von Atomwaffen zu beantworten, was bereits für die "Containment-Policy" gegolten hatte. Gegen Ende Januar 1953 reiste der amerikanische Außenminister Dulles zu den westeuropäischen Verbündeten, um sie zu einer Beschleunigung der Ratifizierungsverhandlungen der EVG-Verträge anzumahnen. Nach Visiten in Rom, Paris und London traf er am 5. Februar 1953 in Bonn ein. Während der dortigen Gespräche versicherte Bundeskanzler Adenauer dem amerikanischen Außenminister, daß die Vertragswerke in jedem Fall ratifiziert werden würden.

Dulles lud Adenauer zu einem Besuch in die USA ein.

Gegenüber der Presse erklärte er, falls die europäischen Verbündeten die Ratifizierung der Militärverträge verzögerten, werde der US-Kongreß die Auslandshilfe für sie rigoros zusammenstreichen; die gegenwärtige Bündnispolitik sei in diesem Fall ernsthaft in Frage gestellt. (2)

Der amerikanische Außenminister spielte mit dieser Drohung auf die Unstimmigkeiten zwischen den EVG-Vertragsstaaten an, besonders auf die Haltung der französischen Regierung. Sie bestand auf Änderungen in den Vertragswerken, die Frankreichs Rolle als unabhängige Militärmacht garantieren sowie die Position Deutschlands im künftigen Bündnis schwächen sollten. (3)

Die Ratifizierung der Militärverträge im Bundestag

Am 7. März 1953 lehnte das Bundesverfassungsgericht die Klage der Regierungsparteien gegen die SPD-Fraktion vom 6. Dezember 1952 (s.S.144/5) wegen formaler Gründe als unzulässig ab. Mit diesem Urteil war juristisch der Weg für den Abschluß des Ratifizierungsverfahrens im Bundestag frei geworden. (4)

Die dritte und letzte Lesung dieser Vertragswerke fand im Bundestag am 19. März 1953 statt.

In seinem Redebeitrag kündigte Bundeskanzler Adenauer die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik an, weil die geplante Stärke der westdeutschen Armee durch freiwillige Meldungen nicht erreicht werden könne.

Zu den Militärverträgen sagte er: "... Wir legen durch die Ratifizierung dieser Verträge als freies Volk die Grundlage für eine politische und wirtschaftliche Einigung Europas und retten damit Europa vor dem drohenden Verfall und Untergang. Das, meine Damen und Herren, sind die großen in Wahrheit entscheidenden Gesichtspunkte für unsere Entschlüsse und für unser Handeln." (5)

Am Ende der sechsstündigen Debatte stimmten die Regierungsparteien dem General-Vertrag mit 225 Ja- gegen 165 Nein-Stimmen und dem EVG-Vertrag mit 224 Ja- gegen 166 Nein-Stimmen bei jeweils 2 Stimmenthaltungen zu. Somit war die BRD das erste

Land in Westeuropa, das die EVG-Verträge im Parlament ratifiziert hatte. (6)

Adenauer in den USA

Vom 1. bis 17. April 1953 hielt sich Bundeskanzler Adenauer zu seinem ersten Staatsbesuch in den USA auf und traf dort mit Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles zusammen. Beide Seiten stimmten völlig darin überein, die Politik der Westintegration und die Deutschland-Politik gemeinsam fortzuführen. Der Bundeskanzler forderte auch die vollständige Rehabilitierung der wegen Kriegsverbrechen in Gefängnissen inhaftierten Angehörigen der Wehrmacht, um die zukünftige Rekrutierung für die westdeutsche Armee in jedem Fall durchführen zu können. (7)

Zur Bundestagswahl 1953

Das bedeutendste innenpolitische Ereignis in der Bundesrepublik im Jahre 1953 waren die Wahlen zum zweiten Deutschen Bundestag am 6. September 1953.

Es gelang der CDU/CSU, einen eindrucksvollen Sieg zu erringen. Sie erhielt 45,2 % der abgegebenen Stimmen. Die Regierungsparteien konnten in Zukunft mit der Zweidrittelmehrheit im Bundestag rechnen, die für Verfassungsänderungen erforderlich war. Die neue Bonner Koalition bestand aus den Parteien CDU/CSU, FDP, DP und BHE (8). Auf die Ursachen für diesen Wahlsieg der Regierungsparteien wird noch näher einzugehen sein.

Lagerung von amerikanischen Atomgranaten in der BRD

Im Herbst 1953 begann die amerikanische Besatzungsmacht auf westdeutschem Gebiet taktische Atomgeschütze zu stationieren. Nach einer Meldung der "FAZ" vom 11. September 1953 wurde bei dem Manöver "Monte Carlo" in Hessen erstmals der Einsatz solcher Waffen theoretisch erprobt.

Dasselbe Blatt berichtete in seiner Ausgabe vom 24. Oktober 1953, daß die amerikanische Armee vor in- und ausländischer Presse im Ordonance-Depot in Mainz ein Atomgeschütz vorgeführt habe. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bereits sechs solcher Geschütze für den Abschuß von Atomgranaten auf westdeutschem Boden. (9)

2. Die Protestaktionen

Die Proteste gegen die Ratifizierung der Militärverträge

Die Aufrufe, Erklärungen und Demonstrationen von in der westdeutschen Friedensbewegung arbeitenden Organisationen richteten sich nach Bekanntwerden des Termins (19. März 1953) gegen diese entscheidende Ratifizierungsdebatte im Bundestag. Dazu einige Beispiele:

Am 25. Januar 1953 beschloß der Rat der "Deutschen Sammlung", mit einer eigenen Delegation die Regierungen der beiden deutschen Staaten aufzufordern, sofortige gegenseitige Verhandlungen über eine friedliche Lösung der "deutschen Frage" aufzunehmen und eine entsprechende Forderung auch an die Großmächte zu richten. Die westdeutsche Bevölkerung wurde aufgerufen, die im Grundgesetz verankerten Grundrechte zu verteidigen und gegen die Ratifizierung der Verträge zu protestieren. (1)

In der Bundesrepublik fanden in vielen Städten Demonstrationen statt: z.B. am 12. März 1953 in Bochum, Duisburg und Essen, und am 14. März 1953 in Heidelberg, Köln, Mönchengladbach und Wuppertal. An ihnen beteiligten sich mehrere tausend Teilnehmer. (2)

Zahlreiche Delegationen von Friedenskomitees, Betriebsräten, Arbeitern, von der SPD und von den Gewerkschaften reisten aus dem ganzen Bundesgebiet in den Wochen vor dem 19. März nach Bonn, um gegenüber den Bundestagsabgeordneten die Ablehnung ihrer Organisationen zu der bevorstehenden Ratifizierung zum Ausdruck zu bringen. So überreichte eine Delegation von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären im Namen von 30.000 Nürnberger Arbeitern den Parlamentariern eine Sammelmappe mit Protestresolutionen und Aufrufen. (3)

Münchner Betriebsräte der IG Metall verabschiedeten auf einer Vollversammlung am 17. März 1953 folgende Resolution an den Bundestag in Bonn:

"Die Anwesenden 250 Betriebsräte der IG Metall München ersuchen die Abgeordneten aller Fraktionen, in der dritten Lesung zum EVG-Vertrag mit Nein zu stimmen und sich nicht gegen ihr Gewissen zu einer Ja-Stimme zwingen zu lassen. Wir verlangen soziale Sicherheit und echtes Bestreben einer Wiedervereinigung Deutschlands." (4)

Schließlich soll an dieser Stelle eine Protestaktion der Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK) erwähnt werden:

Sie führte am 18. und 19. März 1953 in Hamburg eine symbolische Verbrennung des EVG-Vertrages durch. IDK-Vertreter verlasen eine Erklärung, die gleichzeitig an den Bundeskanzler, den Bundespräsidenten, die Fraktionsvorsitzenden der Parteien, die Presse und die Polizei geschickt und als Flugblatt verteilt wurde. Darin heißt es:

"... Wir verbrennen den EVG-Vertrag, der uns nach unserer Überzeugung einseitig an den Westen bindet, die Teilung Deutschlands verewigt, die Kriegsgefahr erhöht und keinen Weg der Verständigung offen läßt. Wir aber wollen weder mit einseitig östlich ausgerichteten Menschen gegen den Westen, noch mit einseitig westlich ausgerichteten Menschen gegen den Osten zusammenarbeiten..." (5)

Zum Verlauf der Ratifizierungsdebatte

Zu Beginn der dritten Lesung der Militärverträge beantragten die SPD und die KPD-Fraktionen die Absetzung der Ratifizierungsdebatte.

Für die Sozialdemokraten begründete Fritz Erler den Antrag besonders mit dem Hinweis, daß unter den künftigen Mitgliedsstaaten der EVG zu diesem Zeitpunkt erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Er erklärte: "Ich meine, wir würden fahrlässig handeln, meine Damen und Herren, wenn wir in dieser Situation ein Vertragswerk ratifizierten, das mit Fragezeichen von einem Ende bis zum anderen versehen ist." Erler sprach sich dafür aus, vor einer endgültigen Entscheidung zunächst durch

Wahlen den Willen des Volkes zu ergründen. (6)

Für die KPD rechtfertigte Fritz Rische den Absetzungsantrag besonders mit dem Hinweis auf die antimilitaristischen Proteste im gesamten Bundesgebiet und anderen westeuropäischen Ländern: "Die Behandlung und Verabschiedung der Verträge von Bonn und Paris würde dem für alle erkennbaren Willen des Volkes widersprechen. ... In tausenden von Beschlüssen von Betrieben und Organisationen, von Zuschriften und Delegationen an die Abgeordneten des Bundestags ist dieser klare Wille des Volkes zum Ausdruck gebracht worden."

Die KPD, so Rische weiter, schließe sich deshalb dem Absetzungsantrag der SPD an, ohne aber seine Begründung zu akzeptieren. Erlers Argumentation sei "abwegig und politisch gefährlich", weil sie sich nicht grundsätzlich gegen die imperialistische deutsch-amerikanische Politik wende. (7)

Mit ihrer Mehrheit lehnten die Regierungsparteien beide Anträge ab. In der folgenden allgemeinen Aussprache, die auf sechs Stunden Redezeit begrenzt war, erläuterte Erich Ollenhauer für die SPD und Max Reimann für die KPD nochmals ausführlich die Standpunkte ihrer Parteien zu den Vertragswerken.

In Redebeiträgen sprachen sich u.a. gegen die Verträge aus:

Frau Thea Arnold (fraktionslos); sie warnte vor den Folgen der Remilitarisierung und forderte eine Verständigung mit der Sowjetunion. Die Bundestagsabgeordneten rief sie auf: "Sie, meine Abgeordneten, haben es in der Hand, sich heute für den Krieg oder für den Frieden zu entscheiden, wenn Sie über die Ratifizierung der Verträge beschließen. Wählen Sie den Frieden!"

Frau Helene Wessel (GVP); sie bezeichnete die Verträge als ein neues Ermächtigungsgesetz. 1933 hätten die nichtnationalsozialistischen Abgeordneten des Reichstages Hitlers Ermächtigungsgesetz zugestimmt in der trügerischen Annahme, sich in die dynamische Entwicklung des Nationalsozialismus einschalten zu können. Heute plädiere die Bundesregierung für die Verträge "... in der ebenso trügerischen Hoffnung, sich in die dynamische Außenpolitik Amerikas gegenüber Rußland einschalten zu können, um mit der Politik der starken Faust, die am Ende eine Politik der starken Fäuste werden wird, Rußland auf die

Knie zwingen zu können, und auf diesem Wege die Ostgebiete zurückzubekommen." Frau Wessel zog das Fazit: "Wir haben wahrhaftig aus der Geschichte nichts gelernt." Am Ende fügte sie hinzu: "Noch ein Letztes. Dieser Bundestag ist nicht mit dem Auftrag gewählt worden, eine Wiederaufrüstung Deutschlands durchzuführen."

Alfred Loritz (fraktionslos); er protestierte in scharfer Form gegen die Polizeiabsperrungen vor dem Bundestag und warnte davor, mit der Aufstellung deutscher Truppen "... den Kriegsschauplatz von Ostasien (gemeint ist der Korea-Krieg E.D.) nach Westeuropa verpflanzen zu wollen."

Nach Schluß der Debatte stimmten die SPD, die KPD und das Zentrum sowie einige weitere Abgeordnete gegen die Ratifizierung der Vertragswerke. (8)

Während des 19. März 1953 protestierten in Bonn einige tausend Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet gegen die Ratifizierung der Militärverträge. Mehrere von ihnen wurden von der Polizei festgenommen; es kam zu zahlreichen Zwischenfällen. Das Bundestagsgebäude war schon in der Nacht zuvor hermetisch von Polizeikräften und Einheiten des Bundesgrenzschutzes abgeriegelt worden. (9)

Die Fortsetzung des sogenannten "feststellungsverfahrens"

Mit der Ratifikation der EVG-Verträge war das gesetzgeberische Verfahren im Bundestag abgeschlossen und konnte an den Bundesrat weitergeleitet werden. Deshalb stellten die Bundestagsfraktionen der SPD und der Förderalistischen Union am 26. März 1953 einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Bundesregierung und den Bundeskanzler, die Verträge gegenzuzeichnen, dem Bundespräsidenten zur Ausfertigung vorzulegen sowie diese Gesetze zu verkünden, ehe nicht das Bundesverfassungsgericht darüber entschieden habe, ob sie förmlich und sachlich mit dem Grundgesetz vereinbar seien. (10)

Nachdem die Bundesregierung dem Bundesverfassungsgericht mitteilte, sie werde die Ratifizierungsurkunden für die Verträge erst dann hinterlegen, wenn auch die Hinterlegung durch die anderen vertragschließenden Staaten erfolgt sei, ausgenommen

das Bundesverfassungsgericht entscheide vorher anders; und Bundespräsident Heuß in einem Gespräch dem SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer versicherte, er werde die Ratifikationsurkunden nicht ausfertigen, bevor das Bundesverfassungsgericht ihre Vereinbarung mit den Inhalten des Grundgesetzes geklärt habe, zogen die Antragsteller fünf Tage später ihren Antrag auf einstweilige Anordnung wieder zurück. (11)

Die nächste Auseinandersetzung über die Verträge bahnte sich mit der anstehenden Entscheidung des Bundesrates an. Eine wichtige Rolle spielte dabei Bundesratspräsident Reinhold Maier (DVP), der damals Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg war. Maier wollte anfangs eine Klärung über die Vereinbarkeit der Militärverträge mit dem Grundgesetz durch ein gemeinsames Rechtsgutachten der Bundesregierung, des Bundestags und des Bundesrates erreichen und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abwarten, ehe Bundespräsident Heuß die Gesetze unterschreiben und der Bundesrat über sie entscheiden sollte.

Die Bundesregierung lehnte diese Vorstellung ab. Bei einem Gespräch zwischen Maier und Bundeskanzler Adenauer noch am Abend des 19. März 1953 (Tag der dritten Lesung) konnte darüber keine Einigung erzielt werden. Maier forderte am nächsten Tag vor dem Deutschen Presseklub in Bonn erneut, daß vor der Unterschrift des Bundesratspräsidenten unter die Vertragsgesetze "eine einwandfreie verfassungsrechtliche Klärung durch Karlsruhe" herbeigeführt werden müsse. (12)

Unter Maiers Einfluß wurde in der Bundesratssitzung vom 24. April 1953 ein Entschließungsantrag des Landes Baden-Württemberg mit 20 gegen 18 Stimmen angenommen, der beinhaltete, daß der Bundesrat seine endgültige Entscheidung zu den Ratifikationsgesetzen bis zur Erstattung eines Gutachtens durch das Bundesverfassungsgericht vertagen möge. (13)

Die Bundesregierung drängte nun ihrerseits auf einen endgültigen Abschluß des Ratifizierungsverfahrens. Adenauer versuchte, den Bundespräsidenten am Abend des 24. April 1953 (Tag der Bundesratsentscheidung) in einem Gespräch unter Druck zu setzen, doch

vergeblich. Heuß blieb bei seinem Versprechen gegenüber der SPD, das er gegenüber Ollenhauer bei einer persönlichen Begegnung am 27. April 1953 nochmals wiederholte: die Ratifikationsurkunden erst dann zu unterzeichnen, wenn das Bundesverfassungsgericht die Vereinbarkeit der Vertragsinhalte mit dem Grundgesetz festgestellt habe. Heuß zog sich damit die scharfe Kritik der Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU und der DP, Gerhard Schröder und Hans-Joachim von Merkatz, zu. Beide Politiker versuchten in einer Unterredung mit dem Bundespräsidenten am 28. April, ihn zu einer vorzeitigen Unterzeichnung zu bewegen, doch Heuß gab nicht nach. (14) Weil mit dem Bundespräsidenten in dieser Frage nichts zu gewinnen war, überlegten führende Politiker der Bundesregierung einschließlich dem Bundeskanzler, ob es nicht möglich wäre, die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat so zu verändern, daß die Befürworter der EVG-Verträge in dem Ländergremium doch noch in die Überzahl kommen würden. D.h., wie Arnulf Barning dazu bemerkt, "eine gegen-erische Landesregierung in das Lager der Bonner Koalition zu ziehen - oder zu stürzen und durch eine vertragsfreundliche Landesregierung zu ersetzen." (15)

Diese Überlegungen wurden überflüssig, weil Reinhold Maier aus mehreren Gründen seine Haltung änderte (16). Nach einem ausführlichen Gespräch mit dem Bundeskanzler am 7. und 8. Mai 1953 stand fest, daß das Land Baden-Württemberg mit seinen fünf Stimmen im Bundesrat nunmehr für die Verträge stimmen werde.

Der SPD-Bundesvorstand beschloß darauf am 10. Mai 1953, eine zweite Feststellungsklage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen die Militärverträge anzustrengen, mit der nochmals geklärt werden sollte, ob ihr Inhalt mit den Bestimmungen des Grundgesetzes übereinstimmen würde. Diese Klage wurde am 11. Mai 1953 eingereicht. (17)

Maier berief davon unbeeindruckt den Bundesrat für den 15. Mai 1953 zu einer Sondersitzung ein. Auf Empfehlung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten stimmte nach Ablauf dieser Sitzung der Bundesrat mit 23 gegen 15 Stimmen den Ratifikationsgesetzen über die Militärverträge zu. (18)

Reinhold Maier hatte sich mit diesem Vorgehen über einen Beschluß der Baden-Württembergischen Landesregierung hinweggesetzt, daß der Bundesrat die Zustimmung zu den Verträgen verweigern sollte. (19)

Aus Protest gegen Maiers Verhalten erklärte Justizminister Viktor Renner (SPD) seinen Rücktritt aus der Landesregierung, doch die anderen vier sozialdemokratischen Minister wollten ihre Ämter behalten: Ein Eklat für den SPD-Bundesvorstand, der nur wenige Tage zuvor die Einreichung der erneuten Feststellungsklage beschlossen hatte.

Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer versuchte mit einem Besuch in Stuttgart, die vier Parteigenossen zum Rücktritt aus ihren Ämtern zu bewegen, jedoch vergeblich. Der Stuttgarter SPD-Betriebsvorstand und die SPD-Fraktion entschieden sich am 18. Mai 1953 im Gegensatz zur SPD-Führung für eine Weiterarbeit in der bisherigen Koalition (bestehend aus SPD, DVP, FDP). (20)

Das weitere Verfahren um die zweite Feststellungsklage dauerte bis in den Herbst und Winter 1953 hinein. Durch die Bundestagswahlen erlangte die CDU/CSU mit ihren Koalitionsparteien FDP, DP und BHE eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag, die sie benötigte, um am 26. Februar 1954 das vierte Ergänzungsgesetz zum Grundgesetz im Bundestag zu verabschieden und so einem möglichen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die Unvereinbarkeit der Verträge mit dem Grundgesetz feststellen könnte, zuvor zu kommen. Mit diesem Gesetz wurde durch eine Ergänzung des Art. 73 Abs. 1 GG ausschließlich dem Bund die Gesetzgebung über die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung übertragen, d.h. die Wehrhoheit des Bundes begründet. Damit war die Verfassungsgrundlage für die Aufstellung von deutschen Streitkräften gegeben. Ferner wurde Art. 79 Abs. 1 durch einen zweiten Satz erweitert und der Art. 142 a neu in das Grundgesetz eingefügt. (21)

Die Feststellungsklage wurde darüberhinaus gegenstandslos, als am 30. August 1954 die französische Nationalversammlung die Ratifizierung der EVG-Verträge ablehnte und damit die EVG scheitern ließ (s.S. 62). Der Streitgegenstand des Verfahrens war nach dieser Entscheidung nicht mehr vorhanden. (22)

Zu dem Ergebnis der Bundestagswahlen

Die Hoffnungen der westdeutschen Friedensbewegung auf einen Wahlerfolg der SPD und einen wachsenden Einfluß der kleineren Parteien GVP, Bund der Deutschen (BdD) und KPD, die die Sicherheitspolitik der Bundesregierung kritisierten, sollten sich nicht erfüllen: Mit dem überlegenen Sieg vom 6. September 1953 konnten die Regierungsparteien ihre Machtstellung ausbauen und die EVG-Politik in Zukunft vor der Öffentlichkeit mit dem Argument rechtfertigen, die westdeutsche Bevölkerung begrüße diese Politik, weil sie sonst die Bundesregierung nicht in ihrem Amt bestätigt hätte. (23)

Geht man allein vom Wahlergebnis auf dem Papier aus - 45,2 % für die CDU/CSU, 28,8 % für die SPD, 2,2 % für die KPD und 1,2 % für GVP/BdD - so könnte dieses Ergebnis auch als Absage an die Ziele der westdeutschen Friedensbewegung (Verhinderung der Remilitarisierung wegen der Gefahr eines neuen Krieges und der fortdauernden Teilung Deutschlands) bewertet werden. Eine Analyse offenbart indessen sehr viel komplexere Hintergründe. (24)

Für das Wahlergebnis im Jahre 1953 waren ganz spezielle Bedingungen ausschlaggebend, auf die die Friedensbewegung zum Teil wenig Einfluß besaß:

1. In der Bundesrepublik herrschte ein weit verbreiteter Antikommunismus - "nicht im Sinne eines inhaltlich ausgeführten Programms, aber als eine sehr reale und mächtige Grundstimmung in der politischen Öffentlichkeit, die als eine Art Raster für die Bewertung von Informationen aus der internationalen Umwelt fungierte, prinzipiell aufgeschlossen gegenüber westlichen, bzw. auf Westorientierung zielende Initiativen, östliche Vorstellungen und Vorschläge unbesehen abwehrend" (25). Die antikommunistische Ideologie wirkte tief in das Bewußtsein der Bevölkerung hinein, da das Feindbild von der Sowjetunion, die Deutschland "bedrohe", bereits ein wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Propaganda gewesen war. Nach Kriegsende erfolgte eine Aufarbeitung und Aufklärung über die Kriegsvorbereitungen des Hitlerregimes von den verantwortlichen Stellen nicht; im Sog des Kalten Krieges war sie dann nicht mehr gefragt.

Zur Verfestigung des Antikommunismus hatten die schon an anderer Stelle beschriebenen realen Erfahrungen der Bevölkerung in Westdeutschland mit der westlichen Besatzungspolitik entscheidend beigetragen (s.S. 47). Z.B. der Umstand, daß mit der Durchführung des amerikanischen Marshall-Planes ein für die dort lebende Bevölkerung erkennbarer wirtschaftlicher Aufschwung begann, der in der SBZ und späteren DDR aufgrund fehlender ökonomischer Potenz in diesen Jahren nicht in vergleichbarem Umfang in Gang kam. Ferner erschienen spätestens seit der Berliner Luftbrückenaktion 1948/49 die Amerikaner als Helfer und Retter vor der "bedrohenden" Sowjetmacht. Die Beendigung der (aufgrund von Reparationsforderungen) erfolgten Demontagepolitik in Westdeutschland durch die Besatzungsmächte bis zum Beginn der Fünfziger Jahre, die im Vergleich dazu von der SMAD angeordnete rigorose Demontagepolitik in der SBZ (26) sowie die Staatsgründung der DDR, die Vertreibung der Deutschen und die nach Westdeutschland strömenden und dort lebenden Flüchtlinge (27) zementierten das der antikommunistischen Ideologie zugrundeliegende Feindbild von der Sowjetunion als "aggressiver und unmenschlicher" Macht.

In diesem Zusammenhang erhielten die Ereignisse am 17. Juni 1953 in Berlin - die Niederschlagung eines Aufstandes durch sowjetische Panzer - ein besonderes Gewicht. Die Bundesregierung entfachte eine militante antikommunistische Propaganda: jetzt war der "Beweis" der von ihr so oft beschworenen "Unmenschlichkeit des kommunistischen Herrschaftssystems" und seiner Aggressivität praktisch vor der eigenen Haustüre erbracht. (28)

Für die KPD, die in diesem Wahljahr bereits umfangreichen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt war (s.S. 270), wirkten sich die Folgen dieser Ereignisse besonders verhängnisvoll aus. Sie geriet dadurch und auch wegen anderer Ursachen, z.B. des Unvermögens, ihre Haltung zur

"deutschen Frage" und zur Remilitarisierung der westdeutschen Bevölkerung als eigenständige deutsche Perspektive sozialistisch-kommunistischer Politik zu vermitteln, in die gesellschaftspolitische Isolation. Die Kommunisten erreichten bei den Bundestagswahlen 2,2 % der Wählerstimmen und scheiterten damit an der eingeführten Fünfprozentklausel.

2. Die andere große Gemeinsamkeit der Bundesbürger war, wie es Bernt Engelmann im zweiten Teil seines Nachkriegsreports "Wir sind wieder wer. Auf dem Weg ins Wirtschaftswunderland" nennt, ein "Streben nach materiellem Wohlstand" und dadurch die Anerkennung als "anständige Menschen" (29). Ihr Verhalten war bestimmt durch die Orientierung an einer Erhöhung des Lebensstandards. Demgegenüber spielten selbst so politisch brisante Fragen wie die Wiederaufrüstung und die deutsche Wiedervereinigung eine eher zweitrangige Rolle. Es gelang den Oppositionsparteien nicht, ihre politischen Konzeptionen über die weitere Zukunft Deutschlands der Bevölkerung als gleichwertige und unterstützenswerte Alternativen darzustellen. In den Augen vieler Bundesbürger galt die Adenauer-Regierung als Garant für den aufkommenden Wohlstand und für die Wiederherstellung des Ansehens der Bundesrepublik in Europa. Die Regierungsparteien setzten ihre Versprechungen, den offiziell als "Wirtschaftswunder" bezeichneten ökonomischen Wiederaufbau weiterzuführen, als äußerst erfolgreiche Wahlpropaganda ein. (30)
3. Die Parteien, die sich am Wahlkampf beteiligten und die Sicherheitspolitik der Bundesregierung kritisierten - SPD, GVP, BdD, KPD, Zentrum - traten nicht als Aktionseinheit auf, sondern grenzten sich zum Teil voneinander ab. Außerdem befand sich die größte Oppositionspartei, die SPD, im Jahr 1953 in ganz erheblichen Schwierigkeiten. Der profilierteste und am meisten bekannte sozialdemokratische Politiker, Kurt Schumacher, war am 20. August 1952 gestorben. Sein Nachfolger, Erich Ollenhauer, wirkte im Vergleich zu ihm eher nüchtern und sachlich. Ganz abgesehen davon, daß sich die Sozialdemokraten ständig gegen die von der Bundesregierung

aufgestellten Behauptungen, sie seien von den Kommunisten unterwandert und von Moskau gesteuert, zur Wehr zu setzen hatten, geriet die SPD wegen der Haltung der Baden-Württembergischen Landespartei bei der Bundesratsentscheidung zur Ratifizierung der Militärverträge in eine schwere Krise. Innerhalb der Partei bestanden zwischen weiten Teilen der SPD-Mitgliedschaft und der Parteiführung krasse Meinungsgegensätze wegen der Haltung zur Wehrfrage. Die SPD bot nach außen kein Bild der Geschlossenheit. Das für die Partei schwer enttäuschende Wahlergebnis von 28,8 % ist auch als Ausdruck dieses Unmuts vieler SPD-Mitglieder über diese Haltung zu verstehen. Der SPD wurde mit diesem Wähler-votum die Rolle als Oppositionspartei für Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, zudiktiert.

4. Die Bundesregierung erhielt von den Unternehmerverbänden, dem Bund der Deutschen Industrie und zahlreichen anderen Vereinigungen großzügige Wahlspenden in Höhe von ca. 36 Mill. DM, nach Angaben des SPD-Abgeordneten Mellies sogar 80 Mill. DM. Weiter wurde die Bundesregierung von der katholischen Kirche und aus den Vereinigten Staaten im Wahlkampf unterstützt. (31) Der Staatssekretär des Bundeskanzlers, Otto Lenz (CDU), organisierte eine sehr effektive regierungsfreundliche Wahlpropaganda, die sich auf die antikommunistische Ideologie begründete. Lenz hatte seit dem Anfang der Amtszeit Adenauer mit der Gründung von Gesellschaften und Vereinen, Kontaktaufnahme zu Redakteuren usw. eine umfassende "moderne Meinungspflege" aufgebaut. Er machte sich dabei die Erkenntnisse der Meinungsforschung systematisch zunutze, was sich auf das Wahlergebnis ebenfalls erheblich auswirkte. (32)

Im Vergleich dazu waren die kleineren Oppositionsparteien stark benachteiligt. Sie besaßen weder entsprechende finanzielle Mittel, noch übten sie einen nennenswerten Einfluß auf die Presse aus. Z.B. sollen nach einer EMNID-Untersuchung 85 % der bundesdeutschen Wähler den Namen GVP gar nicht gekannt haben. (33)

5. Am 25. Juni 1953 verabschiedeten die Regierungsparteien im Bundestag ein neues Bundeswahlgesetz (34). Neu darin war im Vergleich zu der ursprünglichen Fassung von 1949 die sogenannte Fünfprozentklausel, mit der die kleineren Parteien in ihren Erfolgsaussichten bei der Wahl von vornherein benachteiligt waren. Sie mußten nun als Voraussetzung für den Einzug ins Parlament mindestens 5 % der im Bundesgebiet abgegebenen Wählerstimmen oder mindestens in einem Wahlkreis einen Sitz, d.h. ein Direktmandat gewinnen. Außerdem konnten die Wählerstimmen - getrennt in eine Erststimme für einen Wahlkreis und eine Zweitstimme für die Wahl nach Landeslisten - durch die Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes ein unterschiedliches Gewicht erhalten: sogenannte Überhangmandate, mit denen die größeren Parteien ebenfalls begünstigt wurden. An der Fünfprozentklausel scheiterten die KPD und die sich erstmals an den Bundestagswahlen beteiligende GVP und der BdD.

Nur wenn diese Bedingungen im Wahljahr 1953 im Zusammenhang gesehen und außerdem die unterschiedlichen Ausgangspositionen der hier interessierenden Parteien SPD, KPD und GVP/BdD mit berücksichtigt werden, läßt sich trotz der Präsenz der westdeutschen Friedensbewegung der hohe Wahlsieg der Regierungsparteien im Herbst 1953 erklären. Die in den Meinungsumfragen nachgewiesene weit verbreitete persönliche Ablehnung des Kriegsdienstes bei der westdeutschen Bevölkerung, die auch nach 1953 weiter feststellbar blieb, steht dazu eben nur partiell im Widerspruch.

Der Ausgang der Bundestagswahlen führte innerhalb der westdeutschen Friedensbewegung, wie es Fritz Krause richtig ausdrückt, zu einer "gewissen Resignation." (35)

Das Jahr 1954

1. Politische Entscheidungen

Die Berliner Viermächte-Konferenz: Keine Einigung in der "deutschen Frage"

Nach einem lange andauerndem Notenwechsel zwischen den vier Mächten trafen sich ihre Außenminister vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 im ehemaligen Kontrollratsgebäude in Berlin-Schöneberg. (1)

Zur Lösung der "deutschen Frage" schlug der sowjetische Außenminister Molotow sofortige Vorbereitungen für die Erstellung eines deutschen Friedensvertrages unter Teilnahme von Delegierten beider deutschen Staaten auf der Grundlage der "Stalin-Note" vom 10. März 1952 vor. Das wiedervereinigte Deutschland sollte weder in einem gegen Westeuropa gerichteten Militärblock mit osteuropäischen Ländern, noch in einem gegen Osteuropa gerichteten Militärblock mit westeuropäischen Ländern mit einbezogen werden. (2)

Weiter forderte der sowjetische Außenminister die Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung, die Wahlen für ganz Deutschland vorbereiten sollte.

Die Westmächte beriefen sich in der "deutschen Frage" auf den sogenannten "Eden-Plan", in dem die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen unter internationaler Kontrolle als Vorbedingung für die deutsche Wiedervereinigung genannt wurde (3). Aus den Formulierungen dieses Vorschlags konnte die Absicht herausgelesen werden, ein wiedervereinigtes Deutschland an die NATO anzuschließen.

Die vier Mächte erzielten über eine Lösung der "deutschen Frage" keine Einigkeit (4). Bei den Notenwechseln der folgenden Jahre konnte keine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte zwischen West und Ost erzielt werden.

Das Scheitern der EVG

Im Laufe der Verhandlungen zwischen den künftigen Mitgliedsstaaten der EVG war der ursprüngliche Pleven-Plan, der eine

Beschränkung und Kontrolle der zukünftigen westdeutschen Armee vorgesehen hatte, abgeändert worden (s.S. 66). Besonders Frankreich hatte die Bemühungen der deutschen Bundesregierung um eine möglichst rasche Ratifizierung der EVG-Verträge aus nationalen und sicherheitspolitischen Interessen aufmerksam verfolgt.

Bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zum EVG-Vertrag wies deshalb der französische Staatssekretär Maurice Schuman den Bonner Botschafter W. Hausenstein darauf hin, daß für seine Regierung die Bindung der BRD an die EVG erst dann vollständig vollzogen sei, wenn Bundespräsident Heuß auch die französischen Zusatzprotokolle zu den EVG-Verträgen unterzeichnet haben würde, die Frankreich als Bedingungen für seinen Beitritt zur EVG den anderen Mitgliedsstaaten zu Beginn des Jahres 1953 überreicht hatte. (5)

Bundeskanzler Adenauer setzte trotz Befürchtungen und Bedenken seiner Mitarbeiter auf eine Verwirklichung des EVG-Projekts. "Er wollte", schreibt Arnulf Baring dazu, "daß es um den entscheidenden Schritt zur Verwirklichung seiner politischen Konzeption eines westeuropäischen Bundesstaates ging, nicht nur um eine beliebige Farce oder leicht ersetzbare Teillösung. Er sah, wie die aufkommende Flaute des Kalten Krieges den Einigungswillen im Westen des Kontinents erlahmen ließ und fühlte, es werde jetzt, im letzten Augenblick, oder nie mehr zum supranationalen Durchbruch kommen." (6)

Doch auf der Außenministerkonferenz der sechs zukünftigen Mitgliedsstaaten der EVG vom 19. bis 22. August 1954 in Brüssel blieben die Meinungsverschiedenheiten unüberbrückbar. Es ging dabei um neue Abänderungsvorschläge Frankreichs, die Ministerpräsident Pierre Mendes-France am 14. August den anderen fünf Ländern mitgeteilt hatte. (7)

Aus diesen Gründen kam es für politische Beobachter nicht unerwartet, daß sich am 30. August 1954 die französische Nationalversammlung mit 319 gegen 264 Stimmen für eine Beendigung der Verhandlungen über die EVG-Verträge aussprach, was einer Ablehnung gleichkam. Damit war das EVG-Projekt gescheitert. (8)

Die Pariser Verträge

Für Konrad Adenauer war das Auseinanderbrechen der EVG ein schwerer Rückschlag, denn die außenpolitische Konzeption mit der Einbeziehung in ein westliches militärisches Bündnissystem war durch die Haltung Frankreichs in Frage gestellt (9). Doch die Bundesregierung setzte auf die Fortsetzung der Westintegrationspolitik, weil es für sie keine andere Alternative mehr gab. (10)

In den folgenden Wochen verhandelten die Westmächte, angeführt von den USA, Großbritannien und der BRD über eine Ersatzlösung für die gescheiterte EVG. Insbesondere die USA setzten dabei die französische Regierung unter Druck, um ihre Mitarbeit in dem angestrebten militärischen Bündnissystem der Westmächte sicherzustellen, das ohne französische Beteiligung eine entscheidende Schwächung erfahren hätte. (11)

Grundlegende Beschlüsse wurden schließlich auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 gefaßt, auf der sich die teilnehmenden Länder Belgien, Luxemburg, Niederlande, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Italien, die BRD und die USA wiederum nach heftigen Kontroversen mit dem französischen Ministerpräsidenten auf die Unterzeichnung der "Londoner Akte" einigten. Darin wurden als wichtigste Vereinbarungen genannt:

- die faktische Aufhebung des Besatzungsstatutes für die BRD durch einen geänderten Generalvertrag und die Auflösung der Alliierten Hohen Kommission (AHK).
- die Erweiterung der durch den Brüsseler Pakt von 1948 gegründeten Westunion (s.S. 35) durch die Aufnahme Italiens und der BRD zur westeuropäischen Union (WEU).

Auf Drängen Frankreichs mußte sich die Bundesregierung zu einem Produktionsverbot von atomaren, biologischen und chemischen Waffen (ABC-Waffen) und von Waffen ab einer festgesetzten Größe verpflichten.

- Die Aufnahme der BRD in die NATO. (12)

Die abschließenden politischen Beratungen über diese Themen fanden vom 19. bis 23. Oktober 1954 in Paris auf vier verschiedenen Konferenzen statt:

- a) Zwischen der BRD und Frankreich über das Saarproblem. (13)
- b) Zwischen den drei Westmächten und der BRD über die Wiederherstellung der deutschen Souveränität (Beendigung der Besatzungsherrschaft) mit Vorbehalten für die früheren Besatzungsmächte. Nach Art. 7 des entsprechenden Vertragstextes sollte die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden. Wiederum wurde als Ziel "...ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt, und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist" genannt. (14)
- c) Zwischen den neun Mächten über die Änderung des Brüsseler Paktes und die Gründung der Westeuropäischen Union (Durch die Aufnahme Italiens und der BRD).
Die Stärke der künftigen westdeutschen Armee wurde auf zwölf Divisionen (entspricht 500.000 Mann) festgelegt.
- d) Zwischen 15 Mächten (14 NATO-Signatarstaaten und der BRD) über den westdeutschen Beitritt zur NATO.

Die Ergebnisse dieser Besprechungen wurden in den sogenannten Pariser Verträgen festgehalten. (15)

Die Moskauer Konferenz der osteuropäischen Staaten

Die Sowjetunion hatte in einer Note vom 13. Oktober 1954 an die Westmächte die erneute Einberufung einer Vierer-Konferenz über die "deutsche Frage" und in einer Note vom 13. November 1954 die Einberufung zu einer Konferenz aller europäischen Staaten vorgeschlagen, um über ein kollektives Sicherheitssystem in Gesamteuropa zu verhandeln. (16)

Die Westmächte waren jedoch an der Verwirklichung der Inhalte der Pariser Verträge interessiert und lehnten diese Angebote ab. Auf der Moskauer Konferenz vom 29. November bis 2. Dezember 1954 berieten die Regierungen der osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion über mögliche Gegenmaßnahmen zum Abschluß der Pariser Verträge. In einer gemeinsamen Deklaration wurde vor den Folgen der Ratifizierung dieser Vertragswerke und insbesondere der Gefahr des

deutschen Militarismus ausdrücklich gewarnt. Als Bedingungen für eine friedliche Lösung der "deutschen Frage" nannten die an der Moskauer Konferenz teilnehmenden Staaten:

1. den Verzicht auf die Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands;
2. die Einigung über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen noch im Jahre 1955 und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung;
3. den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Die Ratifizierung der Pariser Verträge wurde als ein Schritt bezeichnet, "der sich gegen die Erhaltung des Friedens richtet und auf die Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa abzielt. Die Ratifizierung wird die Lage in Europa beträchtlich komplizieren und die Möglichkeit einer Regelung der ungelösten europäischen Probleme und in erster Linie der Deutschlandfrage untergraben..."

Die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion kündigten an, "... im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen gemeinsame Maßnahmen bei der Organisation der Streitkräfte und ihres Kommandos wie auch andere Maßnahmen durchzuführen, die für die Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit erforderlich sind..."(17)

2. Die Protestaktionen

Erklärungen zur Berliner Viermächte-Konferenz

Am Anfang des neuen Jahres 1954 appellierten zahlreiche gegen die Wiederaufrüstung engagierte Organisationen und Persönlichkeiten an die Bundesregierung und die vier Mächte, während der Berliner Konferenz konstruktiv auf eine friedliche Lösung der "deutschen Frage" und gesamtdeutsche Verhandlungen hinzuarbeiten. In diesem Sinn sprachen sich u.a. aus:

der frühere Bundesinnenminister Gustav Heinemann und der hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller, der Darmstädter Studentenpfarrer Herbert Mochalski, der Bund der Deutschen, der Parteivorstand der KPD, der Bruderrat der Bekennenden Kirche und der Rat der EKD. Aus seinem Telegramm an die Außenminister sei hier stellvertretend für alle anderen Aufrufe zitiert:

"Der Rat der evangelischen Kirche in Deutschland richtet in Wahrnehmung seiner Verantwortung für Ost und West des deutschen Vaterlandes an die vier Außenminister den dringenden Appell, nicht auseinanderzugehen, ehe nicht für die Wiedervereinigung Deutschlands ein entscheidender Schritt getan ist. Die Aufspaltung Deutschlands hat sich als ständige Gefährdung des Friedens und als eine Quelle politischer Beunruhigung erwiesen. Unser Volk kann die Verweigerung seiner natürlichen Lebensgemeinschaft nicht länger ertragen, ohne schwersten moralischen Schaden zu nehmen."(1)

Proteste gegen die Fortsetzung der Sicherheitspolitik Bonns

Gegen die Fortsetzung der Bonner Sicherheitspolitik protestierten auch die politischen Jugendorganisationen, die bereits genannt worden sind.

- Die Jungsozialisten lehnten auf ihrer Jahreshauptversammlung am 26. Februar 1954 in Köln die EVG und die westdeutsche Wiederaufrüstung in Form einer EntschlieBung ab. (2)
- Der Kölner Kreisparteitag der SPD stimmte am 14. März 1954 dieser EntschlieBung mit der absoluten Mehrheit der Delegiertenstimmen zu. Ähnliche Stellungnahmen bezogen die Unterbezirks-Delegiertenkonferenzen der SPD von Bamberg und Bayreuth, der SPD-Ortsverein Hof und Jungsozialisten in anderen Städten der Bundesrepublik sowie der Hamburger Landesverband der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken". (3)
- Die Landeskonzferenz Bayern der Gewerkschaftsjugend gab am 21. März 1954 in Würzburg im Namen von 100.000 jüngeren DGB-Mitgliedern eine Erklärung ab, in der sie den DGB-Bundesvorstand aufforderte, die EVG und die Remilitarisierung der Bundesrepublik eindeutig abzulehnen.(4)

Wiederholung von Volksbefragungsaktionen

Der Gedanke einer direkten Entscheidung des Wählers zur Remilitarisierung, wie er schon der Volksbefragungsaktion von 1951/52 zugrundelag, blieb weiterhin wirksam.

Auf einer Konferenz in Düsseldorf am 27. März 1954 beschloss Gegner der Wiederaufrüstung, alle Bundes-

bürger zu einer neuen Willenskundgebung über die Frage "Generalvertrag und EVG-Vertrag oder Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen" in Deutschland aufzufordern. Diese Aktion wurde vermutlich von den Kommunisten mitinitiiert. (5)

Das Präsidium des Nationalrates der Nationalen Front der DDR, zu dem die KPD gute Kontakte hatte, sagte seine Unterstützung zu und forderte in Briefen an die Volkskammer der DDR und den Deutschen Bundestag vom 19. Mai 1954 beide deutschen Parlamente auf, diese Volksbefragung zu ermöglichen und durchzuführen. (6)

Unterstützt wurde diese Idee von Gewerkschaftsgruppen, Jugendverbänden, dem BdD, sozialdemokratischen Ortsverbänden u.a.

In Köln fand am 27. Juni 1954 "ein Kongreß für Selbstbestimmung und Frieden" mit 895 Teilnehmern verschiedener Organisationen statt. Sie wählten ein aus 70 Mitgliedern bestehendes Präsidium, das die Leitung der Volksbefragungsaktion durchführen sollte. Das dort veröffentlichte Manifest zeichnet sich durch eine auffallend nationalbewußte Argumentation aus:

"Der Kongreß für Selbstbestimmung und Frieden bekundet seinen Glauben an die schöpferische Kraft unserer Nation... wir glauben an das unabdingbare Recht unserer Nation, in Einheit und Freiheit den Bau des deutschen Nationalstaates zu vollenden, um die Hindernisse, die dazu den Weg verlegen, zu beseitigen

Deutsche! Es geht jetzt nicht darum, über Parteiprinzipien und Weltanschauungen zu diskutieren, sondern es geht darum, das Trennende beiseitezustellen und das Verbindende hervorzuheben. Über uns allen schwebt die furchtbare Gefahr eines Dritten Weltkrieges und die Gefahr der Massenvernichtungswaffen." (7)

Die Bundesregierung blieb bei ihrem strikten "Nein" zu dieser Initiative. Eine Reihe örtlicher Repräsentativumfragen läßt jedoch vermuten, daß ihre ablehnende Haltung nicht allein wegen ihrer Bedenken hinsichtlich der verfassungsmäßigen Zulässigkeit, sondern zum Teil auch durch ihre Kenntnis der tatsächlichen Haltung der Bevölkerung zur Wiederaufrüstung bestimmt gewesen sein könnte.

Z.B. sprachen sich bei Befragungen "Für einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen" aus:

- in Bremen 147 von 199 befragten Seeleuten und Hafenarbeitern;
- in Bottrop 645 von 707 befragten Kumpeln der Schachtanlage "Rheinbaben";
- in Bochum 9145 der 9524 Befragten;
- in Erlangen 308 der 317 Befragten;
- im Stadt- und Landkreis Regensburg 9330 von 9570 Befragten;
- in Landau-Pfalz 62 von 79 Befragten. (8)

Das II. Deutschlandtreffen der Jugend

Vom 5. bis 7. Juni 1954 fand in Berlin das II. Deutschlandtreffen der Jugend statt. Diese politische Großveranstaltung war wie das erste Treffen im Jahre 1950 wieder von der FDJ in Zusammenarbeit mit der Weltfriedensbewegung organisiert worden.

Bei dem Demonstrationzug am Pfingstsonntag, dem 5. Juni 1954, nahmen ca. 700.000 (nach Angaben westdeutscher Beobachter 400.000 Jugendliche) aus der DDR und von zahlreichen ausländischen Friedensdelegationen teil. Aus der Bundesrepublik waren ca. 25.000 Jugendliche nach Berlin gereist, die meist in der Gewerkschaftsjugend, christlichen Verbänden, bei den "Falken", Jungsozialisten und anderen Gruppen organisiert waren. Die Jugendlichen legten bei dieser Demonstration vor den auf einer Ehrentribüne versammelten Politikern und Gästen aus zahlreichen Ländern ein Gelöbnis ab. Sie versprachen, sich mit ihrer ganzen Kraft für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen, gegen die EVG und den deutschen Militarismus zu kämpfen sowie die gesamte deutsche Jugend für die Zustimmung zum Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen bei der Volksbefragung zu gewinnen.

Die politischen Gespräche zwischen Teilnehmern des Treffens mit Vertretern westdeutscher Jugendverbände in Westberlin verliefen nach Angaben der "FAZ" sachlich und in einem offenen Klima. Das Blatt schrieb:

"... in den Diskussionen mit jungen Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern zeigten sie sich nicht verbohrt, sondern überraschend aufgeschlossen, so daß in einigen Fällen selbst geschulte Leiter katholischer Jugendorganisationen,

die darauf nicht vorbereitet waren, in Schwierigkeiten bei der Erörterung philosophischer Probleme kamen. Die allgemeine West-Berliner Gegenagitation und Überzeugungsarbeit schien falsch orientiert zu sein, wenn sie mit Lautsprecherwagen an der Sektorengrenze die Jugendlichen zum Essen einluden oder die Vorführung von Abenteuererfilmen oder Hilfe und Beratung versprachen ..." (9)

Ähnlich wie beim I. Deutschlandtreffen 1950 und dem Pfingstfestival 1951 kam es zu Verfolgungsmaßnahmen gegen die Jugendlichen durch westdeutsche Behörden. Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU) erteilte dem Bundesgrenzschutz und den Polizeibehörden der zuständigen Länder die Weisung, an der gesamten Grenze zur DDR Interzonenreisende von West- nach Ostdeutschland verschärften Kontrollen zu unterziehen. Die Innenministerien von Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg erklärten die Teilnahme an dem II. Deutschlandtreffen für strafbar, weil es von der (in der Bundesrepublik verbotenen) FDJ organisiert wurde.

Wie in den Jahren zuvor wurden an mehreren Grenzübergängen Gruppen von Jugendlichen in Interzonen-Omnibussen und Zügen am Weiterfahren nach Berlin gehindert. So hielten bayerische Grenzpolizisten mehrere hundert Jugendliche auf, die in die DDR einreisen wollten und schickten sie nach Hause zurück. 200 Jugendliche wurden vorübergehend festgenommen und Anzeige gegen sie erstattet. (10)

Auseinandersetzungen wegen der Beschlagnahme von Wohnungen am Blink in Bremerhaven

Im Mai 1954 erhielten die Bewohner des Bremerhavener Stadtteils Blink einen Rundbrief der amerikanischen Militärverwaltung zugestellt. Darin wurden sie unter Berufung auf das Besatzungsstatut aufgefordert, ihre Häuser, Wohnungen und Gärten zu verlassen, weil auf den Blink-Grundstücken eine amerikanische Wohnsiedlung errichtet werden sollte. Die Wohnungen seien deshalb beschlagnahmt. (11)

Die betroffenen Bewohner waren über diese Absichten nicht informiert worden, obwohl bereits monatelange Verhandlungen zwischen den

zuständigen westdeutschen Behörden des Landes und Bundes und den Amerikanern geführt worden waren. Nachdem den Blink-Bewohnern die Einsicht in die vorgesehenen Baupläne mit der Begründung verweigert wurde, es handele sich dabei um ein Amtsgeheimnis, begannen sie sich zu wehren. Der Fall erregte bundesweites Aufsehen.

Zwar bot die Stadtverwaltung Bremerhaven der amerikanischen Besatzungsmacht anstelle der Grundstücke auf dem Blink ein stadteigenes Gelände als Ersatz an, aber die US-Behörden beharrten aus technischen und finanziellen Gründen auf ihren Plänen.

Die am 10. Juli 1954 von ihnen in Auftrag gegebenen Abbrucharbeiten scheiterten jedoch am Widerstand der Blink-Bewohner, die die anfahrenden Bagger aufhielten.

Der Bundestag stimmte am 14. Juli 1954 einem Antrag der DP zu, daß die Bundesregierung unverzüglich Verhandlungen mit den amerikanischen Behörden aufnehmen solle, um die Beschlagnahme der gut erhaltenen Häuser und Gebäude abzuwenden; ebenso einem Ergänzungsantrag der SPD, daß bei allen Bauvorhaben der Besatzungsmächte die Requisition (Beschlagnahme für militärische Zwecke) nach Möglichkeit vermieden werde. (12)

Am 4. August 1954 versuchten Beamte des Besatzungskostenamtes erneut, eines der Grundstücke zum Abschätzen des Wertes zu betreten. Sie wurden daran von den Bewohnern und Nachbarn unter Androhung von Gewalt gehindert. Auch die von den Behörden zu Hilfe gerufene Polizei wurde von ihnen mit Knüppeln und Mistforken bedroht und mit Erde beworfen. Die Polizeiaktion wurde abgebrochen und den Bewohnern ein Ultimatum gestellt, bis zum Abend den Widerstand aufzugeben.

Am nächsten Tag traten ca. 1.500 Bremer Arbeiter der Unterweser AG und der Rickmers-Werft in den Streik und zogen zum Blink, wo ein großes Polizeiaufgebot mehrere Grundstücke und Häuser räumen wollte. Die Arbeiter drängten die Polizei zurück, wobei es zu Schlägereien kam. Die Polizei verhaftete sechs Personen; auf beiden Seiten gab es Verletzte. Eine andere Gruppe der Werftarbeiter zog zu einer zweiten Baustelle am Leher Bahnhof und schob das dort stationierte Polizeikommando mit einem Rammagger buchstäblich vom Gelände herunter. Die Bauarbeiten mußten für

mehrere Stunden eingestellt werden.

Eine Delegation der Arbeiter forderte von dem Bremer Bürgermeister Rumpf die sofortige Freilassung der Festgenommenen, die Zurückziehung der Polizei und die Zusicherung, daß die Grundstücke am Blink nicht zwangsgeräumt werden würden. Die Arbeiter drohten damit, daß im Falle der Nichterfüllung dieser Forderungen auch die Arbeiter der Sebeck-Werft sich dem Streik anschließen würden. Diese Forderungen wurden von Rumpf abgelehnt.

Die Bauarbeiten am Blink wurden am 6. August 1954 unter dem Schutz eines massiven Aufgebots der Bremer Bereitschaftspolizei fortgesetzt. Zu neuen Demonstrationen kam es nicht, vermutlich weil die Arbeiter keine rechtliche und politische Rückendeckung besaßen. Der DGB, der Bremer SPD-Landesvorstand sowie der SPD-Ortsvorstand Bremerhaven hatten sich von den Demonstrationen distanziert, da sie gesetzlich nicht abgesichert und ihrer Kontrolle entzogen waren.

Infolge des Widerstandes der Blink-Bewohner wurde aber die Zahl der abzureißenden Häuser von 62 auf 25 herabgesetzt und den betroffenen Bewohnern eine entsprechende Entschädigung und Ersatzwohnungen nach ihrer Wahl zugesichert. (13)

Proteste gegen die Gefahr eines Atomkrieges in der Bundesrepublik

Im Herbst 1953 war in der Bundesrepublik zum ersten Mal bei militärischen Manövern der Einsatz von Atomgranaten in einem zukünftigen Krieg in Europa durchgespielt worden.

Die Ergebnisse dieser Übungen ließen erkennen, daß das Bundesgebiet im Falle eines nuklearen Krieges in Europa mit großer Wahrscheinlichkeit zerstört werden würde. (14)

Zahlreiche in der westdeutschen Friedensbewegung engagierte Organisationen warnten vor den Gefahren eines Atomkriegs und seinen katastrophalen Auswirkungen. Mit ihrem Protest, der sich auch an die Kampagne des Weltfriedensrates zur Ächtung der Atombombe anschloß (s.S.84) bildeten sie die Vorläufer der Anti-Atomtod-Bewegung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre (15). Dazu einige Beispiele:

- Im April 1954 riefen die fränkischen Jungsozialisten bei ihrer Bezirkskonferenz auf Schloß Schney die SPD-Bundesfraktion auf, einen Antrag für eine einmütige EntschlieÙung gegen den Einsatz von Atombomben und ihrer Ächtung zu stellen. (16)
- Der Theologe und Arzt Albert Schweitzer, dem 1952 der Friedens-Nobelpreis zuerkannt worden war, warnte am 14. April 1954 vor den Gefahren der Wasserstoffbomben. Jeder einzelne Wissenschaftler, forderte er, müsse auf diese Bedrohung hinweisen. (17)
- Ende April 1954 protestierte der Geisenheimer Pfarrer Hermann Sauer in einem offenen Brief an die Kirchenleitung von Hessen und Nassau gegen die Aufstellung von Atomgeschützen auf deutschem Boden und forderte von der Kirche eine klare Verurteilung dieser Maßnahme. Schwere Bedenken wegen der Entwicklung der Atomwaffen äußerte auch der Rat der EKD in einer öffentlichen Erklärung an alle Gemeinden.
Ein Kreis hessischer Pfarrer wandte sich in dieser Angelegenheit an die im Sommer 1954 stattfindende Weltkirchenkonferenz in Evanston mit der Bitte, alle politischen Mächte in der Welt zur Unterzeichnung eines generellen Verbotes für Atomwaffen aufzufordern. (18)
- Der Parteivorstand der KPD rief in einer Erklärung alle deutschen Frauen und Männer, Wissenschaftler, Arbeiter und die Arbeiterjugend, die Gewerkschaften und Sozialdemokraten dazu auf, eine gemeinsame Initiative zur Ächtung der Atomwaffen zu organisieren und die Stationierung und Lagerung in der Bundesrepublik zu verhindern. (19)
- Der Weltfriedensrat forderte auf einer außerordentlichen Tagung in Berlin (25. bis 28. Mai 1954) als vordringlichste Maßnahme gegen die Gefahr der atomaren Vernichtung den Abschluß eines internationalen Abkommens mit der Verpflichtung, keine Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben mehr durchzuführen und ihre Verwendung zu unterbinden. (20)

Die Neuformierung der westdeutschen Friedensbewegung im Herbst 1954

Nach dem Scheitern der EVG durch die Ablehnung Frankreichs organisierten politische Gruppen und Verbände aufgrund ihrer ablehnenden Haltung zur Wiederaufrüstung erneut eine Vielzahl von Protestaktionen. Als bekannt wurde, daß die BRD durch die Zustimmung zu den Pariser Verträgen in die NATO aufgenommen werden sollte, konzentrierten sich die in der Friedensbewegung engagierten Kräfte darauf, die Ratifizierung dieser Verträge im Bundestag zu verhindern.

Proteste von Jugendorganisationen

- Auf der dritten Bundesjugendkonferenz des DGB in Düsseldorf vom 24. bis 26. September 1954 sprachen sich die 206 Delegierten im Namen von 670.000 jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern in einer Stellungnahme einstimmig gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ohne Vorbehalt aus. Sie erklärten:
"Die Delegierten der dritten Bundesjugendkonferenz bekennen sich zum sozialen, demokratischen Staat. Sie lehnen jeden Wehrbeitrag ab. Sie erwarten, daß in der Bundesrepublik Deutschland die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die die Garantie für eine stabile Demokratie geben. Sie weisen mit Nachdruck darauf hin, daß alle Wiederbewaffnungsbestrebungen unübersehbare politische Folgen für eine Wiedervereinigung Deutschlands in demokratischer Freiheit haben." In dieser Stellungnahme wurde auch die Wiederaufrüstung der DDR verurteilt und die Verabschiedung der Wehrgesetze durch den Bundestag (s.S.155) kritisiert.(21)
- Die Bundeskonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentebundes (SDS; es waren Studenten der SPD -E.D.) warnte auf ihrer Tagung vom 27.bis29.Oktober 1954 in Marburg mit einer Entschlieung vor der Gefahr der Teilung Deutschlands durch die Remilitarisierung.(22)
- Die dritte Hauptversammlung des Deutschen Jugendringes in West-Berlin im Dezember 1954 rief die gesamte deutsche Jugend auf, in gemeinsamen Aktionen gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik zu demonstrieren. Zu diesem Treffen waren Delegierte von ca. 20 verschiedenen Jugendverbänden eingeladen

worden, darunter die Gewerkschaftsjugend, die "Falken", die Naturfreunde und die Deutsche Jungenschaft. (23)

Öffentliche Beachtung fanden zahlreiche Gespräche und Diskussionen zwischen Jugendlichen und Befürwortern der Wiederaufrüstung, wie z.B. das sogenannte "Kölner Bahnhofsgespräch".

Am 3. November 1954 sprachen Vertreter des Amtes Blank mit einer Anzahl Jugendlichen im Kölner Hauptbahnhof unter der Fragestellung "Wollen die Zwanzigjährigen Soldat werden?" Im Verlauf der zweistündigen Diskussion zeigte sich die Abneigung der Jugendlichen gegen die Einführung der Wehrpflicht sehr deutlich. Der "Münchner Merkur" kommentierte dazu: "Der Start der 'Wehraufklärer' des Amtes Blank (es waren mehrere solche Gespräche geplant-E.D.) im Wartesaal des Kölner Hauptbahnhofes war auf alle Fälle ein Fehlstart." (24)

Am 20. November 1954 demonstrierte die Bayerische Gewerkschaftsjugend in München und Augsburg gegen die Wiederaufrüstung. In München bot der DGB dazu ein halbes Dutzend Last- und Personenwagen auf, die von ca. 30 Radfahrern mit Plakaten begleitet wurden, auf denen zu lesen stand: "Ich will gute Arbeit leisten - aber kein Gewehr tragen", oder "Ich will ein guter Techniker werden - kein Soldat!" Am selben Tag hielt die KPD im Bau des Zirkus Krone eine politische Kundgebung ab; anschließend zogen ca. 500 Personen mit Fackeln und Transparenten durch die Stadt und riefen in Sprechchören "Nieder mit dem Barras!" (25)

Der Kreisausschuß Nürnberg des DGB führte zusammen mit der Gewerkschaftsjugend, der IDK und der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken" am 27. November 1954 eine Demonstration gegen die Wiederaufrüstung in der Innenstadt durch. Ähnliche Protestkundgebungen fanden in vielen anderen Städten des Bundesgebietes statt. (26)

Bei den Protestkundgebungen kam es des öfteren zu Zusammenstößen zwischen Remilitarisierungsgegnern und der Polizei: So in Nürnberg, wo auf einer CBU-Veranstaltung am 22. November 1954 der Sicherheitsbeauftragte Theodor Blank in der Messehalle am Stadtpark vor ca. 3.000 Menschen auftrat. Blank wurde eine

halbe Stunde von meist jugendlichen Demonstranten ausgepiffen und konnte seine Rede nur unter Polizeischutz abhalten. (27) Zwei Tage später sprengten Gegendemonstranten eine ähnliche Veranstaltung in Augsburg in der Gaststätte des Rosenau-Stadions, die 1.000 Personen Platz bot. Auch vor dem Gebäude hatten sich mehrere 1.000 Menschen versammelt. Blank wurde bei dem Versuch zu reden eine halbe Stunde ausgepiffen und durch das Absingen von Soldatenliedern wie z.B. "Hinlegen, hinlegen!", "Volle Deckung", "Blank raus!" am Sprechen gehindert. Einige Demonstranten verletzten ihn mit einem Bierglas und stießen ihn die Saaltreppe hinunter.

Weitere Zwischenfälle ereigneten sich bei Auftritten Blanks in Gießen und in Obernburg am Rhein. Die dort am 25. November 1954 angesetzte Versammlung mußte wegen Protestdemonstrationen abgebrochen werden. Die der Bundesregierung nahestehende Zeitung "Die Welt" kommentierte:

"... so ist das im ganzen Land. Wer zugunsten des Militärdienstes sprechen will, muß sich zuerst die Polizei holen, sonst werden die Zuhörer böse." (28)

Zum Anwachsen der von politischen Jugendorganisationen veranstalteten antimilitaristischen Protestaktionen stellte der SPD-Vorsitzende Ollenhauer während der ersten Lesung der Pariser Verträge im Bundestag am 15. Dezember 1954 fest:

"Ich hoffe, niemand in diesem Haus ist sich heute noch darüber im Zweifel, daß die große Mehrheit der jungen Menschen in unserem Volk einen neuen Militärdienst nicht will. Es handelt sich hier um eine elementare Bewegung von einer Breite und Tiefe, wie wir sie selten in unserem Volk erlebt haben." (29)

Die Haltung der SPD-Führung

Die SPD-Führung lehnte aufgrund der Beschlüsse des Berliner Parteitages über die deutsche Aufrüstung und die Wiedervereinigung (s.S. 205) einen Beitritt der BRD in die NATO und die Ratifizierung der Pariser Verträge ab, solange nach ihrer Ansicht nicht alle Möglichkeiten von Verhandlungen über eine Lösung der "deutschen Frage" genutzt worden waren.

In der Bundestagsdebatte vom 7. Oktober 1954 erklärte Erich Ollenhauer, mit dem Scheitern der EVG sei für die Bundesrepublik eine Chance für einen neuen Start in ihrer Außenpolitik gegeben. Wenig später fügte er hinzu: "Sollte ein solcher neuer ernsthafter Versuch scheitern (gemeint waren damit Verhandlungen der vier Mächte über eine Lösung der "deutschen Frage" -E.D), sollte es nicht gelingen, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems positiv zu lösen, dann stehen wir Sozialdemokraten in vollem Umfang zu den Erklärungen, die wir auf unserem Berliner Parteitag über die Bereitschaft der Sozialdemokraten zu einer Mitwirkung einer gemeinsamen Verteidigung der freien Welt beschlossen haben. (30)

Aufgrund der zahlreichen Protestaktionen und der äußerst kontrovers geführten innerparteilichen Diskussion über die Wiederaufrüstung entschloß sich die SPD-Führung nach der ersten Lesung der Pariser Verträge im Bundestag am 15./16. Dezember 1954 erstmals, auch außerparlamentarische Aktionen gegen die Ratifizierung zu unterstützen und mitzuorganisieren. Von selbst hätte sich der SPD-Bundesvorstand allerdings nicht zu einem solchen Entschluß durchringen wollen. Es war eine Reaktion auf den Druck von der Parteibasis, die notwendig war, um nicht vollends die Glaubwürdigkeit seiner Kritik an der Wiederaufrüstung gegenüber den Mitgliedern zu verlieren. (31)

Die Haltung des DGB

Vom 4. bis 9. Oktober 1954 fand der Dritte Bundeskongreß des DGB in Frankfurt/Main statt. Zu diesem Zeitpunkt waren die Beschlüsse der Londoner Neunmächte-Konferenz bereits bekannt, und die Remilitarisierung bildete eines der zentralen Themen

auf diesem Kongreß (s.S.214/15). Am letzten Tag verabschiedeten die 391 Delegierten mit 287 gegen 4 Stimmen eine Erklärung, in der es im letzten Absatz heißt:

"Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind mit dem Ziele, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen und die Einheit Deutschlands wieder herzustellen." (32)

Auch in den Gewerkschaften kam es erneut zu heftigen Diskussionen über die Haltung zur Wehrfrage. Hinter die Beschlüsse der Bundesjugendkonferenz und des Frankfurter Bundeskongresses stellten sich u.a.: die Ortsverwaltung Stuttgart der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), die Delegiertenversammlung der Gewerkschaft ÖTV, Emden, die Vertreterverwaltung der IG Bau, Steine, Erden, Land Bremen, die Delegiertenversammlung der IG Nahrung, Genuß und Gaststätten Ortsverwaltung Karlsruhe und viele andere. Zahlreiche antimilitaristische Demonstrationen gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge wurden von den Gewerkschaften mitorganisiert. (33)

Die Haltung der KPD

Die KPD war 1954 bereits umfangreichen politischen Verfolgungen durch die Staatsschutzorgane und Behörden ausgesetzt und konnte in der Öffentlichkeit nur unter halblegalen Bedingungen arbeiten. Am 23. November 1954 begann die mündliche Verhandlung vor dem ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe über das von der Bundesregierung beantragte Verbot der Partei. (34)

Auf ihrem letzten legal abgehaltenen Parteitag in Hamburg vom 28. bis 30. Dezember 1954 erklärten die Kommunisten in ihrem dort verfaßten Manifest "An das deutsche Volk":

"... Der Hamburger Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands ruft dem gesamten deutschen Volk zu: Die Stunde der Entscheidung ist gekommen! Jeder Deutsche ist heute vor die Wahl gestellt: entweder Pariser Verträge, d.h. Rekrutierung, Aufrüstung, Kriegsvorbereitung, Verelendung, Verewigung der Spaltung Deutschlands, Bruderkrieg, ja nationaler Selbstmord - oder Verhinderung der Pariser Verträge und damit Verhinderung der Rekrutierung, Verhinderung der Kriegspolitik. Das heißt: Der

Weg ist frei für eine Verständigung über freie und demokratische Wahlen in ganz Deutschland und damit für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland ...

Das sind die beiden Wege, zwischen denen jeder Deutsche sich entscheiden muß. Einen dritten Weg gibt es nicht."(35)

Stimmen aus der EKD gegen die Wiederbewaffnung.

Schließlich sind noch einige Beispiele von Protesten evangelischer Pfarrer und Theologen gegen die Wiederaufrüstung zu nennen. Eine einheitliche Auffassung in dieser Frage gab es innerhalb der EKD jedoch nicht.

Besondere Beachtung in der Öffentlichkeit fanden: Eine Erklärung der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland, die sie auf ihrer Herbsttagung in Leverkusen beschloß und an den Bundestag, Bundesrat, den Bundespräsident, die Bundesregierung und die politischen Parteien schickte; eine Erklärung von etwa 60 Dortmunder Pfarrern unter Superintendent Heuner; und Eingaben des Kreises um Pfarrer Hermann Sauer sowie von 27 bekannten Persönlichkeiten an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages anläßlich der ersten Lesung der Pariser Verträge.

In der Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften heißt es beispielsweise:

"... Wir können nur wiederholen, was in Noten der evangelischen Kirche in Deutschland und was freie Kreise innerhalb unserer Kirche immer wieder angesprochen haben: in der gegenwärtigen Lage wird eine "Politik der Stärke", die sich wesentlich auf die militärische Überlegenheit gründet, die Feindschaft zwischen den Staaten nur vertiefen, das gegenseitige Mißtrauen ins Ungemessene steigern und nicht dem Frieden dienen, sondern einer gewaltsamen Lösung den Boden bereiten."

Die Dortmunder Pfarrer schrieben: "... Aufrüstung bedeutet heute im Osten wie im Westen Aufrüstung zum Atomkrieg. Wer den Atomkrieg vorbereitet, muß mit dem Einsatz der Atomwaffen rechnen. Mit der geplanten Wiederaufrüstung Westdeutschlands übernehmen wir dafür die Mitverantwortung. Die können wir nicht tragen."

Und der Kreis um Pfarrer Sauer stellte fest: "...Die Fortführung der westlichen Taktik nur aus der Position der militärischen Stärke, sei es auch nur auf der Grundlage erst ratifizierter, nicht schon ausgeführter Militärverträge zu verhandeln, hat die angebahnte Tendenz zur internationalen Verständigung unterbrochen, die Spannung zwischen den Weltblöcken wieder verschärft, die Gefahr eines dritten Weltkrieges erhöht und die Aussichten für die deutsche Wiedervereinigung erneut verdüstert. Sie bedroht die in der UNO eingeleiteten Abrüstungsgespräche." (36)

Das Jahr 1955

1. Politische Entscheidungen

Erneute Ablehnung einer sowjetischen Note mit der Forderung nach Einberufung einer Viermächte-Konferenz

In einer Note vom 15. Januar 1955 wies die Sowjetunion nochmals auf die Folgen des NATO-Beitrittes für die BRD hin; dies werde zu einer ernststen Komplizierung der Lage in Europa führen. Die Sowjetunion forderte erneut Vier-Mächte-Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung, die durch eine Ratifizierung der Pariser Verträge "gegenstandslos und unmöglich" würde. Auch nahm sie in der Note zur Durchführung gesamtdeutscher Wahlen unter internationaler Kontrolle Stellung. (1)

Die Bundesregierung lehnte dieses Angebot mit der Begründung ab, es handele sich um einen Versuch, die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verhindern. (2)

Die Ratifizierung der Pariser Verträge im Bundestag

Am Donnerstag, dem 24. Februar 1955 begann trotz der bundesweiten Protestaktionen der "Paulskirchenbewegung" (S. 191 ff.) die Ratifizierungsdebatte über die Pariser Verträge im Deutschen Bundestag.

Neue Argumente oder Sachverhalte zur Wehrfrage gab es nicht mehr. Die Regierungsparteien verteidigten ihren Standpunkt, mit einer "Politik der Stärke" im westlichen Bündnis eines Tages die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen; die Opposition warnte vor den Folgen des NATO-Beitritts und insbesondere der nicht mehr revidierbaren Teilung Deutschlands.

Die zweite Lesung wurde am 26. Februar 1955 mit der Zustimmung zu den Vertragswerken abgeschlossen. Anträge der SPD zu Beginn der jeweiligen Aussprachen über eine unbefristete Absetzung der Beratung der Vertragswerke wurden abgelehnt. (3)

Am Sonntag, dem 27. Februar 1955 umriß der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer nochmals den Standpunkt seiner Partei. Unter ausdrücklichem Verweis auf die Beschlüsse des Berliner SPD-Partei-

tages 1954 (s.S. 205) erklärte er: "Wer in diesem Stadium und in dieser Lage die Ratifizierung der Verträge vor neue Verhandlungen über die Wiedervereinigung setzt, wenn auch nur vor einen Versuch, zu solchen neuen Verhandlungen zu kommen, der dokumentiert damit, daß er unter allen Umständen der definitiven Eingliederung der Bundesrepublik in das Nordatlantikpakt-System den Vorzug vor der Wiedervereinigung gibt." Und an anderer Stelle sagte er: "Wir halten die Verträge für kein geeignetes Mittel für die Sicherheit unseres Volkes. Wir halten sie für eine große Gefahr für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.... Wir fürchten, daß diese Verträge in Praxis die Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln sein werden." (4)

Nach Beendigung der insgesamt 41-stündigen Debatte stimmten die Regierungsparteien in ihrer Mehrheit den Pariser Verträgen zu. Damit war die endgültige parlamentarische Entscheidung über die Remilitarisierung der Bundesrepublik gefallen. (5)

Der Bundesrat ratifizierte die Pariser Verträge am 18. März 1955; der Bundespräsident unterzeichnete sie am 24. März 1955. Die Vertragswerke traten am 5. Mai 1955 in Kraft, und vier Tage später wurde die Aufnahme der BRD in die NATO vollzogen - genau zehn Jahre nach der bedingungslosen deutschen Kapitulation.

Als Antwort darauf schlossen sich die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion am 14. Mai 1955 zu einem militärischen Bündnis, dem "Warschauer Pakt", zusammen. (6)

Am 12. November 1955 überreichte der erste Verteidigungsminister der BRD, Theodor Blank, den ersten 101 Freiwilligen in der Bonner Ermekeil-Kaserne ihre Ernennungsurkunden als Soldaten der neuen westdeutschen Armee, deren Offizierskorps sich aus den ehemaligen Generälen der deutschen Wehrmacht zusammensetzte. (7)

Nach der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes im Juli 1956 durch den Bundestag wurden am 1. April 1957 die ersten 9.733 Wehrpflichtigen in diese Armee mit der amtlichen Bezeichnung Bundeswehr eingezogen. (8)

2. Die Protestaktionen

Von der SPD

In der Sylvesterausgabe des Parteiorgans "Neuer Vorwärts" prophezeihte der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer ein "Kampfjahr 1955" wegen der Ratifizierung der Pariser Verträge. (1)

Der Parteivorstand beschloß, ab Mitte Januar eine Protestkampagne im gesamten Bundesgebiet mit ca. 6.000 Veranstaltungen durchzuführen. Durch Flugblätter, Plakate, Fackelzüge, Schweigemärsche und Kundgebungen sollte die westdeutsche Bevölkerung über die Auswirkungen der Pariser Verträge und die Notwendigkeit gesamtdeutscher Verhandlungen informiert werden (2). Doch gab die SPD-Führung von vorneherein zu erkennen, daß sie die ordnungsgemäße Ratifikation der Pariser Verträge durch den Bundestag und eine Bestätigung darüber durch das Bundesverfassungsgericht respektieren werde. (3)

Von den Gewerkschaften

Auch die Unterstützung der DGB-Führung für die außerparlamentarischen Demonstrationen gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge war ein Zugeständnis an die starke antimilitaristische Stimmung in Teilen der Gewerkschaften, wie sie in zahlreichen Protestveranstaltungen zum Ausdruck kam:

Bei einer Demonstration gegen die Pariser Verträge auf dem Frankfurter Römerberg trat vor ca. 2000 Jugendlichen z.B. der erste Bundesvorsitzende der IG Holz, Heinz Seeger, als Redner auf (4). Und am 18. Januar 1955 kritisierte der ÖTV-Vorsitzende Adolph Kummernuß vor mehr als 20.000 Demonstranten beim Hamburger Gewerkschaftshaus die Ratifizierung der Pariser Verträge. (5)

Auf der Landesbezirkskonferenz des bayerischen DGB am 16. Januar 1955 in München übte der Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Viktor Agartz, heftige Kritik an der Remilitarisierungspolitik der Bundesregierung und der grundsätzlichen Zustimmung des DGB-Bundesvorstandes und des Vorsitzenden

Walter Freitag zu einem westdeutschen Wehrbeitrag im Rahmen einer europäischen Armee. Die Delegierten beauftragten den Landesvorstand, in Bayern umgehend ein Volksbegehren gegen die Wiederbewaffnung einzuleiten und beschlossen als konkrete Protestaktionen:

- Eine breite Aufklärung und Information der westdeutschen Bevölkerung mit Versammlungen, Kundgebungen und Fahrzeugkorsos;
- die Herausgabe einer Sonderbroschüre durch den Bundesvorstand des DGB über die Folgen der Wiederaufrüstung;
- eine geheime Abstimmung der ca. 6 Millionen Gewerkschaftsmitglieder über die Wiederaufrüstung;
- Volksbegehren und Volksentscheide in den Bundesländern, deren Verfassungen diese Verfahren zuließen;
- die Durchführung einer Sonderkonferenz des DGB in Bonn als Willenskundgebung gegen die Wiederbewaffnung;
- die Zusicherung des Rechtsschutzes für Kriegsdienstverweigerer durch die Gewerkschaften;
- Die Verpflichtung des DGB und der ihm angehörender Gewerkschaften, die Mitarbeit an Wehrgesetzen abzulehnen. (6)

Gegen die Forderung eines Volksentscheides in Bayern über die Wiederaufrüstung wandte sich jedoch der bayerische SPD-Vorsitzende Waldemar von Knoeringen und der bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner aus verfassungsrechtlichen Gründen. Nach ihrer Ansicht erlaubte es die bayerische Verfassung nicht, ein Gesetz gegen die Wiederbewaffnung auf dem Weg über ein Volksbegehren herbeizuführen, da es sich um eine ausgesprochene Bundesangelegenheit handele. (7)

Auch der Landesbezirksausschuß des DGB Bayern gab am 10. Februar 1955 wegen zu erwartender verfassungsrechtlicher Schwierigkeiten den Plan auf, den Volksentscheid durchzuführen. Er unterstützte stattdessen die bundesweite Unterschriftensammlung für das "Deutsche Manifest" (s.S.191 ff.). (8)

Von der KPD

Zu Beginn des neuen Jahres veranstaltete die KPD entsprechend ihrer Beschlüsse des Hamburger Parteitages vom Dezember 1954 eine Kampfwoche gegen die Remilitarisierung in mehreren Städten des Bundesgebietes, die mit einer großen Kundgebung am

10. Januar 1955 in der pfälzischen Stadt Pirmasens eröffnet wurde. Weitere Demonstrationen fanden in Bremen, Frankfurt/Main und Wanne-Eickel statt. (9)

In einer Stellungnahme zur Note der Sowjetunion vom 15. Januar 1955 warnten die Kommunisten vor der Ratifizierung der Pariser Verträge und begrüßten die Vorschläge zu gesamtdeutschen Verhandlungen. (10)

Von pazifistischen Organisationen

Die Internationale der Kriegsdienstgegner hatte in einer Stellungnahme vom Dezember 1954 zur Westintegrationspolitik erklärt: "... Aus einem Gefühl der Verantwortung vor unserem Gewissen dem deutschen Volke, Europa und der Welt sehen wir uns daher veranlaßt, ein eindeutiges Nein zur Londoner Akte und zum Pariser Vertrag zu sagen. Wir sind fest überzeugt, daß es für Deutschland nur eine realistische Politik gibt, die Politik guter Nachbarschaft und aktiver Neutralität." (11)

Die Kriegsdienstgegner führten in vielen Städten Demonstrationen gegen die Pariser Verträge und die damit verbundene Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch; z.B. in München am 8. Januar 1955 einen Schweigemarsch, an dem 400 Menschen, unter ihnen viele Gewerkschafter, teilnahmen, und am 24. Januar 1955 in Hamburg eine Großkundgebung, auf der als Hauptredner der sozialdemokratische Bundestagabgeordnete Heinz Kühn vor 2.300 meist jüngeren Demonstranten auftrat. (12)

Ebenso kritisierte der Westdeutsche Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft in einer Erklärung vom 16. Januar 1955 die Pariser Verträge, weil sie eine deutsche Wiedervereinigung unmöglich machten. Die DFG forderte die Bundesregierung auf, sofortige Verhandlungen mit der DDR-Regierung über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen in die Wege zu leiten und die Initiative für das Zustandekommen einer Viererkonferenz zur Lösung der "deutschen Frage" und für eine allgemeine Abrüstung zu ergreifen. (13)

Vom Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD)

Ca. 100 Frauen vom Demokratischen Frauenbund Deutschlands protestierten am 20. Januar 1955 in den Innenstädten von München und Nürnberg gegen die Remilitarisierung. Sie trugen mehrere Plakate, z.B. mit der Aufschrift "Nicht Wehrstellen, sondern Lehrstellen". Beide Demonstrationzüge wurden von der Polizei aufgelöst, da der DFD von den westdeutschen Staatsschutzorganen (s. S. 415, Fn.1) als "kommunistische Tarnorganisation" eingestuft wurde. (14)

Der DFD war zu Beginn der fünfziger Jahre im Bundesgebiet gegründet worden und hatte seitdem zahlreiche Protestaktionen gegen die Remilitarisierung durchgeführt, z.B. die Volksbefragungsaktion 1951/52 mit unterstützt.

Aufgrund der Bestimmungen des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes (s.S. 268) wurde gegen hunderte von Frauen, die für den DFD arbeiteten, ermittelt und zum Teil mehrmonatige Gefängnisstrafen verhängt. (15)

Auf dem Weg zur "Paulskirchenbewegung": die Initiative
von Gustav Heinemann

Der frühere Innenminister Gustav Heinemann versuchte mit der Organisation einer überparteilichen "Gesamtdeutschen Aktion" auf die politischen Ziele der GVP - die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie geheime Wahlen, Deutschlands Sicherung durch die gleichberechtigte Teilnahme an einem kollektiven Sicherheitspakt für Europa im Rahmen der Vereinten Nationen und die Beteiligung Deutschlands an der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas - hinzuarbeiten. Heinemann wandte sich in einem Schreiben u.a. an den früheren Reichskanzler Heinrich Brüning und den Fraktionsvorsitzenden der FDP Thomas Dehler, die die Adenauersche Westintegrationspolitik wegen der Gefahr der fortdauernden Teilung Deutschlands kritisiert hatten. Im Brief an Brüning schrieb der frühere Innenminister:

"Eine solche "Gesamtdeutsche Aktion" müßte sich oberhalb von allen Parteien, Konfessionen und wirtschafts- oder sozialpolitischen Differenzen auf breitester Grundlage, jedoch unter Ausschluß von KPD und BdD, sammeln und das Volk in Bewegung bringen. Da es für die nächsten drei Jahre keine Möglichkeit gibt, die regierungstreue Mehrheit in Bonn auf parlamentarischem Weg zu stoppen, ist die einzige Chance, auf die bedrohliche Entwicklung positiv einzuwirken, die eines wirklichen Volksplebiszits in Form einer Petition an den Bundestag, für die Millionen Unterschriften heute zu sammeln sind." (16)

Unterstützung erhielt Heinemann von bekannten evangelischen Theologen, wie Helmut Gollwitzer und Karl Barth, und nach anfänglichem Zögern vom SPD-Vorstand und Spitzenfunktionären der Gewerkschaften. Zusammen organisierten sie für den 29. Januar 1955 eine zentrale Kundgebung gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge in der Frankfurter Paulskirche. Es war das erste Mal, daß die SPD und die GVP Heinemanns zusammen mit den anderen Mitarbeitern eine solche Veranstaltung vorbereiteten. (17)

Die Kundgebung in der Paulskirche

Die Großkundgebung in der Frankfurter Paulskirche stand unter dem Motto: "Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus!". Vor ca. 1.000 Zuhörern, darunter über 100 in- und ausländischen Journalisten, sprachen der Soziologieprofessor Alfred Weber aus Heidelberg, der stellvertretende DGB-Vorsitzende Georg Reuter, die evangelischen Theologen Ernst Langer und Helmut Gollwitzer, der katholische Theologieprofessor Johannes Hessen, der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer und Gustav Heinemann. Einige Redeauszüge:

Georg Reuter: "... Wer ist befugt für unser Volk, die Entscheidung über diese lebenswichtige Frage zu treffen? Ich halte zu dieser Entscheidung allein befugt unser Volk in seiner Gesamtheit!

Bei aller Achtung und Hochachtung, die wohl jeder von uns den gesetzgebenden Körperschaften, nämlich Bundestag und Bundesrat einräumt, möchte ich doch meinen, der Bundestag und der Bundesrat sind mit dieser Entscheidung überfordert. Die Frage der Wiederaufrüstung ist von so großer und schicksalhafter Bedeutung für jeden einzelnen Menschen, daß man diese Entscheidung nicht in die Hand von 500 Abgeordneten legen kann..."

Ernst Langer: "... Man kann der Sache der Freiheit und des Friedens keinen schlechteren Dienst erweisen, als auf dem Wege der Angst und des Mißtrauens weiterzugehen. Wir glauben, daß durch den Verzicht auf die Pariser Verträge der Weg frei wird für eine wirkliche Neugestaltung des deutschen Lebens..."

Gustav Heinemann: "... Die westdeutsche Aufrüstung ist kein Weg zur Wiedervereinigung und zur Gestaltung Europas. Sieht man denn wirklich nicht, daß die dominierende Weltanschauung unter uns aus drei Sätzen besteht: Viel verdienen, Soldaten, die das verteidigen, und unsere Kirchen, die beides segnen?

Behauptungen wie diese, daß man mit den Sowjets weder verhandeln noch Verträge schließen könne, sind von einer verwerflichen Hoffnungslosigkeit. Wer nicht schießen will, muß sprechen..."

Erich Ollenhauer: "... Wir müssen diese Spaltung überwinden um des deutschen Volkes, um Europas und um des Friedens der Welt willen. Mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge übernehmen wir in der Bundesrepublik zum ersten Mal in dieser entscheidenden und weittragenden Weise aus freiem Entschluß die Verantwortung für eine Außenpolitik, die die große Gefahr einer Versteinerung der Spaltung Deutschlands in sich birgt..."

Die Veranstalter veröffentlichten außerdem ein "Deutsches Manifest" und riefen die Bevölkerung zur Unterzeichnung auf. Darin heißt es:

"Aus ernster Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands sind wir überzeugt, daß jetzt die Stunde gekommen ist, Volk und Regierung in feierlicher Form zu entschlossenem Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnenden Tendenzen einer endgültigen Zerreißung unseres Volkes aufzurufen..."

Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken...

In dieser Stunde muß jede Stimme, die sich frei erheben darf, zu einem unüberhörbaren Warnruf vor dieser Entwicklung werden... Wir appellieren an Bundestag und Bundesregierung, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, damit die vier Besatzungsmächte dem Willen unseres Volkes zur Einheit Rechnung tragen.

Die Verständigung über eine Vier-Mächte-Vereinbarung zur Wiedervereinigung muß vor der militärischen Blockbildung den Vorrang haben. Es können und müssen die Bedingungen gefunden werden, die für Deutschland und seine Nachbarn annehmbar sind, um durch Deutschlands Wiedervereinigung das friedliche Zusammenleben der Nationen Europas zu sichern.

Das deutsche Volk hat ein Recht auf seine Wiedervereinigung."(18)

Kritische Anmerkungen zur "Paulskirchenbewegung"

Bei näherer Betrachtung des "Deutschen Manifestes" fällt auf, daß der Inhalt sehr allgemein formuliert ist und außer dem Appell an den Bundestag und die Bundesregierung, sich mit aller Kraft für die Wiedervereinigung einzusetzen, keine Aufforderungen zu konkreten Kampfmaßnahmen gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge enthält. Der Wortlaut wurde den Initiatoren der Paulskirchenbewegung gerecht, ohne die unterschiedlichen Standpunkte und Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den Trägerorganisationen zur Wehrfrage bestanden, zu benennen. Er hatte Kompromißcharakter.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Georg Reuter wies bei der Eröffnung der Frankfurter Festsitzung ausdrücklich darauf hin, daß er als Privatperson und nicht als Mitglied des DGB-Bundesvorstandes teilnehme - d.h. daß die DGB-Führung sich ganz bewußt eine neutrale Position in der Frage der Ratifizierung der Pariser Verträge bewahren wollte. (19)

Ferner bedeutete das Motto "Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus!" eine klare Absage an eine Zusammenarbeit mit der KPD. Die Veranstalter waren so sehr auf eine Abgrenzung zu dieser Partei bedacht, daß nur geladene Gäste in die Paulskirche eingelassen wurden. Sie begründeten diese Maßnahme mit zu erwartenden "kommunistischen Störversuchen". Als Folge davon drängten sich mehrere hundert Menschen während der Veranstaltung vergeblich vor der Paulskirche, um etwas zu hören, weil sie keine Einladungen besaßen. (20)

Die Kommunisten begrüßten die Frankfurter Kundgebung, kritisierten aber, daß die Losung "... nicht dazu geeignet ist, die Einheit aller Gegner der Pariser Verträge zu schmieden, ja, daß es sogar der Sache unseres Volkes schädlich ist." (21)

Es war ein "Pro-Forma-Engagement" der SPD - und der DGB-Führung in der "Paulskirchenbewegung", das der ehemalige Gewerkschaftsfunktionär Theo Pirker folgendermaßen einschätzte:

Als eine Aktion, "durch die es der sozialdemokratischen Partei gelingen sollte, in der Frage des Wehrbeitrags und der Wiedervereinigung auch stärkere bürgerliche Kräfte für ihre Politik

zu gewinnen. Die Paulskirchenbewegung war nur als ein nicht plebiszitäres moralisches Plebiszit gedacht. Dieses Plebiszit verlief im Rahmen der verfassungsmäßig vorgezeichneten Formen der politischen Willensbildung und war im Hinblick auf die zu erwartende politische Wirksamkeit gleich null. Im Grunde aber kanalisierte die SPD mit dieser Paulskirchenbewegung für die Wiedervereinigung Deutschlands und gegen die Wiederaufrüstung alle antimilitaristischen Tendenzen, die auf außerparlamentarische Aktionen drängten - sowohl in der Partei als besonders in den Gewerkschaften. Die Paulskirchenbewegung vom Januar/Februar 1955 war eine außerparlamentarische Bewegung im Rahmen der Gesetze des bürgerlichen Wohlbehagens. Sie war eine höchst moralische Aktion, sozusagen eine "reine Aktion." (22)

Diesem Urteil ist zuzustimmen. In der Tat besaß die nach der Frankfurter Kundgebung einsetzende "Paulskirchenbewegung" auf die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag keinerlei Einfluß, die jedoch eine klare Annahme der Pariser Verträge erwarten ließen. Mit Unterschriftensammlungen zum "Deutschen Manifest" war daran nichts zu ändern.

Die SPD-Führer waren genötigt, den antimilitaristischen Strömungen in der Partei Rechnung zu tragen, von denen sie sich wegen ihrer grundsätzlichen Bejahung eines deutschen Verteidigungsbeitrages in den Jahren zuvor immer weiter entfernt hatten. Die Parteiführung suchte sich der Basis mit ihrem "antimilitaristischen" Engagement gegen die Pariser Verträge wieder anzunähern: Ein Beispiel dafür, wie die Führung der deutschen Sozialdemokratie sich an die Spitze einer Bewegung stellt, um ihr letztendlich den Wind aus den Segeln zu nehmen. Anders ist das rasche Auseinanderfallen der im folgenden dargestellten "Paulskirchenbewegung" nach der Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Bundestag m.E. nicht zu erklären. Denn der Organisationsapparat für diese Protestaktionen lag zum großen Teil in den Händen der SPD. Nach dem 27. Februar 1955 bekundete die Parteiführung ihre Loyalität zu der getroffenen Entscheidung, und

mehrere ihrer Funktionäre erklärten sich zur Mitarbeit an der Erstellung der Wehrgesetze bereit, um "demokratische Prinzipien" zu verankern. Die Organisation von weiteren Protestkundgebungen gegen die Verwirklichung der Inhalte der Pariser Verträge wurde eingestellt.

Ähnliches gilt für die DGB-Führung. Nach dem 27. Februar 1955 wurde im DGB-Organ "Welt der Arbeit" erklärt, die Pariser Verträge seien nun "verpflichtendes Gesetz", das respektiert werden müsse. (23)

Verlauf der "Paulskirchenbewegung"

In den Tagen und Wochen nach dem 29. Januar 1955 wurde von den Initiatoren der Frankfurter Kundgebung die Unterschriftensammlung zum "Deutschen Manifest" im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Diese "Paulskirchenbewegung" übertraf zahlenmäßig mit ihren in die Tausende gehenden Veranstaltungen und Demonstrationen alle bisherigen Protestaktionen der westdeutschen Friedensbewegung gegen die Wiederaufrüstung.

Der DGB-Vorstand verstand nach den Worten des ÖIV-Vorsitzenden Adolf Kummernuß diese Aktion als "Volksbewegung zur Wiedervereinigung Deutschlands", um den Pariser Vertragswerken begegnen zu können.

Nach Angaben des SPD-Vorstandes sollten mit der Kampagne zwei Ziele verfolgt werden:

1. Die noch schwankende und unentschlossene Masse der deutschen Öffentlichkeit von den Argumenten der Opposition zu überzeugen, daß die Ratifizierung die Versteinerung der Spaltung Deutschlands bedeute und Anlaß zu steter Unruhe im Herzen Europas sein werde.
2. Das Fernziel sei, im Fall der Ratifizierung klar zu machen, wer dann die Verantwortung für die nach Ansicht der SPD katastrophalen Folgen für die deutsche Wiedervereinigung zu tragen habe. (24)

Die SPD führte an vier Plätzen im Bundesgebiet - in Dortmund, Herford-Land, Aschaffenburg-Land und Hof - eine Befragung der wahlberechtigten Bevölkerung durch, ob sie die Forderung des

"Deutschen Manifests" bejahe, vor der Ratifizierung der Pariser Verträge über die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhandeln. An eine Ausdehnung dieser Befragungsaktion, die nach den Worten Erich Ollenhauers ausdrücklich nicht als Volksbefragung, sondern als private Meinungserhebung zu verstehen sei, war von Seiten der SPD nicht gedacht. (25)

Die vier genannten Orte waren sowohl Mehrheitswahlkreise von CDU/CSU wie der SPD und eines gemischt-industriell -ländlichen Kreises, um ein pluralistisches Meinungsbild zu garantieren.

Die wahlberechtigte Bevölkerung erhielt in der Form von Postwurfsendungen einen Brief der SPD, dem "Deutsche Manifest" auf einer beiliegenden Unterschriftenliste zuzustimmen. Einige Tage später sammelten Funktionäre und Mitglieder der SPD die Listen mit Besuchen von Haus zu Haus wieder ein.

Nach Angaben des SPD-Vorsitzenden Ollenhauers sprachen sich zwischen 40 % und 57 % der befragten Bevölkerung für die Inhalte des "Deutschen Manifests" aus. Z.B. unterschrieben:

- in Dortmund bis zum 23. Februar 1955 170.549 von 468.000 über 17 Jahre alten Einwohnern.
- In Hof 49,7 % der wahlberechtigten Bevölkerung. Die Befragung ergab 19.918 gültige Unterschriften (entsprach 48,5 % der an der Aktion erfaßten Personen). Etwa 6.000 Wahlberechtigte wurden bei der Befragung nicht angetroffen.

Nach einer gleichfalls im Auftrag der SPD unabhängig von diesen Befragungen vorgenommenen Meinungserhebung stimmten 56 % der befragten Personen dem "Deutschen Manifest" zu. (26)

Die Kommunisten unterstützten die Unterschriftensammlung für das "Deutsche Manifest", führten an mehreren Orten Befragungen durch und forderten eine zentral geleitete Volksabstimmung über die Pariser Verträge.

Im Bremer Stadtparlament stimmten sie am 9. Februar 1955 zusammen mit der SPD einer EntschlieÙung mit folgendem Inhalt zu: "Die Bürgerschaft des Landes Bremen stellt sich hinsichtlich der Pariser Verträge hinter das in der Paulskirche zu Frankfurt am 29. Januar 1955 beschlossene "Deutsche Manifest".

Wegen dieser von der SPD eingebrachten EntschlieÙung hatten vor der Abstimmung die Fraktionen von CDU, FDP und DP aus Protest den Sitzungssaal verlassen.

Solche Beispiele einer Bündnispolitik zwischen der KPD und der SPD blieben jedoch Einzelfälle. (27)

Veranstaltungen und Demonstrationen gegen die Pariser Verträge, die meistens mit Unterschriftenaktionen für das "Deutsche Manifest" verbunden und von der SPD und dem DGB mitorganisiert wurden, fanden u.a. statt:

- am 1. Februar 1955 in der Bremer Sporthalle mit 5.000 Besuchern;
- am 10. Februar in West-Berlin im Casino am Funkturm, wo sich 1.500 Besucher einfanden;
- am 12. Februar auf dem Frankfurter Römerberg. An dem anschließenden Demonstrationzug nahmen nach Angaben der Polizei 6.000 Menschen teil;
- am 15. Februar in Göttingen in der Freihof-Turnhalle mit ca. 1.300 Zuhörern;
- am 17. Februar in Nürnberg in der Kaiserstallung auf der Burg mit mehreren hundert Teilnehmern. Dort sprach die frühere Bundestagsabgeordnete Helene Wessel;
- am 18. Februar in Würzburg in der Frankenhalle mit ca. 700 Teilnehmern;
- am 25. Februar auf dem Königsplatz in München mit 20.000 Besuchern. (28)

Die bundesweiten Unterschriftensammlungen zum "Deutschen Manifest" erbrachten ähnliche Ergebnisse wie die von der SPD in den vier genannten Wahlkreisen durchgeführten Befragungsaktionen. In Bayern wurden beispielsweise innerhalb von drei Wochen eine viertel Million Unterschriften ausgezählt, davon in Nürnberg 60.000.

Bei allen Befragungsaktionen achteten die Unterschriftenkomitees bei der Auszählung, die unter notarieller Aufsicht durchgeführt wurde, sorgsam auf Fehlerquellen (Doppelstimmen, nicht wahlberechtigte Personen, usw.), um ein möglichst unverfälschtes Ergebnis zu erhalten. (26)

Auffallend ist die Differenz der Ergebnisse zu denen der Volksbefragungsaktion von 1951/52. Stimmten damals über 90 % der befragten Personen gegen die Remilitarisierung und für den Ab-

schluß eines Friedensvertrages, so sprachen sich bei den Befragungsaktionen 1955 durchschnittlich zwischen 50 % und 60 % für das "Deutsche Manifest" aus. Berücksichtigt werden muß jedoch, daß diese Befragungsaktionen hinsichtlich ihrer Vorbereitung und Durchführung nicht miteinander vergleichbar sind.

Eine Erklärung für dieses Phänomen ergibt sich m.E. aus zwei Gründen:

1. Die pazifistische Grundbestimmung in der Bevölkerung, die in der "Ohne-Mich"-Bewegung und der Volksbefragungsaktion ihren deutlichen Ausdruck gefunden hatte, war zwar nach wie vor vorhanden. Doch aufgrund der genannten Faktoren, wie sie bereits im Zusammenhang mit der Erklärung des Bundestagswahlergebnisses 1953 genannt worden sind, wurde sie von der Zustimmung der Bundesbürger zur Politik der Westintegration der Bundesregierung (s.S. 158) immer mehr überlagert. Die von Karl Otto konstatierte Brüchigkeit der Motivationsstruktur (s.S. 73) zeigte ihre Auswirkungen.
 2. Der Inhalt des "Deutschen Manifests" beließ es bei einem Appell an den Bundestag und die Bundesregierung, sich für Viermächte-Verhandlungen zur Lösung der "deutschen Frage" einzusetzen. Dieser Umstand dürfte sich bei zahlreichen Gegnern der Wiederaufrüstung eher resignierend ausgewirkt haben, so daß sie Sinn und Zweck der Unterschriftensammlungen ohne entsprechende Kampfactionen in Frage stellten und das "Deutsche Manifest" nicht unterschrieben.
- Ein Kommentar der "Neuen Züricher Zeitung" zu den Unterschriftensammlungen, die vom Ausland mit großem Interesse verfolgt wurden, bestätigt diese Vermutung. Das Blatt schrieb: "Der Zustrom des Publikums ist respektabel, aber die leidenschaftliche Anteilnahme der ganzen Bevölkerung bleibt nach wie vor aus. Ohne die Wirkung der Kampagne gegen die Pariser Verträge zu unterschätzen, hat sich doch bisher die Hoffnung der Sozialdemokratie auf eine alle Dämme einreißende Volksbewegung nicht erfüllt, und die eine Zeit lang bei der christlich-demokratischen Union gehegte Befürchtung, daß die Regierung die Herrschaft über die Lage verlieren könnte, ist einer nüchternen Beurteilung gewichen." (29)

Verschärfung des innerpolitischen Klimas

Die Bundesregierung startete zur "Paulskirchenbewegung" eine bundesweite Gegenaktion mit der Verteilung von Flugblättern, Plakatschlägen sowie zahlreichen Versammlungen, auf denen führende Politiker wie z.B. die Minister Ludwig Erhard, Fritz Schäffer, Anton Storch und Franz-Josef Strauß sprachen. Die Gegenkampagne wurde mit einer Kundgebung am 8. Februar 1955 im Frankfurter Messegebäude mit einer Rede des Bundeskanzlers eröffnet.

Gegen diese Veranstaltung demonstrierten Mitglieder der SPD, der KPD, der IDK u.a. Durch eine große Menge gefälschter Eintrittskarten hatten sie sich Einlaß in die Messehalle verschafft und unterbrachen wiederholt mit Zwischenrufen und Störversuchen die Rede Adenauers. Draußen verteilten sie Flugblätter und riefen Sprechchöre wie: "Eins, zwei, drei, vier - Adenauer fort von hier!".

Die IDK zeigte Transparente mit einem Ausspruch Hitlers vom 1. März 1939: "Der Friede wird nur durch ein scharfes Schwert gesichert."

Die Polizei ging gegen die Demonstranten mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln vor und nahm ca. 100 von ihnen vorübergehend fest.

Ähnliche Vorfälle ereigneten sich bei weiteren Veranstaltungen, die im Rahmen der Gegenkampagne durchgeführten wurden, z.B. in Aachen, Augsburg, Hof und Freiburg. (30)

Als die Regierungsparteien am 16. Februar 1955 in der Hamburger Ernst-Merck-Halle vor 7.000 Zuhörer eine Großkundgebung mit dem Bundeskanzler und den Parteivorsitzenden von FDP, DP und BHE, Thomas Dehler, Heinrich Hellwege und Theodor Oberländer durchführten, organisierte die SPD am darauffolgenden Tag an gleicher Stelle eine Gegenveranstaltung. Auch hier war die Ernst-Merck-Halle voll besetzt. (31)

Im Rahmen der Gegenkampagne erhielten in den genannten Wahlkreisen, wo die SPD ihre Befragungsaktionen durchführte, die Haushalte ebenfalls Postsendungen der Bonner Koalitionsparteien, in denen vor der Unterzeichnung des "Deutschen Manifests" aus-

drücklich gewarnt wurde, weil, wie es im Text hieß, die SPD "im Sinne der Sowjets" handle. (32)

Auch während der Unterschriftensammlungen ließen die Regierungsparteien zur gleichen Zeit Gegenflugbbätter verteilen, so daß die Presseberichte von einem regelrechten "Flugblatt-Krieg" sprachen. (33)

Bundesvorstand und -ausschuß des DGB veröffentlichten am 17. Februar 1955 eine Erklärung, in der sie die vier Besatzungsmächte, den Bundestag und die Bundesregierung aufforderten, umgehend neue Schritte für die Wiedervereinigung Deutschlands zu unternehmen. Die Ratifizierung der Pariser Verträge müsse solange ausgesetzt werden, bis durch neue Viermächte-Verhandlungen geklärt sei, unter welchen Bedingungen die Wiedervereinigung Deutschlands möglich wäre. Die beiden Gewerkschaftsgremien wußten sich in dieser Forderung einig mit der gesamten Mitgliedschaft des DGB. (34)

Diese Erklärung wurde von der Bundesregierung mit aller Schärfe zurückgewiesen. Die ihr nahestehende Zeitung "Rheinischer Merkur" gab folgenden Kommentar zum Engagement der SPD und des DGB in der "Paulskirchenbewegung" ab:

"Die vom Wehner-Flügel der SPD im Zusammenspiel mit dem radikalen DGB-Kreis um Reuter, Agartz und Wönnner ausgeheckte gesamtdeutsche Manifest-Bewegung trägt die entscheidenden Merkmale des konspirativen Plebiszits." (35)

Die wirkliche Sorge Bundeskanzler Adenauers lag in möglichen geschlossenen Kampffaktionen der Gewerkschaften begründet, aber nicht in der "Paulskirchenbewegung", die ihm vorkam "wie ein rotes Gericht, das mit einigen grünen Salatblättern verziert war." (36)

Diese Bedenken erwiesen sich als unbegründet. Die DGB-Führung sicherte dem Kanzler entsprechend ihrer "Politik der konstruktiven Mitarbeit" (s.S. 211) zu, daß sie alles unternehmen werde, um die Gewerkschaften in den Tagen der Debatte zu disziplinieren. (37)

Die bundesweiten Protestaktionen hielten bis zur Ratifizierungsdebatte an. Zahlreiche Delegationen aus Betrieben, Gewerk-

schaften, Jugendorganisationen und anderen Gruppen reisten nach Bonn und überbrachten den Bundestagsabgeordneten Forderungen ihrer Organisationen und tausende von Unterschriften für das "Deutsche Manifest". (38)

Der KPD-Vorsitzende Max Reimann forderte über den Deutschlandsender der DDR die westdeutsche Arbeiterschaft auf, die Ratifizierung der Pariser Verträge durch Streiks und Demonstrationen, auch in Bonn, zu verhindern. (39)

Ein Arbeitskreis prominenter bürgerlicher Politiker, in dem sich u.a. Reinhold Maier, Gustav Heinemann und der frühere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht trafen, veröffentlichte am 26. Februar 1955 einen ausführlichen Aufruf, in dem vor den Folgen der Ratifizierung gewarnt wurde. Doch blieb die erwartete Resonanz in der Öffentlichkeit aus. (40)

Demonstrationen gegen die Ratifizierungsdebatte

Zu Beginn und während der Ratifizierungsdebatte kam es im Bundesgebiet zu vereinzelten Warnstreiks.

In Bonn fanden Protestkundgebungen statt. Die Demonstranten, die meist mit Bussen und Zügen in die Bundeshauptstadt gefahren waren, trugen Transparente mit Losungen wie z.B.: "Wir wollen keine Söldner sein; Deutsche an einen Tisch; Nie wieder Krieg, nie wieder Barras". Bei einem Demonstrationszug am Nachmittag des 24. Februar 1955 nahmen ca. 1.000 Personen teil. Teilweise setzte die Polizei Wasserwerfer gegen die Demonstranten ein, vereinzelt kam es zu Handgemengen mit der Polizei. Die auf dem Frankenplatz angesetzte Kundgebung, bei der Heinz Renner von der KPD sprechen sollte, konnte nicht abgehalten werden. Die Demonstranten zogen in kleinen Gruppen in die Innenstadt. (41)

Auch in der DDR fanden zur selben Zeit zahlreiche Protestkundgebungen gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge statt. (42)

Doch mit der Ratifizierung durch den Bundestag war die endgültige Entscheidung über die westdeutsche Remilitarisierung gefallen.

III. DIE HALTUNGEN VON SPD, DGB, KPD, NEUTRALISTISCHEN GRUPPEN UND DER KIRCHEN ZUR WIEDERAUFRÜSTUNG

Einleitung

In diesem III. Teil möchte ich die wichtigsten Stellungnahmen von SPD, DGB, KPD, Neutralistischen Gruppen und den Kirchen zur Wehrfrage zusammenfassend darstellen. Sie haben mit ihrer Kritik an der Sicherheitspolitik der Bundesregierung die Entstehung und Entwicklung der westdeutschen Friedensbewegung entscheidend mit beeinflusst. Grundsätzliche Einigungen, Bündnisse und Absprachen zwischen diesen Organisationen über den gemeinsamen Widerstand gegen die Remilitarisierung gab es wenig, am ehesten noch zwischen der SPD und dem DGB. Die antimilitaristische Oppositionsbewegung war in unterschiedliche Lager gespalten: In Christen, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Kommunisten, Unabhängige und Neutralistische Gruppen, von denen einige mehr national-konservativ, andere mehr pazifistisch und links orientiert waren. Eine geschlossene und beständige Aktionseinheit gegen die Remilitarisierung hat es nicht gegeben.

Bei den folgenden Kapiteln handelt es sich nicht um detaillierte Studien über die Rolle der hier genannten Organisationen in der westdeutschen Friedensbewegung. Die Kapitel über die SPD, die Neutralistische Opposition und die EKD sind Zusammenfassungen bereits vorliegender Untersuchungen, die ich mit eigenen Ergänzungen versehen habe, wo ich es für notwendig hielt. (1) Die Kapitel über DGB, KPD und der katholischen Kirche geben lediglich einen Überblick über die Haltung dieser Organisationen zur Wiederaufrüstung. Ausführliche Untersuchungen über diese Thematik können sie nicht ersetzen. Nach meinen Kenntnissen fehlen entsprechende Studien über die KPD und den DGB bis heute.

Die Haltung der SPD

Um die Haltung der SPD zur Remilitarisierung zu verstehen, ist eine kurze Darstellung über die deutschland-politischen Vorstellungen der Parteiführung nach dem Zweiten Weltkrieg erforderlich, insbesondere von Kurt Schumacher, der 1946 zum Vorsitzenden der SPD in den Westzonen gewählt wurde. (2)

In den "politischen Richtlinien" von 1945 legte Schumacher sein politisches Konzept für die Nachkriegsjahre in Deutschland dar. Er erklärte darin u.a.:

"Aus dem Klassencharakter des Nazismus ergibt sich zu seiner Überwindung als Konsequenz: der Sozialismus. Die Voraussetzung ist die völlige Zerschlagung der finanzkapitalistischen, imperialistischen und militärischen Linie. Die Arbeit kann sich nicht im Negativen erschöpfen. Das positive Ziel und einzige ausreichende Sicherung gegen die Wiederkehr solch volkszerstörender und weltgefährdender Kräfte ist die Änderung der ökonomischen und gesellschaftspsychologischen Voraussetzungen deutscher Politik." (3)

Schumacher beanspruchte im Nachkriegsdeutschland den Führungsanspruch für die SPD als moralisch integrierender politischer Kraft aufgrund ihrer demokratischen Tradition und ihres "antifaschistischen Kampfes" in bewußter Rivalität zur KPD.

Schumacher war extremer Antikommunist und grenzte sich bewußt von einer Zusammenarbeit mit der KPD und der im April 1946 gegründeten SED ab. Bei seiner politischen Arbeit erhielt er von der britischen und amerikanischen Besatzungsmacht indirekte Unterstützung. (4) Er entwickelte stattdessen die Konzeption des sog. "Dritten Weges" zwischen westlichem Kapitalismus und östlichem Sozialismus (s.S. 44). Ein neutralistisches Deutschland allerdings kam für die SPD-Führung nicht in Frage; die Westorientierung behielt für sie Priorität.

Folglich begrüßte die Partei den amerikanischen Marshall-Plan als "Initialzündung zur wirtschaftlichen Gesundung Westeuropas." (5) Seit dem Mai 1947 entwickelte Kurt Schumacher diese deutschlandpolitischen Vorstellungen zur sog. "Magnetkonzeption" weiter: ein wiedervereinigtes Westeuropa könne durch seine wirtschaftliche und soziale Stärke wie ein Magnet auf die sowjetische Besatzungszone (SBZ)

und die osteuropäischen Staaten wirken. Der Sowjetunion werde gar nichts anderes übrig bleiben, als die SBZ aus ihrem Machtbereich zu entlassen. (6)

SPD und Wiederaufrüstung

Nachdem sich die Spaltung Deutschlands spätestens im Jahre 1947 abzuzeichnen begann, bezog die SPD zum Thema Wiederbewaffnung erstmals ausführlich Stellung. Der Parteivorstand verfaßte auf einer Tagung in Bad Godesberg am 10./11. Dezember 1948 eine Entschliebung, in der es heißt:

- "1. Die Frage der deutschen Wehrverfassung liegt nicht im Bereich der deutschen Zuständigkeit...
5. Die Frage einer künftigen Wehrverfassung ist abhängig von der Rolle, die Deutschland in einer künftigen europäischen Gemeinschaft spielen wird. Eine Diskussion darüber kann nur unter dem Gesichtspunkt der unbedingten Notwendigkeit eines Systems internationaler kollektiver Sicherheit geführt werden." (7)

Mit dieser Entschliebung deutete sich die ambivalente Haltung der SPD-Führung zur Wehrfrage bereits an.

Zunächst sprach sie sich in den Jahren 1949/50 gegen die Wiederbewaffnung aus. In der Broschüre "Sicherheit und Ruhrkontrolle" vom Frühjahr 1950 wurde eine völlige Waffenlosigkeit Deutschlands gefordert, worin der entscheidende Beitrag zur Rettung Europas liege (8). Hier spielte bereits der Gedanke der "Magnetkonzeption" eine Rolle: Die militärische Bedrohung der BRD durch die Sowjetunion sah die SPD aufgrund dieser Einschätzung nicht als realistisch an.

Auf dem Hamburger SPD-Parteitag (21. bis 25. Mai 1950) wurde erklärt:

"Der Parteitag bestätigt und bekräftigt den Entschluß des Parteivorstands, sich jeder Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen. Die SPD lehnt eine Wiederaufrüstung und die Einführung einer militärischen Dienstpflicht ab." (9)

Die Offensivstrategie Kurt Schumachers

Nach dem Beginn des Korea-Krieges änderte sich die Haltung der SPD in der Wehrfrage.

Kurt Schumacher entwickelte in den folgenden Wochen eine eigene militärische Offensivstrategie. Seine Vorstellungen gab er auf einer Pressekonferenz am 23. August 1950 in Bonn der Öffentlichkeit bekannt.

Schumacher kritisierte Adenauers Angebot, deutsche Truppen innerhalb einer europäischen Streitmacht zu integrieren (s.S.63), weil damit keine wirkliche Änderung der Weltlage herbeigeführt werden könne. Das sei nur möglich durch eine "Konzentration der Kräfte der Weltdemokratie" mit den USA an der Spitze. Damit Deutschland im Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung, die Schumacher zwischen den USA und der Sowjetunion heraufziehen sah, nicht noch einmal zerstört werde, müßte es mit Hilfe der Westmächte möglichst weit östlich verteidigt werden. Schumacher erklärte:

"Die deutsche militärische Leistung hat dann einen Sinn, wenn die Weltdemokratie Deutschland offensiv nach dem Osten verteidigt, d.h., Deutschland vor den schwersten Zerstörungen bewahren und als Antwort auf einen russischen Angriff östlich von Deutschland die Kriegsentscheidung suchen will. Das ist die erste und materiell die einzige Voraussetzung: für das Ja und Nein der deutschen Aufrüstung." Er führte weiter aus:

"Der militärische Gegenstoß der Demokratie muß die Kriegsentscheidung an Njemen oder Weichsel suchen und leisten können. Alles andere dient nicht der erfolgreichen Verteidigung, sondern der sicheren Zerstörung Deutschlands."

Schumacher ging damit von ähnlichen Überlegungen aus, wie sie frühere Wehrmachtsgeneräle in der Himmeroder Denkschrift vom Oktober 1950 entwickelten (s.S. 67). (10)

Eine wichtige Rolle in Schumachers militärpolitischer Konzeption spielte auch der Gedanke des Erreichens einer unlösbaren Schicksalsgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten, die sich für die Wiedervereinigung Deutschlands einsetzen sollten - mit einer politischen Offensive, die neben der militärischen durch wirtschaftliche und soziale Stärke getragen

Schumacher brachte seine bejahende Einstellung zum Militär auch damit zum Ausdruck, daß er regelmäßige Kontakte zu den militärischen Beratern des Bundeskanzlers um den Grafen Schwerin pflegte, in seiner Partei die pazifistischen Strömungen und die Idee der Kriegsdienstverweigerung bekämpfte und anlässlich der Diskussion um die Wiedereinführung von militärischen Orden aus dem Zweiten Weltkrieg im Sommer 1951 erklärte, seine Partei habe gegen das Tragen von Tapferkeitsauszeichnungen nichts einzuwenden. (12)

Von der aufkommenden "Ohne-mich-Bewegung" grenzte sich die SPD-Führung, die Schumachers Vorstellungen zur Wehrfrage unterstützte, scharf ab. Auf einer Pressekonferenz in Heidelberg im Januar 1951 erklärte der Parteivorsitzende, der "Ohne-mich-Komplex" im deutschen Volk habe mit der SPD nichts zu tun. Diese Haltung sei ein Kind der öffentlichen Diskussion, ein Stück psychischer Haltung des deutschen Volkes nach dem Kriege, die niemals als politisch gestaltender Faktor angesehen werden könne. (13)

Genauso lehnte die Parteiführung aus ihrem vorbehaltlosen Bekenntnis zum parlamentarischen System die seit dem Herbst 1950 zur Diskussion stehende Volksbefragung über die Remilitarisierung ab. Schumacher nannte sie auf einer Parteivorstandssitzung eine "sehr gefährliche Sache", weil damit ein außenpolitisch negativer Eindruck entstehen könnte, der vom deutschen Volk gar nicht gewünscht werde. Es gehe darum, ob das Parlament noch fähig sei, den Volkswillen wirklich zu vertreten. (14)

Als die Volksbefragungsaktion im Frühjahr 1951 anließ, befürwortete die Parteiführung mit dem Hinweis auf die "kommunistische Unterwanderung" ausdrücklich das von der Bundesregierung ausgesprochene Verbot und ließ bundesweit Plakate anschlagen, die vor der Teilnahme an der Volksbefragung warnten. (15)

Als Alternative zur Volksbefragung schlug die SPD-Führung Neuwahlen zum deutschen Bundestag vor, durch die sie eine regierungsfähige Mehrheit zu erreichen hoffte. Am 30. Oktober 1950 trafen Kurt Schumacher und einige weitere SPD-Führer mit Martin Niemöller und anderen Vertretern der Bekennenden Kirche zu einer vielbeachteten Konferenz in Darmstadt zusammen, um über

die Wiederbewaffnung zu diskutieren. Der SPD ging es darum, sich für ihre Forderung nach Neuwahlen des deutschen Bundestages eines moralischen Rückhaltes von anerkannten Personen des öffentlichen Lebens zu versichern. Die Gesprächspartner waren sich in der Forderung nach Neuwahlen einig, nur ein neu gewählter Bundestag könnte zur Remilitarisierung für das deutsche Volk sprechen, denn die Frage der Wiederbewaffnung sei bei den Beratungen des Grundgesetzes und der ersten Bundestagswahl noch nicht aktuell gewesen. (16)

Schließlich verwarf die SPD-Führung auch neutralistische Vorstellungen zur Lösung der "deutschen Frage" wie z.B. vom Nauheimer Kreis (s.S. 89), und ebenso die Vorschläge des DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl für eine gesamtdeutsche Verständigung (s.S. 80).

In dieser Zeit, schreibt Ulrich Buczyłowski dazu, waren für die SPD die Wiederaufrüstung, die Westintegration und die Wiedervereinigung nicht unvereinbar. (17)

Die Loslösung von der Schumacher'schen Offensivstrategie

Nach der Washingtoner Konferenz der Westmächte im September 1951 (s.S. 92) begann Kurt Schumacher langsam von seiner Offensivkonzeption abzuweichen.

Er bewertete die Beschlüsse der Konferenz als Zugeständnis der USA an Frankreich. Mit der angestrebten EVG war nach seiner Ansicht das von ihm geforderte starke Europa und ein wiedervereinigtes und politisch souveränes Deutschland nicht zu verwirklichen.

Der Hinweis auf die Gefahr der fortdauernden Teilung Deutschlands gewann in der Kritik der SPD an der Sicherheitspolitik der Bundesregierung immer stärkeres Gewicht. Hieraus erklärt sich die ablehnende Haltung der Partei zum Schuman- und Pleven -Plan, sowie zu der EVG und später zur Ratifizierung der Pariser Verträge.

Schumacher forderte nun eine baldige Viererkonferenz der Großmächte über die "deutsche Frage" und sprach sich dafür aus, die Angebote der DDR-Regierung für gesamtdeutsche Gespräche auf

ihren Echtheitsgehalt überprüfen zu lassen - völlig im Gegensatz zu seiner früheren Einstellung. (18)

Nachdem der Parteivorsitzende im Dezember 1951 einen Schlaganfall erlitten hatte, übernahmen seine Parteifreunde mit Erich Ollenhauer an der Spitze diese geänderte Konzeption zur Wehrfrage.

Die von der SPD eingereichte Feststellungsklage vom 31. Januar 1952 (s.S. 143) ist als erster praktischer Schritt im Zusammenhang dieser geänderten Praxis zu sehen.

Der Wehrexperte der SPD, Fritz Erler, beschrieb die damalige Haltung seiner Partei zur Remilitarisierung in seiner Schrift "Soll Deutschland rüsten?" treffend so: Der schmale Weg der deutschen Außenpolitik könne nur zwischen dem bedingungslosen Nein "das uns zu Satelliten der russischen Politik macht", und dem bedingungslosen Ja, "das uns als Satelliten der amerikanischen Politik unterwirft", verlaufen. Folglich müsse als erster Schritt in dieser Frage eine Konferenz der vier Mächte über die friedliche Wiedervereinigung der deutschen Einheit zustande gebracht werden. (19)

Diese Haltung zur Wehrfrage setzte sich auch auf dem Dortmunder Parteitag der SPD vom 24. bis 28. September 1952 durch. Die SPD verabschiedete ein Aktionsprogramm, in dem sie die Voraussetzungen nannte, unter denen sie zur Sicherung des Friedens und zur "Verteidigung der Freiheit" auch mit militärischen Maßnahmen teilzunehmen bereit sei:

"Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kennt die Gefahren, die von der sowjetischen Politik ausgehen. Für den Fall, daß wirksame Vereinbarungen zwischen östlicher und westlicher Welt nicht zu erzielen sind, die Gefahren für die Freiheit und den Frieden der Völker fortbestehen und die Einheit Deutschlands in einem umfassenden System kollektiver Sicherheit trotz aller Bemühungen nicht erreicht werden kann, erklärt sich die Sozialdemokratie bereit, unter folgenden Bedingungen an gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung des Friedens und der Verteidigung der Freiheit auch mit militärischen Maßnahmen teilzunehmen:

1. Daß die Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands unablässig fortgesetzt werden;
2. daß ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen angestrebt wird;
3. daß Verträge, durch die sich die Bundesrepublik zu militärischen Leistungen verpflichtet, durch die Bundesregierung kündbar sind, wenn sie zu einem Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands werden sollten; sie dürfen die künftige Regierung des wiedervereinigten Deutschlands nicht binden;
4. daß die Gleichberechtigung aller Teilnehmer und die Gleichwertigkeit der ihrem Schutz dienenden Sicherheitsvorkehrungen gewahrt werden. " (20)

Zwei Jahre später stand auf dem Berliner Parteitag vom 20. bis 24. Juli 1954 die Wiederaufrüstung im Mittelpunkt der Diskussionen. Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Mitgliedschaft und der Parteiführung wurde am Schluß die gleiche Kompromißformel wie in Dortmund verabschiedet, zusätzlich einer fünften Forderung:

"Daß die demokratisch-parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte gesichert ist." (21)

So ist der Beurteilung von Udo Löwke im Schlußkapitel seiner Studie "SPD und Wehrfrage; für den Fall daß ..." zuzustimmen, wenn er sagt, daß "die SPD in allen Stationen der Verteidigungsdebatte zwischen 1949 und 1955 durch permanente programmatische Erklärungen ein Geständnis zur Landesverteidigung abgelegt hat - sei es durch Vorstandsbeschlüsse, durch Parlamentsreden oder auf den Parteitagen (mit Ausnahme des Hamburger Parteitages 1950). (22)

Die innerparteiliche Auseinandersetzung zur Remilitarisierung

Wie war es trotzdem möglich, daß die SPD in der Öffentlichkeit und bei vielen Sozialdemokraten als "antimilitaristisch" galt und sich entsprechende Hoffnungen auf ihre Politik richteten?

Der Grund liegt darin, daß die Mehrheit der SPD-Mitgliedschaft ebenso wie der überwiegende Teil sozialdemokratischer Politiker auf unterer und mittlerer Ebene einen Wehrbeitrag ablehnten. In der Partei überwog nach Kriegsende eine "absolut pazifistische Haltung." In dieser Stimmung nahmen die Mitglieder die grundsätzlich wehrbereite Einstellung Kurt Schumachers kaum zur Kenntnis und taten sich anfangs schwer, die ambivalente Haltung der Parteiführung in der Frage der Remilitarisierung zu durchschauen.

Darüberhinaus wurde das "antimilitaristische" Image von verschiedenen SPD-Politikern sorgfältig gepflegt, ganz besonders in den Landtagswahlkämpfen gegen Ende 1950. Dort nutzten sie die "Ohne-mich-Einstellung" in einer Weise aus, schreibt Klaus-Peter Schulz in seiner "Kritischen Analyse der SPD-Politik seit 1945", "die mit den ehrlichen und anständigen Traditionen in krassem Widerspruch stand. In Hessen erschienen Plakate, die den Wählern ihre Entscheidung für die CDU oder für die SPD gleichzeitig als eine Entscheidung über Krieg und Frieden, über Bomben und Verwüstung oder blühenden Wohlstand hinstellten... Sie tauschte sozusagen Parlamentsmandate für ihre Glaubwürdigkeit ein." (24)

Spätestens seit dem Herbst 1950 kam es zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Teilen der Mitgliedschaft und der Parteiführung wegen ihrer widersprüchlichen Haltung zur Wiederaufrüstung. Sie prägten die Parteigeschichte für die folgenden Jahre, wobei die Auseinandersetzungen über die Wehrfrage auf dem Berliner Parteitag 1954 ihren Höhepunkt erreichten. (25)

Die SDA und die SDO

Zu den oppositionellen Gruppen innerhalb und außerhalb der SPD, die die Haltung der Parteiführung zur Remilitarisierung kritisierten, gehörten die "Sozialdemokratische Aktion" (SDA) und die "Sozialdemokratische Opposition" (SDO).

Die SDA, gegründet am 16. Oktober 1949 in Frankfurt/Main, verstand sich als linkssozialistische Gruppe und fühlte sich der SPD zugehörig. Gegenüber der KPD und der SED, die die Gründung der SDA mitinitiiert hatte, wollte sie ihre Selbständigkeit bewahren. Ziel der SDA war es, eine Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten herzustellen und die sozialistischen Kräfte in der SPD zu organisieren. Erster Vorsitzender des Zentralrates der SDA war August Kuper. (26)

Die SDA führte mehrere Treffen durch, z.B. als Parallelveranstaltung zum Hamburger Parteitag 1950 eine Tagung des "Erweiterten Zentralrats", am 15. Dezember 1951 die "Erste Zentrale Konferenz der SDA" in Großzimmern, und am 12. Juli 1952 eine Veranstaltung in Mannheim, zu der ca. 100 Mitglieder und Funktionäre der SPD zusammenkamen. Erkennbar wird an diesem Beispiel, daß es der SDA zahlenmäßig an Mitarbeitern mangelte. Kreis- und Ortsverbände existierten kaum, und in den Ländern bestanden nur kleine Gruppen. (27) Was die Haltung der SDA zur Remilitarisierung betrifft, so gilt für sie ähnliches, was unter den Kritikpunkten der KPD dazu genannt ist. (s.S.225ff.)

In Hamburg fanden sich 1948 ca. zwei bis dreihundert von der Partei ausgeschlossene oder vom Ausschluß bedrohte Sozialdemokraten zusammen und bildeten die Gruppe "Oppositionelle Sozialdemokraten", die auch als Sozialdemokratische Opposition bezeichnet wurden. Die führenden Personen dieser Gruppe waren Heinrich-Christian Meier und der frühere Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Erich Arp. Mit der SDA stand die SDG nicht in Verbindung. (28)

Unter wesentlicher Initiative Meiers kam am 27. Januar 1948 in Hamburg ein Treffen von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur über die Gründung einer überparteilichen Organisation, dem "Ausschuß für die Einheit Deutschlands", zustande. Meier dachte dabei an ein westliches, ergänzendes und unterstützendes Gegenstück zur "Volkskongreßbewegung". (s.S.395/6)

Dieser Ausschuß veröffentlichte am 4. März 1948 eine "Neutralitätserklärung", in der die deutsche Bevölkerung zu einer strikt neutralen Haltung gegenüber den Besatzungsmächten aufgerufen wurde. Auch forderte er einen Volksentscheid über diese Frage

und über die Verweigerung einer Beteiligung von deutschen Bürgern im Falle eines Konflikts für militärische Zwecke der Besatzungsmächte.

Darauf wurde gegen Meier von der britischen Besatzungsmacht ein Verbot jeder politischen Äußerung erlassen, womit der "Ausschuß für die Einheit Deutschlands" so gut wie lahmgelegt war. (29)

Seit dem Jahresbeginn 1949 fand Meier Unterstützung durch den Sozialisten Erich Arp.

Wegen einer Kampagne von der SPD-Führung gegen seine engagierte politische Arbeit leitete der damalige Hamburger Parteivor-sitzende Herbert Wehner ein Ausschlußverfahren gegen ihn ein; Arp trat am 16. Januar 1949 aus der SPD aus.

Er wollte aber weiterhin als unabhängiger Sozialdemokrat auf die Verwirklichung eines "zugleich revolutionären und demokratischen Sozialismus" für die SPD hinarbeiten. (30)

Seit dem Aufkommen der "Ohne-mich-Bewegung" sahen die Oppositionellen Sozialdemokraten ihre Hauptaufgabe in der Organisation einer breiten Kampagne gegen die Remilitarisierung. In den beiden folgenden Jahren engagierten sie sich vor allem im "Deutschen Kongreß", von dem noch zu sprechen sein wird. (s.S.235 ff.)

Doch nach dem Scheitern dieser Bewegung löste sich die SDG noch 1952 auf. Ihr Wirkungskreis war im wesentlichen auf den Hamburger Raum beschränkt geblieben.

Wie im Fall von Meier und Arp reagierte die SPD-Führung zum Teil sehr repressiv auf innerparteiliche Kritik gegen die Remilitarisierung. Sie verbot ihren Mitgliedern eine politische Betätigung für den Nauheimer Kreis, für die Notgemeinschaft für den Frieden Europas und für die KPD (31). Wer sich als SPD-Mitglied darüber hinwegsetzte, mußte mit einem Ausschlußverfahren rechnen. Ein bekanntes Beispiel dieser innerparteilichen Repression wurde Ernst Lindig aus Berlin, ein Pazifist und Sozialdemokrat, der wegen Kriegsdienstverweigerung im Ersten Weltkrieg ins Zuchthaus und im Zweiten Weltkrieg ins Konzentrationslager gekommen war. Aufgrund seiner Mitarbeit

für die "Notgemeinschaft für den Frieden Europas" erhielt er wegen eines Unvereinbarkeitsbeschlusses, den der Berliner SPD-Landesausschuß am 30. Juni 1952 einstimmig gefaßt hatte, einen Monat später die Aufforderung, die Konsequenzen zu ziehen. Als er die Partei nicht freiwillig verließ, erfolgte sein Ausschuß. (32)

Zusammenfassend bleibt festzustellen:

Die SPD besaß mit ca. 700.000 Mitgliedern als größte westdeutsche Partei in der Bundesrepublik einen ganz erheblichen politischen Einfluß. Ihn versuchte die Parteiführung in Bezug auf die Wehrfrage dahingehend umzusetzen, daß sie das grundsätzliche Bekenntnis der SPD für eine Landesverteidigung zu einer eigenen wehrpolitischen Konzeption nach den genannten Vorstellungen entwickelte. Die von der SPD in der Öffentlichkeit geäußerte Kritik an der Wiederaufrüstung stellte dazu ein Mittel dar.

Von den außerparlamentarischen Aktionen der Westdeutschen Friedensbewegung grenzte sich die SPD-Führung ab. Als sie sich schließlich unter dem Druck der Stimmung in der Partei dazu veranlaßt sah, gelang es ihr, das Widerstandspotential gegen die Wiederaufrüstung in Bahnen zu kanalisieren, die den parlamentarischen Traditionen der SPD entsprachen. Darüberhinaus beharrte die SPD-Führung auf ihrer Rolle als konstruktiver Oppositionspartei im Sinne einer Politik der sozio-ökonomischen Westintegration. Ihre Abgrenzungsbeschlüsse zu neutralistischen Gruppen und zur KPD verhinderten die Herstellung eines breiten, gegen die Wiederaufrüstung gerichteten Aktionsbündnisses. Innerparteiliche Kritik an dieser Haltung zur Wehrfrage wurde oftmals repressiv unterbunden. Diese Praxis stellte die Prinzipien innerparteilicher Demokratie in Frage und zeigte eher die Tendenz zur Herausbildung einer Führungsoligarchie, wie sie im heutigen Parteiensystem oftmals zu beobachten ist.

Die Haltung des DGB

Zur Neuorganisation des DGB von 1945 bis 1949

Der Wiederaufbau der Gewerkschaften erfolgte nach Kriegsende zunächst auf lokaler Ebene in Form von Gewerkschaftszellen. (1) Anfangs besaßen die Kommunisten bei der Reorganisation der Gewerkschaften einen ganz erheblichen Einfluß vor allem auf betrieblicher Ebene. Ihr Ziel war der Aufbau einer zentralen und antifaschistischen Einheitsgewerkschaft für Gesamtdeutschland, in der alle politischen Strömungen vertreten sein sollten. Die westlichen Besatzungsbehörden befürworteten ein Industriegewerkschaftsprinzip: d.h., daß die zukünftigen Gewerkschaften in den Westzonen nach den einzelnen Industriezweigen organisiert werden sollten. (2)

In diesem Sinne erfolgte bereits am 22. April 1947 der Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) der britischen Zone.

Die vielen Gründungen von Allgemeinen Gewerkschaften, z.B. in Bayern und Niedersachsen, wurden wieder aufgelöst und für sie Verwaltungsstellen und Landesverbände der einzelnen Industriegewerkschaften konstituiert. Die amerikanische Militärverwaltung drängte mit einem geänderten Genehmigungsverfahren für den Aufbau von Gewerkschaften die Kommunisten aus den Betriebsräten weitgehend hinaus. (3)

Die Organisationsstruktur des heutigen DGB wurde von dem im November 1947 begründeten multizonalen Gewerkschaftsrat in Frankfurt/Main vorbereitet und auf dem Gründungskongreß des DGB vom 12. bis 14. Oktober in München vollzogen. Dort schlossen sich die selbständigen Gewerkschaftsbünde der amerikanischen und französischen Besatzungszone mit dem DGB der britischen Zone im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen, der in 16 Industriegewerkschaften aufgegliedert wurde. (4)

"Die Politik der konstruktiven Mitarbeit"

Die westdeutschen Gewerkschaftsführer wie z.B. Fritz Tarnow und Hans Böckler, die schon dem Allgemeinen Deutschen Gewerk-

schaftsbund (ADGB) in der Weimarer Republik angehört hatten, duldeten das Hinausdrängen der Kommunisten und linker Kräfte aus den Gewerkschaften. Ihnen ging es um die Reorganisation des alten Gewerkschaftsapparates und um die Verwirklichung ihrer Vorstellungen von einer Wirtschaftsdemokratie (5). Es kam in den ersten Nachkriegsjahren zwangsläufig zu einem grundlegenden Konflikt zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftern, die befürchteten, ein zentral geleiteter Verband werde zu bürokratisch und für eine mehr föderativ ausgerichtete Struktur eintraten. Erendete damit, das letztere sich durchsetzen konnten, nicht zuletzt deshalb, weil die westlichen Besatzungsmächte ebenfalls ein zentralistisches Organisationskonzept der zukünftigen Gewerkschaften ablehnten. (5)

Aus dieser Entwicklung erklären sich die folgenden Beschlüsse: Die Zustimmung des Marshall-Plans durch den Bundesvorstand des DGB der britischen Zone und seines Vorsitzenden, Hans Böckler, auf einer außerordentlichen Konferenz vom 16. bis 18. Juni 1948 in Recklinghausen (6), oder die Distanzierung und Kanalisierung von den Massenstreiks der Arbeiter in den Jahren 1947/48. (7)

Mit diesen und anderen Entscheidungen verfolgten der auf dem Münchner Gründungskongreß zum ersten Vorsitzenden des DGB gewählte Hans Böckler und seine Freunde eine "Politik der konstruktiven Mitarbeit": Die DGB-Führung fühlte sich für die Wirtschaftspolitik in der BRD mitverantwortlich und wollte mit der Bundesregierung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen zusammenarbeiten (8). So begrüßte Hans Böckler eigenmächtig im Namen des DGB den Abschluß des Petersberger Abkommens, und der DGB-Bundesausschuß befürwortete den "Schuman-Plan" - im Gegensatz zur SPD (9). Die DGB-Führung erhoffte sich dafür als Gegenleistung die Unterstützung der Bundesregierung für die Verwirklichung der Forderungen des in München verabschiedeten Grundsatzprogrammes, das weitgehende wirtschaftsdemokratische Forderungen enthielt. (10)

Diese Hoffnungen auf ein Entgegenkommen der Bundesregierung erfüllten sich nicht. Lediglich die Absicherung der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie bildete eine Ausnahme, aber auch nur deshalb, weil sich der DGB in diesem Fall zu Kampfmaßnahmen durchrang. (s.S. 346/47, Fn. 15)

Die Haltung des DGB zur Wiederaufrüstung.

Aus der Konzeption der "Politik der konstruktiven Mitarbeit" erklärte sich die grundsätzliche Befürwortung der DGB-Führung zu einem westdeutschen Wehrbeitrag im Rahmen einer europäischen Armee. Arnulf Baring schreibt dazu: "Er (gemeint ist H. Böckler-E.D.) hatte die Wiederbewaffnung schon lange kommen sehen, hatte sie seit Winter 1949/50 für unvermeidlich gehalten. Auf die Entwicklung, die zu neuen Streitkräften führte, hatte seiner Ansicht nach der DGB gar keinen Einfluß..." (11)

Böckler ging damit einen Schritt weiter als die SPD, die ihre Zustimmung zur Remilitarisierung von bestimmten Voraussetzungen (wie z.B. der gleichberechtigten Stellung der BRD im westlichen Bündnissystem) abhängig gemacht hatte.

Die Stellungnahmen der DGB-Führung zur Wiederaufrüstung waren entsprechend formuliert: Z.B. die Erklärung vom 22. November 1950 (s.S.89), und ebenso die klaren Bejahungen des Nachfolgers von Hans Böckler, Christian Fette, auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB am 23. Juni 1951 in Essen sowie am 24. August des gleichen Jahres, die er vor der Auslandspresse in Bonn bekannt gab. Bei dieser Gelegenheit vertrat er ähnliche Gedanken zu einer offensiven militärischen Konzeption wie der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher. Deutschland müsse, so Fette, so weit östlich wie irgend möglich verteidigt werden, damit es nicht ein leichtes Opfer einmarschierender Heere werde. (12)

Nach Pirker scheint sich die DGB-Führung im Spätherbst 1951 grundsätzlich für einen deutschen Wehrbeitrag entschieden zu haben. Im Dezember d.J. hielt das Bundesvorstandsmitglied Ludwig Rosenberg vor dem DGB-Bundesausschuß ein Referat, in dem er für die Mitarbeit des DGB in dieser Frage eintrat.

Es gab keinen Widerspruch der anderen DGB-Funktionäre. (13)

Auf dem zweiten ordentlichen Bundeskongreß des DGB in West-Berlin vom 13. bis 17. Oktober 1952 stand der Verteidigungsbeitrag als Diskussionspunkt nicht auf der Tagesordnung. Ein Antrag des DGB-Kreisausschusses "Emden-Nord, ihn als eminent wichtige Frage" in der Aussprache mitzubehandeln, wurde auf Empfehlung Christian Fettes und des Berichterstatters der Antragskommission, Gerhard Nürnberg, mit großer Mehrheit abgelehnt. Dabei war gerade in diesem Jahr in den Gewerkschaften über die Remilitarisierung äußerst kontrovers diskutiert worden (14). Wegen der Aktualität der Wehrfrage und der bei vielen Gewerkschaftern verbreiteten antimilitaristischen Stimmung schloß sich nach dem Geschäftsbericht Fettes noch eine zweitägige Diskussion zum Schuman-Plan und auch zum Wehrbeitrag an. Fette und sein Stellvertreter Hans vom Hoff wurden nicht mehr in ihre Vorstandsämter gewählt: zum neuen Vorsitzende wurde Walter Freitag bestimmt. Doch am Ende lehnten die Delegierten mehrere Anträge, die den DGB zu einer Distanzierung in der Remilitarisierungsfrage verpflichten sollten, mit Mehrheit ab. (15)

1953 hielt sich der DGB mit Äußerungen zur Wiederaufrüstung zurück, obwohl am 19. März d.J. der Bundestag die EVG-Verträge endgültig ratifiziert hatte und die Bundestagswahlen vor der Tür standen. "Liest man gewerkschaftliche Publikationen aus dem Jahre 1953", schreibt Pirker dazu, "so konnte man kaum annehmen, daß in diesem Jahr die wichtigsten politischen Entscheidungen für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik fielen." (16)

Auf den Verbandstagen der einzelnen Industriegewerkschaften und der Konferenzen der Landesbezirke des DGB klammerten führende Gewerkschaftsfunktionäre das ungeliebte Thema aus. Selbst der bayerische DGB, ein Jahr zuvor noch als "Rebell" gegen die Führung aufgetreten (s.S. 129), forderte statt eines organisierten antimilitaristischen Widerstandes lediglich ein sozialreformistisches Arbeits- oder Aktionsprogramm. Auch distanzierte sich die DGB-Führung ausdrücklich von jedem Gedanken an einen Generalstreik als Kampfmaßnahme gegen die Remilitarisierung. (17)

Zur Bundestagswahl forderte der DGB die Bevölkerung lediglich mit einem Flugblatt auf, einen besseren Bundestag zu wählen. (18)

Einen neuen Höhepunkt erreichten die Diskussionen über die Remilitarisierung innerhalb des DGB erst wieder im Herbst 1954 nach dem Scheitern der EVG auf dem dritten ordentlichen Bundeskongreß in Frankfurt/Main vom 4. bis 9. Oktober 1954 und während der "Paulskirchenbewegung". Dazu hatte auch die Entschliebung der DGB-Bundesjugendkonferenz im September beigetragen (s.S.173).

Am Schluß seines Geschäftsberichtes hob der DGB-Vorsitzende Walter Freitag auf dem Frankfurter Kongreß zwar die Sorge der Gewerkschaften über das Wiederaufstehen einer neuen Wehrmacht in der Tradition des kaiserlichen Deutschland und der nationalsozialistischen Diktatur hervor, erklärte dann aber wörtlich: "...

die Frage der Gestaltung der neuen Wehrmacht steht für uns im Vordergrund."

In einem Interview mit der Zeitung "Hamburger Echo" betonte Freitag am gleichen Tag seine Übereinstimmung mit den Erklärungen des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer. im Bundestag (s.S. 176), d.h. er schloß sich der Kompromißformel des Berliner SPD-Parteitages über die Wehrfrage an (19). Mit dieser Haltung zog sich Freitag die heftige Kritik führender Gewerkschafter zu. Doch weder die anwesenden Delegierten der Bundesjugendkonferenz noch die bayerischen Gewerkschaftsführer Max Wönner, Ludwig Linsert und Erwin Essl waren bereit, gemäß ihren früheren Erklärungen gegen die Remilitarisierung eine Resolution einzubringen oder für sie zu agitieren - wodurch ihr "antimilitaristisches Engagement" sich praktisch als Verbalradikalismus entpuppte. Vielmehr war es eine kleine Gruppe von entschieden antimilitaristischen Gewerkschaftern, die im Sinne der Erklärung der Bundesjugendkonferenz eine Resolution gegen die Beschlüsse der Londoner Konferenz aufsetzten. Sie wurde von Paul Übel, dem Delegierten der IG Bau, Steine, Erden aus Nürnberg als Abstimmungsantrag eingereicht.

Von Otto Brenner, dem damaligen Vorsitzenden der IG Metall und seinen Freunden, unter denen sich nach Pirker auch "glühende Befürworter der Wiederaufrüstung befanden", wurde ein Abänderungs-

antrag gestellt, der dem Kongreß zur Abstimmung vorgelegt und am 9. Oktober 1954 mit nur vier Gegenstimmen angenommen wurde. Er lautete:

"Der dritte ordentliche Bundeskongreß des DGB stellt mit großer Besorgnis fest, daß durch die Beschlüsse der Londoner Konferenz die Eingliederung der Bundesrepublik in ein machtpolitisches Bündnissystem vorbereitet wurde und durch die Ratifizierung der Londoner Abmachungen vollendet werden soll.

Damit wäre sowohl eine internationale Entspannung der machtpolitischen Gegensätze, wie auch die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands ernsthaft gefährdet. Für die innere Entwicklung der Bundesrepublik bedeutet die durch die Londoner Entscheidungen festgelegte Wiederaufrüstung und Bildung einer deutschen Armee die Gefahr der Schaffung eines militaristischen Obrigkeitsstaates, der das Ende der Anstrengungen der deutschen Arbeiterbewegung für die Schaffung einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratie bedeuten kann.

Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind mit dem Ziel eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen und die Einheit Deutschlands wieder hergestellt ist." (20)

Nach dem Bericht von Pirker trug das Referat des Leiters des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Viktor Agartz, entscheidend dazu bei, daß dieser Antrag mit einer so deutlichen Mehrheit von den Delegierten des Bundeskongresses angenommen wurde. Agartz hatte in diesem Referat die Wirtschafts- und Sozialordnung in der Bundesrepublik grundsätzlich von seinem marxistischen Standpunkt kritisiert und eine Verwirklichung der wesentlichen Inhalte des Münchner Grundsatzprogrammes gefordert. (21)

Von der Bundesregierung wurde die Frankfurter EntschlieÙung kritisiert, doch die Sorge vor einem möglichen antimilitaristischen Schwenk des DGB erwies sich als unbegründet. (22)

Bereits auf der ersten Sitzung des Bundesausschusses des DGB nach dem Frankfurter Kongreß erklärten Spitzenfunktionäre:

"Der Beschluß von Frankfurt trägt den Charakter einer reinen

Demonstration und verpflichtet uns nicht zur Aktivität!" (23)

In seiner Neujahrsansprache 1955 ging Walter Freitag auf die Wiederaufrüstung nicht ein; sein Stellvertreter, Georg Reuter, hielt es ebenfalls nicht für notwendig, in seinem Neujahrsartikel für das DGB-Funktionärsorgan "Die Quelle" dazu Stellung zu beziehen - trotz der öffentlichen Diskussionen und Proteste im ganzen Land. (24)

Auch bei ihrem Engagement in der "Paulskirchenbewegung" dachte die DGB-Führung niemals an eine tatsächliche Verhinderung der Wiederaufrüstung durch gezielte und bundesweit organisierte Kampfaktionen der DGB-Mitglieder. Es war nichts als ein Zugeständnis an die Stimmung in den Gewerkschaften, doch mit Erklärungen und Demonstrationen allein ließ sich zu diesem Zeitpunkt der Abschluß der Pariser Verträge nicht mehr verhindern. Nach ihrer Ratifizierung erklärte die DGB-Zeitung "Welt der Arbeit" in der Ausgabe vom 4. März 1955, die Verträge seien nun "verpflichtendes Gesetz", das respektiert werden müsse. (25)

Innergewerkschaftliche Repression gegen Kommunisten und Remilitarisierungsgegner

Der antimilitaristische Widerstand innerhalb des DGB wurde von Einzelgewerkschaften und engagierten Mitgliedern getragen. (26) Gegen diese innergewerkschaftliche Opposition ging die DGB-Führung zum Teil in ähnlich repressiver Art vor, wie die Sozialdemokraten gegen ihre innerparteiliche Opposition.

Nachdem 1950 mit einer faktischen Nichtvereinbarungsklausel einer Mitgliedschaft in der IG Metall und der KPD zahlreiche Kommunisten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden waren (27), forderte der DGB-Bundesvorstand im Herbst des gleichen Jahres seine Landesbezirks- und die Hauptvorstände auf, sich von kommunistischen und getarnten kommunistischen Organisationen zu distanzieren. In einem dazu verbreiteten Rundschreiben wurden insgesamt 20 Vereinigungen als kommunistisch beeinflusst angeführt, u.a. der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die FDJ und die Komitees der Kämpfer für den Frieden (28).

Auch für eine Teilnahme an der Volksbefragungsaktion drohte der

Bundesvorstand seinen Mitgliedern Konsequenzen an.

Wer als Gewerkschaftsmitglied trotzdem mit diesen Organisationen zusammenarbeitete, riskierte seinen Posten. So wurden z.B. im September 1951 vier Stuttgarter Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Hauptvorstand der IG Metall ausgeschlossen, weil sie an der Europäischen Arbeiterkonferenz im März 1951 (s.S. 108) teilgenommen hatten. (29)

Nachdem die KPD auf ihrem "Münchener Parteitag" die These 37 verabschiedet hatten (s.S. 225), verloren aufgrund eines vom DGB erlassenen Reverses tausende von Kommunisten ihre gewerkschaftlichen Funktionen.

Zusammenfassend bleibt festzustellen:

Der DGB repräsentierte mit über 6 Millionen Mitgliedern eine der größten und einflußreichsten politischen Organisationen in der Bundesrepublik (30). Er verfügte über wirkungsvolle Kampfmittel, um auf die Bundesregierung politischen Druck auszuüben, was bei der erfolgreichen Absicherung der Mitbestimmung für den Bereich der Montanindustrie deutlich wurde.

Die DGB-Führung war wegen ihrer "Politik der konstruktiven Mitarbeit" und ihrer grundsätzlichen Befürwortung eines westdeutschen Wehrbeitrages nicht gewillt, diese Kampfmittel gegen die Sicherheitspolitik der Bundesregierung einzusetzen.

Die innerhalb des DGB organisierten zahlreichen Gewerkschafter, die die Wiederaufrüstung ablehnten und sich in diesem Sinn politisch engagierten, konnten deshalb mit keiner nennenswerten Unterstützung von seiten der DGB-Führung rechnen. Letztere hat somit einen wesentlichen Beitrag zur Schwächung der gewerkschaftlichen Opposition gegen die Remilitarisierung geleistet.

Die Haltung der KPD

Zur Politik der KPD von 1945 - 1949

Die Kommunistische Partei Deutschlands stellte sich nach Kriegsende die Aufgabe, aus dem beim Zusammenbruch der Weimarer Republik begangenen Fehler zu lernen und diese Erfahrungen in ihre zukünftige politische Arbeit mit einzubeziehen. (1)

Die Partei reorganisierte sich nach dem 8. Mai 1945 sehr rasch. In den besetzten Westzonen bildeten sich in vielen Städten und Orten KPD-Gruppen oft schon vor der offiziellen Zulassung durch die westlichen Besatzungsmächte (2). Doch stand die Partei vor einem großen personellen Defizit. Tausende ihrer Mitglieder die meist über entsprechende politische Erfahrung verfügten hatten, waren von den Faschisten ermordet worden.

Mit ihrem "Aufruf des ZK der KPD an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschland" vom 11. Juni 1945 legten die Kommunisten ein erstes politisches Programm vor. In ihm nannten sie in zehn Grundforderungen die nach ihrer Meinung dringendsten Aufgaben für die Zukunft, vor allem

1. die vollständige Liquidierung der Überreste des Hitler-Regimes und der Hitler-Partei und die Bestrafung all derer, die die Herrschaft der nationalsozialistischen Machthaber unterstützt und ermöglicht sowie den Krieg vorbereitet und organisiert haben.
2. Den Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit...
3. Die Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen, demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß der neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rassen vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses ...
5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.

7. Die Liquidierung des Großgrundbesitzes ...
9. Das friedliche und gutnachbarliche Zusammenleben mit den anderen Völkern ...
10. Die Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch den Hitler-Faschismus den anderen Völkern zugefügten Schäden ...

Das Programm sollte als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien dienen. (3)

Bis zum Jahre 1948 versuchte die KPD die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses Programms sowohl auf parlamentarischem wie außerparlamentarischem Weg herzustellen.

Durch ihren antifaschistischen Widerstand hatte sie sich bei Teilen der westdeutschen Bevölkerung, insbesondere in der Arbeiterschaft, größere Sympathien erwerben können. So besaßen die Kommunisten in den ersten Nachkriegsjahren einen erheblichen Einfluß auf das politische Leben, besonders in den Betrieben. (4)

Aber der von ihnen angestrebte antifaschistische Block politischer Parteien kam nur regional und für kurze Zeit in den Westzonen zustande. Spätestens ab 1948 ging der Einfluß der KPD zurück. Ihre Vertreter und Abgeordneten wurden systematisch aus Kommunalverwaltungen, Länderregierungen und Länderparlamenten durch Maßnahmen der westlichen Alliierten hinausgedrängt, und ebenso aus den Gewerkschaften und aus den Arbeitervertretungen in den Fabriken. (5)

Die KPD schlug deshalb auf der Herner Konferenz (28.4.1948) eine schärfere Gangart ihrer Politik an. In der dort verabschiedeten Erklärung wurden die westliche Besatzungspolitik, die Einsetzung des Wirtschaftsrates und die "Londoner Empfehlungen" scharf angegriffen. Ein einheitliches, demokratisches Deutschland könne nur durch den "revolutionären Massenkampf" errungen werden, dessen Träger die Arbeiterklasse sein sollte. (6)

Die Parteiführung wählte sich einen eigenen Parteivorstand - bis dahin hatten KPD und SED ihre Politik gemeinsam durchzuführen versucht. Die Unterzeichnung des Grundgesetzes wurde von den KPD-Delegierten Heinz Renner und Max Reimann mit folgender Begründung abgelehnt: "Wir unterschreiben nicht die Spaltung Deutschlands ... Wir Kommunisten versagen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Gesetz unsere Stimme; die Gesetzgeber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Gesetz brechen. Wir Kommunisten werden die

im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte gegen die Verfassser des Grundgesetzes selbst verteidigen." (7)

Den Schwerpunkt ihrer Arbeit legte die Partei auf außerparlamentarische Kampfaktionen, z.B. bei der "Volkskongreßbewegung". (8)

Ihre politischen Ziele waren:

Abschluß eines gesamtdeutschen Friedensvertrages, die Wiedervereinigung Deutschlands und der Abzug aller Besatzungstruppen.

Dazu zählte als einer der Hauptschwerpunkte der Kampf gegen die Remilitarisierung, die nach Einschätzung der Partei mehrere Funktionen erfüllen sollte:

1. Die Absicherung der Macht des Kapitals in der BRD gegenüber der inneren Opposition;
2. Die Voraussetzung für die Verwirklichung der Pläne der westdeutschen Imperialisten, mit einer zukünftigen westdeutschen Armee gewaltsam die Annexion der DDR und die Rückeroberung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 durchzuführen;
3. die Verschärfung des Kalten Krieges gegenüber den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion. (9)

Die Politik der KPD gegen die Remilitarisierung

a) im Parlament

Die KPD beteiligte sich an den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag und erhielt 5,7 % der abgegebenen Stimmen, womit sie 15 Abgeordnete im Parlament stellen konnte.

In allen politischen Forderungen der Kommunisten war die eindeutige Ablehnung der Westintegration der Bundesrepublik und der Remilitarisierung mit enthalten. Zur Gründung der NATO hatte der Parteivorstand im März 1949 erklärt:

"Der soeben veröffentlichte Nordatlantikpakt der Westmächte bedeutet einen ernsten Anschlag auf den Frieden. Acht Monate hat die Diplomatie des USA-Imperialismus gebraucht, um in Geheimverhandlungen dieses Militärbündnis zustande zu bringen... Die Bildung des westdeutschen Separatstaates soll u.a. auch die Voraussetzung für die Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantikpakt schaffen. Das Schicksal, welches die USA-Imperialisten dem deutschen Volke aufzwingen wollen, besteht in nichts anderem, als in dem Mißbrauch des deutschen Volkes

und des wirtschaftlichen Potentials vorzuentwickeln für die Realisierung internationaler Abgeschiedener. Deutschland soll erneut vom Kriegsschauplatz werden. Die Folge könnte nur sein, daß unter militärischer Leitung und Beschäftigung der völligen Vernichtung preisgegeben wurde." (10)

Aus dieser Überzeugung heraus stellte der Volksbund während einer ganzen Reihe von Anträgen gegen die Militärpolitik der Bundesregierung, die ohne Ausnahme abgelehnt wurden.

Die Kommunisten beantragten:

- am 14. Dezember 1949, Bundesratlicher Ausschuss zu unterlegen, "die Bewaffnung in jeder Form, auch wenn die Westmächte dies fordern, zu betreiben";
- am 14. März 1950 von der Bundesregierung die Verträge eines Verteidigungsvertrags zum Zweck der Herstellung von Kriegsmaterial;
- am 8. Dezember 1950, der Bundesregierung zu unterlegen, "Maßnahmen irgendwelcher Art zu ergreifen, zu veranlassen oder zu unterstützen, die der Durchführung des Planes der drei Westmächte für die Aufstellung deutscher Truppeneinheiten für eine "Atlantische" oder eine "Europäische" Armee dienlich sind";
- am 11. Januar 1951 ein Verbot für den CDU-Abgeordneten Theodor Blank sowie die früheren Generäle Speidel und Heusinger, weiterhin mit den Vertretern der ARK Gespräche über militärische Fragen zu führen;
- am 19. Mai 1951 nochmals die sofortige Einstellung aller Kriegproduktion auf dem Boden der Bundesrepublik unter Berufung auf Art. 26 Abs. 2 des Grundgesetzes;
- am 16. November 1951 das Verbot militärischer Organisationen, somit rechtsextremistische Vereinigungen gemeint waren, die (in erheblicher Anzahl) widerrechtlich existierten;
- am 11. Dezember 1951 die Beibehaltung des Landes des General-Vertrages mit Zusatzkommen sowie die Einstellung der Verhandlungen der Bundesregierung über die Einbeziehung der Bundesrepublik in den Atlantikpakt;

- am 3. April 1952 nochmals die Einstellung dieser Verhandlungen sowie eine gemeinsame EntschlieÙung des Bundestages, in Verhandlungen mit den Großmächten für den Abschluß eines Friedensvertrages und die Aufnahme gesamtdeutscher Beratungen für die Durchführung freier, demokratischer Wahlen zu einer Nationalversammlung einzutreten;
- am 4. Dezember 1952 die Annahme von elf EntschlieÙungen der KPD zum EVG- und Generalvertrag durch die Fraktionen und Abgeordneten des Bundestages, in denen die Partei ihre Kritik an der Remilitarisierung nochmals ausführlich zusammenfaÙte. (11)

Obwohl die Kommunisten im Parlament ohnehin nicht mehrheitsfähig waren, wurden sie durch eine vom Bundestag angenommene neue Geschäftsordnung noch mehr isoliert. Die Vorlage, die seit dem 1. Januar 1952 galt, erhöhte die erforderliche Fraktionsstärke von bisher 10 auf mindestens 15 Abgeordnete. Weil die Kommunisten in der Zwischenzeit ein Mandat verloren hatten, konnten sie seitdem offiziell keine Anträge und Anfragen im Bundestag mehr stellen. (12)

Bundeskanzler Adenauer rechnete darauf die KPD nicht mehr zur Opposition im Bundestag, obwohl sie noch bis zum Spätsommer 1953 im Parlament vertreten war. (13)

b) auÙerhalb des Parlaments

Mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützte die KPD die auÙerparlamentarische Oppositionsbewegung gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik: Angefangen von der "Ohne-uns-Bewegung", dem Boykott gegen die Panzerschichten um die Jahreswende 1950/51, der Volksbefragungsaktion, die wesentlich von ihr mitgetragen wurde, bis hin zu den Protesten gegen die EVG-Verträge, gegen die Landbeschlagnahme der westlichen Besatzungsmächte für Truppenübungsplätze, dem Zerstören und Zumauern von Sprengkammern an Brücken, Tunnels und anderen Bauwerken, und der Unterstützung der "Paulskirchenbewegung" im Jahre 1955.

Die Resolution des "Münchener Parteitages"

Vom 3. bis 5. März 1951 hielt die KPD ihren "Münchener Parteitag" ab, der von dem Thema Remilitarisierung und der "Herausarbeitung eines umfassenden antimilitaristischen Kampfprogrammes der KPD" beherrscht war. (14)

In der dort verabschiedeten Resolution über die "gegenwärtige Lage und die Aufgabe der KPD" warnte die Parteiführung vor den Folgen einer bewaffneten Bundesrepublik:

Ihrer Rolle als künftiger Kriegsschauplatz, der Verflechtung der westdeutschen Wirtschaft mit der Rüstungsindustrie der Atlantikpakt-Staaten, und vor der mit der Remilitarisierung verbundenen Einschränkung demokratischer Rechte.

Der Hauptsinn der Remilitarisierung bestand nach der Resolution darin: "... Die Bevölkerung Westdeutschlands zum Kern der Aggressionsarmee gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und die Volksdemokratien zu machen und sie als Söldner für die Interessen der amerikanischen Milliardäre sterben zu lassen ..."

Die KPD bezeichnete den Kampf gegen die Remilitarisierung als zentrale Aufgabe und nannte einen ganzen Katalog von antimilitaristischen Kampfmaßnahmen:

Entscheidend sei die Herstellung der Aktionseinheit von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern und der Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse für den Kampf gegen die Remilitarisierung und gegen "die Offensive der Reaktion auf die Rechte der Werktätigen." An anderer Stelle heißt es: "Es ist durchaus möglich und notwendig, mit den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie mit solchen ehemaligen Berufsoffizieren der deutschen Wehrmacht eine Einheitsfront und den gemeinsamen Kampf um den Frieden zu organisieren, die, getragen von patriotischen Gefühlen, heute gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und gegen die Hineinziehung Deutschlands in einen neuen Weltkrieg auftreten." (15)

Folglich lehnte die Partei den Schuman-Plan und die EVG-Verträge kompromißlos ab. Während der erstgenannte nach ihrer Einschätzung dazu diene, "das Kriegspotential der westeuropäischen Länder

zusammenzufassen und die ganze Wirtschaft der Kriegsrüstung unterzuordnen," enthielt der Plevén-Plan "die Bildung der Söldnerarmee" und war zusammen mit dem General-Vertrag als eine Einheit zu sehen. Die Alternative zur Bonner Militärpolitik sah die KPD in gesamtdeutschen Beratungen zu freien Wahlen in Deutschland und im beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages. (16)

Das Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands

In diesem Programm (verkündet am 2. November 1952) wurden die für die KPD wichtigsten politischen Aufgaben für die nächsten Jahre zusammengefaßt und zum nationalen Befreiungskampf in Westdeutschland aufgerufen. Die Adenauer-Regierung sollte mit der Organisierung einer großen Volksbewegung beseitigt werden: "... Deshalb muß das Regime Adenauer gestürzt und auf den Trümmern dieses Regimes ein freies, einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland geschaffen werden. Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der entscheidenden Spitze der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen." (17)

Die KPD bestritt mit diesem Programm ihren Bundestagswahlkampf 1953. Sie erhielt 2,2 % der abgegebenen Stimmen und war wegen der 5 %-Klausel im Parlament nicht mehr vertreten.

Nach dem Scheitern der EVG im August 1954 mobilisierte die Partei nochmals ihren gesamten Apparat gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge, was ihr wegen der massiven Verfolgungen durch die westdeutschen Behörden wesentlich erschwert war.

Die Gründe für das Scheitern der KPD-Politik gegen die Remilitarisierung

Es stellt sich die Frage, warum die antimilitaristische Arbeit der Partei in der Bundesrepublik kein größeres Echo fand, obwohl doch bei Meinungsumfragen die persönliche Bereitschaft zum Kriegsdienst von der Mehrheit der befragten Personen abgelehnt worden war. (s.Fn. 22, S. 323)

Ausschlaggebend dafür waren eine ganze Reihe von Gründen:

1. Eine starke politische Aktionseinheit zwischen den beiden traditionellen Arbeiterorganisationen Gewerkschaften und SPD mit der KPD kam nicht zustande.

Unbestritten hat hier die Dezimierung der deutschen Arbeiterbewegung durch den Faschismus eine wesentliche Rolle gespielt. Mit ausschlaggebend war aber auch die systematische Herausdrängung der Kommunisten aus verantwortlichen Positionen im beginnenden Kalten Krieg und die strikte Abgrenzung der sozialdemokratischen Führer von SPD und DGB zur KPD.

Die Partei reagierte ihrerseits mit Angriffen gegen die Führungen beider Organisationen. Auf dem "Münchener Parteitag" bezeichnete sie in ihrer These 37 die rechten Gewerkschaftsführer als Kräfte, die versuchten, "die Gewerkschaftsorganisation in den Dienst der Kriegsvorbereitung zu stellen, sie an der Rüstungsproduktion zu beteiligen und die Kraft der 5 Millionen Gewerkschafter aus dem Kampf um die Erhaltung des Friedens auszuschalten." (18)

Die DGB-Führung stellte darauf die in den Gewerkschaften organisierten Kommunisten vor die Wahl, entweder eine Erklärung zu unterzeichnen, daß sie keine Anordnungen einer anderen Instanz außerhalb der Gewerkschaften Folge leisteten, oder ihre Posten im DGB aufzugeben. Nun verbot der KPD-Parteivorstand den Mitgliedern, die vom DGB vorgelegte Erklärung zu unterschreiben. Dieser Erlaß wirkte sich für eine weitere gemeinsame Bündnisarbeit katastrophal aus. Praktisch von heute auf morgen beraubte sich die KPD ihres Einflusses auf die Gewerkschaften, und die Folgen dieses Beschlusses blieben viele Jahre spürbar. Tausende von Kommunisten verloren ihre gewerkschaftlichen Funktionen, und diejenigen, die den Revers des DGB unterzeichneten, katapultierten sich damit gleichzeitig aus der KPD. Der Beschluß in der Reversfrage wurde später auf dem Hamburger Parteitag 1954 korrigiert und eindeutig als falsch erklärt. (19)

Auch gegen die Führung der SPD erhob die KPD schwere Vorwürfe. Im Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" heißt es: "... Ihre Opposition gegen den Generalvertrag, die Pariser Militärabkommen und die Regierung Adenauer ist heuchlerisch und unaufrichtig. Die rechten sozialdemokratischen Führer

sind in Wahrheit selbst ein wichtiges Glied in dem von den Amerikanern geschaffenen System des Bonner Regimes." (20) Diese Einschätzung beleidigte viele SPD-Mitglieder und erhöhte die Spannungen zwischen den beiden Parteien.

2. Die KPD war nicht in der Lage, ihre Politik der westdeutschen Bevölkerung glaubwürdig zu vermitteln. Viele der älteren Kommunisten waren während des Dritten Reiches ermordet worden, und den jüngeren Parteimitgliedern fehlte die Erfahrung im "Politik-machen". Der Parteivorstand gab deshalb in seiner Resolution "Die Lehren der Wahlen vom 14. August 1949" in allerdings sehr allgemeiner Formulierung zu:

"Nicht die Verleumdungskampagne, nicht die vielfältigen Unterdrückungsmaßnahmen waren letzten Endes entscheidend für den mangelnden Wahlerfolg der KPD. Entscheidend war das Unvermögen der Partei in ihrer Gesamtheit, die mit ihrer Lage unzufriedenen, nach einem Ausweg suchenden Volksmassen davon zu überzeugen, daß die KPD die Kraft besitzt, das von ihr verkündete Programm der nationalen Befreiung durchzuführen. Die Ursache ... liegt darin, daß die Partei nicht geschlossen, fest und eindeutig für die entscheidenden Grundfragen der deutschen Politik kämpfte..." (21)

Vor allem versäumte es die KPD, näher auf die sozialen Probleme und Fragen einzugehen. Zur Konjunktur in der Bundesrepublik, zum Wirtschaftswachstum usw. findet sich so gut wie keine Stellungnahme. Dieser Umstand dürfte einer der entscheidendsten Gründe für ihre Isolierung bei der westdeutschen Bevölkerung gewesen sein. Denn der Durchschnittsbürger war von dem wirtschaftlichen Wiederaufbau beeindruckt und die Restauration des kapitalistischen Wirtschaftssystems konnte aufgrund der wirtschaftlichen Nachkriegssituation (große Nachfragebedürfnisse usw.) wieder durchgeführt werden.

Die KPD sprach in ihren Erklärungen von einer "außerordentlichen Vertiefung der allgemeinen Krise des Weltkapitalismus" oder von der immer tieferen Verstrickung der westdeutschen Bevölkerung "in das System der kapitalistischen Krise, des Verfalls und der nationalen Zerstörung" (22): Einschätzungen, die in direktem Gegensatz zu den Alltagserfahrungen der Menschen standen.

Warum die KPD mit einer derartigen Zielstrebigkeit die materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung in ihren Erklärungen überging, und keine Verbindung zwischen der Problematik der "deutschen Frage" und dem konjunkturellen Aufschwung in der BRD leistete, bleibt unverständlich.

3. Weiter stellte die KPD-Führung zum Teil Forderungen auf, die der realen Situation in der Bundesrepublik nicht entsprachen: Z.B. die These vom "unversöhnlichen und revolutionären Kampf gegen das Adenauer-Regime" aus dem "Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands". Auch überschätzte sie die Stärke der westdeutschen Friedensbewegung vor den Bundestagswahlen 1953, offenbar, weil sie glaubte, die Bedingungen für eine breite Aktionseinheit würden sich verbessern, obwohl dies nicht der realen Lage entsprach. So erklärte der Parteivorsitzende, Max Reimann, während der dritten Lesung der Militärverträge am 19. März 1953:

"In den Volksmassen Westdeutschlands wächst und reift die Empörung gegen das Adenauer-Regime. Das Streben des Deutschen Volkes nach Frieden, nach der Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands ist unüberwindlich. Es ist unmöglich, die Entwicklung der Volksbewegung für die Durchsetzung dieser Forderung aufzuhalten; denn sie wird siegen." (23)

1956 revidierte die Parteiführung diese Fehleinschätzungen: "... Falsch sind jedoch Lösungen wie revolutionärer Sturz des Adenauer-Regimes, weil sie der Lage und den Bedingungen in Westdeutschland nicht entsprechen und die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse sowie die Sammlung der fortschrittlichen und national gesinnten Kräfte behindern." (24)

4. Mit ihrer Bejahung der sowjetischen Deutschlandpolitik und ihrer Zustimmung zum Aufbau des politischen Systems in der DDR mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht fand die KPD im Klima des Kalten Krieges kaum Anklang bei der westdeutschen Bevölkerung. Die KPD verschenkte mögliche Sympathiegewinne auch dadurch, daß sie es m.E. nicht für notwendig hielt, auf das Flüchtlingsproblem und die Vertreibung von Millionen Menschen aus den Ostgebieten einzugehen. Diese Methode, ein Volk die Kriegsschuld tragen zu lassen, hatte mit den Prinzipien des

"proletarischen Internationalismus", wie Rudi Dutschke dazu richtig festgestellt hat, nichts gemein. (26)

Im Bundestagswahlkampf 1953 behinderten in dieser aufgeheizten Stimmung - besonders nach dem 17. Juni - rechtsextremistische Organisationen und deutsche Polizei Kundgebungen und Versammlungen der KPD und versuchten sie zu sprengen. (27)

5. Die westlichen Besatzungsmächte und ganz besonders die Bundesregierung verfolgten und diffamierten die KPD systematisch. Zu den für die Partei gravierendsten Verfolgungsmaßnahmen zählte der erste Radikalerlaß der Bundesregierung vom 19. September 1950 und die Verabschiedung des ersten Strafrechtsänderungsgesetzes durch den Bundestag am 9./11. Juli 1951, das von den Kommunisten als "Blitzgesetz" bezeichnet wurde. Mit seinen Bestimmungen konnte alleine die politische Gesinnung bestraft werden. (s.S.268)

U.a. führte das Bundesamt für Verfassungsschutz am 31. Januar 1952 eine bundesweite Polizeiaktion gegen die KPD durch. Es wurden große Mengen von Parteiakten, Schriftstücken und anderes Material beschlagnahmt, um, wie der Staatssekretär im Innenministerium, Ritter von Lex, bekanntgab, sie darauf zu untersuchen, ob sie als Beweismaterial "für staatsfeindliche Umtriebe" dienen könnten. (28)

Ende März d.J. folgten die ersten größeren Verhaftungswellen gegen Kommunisten, und die KPD war gezwungen, sich auf die Illegalität vorzubereiten. (29)

Zusammenfassend bleibt festzustellen:

In der antimilitaristischen Oppositionsbewegung in der Nachkriegszeit spielte die Partei eine bedeutende Rolle. Sie trat innerhalb und außerhalb des Parlaments entschieden gegen die Remilitarisierung auf und unterstützte alle großen Protestaktionen.

Aber aus den genannten Gründen blieb die KPD bei der Verwirklichung ihrer politischen Ziele in der westdeutschen Bevölkerung weitgehend isoliert.

Die in der DDR-Geschichtsschreibung gängige These, daß die KPD "das Haupthindernis bei der Durchsetzung der Remilitarisierung in der Bundesrepublik" gewesen ist (30), ist deshalb in folgendem Sinne zu ergänzen:

Es handelte sich darum, daß die Kommunisten bei der Organisation politischer Aktionen die größte Erfahrung besaßen, was sich ganz besonders bei der Volksbefragungsaktion 1951/52 zeigte. Die KPD war innerhalb der antimilitaristischen Bewegung der am höchsten organisierte Faktor. Dies war einer der ausschlaggebenden Gründe dafür, warum die Partei am 17. August 1956 durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verboten wurde (s. S. 417, Fn. 18)

Die Haltung neutralistischer Gruppen

Einleitung

Die Diskussionen über eine politische Neutralität Deutschlands - hier verstanden als seine Nichteinbeziehung in ein westliches bzw. östliches wirtschaftliches und militärisches Bündnis-system - wurden besonders durch die Situation des in vier Besatzungszonen aufgeteilten Landes und die Gründung der beiden deutschen Staaten im Kalten Krieg ausgelöst.

Festzuhalten ist, daß den neutralistischen Gruppen im Nachkriegsdeutschland ein besonderer Stellenwert zukam. Sie boten vom Gedanken her eine ernst zu nehmende Alternative zur Deutschland-Politik der Bundesregierung an, denn zumindest nach dem Text des Potsdamer Abkommens wäre die politische Zukunft Deutschlands als ein neutraler und wiedervereinigter Staat möglich gewesen - allerdings um den Preis des Verzichts auf die ökonomische und militärische Westintegration der BRD.

Daher verwarf die Bundesregierung ganz vehement jeden Gedanken an eine Neutralisierung Deutschlands. Bundeskanzler Adenauer erklärte hierzu auf einer CSU-Landesversammlung in Bad Reichenhall am 24. Juni 1951 unmißverständlich: "Neutralisierung und gleichzeitige Demilitarisierung Deutschlands bedeutet, daß wir in ganz kurzer Zeit ein Satellitenstaat sind. Es bedeutet weiter, meine Damen und Herrn, daß in Frankreich und Italien der Kommunismus triumphieren wird, es bedeutet, daß das christliche Abendland erledigt ist, es bedeutet, daß die Vereinigten Staaten ihr Interesse an Europa verlieren. Darum, meine Freunde: wer die Neutralisierung in Deutschland hier bei uns will, ist entweder ein Dummkopf allerersten Ranges, oder ein Verräter." (1)

Daß der Neutralitätsgedanke bis in die Mitte der 50er Jahre in der Bundesrepublik einen gewissen Popularitätsgrad besaß, belegen Meinungsumfragen aus der damaligen Zeit. So sprachen sich 1951 bei zwei Meinungserhebungen 36 % bzw. 48 % der befragten Bundesbürger für eine Neutralisierung Deutschlands aus. (2)

Im folgenden werden die wichtigsten neutralistischen Gruppen in der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung ihrer

Haltung zur Wiederaufrüstung vorgestellt. Aus ihrer Minderheitsposition heraus waren sie gezwungen, Bündnisse mit gleichgesinnten Organisationen einzugehen, um ihre politischen Ziele einigermaßen wirkungsvoll in der Öffentlichkeit vertreten zu können. Rainer Dohse weist in seiner Studie "Der dritte Weg" darauf hin, daß der Begriff "Neutralitätsbewegung" besser durch die Bezeichnung "Neutralitätsbestrebungen" zu ersetzen ist, da es sich nicht um eine geschlossene und zielgerichtete Aktion gehandelt hat. (3)

1. Der Nauheimer Kreis

Am 25. Mai 1948 gründete der Würzburger Professor Ulrich Noack in Bad Nauheim den sogenannten Nauheimer Kreis: Eine überparteiliche Gruppe von Politikern, Wissenschaftlern und Intellektuellen(4). Diese Gruppe entwickelte sich bald zur bekanntesten Vereinigung der Neutralisten in Deutschland und erarbeitete noch 1948 einen Aufruf zur Rettung des Friedens durch die Neutralisierung Deutschlands. Darin heißt es u.a.: "Deutschland soll von allen Besatzungsmächten geräumt und politisch, militärisch und wirtschaftlich neutralisiert werden. Diese Neutralisierung soll durch eine Überwachungskommission der Weltmächte garantiert und im Friedensvertrag verankert werden. Deutschland darf eine Polizeikraft besitzen, jedoch nur in dem Umfange, der zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung erforderlich sei. Durch diese Neutralisierung soll Deutschland, zusammen mit Österreich und der Schweiz, eine auseinanderhaltende und beschwichtigende Kraft zwischen Ost und West zur Sicherung des Friedens bilden." (5)

Ulrich Noack, der im Nauheimer Kreis die dominierende Rolle spielte, veröffentlichte verschiedene Aufsätze und knüpfte Kontakte zur amerikanischen Militärregierung, zum Vatikan und anderen verschiedenen in- und ausländischen Kreisen; zu diesem Zweck unternahm er mehrere Reisen.

Im August 1949 fuhr Noack in die SBZ nach Weimar, wo er eine Einladung zur Goethe-Feier für die Gelegenheit nutzte, mit dem Präsidium des Deutschen Volksrates und anderen Politikern der SBZ über seine Vorstellungen zu diskutieren. Das Präsidium

begrüßte Noacks Initiative, doch kritisierten die Politiker einige Punkte von Noacks Neutralismuskonzeption, besonders, daß er die nach ihrer Einschätzung aggressiven und kriegerischen Absichten des Westens gegen die Sowjetunion unterschätzte. Man vereinbarte aber, in Kontakt zu bleiben.

Noack traf am 10. September 1949 auch mit dem sowjetischen Hochkommissar Wladimir Semjonow in Berlin-Karlshorst zu einem Meinungsaustausch zusammen. (6)

Im März 1950 reiste der Würzburger Professor nochmals in die DDR, wo er in der Verwaltungsakademie Forstzinna vor mehreren hundert Studenten und Professoren über seine Vorstellungen einer deutschen Volkssouveränität sprach. Doch über die Frage des Wahlmodus für eine gesamtdeutsche Regierung kam es zu unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen Noack und den SED-Politikern. Die Gespräche wurden ergebnislos abgebrochen. (7)

Von der CDU/CSU und der SPD wurde Noack der Vorwurf gemacht, mit dem Osten zusammenzuarbeiten. Im Oktober 1949 verlangte der bayerische Landtagsabgeordnete Heinz Beck (SPD) die Emeritierung Noacks.

Die vom 18. bis 20. November 1949 in Rengsdorf bei Neuwied/Westerwald geplante Deutschland-Tagung des Nauheimer Kreises wurde von der Landesregierung Rheinland-Pfalz wegen angeblich verfassungsfeindlicher Ziele verboten. Proteste von Noack und seinen Freunden führten zu einer Ausdehnung des Verbots auf das gesamte Bundesgebiet.

Im Juli 1951 schloß die CSU Noack aus der Partei aus. (8)

Die Idee der "Freien Mitte"

Durch die "Ohne-uns-Bewegung" erhielt der Nauheimer Kreis im Herbst 1950 neuen Auftrieb, denn eine seiner zentralen Forderungen war die Einhaltung der Entmilitarisierung Deutschlands.

Von den großen etablierten Parteien in die Isolation getrieben, strebte Noack jetzt die Gründung einer "Freien Mitte" an: ein Bündnis verschiedener neutralistischer Gruppen, das innenpolitisch eine vermittelnde Rolle zwischen Linken und Rechten

spielen und das Ziel eines neutralistischen Deutschland weiter verfolgen sollte. (9)

Noack führte eine Reihe von Besprechungen mit bekannten Personen durch, die der Idee einer Neutralisierung Deutschlands nahestanden. Am 22. Dezember 1950 fand in Wiesbaden ein abschließendes Gespräch zwischen Gustav Heinemann, Martin Niemöller, Günther Geröke und Ulrich Noack statt. Sie verfaßten einen "Ruf zum Frieden, Aufruf gegen Wiederaufrüstung und für allgemeinen Friedensschluß", in dem die vier Mächte und die Regierungen der beiden deutschen Staaten aufgefordert wurden, konkrete Schritte zur deutschen Wiedervereinigung einzuleiten. Auch verlangte dieser Aufruf eine Volksabstimmung über die Remilitarisierung und die Einführung der Wehrpflicht.(10)

Dieser "Wiesbadener Aufruf" geriet jedoch zu einem völligen Mißerfolg. Denn bei der Werbung von Unterschriften bekannter Persönlichkeiten setzten nur wenige Mitglieder der etablierten Parteien ihren Schriftzug darunter. Als Vertreter rechtsextremer Vereinigungen, wie z.B. Fritz Dorls und Ernst-Otto Remer von der "Sozialistischen Reichspartei" (SRP) unterzeichneten, verweigerte Heinemann seine Unterschrift - womit ein beträchtlicher Teil evangelischer Oppositionskreise gegen die Wiederaufrüstung, für die der zurückgetretene Bundesinnenminister eine Repräsentationsrolle spielte, für die Mitarbeit in der angestrebten "Freien Mitte" entfiel. Martin Niemöller unterschrieb aus kirchenpolitischen Gründen ebenfalls nicht, erklärte aber brieflich mit dem Wiesbadener Aufruf seine volle Übereinstimmung. (11)

Ulrich Noack und dem Nauheimer Kreis gelang es in den folgenden Jahren nicht mehr, als Führer der neutralistischen Gruppen in der Bundesrepublik akzeptiert zu werden. Daran änderte auch die Wahl Noacks zu einem der drei Vorsitzenden des Bundes der Kriegsdienstverweigerer (BKV) auf dem ersten Kongreß am 25./26. März 1951 in Nürnberg nichts. (12)

Ein Grund dafür, daß der Nauheimer Kreis keine größere Popularität erlangen konnte, waren seine zum Teil sehr idealistischen und nicht realisierbaren Vorstellungen über eine Neutralisierung

Deutschlands. Diese Vorstellungen ließen die konkreten historischen Bedingungen und Zusammenhänge oftmals außer acht. Mögliche Probleme für ein neutrales Deutschland, das sowohl mit dem Osten als auch dem Westen Handelsbeziehungen unterhalten sollte, wurden ebenso übergangen wie eine klare Differenzierung von bewaffneter und unbewaffneter Neutralität.

Noacks eigene Neutralitätsvorstellungen gipfelten in einem kosmopolitischen Sendungsbewußtsein:

"... Wir sind die Zeitgenossen des einmaligen, wahrhaft weltgeschichtlichen Moments, wo die Zusammenfassung der ganzen Erde zu einem System des Nebeneinander und Miteinander zugleich mit einem großen Bewußtseinswandel vor sich geht ... Unsere Nationalidee der Zukunft ist darum zugleich eine kosmopolitische Idee. Sie ist gleichbedeutend mit der Erfüllung eines unausweichlichen geschichtlichen Gebots, das sich aus unserer geographischen Lage und auch aus unserem Ort in dem heutigen Entwicklungsstadium des Menschengeschlechts ergibt. Ein so sich stellendes Gebot ist wie ein göttliches Gebot. Man kann ihm gegenüber versagen, aber nur bei Strafe des Untergangs..."(13)

2. Die "Dritte Front"

Diese Gruppe ist stellvertretend als eine der nationalistisch-konservativen Organisationen angeführt, die den Neutralitätsgedanken für sich in Anspruch nahmen. Die "Dritte Front" wurde am 12. November 1950 in Hamburg von Wolf Schenke gegründet, dem ehemaligen Chefredakteur des Organs der Hitlerjugend "Wille und Macht" und Fernostkorrespondenten des "Völkischen Beobachters". (14)

Schenke und seine Anhänger wollten eine dritte politische Kraft darstellen, um eine eigenständige deutsche Politik führen zu können. Die westdeutsche Aufrüstung wurde in Erklärungen der "Dritten Front" zwar abgelehnt, doch ist diese Einstellung anzuzweifeln. Denn im Vergleich zum Nauheimer Kreis, der seine neutralistischen Vorstellungen vor allem ethisch und moralisch begründete, ist die nationalistische und machtpolitische Argumentation der "Dritten Front" auffällig:

"Die Werte, auf die wir uns wiederbesinnen und denen wir wieder Geltung verschaffen müssen, sind europäische, in Griechenland und Rom gewachsen, mit Christentum und Germanentum verschmolzen, in Italien, Frankreich und Deutschland zur Blüte gebracht. Der Amerikanismus ist ihnen nicht weniger fremd als der russische Bolschewismus." (15)

Nach den Vorstellungen der "Dritten Front" sollte eines Tages ein europäischer Bundesstaat als "Dritte Macht" zwischen den USA und der Sowjetunion existieren. (16)

Um die bürgerlichen, außerparlamentarischen Kräfte trotz der Spannungen, die bei der Veröffentlichung des Wiesbadener Aufrufes sichtbar geworden waren, zu einer neutralistischen Sammelbewegung zu vereinigen, bereitete die "Dritte Front" mit wesentlicher Initiative Wolf Schenkes ein entsprechendes Treffen vor. Nach monatelangen Vorbereitungen lud sie zu einem "Deutschen Kongreß" für den 17./18. März 1951 in Frankfurt/Main ein, der als Beginn dieser Sammelbewegung gedacht war. (17)

3. Der "Deutsche Kongreß"

Zu diesem Kongreß reisten ca. 130 Personen an, die 35 zum Teil sehr verschiedene Organisationen, von nationalistischen Gruppen bis linksgerichteten Vereinigungen, vertraten. Gustav Heinemann hatte seine Teilnahme nach den Erfahrungen mit dem "Wiesbadener Aufruf" abgesagt (18). Helene Wessel, die Vorsitzende der Zentrumsparterie, und Martin Niemöller sandten Grußbotschaften.

Aber die von allen Organisationen gemeinsam erklärte Ablehnung der Remilitarisierung sollte sich als ein zu geringes Fundament für eine konstruktive Zusammenarbeit erweisen. Schon am ersten Tag des Kongresses kam es zu heftigen Spannungen. Hans-Christian Meier und Erich Arp von der SDG forderten Wolf Schenke auf, die von ihm eingeladenen rechtsextremen SRP auszuladen. Karl-Heinz Priester von der "Europäischen Nationalen" griff die "Pazifisten und Feiglinge" an - womit die linksorientierten Gruppen, wie z.B. die Deutsche Friedensgesellschaft, gemeint war - und rief zum Protest gegen die "bolschewistische Ideologie"

auf. Als er damit keinen Erfolg hatte, zog Priester zusammen mit dem Vertreter der SRP aus dem Kongreß aus.

Unterschiedliche Auffassungen, wie z.B. der Vorschlag Theo Köglers vom Freiheitsbund (19), den "Deutschen Kongreß" als eine Art Gegenparlament der Deutschen Friedensfront zu organisieren, dem sich z.B. Ulrich Noack begeistert anschloß, stieß auf entschiedene Ablehnung von Meier und Arp, weil sie ein Verbot durch Bundestag und Bundesrat befürchteten. Der Vorschlag wurde durch Abstimmung abgelehnt. Kögler verließ darauf den "Deutschen Kongreß" und distanzierte sich vor der Presse von ihm. (20)

Nach diesen ersten Klärungen schien eine Einigung zwischen den verbliebenen Gruppen nichts mehr im Wege zu stehen. 17 Organisationen gaben ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit im "Deutschen Kongreß" bekannt, darunter z.B. die "Dritte Front", der Internationale Versöhnungsbund (IVB), die Deutsche Friedensgesellschaft, die Deutsche Friedensakademie und der Bund der Kriegsdienstverweigerer. (21)

In einer nervenaufreibenden Nachtsitzung wurde schließlich die "Erklärung des Deutschen Kongresses an die Vier-Mächte-Konferenz" verfaßt, die als wichtigste politische Ziele freie Wahlen in Gesamtdeutschland für eine verfassunggebende Nationalversammlung, die Aufnahme von Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages forderte. Diese Erklärung wurde den vier Mächten, den beiden deutschen Regierungen sowie dem Vatikan am 22. März 1951 übergeben. (22)

Zweifellos ist die letztlich erreichte Einigung der unterschiedlichen Gruppen für eine politische Zusammenarbeit und die Zustimmung zu der Vier-Mächte-Erklärung ein "beachtlicher Erfolg" gewesen (23). Aber das mühsam erreichte Bündnis erwies sich in den folgenden Monaten als brüchig, besonders wegen gegensätzlicher Auffassungen über die Haltung zur DDR und die Definition eines Neutralitätsbegriffes. Während die nach links tendierenden Gruppen, wie z.B. die SDO, eine Neutralisierung Deutschlands im Sinne des Potsdamer Abkommens anstrebten und die beginnende Volksbefragungsaktion unterstützen wollten, war die Neutrali-

sierung für rechtsorientierte Gruppen, wie z.B. die "Nationale Partei" nur ein Schritt auf dem Weg zur Erneuerung des Großdeutschen Reiches. Dazwischen standen pazifistische und neutralistische Gruppierungen, wie die DFG oder der IVB, die wiederum unterschiedliche Auffassungen über ein waffenloses, neutralistisches Deutschland vertraten - von einem Brückenmodell Deutschlands als ausgleichendem Element zwischen West und Ost in Denkkategorien des 19. Jahrhunderts bis hin zur völligen Demilitarisierung Deutschlands. (24)

Für Ulrich Noack war es eine große Enttäuschung, als er nicht in das geschäftsführende Präsidium des "Deutschen Kongresses" gewählt wurde, was für ihn einem Scheitern seiner Vorstellungen über die "Freie Mitte" gleichkam. In der folgenden Zeit schränkte er seine Aktivität für den "Deutschen Kongreß" ein. Im Juni trat er aus ihm aus, nachdem die erweiterte Ratstagung des "Deutschen Kongresses" am 2./3. Juni 1951 in Frankfurt beschlossen hatte, das Wort Neutralität "wegen seines sinnentstellenden Gebrauchs in der Tagespolitik nicht mehr in Erklärungen zu verwenden." (25)

Ein weiterer Grund für Noacks Austritt waren persönliche Differenzen zwischen ihm und Wolf Schenke.

Auch die Zentrumspartei distanzierte sich vom "Deutschen Kongreß". (26)

So zeichnete sich bereits nach wenigen Wochen ab, daß vom "Deutschen Kongreß" keine geschlossene außerparlamentarische Oppositionsbewegung gegen die Remilitarisierung zu erwarten war.

Auf der ersten Hauptversammlung dieser Sammlungsbewegung am 29./30. September 1951 in Bonn kam es zu weiteren Zerwürfissen. Dort wurde nach heftigen Kontroversen ein "Innerdeutscher Vertrag zur Vermeidung des deutschen Bruderkrieges" verabschiedet, der wesentlich von Hans-Christian Meier verfaßt worden war. Er sollte der westdeutschen Bevölkerung zur Unterschrift vorgelegt werden und jeden Unterzeichner verpflichten, im Falle eines Krieges in Deutschland den Waffendienst sowie die Beteiligung an militärischen Aktionen zu verweigern. (27)

Wolf Schenke hatte vor der Abstimmung über die Verabschiedung dieser Erklärung unerwartet die bewaffnete Neutralität für ein wiedervereinigtes Deutschland gefordert, was Tumulte unter den Teilnehmern auslöste. Schenke begründete seinen Vorschlag damit, daß er nur aus taktischen Gründen die bewaffnete Neutralität befürworten würde. Forderte der "Deutsche Kongreß" eine starke Wehrmacht für ein wiedervereinigtes Deutschland, so würden es nach Schenkes Meinung die Westalliierten mit der Angst zu tun bekommen und eine Aufrüstung der Bundesrepublik unterlassen. Als die Mehrheit der Delegierten dem "Innerdeutschen Vertrag" zustimmte, war Schenke bereits aus dem Kongreß ausgetreten. (28)

Nun bildeten die pazifistischen und linksorientierten Gruppen im "Deutschen Kongreß" die Mehrheit. Doch verlief sich diese Bewegung in den folgenden Monaten, woran auch der Beitritt des Darmstädter Studentenpfarrers Herbert Mochalski und die Unterstützung Martin Niemöllers nichts zu ändern vermochten. Der hessische Kirchenpräsident hielt auf der zweiten Hauptversammlung des "Deutschen Kongresses" am 29./30. März 1952 in Köln einen Vortrag über die Remilitarisierung. Nochmals wurde eine "Erklärung der Widerstandspflicht gegen teildeutsche Aufrüstung" veröffentlicht, die vor den Folgen des Beitritts der Bundesrepublik zur EVG wegen der erhöhten Kriegsgefahr und der Zementierung der Spaltung Deutschlands warnte. Für die Bundestagswahlen 1953 wurde die Gründung eines Wahlblocks aller Gegner einer teildeutschen Aufrüstung vorgeschlagen. Doch gelang es nicht, in der bundesdeutschen Öffentlichkeit größere Aufmerksamkeit für diese Vorstellungen zu wecken. Der "Deutsche Kongreß" löste sich noch 1952 auf.

Das Scheitern des "Deutschen Kongresses" machte die Gegensätze unter den sich als "neutralistisch" bezeichnenden Gruppierungen und die Schwierigkeiten für die Organisation einer geschlossenen neutralistischen Oppositionsbewegung sichtbar: Von gravierenden politischen Meinungsverschiedenheiten über die Beurteilung der "deutschen Frage", antikommunistischen Ideologien bis hin zu gesellschaftspolitischer Isolation und fehlendem Einfluß auf die bürgerliche Presse. Im Vergleich zur Volksbefragungsaktion war die Arbeit des "Deutschen Kongresses" uneffektiv geblieben.

4. Die Notgemeinschaft für den Frieden Europas (später Gesamtdeutsche Volkspartei)

Trotz solcher zu erwartender Schwierigkeiten hatte der zurückgetretene Innenminister Gustav Heinemann seine Vorstellungen von einem neutralisierten und wiedervereinigten Deutschland nicht aufgegeben. Er sah eine Möglichkeit, um die Spaltung Deutschlands und die westdeutsche Wiederaufrüstung zu verhindern, in der Gründung einer überparteilichen Organisation, um mit ihr auf die etablierten Parteien Einfluß auszuüben.

Nachdem Heinemann in den "Stätten der Begegnung", einem Kreis, in dem sich ehemalige Soldaten, deutsch-national gesinnte und parteiungebundene Personen trafen, über die Problematik der Wiederaufrüstung diskutiert hatte, gründete er mit engen Freunden am 21. November 1951 in Düsseldorf im Landtagsgebäude von Nordrhein-Westfalen die Notgemeinschaft für den Frieden Europas. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten neben der Zentrumsvorsitzenden Helene Wessel der Industrieberater Adolf Scheu und andere (29). In dem ebenfalls in Düsseldorf gebildeten erweiterten Programmausschuß der Notgemeinschaft waren u.a. vertreten: der Präses der evangelischen Landeskirche von Westfalen, Ernst Wilm, die Theologieprofessoren Helmut Gollwitzer und Hans-Joachim Iwand, der Vorsitzende des IVB, Professor Friedrich Siegmund Schultze, der katholische Schriftsteller Reinhold Schneider und Nikolaus Koch. Als Aufgabe der Notgemeinschaft sah es Heinemann an, zum "Sammelbecken aller gegen die Wiederbewaffnung auftretenden Kräfte unseres Volkes" zu werden. (30)

Im Vergleich zum "Deutschen Kongreß" waren nationalistische Gruppen, der Nauheimer Kreis, die SDO u.a. in der Notgemeinschaft nicht vertreten. Eine Zusammenarbeit mit der KPD lehnte sie entschieden ab. Von ihrer Struktur her mußte die Notgemeinschaft, wie Peter Molt dazu schreibt, "als neuer Ansatz der Opposition gegen die Wiederbewaffnung gewertet werden. Sie war in einem größeren Maße Sammlungsbewegung als der "Deutsche Kongreß", denn ihr war die Einbezie-

hung des protestantischen und katholischen Oppositionsflügels gelungen, die eigentlich sogar die Führung übernommen hatten. Die größeren pazifistischen Organisationen konnten ebenfalls für die Mitarbeit gewonnen werden. Zahlreiche Gegner der Wiederbewaffnung, vor allem in kirchlich-evangelischen Zirkeln und in linksbürgerlichen Kreisen, betrachteten die Notgemeinschaft als Repräsentanten ihrer außenpolitischen Vorstellungen." (31)

Die politischen Zielsetzungen der Notgemeinschaft

Das politische Programm der Notgemeinschaft hielt sich unter Hervorhebung der Überparteilichkeit und der Ablehnung der Wiederaufrüstung von den Konzeptionen der Regierungsparteien fern. Das große Ziel war die deutsche Wiedervereinigung auf friedlichem Wege. Mit einem deutschen Verteidigungsbeitrag war es nach Ansicht der Notgemeinschaft sehr unwahrscheinlich, die deutsche Spaltung zu überwinden, und außerdem würde sich damit die Kriegsgefahr für Deutschland und Europa erhöhen. Nur durch internationale Verhandlungen zwischen West und Ost war für die Notgemeinschaft die Vereinbarung über einen Friedensvertrag für Deutschland und damit die friedliche Zukunft in Europa möglich. Deutschland sollte eine "Mittelstellung" erhalten, damit für sich den Ost-West-Konflikt beseitigen und so zum Abbau des Kalten Krieges in Europa beitragen. Einen konkreten Neutralisierungsplan für Deutschland entwarf die Notgemeinschaft aber nicht. Die Neutralisierung Deutschlands betrachtete sie nicht als endgültig, doch sah sie für eine deutsche Wiedervereinigung keinen anderen Weg. (32)

Seit dem Jahresanfang 1952 führte die Notgemeinschaft eine Petitionskampagne im Bundesgebiet durch. Mit der Sammlung von Unterschriften unter einen Aufruf, in dem überwiegend der Wunsch der deutschen Bevölkerung gegen die Wiederaufrüstung und für die friedliche Wiedervereinigung hervorgehoben wurde, sollten noch vor den Bundestagswahlen 1953 die Parlamentarier dazu bewogen werden, sich gegen die Remilitarisierung auszusprechen. Aber die in diese Kampagne gesetzten Erwartungen er-

füllten sich nicht. Die Unterzeichnung der EVG-Verträge im Mai 1952 ließ die Aktion fast zum Stehen kommen. Die Ergebnisse der Unterschriftensammlung sind weder veröffentlicht noch dem Präsidenten des Bundestages übergeben worden. (33)

Die Notgemeinschaft hielt ca. 100 Versammlungen im Bundesgebiet ab, bei denen als Hauptredner Helene Wessel und Gustav Heinemann auftraten. Nach P. Molt wurden dabei aber höchstens 50.000 Menschen angesprochen, die wiederum meist kirchlichen, studentischen und pazifistischen Kreisen angehörten. Die Kundgebungen wurden vorwiegend von Mitgliedern der DFG, von engagierten protestantischen Kräften, studentischen Gruppen sowie einzelnen CDU- und SPD-Funktionären organisiert. (34)

In dem Inhalt der "Stalin-Note" vom 10. März 1952.(s.S. 124) sah die Notgemeinschaft eine echte Möglichkeit, zu einer Lösung der "deutschen Frage" zu gelangen. Auf zwei Kundgebungen in Berlin setzte sich Gustav Heinemann ausführlich mit der "deutschen Frage" und den Inhalten der sowjetischen Note auseinander. (35)

Mit einer Eingabe vom 10. Oktober 1952 an den Bundestag, Bundesrat, die Volkskammer der DDR und die vier Hohen Kommissare bezog die Notgemeinschaft nochmals zur "deutschen Frage" und zum Notenwechsel zwischen den Großmächten Stellung. (36)

Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)

Im Herbst 1952 zeichnete sich ab, daß die Notgemeinschaft mit ihren politischen Vorstellungen sich nicht gegen die etablierten Parteien durchsetzen können. Sie blieb auf gesellschaftspolitischer Ebene isoliert. Die großen westdeutschen Zeitungen schrieben meist gegen die Notgemeinschaft und kritisierten, daß ihre Vorstellungen illusionär seien und daß es keine Alternative zur "Politik der Stärke" gegenüber der Sowjetunion gäbe.

SPD und FDP distanzieren sich von der Notgemeinschaft wie vom Nauheimer Kreis und dem "Deutschen Kongreß" mit entsprechenden Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Helene Wessel mußte aufgrund eines

Beschlusses führender Zentrumsmitglieder den Vorsitz für diese Partei im Januar 1952 aufgeben. (37)

Der Bundestagsabgeordnete Hans Bodensteiner (CSU), der mit der Politik der Notgemeinschaft sympathisierte, wurde im Herbst 1952 deshalb aus der CDU/CSU-Fraktion ausgeschlossen.

Bodensteiner trat darauf aus der CSU aus. Auch Heinemann verließ die CDU Ende Oktober 1952, weil der politische Flügel um Bundeskanzler Adenauer innerhalb der Partei sehr stark war. (38) Besonders Frau Wessel und Adolf Scheu forderten wegen dieser Isolierung die Umwandlung der Notgemeinschaft in eine politische Partei, um sich an den bevorstehenden Bundestagswahlen 1953 beteiligen zu können. Nach langen Vorbereitungen wurde die Notgemeinschaft am 29./30. November 1952 in Frankfurt/Main in die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) umgewandelt. (39.)

Der Bundestagswahlkampf 1953

In den folgenden Monaten versuchte die GVP mit anderen kleineren Parteien und Gruppen ein geschlossenes Wahlbündnis zu organisieren. Nur auf diesem Weg sah sie überhaupt eine Chance, die 5%-Klausel des von der Bundesregierung im Sommer 1953 verabschiedeten neuen Wahlgesetzes zu überspringen und damit in das Parlament einziehen zu können. (40)

Noch im Herbst 1952 versuchte die GVP Kontakte zu nationalen Gruppen aufzunehmen, was u.a. wegen unterschiedlicher Auffassungen zur Kriegsschuldfrage scheiterte (41). Daher wandte sich die GVP anderen neutralistischen Gruppen zu. Im April 1953 sprach sie sich mit der "Frei Sozialen Union" (FSU) und der "Freien Mitte" von Ulrich Noack für ein Wahlbündnis ab. (42) Doch bestanden zwischen diesen Organisationen Spannungen, und ebenso zwischen Noack und Heinemann. Der Würzburger Professor zerstritt sich mit der FSU; als die GVP mit dem Bund der Deutschen (BdD) von Josef Wirth und Wilhelm Elfes nach langwierigen Verhandlungen am 19. Juli 1953 in Mannheim ebenfalls ein Wahlbündnis gründete, trat Noack auch aus der GVP aus. Er warf dem BdD vor, Geld aus der DDR zu erhalten. Die FSU hob ihr Bündnis mit der GVP ebenfalls auf, da der BdD eine "eindeutig östlich orientierte Tarnorganisation" sei. (43)

Obwohl Elfes und Wirth immer wieder die finanzielle Unabhängigkeit des BdD von der DDR hervorhoben, konnten sie sich vor der Öffentlichkeit nie dem Verdacht entziehen, eine "kommunistische Tarnorganisation" zu sein. Die Mehrheit der westdeutschen Zeitungen und Bundesinnenminister Robert Lehr (CDU) inszenierten einen antikommunistischen Propagandafeldzug gegen den BdD. Lehr ließ Flugblätter des BdD beschlagnahmen und forderte die Innenminister der Länder zu einem einheitlichen Vorgehen gegen staatsgefährdende Elemente und Parteien auf, worauf der BdD in Rheinland-Pfalz als verfassungsfeindliche Organisation verboten wurde. (44)

Das blieb nicht ohne Auswirkungen für die GVP. In der Öffentlichkeit wurde ihr Wahlbündnis mit dem BdD sehr negativ beurteilt und wirkte sich nach Diether Koch "verheerend" aus. (45) Helene Wessel und Gustav Heinemann wurde wiederholt vorgeworfen, sich mit diesem Schritt den Kommunisten ausgeliefert zu haben. Nur wenige der westdeutschen Zeitungen berichteten über die Arbeit der GVP, z.B. die "Aachener Nachrichten" und die "Nürnberger Nachrichten". Ihre außenpolitische Konzeption wurde gelegentlich noch in der "Stuttgarter Zeitung" und der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" erwähnt. (46)

Hermann Schäfer, der Hauptschrift- und Verlagsleiter der "Aachener Nachrichten", mußte seinen Posten aufgeben, als er sich weigerte, die politische Linie des Bundeskanzlers gutzuheißen. (47)

Gegen die einseitige Darstellung und das Totschweigen in der westdeutschen Presse konnte sich die GVP auch nicht mit ihrer "Gesamtdeutschen Rundschau" durchsetzen, die sie unter großen finanziellen Opfern anstelle der bisherigen "GVP-Nachrichten" herausgab. Umfang und Auflage waren begrenzt, und die Zeitung fand wenig Anklang bei Mitgliedern der großen Parteien. Karl-Georg Pfeleiderer blieb bei der FDP, Matthias Mehs wollte die CDU nicht verlassen, und Hermann Etzel nicht die Bayernpartei. Alle drei Politiker vertraten Vorstellungen über eine neutralistische Konzeption für ein wiedervereinigtes Deutschland.

Martin Niemöller und die evangelischen Präses Heinrich Held und Ernst Wilm sympathisierten mit den politischen Zielen der GVP,

traten aber wegen ihrer Kirchenämter nicht in die Partei ein. (48) Es ist dem BdD anzurechnen, daß er den Forderungen der GVP gegenüber zu weitgehenden Zugeständnissen bereit war, die nach R. Dohse "bis an die Grenze der Selbstaufgabe"gingen. So verzichtete der BdD auf die Benennung eigener Kandidaten auf einer gemeinsamen Liste, deren Auswahl von der GVP getroffen wurde. (49)

Das Ergebnis der Bundestagswahl - die GVP erhielt rund 1,2 %, was etwa 320.000 abgegebenen Zweitstimmen entspricht - bedeutete für die Partei eine große Enttäuschung. Sie hatte mit einem Überspringen der 5%-Klausel gerechnet. (50)

Als weiteren Grund für das schlechte Abschneiden der GVP spielte neben dem antikommunistischen Propagandafeldzug, der parteipolitischen Isolierung, der Zerstrittenheit neutralistischer Gruppen und der schlechten Finanzlage auch die konfessionelle Struktur der Bevölkerung im Bundesgebiet eine Rolle. (51) Trotz dieses Wahlergebnisses setzte Gustav Heinemann und die Mehrheit seiner Freunde die Arbeit für die GVP fort. In den folgenden Jahren näherten sie sich langsam den politischen Zielen der SPD an. Eine bedeutende Rolle in der bundesdeutschen Parteienlandschaft hat die GVP allerdings nie gespielt.

5. Pazifistische Gruppen

Neutralistische Vorstellungen über ein wiedervereinigtes Deutschland wurden auch von pazifistischen Organisationen in der Öffentlichkeit vertreten. Die beiden größten von ihnen waren die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) und die Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK). Außerdem sind an dieser Stelle noch die Organisationen WOMAN und der Internationale Versöhnungsbund (IVB) zu nennen, weil sie zusammen mit der DFG und der IDK in personeller, finanzieller wie organisatorischer Hinsicht überhaupt in der Lage waren, politische Aktionen auf der Straße gegen die Wiederaufrüstung zu mobilisieren. (52)

Die Haltung der DFG

Die DFG war die älteste und traditionsreichste deutsche Friedensvereinigung (gegründet am 9.11.1892 in Berlin von Bertha von

Suttner und Alfred Hermann Fried). Die Gesellschaft wurde nach Kriegsende von früheren Mitgliedern wie z.B. Fritz Küster reorganisiert.

Im vorläufigen Programm der DFG von 1945 und den Programmen von 1946 und 1948 wurde als Schwerpunkt der politischen Arbeit der DFG das antimilitaristische Engagement hervorgehoben. Es heißt darin:

"... Vernichtung des preußisch-deutschen Militarismus; Ausmerzung des gesamten nationalsozialistischen und militaristischen Schrifttums; Ausrottung der Nazi-Irrlehren; Erziehung der Jugend im Geiste des Friedens und der Völkerverständigung, verbunden mit der Unterrichtung über das Barbarische des Krieges und über die zerstörenden Folgen kriegerischer Handlungen." Für diese Aufgaben sollte ein dafür zu errichtender Friedensministerium zuständig sein, dessen Arbeit die DFG als die "Voraussetzungen für die Mitgliedschaft Deutschlands in der Organisation der Vereinten Nationen" ansah. (53)

Auf ihrem Bundestag vom 14. bis 17. September 1950 in Köln sprach sich die DFG in einer Erklärung für den "Zusammenschluß Europas als einen ersten Schritt auf dem Wege zu einer Weltfriedensordnung" aus und befürwortete einen europäischen Bundesstaat. (54)

Zur deutschen Wiederaufrüstung erklärte sie: "Die DFG lehnt eine Wiederaufrüstung Deutschlands in jeder Form, auch unter einer Tarnung als Polizeitruppe, ab, da eine Wiederbewaffnung keine Sicherung des Friedens, sondern eine Erhöhung der Kriegsgefahr bedeutet. Sie erblickt in einer Wiederaufrüstung die Wiederbelebung des militaristischen Geistes in Deutschland und damit eine Gefährdung der demokratischen Rechte." (55) Friedensarbeit leisten bedeutete für die DFG in erster Linie das entschiedene Eintreten für eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung. In Bezug auf die "deutsche Frage" setzte sie sich für die Wiedervereinigung ein, weil die Spaltung Deutschlands nach ihrer Einschätzung den Frieden Europas gefährdete. Der Öffentlichkeit unterbreitete sie dazu mehrere Lösungsvorschläge: z.B. verlangte sie 1955 vor der Ratifizierung der Pariser Verträge sofortige Verhandlungen von der

Bundesregierung mit der DDR über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen. Die Bundesregierung sollte die Initiative für das Zustandekommen einer Viererkonferenz aufnehmen, auf der über die "deutsche Frage" und eine allgemeine Abrüstung gesprochen werden sollte. (56)

Schließlich fand dieser politische Pazifismus seinen Ausdruck im Heidelberger Programm der DFG von 1956. Darin wurde zusätzlich allen Kriegsdienstverweigerern jede Hilfe zugesagt.

Es gelang der DFG jedoch nicht, an ihre frühere Mitgliederstärke (1927 gehörten ihr etwa 30.000 Mitglieder an) heranzukommen. 1951 betrug die Mitgliederzahl knapp 2.900 Personen.

Zum Präsidenten der DFG wurde auf der Jahreskonferenz 1951 der SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Wenzel gewählt. (57)

Die Haltung der IDK

Die IDK, ebenfalls eine traditionsreiche pazifistische Organisation, konstituierte sich als deutscher Zweig der "War Resisters International" (WRI) am 16. Juni 1947 in Hamburg. Zum Vorsitzenden wurde Theodor Michaltscheff gewählt, der an der Aufbauarbeit der IDK in überragender Weise beteiligt war. (58)

Die IDK, die eine streng idealistisch-humanistische Auffassung zum Pazifismus vertrat, löste sich vollständig von der DFG, mit der es besonders zu Auseinandersetzungen über die Frage der radikal-pazifistischen Grundeinstellung gekommen war. Kontakte zwischen DFG und IDK blieben aber in den folgenden Jahren bestehen; bei Veranstaltungen und Kundgebungen arbeiteten beide Organisationen oft zusammen.

Der IDK fiel es schwer, Bündnisse mit Gruppen abzuschließen, die nicht der ADF (s.S. 55) angehörten. Michaltscheff und Frau Rosel Lohse-Link, die Mitglied im Vorstand der IDK war, unterschrieben z.B. den "Wiesbadener Aufruf zum Frieden", von dem sich Gustav Heinemann distanziert hatte (s.S. 233), doch ist unklar, ob beim "Deutschen Kongreß" überhaupt IDK-Delegierte anwesend waren. Der Grund dafür lag im Mißtrauen gegenüber Wolf Schenke und Ulrich Noack, weil die IDK sich politisch

nicht einseitig festlegen wollte. Michaltscheff verfolgte allerdings die Aktionen des "Deutschen Kongresses" mit Sympathie. Mit den Gewerkschaften fand keine Zusammenarbeit statt, von der SPD arbeiteten gelegentlich Ortsgruppen der "Falken" mit der IDK zusammen (59). Dagegen unterstützte die IDK die Notgemeinschaft für den Frieden Europas uneingeschränkt; die offizielle Zusammenarbeit hörte jedoch mit der Umwandlung der Notgemeinschaft in die GVP auf. (60)

Im Bundestagswahlkampf 1953 kam es zu Versuchen, die IDK zur Unterstützung der SPD und der GVP zu gewinnen. Einzelmitglieder arbeiteten für die GVP, ohne für die IDK aufzutreten. Das Verhältnis der IDK zu kommunistischen Gruppen war nicht einseitig ablehnend, jedoch auch nicht zustimmend. Viele Mitglieder waren von antikommunistischen Vorstellungen nicht frei. (61)

Den ersten Radikalenerlaß der Bundesregierung vom 19. September 1950 (s.S.267) bezeichnete die IDK als "glatten Verfassungsbruch", weil er "alle Elemente einer Diktatur ersten Ranges" aufweise.

Von den Aktionen des Friedenskomitees und des Hauptausschusses für Volksbefragung grenzte sie sich ab, weil diese eigene Ziele damit verfolgten. Das Verbot der Volksbefragungsaktion kritisierte sie wiederum, und ebenso das Verbot der KPD vom 17. August 1956. Dies verdeutlicht das radikaldemokratische Verständnis der IDK. Die Organisation geriet bei den westdeutschen Staatsschutzorganen mit dieser Haltung zwangsläufig in den Verdacht, eine "kommunistische Tarnorganisation" zu sein.

Die IDK organisierte zahlreiche antimilitaristische Protestaktionen. Z.B. führte sie seit 1948 jährlich am 6. August den "Tag des Weltfriedens" (Datum des Abwurfes der amerikanischen Atombombe auf Hiroshima) mit Veranstaltungen wie Mahnwachen, Schweigemärschen usw. durch. (62)

1952 heißt es in einem von ihr veröffentlichten Flugblatt, mit dem Titel "Der Generalvertrag - ein Verhängnis für Deutschland": "Die Unterzeichnung des General- und EVG-Vertrages war ein

verhängnisvoller Schritt.

Dadurch wurde die bestehende weltpolitische Spannung erhöht und das Mißtrauen gesteigert...

Auf die Aufrüstung, die Wiedereinführung der Wehrdienstpflicht und die Aushebung von Truppen in der Bundesrepublik werden automatisch gleichartige Gegenmaßnahmen der DDR folgen ...

Die Bundesregierung wird daher die 18 Millionen Deutschen der DDR entweder ein für allemal abschreiben oder sie durch einen Krieg befreien müssen...

Für das deutsche Volk kommt daher weder ein Anschluß an die europäische Verteidigungsgemeinschaft noch eine östliche Orientierung in Frage, sondern nur eine strikte und aktive Neutralitätspolitik nach beiden Richtungen...

Für Deutschland gibt es nur einen einzigen Weg, und das ist der Weg der Verständigung und des Friedens. Wer nicht schießen will, muß verhandeln." (63)

Besonders hervorzuheben ist das Engagement der IDK für die Verwirklichung des Grundrechtes auf Kriegsdienstverweigerung. Doch hat sie den direkten Beitrag der individuellen Verweigerung zur Kriegsverhinderung nie überschätzt. (64)

Die Mitgliederstärke der IDK betrug bis Ende 1949 zwischen 500 und 800 Mitgliedern; bis 1956 stieg sie auf ca. 4.000 Mitglieder an. Zum Präsidenten wurde auf Beschluß der Jahrestagung 1950 ebenfalls Fritz Wenzel gewählt.

Nach G. Grünewald war es der IDK bis 1956 gelungen, sich "zu einem beachteten außerparlamentarischen Faktor mit allerdings begrenzter Mobilisierungsfähigkeit" zu entwickeln. (65)

Zusammenfassend bleibt festzustellen:

Die neutralistischen Gruppen und Organisationen spielten in der antimilitaristischen Opposition keine führende Rolle. Dabei vermochten sie von ihren politischen Vorstellungen zu einer Lösung der "deutschen Frage" (Viermächte-Verhandlungen, Abschluß eines Friedensvertrages) theoretisch eine ernstzunehmende Alternative zur Politik der Westintegration der Bundesregierung anzubieten.

Die Mehrzahl neutralistischer Gruppen wie Nauheimer Kreis oder die Notgemeinschaft, die unterschiedliche pazifistische Strömungen repräsentierten, zeichneten sich durch ein konsequentes antimilitaristisches Engagement aus, das an dieser Stelle zu würdigen ist. Die Berührungspunkte zu den Kommunisten waren bei ihnen geringer; so arbeiteten die "Darmstädter Aktionsgruppen" bei den Vorbereitungen zur "Jugendkarawane" mit der FDJ zusammen.

Doch mangelte es den neutralistischen Gruppen ausnahmslos an organisatorisch-politischer Durchschlagskraft - zum Teil wegen personeller Probleme (meist nur eine begrenzte Anzahl von aktiven Mitarbeitern vorhanden) und materieller Schwierigkeiten (Finanzen usw.), zum Teil aber auch wegen weltanschaulicher Differenzen (s.S. 236/237). Aus diesen Gründen blieb ihnen eine breite Resonanz in der Öffentlichkeit weitgehend versagt (ausgenommen die Bemühungen der Notgemeinschaft in ihrer Anfangszeit).

Die Haltungen der Kirchen

Ein großer Teil der Christen in Deutschland hatte die nationalsozialistische Politik des "Dritten Reiches" mehr oder weniger geduldet bzw. offen unterstützt. Erinnerung sei an dieser Stelle an das Konkordat zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich vom 20. Juni 1933 und dem Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen zur "Deutschen Evangelischen Kirche" um die gleiche Zeit, in der die Gruppierung der "Deutschen Christen" die Macht übernahm, die von der NSDAP unterstützt wurde.

Eine Minderheit evangelischer Amtsträger und Laien hatte gegen den Faschismus Widerstand geleistet und sich in der Bekennenden Kirche zusammengeschlossen. Viele von ihnen hatten dafür oft genug mit KZ-Haft oder dem eigenen Leben bezahlen müssen. (1)

1. Die Haltung der EKD

Von der Konferenz in Treysa bis Eisenach

Nach Kriegsende galt die Kirche bei den Militärregierungen der Siegermächte nicht als unmittelbar politische Organisation und genoß wegen des von Pfarrern geleisteten Widerstandes gegen die NS-Diktatur im Unterschied zu den politischen Parteien die Freiheit der Selbstorganisation in allen vier besetzten deutschen Zonen. (2)

Besonders Mitglieder der Bekennenden Kirche begannen nach Kriegsende mit der Neuorganisation einer evangelischen Kirchenleitung. Auf der Konferenz von Treysa (27. bis 31. August 1945) wurde der Rat der EKD gebildet, in den u.a. der damalige Rechtsanwalt Gustav Heinemann und Martin Niemöller, der Sprecher der Bruderräte, gewählt wurden. (3)

Aber bereits in Treysa zeigten sich zwischen den Kirchenführern unterschiedliche Auffassungen über die Zukunft der evangelischen Kirche.

Auf der einen Seite standen die "Lutheraner" unter Führung des bayerischen Landesbischofs Hans Meiser, die innerhalb der evangelischen Kirche die lutherische Konfession angemessen zur Darstellung

bringen wollten (4). Ihnen gegenüber arbeiteten die Bruderräte auf eine völlige Neuorganisation einer gesamtdeutschen evangelischen Kirche hin. Dazwischen versuchten einzelne Kirchenvertreter eine vermittelnde Position einzunehmen, wie z.B. der württembergische Landesbischof Theophil Wurm. Er bemühte sich um einen Ausgleich der unterschiedlichen Auffassungen und hatte zu diesem Zweck bereits während des Krieges ein "kirchliches Einigungswerk" gegründet. Wichtig ist festzuhalten, daß bereits im zwölfköpfigen Rat der zukünftigen EKD die Vertreter einer Neuordnung von oben her (gemeint sind die Lutheraner) in der Mehrheit gegenüber den Vertretern eines Neuaufbaus von unten waren. (5)

Auf seiner folgenden Sitzung in Stuttgart am 18. September 1945 veröffentlichte der Rat das sogenannte "Stuttgarter Schuldbekenntnis", in dem die Schuld der Kirche und ihre stillschweigende Duldung des nationalsozialistischen Herrschaftsregimes während des Dritten Reiches unumwunden zugegeben wurde:

"... Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.

Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden..."(6)

Dieses Grundsatzbekenntnis kam jedoch mehr auf Initiative von Persönlichkeiten wie Martin Niemöller, Gustav Heinemann und anderen zustande; grundsätzliche Zustimmung bei allen Ratsmitgliedern fand es nicht. (7)

Bereits die "Darmstädter Erklärung" des Bruderrates der EKD vom 8. August 1947, in der die Schuld der Evangelischen Kirche während des Dritten Reiches konkretisiert wurde, löste innerhalb der EKD ein sehr unterschiedliches Echo aus bis hin zu Angriffen gegen die Verfasser. (8)

Im Juli 1948 wurde auf der Kirchenversammlung in Eisenach zwar die Vereinigung der Evangelischen Kirche in allen vier Besatzungszonen vollzogen, doch darüber, was die Einheit der evangelischen Kirche in Deutschland konkret bedeutete, gingen die Meinungen zwischen den genannten Flügeln weit auseinander. (9)

Die Haltung der EKD zur Wiederbewaffnung

In der Auseinandersetzung über die Haltung der EKD zur Wiederaufrüstung waren Gustav Heinemann und Martin Niemöller die beiden herausragenden Persönlichkeiten.

G. Heinemanns politische Vorstellungen wurden bereits dargestellt; festzuhalten ist, daß bei seiner Kritik an der Wiederaufrüstung der Bundesregierung seine christliche Überzeugung ein wichtiges Motiv war. 1949 wurde Heinemann auf der Synode der EKD in Bethel zum Präses der Synode gewählt, womit er das höchste Laienamt in der evangelischen Kirche besaß. An seiner Person konnte die Führung der EKD nicht vorbeigehen.

Die zweite, noch mehr umstrittene Person bei den Diskussionen über die Remilitarisierung in der evangelischen Kirche war Martin Niemöller.

Er trat in den Nachkriegsjahren entschieden für ein neutralistisches und wiedervereinigtes Deutschland unter Kontrolle der Vereinten Nationen ein und griff die Politik der Westintegration und der Bundesregierung scharf an.

Die Wiedervereinigung bezeichnete er als Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden, nicht nur für Deutschland, sondern für Europa und die Welt. In einem Interview mit der amerikanischen Korrespondentin Marguerite Higgins, das in der bundesdeutschen Öffentlichkeit großes Aufsehen und heftigste Reaktionen auslöste, erklärte Niemöller am 13. Dezember 1949, die meisten Deutschen würden die Einigung ihres Landes unter dem Kommunismus einer Fortdauer seiner gegenwärtigen Aufspaltung in Ost und West vorziehen. Niemöller sprach sich für einen dritten Weg aus: Es wäre die beste Lösung, wenn ein Ausschuß von Neutralen unter der UNO die Besetzung in Deutschland übernehme und dem Lande die Zentralregierung gebe, die im Potsdamer Abkommen gefordert sei. Wörtlich sagte er:

"Die derzeitige westdeutsche Regierung ward empfangen im Vatikan und geboren in Washington. Die Fortdauer des westdeutschen Staates bedeutet den Tod des kontinentalen Protestantismus." (10)

Martin Niemöller besaß eine ganze Reihe von Kirchenämtern: Mitglied des Rates der EKD, Kirchenpräsident und Vorsitzender der evangelischen Kirche von Hessen und Nassau, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft westlicher Kirchen in Deutschland, Leiter des Kirchlichen Außenamtes der EKD und Mitarbeiter im Weltrat der Kirche, der ökumenischen Dachorganisation. Die beiden letztgenannten Ämter verschafften seinen Äußerungen, wie Arnulf Baring schreibt "weltweites Gehör, zumal beträchtliche Teile der ausländischen öffentlichen Meinung den frühen Vorkämpfer der Bekennenden Kirche und Insassen nationalsozialistischer Konzentrationslager für den Repräsentanten eines besseren Deutschland hielten." (11)

Niemöller wurde nach Kriegsende wiederholt zu weiten Auslandsreisen eingeladen, z.B. 1949 nach Australien und den USA und 1952 nach Moskau.

Die Erklärungen der EKD von Berlin-Weißensee und des Kirchentages in Essen

In ihren ersten Stellungnahmen nach der Gründung der BRD schien die EKD-Führung die Wiederaufrüstung kompromißlos abzulehnen. Sie verfaßte auf der ersten Synode in Berlin-Weißensee (23. bis 27. April 1950) ein sehr umfangreiches Wort zum Frieden unter der Überschrift "Was kann die Kirche für den Frieden tun?", in dem erklärt wird:

"Noch ist der letzte Krieg nicht beendet, und schon wieder wird zum Kriege gerüstet. Unser eigenes Volk ist wehrlos in die Hände der Mächte gegeben, die sich voll Mißtrauen gegenüberstehen... Wir rufen allen Gliedern unseres Volkes im Westen und im Osten zu: Werdet eindringlich und unermüdlich vorstellig bei allen, die in politischer Verantwortung stehen, daß sie nicht in einen Krieg willigen, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen. Wir legen es jedem auf das Gewissen, zu prüfen, ob er im Falle eines solchen Krieges eine Waffe in die Hand nehmen darf..."

Wir begrüßen es dankbar und voller Hoffnung, daß Regierungen durch ihre Verfassungen denjenigen schützen, der um seines Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert. Wir bitten alle Regierungen der Welt, diesen Schutz zu gewähren. Wer um des Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert, soll der Fürsprache und der Fürbitte der Kirche gewiß sein...

Wir wenden uns an die Mächte, die unser Land besetzt haben, und an alle Machthaber der Welt, die es angeht:

... Beendet durch gerechte Friedensverträge endlich den Krieg, der die Völker zerschlagen hat!

Beseitigt endlich die Zonengrenze zwischen Ost und West, die unser Volk zerreißt und den Frieden der Welt gefährdet!

Gebt dem deutschen Volk die Möglichkeit, sich in Freiheit eine neue Rechtsordnung zu schaffen, in der Osten und Westen wieder zu einer Einheit kommen können!..."

Bei kritischer Durchsicht dieses Wortes fällt auf, daß es sehr allgemein formuliert ist und keine direkten politischen Aussagen z.B. in Bezug auf die Lage der Bundesrepublik enthält. (12)

Nach dem Beginn des Korea-Krieges im Juni 1950 verschärften sich die Auseinandersetzungen innerhalb der EKD über die "deutsche Frage" und die Wiederaufrüstung. Allerdings besaßen dabei nach Diether Koch das Problem der Kriegsdienstverweigerung, der deutschen Einheit, der Vergangenheit Deutschlands und der Kirche ein stärkeres Eigengewicht. (13)

Die gegensätzlichen Meinungen führten im Rat der EKD auf dem ersten deutschen Evangelischen Kirchentag in Essen (23. bis 27. August 1950) zu einer Kampfabstimmung: Noch einmal lehnte dort die Mehrheit der Ratsmitglieder der EKD die Wiederaufrüstung ab. In der verabschiedeten Erklärung heißt es:

"... 3. Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Osten, noch was den Westen angeht..."

In jedem Fall aber muß derjenige, der um seines christlichen Gewissens willen den Dienst mit der Waffe verweigert, die Freiheit haben, sein Gewissen unverletzt zu erhalten."

Die Notwendigkeit einer Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Friedens um den Staat wurde in der Entschliebung ausdrücklich hervorgehoben. (14)

Kritik gegen Heinemann und Niemöller

Der Rücktritt Gustav Heimemanns von seinem Amt als Innenminister und die kritischen Briefe von Martin Niemöller und den kirchlichen Bruderschaften (s.S. 77) löste innerhalb der Evangelischen Kirche im Herbst 1950 eine breite und umfassende Diskussion über die Wiederbewaffnung aus.

Der zurückgetretene Innenminister erhielt von bekannten Persönlichkeiten moralische Unterstützung, z.B. von Hermann Diem, dem westfälischen Präses Ernst Wilm und dem Darmstädter Studentenpfarrer Herbert Mochalski. Prominentester Fürsprecher Heinemanns gegen die zahlreichen Kritiker wurde der Schweizer Theologe Karl Barth. Dieser kritisierte in einem öffentlichen Briefwechsel mit der Wochenzeitung "Christ und Welt" die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und stellte sich ausdrücklich auf die Seite Heinemanns und Niemöllers. (15)

Durch den Niemöller-Brief vom 4. Oktober 1950 an den Bundeskanzler verlagerte sich die Kritik von Seiten der Bundesregierung und führender Kirchenvertreter auf den hessischen Kirchenpräsident; die Diskussion um den Rücktritt Heinemanns geriet in den Hintergrund. Als erste distanzierten sich von Niemöllers Erklärungen der Landeskirchenrat der evangelisch-lutherischen Kirche Bayerns und die Synode der evangelisch-lutherischen Kirche von Hannover. (16)

Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Otto Dibelius, schrieb in der Berliner Kirchenzeitung "Die Kirche", daß Heinemann, Niemöller und die Bruderschaften nicht die Meinung der evangelischen Kirche ausdrückten. (17)

Am 15. Oktober 1950 fand zum "Männersonntag der Evangelischen Kirche" in Frankfurt/M. eine große Kundgebung statt, auf der Heinemann, Niemöller und Dibelius sprachen. Der hessische Kirchenpräsident lehnte wiederum die Remilitarisierung ab, womit

er die heftige Kritik zahlreicher Pressekommentatoren auf sich zog. Es wurde eine regelrechte Kampagne gegen ihn inszeniert , sowohl von politischer wie auch von kirchlicher Seite. Z.B. verfaßten die evangelischen Delegierten auf dem CDU-Parteitag am 20. Oktober 1950 eine eigene Entschlieung gegen die Ansichten Niemöllers. (18)

Die "Nürnberger Nachrichten" kommentierten die Angriffe gegen den hessischen Kirchenpräsidenten unter der bewußt überspitzten Überschrift Der "tolle" Pastor:

"Um von vorneherein jedes Mißverständnis auszuschließen: wir wären uns der Ungehörigkeit einer solchen Überschrift bewußt, wenn wir damit den Kirchenpräsidenten Niemöller meinten. Sie ist aber nicht auf ihn, sondern auf jene gemünzt, die seit geraumer Zeit ein wildes Scheibenschieen gegen ihn in Gang gesetzt haben. Sie ist im Jargon jener Leute gehalten, die, unter Baldachinen der Selbstgerechtigkeit von allen Anfechtungen bewahrt, die heilsame christliche Beunruhigung, die von diesem außergewöhnlichen Manne ausgeht, als Störung ihres geistig-seelischen Gleichgewichts und als einen Anlaß zu verdrielicher Empörung betrachten."

Und am Ende des ausführlichen Kommentars heißt es:

"Natürlich macht es nicht das geringste aus, daß Niemöller sich in der Vergangenheit in offener Fehde gegen den Hitler-Terror bewährt hat. Es nützt ihm nichts, daß er im Gegensatz zu vielen anderen Politikern während dieser Zeit kein Anpäßling war ...

Die Art eben, wie man mit ihm umzuspringen versucht, zeigt, daß man sich durchaus darüber im klaren ist, daß dieser Mann samt seiner umfassenden Anhängerschaft einen ungeheuren Einbruch in den Bereich der geistigen Finsternisse unserer Tage bedeuten. So hat der Fall Niemöller Hintergründe, die nicht immer und überall richtig gesehen werden." (19)

Die Kampagne gegen Niemöller hielt in den folgenden Jahren an. 1955 mußte er von der Leitung des kirchlichen Außenamtes zurücktreten. (20)

Die Erklärung von Berlin-Spandau

Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Otto Dibelius, versuchte in der Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern und Gegnern der Remilitarisierung in der EKD eine Vermittlerrolle einzunehmen. Unter seinem Vorsitz trat der Rat der EKD und die Kirchenkonferenz am 17. November 1950 in Berlin-Spandau zusammen.

Nach heftigen Auseinandersetzungen wurde eine Erklärung veröffentlicht, die im Vergleich zu der Position der Essener Entschließung des Kirchentages als Rückzug anzusehen war; in ihr wurde die Wiederaufrüstung aus der Sicht der EKD zwar nicht bejaht, aber auch nicht mehr abgelehnt:

- "I. Der Rat weiß, daß die Gemeinschaft im Glauben nicht die Einheitlichkeit der politischen Urteile einschließt. Auch die Frage, ob eine wie immer geartete Aufrüstung unvermeidlich ist, kann im Glauben verschieden beantwortet werden...
- II. Kirchenpräsident D. Niemöller hat sich mehrfach zur Wiederaufrüstung in Deutschland geäußert. Der Rat erkennt den Ernst und das Gewicht seiner Fragestellung an. Er bedauert jedoch die Schärfen mancher seiner Äußerungen, er bedauert aber auch die Form der Kritik durch den Bundeskanzler. (s.S. 79)
- Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland achtet die gewissensmäßige Entscheidung, die Dr. Heinemann durch sein Ausscheiden aus der Bundesregierung vollzogen hat, und die Gründe, die ihn zu diesem Schritt geführt haben.
- III. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland ruft die Glieder der Gemeinden erneut auf, ihre Verantwortung im öffentlichen Leben unseres Volkes überall wahrzunehmen. Der Rat erneuert seine Bitte an alle Amtsträger der Kirche, in ihren politischen Äußerungen um ihres Dienstes willen am Evangelium, der allen gilt, möglichste Zurückhaltung zu üben." (21)

In ähnlichem Sinn äußerte sich die Kirchensynode von Hessen und Nassau in ihren Beschlüssen vom 29. November 1950. Immer deutlicher wurde die Tendenz in Erklärungen maßgebender Repräsentanten der EKD, die Kirche aus der aktuellen politischen Diskussion über die Remilitarisierung herauszuhalten. (22)

Die Konferenz von Königswinter

Im Herbst 1951 beauftragte der Rat der EKD Bischof Dibelius, Gespräche mit den Regierungschefs beider deutscher Staaten zu führen. Dibelius traf am 29. Oktober 1951 mit Konrad Adenauer und am 5. November 1951 mit Otto Grotewohl zusammen, und versuchte sie von der Dringlichkeit einer deutschen Wiedervereinigung zu überzeugen.

Die Gespräche mit dem Bundeskanzler fanden auf einer Konferenz in Königswinter statt. Von Seiten der EKD waren Gustav Heinemann und Martin Niemöller bewußt nicht eingeladen worden, womit die beiden populärsten Kritiker der Wiederaufrüstung fehlten. (23)

Während der Unterredung traten die insgesamt 22 Vertreter der EKD nicht einheitlich auf, sondern trugen ihre unterschiedlichen Auffassungen in der Haltung der evangelischen Kirche zur "deutschen Frage" vor. So riet der bayerische Bischof Meiser, die Kirche solle sich aus den politischen Fragen heraushalten. Der Bundeskanzler konnte die Versammlung nach dreieinhalb Stunden mit der Überzeugung verlassen, schreibt A. Baring dazu, "daß er in der EKD auf einige Unterstützung rechnen könne, jedenfalls mit keiner geschlossenen Opposition zu rechnen habe" (24). Das galt auch für die Wehrfrage.

Die Erklärung "Wehrbeitrag und christliches Gewissen"

Wenige Monate später, am 18. Februar 1952, veröffentlichten bekannte evangelische Theologen und Laien eine Erklärung mit der Überschrift "Wehrbeitrag und christliches Gewissen", aus der ganz eindeutig ihre Zustimmung zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung herausgelesen werden konnte. Die entscheidende Passage lautete:

"... Es hieße aber den Weg einer selbstgewählten, nicht von Gott befohlenen Buße gehen, wollten wir sagen, es sei unserem Volk auch verwehrt, gemeinsam mit anderen Völkern diese und uns, den Frieden und das Recht vor einer erneuten Bedrohung durch die nackte Gewalt zu schützen. Wir sollen mit aller Kraft dem Frieden dienen. Der Wille eines Volkes zum Frieden erfordert aber nicht zugleich die Bereitschaft, selber dauernd waffenlos zu sein; denn schon oft hat die Waffenlosigkeit derer, denen es mit Recht und Frieden Ernst war, die Kriegsgefahr erhöht, sobald wehrlose Räume zum Zugriff verlocken. Unsere Kirche soll im deutschen Volk den Willen zum Frieden festigen. Man muß aber bestreiten, daß ein prophetisches Amt der Kirche den Auftrag hat, das deutsche Volk vor der Mitwirkung an einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu warnen..."(25)

Zwar protestierten die evangelischen Kirchenpräsidenten von der Pfalz, Rheinland und Westfalen, Heinz Stempel, Heinrich Held, Ernst Wilm u.v.a. gegen die Erklärung und warfen den Unterzeichnern einen Mißbrauch ihrer Landeskirchen für die Politik der Bundesregierung vor.

In den folgenden Monaten und Jahren kritisierten Pfarrer und Theologen der Evangelischen Kirche die Remilitarisierung immer wieder und warnten vor den mit ihr verbunden Gefahren. (26)

Aber von der leitenden Seite der EKD war keine Ablehnung der Wiederaufrüstung mehr zu erwarten. Die Fronten zwischen den Befürwortern und den Gegnern eines westdeutschen Wehrbeitrages innerhalb der EKD blieben unüberbrückbar. (27)

Seit dem Februar 1954 führte der Rat der EKD mittels seines dazu bevollmächtigten Prälaten, Hermann Kunst, geheime Verhandlungen über eine mögliche evangelische Militärsælsorge. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der evangelischen Kirche wurde am 22. Februar 1957 abgeschlossen, in dem die Berufung von speziell für die Soldaten eines Standortes und ihrer Angehörigen vorbereiteter Militärgeistlicher mit Beamtenstatus geregelt wurde. (28)

Zusammenfassend bleibt festzustellen:

In Westdeutschland gehörten nach dem Zweiten Weltkrieg der evangelischen Religionsgemeinschaft die Hälfte, in der DDR vier Fünftel der Bevölkerung an. Es gab keine der EKD vergleichbare Institution, der sich ein derart großer Teil der Deutschen zugehörig fühlte. Aus diesem Grund wäre die evangelische Kirche in der Lage gewesen, zu einer kritischen Auseinandersetzung über die Wiederaufrüstung in der Öffentlichkeit einen entscheidenden Beitrag zu leisten.

Die Mehrheit der Repräsentanten der evangelischen Kirche vertrat jedoch die Ansicht, die Entscheidung über die Wiederaufrüstung könne nicht Sache der Kirche sein. "Sie versuchte" - so Hans-Adolf Jacobsen - "zwischen der Sachverständigkeit der Kirche als Kirche und der amtslosen christlichen Verantwortung zu unterscheiden, die jeder tragen müsse." Wenn trotzdem innerhalb der evangelischen Kirche die "wohl leidenschaftlichste und tiefeschürfendste Debatte über Sinn oder Sinnlosigkeit, über Recht oder Unrecht eines Wehrbeitrages" geführt wurde, so Jacobsen weiter (29), dann war sie das Verdienst von Persönlichkeiten wie Gustav Heinemann, Martin Niemöller, Herbert Mochalski, Helmut Gollwitzer, Karl Barth, den kirchlichen Bruderschaften und vielen anderen evangelischen Pfarrern und Laien. Sie riskierten dafür oft genug persönliche Angriffe, sowohl von kirchlichen Vertretern, wie auch von Politikern, die gegenteilige Ansichten vertraten. Die Beiträge kirchlicher Gruppen zur Motivierung eines aktiven Engagements gegen die Wiederaufrüstung blieben aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen zur Wehrfrage innerhalb der evangelischen Kirche nur begrenzt wirksam. (30)

2. Die Haltung der katholischen Kirche

Die katholische Kirche in Westdeutschland sprach sich aus ihrer Tradition, ihrem Selbstverständnis und ihrem Gehorsam gegenüber dem Vatikan seit den ersten öffentlichen Diskussionen über die Wiederbewaffnung für einen westdeutschen Wehrbeitrag im Rahmen einer europäischen Armee aus.

Papst Pius XII. hatte bereits in seiner Weihnachtsbotschaft von 1948 jeden Verteidigungskrieg und die Verteidigungspflicht eines Volkes als erlaubt bezeichnet. Ein christliches Volk, das bedroht sei oder

zum Opfer eines ungerechten Angriffs werde, dürfe sich nicht einer passiven Teilnahmslosigkeit hingeben und die anderen Völker dürften einem solchen Angriffsakt nicht untätig zusehen. (1)

Bedroht wurde das christliche Deutschland nach dem Verständnis des Vatikans durch den sowjetischen Bolschewismus. Damit hatte der Papst die Zustimmung der katholischen Kirche für einen westdeutschen Wehrbeitrag zum Beginn des Kalten Krieges festgelegt.

Die Unterstützung der katholischen Kirche in der Bundesrepublik für den Katholiken Konrad Adenauer und die Politik der Westintegration der Bundesregierung ergab sich daraus nahezu selbstverständlich.

Der Vorsitzende der katholischen Fuldaer Bischofskonferenz, des obersten Führungsgremiums der katholischen Kirche der beiden deutschen Staaten, der Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings erklärte in einer Predigt im Juni 1950 das Eintreten für eine uneingeschränkte und absolute Kriegsdienstverweigerung als mit dem christlichen Glauben nicht für vereinbar. (2)

In einem Fastenhirtenbrief vom 26. Januar 1951, aus dem eine deutliche antikommunistische Einstellung herauszulesen war, wies er auf die Notwendigkeit der "Verteidigung des Friedens hin". (3)

Die politische Wirksamkeit des deutschen Katholizismus verkörperte sich nach A. Baring in der Aufbauphase der Bundesrepublik in der Person des Beauftragten des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, dem Prälat Wilhelm Böhler.

Dieser hatte die deutschen Bischöfe in Bonn bei den Beratungen des Parlamentarischen Rates vertreten und verfügte über gute Beziehungen zum Vatikan, zu Bundeskanzler Adenauer und weiteren einflußreichen Politikern wie z.B. dem Staatssekretär Hans-Maria Globke. Nach A. Baring war Böhler auch wesentlich mitverantwortlich dafür, daß innerhalb der katholischen Kirche keine Grundsatzdiskussionen über das Ja oder Nein der Wiederaufrüstung geführt wurden, die mit den Auseinandersetzungen innerhalb der EKD vergleichbar gewesen wären. (4)

Auch die drei wichtigsten katholischen Laienorganisationen in Deutschland, die Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Männerwerke Deutschlands, die Katholische Arbeiterbewegung (KAB) und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) traten uneingeschränkt für einen deutschen militärischen Beitrag im Rahmen der EVG ein. (5)

Stellungnahmen gegen die Remilitarisierung aus den Reihen der katholischen Kirche bezogen neben zahlreichen Pfarrern bekannte Persönlichkeiten, wie z.B. die Schriftsteller Christa Thomas und Reinhold Schneider, die Vorsitzende der Zentrumsparlei und Mitbegründerin der Notgemeinschaft für den Frieden Europas, Helene Wessel und der Bundestagsabgeordnete Hans Bodensteiner.

Daneben äußerte an der Wiederaufrüstung der Friedensbund Deutscher Katholiken (FDK) Kritik, der im April 1948 eine öffentliche Kundgebung in München abhielt. Aber dieser Bund löste sich vermutlich auf Druck von kirchenamtlicher Seite Anfang April 1951 auf. Zum Teil wanderten die Mitglieder zur katholischen Pax-Christi-Bewegung über, deren deutscher Zweig am 13. April 1948 gegründet worden war. Doch vertrat die Organisation nach G. Grünewald einen ethisch-religiös geprägten Pazifismus und stand in enger Verbindung zur Amtskirche. Die Organisation legte den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Aussöhnung mit den früheren Kriegsgegnern; zur Wiederbewaffnung und später der Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr enthielt sie sich offizieller Stellungnahmen. (6)

Zu Diskussionen über die Wiederaufrüstung kam es innerhalb des BDKJ, nachdem dessen Bundesführer und spätere Bundestagsabgeordnete Josef Rommerskirchen (CDU) auf der 6. Vollversammlung des Bundesjugendringes am 24. April 1952 in Elmstein als einziger Verbandsführer die Notwendigkeit der Remilitarisierung bejaht hatte. (7)

Eine Gruppe des "Quickborn" (etwa 5.000 bis 6.000 Mitglieder) und der "Schar" (etwa 2.000 bis 3.000 Mitglieder) kritisierten die Äußerungen Rommerskirchens. Aus diesen Gruppen entstand der "Arbeitskreis der Katholischen Jugend gegen die Remilitarisierung", der sich am 13. Juli 1952 in Essen gründete. Die Führung des BDKJ leitete darauf gegen alle aktiven Mitarbeiter dieses Arbeitskreises Ausschlußverfahren ein, worauf er seine Arbeit einstellen mußte. Weitere oppositionelle Gruppen innerhalb der katholischen Kirche wurden von der Kirchenführung ignoriert. "Sie blieben eine unbedeutende Protestgruppe, ungeachtet der Tatsache, daß auch unter den Katholiken Westdeutschlands ein

beträchtlicher Teil gegen den Verteidigungsbeitrag votierte," schreibt Hans-Adolf Jacobsen. So lehnten nach Umfragen im Oktober 1950 33 %, im März 1951 39 % und im Februar 1952 28 % der westdeutschen Katholiken die Wiederbewaffnung ab. (8)

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß die katholische Kirche, der 45 % der westdeutschen Bevölkerung angehörten, mit der hier - nur in einem kurzen Überblick - beschriebenen Haltung zur Wehrfrage und ihre Unterstützung der Sicherheitspolitik der Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag zur Durchsetzung der Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik geleistet hat.

Exkurs: Zur politischen Repression gegen Remilitarisierungs-
gegner, besonders gegen Kommunisten

Eine Darstellung der westdeutschen Friedensbewegung gegen die Remilitarisierung bliebe unvollständig, wenn nicht auf die Bedingungen, unter denen sie in der Öffentlichkeit arbeitete, d.h. auf den politischen Handlungsspielraum, der ihr zur Verfügung stand, eingegangen würde. Dieses Kapitel über die Verfolgung und Bekämpfung von Kommunisten und Mitgliedern der Friedensbewegung in Westdeutschland durch die Militärregierungen der westlichen Besatzungsmächte und die westdeutschen Staatsschutzorgane (1) soll einen Eindruck davon vermitteln, mit welchen Risiken ein konsequentes antimilitaristisches Engagement in der Zeit des Kalten Krieges verbunden sein konnte: Es drohten Überwachungen, Vorladungen zu polizeilichen Vernehmungen, Einschüchterungsmaßnahmen und Diffamierungskampagnen, die Entlassung vom Arbeitsplatz, Berufsverbot und im schlimmsten Fall die Verurteilung zu Haftstrafen.

1. Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte gegen gesamt-
deutsche Bestrebungen und kommunistische Aktivitäten

Aufgrund ihrer deutschlandpolitischen Vorstellungen lag es im Interesse der westlichen Besatzungsmächte, in den von ihnen kontrollierten Zonen nach Kriegsende alle gesamtdeutschen Bestrebungen, d.h. politische Aktivitäten, die auf eine Wiedervereinigung Deutschlands nach den Prinzipien des Potsdamer Abkommens zielten, zu unterbinden. Deshalb verboten ihre Militärregierungen die Gründung von Organisationsausschüssen der SED in den Westzonen, z.B. in Köln, Duisburg, Essen, Oberhausen und weiteren Städten, um die Bestrebungen von Kommunisten und anderen linken Kräften, die eine einheitliche gesamtdeutsche Arbeiterpartei organisieren wollten, zu verhindern. Den Führern der SED wie Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck, Max Fechner u.a. wurden von den westlichen Besatzungsmächten ihre Interzonenpässe entzogen, nachdem sie auf Massenkundgebungen vor tausenden von

Arbeitern Ansprachen gehalten hatten. (2)

Als die "Volkskongreßbewegung", die einen gesamtdeutschen politischen Anspruch vertrat (s. S.395/96, Fn8) in den Westzonen Resonanz bei Teilen der Arbeiterschaft fand, wurde die

Abhaltung von Volkskongressen in Bayern, Hessen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und im amerikanischen Sektor von Berlin verboten.

Im beginnenden Kalten Krieg richteten sich die politischen Unterdrückungsmaßnahmen der westlichen Militärbehörden immer gezielter gegen die Kommunisten, die eine gesamtdeutsche und nationale Politik verfolgten. Verbote von Aktivitäten linker Kräfte und Kommunisten wurden in Zukunft mit einer militanten antikommunistischen Ideologie zu rechtfertigen versucht, wie sie z.B. in der Veröffentlichung des "Protokolls M" im Zusammenhang mit dem Verbot der "Volkskongreßbewegung" zum Ausdruck kam. (3)

Zwar wehrten sich die KPD und die SED gegen diese Diffamierungskampagne, doch konnten sie die in verstärktem Maße gegen sie eingeleiteten Repressalien durch die westlichen Militärregierungen und auch durch westdeutsche Länderregierungen nicht verhindern. So wurden die beiden kommunistischen Minister für Verkehr und Wiederaufbau, Heinz Renner und Hugo Paul, am 7. Februar 1948 vom Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, Karl Arnold, entlassen.

Die britischen Besatzungsbehörden verboten am 13. Februar 1948 das Erscheinen der kommunistischen "Hamburger Volkszeitung" für die Dauer von vier Wochen. Einige Tage später erfolgte ein dreimonatiges Verbot für die "Freiheit" in Düsseldorf, und am 1. März 1948 wurde ein sechsmonatiges Verbot des kommunistischen "Westdeutschen Volksechos" in Dortmund erlassen. Damit verlor die KPD in wenigen Wochen mehr als die Hälfte ihrer Publikationsorgane in der britischen Besatzungszone.

Der Parteivorsitzende Max Reimann wurde am 16. März 1948 vom Ältestenrat des Wirtschaftsrates für zwei Monate von den Sitzungen ausgeschlossen (4). Ende Januar 1949 fand gegen Reimann vor einem britischen Militärgericht in Düsseldorf ein in der Öffentlichkeit viel beachteten Prozeß wegen

"Beleidigung der Militärregierung" statt. Reimann hatte auf einer Massenversammlung in der Düsseldorfer Rheinhalle die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, dem er als Vertreter der KPD angehörte, als "Quislinge" (in Anspielung auf den norwegischen Faschist Quisling, der mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg zusammengearbeitet hatte - E.D.) bezeichnet. Reimann wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. (5) Um gegen politische Oppositionelle in Westdeutschland vorgehen zu können, die die Politik der Westintegration mit einem aktiven politischen Engagement in Frage zu stellen bzw. zu verhindern versuchten - und dazu mußten neben den Kommunisten zahlreiche Mitglieder der in der seit 1949 anwachsenden Oppositionsbewegung gegen die Wiederaufrüstung gerechnet werden - behielten sich die westlichen Besatzungsmächte entsprechende Machtbefugnisse auch nach der Gründung der BRD vor. Sie erließen am 25. November 1949 das Gesetz Nr. 14 über "strafbare Handlungen gegen die Interessen der Besatzungsmächte" und wandten die darin enthaltenen Vorschriften mehrfach gegen die politische Betätigung von Kommunisten an. (6)

Am 18. Juli 1950 wurden in Westberlin ca. 1.500 Personen verhaftet, die Unterschriften für den "Stockholmer Appell" (s. S. 84) zur Ächtung der Atomwaffen sammelten. Darunter befand sich der Leiter des Friedenskomitees, Professor Robert Havemann. Ein kleinerer Teil der Verhafteten wurde zu einer Geldstrafe von 10 DM bzw. einem Tag Haft verurteilt, da das Sammeln der Unterschriften von den Stadtkommandanten der Westmächte verboten worden war; ein Großteil der Verhafteten wurde nach Feststellung der Personalien freigelassen. (7)

Im August 1950 gab die AHK bekannt, sie werde verhindern, "von kommunistischer Seite angestiftete Aufwiegelung zum Ungehorsam und zum Widerstand gegen ihre Autorität zu dulden." (8) Noch im gleichen Monat wurden auf Anordnung der AHK 12 von den insgesamt 16 im Bundesgebiet erscheinenden Zeitungen der KPD für die Dauer eines Vierteljahres verboten und die meisten Druckereien, die für die KPD Aufträge durchführten, geschlossen. (9)

Diese von den Besatzungsmächten durchgeführten Verfolgungsmaßnahmen, schreibt der Rechtswissenschaftler Alexander von Brünneck in seiner Untersuchung "Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1968" dazu, "... fanden in enger Zusammenarbeit und mit Unterstützung der deutschen Stellen statt. Die Besatzungsmächte griffen immer dann ein, wenn den deutschen Behörden eine Rechtsgrundlage fehlte. Sie hörten z.B. Telefongespräche, nicht nur von Kommunisten, ab." (10)

Maßnahmen der westdeutschen Staatsschutzorgane gegen Kommunisten und Mitglieder der Friedensbewegung

Die westdeutschen Staatsschutzorgane unternahmen nach der Gründung der BRD eigene Schritte bei der Verfolgung von Kommunisten und Kritikern der Remilitarisierung.

1. Am 11. August 1950 beschlossen die Innenminister der Länder auf einer Konferenz in Bonn, gezielte Maßnahmen gegen die aufkommende außerparlamentarische Oppositionsbewegung und die kommunistischen Aktivitäten einzuleiten. (11)
2. Am 19. September 1950 verkündete die Bundesregierung den ersten Radikalenerlaß in der Geschichte der BRD. Ihr Beschluß über die "politische Betätigung von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung" verbot in Zukunft Mitgliedern von dreizehn, davon elf linksgerichteten Organisationen einschließlich der KPD, im Öffentlichen Dienst weiter tätig zu sein. Alle Länderregierungen bis auf Württemberg-Hohenzollern verordneten umgehend ähnliche Vorschriften. Betroffen von diesem Beschluß war nach Angaben der "Hessischen Nachrichten" 3.000 bis 4.000 Bundesbedienstete, die mit einem Disziplinarverfahren und anschließender Entlassung zu rechnen hatten. (12)
3. In einem weiteren Beschluß vom 27. Februar 1951 warnte die Bundesregierung alle wirtschaftlichen Unternehmen davor, "gegen die Verfassung zielende Bestrebungen" zu fördern.

Dieser Erlaß zielte gegen Firmen, die als "verfassungsfeindlich" geltenden Organisationen wie z.B. der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der KPD weiterhin Geld spendeten oder in deren Zeitungen zwecks Werbung inserierten. Diese Firmen erhielten von jetzt an keine Aufträge der Bundesbehörden mehr. (13)

4. Am 24. April 1951 verbot die Bundesregierung die Volksbefragungsaktion und forderte die Länderregierungen auf, gegen Organisationen, die von ihr als "verfassungsfeindlich" eingestuft wurden, entsprechende Maßnahmen in die Wege zu leiten. Die Verbotserlasse gegen die FDJ und die VVN wurden am 26. Juni bzw. 21. Juli 1951 erneuert. (14)

5. Am 9./11. Juli 1951 verabschiedete der Bundestag das 1. Strafrechtsänderungsgesetz. Mit den darin enthaltenen Bestimmungen über "Staatsgefährdung" konnte in Zukunft allein die Absicht (Hervorhebung von mir-E.D.- s.S. 272/273) eines Bundesbürgers bestraft werden, mit als verfassungsfeindlich geltenden Organisationen wie der FDJ zusammenzuarbeiten, so daß hier in der Tat von einem politischen Gesinnungsstrafrecht gesprochen werden muß.

In der Öffentlichkeit und von den Kommunisten wurde dieses Gesetz auch als "Blitzgesetz" bezeichnet, weil es in einem nicht üblichen Eilverfahren und in einer nur wenigen Stunden dauernden Debatte vom Bundestag verabschiedet worden war. (15) Aufgrund dieses "Blitzgesetzes" wurden ab Jahresmitte 1951 Sondergerichte für politische Strafsachen - 17 Strafkammern und 1 Senat beim Bundesgerichtshof - eingerichtet. Weniger als 100 Richter, von denen viele aus der Zeit des Nationalsozialismus schwer belastet waren, verfolgten kommunistische und für solche von ihnen eingeschätzte Aktivitäten. (16)

6. Am 22. November 1951 beantragte die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das Verbot der KPD. Sie begründete diesen Schritt u.a. wegen der Unterstützung der KPD für die Volksbefragungsaktion (17). Der Prozeß

gegen die KPD begann nach dreijähriger Vorbereitungszeit am 23. November 1954 vor dem Bundesverfassungsgericht und endete am 17. August 1956 mit dem Verbot der Partei. (18)

Vorher waren zahlreiche KPD-Bundestagsabgeordnete wie z.B. Max Reimann, Fritz Rische, Oskar Müller, Grete Thiele, Walther Fisch und Gertrud Strohbach politischen Verfolgungen ausgesetzt. Mehrere Funktionäre der KPD und von Vereinigungen, die nach Ansicht der Bundesregierung als "verfassungsfeindlich" galten wie z.B. das "Deutsche Arbeiterkomitee gegen die Remilitarisierung" (DAK) und die "Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" (GDSF), wurden aufgrund der Bestimmungen des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes zu teils mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. (19)

An dieser Stelle muß auch die skandalöse Praxis politischer Disziplinierung mit außerstrafrechtlichen Mitteln erwähnt werden: In besonderem Maße wurden antifaschistischen Widerstandskämpfern und Kommunisten von den westdeutschen Behörden aufgrund ihres politischen Engagements Wiedergutmachungsleistungen z.B. in Form von Renten aberkannt und zurückgefordert. Die Betroffenen gerieten dadurch oftmals in schwere materielle Not und mußten am Rande des Existenzminimums leben. (20)

Die Bundesrepublik im Klima des Kalten Krieges

Mit der Verkündung und dem Inkrafttreten der genannten Beschlüsse verschärfte sich die Konfrontation zwischen Polizei, Kommunisten und anderen Gegnern der Wiederaufrüstung. Öfters kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den in massiver Form eingesetzten Polizeiaufgeboten und Demonstranten; besonders wenn die Polizei mit großer Härte gegen Mitglieder der als "verfassungsfeindlich" geltenden FDJ vorging, die trotz erlassener Verbote versuchten, ihre politischen Zielsetzungen öffentlich darzustellen. Solche Zusammenstöße geschahen z.B. bei Demonstrationen der FDJ am 11. März 1951 in Essen, am 15. April 1951 in Gelsenkirchen, am 17. Juni 1951 im Siebengebirge und am 19. Juni 1951 auf dem Petersberg, dem Sitz der AHK, wo mehrere tausend Jugendliche gegen die Politik der Westintegration demonstrierten. (21)

1952 steigerten die westdeutschen Staatsschutzorgane ihre Verfolgungsmaßnahmen gegen die außerparlamentarische Opposition. Sie eskalierten in den Essener Vorfällen vom 11. Mai 1952 mit der Erschießung Philipp Müllers durch die Polizei.

Eine KPD-Großkundgebung in der Münch'ner Winterbahn am 22. Februar 1953, auf der der Parteivorsitzende Max Reimann zu 6.000 Zuhörern sprach, wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst. Dies führte laut Presseberichten zu den schwersten Tumulten der Nachkriegszeit in München. Als vier Hundertschaften der Polizei wegen angeblicher Beleidigung Reimanns gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Hoegner die Halle räumten, wehrten sich die Kundgebungsteilnehmer, wobei viele von ihnen verletzt und zwanzig verhaftet wurden. Die Auseinandersetzungen setzten sich stundenlang auf der Straße fort, als die Kundgebungsteilnehmer sich zu einem Demonstrationszug in der Innenstadt formierten. Die Polizei löste die Demonstration, auf der Sprechchöre gegen Adenauer und die Remilitarisierung gerufen wurden, mit dem Einsatz von Wasserwerfern auf. (22)

Gefördert dadurch, daß die AHK das 1. Strafrechtsänderungsgesetz ausdrücklich begrüßt und angeordnet hatte, seine Bestimmungen, insbesondere die über "Landesverrat", nicht gegen Personen anzuwenden, die den westlichen Militärregierungen Informationen über politische Gegner zuspielten, herrschte in der Bundesrepublik ein politisches Klima der Einschüchterung und des Denunziantentums; das Spitzelwesen blühte. (23)

Jede Person, die im Verdacht stand, Kommunist zu sein oder Kritik an der Remilitarisierung öffentlich zum Ausdruck brachte, lief damit Gefahr beobachtet, diffamiert und verfolgt oder sonstigen Schikanen ausgesetzt zu werden. Hierzu einige Beispiele: Pfarrer Arnold Haumann, der über Kontakte zu bekannten Persönlichkeiten wie z.B. Willi Kreiterling, dem Vorsitzenden des "Windhorstbundes", zu Jupp Angenfort, Gustav Heinemann, Herbert Mochalski, Martin Niemöller sowie zu DDR-Politikern wie Erich Honecker und Gerald Götting verfügte, wurde mehrmals verhaftet, und seine Wohnung in Dortmund-Berghofen wiederholt durchsucht. Nach eigenen Angaben erhielt er in diesen Jahren 62 Ermittlungs-Verfahrens-Termine. (24)

Pastor Johannes Oberhof aus Bremen, der dem Präsidium des "Westdeutschen Friedenskomitees" (WFK) angehörte, wurde im März 1953

aufgrund seines politischen Engagements nach viertägiger Verhandlung von der Disziplinarkammer der evangelischen Kirche in Bremen von seinem Amt als Pfarrer an der St. Martins-Kirche entbunden und in den Wartestand versetzt. (25)

Gegen den katholischen Schriftsteller Reinhold Schneider wurde wegen seines Engagements in der Friedensbewegung und von ihm verfaßter Aufsätze, die auch in der DDR veröffentlicht wurden, eine Diffamierungskampagne von der Zentrale der katholischen Jugend in Altenberg in Gang gesetzt. Seine Bücher sollen nach Angaben der in der DDR veröffentlichten "Dokumentation der Zeit" innerhalb der katholischen Kirche mit einem Veröffentlichungsverbot belegt worden sein. Schneider soll sich deshalb mit politischen Äußerungen künftig zurückgehalten haben. (26)

Frau Klara Marie Faßbinder verlor wegen ihres Engagements in der Westdeutschen Frauen-Friedensbewegung ihre Professur für Geschichte an der Universität Bonn. (27)

Dem Vorsitzenden der "Deutschen Sammlung", Altreichskanzler Joseph Wirth, wurde auf Veranlassung des Landes Nordrhein-Westfalen eine Flugerlaubnis nach Berlin unterbunden, obwohl er bereits in die Passagierliste einer Fluggesellschaft eingetragen war. Seinem persönlichen Freund und politischen Mitstreiter, Wilhelm Elfes, verweigerte das Landesverwaltungsgericht Düsseldorf die Ausstellung eines Reisepasses, weil er u.a. am "Kongreß der Völker für den Frieden" in Wien (12. bis 19. Dezember 1952) und einer Tagung des Weltfriedensrates im Juli 1953 in Budapest teilgenommen hatte. Mit einer solchen Benutzung seines Reisepasses, so das Gericht, störe Elfes die Außenpolitik der verfassungsmäßigen Organe der Bundesrepublik und gefährde ihre äußere Sicherheit. (28)

Die von den politischen Verfolgungen Betroffenen hatten kaum Möglichkeiten, sich zu wehren. Gegen sie wurde - viel öfter als bei anderen Strafdelikten - Untersuchungshaft angeordnet. Von den zuständigen Gerichten wurden Aussagen eines Mitarbeiters der politischen Polizei, er habe von einer zuverlässigen dritten Person erfahren, daß sich der Beschuldigte in bestimmter Weise politisch betätigt habe, gegen diesen verwendet (Zeuge vom Hörensagen). (29)

Der Antikommunismus: Einzige Rechtfertigung für die Maßnahmen
der politischen Justiz

Die in allen nur erdenklichen Varianten von der Bundesregierung veröffentlichten Erklärungen für das Vorgehen der politischen Justiz gegen Kommunisten und Mitarbeiter der Friedensbewegung gründete sich auf die antikommunistische Ideologie in der bereits beschriebenen Form (s. S. 156ff.). Ein bezeichnendes Beispiel dafür war die Verabschiedung des bereits genannten 1. Strafrechtsänderungsgesetzes, die als eine der ersten gesetzgeberischen Aufgaben des 1949 gewählten Bundestages angesehen wurde, denn die westdeutschen Staatsschutzorgane forderten eine ausreichende Rechtsgrundlage für ihre Arbeit (30). Die darin enthaltenen Bestimmungen über "Hochverrat" und "Landesverrat" wurden in dem Gesetz eng an die vor 1945 geltenden Vorschriften angelehnt; bei "Landesverrat" wurden die im nationalsozialistischen Regime geltenden Vorschriften anscheinend bedenkenlos zum großen Teil wörtlich übernommen. (31)

Rückblickend stellte der CDU-Parlamentarier Haasler 1957 zu diesem Gesetz fest: "Es ist eine Waffe, die geschmiedet wurde, um im kalten Krieg zu bestehen." (32)

In der Öffentlichkeit löste die Verabschiedung des Gesetzes bei mehreren Zeitungskommentatoren heftige Kritik aus. Der Strafrechtsausschuß der deutschen Rechtsanwaltskammer hatte bereits im August 1950 auf einer Tagung schwerste Bedenken wegen der unklaren Bestimmungen des § 90 (über "staatsgefährdende Störungen") angemeldet. (33)

Die "Frankfurter Rundschau" kommentierte zur Verabschiedung des Gesetzes: "... wehe auch dem Redner einer Oppositionspartei oder dem Redakteur, der Regierungs-, Parlaments- oder Obergerichtsmitglieder kritisiert! Man wird ihm im Gefängnis Gelegenheit geben, darüber nachzudenken, was aus dem Artikel 5 des Grundgesetzes geworden ist, in dem es so weltfremd liberal heißt: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten..."

Die "Neue Presse" (Coburg) schrieb: "... Wir können uns nicht helfen, aber die ganze Prozedur ähnelt verteuflert der nazistischen Gesetzesfabrikation, als ebenfalls unter dem Generalstichwort der "Staatsgefährdung" die Verordnungen zum Schutze von Volk und Staat (Februar 1933), das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien (Juli 1933), das Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens (Oktober 1933) und das Heimtückegesetz (Dezember 1934) zu dem ausgesprochenen Zweck verfügt wurden, den Diktaturstaat Hitlers vor jeder demokratischen Bewegung zu schützen."

Auch der ehemalige bayerische Justizminister Josef Müller (CSU) übte in einer Rede des Bayerischen Rundfunks scharfe Kritik: "... Meine Hörer, dieses umfangreiche Gesetzwerk ist ein Kautschukgesetz. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, wie die Richter es einigermaßen vernünftig handhaben sollen." (34)

Der "Düsseldorfer Prozeß"

Dieser größte politische Strafprozeß gegen Remilitarisierungsgegner fand vom 10. November 1959 bis zum 8. April 1960 in Düsseldorf statt. Er ist an dieser Stelle angeführt, weil den sechs Angeklagten - Pastor Johannes Oberhof, dem Schriftsteller und früheren Pfarrer Erwin Eckert, Walter Diehl, Gerhard Wohlrath, Gustav Tiefes und Paul Kompalla - ihr Engagement im "westdeutschen Friedenskomitee" (WFK) in der "Tatzeit" von 1951 bis 1954 zur Last gelegt wurde, also zum Teil acht Jahre zurücklag. Der "Düsseldorfer Prozeß" fand internationale Beachtung, denn die Angeklagten hatten sich durch eine besonders sachliche Kritik an der Remilitarisierung und der Sicherheitspolitik der Bundesregierung ausgezeichnet. Auf Antrag der Verteidigung, die für alle Beschuldigten Freispruch forderte, waren viele bekannte Personen der westdeutschen Friedensbewegung als Zeugen vor Gericht geladen, unter ihnen auch Gustav Heinemann und Martin Niemöller. Trotzdem erhielten die Angeklagten Gefängnisstrafen zwischen sechs Wochen und einem Jahr, weil das WFK nach Ansicht

des Düsseldorfer Landgerichts die kommunistische Politik mitgetragen hatte. Eine mit formalen Verstößen während des Verfahrens begründete Revision blieb ohne Erfolg. (35)

Bilanz

Nach einer Aufstellung des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen sollen in Westdeutschland 179 Vereinigungen als "kommunistische Tarn- und Hilfsorganisationen" gegen die Remilitarisierung gearbeitet haben. (36)

In der Zeit von 1950 bis 1955 wurden nach Angaben des Bundesjustizministeriums 35.189 Ermittlungsverfahren wegen "Staatsgefährdung" allein gegen Jugendliche eröffnet. Von den Betroffenen saßen 6.429 in Untersuchungshaft, und sie wurden in 425 Prozessen zu insgesamt 1.012 Jahren Gefängnis verurteilt; 15.000 waren vorübergehend inhaftiert (37). Die gewaltsamen Auseinandersetzungen am 11. Mai 1952 in Essen, die bei Demonstrationen zahlreichen verletzten Personen, ein weiterer Todesfall in München im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen die Remilitarisierung am 1. Mai 1953 und die in die tausende gehenden Fälle von Berufsverboten sind hier gar nicht mit einberechnet. (38)

Es ist eine alarmierende Bilanz für diese ersten sechs Jahre des Bestehens der Bundesrepublik. Ganz offensichtlich hatte sich die Bundesregierung bei der Legitimierung ihrer Sicherheitspolitik vor der Öffentlichkeit durch die Protestaktionen von Gegner der Remilitarisierung und Kommunisten verunsichert gefühlt. Sie meinte sich nur mit den genannten Verfolgungsmaßnahmen dagegen zur Wehr setzen zu können.

Schlußwort

Leitend die Bundesrepublik Deutschland aber im Frühjahr 1955 endgültig zu einem deutschen Beisitz im Bündnis mit der NATO verpflichtet, hat kein Krieg auf deutschem Boden mehr stattgefunden. Aber das Bestreben der Weltmächte USA und Sowjetunion, Massenvernichtungswaffen in steigender Zahl zu produzieren und gegeneinander aufzustellen, hat ein geradezu dramatisches Ausmaß erreicht. (1)

Aufgrund aktueller wissenschaftlicher Entdeckungen scheint heute manchen Politikern und Militärs ein atomarer Krieg führbar, auf Europa begrenztbar und gewinnbar. Die Gefahr eines solchen nuklearen Krieges, bei dem die Bundesrepublik Deutschland in jeden Fall mitbetroffen wäre, wird immer deutlicher sichtbar.

Legen entscheidende Überlegungen und Vorkehrungen hat sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik und anderen Ländern eine breitgestreute Friedensbewegung formiert. Es ist ihr Verdienst, eine verstärkte öffentliche Diskussion über die Absichten und Ziele der von den bisherigen Regierungen verfolgten Sicherheits- und Militärpolitik herbeigeführt zu haben. Die Friedensbewegung erhebt gegen sie den Vorwurf, mit der Befürwortung der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa sowie eventueller Abstützungstruppen objektiv zu der Verschärfung der Konfrontation zwischen West und Ost beizutragen.

Der NATO kommt dabei als Sponsorin zu den Ländern des "Atomarer Pakt" und Hauptstationierungsort für die neuen Waffen sowie die stärkster europäischer NATO-Partner eine besondere Bedeutung zu. Sie gründete sich u.a. auf die - nach den bitteren Erfahrungen des letzten Weltkrieges - über- raschend früh durchgeführten Wiederaufrüstung.

Die sich damals formierende Oppositionsbewegung gegen die Wiederaufrüstung sah in ihr die Gefahr eines möglichen Krieges zwischen West und Ost angelegt. Remilitarisierung bedeutete für sie

1. den Beginn neuer Kriegsvorbereitungen
2. die Vertiefung der Spaltung Deutschlands
3. die Durchführung einer Politik der Stärke gegenüber dem Osten.

Diese Einschätzung kommt fast ausnahmslos in allen Dokumenten zum Ausdruck, die in dieser Arbeit wiedergegeben worden sind. Doch war die damalige Friedensbewegung nicht in der Lage, entsprechenden Druck in der Öffentlichkeit auszuüben, der die damalige Bundesregierung zu irgendeinem Zeitpunkt zu einer Überprüfung ihrer Politik der Westintegration und zur Aufgabe der Remilitarisierung bewogen hätte.

Welches sind nun die Erkenntnisse aus unserer Analyse dieser Bewegung, ihrer Teilerfolge und ihres Scheiterns in der Hauptzielsetzung: eben der Verhinderung der Wiederaufrüstung? Sowohl die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie auch von der Friedensbewegung selbst verantwortete Ursachen, die sich beide zum Teil gegenseitig bedingten, ermöglichten es der Bundesregierung, die Wiederbewaffnung trotz aller Protestaktionen durchzusetzen.

Der Handlungsspielraum der damaligen Oppositionsbewegung war aufgrund der internationalen politischen Situation, d.h. der veränderten Weltlage nach dem Zweiten Weltkrieg, von vorneherein eingeengt. Die oberste Entscheidungsgewalt in Deutschland lag in den Händen der Siegermächte. Im Klima des Kalten Krieges zwischen West und Ost gerieten Kritiker der Wiederaufrüstung sehr bald in Gegensatz zu den deutschland-politischen Interessen der westlichen Besatzungsmächte, die unter Führung der USA die Westintegration der drei von ihnen kontrollierten Zonen in Deutschland verfolgten. Es bleibt Hypothese, ob eine in sich geschlossene Friedensbewegung von den Besatzungsmächten hätte akzeptiert werden müssen, oder ob diese versucht hätten, den antimilitaristischen Widerstand mit Gewalt zu zerschlagen. Für letzteres sprechen

die gezielten Unterdrückungsmaßnahmen und Verurteilungen gegen Kritiker der Remilitarisierung, besonders Kommunisten. Die Friedensbewegung, die mit ihren Protestaktionen die Notwendigkeit dieser Politik bezweifelte, wurde von den westlichen Besatzungsmächten und der seit dem Herbst 1949 im Amt befindlichen Bundesregierung genau beobachtet. Wenn es ihnen erforderlich schien, ordneten sie die aus ihrer Sicht angemessenen Gegenmaßnahmen an.

Die Rechtfertigung dieser politischen Repression wurde in der Öffentlichkeit mit der westlichen Bündnispolitik sowie mit dem Hinweis auf die angebliche militärische Bedrohung aus dem Osten begründet.

Große Teile der westdeutschen Bevölkerung stimmten aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen - z.B. mit der alltäglichen Konfrontation des Flüchtlingsproblems in Westdeutschland aufgrund der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten; oder der einsetzenden wirtschaftlichen Konjunktur, die nach den harten Nachkriegsjahren allgemein als "Wirtschaftswunder" erlebt und der Bundesregierung als Verdienst angerechnet wurde - der von der Bundesregierung betriebenen Politik der Westintegration zu. Im Vergleich dazu wirkte die von der SMAD in der SBZ durchgeführte rigorose Demontagepolitik und die im Vergleich zum amerikanischen Marshall-Plan geringe ökonomische Potenz in der SBZ und späteren DDR abschreckend. Die persönliche Ablehnung einer Teilnahme an einem Waffen dienst nach den Kriegserlebnissen stand dazu nicht im Widerspruch.

Allein aufgrund dieser gesellschaftlichen Rahmenbedingungen - so gravierende Auswirkungen sich für die Öffentlichkeitsarbeit der damaligen Oppositionsbewegung gegen die Wiederaufrüstung im einzelnen auch daraus ergaben - läßt sich jedoch die Durchsetzung der Wiederbewaffnung gegen diesen Widerstand nicht erklären.

Als die in der Tat weit verbreitete pazifistische Grundstimmung der deutschen Bevölkerung ihren Ausdruck in der "Ohne-mich-Bewegung" fand, wären die Voraussetzungen für das Entstehen einer breiten und mächtigen außerparlamentarischen Bewegung gegen die Wiederaufrüstung durchaus vorhanden gewesen. Für diese Annahme sprechen nicht nur die genannten Meinungsumfragen, sondern auch die zahlreichen dokumentierten Protestaktionen. Doch scheiterte die Umlenkung dieser Stimmung in eine breite und geschlossene Widerstandsbewegung aus folgenden Gründen:

Eine entscheidende Schwäche der damaligen Oppositionsbewegung war es, daß ein breites politisches Bündnis der unterschiedlichen politischen Kräfte nicht auf Dauer hergestellt werden konnte. Es blieb bei erfolgversprechenden Initiativen, die in diese Richtung zielen, wie z.B. die Gründung des Hauptausschusses für Volksbefragung oder die Vorbereitungsgespräche und die Konstituierung des "Westdeutschen Treffens der jungen Generation", die die "Jugendkarawane" in Essen am 11. Mai 1952 vorbereitete.

Die SPD lehnte eine Zusammenarbeit mit Gegnern der Wiederaufrüstung ab, die eine grundsätzlich andere Position zur Wehrfrage vertraten: z.B. von den Mitarbeitern der Volksbefragungsaktion und von den "Helgoland-Invasoren", wenn sie Mitglieder linksgerichteter Organisationen waren u.a. Auch arbeitete die SPD nicht mit Organisationen zusammen, die sich ihrer Kontrolle entzogen: so dem Nauheimer Kreis um Ulrich Noack und der "Notgemeinschaft für den Frieden" um Gustav Heinemann und Helene Wessel.

Im Gegensatz dazu war das Interesse an der Herstellung eines breiten antimilitaristischen Bündnisses bei Teilen der SPD-Mitgliedschaft vorhanden. Sozialdemokraten, die sich in diesem Sinne engagierten, wurden jedoch oftmals von der Parteiführung gemaßregelt und in zahlreichen Fällen aus der SPD ausgeschlossen.

Eine ähnliche Bündnispolitik verfolgte der Deutsche Gewerkschaftsbund, wobei an dieser Stelle nochmals auf seine rigorose Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der KPD verwiesen sei. In den Gewerkschaften war der Meinungsgegensatz zwischen der von den DGB-Führern vertretenen "Politik der konstruktiven Mitarbeit" und der bei zahlreichen Gewerkschaftern verbreiteten kompromißlosen Ablehnung der Wiederaufrüstung noch ausgeprägter.

Mitverantwortlich für das Scheitern eines tragfähigen Bündnisses war ferner das Bestreben der SPD, den außerparlamentarischen Widerstand gegen die Wiederaufrüstung in Bahnen umzulenken, die die Politik der Westintegration und die Ratifizierungsverfahren der Militärverträge im Bundestag nicht ernsthaft gefährden konnten. erinnert sei hier an den Ablauf der "Paulskirchenbewegung", die dieses Bestreben in besonders eindrucksvoller Weise sichtbar werden ließen.

Gegen die Herstellung eines breiten, gegen die Wiederaufrüstung gerichteten Bündnisses trugen auch die distanzierenden Haltungen der evangelischen und katholischen Kirche bei. Wurden innerhalb der EKD Kritiker der Wiederaufrüstung um Martin Niemöller, Gustav Heinemann, Herbert Mochalski u.a. seit Beginn der fünfziger Jahre Schritt für Schritt in eine Minderheitenposition gedrängt, so wurden innerhalb der katholischen Kirche die Aktivitäten von Wiederbewaffnungsgegnern von Anfang an unterdrückt.

Ferner wirkten sich interne Reibereien und Aversionen zwischen einzelnen Trägern hemmend auf die Friedensbewegung aus: z.B. die Rivalitäten, wie sie bei der neutralistischen Sammlungsbewegung "Deutscher Kongreß" erkennbar wurden, die Berührungsängste zahlreicher Personen zu Kommunisten, die Haltung der KPD in der Reversfrage, die katastrophale Wirkungen auf Jahre hinaus zeigen sollte u.a. Aus ihnen erklärt sich zu einem großen Teil die Erfolglosigkeit, ein breites antimilitaristisches Bündnis auf Dauer herzustellen. Aus dieser Position der Schwäche und Zersplitterung resultierte das Unvermögen, die eigenen Vorstellungen von Friedenssicherung (damals vor

allein die Forderung nach Abschluß eines gesamtdeutschen Friedensvertrages und die Einberufung einer Viermächte-Konferenz zur Lösung der "deutschen Frage") der Bevölkerung als glaubwürdige und überzeugende Alternative zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung zu vermitteln.

Erfahrungen für die Verwirklichung politischer Zielsetzungen lassen sich ferner ziehen:

a) aus den erfolgreichen Ansätzen von Protestaktionen. Erinnert sei nochmals an den entschlossenen und phantasievollen Widerstand gegen die sog. "Panzerschichten", die ihre Einstellung bewirkten; die "Helgoland-Invasionen", die die Aussetzung der britischen Bombardements auf die Insel sowie letztlich die Rückgabe der Insel erzwangen; die Proteste der Bewohner des Bremerhavener Stadtteiles Blink, ohne die sie die entsprechenden Entschädigungen nicht erkämpft hätten; sowie die Durchführung der Volksbefragungsaktion 1951/52.

Letztere ist deswegen genannt, weil - von dem überzeugenden Abstimmungsvotum der Bevölkerung gegen die Wiederaufrüstung einmal abgesehen - der Gedanke von Befragungsaktionen innerhalb der Westdeutschen Friedensbewegung weiterdiskutiert wurde. Die Bundesregierung reagierte auf diese Form außerparlamentarischer Willensbildung ganz bewußt mit einem Verbot. Denn sie mußte wegen der Befragungsaktionen eine Intensivierung der öffentlichen Diskussion über die Wiederaufrüstung befürchten, mit der die Politik der Westintegration in Frage gestellt werden sollte. Nach den Befragungsaktionen im Jahre 1954 und den Unterschriftensammlungen während der "Paulskirchenbewegung" wurde in der "Kampf dem Atomtod"-Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr im Jahre 1958 diese Möglichkeit außerparlamentarischer Willenskundgebung erneut aufgegriffen. (2)

b) aus allen gescheiterten Ansätzen von Protestaktionen. Ihre Erfolglosigkeit erklärt sich aufgrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie auch der selbstverantworteten Fehler. Genannt sei in diesem Zusammenhang nochmals die "Paulskirchenbewegung", die vom Umfang und der Anzahl der Demonstrationen

mit Sicherheit alle vorherigen Protestaktionen übertraf, jedoch keine ernsthafte Gefährdung für den Abschluß des Ratifizierungsverfahrens der Pariser Verträge bedeutete.

Aus diesen Ergebnissen und Erfahrungen ergibt sich Sinn und Zweck dieser Arbeit:

Sie versteht sich zum einen als zeitgeschichtliche Dokumentation zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Zum anderen ist mit Vorlage dieser Untersuchung der Wunsch verbunden, ein Stück Gegenöffentlichkeit zu schaffen: Dies im Sinn einer kritischen Auseinandersetzung mit der von der Bundesregierung heute verfolgten Sicherheitspolitik, deren Tradition auf der damaligen Wiederaufrüstung gründet, und die sich verhängnisvoll erweisen kann.

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

**„Die Protestaktionen gegen die Wiederaufrüstung
der Bundesrepublik Deutschland von 1948 — 1955“**

Inaugural-Dissertation

in der Philosophischen Fakultät I

**(Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften)
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg**

vorgelegt von

Eckart Dietzfelbinger

ANMERKUNGEN, QUELLENVERZEICHNIS, DOKUMENTENANHANG

Anmerkungen - Einführung

- 1) Ich verwende die Begriffe Remilitarisierung, Wiederaufrüstung und Wiederbewaffnung im folgenden Text als gleichbedeutend, um Wiederholungen zu vermeiden. Aber zu Recht weist Ulrich Albrecht in seinem Buch mit dem Titel "Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik" darauf hin, daß von diesen drei Begriffen "Wiederbewaffnung" der verharmlosendste ist, "Wiederaufrüstung" auf die (rüstungs-)wirtschaftliche Bedeutung des Themas anspielt, und "Remilitarisierung" in der Frühgeschichte der Bundesrepublik ein politischer Kampfbegriff war, der darauf anspielte, daß mit dem Aufbau eines nationalen Militärapparates die Gefahr des Wiederauflebens des Militarismus eröffnet wurde: Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, Köln 1980, S. 9/10.
- 2) Fritz Krause, Die antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, Frankfurt/Main 1971. Zu dem Dokumentarfilm siehe Fußnote (Fn.) 8. Unter dem Begriff Friedensbewegung verstehe ich das politische Engagement zahlreicher Menschen verschiedener Denkrichtungen und Weltanschauungen für das Zustandekommen einer dauerhaften, vertraglich abgesicherten Vereinbarung zwischen den Staaten der Erde, zur Lösung bestehender oder aufbrechender Konflikte aller Art auf die Anwendung militärischer Gewalt zu verzichten und sich für eine Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen einzusetzen, die Kriegsursachen und -vorbereitungen bedingen.
- 3) Am 12. Dezember 1979 beschlossen die Außen- und Verteidigungsminister der NATO auf einer Sonderkonferenz in Brüssel, bis 1983 in Westeuropa 572 landgestützte atomare Mittelstreckenwaffen zu stationieren. Die Minister erklärten im gleichen Beschluß, sie seien bereit, mit der Sowjetunion über eine Begrenzung von amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenwaffen zu verhandeln: sogenannter (sog.) NATO-Doppelbeschluß. Kritiker dieses Beschlusses werfen der NATO vor, mit diesem Beschluß die Sowjetunion "totrüsten" zu wollen, da sie nicht über ähnlich qualitative atomare Mittelstreckenraketen verfüge. Die

Anmerkungen - Einführung

von der NATO erklärte Bereitschaft zu Rüstungskontrollverhandlungen, in denen diese Mittelstreckenraketen miteinbezogen würden, sei ein Täuschungsmanöver. Vielmehr wolle die NATO mit der Stationierung dieser Raketen die Fähigkeit erreichen, einen atomaren Erstschlag gegen die Sowjetunion bzw. einen Nuklearen Krieg auf Europa begrenzen zu können: "Es geht ums Leben!" Abrüstungsbemühungen und Aufrüstungspolitik in der BRD 1945 bis 1981; eine Dokumentation zu der gleichnamigen Ausstellung der Gustav-Heinemann-Initiative, Regionalgruppe Bremen und der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinde. Zusammengestellt, kommentiert von Karl Sommer, herausgegeben vom Kuratorium des Bildungswerkes evangelischer Kirchen im Lande Bremen, Mai 1982, Seite 120; zur Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß ebenda, S. 144 ff.

- 4) Dazu gehören als bedeutendste neben der Friedensbewegung gegen die Remilitarisierung die Protestbewegungen gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, die Ostermärsche Ende der fünfziger bis Ende der sechziger Jahre, die Protestaktionen gegen die Einführung der Notstandsgesetze und der Studentenbewegung, die Kampagnen gegen das Wetrüsten und für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in den siebziger Jahren und die heutige Friedensbewegung.
- 5) Z.B. bei: Gerhart Binder, Epoche der Entscheidungen. Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1960, S. 539; dtv-Atlas zur Weltgeschichte Bd. 2, München 1966, S. 218. Dort heißt es zu den Folgen des 2. Weltkrieges:
"... Trotz ungeheurer Verluste steigt die UdSSR, im Westen vom deutschen, im Osten vom japanischen Gegendruck befreit, zur Weltmacht auf. Kommunistische Erfolge scheinen Lenins Lehre von der eigenen Überlegenheit und dem notwendigen Konflikt zwischen Kommunismus und Kapitalismus zu bestätigen. Das sowjetische Selbst- und Machtbewußtsein beansprucht die absolute Führung im Ostblock und in der Welt. - Die USA, weniger durch eigenes Streben als mangels einer anderen Macht und ohne ein

Anmerkungen - Einführungen

klares Programm zur Führung des Westens gelangt, erkennen nur langsam und unter Schwinden des eigenen Sicherheitsgefühls die weltpolitische Gefahr..."

- 6) Z.B.: Huster, Kraiker, Scherer, Schlotmann, Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 - 1949, Frankfurt/M. 1972; "Es geht ums Leben!", a.a.O.; Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, Köln 1980; Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution. Redaktion Reiner Steinweg. Friedensanalysen 14, Vierteljahresschrift für Erziehung, Politik und Wissenschaft, herausgegeben (Hrsgn.) von der hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), mit Unterstützung der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Frankfurt/M. 1981.
- 7) Das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 umfaßte neben dem heutigen Bundesgebiet die damalige Provinz Ostpreußen (ohne Memelgebiet und ohne die damals Freie Stadt Danzig), die heute polnischen Teile Pommerns und Schlesiens, die 1919 übriggebliebenen Reste von Posen und Westpreußen und das Staatsgebiet der heutigen DDR.
- 8) Die Filmemacher Beate Rose und Christoph Boekel drehten als Abschlußarbeit an der Münchner Hochschule für Film und Fernsehen den Dokumentarfilm "Der lange Atem. Antimilitaristische Opposition und Wiederbewaffnung in Westdeutschland 1945 - 1955". Nach einer öffentlichen Aufführung des politisch brisanten Streifens im Mai 1981 in München wurde Boekel vom Direktor der Hochschule verboten, seinen Film in der Öffentlichkeit zu zeigen. Die Herausgabe des Examenszeugnisses - der Film war von der Prüfungskommission der Hochschule akzeptiert worden - wurde Boekel lange verweigert, weil die Hochschule vermutete, er sei im Besitz einer Filmkopie. Das Verbot wurde zwar mit formalistischen Verstößen begründet, doch handelt es sich nach meiner Meinung um einen klassischen Fall politisch motivierter Zensur. In einem von der Hochschule angeforderten Gutachten

Anmerkungen - Einführung

eines konservativen Historikers wird der Film nicht als historischer Aufklärungsfilm, sondern als Film in Sinne "kommunistischer Propaganda" beurteilt. Das Aufführungsverbot schlug hohe Wellen in der Presse und führte zu einer schriftlichen Anfrage der SPD im Bayerischen Landtag: vgl. z.B. "Mannheimer Morgen", Mannheim, 12.10.1982, "Süddeutsche Zeitung", München, 13./14.2., 23.2.1982, "Welt der Arbeit", Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), 4.3.1982.

Inzwischen haben Beate Rose und Christoph Boekel wegen des Aufführungsverbotes den gesamten Film in eigener Verantwortung nochmals gedreht. Er wird seit dem Frühjahr 1983 unter dem Titel "Der längere Atem" in der Öffentlichkeit gezeigt. Ich halte diesen Film wegen der seltenen, unter erheblichem Aufwand gesammelten Dokumentaraufnahmen für eine Auseinandersetzung mit der westdeutschen Nachkriegsgeschichte für sehr empfehlenswert. Für die Erstfassung "Der lange Atem" erhielten Beate Rose und Christoph Boekel bei den 28. Westdeutschen Kurzfilmtagen in Oberhausen 1982 von der Arbeitsgemeinschaft der Filmjournalisten e.V. den Preis der deutschen Filmkritik für einen der best-recherchierten Filme.

- 9) Z.B. wohnt Oskar Neumann in München. Er war als KPD-Abgeordneter Mitglied im Münchener Stadtrat und als Koreferent mitverantwortlich für den Wiederaufbau der bayerischen Landeshauptstadt. Neumann arbeitete 1951/52 im damaligen Hauptauschuß für Volksbefragung über die Remilitarisierung und war in der Friedensbewegung sehr engagiert.
- 10) Ich schließe mich der Definition des Begriffs "deutsche Frage" von Siegfried Thomas an, der in seinem Buch "Der Weg in die NATO" schreibt: "Unter "deutscher Frage" - als Synonyme werden auch im vorliegenden Band Deutschlandfrage, Deutschlandprobleme, deutsche Angelegenheiten verwendet - ist jener Komplex internationaler Probleme zu verstehen, der aus der Niederlage des deutschen Faschismus im Zweiten Weltkrieg und der damit verbundenen Notwendigkeit einer Friedensregelung erwuchs." : Siegfried Thomas, Der Weg in die NATO. Zur Integrations- und Remilitarisierungspolitik der BRD 1949-1955, Berlin (DDR) 1978, S.40

Anmerkungen I - Vorgeschichte

I. DIE VORGESCHICHTE

1. Die politischen Entscheidungen der Siegermächte
über Deutschland nach Kriegsende

1) Die Antihitlerkoalition bestand gegen Kriegsende aus mehr als 50 Staaten, der als Führungsmächte die Sowjetunion, die USA, Großbritannien, Frankreich und China angehörten; näheres dazu bei: Ute Schmidt/Tilman Fichter, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945 - 1948, Berlin (West), 1971, S. 80 ff., 102.

2) Keesings Archiv der Gegenwart (KA), 24.1.1945, S. 62.

3) Die Berliner Viermächte-Erklärung ist abgedruckt in KA, 5.6.1945, S. 257/258.

4) zitiert nach (z.n.): Huster, Kraiker, Scherer, Schlotmann, Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Frankfurt/M. 1972, S. 269.

In Jalta hatten die Alliierten beschlossen, einen Teil des künftigen britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes der Kontrolle der Franzosen zu überlassen: Das Territorium des heutigen Bundeslandes Rheinland-Pfalz, das südliche Baden-Württemberg und das Saarland.

5) Die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über Deutschland sind abgedruckt in: KA 1945, 2. 8. 1945, S. 344 - 347.
Wenn Deutschland eines Tages wiedervereinigt werden sollte, dann aber - nach dem Text des Potsdamer Abkommens - nicht im gleichen Umfang wie früher: Die ehemaligen Gebiete östlich der Flüsse Oder und Neiße sollten bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenzen Polens durch eine Friedenskonferenz unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besat-

Anmerkungen I - Vorgeschichte

zungszone (SBZ) in Deutschland betrachtet werden: siehe Punkt IX, b des Abkommens.

- 6) Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung Deutsche Geschichte 1945 - 1955, Göttingen 1982, S. 21. Die Menschenverluste der USA im 2. Weltkrieg sollen sich nach Angabe Albert Nordens auf weniger als 300.000, die Kriegsgewinne amerikanischer Trusts auf 53 Milliarden Dollar belaufen haben: A. Norden, So werden Kriege gemacht, Berlin (DDR), 1968, S. 261.

- 7) Angaben zu a) und b) nach: Huster u.a., a.a.O., S. 21 ff.; Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 22.

Hans-Peter Schwarz schreibt zu c): "... Zu Recht hat man darauf hingewiesen, wie stark hier Persönlichkeiten aus dem Kreis der Hochfinanz und der ins internationale Bankgeschäft verflochtenen Anwaltsfirmen dominierten. Es waren dies Männer wie James Forrestal, der Politiker seiner Richtung überall zu plazieren mußte, Robert A. Lovett, Dean Acheson, Averell Harriman, Robert C. Patterson, John McCloy, William N. Draper. Sie zählten zum inneren Kern der außenpolitischen Entscheidungsträger.": Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Neuwied und Berlin (West) 1966, S. 63/64; vergleiche (vgl.) auch: Big Business und Kalter Krieg, hrsgn. von David Horowitz, Frankfurt/M. 1971, Zweiter Band der im Auftrag der Bertrand Russell Peace Foundation herausgegebenen Reihe "Studies in Imperialism and the Cold War". Dieses Buch analysiert die Interessenkonstellation, die die amerikanische Außenpolitik bestimmte, und warum dies nur in Form des Kalten Krieges möglich war.

- 8) H.P. Schwarz schreibt: "Neben einer Wahrung der strategischen und militärpolitischen Interessen der USA war den Gruppen, die nach Roosevelts Tod zur Macht kamen, in starkem Maße an der Sicherung und Ausdehnung privater Kapitalanlagen im Ausland gelegen. Sieht man einmal von Berufsmilitärs wie Leahy, Marshall, Eisenhower, Clay,

Anmerkungen I - Vorgeschichte

MacArthur ab, so war für diese Schule amerikanischer Außenpolitik ihre Verbindung zum Großkapital mit europäischen Anlage- und Marktinteressen charakteristisch. Sie übersahen aufs genaueste die wirtschaftlichen Interessen der USA in den jeweiligen europäischen Staaten - nicht zuletzt Deutschland! - und waren aus ihrer Kenntnis der internationalen Kapitalverflechtungen heraus geneigt, die Bedeutung des Kontinents für die Vereinigten Staaten sehr hoch zu veranschlagen. Ihre größtenteils aus der Vorkriegszeit herührende Bekanntschaft mit den wirtschaftlichen Führungsschichten Europas erweckte Verständnis und Solidaritätsgefühl für diese ihnen in Mentalität und gesellschaftlicher Interessenlage so nahestehenden Gruppen. Damit ergab sich von selbst eine gewisse Bereitschaft, politisch eher bürgerliche Kräfte zu unterstützen als die progressiven Parteien der Linken. Das Vertrauen in die Leistungskraft privat-kapitalistischen Managements war bei diesen Repräsentanten des amerikanischen Big Business ungebrochen; Wirtschaftsführung nach dem marktwirtschaftlichen Ordnungsmodell schien die beste Methode für den europäischen Wiederaufbau zu sein. Dies nicht zuletzt darum, da die Sozialisierungsforderungen der Linken das Anlagevermögen der amerikanischen Firmen unmittelbar bedrohten.: H.P. Schwarz, am angegebenen Ort (a.a.O.), S. 66.

Die Absicht, in Deutschland einen föderalistisch-organisierten Bundesstaat aufzubauen, der den politischen und ökonomischen Interessen der USA entsprach, gab der amerikanische Außenminister James F. Byrnes in einer Rede am 6. September 1946 in Stuttgart offiziell zu erkennen. Die entscheidenden Auszüge dieser Rede sind abgedruckt in: Huster u.a., a.a.O., S. 309-319.

9) Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 25.

10) ebd., S. 104; vgl. Huster u.a., a.a.O., S. 35/36.

Anmerkungen I - Vorgeschichte

- 11) Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 28; Einzelheiten zu den Zerstörungen in der Sowjetunion bei: David Horowitz, Kalter Krieg, Bd. 1, Berlin (West), 1969, S. 21 ff.
- 12) Näheres zur Bodenreform in der SBZ in: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 81 ff.; vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), 1968, Kapitel XII, S. 80 ff.
- 13) Unter den Studien über die Geschichte des Kalten Krieges haben sich bis heute drei Forschungsansätze herausgebildet. Der Ursprung des Kalten Krieges wird zu erklären versucht:
 1. Nach der Schule der "Traditionalisten" vor allem wegen eines ideologischen und machtpolitischen motivierten Expansionsstreben der Sowjetunion.
 2. Nach der Schule der "Revisionisten" vor allem wegen der dominanten Stellung der USA als stärkster ökonomischer Macht, die den nach dem 2. Weltkrieg gewonnenen sowjetischen Macht- und Einflußbereich in Osteuropa eindämmen wollten.
 3. Eine dritte Schule von Wissenschaftlern versucht die Ergebnisse der "Revisionisten" aufzunehmen, aber ihre Einseitigkeiten durch ein Herausarbeiten des Wechselprozesses zwischen der amerikanischen und sowjetischen Politik zu vermeiden. Der Kalte Krieg soll danach, wie es Ch. Kleßmann formuliert "als eine spezifische zeitlich eingrenzbbare Form der bipolaren Blockkonfrontation verstanden werden, die sich nach 1945 herausbildete und 1947 in ihr offenes Stadium trat; ... als Mechanismus wechselseitiger Fehlwahrnehmungen und Konflikteskalationen." (a.a.O., S. 1).Stellvertretend für diese dritte Schule sei die Untersuchung von Wilfried Loth, Die Teilung der Welt 1941-1945, München 1980, genannt, der sich in seinem Einleitungskapitel ausführlich mit der traditionellen Auffassung und der revisionistischen These auseinandersetzt. Er schreibt dazu: "Die amerikanischen Entscheidungsträger mißdeuteten die Sicherheitspolitik der Sowjetunion als Beleg für prinzi-

Anmerkungen I - Vorgeschichte

piell unbegrenzten sowjetischen Expansionismus und reagieren mit der Verweigerung weiterer Kooperation; die sowjetische Führung mißdeutete diese Kooperationsverweigerung als Beleg für einen notwendigerweise aggressiven Charakter des expandierenden US-Kapitalismus und reagierte mit weiterer Verhärtung ihrer Sicherheitspolitik. Dieser Circulus vitiosus ist in den Jahren nach 1945 nicht mehr unterbrochen worden; und so wurde die Blockbildung dann mehr und mehr definitiv." : a.a.O., S. 118.

- 14) Die Sowjetunion wendete diesen Druck auf, um die Regierungen dieser Länder (Albanien, Bulgarien, Rumänien, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn DDR) in ihren Machtbereich mit einzubeziehen. Z.B. mißachtete sie während der Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei (Sudetenland) und Ungarn (die im Potsdamer Abkommen in Punkt XIII von den Siegermächten festgelegt worden war) das "Prinzip des proletarischen Internationalismus" völlig, worauf u.a. Rudi Dutschke hingewiesen hat. Derselbe kritisierte auch die "irrationale Demontagepolitik" der Sowjetunion in der von ihr kontrollierten SBZ: Rudi Dutschke/Manfred Wilke (Hrsg.), Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke, Hamburg 1975, S. 277, 279.
- 15) ddz 1951, Heft 17, S. 761.
- 16) Im Frühjahr 1946 hatte sich die Versorgungslage in den Westzonen für die dort lebende Bevölkerung dramatisch verschlechtert. Um eine Hungerkatastrophe zu verhindern, drängten die USA unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen auf die Herstellung der Deutschen Wirtschaftseinheit. Vorherige Bemühungen zur Erreichung dieses Zieles im Kontrollrat waren vor allem am französischen Veto (s.S. 20) gescheitert. Da sowohl Frankreich wie die Sowjetunion in den von ihnen kontrollierten Zonen die im Kontrollrat abgesprochenen Richtlinien für das deutsche Industrieniveau in einzelnen Produktionssektoren überschritten - für beide hatten die Demontagen und Reparationen wegen ihrer geschwächten ökonomischen Lage eine besondere Bedeutung - erließ L. Clay den Reparationsstopp. In erster Linie sollte damit auf Frankreich,

Anmerkungen I - Vorgeschichte

aber auch die Sowjetunion Druck ausgeübt werden, damit die beiden Länder Maßnahmen zur Erreichung der deutschen Wirtschaftseinheit nach den Vorstellungen der amerikanischen Militärregierung unterstützten. Aber die Sowjetunion empfand die Einstellung der Reparationslieferungen als ein Instrument, das in erster Linie gegen sie gerichtet war. Bei ihrem Eingehen auf die amerikanischen Forderungen befürchtete sie, auf einen Teil der für sie so wichtigen Reparationen in der SBZ verzichten zu müssen. Die Sowjetunion forderte deshalb die Entnahme weiterer Reparationen aus der laufenden Produktion und Reparationsleistungen in Höhe von 10 Milliarden Dollar. Sie war dazu berechtigt, weil auf der Konferenz von Jalta eine entsprechende Vereinbarung unter den Alliierten getroffen worden war, die in Potsdam bestätigt wurde. Ausführlich zur Reparationsfrage: Ch. Kleßmann, a.a.O., S.99/100; S. 102 ff.; vgl. Huster u.a., a.a.O., S. 34 ff.

- 17) Der amerikanische Außenminister Bynnes hatte die Zusammenlegung der amerikanischen und britischen Zone zur Bizone in einer Rede am 6.9.1945 in Stuttgart angekündigt. Diese Rede ist abgedruckt in: Huster u.a., a.a.O., S. 309-319. Großbritannien war mit den wirtschaftspolitischen Zielen der amerikanischen Militärregierung, die Ch. Kleßmann "ökonomische Rekonstruktion und Stabilisierung" nennt (a.a.O., S. 100), im Grundsatz einverstanden: keine Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und keine gesellschaftspolitischen Reformen, wie sie nach dem Potsdamer Abkommen möglich waren. Im Gegensatz dazu hatte die Sowjetunion die ökonomische Politik in der SBZ nach ihren politischen Zielsetzungen verfolgt (s.S. 21). Diese gegensätzlichen Vorstellungen über die wirtschaftspolitische Zukunft Deutschlands sollten sich als unvereinbar erweisen.
- 18) Huster u.a., a.a.O., S. 29/30; der Text des Bizonen-Abkommens ist ebenda abgedruckt auf den Seiten 319-324.

Anmerkungen I - Vorgeschichte

- 19) Der Text der Kongreßbotschaft Trumans über die Lage im Mittelmeergebiet (Truman-Doktrin) ist ebenda abgedruckt auf den S. 335-340.
- 20) Zum Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz: KA, 24.4.1947, S. 1070-1074; ddz 1952, Heft 27, S. 1238.
- 21) Europa-Archiv (EA), Juli-Dezember 1947, S. 913-924; Einzelheiten zur amerikanischen Marshall-Plan-Initiative bei: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 180 ff. Danach erhielt Westdeutschland von den USA bis 1952 1,537 Milliarden Dollar.
- 22) Die gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz kam auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten, Hans Ehard, zustande. Aus föderalistischen Interessen und besonders wegen des gespannten Verhältnisses zwischen der SPD in den Westzonen und der SED in der SBZ lehnten die westdeutschen Ministerpräsidenten den ostdeutschen Vorschlag ab, über die Frage der deutschen Einheit zu reden. Näheres dazu bei: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 186-188.
- 23) ebd., S. 186; EA 1948, S. 1145-1147. Der Wirtschaftsrat bestand aus einem Quasiparlament, dem anfangs 52 Abgeordnete aus den westdeutschen Länderparlamenten angehörten, sowie einem Exekutivrat, gebildet aus den Länderregierungen, und einem Direktorium, das sich aus den Leitern der Verwaltungsämter zusammensetzte. Später wurde die Abgeordnetenzahl auf 104 erhöht, der Exekutivrat zum Länderrat und das Direktorium in einen Verwaltungsrat mit größerem Handlungsspielraum umgebildet.
- 24) KA, 28.9.1947, S. 1205.
- 25) KA, 15.12.1947, S. 1276/77.
- 26) "New York Herald Tribune", New York, 20.12.1974, z.n.: ddz 1952, Heft 27, S. 1240.
- 27) KA, 6.3.1948, S. 1409/10.

Anmerkungen I - Vorgeschichte

- 28) KA, 13.2.1948, S. 1383.
- 29) KA, 8.3.1948, S. 1411/12.
- 30) KA, 20.3.1948, S. 1428/29.
- 31) Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung, Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1945-1955, Köln 1975, S. 305; nach ihren Angaben wurden unter dem Druck der USA die wirtschaftlichen Bindungen der westlichen Länder zu den im sowjetischen Einflußbereich liegenden ost- und südosteuropäischen Ländern stark reduziert.
- 32) Die Länder Bayern, Hessen und Württemberg/Baden waren durch die Proklamation Nr. 2 der amerikanischen Militärregierung OMGUS nach der Potsdamer Konferenz gebildet worden; Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und der Stadtstaat Hamburg im Herbst 1946 von der britischen Militärregierung. Die französische Militärregierung übertrug den Ländern Württemberg/Hohenzollern, Baden und Rheinland/Pfalz erst im Sommer 1948 beschränkte Kompetenzen; Angaben nach: U. Schmidt/T. Fichter, a.a.O., S. 69.
- 33) Die "Londoner Empfehlungen" sind abgedruckt in: KA, 7.6.1948, S. 1522-1524.
- 34) Max Reimann, Entscheidungen 1945-1956, Frankfurt/M. 1974, S.104.
- 35) "Der Tag", Berlin (West), 19.6.1948; z.n.: Jürgen Kuczynski, So war es wirklich, Berlin (DDR) 1969, hrsgn.vom Staatssekretariat für Westdeutsche Fragen, S. 63; ausführlich zur Währungsreform: Ch.Kleßmann, a.a.O., S. 188 ff.
- 36) Ausführlich zur Berlin-Krise: W. Loth, a.a.O., S. 221 ff.; vgl. Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 191 ff.
- 37) Die "Frankfurter Direktiven" sind abgedruckt in: KA, 1.7.1948, S. 1552/53.
- 38) Am gleichen Tag begann in Paris eine Außenministerkonferenz der vier Besatzungsmächte (23.5.-20.6.1949), bei der es aber zu keiner Annäherung einer Lösung der "deutschen Frage" kam: KA, 20.6.1949, S. 1978 ff.

Anmerkungen I - Vorgeschichte

- 39) Zur Gründung der DDR: W. Loth, a.a.O., S. 228 ff.; vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Kapitel XIII, S. 9 ff.
- 40) K. Körner schreibt dazu: "'Weststaat' bedeutete die Errichtung einer freiheitlichen Demokratie in den Westzonen Deutschlands auf der Basis einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, wirtschaftlichen Wiederaufbau mit amerikanischen Krediten und Anlehnung dieses Staates an die Westmächte... Die Bundesrepublik Deutschland sollte zum 'Kernstaat' werden, der durch Anschluß anderer Teile Deutschlands zu ergänzen wäre. Die Präambel des Grundgesetzes, Art. 23 und 116 des Grundgesetzes gehen indirekt von der Kontinuität deutscher Staatlichkeit und der Wiedervereinigung durch Anschluß aus." z.n.: H.P. Schwarz, Handbuch der deutschen Außenpolitik, München-Zürich 1976, S. 587 ff.
- 41) Das Besatzungsstatut ist abgedruckt in: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 459/460.
- 42) Die AHK konstituierte sich nach der "Satzung der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland", die am 20. Juni 1949 von den drei Außenministern der Westmächte unterzeichnet wurde; abgedruckt in: ddz 1949, Heft 1, S. 32-35.
- 43) Text des Abkommens über die Internationale Ruhrbehörde in: ddz 1949, Heft 2, S. 67-72.
- 44) EA, 20.5.1949, S. 2163-2165.

Anmerkungen I - Vorgeschichte

2. Die militärpolitischen Entscheidungen der Westmächte
von 1945 - 1949

- 1) Zu diesem Begriff: Jürgen Reiss, George Kennans Politik der Eindämmung, Berlin-Dahlem 1957, erschienen in der Reihe: Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, hrsgn. von Wilhelm Berges, Karl Hinrichs, Hans Herzfeld, Walter Schlesinger, Band II.

G. Kennan, Leiter des Planungsstabes im amerikanischen Außenministerium, veröffentlichte im Juli 1947 unter der Überschrift "The Sources of Soviet Conduct" einen Artikel in der amerikanischen Zeitschrift "Foreign Affairs", in der er erstmals den Begriff "Containment" verwendet. Die heutigen Unterlagen lassen keine Zweifel daran, daß er verfaßt wurde, um die damals herrschende offizielle Ansicht des State Department - H.P. Schwarz nennt sie "antikommunistische Realpolitik" (H.P. Schwarz, a.a.O., S. 63 ff.)-wiedergeben. ("X", The Sources of Soviet Conduct, Foreign Affairs, New York, Vol. XXV, Nr. 4, Juli 1947, S. 566): Reiss, S. 11; Kennan unterstellte der Sowjetunion als Endziel die Eroberung der kommunistischen Weltherrschaft; deswegen sollte der sowjetische Einflußbereich und die kommunistische Idee eingedämmt werden. Näheres bei Reiss, a.a.O., S. 32 ff.: Sechs Thesen der Eindämmung.

- 2) Einzelheiten zu den Folgen dieses Atombombeneinsatzes in: Edward M. Kennedy, Mark O. Hatfield, Stoppt die Atomrüstung, Hamburg 1982, S. 18 ff.
- 3) Manfred Görtemaker, Rüstungsdynamik im Ost-West-Vergleich, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden 1979, S. 22.

Anmerkungen I - Vorgeschichte

- 4) Samuel F. Jr. Wells: Sounding the Tocsin: NSC 68 and the Soviet Threat, in: International Security, Vol. 4, Nr. 2 Fall 1979, S. 116-158; Angabe nach: Guido Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK). Ihre Geschichte 1945-1968, Köln 1982, S. 354, Fn. 26.
- 5) ausführlich dazu Dieter S. Lutz, a.a.O.
- 6) z.n.: "Neuer Vorwärts", Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hannover, 3.12.1954; vgl. Jürgen Kuczynski, a.a.O., S. 15. An der Besprechung nahmen u.a. teil: der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Vandenberg, Unterstaatssekretär Clayton, zwei hohe Militärs aus dem Kriegsministerium, der Vizepräsident von General Motors sowie der Rechtsanwalt einer der politisch einflußreichsten Banken der Vereinigten Staaten, John F. Dulles, der später amerikanischer Außenminister werden sollte.
Ein Zitat des amerikanischen Senators James O. Eastland verdeutlicht die antisowjetische und antikommunistische Ideologie der neuen Truman-Administration und die vorgesehene Rolle Deutschlands nach dem Krieg. Eastland sagte am Jahresende 1945: "Deutschland ist stets die Aufgabe zugefallen, eine Zivilisation, die mehr als 2000 Jahre alt ist, gegen die orientalischen Horden zu verteidigen. Deutschland ist der Schlußstein des gesamten (europäischen) Baus, und Deutschland muß auf jede nur erdenkliche Weise einer demokratischen, freiheitsliebenden, christlichen Gesellschaft, die auf dem privatkapitalistischen System aufgebaut ist, erhalten bleiben"; z.n. "Neuer Vorwärts", a.a.O.
- 7) Bundeswehr; Chronik-Fakten-Dokumente; Autorenkollektiv des Deutschen Instituts für Militärgeschichte, Berlin (DDR) 1969, S. 137.
- 8) "Süddeutsche Zeitung", München, 16.3.1948.
- 9) Bundeswehr; Chronik..., a.a.O., S. 54; eine dieser Angriffsstudien veröffentlichte die amerikanische Zeitschrift

Anmerkungen I -Vorgeschichte

"Newsweek", New York, Heft 10, 1950; ebenda abgedruckt, S. 80/81; die Militärs gingen davon aus, daß jeder kommende Konflikt als ein Bewegungskrieg von wesentlich schnelleren und gewaltigeren Ausmaßen als der letzte Krieg beginnen werde. Sie betrachteten als das geeignete Gelände hierfür die große nordeuropäische Ebene, die sich von der westlichen Verteidigungslinie längs des Rheins bis zur traditionellen russischen Verteidigungslinie längs des Dnjepr und den nordwärts fließenden Flüssen erstreckte. Der Schlüssel zum Sieg bestand nach Ansicht der Militärs darin, so wuchtig und weit vorzustoßen, um den Gegner aus dem Gleichgewicht zu werfen, seine Verbindungslinien zu zerstören und die Kontrolle über diesen riesigen neuen 'Kampfplatz von Europa' zu erringen. Erforderlich war dazu eine Panzerarmee von 30 erstklassig ausgerüsteten und ausgebildeten Divisionen. Sie sollten am Tag X vorwärts stürmen, unterstützt und versorgt durch die Luftflotte, mit dem Ziel, Berlin, Stettin und Warschau in drei Tagen zu erreichen.

- 10) Zum Begriff des Militarismus empfehlenswert: Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band I, Berlin (DDR) 1958, Militarismus und Antimilitarismus, S. 249-456; Liebknecht schrieb dazu:

"Militarismus! Wenige Schlagworte werden in unserer Zeit so häufig gebraucht, und kaum ein Schlagwort bezeichnet etwas so Verwickeltes, Vielgestaltiges, Vielseitiges, einer in ihrem Ursprunge und Wesen, ihren Mitteln und Wirkungen so interessante und bedeutsame Erscheinung, eine Erscheinung, die so tief in dem Wesen der Klassengesellschaftsordnungen gewurzelt ist und die dennoch auch innerhalb der gleichen Gesellschaftsordnung, je nach den besonderen natürlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen einzelner Staaten und Gebiete, so außerordentlich mannigfaltige Formen annehmen kann." (a.a.O., S. 254)

- 11) "Les Partisans de la Paix, Paris, Heft 15, September 1950, z.n.: Bundeswehr; Chronik..., a.a.O., S. 77-80.

Anmerkungen I -Vorgeschichte

- 12) "Tägliche Rundschau", Organ der sowjetischen Besatzungsmacht, 8.9.1949.
- 13) Bundeswehr, Chronik..., a.a.O., S. 53.
- 14) Der Artikel der "Lidova Democracia" ist ins Deutsche übersetzt und abgedruckt in: ddz 1950, Heft 10, S. 387; vgl. Fritz Krause, Die antimilitaristische Opposition in der BRD 1949-1955, Frankfurt/M. 1971, S. 23/24; dort sind weitere amerikanische Vorstellungen über die westdeutsche Remilitarisierung aufgezählt.
- 15) "Neue Zeitung", Organ der amerikanischen Besatzungsmacht, Berlin (West), 16.3.1948.
- 16) Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München und Wien 1969, S. 22.
- 17) R. Badstübner/S. Thomas, a.a.O., S. 65.
- 18) Friedrich Thelen, Zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland 1950-1955, Strategische Intentionen und Konzeptionen der Westlichen Alliierten, Erlangen 1974, Inaugural-Dissertation, S. 19.
- 19) "Le Monde", Paris, 24.11.1949, z.n.: ddz 1950, Heft 3, S. 89.
- 20) Mathias Jopp, Zur Entstehungsgeschichte der deutschen Sicherheitsproblematik: Politische Interessen und militärische Planung bei der Integration der Bundeswehr in das NATO-Bündnis; in: Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution, erschienen in der Reihe Friedensanalysen, Vierteljahresschrift für Erziehung, Politik und Wissenschaft, Nr. 14, Frankfurt/M., 1981, S. 19; Fn. 23, S. 43.
- 21) z.n.: ddz 1954, Heft 82, S. 5955; der vollständige Vertragstext ist abgedruckt im EA 1946/47, S. 635-638.
- 22) Bei dieser Rede kündigte Bevin den Zusammenschluß der amerikanisch-britischen Bizone mit der französischen Besatzungszone zur Trizone an: ddz 1954, Heft 82, S. 5956.

Anmerkungen I - Vorgeschichte

- 23) Wortlaut des Vertrages zum Brüsseler Pakt in: EA, April 1948, S. 1263/1264.
- 24) Teilnehmerländer waren: Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, USA; Wortlaut des NATO-Vertrages in: EA 1949, S. 2071-2073.
- 25) Im amerikanischen Kongreß waren bereits Zahlen über die Truppenstärke des neuen westdeutschen Heeres erörtert worden. Z.B. hatte der Abgeordnete Poage im Repräsentantenhaus Anfang November 1949 25 Divisionen vorgeschlagen: Congressional Record, U.S. House of Representatives, Washington D.C., 4.11.1949; z.n.: U. Albrecht, a.a.O., S. 22.
- 26) Z.B. erstellten die Vereinigten Stabschefs den Kriegsplan "Dropshot" (19.12.1949), nach dem die USA bis zum Beginn des Jahres 1957 alle Vorbereitungen für einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion abgeschlossen haben sollten. Ein anderes Beispiel ist der Kriegsplan "Operation Eggnog", erschienen in einem Sonderheft der amerikanischen Zeitschrift "Colliers" vom 27.10.1951, der von hohen US-Politikern und -Militärs ausgearbeitet worden war.
- Ausführlich zu den amerikanischen Atomkriegsplanungen: Bernd Greiner, Kurt Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UDSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980.
- Die Dokumente NSC 68, "Dropshot" und "Operation Eggnog" sind darin abgedruckt auf den Seiten 191 ff., 229 ff., 243 ff.
- 27) Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Sonderheft der "Blätter für Deutsche und Internationale Politik", Köln, Mai 1962, überarbeitet und ergänzt durch einige heute zugängliche Dokumente von U. Albrecht, in: Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, a.a.O., S. 122-125; die Informationen über den Aufbau dieser Einheiten sind in einem Artikel des "Rheinischen Merkur" vom 23.11.1951 veröffentlicht worden. Nach einem

Anmerkungen I - Vorgeschichte

Bericht der "Nürnberger Nachrichten" vom 23.10.1950 bestanden 60 % dieser Arbeitseinheiten aus ehemaligen deutschen Soldaten.

- 28) Robert McGeehan, The German Rearment Question, Urbana 1971, S. 7, z.n.: U. Albrecht, a.a.O., S. 29; näheres zu den Zahlenvergleichen zwischen den westlichen und östlichen Polizeistreitkräften und ihrer Problematik ebenda.
- 29) "Stuttgarter Zeitung", Stuttgart, 1.12.1949.

3. Die innenpolitische Entwicklung in Deutschland vom Kriegsende bis zur Gründung der BRD

- 1) Ausführlich zur unmittelbaren Nachkriegssituation in Deutschland: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 37 ff.; vgl. Rudolph Hagen, a.a.O., S. 31 ff.
- 2) Zur Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung schreibt Rudi Dutschke: Mancher mag noch immer davon träumen, daß die deutsche Arbeiterklasse nach dem 2. Weltkrieg eine große revolutionäre Möglichkeit gehabt hätte. Mit der konkreten historischen Wahrheit hat das nichts (!) zu tun. Wie kann eine im Verhältnis zum 1. Weltkrieg viel stärker und länger unterdrückte und zerschlagene Arbeiterklasse eine proletarische Revolution im originären Sinne des Begriffs durchführen? Sie kann es nicht. Die einzige historische Chance für eine real antikapitalistische Wendung lag unvermeidlicherweise in der Ostzone...": Rudi Dutschke/Manfred Wilke (Hrsg.), Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke, a.a.O., S. 278. Ausführlich zum Widerstand gegen das "Dritte Reich": Weißbuch der deutschen Opposition, London 1946.
- 3) Zur Arbeit der Antifas: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 121 ff.; vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Kapitel XII, S. 22-25.

Anmerkungen I - Vorgeschichte

- 4) In Sachsen stimmten 77.6 % der Abstimmungsberechtigten für die Enteignungsmaßnahmen, die von der sowjetischen Militärverwaltung SMAD durchgeführt wurden: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Kap. XII, S. 162 ff.; in Hessen stimmten 71,9 % der Abstimmungsberechtigten für die Aufnahme des Art. 41 in die Hessische Verfassung, der die Sozialisierung des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Energiewirtschaft und des an Schienen und Oberleitungen gebundenen Verkehrswesens sowie die Verstaatlichung von Großbanken und Versicherungsunternehmen ermöglichte. Zwar trat diese Verfassung im Dezember 1946 in Kraft, doch die amerikanische Besatzungspolitik unterlief die Bestimmungen des Art. 41: Ernst-Ulrich Huster, Die Politik der SPD 1945-1950, Frankfurt/M. - New York 1978, S. 190, Fn. 32.
- 5) Z.B. Art. 69/70 der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen, Art. 124 der Verfassung des Landes Hessen, Art. 2 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen.
- 6) Der Frankfurter Kreis bestand aus einer Gruppe von Intellektuellen, der u.a. angehörten: Walter Dirks, Karl-Hinrich Knapstein, Eugen Kogon.
- 7) Das Ahlener Wirtschaftsprogramm ist abgedruckt in: Huster u.a., a.a.O., S. 424-429.
- 8) zur Reichskristallnacht (9./10.11.1938): R. Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, S. 275/76.
- 9) Engelmann I, a.a.O., S. 36. Vgl. Bericht des amerikanischen Geheimdienstes über die Einstellung der deutschen Bevölkerung in der US-Zone, in: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 372-374.
- 10) Zu den Nürnberger Prozessen: Robert M.W. Kempner, Das Dritte Reich im Kreuzverhör. Aus den unveröffentlichten Vernehmungsprotokollen des Anklägers R. Kempner, München und Esslingen 1969.
- 11) Dieses Gesetz verbot allen früheren NSDAP-Mitgliedern jede Berufsausübung mit Ausnahme von gewöhnlicher Arbeit; dazu Ute Schmidt/I. Fichter, a.a.O., S. 106 ff., S. 129 ff.

Anmerkungen I - Vorgeschichte

- 12) Z.B. wurden von den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, die von der amerikanischen Militärregierung aus den bayerischen Regierungsstellen entfernt wurden, ca. 80 % von ihnen wieder eingesetzt; 60 % der in der Bundesrepublik 1949/50 amtierenden Lehrer hatten eine nationalsozialistische Vergangenheit hinter sich; Angaben nach: Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 328. Ausführlich zur Entnazifizierung in allen vier Zonen: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 78 ff.
- 13) Die Reihe dieser Namen ließe sich beliebig fortsetzen; Kardinal Michael Faulhaber hatte zu den eifrigsten Befürwortern des Konkordats zwischen dem Vatikan und der Hitler-Regierung vom 20. Juli 1933 gehört. Faulhaber schlug im Mai 1945 der amerikanischen Militärverwaltung den extrem konservativen Fritz Schäffer als Ministerpräsident für Bayern vor, Angabe nach: Engelmann I, a.a.O., S. 39/40. Konrad Adenauer, geb. 5.1.1876 in Köln; trat nach seinem Jurastudium der katholischen Zentrumspartei bei und arbeitete für sie in führender Stellung; am 18.10.1917 wurde er zum Oberbürgermeister von Köln gewählt; Berufung in das preußische Herrenhaus; außerdem Vorstandsmitglied und Aufsichtsrat in einer Reihe von Unternehmen, z.B. der Deutschen Bank AG. Auch Beteiligung und Mitarbeit an Aktionen und Versammlungen, die der Errichtung eines separatistischen Rheinlandstaates dienen sollten. Weil er in seiner Eigenschaft als Präsident des Preußischen Staatsrates nach dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932, mit dem der damalige Reichskanzler Franz von Papen die legale preußische Staatsregierung absetzte, eine Verfassungsklage gegen die neue Reichsregierung eingereicht hatte, wurde er von der Gestapo gesucht; nach dem Röhm-Putsch kurz verhaftet, dann wieder freigelassen. Während des "Dritten Reiches" Rückzug aus dem politischen Leben. Nach dem Attentat auf Hitler (20.7.1944) erneut verhaftet. Höchstwahrscheinlich mit Hilfe des Kommunisten Eugen Zander entging er der Deportation aus einem Kölner Auffanglager in

Anmerkungen I - Vorgeschichte

das KZ Buchenwald. Es wäre allerdings falsch, Adenauer als Gegner des "Dritten Reiches" einzuschätzen. Er lehnte stets jede Mitarbeit für bürgerliche Widerstandskreise entschieden ab. Nach dem Krieg war er für kurze Zeit Kölner Oberbürgermeister; beteiligte sich an der Gründung der CDU und setzte sich in der Partei als Führungsperson durch; alle Angaben nach Engelmann I, a.a.O., S. 53 ff.; Hans Adamo, Wer war Adenauer wirklich?, in: Geschichte in Geschichten, hrsgn. von Fritz Noll/Rutger Booß, a.a.O., S. 72 ff.

Robert Pferdmenes, geb. 1880, hatte im "Dritten Reich" das Bankhaus Oppenheim verwaltet und über den 2. Weltkrieg hinweggerettet. Pferdmenes saß als Vertreter der CDU im Zweizonen-Wirtschaftsrat, später im Bundestag. Er entschied über alle wirtschafts- und finanzpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung mit. "Sein politischer Einfluß in den für die spätere Entwicklung Westdeutschlands entscheidenden Jahren kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden", schreibt B. Engelmann über ihn: a.a.O., S. 133.

- 14) Ausführlich zur Geschichte der Parteien in den Westzonen und der Bundesrepublik: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd I-IX, bearbeitet und hrsgn. von Ossip Flechtheim, Berlin (West) 1962 f.; Walter Schlangen (Hrsg.), Die deutschen Parteien im Überblick. Von den Anfängen bis heute, Königstein/Taunus, 1979; Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte-Entstehung-Entwicklung, Opladen 1976.
- 15) Der Aufruf ist abgedruckt in: Dokumente der KPD 1945-1956, Verlag KPD-Literatur 1973, Berlin(DDR), S. 1 - 8.
- 16) Kurt Schumacher, geb. 13.10.1895 in Kulm; Mitglied der SPD, 1924-1931 Abgeordneter der SPD im württembergischen Landtag, 1930-1933 im Reichstag; nach der nationalsozialistischen Machtergreifung mit kurzer Unterbrechung in Konzentrationslagern gefangengehalten; nach dem Krieg organisierte er von Hannover mit dem dazu eingerichteten "Büro-Schumacher" den Aufbau der SPD in den Westzonen (s. Teil III).

Anmerkungen I - Vorgeschichte

- 17) Am 31.3.1946 sprachen sich bei einer Urabstimmung von 23.755 SPD-Mitgliedern in den Westsektoren Berlins 19.526 (82 %) gegen eine sofortige Vereinigung mit der KPD aus; 14.883 (62 %) stimmten aber für eine weitere Zusammenarbeit beider Parteien. Im Ostsektor der Stadt wurde die Abstimmung von der SMAD verboten: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 141; vgl. Huster u.a., a.a.O., S. 187.
- 18) Wolf-Dieter Narr, CDU-SPD, Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966, S. 110 ff.; vgl. Huster u.a., a.a.O., S. 130 ff. Im Parlamentarischen Rat verzichtete die SPD ganz bewußt auf die Verankerung gesellschaftspolitischer Ansätze im GG wie z.B. der Einführung des Streikrechts, um das Konzept der Wirtschaftsdemokratie mit in dieser Zeit unrealistisch erscheinenden Grundrechtsgewährleistungen nicht in Frage zu stellen. Die SPD betrachtete die mit der Verabschiedung des GG zu erreichende politische, wirtschaftliche und rechtliche Neuordnung der Westzonen als "Provisorium" auf dem Weg zu einem wiedervereinten Deutschland. In diesem wollte die SPD ihre Konzeption der Wirtschaftsdemokratie mit dem im GG festgelegten Zuständigkeitskatalog für den Bundesgesetzgeber verwirklichen. Ausführlich mit der Haltung der SPD im Parlamentarischen Rat beschäftigt sich: Hans-Hermann Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Köln und Opladen 1970.
- 19) Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 142.

Anmerkungen I - Vorgeschichte

- 20) In seinen außenpolitischen Vorstellungen ging Konrad Adenauer bereits 1945 davon aus, daß Europa nach dem Zweiten Weltkrieg in einen West- und einen Ostblock geteilt sei und sich Westeuropa unter britischer und französischer Führung zusammenschließen müsse, wobei die westlichen Besatzungszonen mit- einzubeziehenden seien: Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945 - 1953, Bd. 1, Stuttgart 1965, S. 39 f.
- 21) Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 435; dort ist die Berufsstruktur der Parteimitglieder aus dem Jahr 1952 abgedruckt. Danach machte der Anteil von der Berufsgruppe der Selbständigen (Handwerker, freie Berufe) Studenten, Lehrer, die in der FDP organisiert waren, 60,5 % aus.
- 22) Der Parlamentarische Rat bestand aus 65 Delegierten der westdeutschen Länderparlamente und fünf nicht stimmberechtigten Berliner Abgeordneten. Er beauftragte 5 Unterausschüsse, darunter den Grundsatzausschuß, mit der Ausarbeitung der Verfassungsartikel. Daneben bestand ein Hauptausschuß, der die Arbeit der einzelnen Ausschüsse zusammenfaßte und die Vorbereitungen für die Endfassung des GG im Plenum des Parlamentarischen Rates übernahm.
- 23) Der KPD-Vorsitzende Max Reimann, der Mitglied im Parlamentarischen Rat war, berichtete, daß die Besatzungsmächte jeweils genau so viele Offiziere und Juristen zu einem Arbeitskreis zusammengezogen hatten, wie die Stärke des Parl. Rates ausmachte. Sie kontrollierten jeden Artikel, jeden Antrag der Fraktion und jede Rede: M. Reimann, Entscheidungen 1945-1956, a.a.O., S. 125/126.
- 24) Der Kampf um den Wehrbeitrag II, München 1953, S. 419 ff.: "Die Behandlung der Wehrfrage im Parlamentarischen Rat";

Anmerkungen I - Vorgeschichte

- 25) Der Kampf um den Wehrbeitrag II, a.a.O., S. 425/426.
- 26) ebenda, S. 430.
- 27) ebenda, S. 431; es handelte sich dabei um Art. 24, Abs. 2, 3 und Art. 26, Abs. 1, 2 des GG. Zinn begründete dies damit, "um die deutsche Einheit nicht von deutscher Seite noch weiter zu gefährden oder zu zerstören".
- 28) Der Arbeitsausschuß der IDK hatte dazu an den Verfassungsausschuß, der in Herrenchimsee tagte, und an die Ministerpräsidenten der Länder am 14. August 1948 einen entsprechenden Antrag eingereicht: Guido Grünewald, a.a.O., S. 66-71. Bemerkenswert ist, daß sich der spätere Bundespräsident Theodor Heuß im Hauptausschuß heftig gegen dieses Grundrecht aussprach. Er sagte in der 43. Sitzung des Parlamentarischen Rates am 18.1.1949:
- "Ich bin mir meiner Hilflosigkeit ganz sicher, wenn wegen dieses Antrages die sogenannten Militaristen sagen werden: Gott sei Dank, da ist noch einer vom alten Schrot und Korn gewesen. Ich bin auch hilflos, wenn die sogenannten Pazifisten feststellen werden, daß sich wieder ein alter Reaktionär gemeldet hat. ... Ich glaube, für meine Meinung, daß dieser Absatz gestrichen werden muß, spricht so etwas wie ein historisches Stilgefühl. Wir sind nämlich jetzt dabei, ein Werk der Demokratie zu schaffen. Die allgemeine Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie ..." z.B.: Parlamentarischer Rat, Grundsatzausschuß, 26. Sitzung 30.11.1948, sten. Protokoll, S. 80 ff. (Maschinenschrift). Heuß kam aber mit diesem Antrag auf Streichung des Art. 4 Abs. 3 nicht durch; er wurde abgelehnt.
- 29) Die juristische Diskussion um den Rang dieses Grundrechtes ist umstritten (Art. 4 Abs. 3 GG). Mehrere Juristen halten es für ein unveräußerliches Grundrecht, das weder durch einfaches Gesetz noch durch Verfassungsänderung aufgehoben

Anmerkungen I - Vorgeschichte

werden kann: So z.B. Ulrich Daum, Grundsatzurteile zur Kriegsdienstverweigerung, München 1972, S. 7.

- 30) Gegen das GG stimmten aus unterschiedlichen Gründen: Max Reimann, Heinz Renner (KPD), Helene Wessel, Johannes Brockmann (Zentrum), Wilhelm Heile, Hans-Christoph Seebohm (DP), Ferdinand Kleindienst, Gerhard Kroll, Wilhelm Laforet, Anton Pfeiffer, Josef Schwalber, Kaspar Seibold (CSU).
- 31) Außerdem erhielten: Bayernpartei 4,2 %, Deutsche Partei 4,0 %, Zentrum 3,1 %, Wirtschaftliche Wiederaufbauvereinigung 2,9 %, Unabhängige 3,8 %, Sonstige 4,2 %. Angabe nach: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 437.
- 32) Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 1 1945 - 1953, Stuttgart 1965, S. 223 ff.

Anmerkungen II - Einleitung

II. DIE PROTESTAKTIONEN GEGEN DIE WIEDERAUFÜSTUNG

VON 1948 - 1955

Einleitung

- 1) Karl Liebknecht schreibt dazu: "Der Militarismus ist nichts spezifisch Kapitalistisches. Er ist vielmehr allen Klassengesellschaftsordnungen, von denen die kapitalistische die letzte ist, eigen und wesentlich. Freilich entwickelt der Kapitalismus ebenso wie jede andere Klassengesellschaftsordnung seine besondere Sorte Militarismus; denn der Militarismus ist seinem Wesen nach Mittel zum Zweck oder zu mehreren Zwecken, die je nach der Art der Gesellschaftsordnung verschieden und je nach ihrer Verschiedenheit auf verschieden gearteten Wegen zu erreichen sind." (K. Liebknecht, a.a.O., S. 266; zu den Aufgaben der Armee heißt es an anderer Stelle:
"Die Armee der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erfüllt ebenso wie die Armee der anderen Klassengesellschaftsordnungen einen doppelten Zweck."
1. "Sie ist zuvörderst eine nationale Einrichtung, bestimmt zum Angriff nach außen oder zum Schutz gegen die Gefährdung von außen ... also gegen den äußeren Feind" (z.B. Marinismus, Kolonialmilitarismus); (S. 267 ff., a.a.O.)
2. "Aufgabe des Schutzes der herrschenden Gesellschaftsordnung, einer Stütze des Kapitalismus und aller Reaktion gegenüber dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse" ... (S. 277, a.a.O.)
"auch gegen den inneren nationalen, selbst religiösen "Feind", auch gegen nichtproletarische Klassen." (S. 278, a.a.O.)
Zu den Zusammenhängen und Ursachen, die in einem kapitalistischen System die Aufstellung einer Armee erforderlich machen, siehe auch: Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozio-ökonomische Analyse des Militarismus, Reinbek 1973.

Anmerkungen II - Einleitung

- 2) Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945 - 1953, Stuttgart 1965, S. 345; vgl. seine Äußerungen auf den Seiten 382; 385; 535.
- 3) "Rheinische Post", Düsseldorf, 30.12.1946, z.n.: "Gesamtdeutsche Rundschau", Essen, 6.1.1956, in: Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik", a.a.O., S. 74.
- 4) Beide Zitate aus: Der Kampf um den Wehrbeitrag III, München 1957, S. 195.

Anmerkungen II - Das Jahr 1948

- 1) R. Hagen, a.a.O., S. 329/330. Eugen Kogon, geb. 2.2.1903, Publizist, wurde von 1936 - 1945 im Konzentrationslager Buchenwald gefangen gehalten; aktiv im Widerstand innerhalb des Lagers tätig. Nach Kriegsende Mitbegründer der CDU. Seit 1946 zusammen mit Walter Dirks Herausgeber der "Frankfurter Hefte", dem Publikationsorgan des "Frankfurter Kreises" Von 1949 - 1953 Präsident der deutschen Europa-Union.
- 2) Frankfurter Hefte, Nr. 1, 1949, S. 24/25, Anmerkung; Diese Diskussion fand nicht vor dem Kongreß, sondern vor der Politischen Kommission statt; Kogon sagte dort, es gebe in diesem Zusammenhang gewisse Tatsachen, die bei entsprechender Entwicklung eine außerordentliche Bedeutung annehmen könnten.
- 3) Es ging dabei auch um einen Artikel des "Rheinischen Merkur", Köln, vom 6.11.1948, in dem Herausgeber F.A. Kramer gefordert hatte, nach Gründung eines Weststaates eine eigene deutsche Armee aufzustellen; Kogon stellte in Frankfurt richtig, daß seine Andeutungen in Rom damit in keinem Zusammenhang standen; das aber konnte der Leser bei der Lektüre eines Artikels derselben Zeitung vom 20.11.1948 durchaus annehmen.
- 4) "Welt am Sonntag", Hamburg, 28.11.1948, z.n.: Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung ..., a.a.O., S. 82.
- 5) Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 - 1955, München 1967, S. 244 - 246; "General-Anzeiger für Bonn und Umgegend", 26./27.1.1952, z.n.: Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung, a.a.O., S. 77.

Anmerkungen II - Das Jahr 1949

1. Politische Entscheidungen

- 1) Ausführlich zu den Interessengegensätzen zwischen den USA, GB und Frankreich über die zukünftige Rolle der BRD: Siegfried Thomas, Der Weg in die NATO, a.a.O., S. 108 ff.
- 2) Zur Demontagepolitik der Besatzungsmächte in Westdeutschland näheres bei: Ch. Kleßmann, a.a.O., S.99 ff.
- 3) Das Petersberger Abkommen ist abgedruckt in: Die auswärtige Politik der BRD, hrsgg. vom Auswärtigen Amt, Köln, S. 158 ff., 1972.
- 4) Bundeswehr; Chronik-Fakten-Dokumente, a.a.O., S. 139; KA, 28.2.1950, S. 2275.

2. Die Protestaktionen

- 1) z.n.: U. Albrecht, a.a.O., S. 88.
- 2) Diese Studie ist abgedruckt auf der Rückseite des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" vom 15.9.1949, Hannover.
- 3) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Kap. XII, S. 331.
- 4) Heinz Kraschutski, Staatsgefährdung? Ein dokumentarischer Prozeßbericht, Hannover 1961, S. 109 (s.S. 273/274).

Anmerkungen II - Das Jahr 1949

- 5) ausführlich zur Gründung der ADF: Guido Grünewald, a.a.O., S. 41/42; Gründerverbände der ADF waren: Friedensbund Deutscher Katholiken (FDK), Kampfgemeinschaft für totale Demokratie, Bund kriegsgegnender Pfarrer, Deutsche Liga für Menschenrechte (DLM), IDK, DFG, Weltorganisation der Mütter aller Nationen (WOMAN), Liebesweltbund, Weltbürgertum, Weltstaatsliga, Internationaler Versöhnungsbund: G. Grünewald, a.a.O., S. 367, Fn. 165; H.L. Brill, geb. am 4.2.1895; vertrat von 1919 - 1933 erst die USPD, ab 1922 die SPD im Thüringischen Landtag; von 1932 im Reichstag. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung arbeitete er in der Widerstandsgruppe "Neu Beginnen" und "Deutsche Volksfront" gegen die Hitler-Diktatur; 1938 verhaftet und zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt; 1943 in das KZ Buchenwald verschleppt, wo er im Widerstand aktiv war und Mitglied im vierköpfigen Volksfrontkomitee; im Juli 1945 führte Brill die erste thüringische Staatsregierung, von Juli 1946 - 1949 arbeitete er als Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei; 1949 - 1953 Bundestagsabgeordneter der SPD; Angaben nach: G. Grünewald, a.a.O., S. 367/68, Fn. 166.
- 6) "Frankfurter Rundschau", Frankfurt/M., 5.12.1949; vgl. Norbert Tönnies, Der Weg zu den Waffen, Köln 1957, S. 49.
- 7) "Stuttgarter Zeitung", Stuttgart, 6.12.1949.
- 8) z.B. in der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung", Essen, 9.12.1949; Heuß sagte darin, er sei "absolut gegen eine deutsche Wehrmacht, auch wenn die Alliierten sie vorschlagen sollten;" z.n.: Dokumentation zur Geschichte ..., a.a.O., S. 75.
- 9) Max Reimann, Entscheidungen 1945 - 1956, Frankfurt/M. 1974, S. 171 ff.; KPD 1945 - 1965, Abriß - Dokumente - Zeittafel, Berlin (DDR) 1966, S. 54.
- 10) Deutscher Bundestag, stenographische Berichte, S. 735; S. 740, z.n.: Dokumentation zur Geschichte ..., a.a.O., S. 91; Tonbandkassette mit den Reden der genannten Parteivertreter vom 16.12.1949, im eigenen Besitz.

Anmerkungen II - Das Jahr 1949/1950

- 11) Zur Geschichte der Zentrums-Partei nach 1945: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, mit Beiträgen von Max Gustav Lange, Gerhard Schulz, Klaus Schütz, Arnold Bauer, Rudolf Holzgräber, Martin Virchow, Düsseldorf 1955, S. 38 ff., Walter Schlangen (Hrsg.), Die deutschen Parteien im Überblick; Von den Anfängen bis heute, Königstein/Taunus, 1979, S. 171 - 174.

Das Jahr 1950

1. Politische Entscheidungen

- 1) KA, 3.4.1950, S. 2319; die BRD war im Europarat ab dem 7.8.1950 vertreten.
- 2) S. Thomas schreibt dazu: "Die mit dem Schumanplan vorgeschlagene Schaffung eines großen gemeinsamen Marktes, zunächst im Bereich der Montanindustrie, berührte erstens unmittelbar eines der wirtschaftlichen Hauptziele des amerikanischen Hilfsprogramms für Europa. Zweitens wies der Schumanplan einen Weg zur relativ reibungslosen Eingliederung der BRD in die westeuropäischen Zusammenschlüsse. Drittens schien sich damit eine Lösung des westdeutsch-französischen Gegensatzes, des schwierigsten Hindernisses für die europäische Integration in der Anfangsphase, anzubahnen. Schließlich hoffte die USA-Regierung, mit der beginnenden wirtschaftlichen Verschmelzung auch die politisch-militärische Vereinigung, die Schaffung einer westeuropäischen Föderation, voranzutreiben. Diese Gründe bewogen die USA, das Zustandekommen der Montanunion allseitig zu fördern."

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

Die Verhandlungen über die Realisierung der Montanunion begannen am 20. Juni 1950 in Paris zwischen Belgien, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und der BRD. Großbritannien nahm nicht daran teil; es stimmte dem Schuman-Plan zwar zu, wollte aber seine wichtigen Industriezweige nicht der Kontrolle einer übernationalen Behörde unterstellen; S. Thomas, a.a.O., S. 125 ff.

- 3) "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), Frankfurt/M., 26.6., 29.6.1950; "Rheinischer Merkur", Köln 29.7.1950; diese Kommentare sind abgedruckt in: "Es geht ums Leben" ..., a.a.O., S. 29/30.
- 4) A. Baring, a.a.O., S. 81.
- 5) Auf die Hintergründe des Korea-Krieges kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Es ist keineswegs erwiesen, daß Nordkorea den Süden angegriffen hat. Z.B. schrieb Paul Sethe in der "FAZ" vom 1.9.1953 unter der Überschrift: "Es war alles ganz anders": "... Im besten Falle wird man sagen können, daß zwei Offensiven aufeinandergestoßen seien, wie die Historiker dies auszudrücken pflegen... Wir sind gegenwärtig noch dabei zu prüfen, ob nicht Syngman Rhee (der südkoreanische Regierungschef - E.D.) bereits im Frühjahr 1950 seine Angriffsabsichten auch in aller Öffentlichkeit mitgeteilt hat... Als was erscheint dann aber das militärische Eingreifen Nordkoreas? Als ein Präventivkrieg, herausgefordert durch die Angriffsabsichten des Südens." Vgl. auch zu den Hintergründen des Korea-Krieges: Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 148/149.
- 6) Bundeswehr; Chronik ..., a.a.O., S. 139.
- 7) Die Straßburger Konsultativversammlung vor den Grundfragen der Europäischen Einigung. Politische Ergebnisse des ersten Abschnitts der zweiten Sitzungsperiode vom 7. bis 28. August 1950. Der Europarat und die Verteidigung des Westens: EA, 20.9.1950, S. 3347 ff.

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

- 8) A. Baring, a.a.O., S. 82 - 84.
- 9) EA, 20.11.1950, S. 3515.
- 10) "Stuttgarter Nachrichten", Stuttgart, 22.8.1950, z.n.:Dokumentation zur Geschichte ..., a.a.O., S. 93/94; nach dem Bericht lagen Adenauers Vorstellungen über die Mindeststärke der deutschen Armee bei 60.000 Mann, mit modernsten Waffen ausgerüstet und zu 5 Divisionen zusammengefaßt. Der Kanzler dachte an die Bildung von drei Panzerdivisionen, einer Flak-Division und einer sog. Sturm-Division; Vermutungen über die Remilitarisierungsabsichten Adenauers äußerte die "Süddeutsche Zeitung", München, vom 23.8.1950.
- 11) Näheres über die Vorgeschichte zu der Abfassung der Sicherheitsmemoranden bei: G. Wettig, a.a.O., S. 334/335; Max Reimann, Entscheidungen 1945 - 1956, Frankfurt/M. 1974, S. 176; Engelmann, I., a.a.O., S. 294/295; mitausschlaggebend für Heinemanns Rücktritt war auch die Tatsache, daß es der Bundeskanzler nicht für nötig gehalten hatte, ihn zur Beurteilung über die Situation der westdeutschen Polizei zu fragen; Heinemann fühlte sich als der für diesen Bereich zuständige Innenminister übergangen: D. Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, a.a.O., S. 168 ff.
- 12) Der Text der Memoranden ist in Auszügen veröffentlicht in: Deutscher Bundestag, stenographische Berichte, 8.2.1952, S. 8158 ff.; EA 1950, S. 3581; "Neue Zeitung", München, 27.11.1950.
- 13) KA, 19.9.1950, S. 2587/2588. In einem Kommuniqué zur Politik gegenüber Deutschland betonten die Außenminister, daß die Regierung der Bundesrepublik für sie die einzige deutsche Regierung sei, die frei und legitim konstituiert und daher berechtigt sei, für Deutschland als Vertreterin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen. (KA, S. 2588)
- 14) KA, 26.9.1950, S. 2600/2601.
- 15) "Nürnberger Nachrichten", Nürnberg, 23.10.1950.

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

- 16) Die Rede Plevens ist abgedruckt in: EA 1950, S. 3518 ff.
- 17) Deutscher Bundestag, sten. Ber., 8.11.1950, S. 3565 ff.
- 18) näheres zur Person Schwerin bei: A. Baring, a.a.O., S. 23 ff.; Bernt Engelmann, Wir sind wieder wer. Auf dem Weg ins Wirtschaftswunderland, München 1981, S. 30 ff. (Engelmann II); nach einem Bericht der amerikanischen Zeitschrift "Newsweek", New York, 2.10.1950, war Graf von Schwerin im April 1950 als Privatmann nach London gereist, um dort mit Militärs über die westdeutsche Remilitarisierung zu sprechen.
- 19) Vollständiger Text der "Himmeroder Denkschrift" in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Nr. 21, Heft 1, 1977, hrsgn. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Boppard, S. 168 - 190; Angabe nach: Mathias Jopp, a.a.O., S. 25 ff., vgl. auch G. Wettig, a.a.O., S. 362/363; Max Reimann, a.a.O., S. 205; Folgende Militärs nahmen an der Tagung in Himmerod teil: neben Heusinger, Speidel, von Viettinghoff-Scheel die Generäle Hermann Foertsch, Rolf Pauls; vom Heer: Hans Röttiger, Fridolin von Senger und Etterlin, Oberst Graf Nostitz; von der Luftwaffe: Generäle der Flieger Robert Knauss, Rudolf Meister, Major im Generalstab Horst Krüger; von der Kriegsmarine: Admiral Walter Gladisch, Vizeadmiral Friedrich Ruge, Kapitän zur See Alfred Schulze-Hinrichs (Angaben nach A. Baring, a.a.O., S. 360/361, Fn 18).
- 20) A. Baring, a.a.O., S. 25; zur ersten Aufbaustufe der späteren Bundeswehr: Bundeswehr; Chronik ..., a.a.O., S. 179 - 229.
- 21) Bericht von "Le Monde", Paris, 27.10.1950, in: ddz 1950, Heft 10, S. 409; danach erzählte Graf von Schwerin den Journalisten, die Alliierten wollten ca. 10 westdeutsche Divisionen fordern (= 200.000 Soldaten); Westdeutschland könnte im Ernstfall 3,5 Millionen Mann mobilisieren; die deutschen Divisionen sollten vor allem als motorisierte Panzerarmee aufgebaut werden, die die "offensive Verteidigung" ermöglichten. Weiter sagte von Schwerin, er und seine Mitarbeiter seien der Ansicht, man brauche nicht abzuwarten, bis sich die USA und Großbritannien mit Frankreich über die Bedingungen der deut-

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

schen Beteiligung an der Verteidigung Europas einig sind, oder bis der Bundestag die notwendigen Gesetze beschlossen hat. Man müsse sofort mit der Rekrutierung der Kader und mit der Aufstellung der Kommandostäbe beginnen, was nicht weiter schwer sei, weil viele frühere deutsche Offiziere ohne Arbeit wären oder nur eine Zufallsbeschäftigung hätten.

- 22) Zu den Hintergründen der Entlassung von Schwerins: A. Baring, a.a.O., S. 26 - 28; Offizielle Aufgabe des "Amtes Blank" waren: Führung der Verteidigungsgespräche, Unterbringung der alliierten Truppen, Kasernenräumung, Koordinierung der Bauaufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung, Verbindung mit der AHK, Überwachung des deutschen Transport- und Nachrichtenwesens.
- 23) S. Thomas, a.a.O., S. 178/179; KA, 7.12.1950, S. 2704/2705. Dieser Plan wurde nach dem amerikanischen Chefdelegierten Charles Spofford benannt, der den Vorsitz der Gespräche leitete.
- 24) KA, 19.12.1950, S. 2723.

2. Die Protestaktionen

a) Überblick und Verlauf der Proteste

- 1) "New York Times", New York, 14.1.1950; "Weserkurier", Bremen, 22.2.1950, in: ddz 1950, Heft 5, S. 193/194; "Stuttgarter Nachrichten", Stuttgart, 1.3.1950; "Frankfurter Rundschau", Frankfurt/M., 23.8.1950. Als Leiter der "Bruderschaft" wurde in den Presseberichten der frühere Generalleutnant und ehemalige Kommandeur der "Großdeutschland-"Division", Kurt Hasso von Manteuffel, genannt. Die "Bruderschaft" besaß Zweigstellen in München, Hamburg, Düsseldorf und Hannover; ihre Tätigkeit wurde von den alliierten Geheimdiensten seit Wochen überwacht. In der "Bruderschaft" trafen sich ehemalige deutsche Generäle und Generalstäbler der Wehrmacht mit früheren nationalsozialistischen Gauleitern und hohen Polizeifunktionären; sie bildeten nach dem Bericht des "Weser-Kurier" eine geheime Zentrale, den "Inneren Ring", und betrachteten sich als Generalstab der zukünftigen deutschen Armee.

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

- 2) Inserat in der "Badischen Zeitung", Freiburg, 8.1.1950, abgedruckt in: ddz 1950, Heft 3, S. 89; "Neues Deutschland", Berlin (DDR), 16.3.1950.
- 3) "Neues Deutschland", Berlin (DDR), 18.6.1950; vgl.: "FAZ", Frankfurt/M. 20.6.1950; "Nürnberger Nachrichten" 1.7.1950; Wie das französische Hochkommissariat in einer Stellungnahme erklärte, waren diese Maßnahmen eine interalliierte Initiative. Die Behauptung, daß eine Rhein-Stauung beabsichtigt wäre, sei "völlig unsinnig und aus der Luft gegriffen"; z.n.: KA, 22.6.1950, S. 2449. Der Widerspruch, daß die westlichen Militärs eine Bedrohung durch die Sowjetunion insgesamt für unwahrscheinlich hielten, aber den Bau der Sprengkammern als Präventivmaßnahme vor einer militärischen Intervention der Sowjetunion anordneten, ist nach meiner Meinung folgendermaßen zu erklären: Die Remilitarisierung der BRD war anfangs konventionell angelegt. Westliche Militärs gingen aber von einer konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion aus, d.h. von einem im Vergleich zur Sowjetunion vorherrschenden Mangel an umfangreichen Landtruppen und Panzerverbänden bei den Westalliierten. Nach diesen Überlegungen erschien ein sowjetischer Angriff konventionell ausgerüsteter Truppen (d.h. ohne den Einsatz von Atomwaffen) möglich; dazu Mathias Jopp, a.a.O., S. 17 - 20; vgl. F. Thelen, a.a.O., S. 106/107.
- 4) Der Aufruf ist abgedruckt in: ddz 1950, Heft 6, S. 236.
- 5) "Nürnberger Nachrichten", Nürnberg, 26.6.1950.
- 6) "Süddeutsche Zeitung", München, 26.9.1950.
- 7) Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, Frankfurt/M. 1971, S. 69; die FDJ-Mitglieder Karpenstein, Mirth, Rother und Stehler z.B. wurden von dem amerikanischen Distriktgericht Kassel zu Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und zwei Jahren verurteilt; zusätzlich bekamen sie jeweils eine dreimonatige Gefängnisstrafe "wegen feindseliger Handlungen gegenüber den alliierten Streitkräften", die sie im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg/Lech absitzen mußten.

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

Die Verurteilten hatten in der Nacht vom 2. zum 3. September 1951 die von amerikanischen Ingenieuren angebrachten Sprengkammern an der Eisenbahnbrücke über die Fulda zwischen Waldau und Niederzwehren mit Schutt ausgefüllt und mit Zement zugemauert. Angaben nach: "Hessische Nachrichten", Kassel, 24.11.1951.

- 8) Martin Niemöller, geb. am 14.1.1892 in Lippstadt; 1910-19 Seeoffizier; im 1. Weltkrieg U-Boot-Kommandant; Studium der Theologie, von 1924-30 Geschäftsführer der Inneren Mission in Westfalen; 1931 ev. Pfarrer in Berlin-Dahlem; während des "Dritten Reiches" spielte er als Mitglied der Bekennenden Kirche im sog. Kirchenkampf eine entscheidende Rolle; gründete 1933 den Pfarrere-Notbund; Als unerschrockener Kritiker der nationalsozialistischen Kirchenpolitik wurde er 1937 von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) verhaftet, 1938 kurz freigelassen, erneut verhaftet und verbrachte die Zeit bis zum Zusammenbruch des "Dritten Reiches" in Konzentrationslagern. Martin Niemöller war einer der bekanntesten Kritiker der Wiederaufrüstung innerhalb der EKD (siehe Teil III).
- 9) Karl A. Otto, Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik; Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze, in: Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution, a.a.O., S. 71; vgl. zur "Ohne-mich"-Bewegung: Reinhard Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit in der BRD. Probleme der Analyse, Kritik und Kontrolle militärischer Macht, München/Wien 1978, Motive der Haltung der Bevölkerung, S. 93 - 96.
- 10) Oskar Neumann, Als der Jahrgang 22 "ohne uns" sagte, in: Fritz Noll/Rutger Booß (Hrsg.), Geschichte in Geschichten, a.a.O., S. 60.
- 11) A. Baring, a.a.O., S. 220.
- 12) "Rhein-Neckar-Zeitung", Heidelberg, 17.8.1950.
- 13) "Volkswille", Hamburg, 3.9.1950, z.n.: ddz 1950, Heft 9, S. 348.
- 14) "Weserkurier", Bremen, 1.9.1950.

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

- 15) "Frankfurter Rundschau", Frankfurt/M., 12.12.1950; vgl. auch "Nürnberger Nachrichten", Nürnberg, 9.9.1950, wo ähnliche Leserbriefe zu finden sind.
- 16) z.n.: Kirchliches Jahrbuch 1950, hrsgn. von Joachim Beckmann, S. 178 - 186; dort ist der vollständige Wortlaut der Rücktritts-begründung von Heinemann unter dem Thema "Deutsche Sicherheit" abgedruckt.
- Gustav Heinemann, geb. am 23.7.1899 in Schwelm/Westfalen; nach dem Studium für Volks-, Rechtswissenschaft und Geschichte arbeitete er als Rechtsanwalt in Essen und bei den Rheinischen Stahlwerken; 1936 zum Bergwerksdirektor und Vorstandsmitglied ernannt. 1933 schloß sich Heinemann der Bekennenden Kirche an und gab in der Zeit des "Dritten Reiches" u.a. Rechtshilfe für von den Nationalsozialisten verfolgte Christen, z.B. für Martin Niemöller. Nach Kriegsende gehörte Heinemann zu den Mitbegründern der CDU im Rheinland. 1946 wurde er zum Oberbürgermeister in Essen gewählt; arbeitete ein Jahr als Justizminister für Nordrhein-Westfalen. Außerdem war Heinemann Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD); 1949 wurde er auf der ersten EKD-Synode in Bethel zum Präses gewählt, dem höchsten Laienamt in der EKD. Ausführlich mit Heinemanns Werdegang beschäftigt sich Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 46 - 96; vgl. Rainer Dohse, Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974, S. 142 ff. Alle Angaben zur Person G. Heinemanns sind den Arbeiten von D. Koch und R. Dohse entnommen.
- 17) Beide Briefe sind abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1950, S. 174-176.
- 18) EA 1950, S. 3516 ff.
- 19) "Aachener Nachrichten", Aachen, 14.10.1950.
- 20) Deutschland-Union-Dienst der CDU vom 20.10.1950, Sonderausgabe, 1. Parteitag Goslar, Ausgabe B, z.n.: Dokumentation zur Geschichte ..., a.a.O., S. 113.

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

- 21) Der Brief Grotewohls ist abgedruckt in: KA, 3.12.1950, S. 2699; Pressestimmen z.B. in: Süddeutsche Zeitung, 7.12.1950, Stuttgarter Zeitung, 12.12.1950; der Ministerpräsident der DDR knüpfte mit seinem Vorschlag an die Erklärung der Prager Außenministerkonferenz der osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion an (S. 65/66); Bundeskanzler Adenauer reagierte erst am 15.1.1951 mit einer Erklärung, in der er Grotewohls Vorschlag als Propaganda-Kampagne der SBZ und ihrer Auftraggeber aus Moskau ablehnte; KA, 15.1.1951, S. 2773;
- nach der Konferenz der drei Außenminister der Westmächte in Washington (S.92/93) wiederholte Grotewohl den Vorschlag in einer Regierungserklärung vom 15.9.1951: KA, 22.9.1951, S. 3122/3123. Im Bundestag fand am 27.9.1951 eine Debatte darüber statt. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte einem von Adenauer vorgeschlagenen 14-Punkte-Entwurf über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu: Dtr. Bundestag, sten. Berichte, 27.9.1951, S. 6700/6701; die Volkskammer der DDR bezeichnete am 10.10.1951 die Mehrzahl der 14 Punkte als annehmbar: KA, 11.10.1951, S. 3152. Im Dezember kam die deutsche Frage auf Antrag der US-Delegation vor der UN-Vollversammlung zur Sprache, doch konnte keine Einigung erzielt werden. Die UN-Vollversammlung beschloß, einen internationalen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Voraussetzungen für die Abhaltung der freien gesamtdeutschen Wahlen in Deutschland feststellen sollte. Die bundesdeutsche Delegation begrüßte den Vorschlag, die DDR-Delegation verweigerte ihre Zustimmung mit der Begründung, nur die Vier Mächte könnten über die deutsche Frage entscheiden, aber nicht die UNO: KA, 8.12.1951, S. 3234; Abgeschlossen wurde die Diskussion über den Ablauf gesamtdeutscher freier Wahlen mit der Vorlage zu zwei Gesetzen: das eine am 9.1.1952 von der Volkskammer, das andere am 6.2.1952 vom Bundestag bekanntgegeben. Sie unterschieden sich in vielen Punkten nicht wesentlich voneinander: vgl. KA, 4.1.1952, S. 3281; 6.2.1952, S. 3332. Die gegensätzlichen Auffassungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Während die Bundesregierung als ersten Schritt zur Wiedervereinigung freie gesamtdeutsche Wahlen nach den von

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

ihr vorgeschlagenen 14 Punkten durchführen wollte - ohne vorausgehende gesamtdeutsche Gespräche - verlangte die DDR-Regierung als Voraussetzung dafür als ersten Schritt entsprechende Verhandlungen zwischen Bonn und Berlin; gegen gesamtdeutsche Wahlen hatte sie im Prinzip nichts einzuwenden.

Diether Koch schreibt zum Scheitern der gesamtdeutschen Initiative: "So endete Anfang 1952 der diplomatische Kleinkrieg zwischen Ost und West in einer Groteske: von beiden Seiten wurde nicht nur von Wiedervereinigung und freien und geheimen Wahlen gesprochen, sondern beide Seiten hatten auch schon Wahlordnungen verfaßt, die so sehr verschieden voneinander gar nicht waren - aber von einem Gespräch über die Umstände, unter denen gesamtdeutsche Wahlen stattfinden könnten, war man in Bonn und Ostberlin so weit entfernt wie je.": Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, a.a.O., S. 256.

- 22) "Der Spiegel", Hannover, 27.12.1950; weitere 16 Umfragen von Zeitungen, Meinungsforschungsinstituten und der Erziehungsabteilung des amerikanischen Landeskommissariats für Bayern sind abgedruckt in: ddz 1951, Heft 14, S. 568; z.B. erhielt die illustrierte Wochenschrift "7 Tage", Konstanz, auf ihre im September 1950 gestellten Fragen "Wünschen Sie eine Wiederaufrüstung Deutschlands?" und "Sind Sie selbst bereit, wieder Militärdienst zu tun?" 16.000 Antworten. Davon verneinten die erste Frage 73 Prozent, die zweite 85 Prozent; Umfragen unter Studenten in deutschen Universitäten sind abgedruckt in: Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik e.V. Mainz, Band 4, hrsgn. in Zusammenarbeit mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt/M., München 1954, S. 116 - 118; weitere Umfragen in: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947 - 1955, hrsgn. von Elisabeth Noelle und E. Peter Neumann, Allensbach 1956; zum Bereich "Krieg und Frieden" S. 348 - 379; Jugend zwischen 15 und 24, eine Untersuchung zur Situation der deutschen Jugend im Bundesgebiet, durchgeführt vom EMNID-Institut für Meinungsforschung Bielefeld,

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

1955, S. 91 - 93; 263 - 269; eine Zusammenfassung solcher Umfragen ist auch zu finden bei: Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1970, S. 46, Fn. 176 - 178;

Bei einer Auswertung dieser Umfrageergebnisse ist besonders auf die Methode der Durchführung, den Informationsstand und das soziale Umfeld der befragten Personen, den Zeitpunkt und auf die Art der Fragestellung zu achten. So wurde die Frage "Sind Sie bereit, Soldat zu werden?" - d.h. die persönliche Bereitschaft zum Kriegsdienst - von der Mehrheit der befragten Personen verneint. Dagegen stimmten der Frage, ob ein westdeutscher Verteidigungsbeitrag im Rahmen einer europäischen Armee möglich sei, die Mehrheit der befragten Personen zu und bejahten damit die EVG-Politik Adenauers. Dies steht nur scheinbar im Widerspruch zueinander, weil eine ganze Reihe von Faktoren das Meinungsbild des einzelnen Menschen prägen. Vgl. auch: Reinhard Mutz, a.a.O., S. 99 ff.; Karl A. Otto, a.a.O., S. 60 - 70.

b) Weitere Beispiele von Protestaktionen

- 23) Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, a.a.O., S. 112 ff.
- 24) "National-Zeitung", Berlin, 22.1.1950; eine allgemeine öffentliche Stellungnahme des Verbandes der deutschen Studentenschaften (der Vertretung der von den Studenten der einzelnen Universitäten gewählten Allgemeinen Studentenausschüsse) gegen die Remilitarisierung ist nicht bekannt geworden: Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, a.a.O., S. 116.
- 25) Resolution vom 6.8.1950, abgedruckt in: Ernst Zander, die Kampagne gegen die Wiederbewaffnung in Deutschland, London 1952, Verlag Contemporary Press, S. 216.
- 26) Die FDJ entstand aus der antifaschistischen Jugendbewegung. Erste Gruppen hatten sich 1938 in der Tschechoslowakei, später in Großbritannien organisiert. Nach Kriegsende bildeten sich

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

in den vier Besatzungszonen antifaschistische Jugendausschüsse, aus denen die FDJ hervorging. Der 7. März 1946 gilt als Gründungsdatum. Angaben nach: Philipp Müller. Der Polizeimord in Essen; dokumentiert und aufgezeichnet von Wolfgang Bartels, hrsgn. vom Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), Dortmund 1977, S. 157 ; die FDJ gab das Zentralorgan "Das junge Deutschland" heraus, daneben Broschüren wie z.B. die Zeitschrift "Lernen und Kämpfen" und eine Vielzahl von Flugblättern.

- 27) Hochverrat und Staatsgefährdung. Urteile des Bundesgerichtshofes, hrsgn. von Wolfgang Wagner, Band 1, Karlsruhe 1957, S. 110; die FDJ wurde durch einen Beschluß der Bundesregierung vom 26.6.1951 als "verfassungsfeindliche", d.h. verbotene Organisation behandelt und am 16.7.1954 durch das Bundesverwaltungsgericht endgültig verboten: Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1968, Frankfurt/M. 1978, S. 110/111; siehe auch das Kapitel "Politische Repression ...", S. 269.
- 28) Hochverrat und Staatsgefährdung, Band 1, a.a.O., S. 118/119.
- 29) ddz 1950, Heft 6, S. 239; die Zitate sind Schlagzeilen aus der Berliner Zeitung "Telegraf" und dem "Münchner Merkur" entnommen, die ebenda abgedruckt sind; Philipp Müller, a.a.O., S. 15;
Das Organisationskomitee der FDJ rief die Jugendlichen ausdrücklich dazu auf, keine Provokationen und unüberlegten Handlungen zu begehen, Disziplin zu bewahren und keinesfalls die Grenzen zu den Westsektoren in Berlin zu überschreiten: KA, 26.5.1950, S. 2403.
- 30) "FAZ", Frankfurt/M., 31.5.1950.
- 31) "Der Spiegel", Hannover, 8. Juni 1950; "Weser-Kurier", Bremen, 1.6.1950; Heft 23, S. 13. der Dichter Bertolt Brecht schrieb über diese Vorfälle den "Herrenburger Bericht": eine Chorkantate für Schüler, bestehend aus 11 Stücken. Sie wurde 1951 anlässlich der "III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

für den Frieden" in Berlin aufgeführt (Angabe nach: Bertolt Brecht, Arbeitsjournal, Anmerkungen von Werner Hecht, Frankfurt/M. 1973, S. 189).

- 32) KA, 10.10.1950, S. 2608; "Neues Deutschland", Berlin (DDR), 10.10.1950.
- 33) "Neues Deutschland", Berlin (DDR), 10.10.1950, z.n.: Karl Dickel, Zur Tätigkeit des Hauptausschusses für Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951, Phil. Diss., Berlin (DDR) 1967, S. 34.
- 34) ddz 1950, Heft 5, S. 183; in dem Aufruf heißt es: "Wir fordern ein Verbot der Atomwaffe als einer Waffe der Aggression und der Massenvernichtung von Menschen sowie die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle über die Durchführung dieses Beschlusses. Wir werden die Regierung, die als erste die Atomwaffe gegen irgend ein Land anwenden wird, als Kriegsverbrecher behandeln. Wir appellieren an alle, die in der ganzen Welt guten Willens sind, diesen Aufruf zu unterschreiben. Wir wenden uns an alle sozialen und religiösen Gruppen sowie an die Kulturschaffenden, an alle ehrlichen Menschen, die - wie immer auch ihre Meinung sein möge - über die Ursachen der jetzt entstandenen gespannten internationalen Lage- beunruhigt sind und ernsthaft die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen unter den Völkern anstreben.
- Als Grundlage für die Herbeiführung einer Übereinkunft schlagen wir vor, die Atomwaffe zu verbieten und die Regierung, die als erste die Atomwaffe anwenden wird, zu verurteilen."
- 35) Die Erklärung von Thomas Mann ist abgedruckt in: ddz 1950, Heft 11/12, S. 459/460.
- 36) näheres zum ersten "Deutschen Friedenskongreß" in: ebenda, S. 451; der Delegation für Warschau gehörten von den bundesdeutschen Teilnehmern u.a.: der Kapitänleutnant a.D. Helmuth von Mücke und der Vorsitzende des Komitees junger Friedenskämpfer in Westdeutschland, Walter Diehl; von den DDR-Teilnehmern der Dichter Johannes R. Becher und die Schriftstellerin Anna Seghers.

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

37) Hochverrat und Staatsgefährdung, Band 1, a.a.O., S. 20; die Einladungen für die Konferenz in Stuttgart waren von der Stadträtin Frau Edith Hoereth-Menge (SPD) aus München unterzeichnet worden, die Mitglied des Weltfriedensrates war.

38) ausführlich zur Stuttgarter Konferenz: Karl Dickel, a.a.O., S. 46 ff.; die von Dickel vorgenommene Auswertung der 157 Unterschriften der Unterzeichner des in Stuttgart vorliegenden Aufrufes "Rettet den Frieden", die dem gewählten Ausschuß angehörten, erbrachte folgendes Ergebnis, wobei er die Namen ohne Berufsangabe den Arbeitern und Angestellten zurechnete:

Arbeiter	25	Künstler und	
Angestellte	4	Schriftsteller	13
Bauern	1	Journalisten	8
Handwerker	8	Studenten	8
Wissenschaftler	8	Pfarrer	6
Ingenieure und		Beamte	9
Techniker	6	Geschäftsleute	9
Lehrer	11	Hausfrauen	18
Mediziner	10	ehemalige Soldaten	5
Juristen	8		

Angabe nach: Karl Dickel, a.a.O., S. 49, Fn. 8.

39) "Die Wahrheit", Hannover, 6.2.1950.

40) Ein Aufruf dieser Konferenz ist abgedruckt in: ddz 1950, Heft 7/8, S. 292/293.

41) Weißbuch über das Wiedererstehen des Deutschen Imperialismus, überreicht vom Nationalrat der Nationalen Front, August 1951, Leipzig, S. 193.

42) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Kapitel XIII, S. 92; ein Aufruf eines Ausschusses für Aktionseinheit, unterzeichnet von dem Sozialdemokraten August Deppe und der Kommunistin Käthe Schaumlöffel, ist abgedruckt in: "Freies Volk", Düsseldorf, Zentralorgan der KPD, 29.12.1950.

43) Zum "Korea-boom" schreibt S. Thomas: "Die Zuwachsrate der industriellen Produktion betrug für 1950 in der Bundesrepublik 25 %, wobei der größte Anstieg im zweiten Halbjahr zu verzeichnen war.

Anmerkungen II - Das Jahr 1950

Die Exportquote stieg gegenüber 1949 um das Doppelte und 1951 im Vergleich zu 1950 nochmals um 73 %. Verantwortlich für den Boom in der Bundesrepublik waren die verstärkte Nachfrage nach Rohstoffen, industriellen Ausrüstungen, Maschinen, Autos, chemischen und elektrotechnischen Gütern auf dem kapitalistischen Weltmarkt, die steigenden Rüstungsproduktionen und die Drosselung ihrer Warenexporte. Dadurch konnte die westdeutsche Wirtschaft eine erste umfassende Außenhandelsexpansion entwickeln": S. Thomas, a.a.O., S. 158.

- 44) Fritz Krause, Die antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, a.a.O., S. 62/63.
- 45) Z.n.: "Neuer Vorwärts", 31.3.1950, Zentralorgan der SPD; vgl. Ulrich Buczykowski, Die Deutschland- und sicherheitspolitischen Vorstellungen Kurt Schumachers unter besonderer Berücksichtigung seiner strategischen Offensivkonzeption von August 1950 bis September 1951, Diss. an der Phil. Fakultät Kiel, 1971, S. 98 ff.
- 46) Angabe nach: Hans Adolf Jacobsen, Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei den Debatten um die Wiederbewaffnung 1950 - 1955, in: Militärgeschichte seit 1945; Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955, hrsgn. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt 1, Boppard 1975, S. 72.
- 47) Deutscher Bundestag, sten. Berichte, 8.11.1950, S. 3571.
- 48) So Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, a.a.O., S. 40 ff.
- 49) Informationsdienst und Nachrichtendienst. Bundespressestelle des DGB, Band I/II, S. 103; z.n.: Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, a.a.O., S. 181.
- 50) Die "Witzenhausener Proklamation" ist abgedruckt in: EA, 20.4.1951, S. 3880/81; näheres zum Nauheimer Kreis in Teil III.

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

1. Politische Entscheidungen

- 1) ausführlich zu den Verhandlungen: S. Thomas, a.a.O., S. 206 ff.; als Vertreter der Bundesregierung nahmen daran teil Theodor Blank, die Generäle Speidel und Heusinger sowie die Mitarbeiter im "Amt Blank" Graf von Kielmannsegg und Ernst Ostermann.
- 2) z.n.: "Tägliche Rundschau", Berlin (DDR), 24.1.1951; "National-Zeitung", Berlin (DDR), 25.1.1951, z.n.: Weißbuch über das Wiedererstehen des Deutschen Imperialismus, überreicht vom Nationalrat der Nationalen Front, Leipzig, August 1951, S. 103/104.
- 3) "Neue Zeitung", München, 24.1.1951; bereits im Verlauf des Jahres 1950 hatte der amerikanische Hochkommissar die Freilassung für eine ganze Reihe von Personen verfügt, z.B. für die Großindustriellen Friedrich Flick und Fritz ter Meer. Im Januar 1951 wurden 31 Kriegsverbrecher aus dem Kriegsverbrechergefängnis in Landsberg/Lech entlassen; Angaben nach: S. Thomas, a.a.O., S. 208; unter den Freigelassenen befand sich z.B. Wilhelm Speidel, der Bruder von Hans Speidel. Wilhelm Speidel war während der "Nürnberger Prozesse" am 19.2.1948 als Kriegsverbrecher zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Wie der Freigelassene berichtete, hatte er während seiner Gefangenschaft aufs engste mit seinem Bruder Hans in der Frage der Remilitarisierung zusammengearbeitet: "Süddeutsche Zeitung", München, 1.2.1951.
- 4) näheres dazu bei: S. Thomas, a.a.O., S. 209 ff.
- 5) "Daily Express", London, 16.7.1951, z.n.: ddz 1951, Heft 20, S. 911.
- 6) z.n.: "Die Neue Zeitung", Berlin (West), 15.9.1951.
- 7) "Die Neue Zeitung", Berlin (West), 23.11.1951.

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

8) KA, 18.4.1951, S. 2906; S. Thomas schreibt dazu: "In ökonomischer Hinsicht erbrachte die Beteiligung der BRD an der EGKS für die westdeutschen Montanunternehmen bald Erfolge. Die Stahlproduktion, die 1950 11,8 Millionen Tonnen betrug, erreichte im Jahre 1955 21,3 Millionen Tonnen. Frankreich, 1949 in der Stahlproduktion mit der BRD etwa auf dem gleichen Stand, erzeugte 1955 12,6 Millionen Tonnen. Der Anteil der BRD an der Gesamtproduktion der Montanunion stieg von 1952 bis 1955 von 37,9 Prozent auf 40,8 Prozent. Frankreichs Anteil ging in der gleichen Zeit von 26 Prozent auf 23,5 Prozent zurück. Mit Hilfe der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gelang es der Bundesrepublik in kurzer Zeit, eine dominierende Stellung auf dem westeuropäischen Markt zu erreichen": S. Thomas, a.a.O., S. 142.

9) ebenda, S. 206; am 6.3.1951 hatte die AHK eine "kleine Revision" des Besatzungsstatuts verkündet, nach der es der Bundesregierung in eingeschränktem Umfang möglich war, ihre auswärtigen Beziehungen selbst zu gestalten; außerdem waren damit eine Reihe von Restriktionen und Kontrollen im wirtschaftlichen Bereich aufgehoben. Das Recht, in der Bundesrepublik jederzeit die oberste Gewalt auszuüben, behielten sich die westlichen Besatzungsmächte vor.

Die Bundesregierung hatte sich vorher auf Anerkennung und Rückzahlung der Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches und aller Schulden verpflichtet, die aufgrund der seit dem 8. Mai 1945 geleisteten westlichen Wirtschaftshilfe, d.h. einschließlich aller Marshall-Plan-Lieferungen, angefallen waren. Auf der sog. "Londoner Schuldenkonferenz" wurden die finanziellen Verpflichtungen der BRD auf 14,4 Milliarden DM festgelegt: S. Thomas, a.a.O., S. 200; vgl. "Der Spiegel", Hannover, 5.3. 1952, in dem eine Aufzählung der einzelnen Schulden abgedruckt ist; die Bundesregierung hatte mit der Anerkennung der Auslandsschulden (in einem Brief an die AHK vom 6.3.1951, abgedruckt in der ddz 1951, Heft 15, S. 623/624) eine der Forderung erfüllt, die die westlichen Besatzungsmächte auf der

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

New Yorker Konferenz vom September 1950 (s.S. 65) als Bedingung für ihre Anerkennung der BRD als einzigem rechtmäßigen Nachfolgestaat des Deutschen Reiches gestellt hatten.

An die Spitze des in Bonn neu errichteten Auswärtigen Amtes stellte sich der Bundeskanzler selbst; zum Staatssekretär wurde Walter Hallstein ernannt; wegen der Besetzung des Auswärtigen Amtes - 66 % seiner Mitarbeiter hatten der NSDAP angehört - kam es zu einem politischen Skandal und der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch den Bundestag, näheres dazu bei: S. Thomas, a.a.O., S. 201 - 203.

2. Die Protestaktionen

a) Überblick und Verlauf der Proteste

Die Volksbefragungsaktion 1951/52

- 1) Karl Dickel, Zur Tätigkeit des Hauptausschusses für Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951, a.a.O., S. 52 ff.
- 2) alle Angaben nach: K. Dickel, a.a.O., S. 55; 63; 64.
- 3) "Rettet den Frieden!" - Manifest der Essener Tagung gegen die Remilitarisierung Deutschlands; im eigenen Besitz.
- 4) Karl Dickel, a.a.O., S. 70; Hochverrat und Staatsgefährdung, Band 1, a.a.O., S. 22; der Delegation gehörten an: die katholische Schriftstellerin Christa Thomas, der Vorsitzende der Stuttgarter Friedensverbände, Herbert Jentzen, die Münchener Stadträtin Edith Hoereth-Menge, der Vorsitzende des "Westdeutschen Friedenskomitees", Erwin Eckert, Professor Lütke, München, der Journalist Helmut Hansmann, Offenbach, Dieter Daerr, Hannover.
- 5) Im Beschlußprotokoll heißt es dazu: "Das vorläufige Präsidium setzt sich folgendermaßen zusammen: Herr General Karl Hentschel, Frau Christa Thomas, Mitglied des Friedensbundes Deutscher

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

Katholiken, Düsseldorf, Herr Pastor prim. Joh. Oberhof, Bremen, Kapitänltn. v. Mücke, Ahrensburg, Frau Edith Hoereth-Menge, München.

Das Präsidium wurde durch Abstimmung einstimmig bestätigt. In die geschäftsführende Leitung des Ausschusses wurden einstimmig folgende Damen und Herren gewählt: Frau Christa Thomas, Düsseldorf; Herr Pastor prim. Joh. Oberhof, Bremen; Herr General Karl Hentschel, Münster i.W.; Herr Dr. Hilberath, Aachen; Herr Verleger Hertz, Bremen; Frau Edith Hoereth-Menge, München; Herr Enno Narten, Hannover; Herr Dr. Jentzen, Stuttgart; Herr Major a.D. Rodeck, Frankfurt; Herr H. Hansmann, Düsseldorf; Frau Elisabeth de Vries, Düsseldorf; Herr Kapitänltn. a.D. H. v. Mücke, Ahrensburg; Herr Thieme, Göttingen; Herr Thrun, Hagen-Haspe; Herr G. Neugebauer, Hamburg-Harburg; Herr Erwin Eckert, Düsseldorf.

Zum Vorsitzenden der geschäftsführenden Leitung wurde einstimmig gewählt: Herr Dr. Herbert Jentzen, Stuttgart, und zu seinem Stellvertreter Frau Edith Hoereth-Menge, München." (z.n.: Dickel, a.a.O., S. 71, Fn. 65).

- 6) ddz 1951, Heft 15, S. 612/613; weitere Beispiele und Abstimmungsergebnisse bei: K. Dickel, a.a.O., S. 77 - 79; "Nürnberger Nachrichten", Nürnberg, 12.2.1951.
- 7) ddz 1951, Heft 16, S. 671; nach den Artikeln 107 und 109 der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz sind Volksentscheid und Volksbegehren möglich. Dies gilt jedoch nicht für Angelegenheiten des Bundes, wozu die Entscheidung über die Wiederaufrüstung zu rechnen war.
- 8) K. Dickel, a.a.O., S. 76.
- 9) ebenda, S. 80/81; K. Dickel schreibt dazu: "Von den Friedenskomitees wurden 356 Ausschüsse für die Volksbefragung gebildet, wobei allerdings aus den Unterlagen nicht ersichtlich ist, ob diese Ausschüsse in Kreisen, Orten oder Betrieben bestanden. Die Hauptkräfte, die zur Arbeit für die Volksbefragungsausschüsse gewonnen wurden, waren in der Zeit bis zum 14. April in der Mehrzahl Friedenskämpfer, die bereits in den Friedenskomitees mitarbeiteten. Ebenso wurde die Mehrzahl der Sekretäre

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

des Landesfriedenskomitees zu Geschäftsführern der Landesausschüsse gewählt. Leider ist nicht festzustellen, in welchen Kreisen Kreisausschüsse für Volksbefragung gebildet worden waren."

- 10) Eine Liste mit Namen der Mitglieder des Hauptausschusses für Volksbefragung ist abgedruckt in: Ernst Zander, Die Kampagne gegen die Wiederbewaffnung in Deutschland, a.a.O., S. 51 - 53; nach der Berufsangabe der Unterzeichner des in Essen von der Konferenz einstimmig beschlossenen Aufrufes "An alle Deutschen" hatte der Hauptausschuß folgende Zusammensetzung:

Arbeiter	55
Angestellte	26
Bauern	11
Intelligenz	70
ehemalige	
Soldaten	10
Hausfrauen	9
Geschäftsleute	11

Angabe nach: Karl Dickel, a.a.O., S. 91, Fn. 116; ausführlich zu der 2. Essener Konferenz am 14. April 1951 ebenda, S. 82 ff.

- 11) ebenda, S. 94; zum Vorwurf der kommunistischen Beeinflussung des Hauptausschusses, der von der Bundesregierung erhoben wurde, ist festzuhalten, daß Oskar Neumann aus München, Mitglied im Parteivorstand der KPD, in der geschäftsführenden Leitung des Hauptausschusses der einzige Kommunist war.
- 12) Der Wortlaut des Aufrufes ist abgedruckt in: Hochverrat und Staatsgefährdung, Band 1, a.a.O., S. 23 - 25.
- 13) Bis Ende Februar hatten Delegierte von zahlreichen Betrieben im gesamten Bundesgebiet auf Versammlungen die Unterstützung der Volksbefragungsaktionen beschlossen; siehe dazu ddz 1951, Heft 15, S. 612/613; z.B. forderten 150 Betriebsarbeiter aus 36 Betrieben Nürnbergs und Umgebung in drei Entschließungen - an den Bundesvorstand des DGB, an den Bundestag und an den Vorbereitenden Ausschuß für Volksbefragung in Düsseldorf - auf

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

der zweiten "Konferenz Nürnberger Betriebsarbeiter gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung" eine sofortige Volksbefragung über die Remilitarisierung, die aktive Einschaltung der Gewerkschaften in den Kampf um den Frieden, eine Offensive der Gewerkschaften gegen eine weitere Senkung des Lebensstandards zugunsten von Rüstungsbeiträgen und die Durchführung von Anti-Kriegsdemonstrationen am 1. Mai. Die anwesenden Betriebsarbeiter waren für ihre Person und für ihre mit den Zielen des ständigen Ausschusses Nürnberger Betriebe gegen die Remilitarisierung sympathisierenden Kollegen, nicht aber für die Betriebsräte ihrer Werke legitimiert. Der ständige Ausschuß wurde durch Zuwahl erweitert und aufgefordert, in allen Betrieben sofort Ausschüsse für eine Volksbefragung zu bilden: "Nürnberger Nachrichten", 2.4.1951.

- 14) Gemeinsames Ministerialblatt 1951, hrsgn. vom Bundesministerium des Innern, S. 109.
- 15) Deutscher Bundestag, sten. Berichte, 26.4.1951, S. 5487.
- 16) ddz 1951, Heft 17, S. 707.
- 17) z.B. "Aachener Nachrichten", Aachen, 28.4.1951; "Nürnberger Nachrichten", 11.5.1951; beide Kommentare sind abgedruckt in: ddz 1951, Heft 17, S. 724/725.
- 18) H. Gerats u.a., Staat ohne Recht. Des Bonner Staates strafrechtliche Sonderjustiz in Berichten und Dokumenten, Berlin (DDR), 1959, S. 246; der Vorsitzende der KPD-Ortsgruppe Lemgo, Ernst Wiebesiek, und der Student Friedrich Siekmann wurden von dem Vorwurf freigesprochen, wegen ihrer Mitarbeit bei der Volksbefragungsaktion gegen die Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnung vom 28.4.1951, erlassen vom Innenminister von Nordrhein-Westfalen, verstoßen zu haben, die gegen die Volksbefragungsaktionen gerichtet war und sich auf das Verbot der Bundesregierung vom 24.4.1951 stützte: "Nürnberger Nachrichten", 15.6.1951; weitere Gerichte in der Bundesrepublik, die die Durchführung der Volksbefragungsaktion nicht für rechtswidrig hielten, sind bei Gerats u.a. an gleicher Stelle ge-

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

nannt: z.B. das Amtsgericht Neuburg/Donau, Entscheid vom 3.10.1951; das Landgericht Stuttgart, Entscheid vom 18.9.1951; vgl. auch K. Dickel, a.a.O., S. 115, Fn. 180.

- 19) Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1968, a.a.O., S. 64.
- 20) Art. 20, Abs. 2 des GG lautet: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."
- 21) die Denkschrift des Hauptausschusses ist abgedruckt in: ddz 1951, Heft 17, S. 711 - 713; vgl. K. Dickel, a.a.O., S. 108.
- 22) diese Briefe sind abgedruckt in: ddz 1951, Heft 18, S. 774 - 776; vgl. Kirchliches Jahrbuch 1951, hrsgn. von Joachim Beckmann, S. 153 - 156.
- 23) Der Briefwechsel ist abgedruckt in: Ernst Zander, Die Kampagne gegen die Wiederbewaffnung in Deutschland, a.a.O., S. 62 - 66; diese Briefe wurden vervielfältigt und veröffentlicht; siehe auch K. Dickel, a.a.O., S. 162, Fn. 300.
- 24) z.B. wurden die Tagungen des Hauptausschusses vom 24.6.1951 in Bonn und vom 26.1.1952 in Wuppertal von der Polizei gestört: K. Dickel, a.a.O., S. 113.
- 25) ebenda, S. 117/118.
- 26) Hochverrat und Staatsgefährdung, Band 1, a.a.O., S. 27/28; näheres zum "Informationsdienst" und zur Öffentlichkeitsarbeit des Hauptausschusses bei: K. Dickel, a.a.O., S. 161/162.
- 27) K. Dickel, a.a.O., S. 172.
- 28) KPD 1945 - 1965, Abriß - Dokumente - Zeittafel, Berlin (DDR) 1966, S. 57; Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, Frankfurt/M. 1971, S. 76, Fn. 27; Ergebnis von Hanau: von 16.000 befragten Einwohnern lehnten 13.959 die Remilitarisierung ab und sprachen sich für den Abschluß eines Friedensvertrages aus: Abschließender Bericht des Haupt-

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

ausschusses gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages vom 16.3.1952, im eigenen Besitz, S. 5.

- 29) ebenda, S. 2, 4; die Angaben zu der Motorsportveranstaltung auf dem Donauring sind von K. Dickel übernommen; a.a.O., S. 181/182.
- 30) K. Dickel, a.a.O., besonders S. 187 ff.
- 31) zum Verlauf dieser Konferenz: ebenda, S. 196 ff.
- 32) abschließender Bericht des Hauptausschusses ..., S. 1.
- 33) ebenda, S. 2.
- 34) Begründet wurde diese Auffassung folgendermaßen: 'Man mußte sich darauf beschränken, durch Propaganda von Haus zu Haus für die Teilnahme an der Volksbefragung zu werben und die Abstimmungszettel ausfüllen zu lassen oder in teils öffentlichen, teils betrieblichen Versammlungen abstimmen zu lassen. Dabei wurde in solchen Versammlungen meist nur durch Handaufheben oder durch Zuruf abgestimmt und das Ergebnis summarisch gemeldet. Angesichts dieser Durchführung der Volksbefragung in den primitivsten Formen fehlte es notwendigerweise an einer wirklichen Möglichkeit, die Ergebnisse zu überprüfen. Weder konnte der Kreis der befragten Personen sicher erfaßt werden, noch war man in der Lage, die gemeldeten Zahlen auch nur auf annähernde Richtigkeit zu prüfen. Doppelte und mehrfache Befragungen lagen in der Natur einer solchen Methode; die Auswahl der befragten Personen mußte notwendig willkürlich sein. Die Fehlerquellen waren also so zahlreich, daß sich kein zutreffendes Bild gewinnen ließ. Das ist so selbstverständlich, daß auch der Hauptausschuß von vorneherein damit rechnete. Zwar konnte durch die Zeugenaussagen nicht einwandfrei bewiesen werden, daß die geschäftsführende Leitung sich bewußter Fälschungen bei "Feststellung" des Abstimmungsergebnisses

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

schuldig gemacht hätte. Darauf kommt es aber auch nicht entscheidend an. Man brauchte gar nicht zu ausgesprochenen Fälschungen zu greifen, da die Meldungen über die örtlichen Abstimmungsergebnisse ohnehin einer zuverlässigen Überprüfung entzogen waren. Man gab sich auch gar nicht die Mühe einer ernsthaften Überwachung, weil ein solcher Versuch bei der Art der Organisation von vorneherein zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Das auf der Tagung in Hohensyburg am 16. März 1952 bekanntgegebene Abstimmungsergebnis ... hat infolgedessen nicht einmal annähernd Beweiskraft:" Hochverrat und Staatsgefährdung, Band 1, a.a.O., S. 29/30.

- 35) ddz 1951, Heft 18, S. 777; ein anderes Beispiel dafür war die Volksbefragungsaktion in Deisenhofen, einem Ort südlich von München. Als nach der Befragung die Mitarbeiter eine öffentliche Zählung der Stimmen durchführen wollten, beschlagnahmte die Polizei die Urnen und protokollierte das Abstimmungsergebnis, nach dem über 90 % der befragten Personen gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages gestimmt hatten. Oskar Neumann, der 1954 wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" für seine Arbeit im Hauptausschuß für Volksbefragung vom Bundesgerichtshof zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, benutzte dieses Polizeiprotokoll in dem Prozeß, um die Behauptung der Bundesanwaltschaft, die Abstimmungsergebnisse der Volksbefragung enthielten gefälschte Zahlen, zu widerlegen: Fritz Noll/Ruger Booß (Hrsg.), Geschichte in Geschichten, a.a.O., S. 61 - 63.
- 36) Aufgrund des Beschlusses der Essener Konferenz, die Bevölkerung in ganz Deutschland zur Volksbefragung aufzurufen, schrieb der Hauptausschuß für Volksbefragung am 25. April 1951 an die Regierung der DDR einen Brief mit der Bitte, die Volksbefragung auf dem Gebiet der DDR durchzuführen. Die DDR-Regierung beschloß darauf am 4. Mai 1951, ein entsprechendes Ansuchen an die Volkskammer zu richten; diese folgte am 9. Mai 1951 dem Beschluß, die Volksbefragung in der DDR durchzuführen. An

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

dieser Sitzung nahm Frau Edith Hoereth-Menge als Vertreterin des Hauptausschusses teil.

Die Volksbefragung fand in der DDR in der Zeit vom 3. - 5. Juni 1951 statt. Der Hauptausschuß entsandte eine Beobachtergruppe in die DDR. Von 12.750.799 abstimmungsberechtigten Personen gaben 12.668.088 gültige Stimmen ab (Abstimmungsbeteiligung von 99,82 %). Davon stimmten 12.153.352 (= 95,93 %) gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages. Dieses Ergebnis ist in der Ausgabe des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland" vom 25.6.1951 veröffentlicht, abgedruckt in: ddz 1951, Heft 18, S. 773. Näheres zur Volksbefragung in der DDR aus der Sicht K. Dickels: Zur Tätigkeit des Hauptausschusses..., a.a.O., S. 143 ff.

b) Weitere Beispiele von Protestaktionen

- 37) Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, a.a.O., S. 66.
- 38) ddz 1951, Heft 15, S. 616/617.
- 39) näheres zu dieser Konferenz in: ddz 1951, Heft 16, S. 657 - 661; zum Präsident des EAK wurde André Boudin aus Frankreich, zum Vizepräsident Fritz Thrun gewählt.
- 40) Hochverrat und Staatsgefährdung, Band 1, a.a.O., S. 218 ff.
- 41) Hans-Adolf Jacobsen, Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei den Debatten um die Wiederbewaffnung 1950 - 1955, a.a.O., S. 72/73.
- 42) ddz 1951, Heft 17, S. 741/742; das Grundsatzreferat auf dieser Konferenz hielt Walter Staubitz aus Bad Rappenau, der dem Präsidium des Hauptausschusses für Volksbefragung angehörte; er führte den Vorsitz des "Sozialdemokratischen Ausschusses zur Verhinderung der Remilitarisierung".
- 43) Fritz Krause, a.a.O., S. 60.

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

- 44) Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, a.a.O., S. 170.
- 45) Fritz Krause, a.a.O., S. 68.
- 46) 1947 erwogen die Briten die völlige Sprengung der Insel: "Der Spiegel", Hannover, 11.1.1947.
- 47) KA, 29.12.1950, S. 2734; 3.1.1951, S. 2758; "Nürnberger Nachrichten", 23.12., 27.12., 29.12., 30.12.1950; Prinz Hubertus von Löwenstein, geb. 14.10.1906, gehörte vor 1933 dem Zentrum an; Mitglied im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der sozialdemokratischen Selbstschutzorganisation; 1933 Emigration, 1937 - 1946 Gastprofessur in den USA, 1946 Rückkehr nach Deutschland; 1953 - 1957 Mitglied des Bundestags (FDP, dann DP); Die "Deutsche Aktion" setzte sich die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in seinen früheren Grenzen zum Ziel. Löwenstein erklärte: Helgoland ist ein Teil jenes abendländischen Bodens, den die Deutschen zu verteidigen aufgerufen werden...": "Nürnberger Nachrichten", 30.12.1950.
- 48) Wegen der Wiederaufnahme der Bombardements brachte das Zentrum im Bundestag einen Antrag ein, der die Bundesregierung aufforderte, bei dem britischen Hohen Kommissar wegen der Rückgabe der Insel an die Bundesrepublik vorstellig zu werden, da "... beim gegenwärtigen Stand der Dinge die weitere sinnlose Zerstörung als ein schwerer Schlag gegen die europäische Verständigung und Solidarität" empfunden werde: Deutscher Bundestag, sten. Berichte, 14.2.1951, S. 4469 ff; am 13.2.1951 versuchten einige Studenten, als blinde Passagiere auf einem nach Helgoland fahrenden Schiff die Insel zu erreichen, wurden jedoch entdeckt: "Nürnberger Nachrichten", 15.2.1951.
- 49) "Nürnberger Nachrichten", 26.2.1951; nach diesem Bericht bezeichnete sich der ehemalige Kapitän der deutschen Handelsmarine, Edwin Hülse, als Organisator und Leiter des "neuen Invasionsbüros", dessen Mitglieder die Insel besetzt hatten.
- 50) Nach der Besetzung hatte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, wie die "Nürnberger Nachrichten" vom 26.2.1951 berichteten,

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

die Helgoländer aufgefordert, "die unappetitlichen Genossen, die sich offenbar die Sympathien der vaterländischen Verbände sichern wollten, von der Insel herunterzuholen." Die Namen der anderen Jugendlichen waren: Bodo Zielsdorf (23) aus Braunschweig, Claus Umland (23) aus Halstenbeck, Rolf Schlüter (20) aus Kiel, Rolf Wendt (20) aus Kiel, Rolf Tille (19) aus Hannover, Paul Mai (19) aus Braunschweig: "Die Welt", Hamburg, 7.3.1951; vor dem Lübecker Gerichtsgebäude kam es zu einer Protestdemonstration von ca. 300 Jugendlichen gegen den Prozeß, die vermutlich von der FDJ organisiert worden war; dabei wurden 60 Personen von der Polizei festgenommen: "Nürnberger Nachrichten", 7.3.1951.

Die Initiatoren der ersten "Helgoland-Invasion", René Leudesdorff, Georg von Hatzfeld, Hubertus von Löwenstein u.a. waren dagegen straffrei ausgegangen.

- 51) "Nürnberger Nachrichten", 4.4.1951; die "Deutsche Bewegung Helgoland" wurde Anfang März 1951 in Hamburg unter der Leitung des Obersten a.D. Gehrke gegründet. Ihr gehörten u.a. der Hamburger FDJ-Vorsitzende Erlebach und der Schriftsteller Peter Martin Lampel an: "Nürnberger Nachrichten", 7.3.1951; in dieser Organisation waren unterschiedliche politische Gruppen vertreten: z.B. die Sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken", Katholische Jugend, Bund europäischer Jugend, FDJ, Gewerkschaftsjugend, Jungsozialisten, Sportjugend, Guttempler-Jugend; vgl. den Erlebnisbericht von Marianne Wilke, die an der Helgoland-Besetzung Anfang April 1951 teilnahm, in: Fritz Noll/Rutger Booß (Hrsg.), Geschichte in Geschichten, a.a.O. S. 43 ff.

Nach meinen eigenen Berechnungen sind bei den verschiedenen "Helgoland-Invasionen" ca. 100 Personen verhaftet und zum größten Teil bestraft worden; vgl. dazu "Nürnberger Nachrichten", 28.4., 2.5., 11.6., 20.6.1951;

auch die Vogelschutzinsel Trischen, die zeitweise als Ausweichziel für die britischen Bombenabwurfübungen im Gespräch war, wurde von mehreren Jugendlichen, die vermutlich der FDJ angehörten, im April 1951 besetzt: "Nürnberger Nachrichten", 18.4., 20.4.1951.

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

- 52) "Nürnberger Nachrichten", 1.6.1951; dort ist ein Aufruf, unterzeichnet vom Helgoländer Fischerverein, in Auszügen abgedruckt, in dem es heißt: "Wir wollen nicht tatenlos zusehen, daß auch die letzten noch für uns brauchbaren Hafenanlagen durch Bombenabwürfe und rücksichtslosen Schuttdiebstahl unbrauchbar gemacht werden. Das uns zugebilligte Recht, den Hafen als Schutz vor Sturm und Seegang anzulaufen, nutzt uns nicht, wenn wir auch im Hafen fast regelmäßig Bombenabwürfen ausgesetzt sind." In dem Aufruf distanzierten sich die Fischer von den politischen Zielen der FDJ.
- 53) vgl. z.B. "Nürnberger Nachrichten", 13.6., 15.6.1951, 3.1.1952.
- 54) "Volks-Stimme", Köln, 13.3.1951; am 5. März 1951 begannen in Paris Verhandlungen der Außenminister-Stellvertreter der Vier Mächte, wobei die "deutsche Frage" eines der Hauptthemen bildete. Die Konferenz dauerte bis zum 21. Juni 1951 und endete ohne konkrete Ergebnisse darüber: KA, 22.6.1951, S. 2995.
- 55) "Fuldaer Volkszeitung", Fulda, 27.3.1951.
- 56) "Nürnberger Nachrichten", 13.8., 20.8.1951.
- 57) "Die Welt", Hamburg, 8.8.1951; näheres zum Verlauf der Festspiele in: ddz 1951, Heft 21, S. 937 ff.; "Der Spiegel", Hannover, Heft 33, 15.8.1951, S. 5.
- 58) dazu A. von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1968, a.a.O., S. 61/62.
- 59) Hochverrat und Staatsgefährdung, Band 1, a.a.O., S. 328 ff.
- 60) "Der Spiegel", Hannover, Heft 36, 5.9.1951, S. 3.
- 61) "Fränkischer Tag", Bamberg, 30.1.1951.
- 62) "Tägliche Rundschau", Berlin (DDR), 11.3.1951.
- 63) z.n.: "Süddeutsche Zeitung", München, 10.4.1951.
- 64) "Hamburger Freie Presse", Hamburg, 24.5.1951.
- 65) Diese Anordnung ist abgedruckt in: ddz 1951, Heft 18, S. 787.

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

- 66) "Nürnberger Nachrichten", 1.8.1951; nach Angaben dieser Zeitung wurde der zu erwartende Gesamtschaden an Boden und Gebäudewerten mit 42,6 Millionen DM angegeben.
- 67) "Fränkischer Tag", Bamberg, 12.6.1951.
- 68) Deutscher Bundestag, sten. Berichte, 15.6.1951, S. 6102/6103.
- 69) Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard erklärte, die Wahl sei deswegen auf Hohenfels gefallen, weil dort unverhältnismäßig weniger Schaden angerichtet werden würde, als es bei der Vergrößerung des Hammelburger Platzes der Fall gewesen wäre.
Auch hier protestierten die Betroffenen gegen ihre Vertreibung: so demonstrierten am 13. August 1951 vor dem Gebäude der bayerischen Staatskanzlei in München 300 Bauern. Angaben nach: "Nürnberger Nachrichten", 13.8., 15.8., 22.8.1951.
- 70) "Münchner Merkur", München, 12.4.1951.
- 71) "Nürnberger Nachrichten", 20.7.1951.
- 72) Rainer Dohse, Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974, S. 103 ff.; EA. 20.4.1951, S. 3887/3888. Der Text der Erklärung ist bei R. Dohse abgedruckt: a.a.O., S. 226 - 228.
- 73) ddz 1951, Heft 16, S. 661.
- 74) Näheres zu diesem Kongreß bei: Karl Dickel, Zur Tätigkeit des Hauptausschusses für Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951, a.a.O., S. 185 - 187; er weist darauf hin, daß Frauen aus Betrieben und Gewerkschaften sowie Bäuerinnen in Velbert im Vergleich zu Vertreterinnen von Frauenverbänden oder Parteien, z.B. von der CDU, der SPD und des Zentrums, ungenügend vertreten waren (S. 187).

Anmerkungen II - Das Jahr 1951

- 75) Elisabeth Zeile, Frauen für den Frieden. Lebensläufe, Bilder, Aktionen, hrsgn. vom Bundesvorstand der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, Essen, o.J. (DFG-VK extra 8), S. 150 ff.; Elly Steinmann, Die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung, in: Florence Hervé (Hrsg.), Brot und Rosen, Geschichte und Perspektiven der demokratischen Frauenbewegung, Frankfurt/M. 1979, S. 170 ff.
- 76) "Der Spiegel", Hannover, 16.4.1952, Heft 16, S. 8 - 11.
- 77) Das Flugblatt ist abgedruckt in: "Deutsche Universitätszeitung", Bonn, April 1951.
- 78) "Rheinische Zeitung", Köln, 7.11.1951; Hans-Adolf Jacobsen, Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950 - 1955, a.a.O., S. 81.
- 79) "Main-Echo", Aschaffenburg, 15.12.1951; am 9./10. September 1951 wurde in Bonn der "Verband deutscher Soldaten" gegründet, der als Dachorganisation der Soldaten- und Traditionsverbände in der Bundesrepublik fungierte. Vorsitzender war der Generaloberst a.D. Frießner: "Nürnberger Nachrichten", 10.9.1951; bis 1956 hatten sich 897 Soldatenverbände in der Bundesrepublik gegründet. Angabe nach: Bundeswehr; Chronik - Fakten - Dokumentation; Autoren-Kollektiv des Deutschen Instituts für Militärgeschichte, Berlin (DDR), S. 131/132; R. Badstübner/S. Thomas geben 1.118 Soldatenverbände an. Sie weisen darauf hin, daß die Wiedergründungen dieser Soldaten- und Traditionsverbände mit ausdrücklicher Billigung der westlichen Besatzungsmächte und mit Unterstützung der Bundesregierung erfolgt sein sollen: a.a.O., S. 432/33.

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

1. Politische Entscheidungen

- 1) Der Kampf um den Wehrbeitrag, Band I, München 1952, S. 6; einen kritischen Kommentar zu dieser Ankündigung veröffentlichte die "Stuttgarter Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 22.1.1952, abgedruckt in: ddz 1952, Heft 25, S. 1140. Blank erklärte den Begriff "Auslese-Dienstpflicht" damit, daß zwar jeder wehrfähige Deutsche unter die Wehrpflicht fallen werde, aber daß nicht alle von ihnen eingezogen werden müßten (geplante Stärke der westdeutschen Armee: 300.000 - 400.000 Mann).
- 2) z.h.: Der Kampf um den Wehrbeitrag, Band I, a.a.O., S. 6/7.
- 3) KA, 20.2.1952, S. 3352 - 3354; zur NATO-Ratstagung ebenda, 26.2.1952, S. 3361 - 3363.
- 4) Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, a.a.O., S. 136 - 138; wörtlich steht in der "Bindungsklausel": "Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Bundesrepublik und die Drei Mächte zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist."
Der Wortlaut des General-Vertrages ist abgedruckt in: KA, 26.5.1952, S. 3485 - 3491.
- 5) Wortlaut des EVG-Vertrages ebenda, 27.5.1952, S. 3492 - 3495.
- 6) vgl. S. Thomas, a.a.O., S. 244 - 249.
- 7) Deutscher Bundestag, stenograph. Ber., 7./8.2.1952, S. 8113 ff.
- 8) ebenda, 23.5.1952, S. 9414 ff. die Föderalistische Union bestand aus Mitgliedern des Zentrums und der Bayernpartei.
- 9) ebenda, 9./10.7.1952, S. 9788 ff.
- 10) ebenda, 3. - 5.12.1952, S. 11101 ff.

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

- 11) Einleitungstext und Wortlaut dieser Note sind abgedruckt in: ddz 1952, Heft 27, S. 1218/1219.
- 12) "Neue Ruhrzeitung", Essen, 12.3.1952.
- 13) S. Thomas, Der Weg in die NATO, a.a.O., S. 239.
- 14) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 4.3.1952, z.n.: Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, in: U. Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, a.a.O., S. 173.
- 15) z.n.: Heinz Kraschutzki, Staatsgefährdung? Ein dokumentarischer Prozeßbericht, Hannover 1961, S. 168; Adenauer sprach auf einer Arbeitstagung der evangelischen Christen in der CDU in Siegen am 16.3.1952.
- 16) EA, 5.4.1952, S. 4833/4834.
- 17) z.n.: "Neues Deutschland", Berlin (DDR), 2.5.1952, abgedruckt in: ddz 1953, Heft 38, S. 1813/1814.

2. Die Protestaktionen

- 1) Der Wortlaut der Entschlieung ist abgedruckt in: "Tägliche Rundschau", Berlin (DDR), 15.1.1952, in: ddz 1952, Heft 25, S. 1146/1147; vgl. die Erklärung des Parteivorstandes der KPD zum Schuman-Plan vom April 1951, in: Dokumente der KPD 1945 - 1956, Berlin (DDR) 1973, S. 288 - 290.
- 2) "Neues Deutschland", Berlin (DDR), 12.1.1952; wie die gleiche Zeitung in ihrer Ausgabe vom 15.1.1952 berichtete, sollen Hamburger Hafenarbeiter die Entladung der britischen Munitionstransporter "Beack Holl" und "Wembley" verweigert haben; beide Angaben sind übernommen von: F. Krause, Die antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, a.a.O., S. 114; eine weitere Friedenskonferenz von Hafenarbeitern in der Bundesrepublik wurde am 30.11.1952 in Delmenhorst abgehalten: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Kapitel XIII, S. 213.

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

- 3) "Tägliche Rundschau", Berlin (DDR), 22.1.1952, z.n.: Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, a.a.O., S. 173.
- 4) ddz 1952, Heft 31, S. 1384.
- 5) Rainer Dohse, Der Dritte Weg, a.a.O., S. 132; näheres zu dieser Konferenz in: ddz 1952, Heft 36, S. 1633 ff.
- 6) Der Text der Denkschrift ist abgedruckt in: ddz 1953, Heft 37, S. 1691 - 1694.
- 7) ebenda, S. 1679 ff.
- 8) DGB-Nachrichtendienst der Pressestelle vom 21.1.1952, z.n.: Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, a.a.O., S. 173; Theo Pirker, Die blinde Macht, Band 1, München 1960, S. 235.
- 9) DGB-Informationsdienst, 24.1.1952; DGB-Nachrichtendienst, 23.1.1952, z.n.: Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, a.a.O., S. 174, S. 184/185.
- 10) Alfred Bornhardt, Das Janusgesicht der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart 1953, S. 189 ff.; vgl. F. Krause, Die Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, a.a.O., S. 89 ff.
- 11) Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, a.a.O., S. 174; ddz 1952, Heft 26, S. 1178 ff.
- 12) A. Bornhardt, a.a.O., S. 191.
- 13) Theo Pirker, Die blinde Macht, Band 1, a.a.O., S. 235/236 "Die Welt", Hamburg, 11.2.1952.
- 14) Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, a.a.O., S. 175/176; näheres zur Tagung in Düsseldorf bei: Theo Pirker, Die blinde Macht, Band 1, a.a.O., S. 145 - 247; Hauptthemen dieser Tagung waren a) die Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz, b) die Remilitarisierung; die dazu von den 365 Orts- und Kreisausschußvorsitzenden verabschiedete Erklärung war im Sinne der Entschliebung vom 22.11.1950 (s. S. 88/89) abgefaßt.

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

- 15) Eine der grundlegenden Forderungen der Gewerkschaften nach 1945 waren zum einen die Sozialisierung der Grundstoffindustrien, zum anderen die Einführung einer betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung.

1947 unterbreiteten die Unternehmervertreter in der britischen Besatzungszone wegen der Dekartellisierungspolitik der Besatzungsmacht den Gewerkschaften ein Bündnisangebot, das die paritätische, d.h. gleichberechtigte Mitbestimmung von Arbeitern und Unternehmern in den Betrieben der Montanindustrie vorsah. Gewerkschaften und die öffentliche Hand sollten in den Aufsichtsräten die Mehrheit bilden; die Firmen sollten als Aktiengesellschaften unter Treuhandverwaltung stehen. Vom 1. März 1947 bis zum 1. April 1948 wurden 25 Hüttenwerke ausgegliedert; sie wurden von je einem paritätisch besetzten Aufsichtsrat und einem Vertreter der Treuhandgesellschaft geleitet. Die britische Militärregierung stimmte dieser Regelung zu; dagegen gelang es den Gewerkschaften nicht, die Mitbestimmung in den übrigen Industriebetrieben zu verankern. Mit dem von der AHK am 20.5.1950 erlassenen Gesetz Nr. 27 (einschließlich der entsprechenden Ausführungsgesetze) sollte durch die Rückgabe der Hüttenwerke an die früheren Besitzer und ihre Unterstellung unter Deutsches Recht die paritätische Mitbestimmung wieder aufgehoben werden. Die Bundesregierung unterstützte dieses Vorhaben.

Die Gewerkschaften drohten darauf mit Streiks im gesamten Montanbereich. Bei einer von der IG Metall durchgeführten Urabstimmung sprachen sich 95,9 % der organisierten Arbeiter für die Arbeitsniederlegung aus; im Bergbau waren es 92,8 %. Bundeskanzler Adenauer schaltete sich als Vermittler zwischen den Gewerkschaften und Unternehmern ein. Die paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Montanbetriebe (in jedem Aufsichtsrat saßen 11 Personen - 4 Aktionäre, 4 Belegschaftsmitglieder, 1 Gewerkschafts- und 1 Unternehmervertreter sowie 1 neutrale Person, die von Arbeitern wie Unternehmern zu be-

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

nennen war) konnte in den folgenden Verhandlungen gesichert werden. Das entsprechende "Gesetz über die Regelung der Mitbestimmung in den Unternehmungen des Bergbaus sowie der eisen- und stahlerzeugenden Industrie" wurde vom Bundestag am 10.4.1951 verabschiedet.

Am 22. Mai 1950 legte der DGB-Bundesvorstand der Bundesregierung und dem Bundestag "Vorschläge für die Neuordnung der deutschen Wirtschaft" vor - einen umfassenden Gesetzesentwurf im Sinne des Münchener Grundsatzprogrammes des DGB vom Oktober 1949 (s.S.390, Fn. 10), der unter Weglassung der Sozialisierungsforderung neben dem innerbetrieblichen ein überbetriebliches Mitbestimmungsrecht forderte.

Die Bundesregierung hatte ihrerseits einen Gesetzesentwurf in Auftrag gegeben, der allein die betriebliche Mitbestimmung im personellen und sozialen Bereich absicherte. Verhandlungen zwischen dem DGB und den Unternehmern über dieses Betriebsverfassungsgesetz scheiterten, weil letztere sich gegen ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht aussprachen. Die DGB-Führung ließ ihre zuerst ausgesprochenen Streikandrohungen auf Druck der Bundesregierung fallen, um ein besseres Verhandlungsklima zwischen Gewerkschaftern und Unternehmern zu erreichen - ohne jedoch den gewünschten Erfolg zu erzielen. Am 19. Juli 1952 verabschiedete der Bundestag nach dreitägiger Lesung das Betriebsverfassungsgesetz.

Alle Angaben nach: Huster u.a., a.a.O., S. 204 ff.; vgl. Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 236 ff.

16) Max Reimann, Entscheidungen 1945 - 1956, Frankfurt/M. 1974, S. 194.

17) Theo Pirker, Die blinde Macht, Band 1, a.a.O., S. 260.

18) Hochverrat und Staatsgefährdung, Band 1, a.a.O., S. 225/226; 273; 326/327; so beschloß die KPD auf einer außerordentlichen Landesfunktionärskonferenz in Bayern am 22.5.1952, die Kampf-

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

maßnahmen der Gewerkschaften gegen das "reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz und den Generalvertrag" zu unterstützen:
"Nürnberger Nachrichten", 24.5.1952.

- 19) Z.B. demonstrierten gegen das Betriebsverfassungsgesetz:
am 15. Mai 1952 in Düsseldorf und Köln jeweils über 50.000
am 16. Mai in Hamburg 150.000
am 20. Mai in Frankfurt 100.000
am 21. Mai in Kassel 20.000
am 22. Mai in Passau 1.500
am 24. Mai in Dortmund 80.000
Zahlenangaben nach: ddz, Heft 29/30, S. 1331 - 1334; Max Reimann, Entscheidungen 1945 - 1956, a.a.O., S. 194/195;
"Nürnberger Nachrichten", 16.5.1952.
- 20) Diese Einschätzung der Demonstranten über die Funktion der Remilitarisierung gründete sich auf entsprechende Äußerungen amerikanischer Politiker. Z.B. hatte der Präsident der Finanzkommission, Cannon, im US-Repräsentantenhaus in Washington am 18.4.1949 erklärt: "Nicht unsere Jungens!(Not our boys!) Mögen sie dann ihre Jungens in den Tod schicken, damit wir nicht die unsrigen zu schicken brauchen ... Die Atombombe erlaubt den Vereinigten Staaten, das zu tun." z.n.: ddz 1950, Heft 6, S. 233.
- 21) "8-Uhr-Blatt", Nürnberg, 27.5.1952; "Nürnberger Nachrichten", 30.5.1952.
- 22) Peter Molt, Die neutralistische Opposition; Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der BRD, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei 1949 - 1954, Dissertation, Heidelberg 1956, S. 52.
- 23) z.n.: Karl A. Otto, Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik; Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze, in: Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution, a.a.O., S. 83; Ausführlich auf Nikolaus Koch geht Guido Grünewald in seiner Dissertation "Die Internationale der Kriegsdienstgegner" (a.a.O.) ein: S. 131 - 135;

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

er bezeichnet ihn als "eine der schillerndsten Persönlichkeiten und einen der bedeutendsten Theoretiker des deutschen Nachkriegspazifismus" (S. 132). Koch, geboren 1912 in der Nähe von Trier, wurde im 2. Weltkrieg in der Sowjetunion als Soldat der Wehrmacht schwer verwundet. 1946 trat er in die CDU ein, wo es wegen des von der Partei vertretenen Antikommunismus und der Sicherheitspolitik der Bundesregierung zu Differenzen kam. 1950 übernahm Koch die Leitung der sog. Friedensakademie Harzburg, die ein Diskussionsforum über die Möglichkeiten gewaltloser Politik bilden sollte. Doch mußte sie ihre Arbeit 1951 wegen finanzieller Probleme einstellen. Koch arbeitete danach in zahlreichen pazifistischen Bewegungen und neutralistischen Organisationen mit, z.B. in der "Notgemeinschaft für den Frieden Europas", blieb aber wegen seiner eigenwilligen Vorstellungen über gewaltlose Aktionen immer ein Außenseiter. 1952 gründete er mit dem Buddhisten Paul Debes in Hamburg die gewaltlose Aktionsgruppe "Die Streitlosen", 1954 organisierte er in Witten mit dem Haus Bommern eine "Beratungsstelle des Friedensdienstes", die bis heute besteht. Alle Angaben nach G. Grünewald, a.a.O., S. 131/132.

- 24) "Jugend gib acht! Kommunistische Agenten greifen nach der deutschen Jugend. Die "Darmstädter Aktionsgruppe"", hrsgn. vom Vorstand der SPD, Bonn, o.J., S. 8 ff., z.n.: Karl A. Otto, a.a.O., S. 103, Fn. 95; Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1970, S. 59; Philipp Müller, der Polizeimord in Essen, Dortmund 1977, S. 68; 70; Erklärung und der "Aufruf an die junge Generation Westdeutschlands" sind abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1952, hrsgn. von Joachim Beckmann, S. 25/26; vgl.: G. Grünewald, a.a.O., S. 127; Peter Molt, Die neutralistische Opposition ..., a.a.O., S. 53. Die Bemühungen um ein gesamtdeutsches Gespräch führten am 10./11. Mai 1952 zu einem Treffen zwischen Mitgliedern der "Darmstädter Aktionsgruppen" (darunter Herbert Mochalski und Nikolaus Koch) mit dem FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker, dem Generalsekretär der CDU in der DDR, Gerald Götting und dem

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

Vorstandsmitglied der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), Manfred Gerlach. Eine Einigung konnte in folgenden Punkten erreicht werden:

- "1. Forderung von Viermächte-Verhandlungen mit dem Ziel, Deutschland wieder zu vereinigen durch gleiche, freie, geheime, allgemeine und direkte Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung.
2. Innerdeutsche Gespräche und Verhandlungen auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene ...
3. Ohne Beteiligung des deutschen Volkes darf keine Entscheidung in lebenswichtigen Fragen getroffen werden. Der Generalvertrag und alle Abmachungen, die die Wiedervereinigung Deutschlands gefährden, werden verworfen, alle Bestrebungen für einen Friedensvertrag mit Gesamtd Deutschland werden unterstützt ...
5. Jede haßerzeugende Propaganda soll geächtet werden ...".

z.n.: "Jugend gib acht! ..., a.a.O., S. 17;

während dieser Gespräche fanden die schweren Auseinandersetzungen in Essen statt, bei denen der junge Kommunist Philipp Müller von der Polizei erschossen wurde. (s.S. 135 ff.)

Ein konstruktiver Dialog zwischen den Jugendorganisationen in der Bundesrepublik, die die Remilitarisierung ablehnten, und Vertretern der Jugendorganisationen in der DDR über gemeinsame Protestaktionen gegen die Remilitarisierung ist nach meinem eigenen Wissen nach diesem Zeitpunkt nicht mehr erfolgt.

- 25) z.n.: Ernst Zander, Die Kampagne gegen die Remilitarisierung in Deutschland, a.a.O., S. 233; der Aufruf war vom "Präsidium des Westdeutschen Treffens der Jungen Generation" von folgenden Mitgliedern unterzeichnet: Hans Stammler (Hessen), Werner Plaschke (Niedersachsen), Klaus H. Gosau (Schleswig-Holstein), Hans Stephan (Nordrhein-Westfalen), Gustav Wenig (Bayern), Horst Schmidt (Hamburg).

- 26) Auf einer Tonbandcassette des Medienpakets "Der Kalte Krieg und seine Folgen", hrsgn. vom Landesverband der DFG/VK Nordrhein-Westfalen, November 1980, berichtet Arnold Haumann über seine

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

Erlebnisse aus der damaligen Zeit, u.a. auch über die Vorbereitungen und die Vorfälle bei der Kundgebung in Essen. Haumann begab sich nach der Meldung im Radio sofort zum Essener Polizeipräsidium, um die Gründe für das Verbot zu erfahren. Von dort wurde er an das Ordnungsamt der Stadt Essen, an das Innenministerium in Düsseldorf und an das Regierungspräsidium verwiesen. Keine dieser Stellen erklärte sich für das Verbot verantwortlich. Haumann wurde zum Essener Ordnungsamt zurückgeschickt und erhielt schließlich einen schriftlichen Bescheid, in dem das Verbot allein damit begründet wurde, daß die Stadt Essen wegen anderer Großveranstaltungen (Treffen der Christlichen Arbeiterjugend; Eröffnung der Gruga-Gartenausstellung) nicht über genügend Polizeikräfte verfüge, um auch noch die "Jugendkarawane" zu schützen. Diese Argumentation wirkte unglaublich, denn angesichts der zu erwartenden zehntausenden Jugendlichen war ein größeres Polizeiaufgebot für die Aufrechterhaltung des Verbotes der Kundgebung erforderlich, als zu ihrem Schutz.

Als Redner für die um 11.30 Uhr angesetzte Kundgebung hatten zugesagt: Pfarrer Hans Meyer aus Düsseldorf-Oberkassel, der Landesvorsitzende der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken", Rudi Arndt, der Bundesfeldmeister des deutschen Pfadfinderbundes, Werner Plaschke und der Gewerkschaftsjugendsekretär der Postgewerkschaft, Gustav Wenig. Der hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller sandte der "Jugendkarawane" für den 11. Mai folgendes Glückwunschtelegramm: "Mein herzliches Gedenken der deutschen Jugend, die unbeirrt durch alle Anfeindungen von draußen und drinnen nach Wegen sucht, wie unser Volk ohne Gewaltanwendung seiner Friedensaufgabe leben kann; möchte Gottes Segen ihre Bemühungen mit Erfolg krönen."

Alle Angaben aus dem Bericht über die Essener Vorfälle abgedruckt in: Ernst Zander, a.a.O., S. 234/235; vgl. G. Grünewald, a.a.O., S. 395/396, Fn. 115/116.

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

- 27) Philipp Müller, Der Polizeimord in Essen, a.a.O., S. 80 ff.; die Angaben dieses Buches sind zum Teil in agitatorischer Form abgefaßt; Jochen Mandel, "Als Philipp Müller starb". In: Fritz Noll/Rutger Booß (Hrsg.), Geschichte in Geschichten, a.a.O., S. 50 ff.; F. Krause, Die Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, a.a.O., S. 119; vgl. Zeitungsbericht der "Nürnberger Nachrichten" vom 12.5.1952.
- 28) z.n.: P. Müller, a.a.O., S. 85/86.
- 29) "Die Welt", Hamburg, 12.5.1952; ebenso die "Nürnberger Nachrichten", 12.5.1952.
- 30) z.n.: Ernst Zander, a.a.O., S. 235; Mit Punkt 3 meinte Pfarrer Meyer offensichtlich die Bemühungen von Mitgliedern der FDJ, am 11. Mai 1952 in Essen die Demonstranten nach Bekanntwerden des Verbots auf dem Gruga-Gelände zu versammeln. Die FDJ hatte an den Vorbereitungen für die "Jugendkarawane" mitgearbeitet. G. Grünewald weist darauf hin, daß der Polizeibericht dahingehend revidiert werden mußte, daß die Polizei die Schüsse auf die Demonstranten abgab ("Rheinische Post", Düsseldorf, 15.5.1952): G. Grünewald, a.a.O., S. 396, Fn. 116; vgl. auch P. Müller, a.a.O., S. 128/129.
- 31) Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 14.5.1952, S. 9258; vgl. P. Müller, a.a.O., S. 96 - 100. Nach Art. 44 GG hat der Bundestag "das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise erhebt."
- 32) "Nürnberger Nachrichten", 14.5.1952; nach diesem Bericht beschlossen die Teilnehmer der Veranstaltung in München, einen Brief an den Innenminister von Nordrhein-Westfalen zu schreiben mit der Aufforderung, die "für den Mord Verantwortlichen" vor ein "Volksgericht" zu stellen.
- 33) P. Müller, a.a.O., S. 119 ff.; "Nürnberger Nachrichten", 19.5.1952; nach diesem Bericht verlief die Trauerfeier und die

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

Beisetzung auf dem Friedhof in Alt-Aubing ohne Zwischenfälle. Zwei Hundertschaften der Polizei und amerikanische Soldaten, die in Bereitschaft lagen, griffen nicht ein.

34) P. Müller, a.a.O., S. 131 - 133.

35) ebenda, S. 133 ff.

36) Peter Molt, Die neutralistische Opposition ..., a.a.O., S. 53; Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, a.a.O., S. 60; Kirchliches Jahrbuch 1952, a.a.O., S. 26/27.

37) z.n.: Florence Hervé, Brot und Rosen. Geschichte und Perspektiven der demokratischen Frauenbewegung, Frankfurt/M. 1979, S. 171.

38) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Kapitel XIII, S. 167; der Aufruf der Konferenz und die Liste der unterzeichnenden Persönlichkeiten ist abgedruckt in: Jdz 1952, Heft 32, S. 1426 ff.; folgende Organisationen waren nach diesen Angaben in Dortmund vertreten:

Arbeitskreis für deutsche Verständigung - für einen gerechten Friedensvertrag, Ausschüsse gegen Remilitarisierung - für einen Friedensvertrag, Westdeutscher Arbeits-Ausschuß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und örtliche Kampfausschüsse, Westdeutsches Friedenskomitee und Friedensverbände, Gesamtdeutscher Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft und Bauernvertreter, Führungsring ehemaliger Soldaten und ehemaliger Offiziere, Westdeutsches Treffen der Jungen Generation und Jugendvertreter, Westdeutsche Frauenfriedensbewegung und Frauenorganisationen, Deutsches Arbeiterkomitee gegen Remilitarisierung, 1. Westdeutscher Flüchtlingskongreß und Flüchtlingsverbände, Ausschuß für Zusammenarbeit der Kriegsgeschädigten und Kriegsfolgegeschädigten sowie den Kriegsgeschädigtenverbänden, Zentralrat zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Arbeitsgemeinschaft demokratischer Juristen.

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

Joseph Wirth, geb. am 6.8.1879 in Freiburg; seit 1914 Mitglied des Reichstages für die Zentrumsparlei; nach 1918 Wahl in die deutsche Nationalversammlung; 1920 Reichsfinanzminister im Kabinett Hermann Müller; 1921 Wahl zum Reichskanzler. Das Kabinett Wirth vollzog eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik, die auf Verständigung und freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarländern zielte. Sie kam mit dem Abschluß des Rapallo-Vertrages vom 16.4.1922 mit der Sowjetunion zum Ausdruck. Rücktritt als Reichskanzler aus koalitionspolitischen Gründen im November 1922; danach weiter in führenden politischen Ämtern tätig; im 1. Kabinett Brüning Innenminister; 1933 Emigration ins Ausland; 1948 Rückkehr nach Deutschland; Wirth war Mitglied im "Arbeitskreis für deutsche Verständigung - für einen gerechten Friedensvertrag", dem u.a. die frühere Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei, Frau Katharina von Kardorff-Oheimb und die Bundestagsabgeordnete der KPD, Grete Thiele, angehörten. Alle Angaben aus: ddz 1953, Heft 46, S. 2419 - 2422.

Zum Leben Joseph Wirths: Gernot Erler, Karl-Otto Sattler (Hrsg.), Die unterlassene Ehrung des Reichskanzlers Joseph Wirth. Blüten eines provinziellen Antikommunismus. Ein dokumentarisches Lesebuch. Freiburg 1980.

Wilhelm Elfes, geb. am 5.6.1884 in Krefeld, war ebenfalls Mitglied der Zentrumsparlei und arbeitete für sie in der Weimarer Republik in führenden Positionen; von 1927 - 1933 war er Polizeipräsident in Krefeld; 1933 Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten; nach Kriegsende Wahl zum Oberbürgermeister von München-Gladbach; 1947 Kandidatur für den Landtag von Nordrhein-Westfalen als CDU-Mitglied. 1949 trat er aus der CDU aus; 1952/53 beteiligte sich Elfes an der "Deutschen Sammlung", ab 1953 führte er den Vorsitz des "Bundes der Deutschen" mit. Alle Angaben nach: ddz 1953, Heft 47, S. 2500 - 2504; G. Erler, K.-O. Sattler, Die unterlassene Ehrung des Reichskanzlers Joseph Wirth, a.a.O., S. 166, Fn. 52.

Joseph Wirth und Wilhelm Elfes waren mit Sicherheit keine Kommunisten, sondern nationalbewußte Politiker, für die die deutsche

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

Wiedervereinigung den Vorrang vor der Remilitarisierung und der Westintegrationspolitik der Bundesregierung wegen der Gefahr der Vertiefung der Spaltung Deutschlands besaß. Sie versuchten, auf eine gesamtdeutsche Verständigung hinzuarbeiten und unternahmen dazu u.a. mehrere Reisen in die DDR und nach Frankreich.

- 39) Denkschrift von Karl-Georg Pfeleiderer vom 2.9.1952, abgedruckt in: ddz 1952, Heft 34, S. 1565 - 1568; Im Vertrag von Locarno hatte Deutschland gegenüber Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien und der Tschechoslowakei auf gewaltsame Grenzveränderungen verzichtet. Innerhalb der FDP stand Pfeleiderer mit seiner Auffassung zur "deutschen Frage" isoliert da: dazu A. Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, a.a.O., S. 178.
- 40) z.n.: "Nürnberger Nachrichten", 1.12.1952.
- 41) "Nürnberger Nachrichten", 4.12.1952; Fritz Krause, a.a.O., S. 154; Max Reimann sprach am 4. Dezember 1952; Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 4.12.1952, S. 11336 - 11344.
- 42) Alle Angaben nach: "Nürnberger Nachrichten", 5.12., 9.12., 10.12.1952.
- 43) Der Kampf um den Wehrbeitrag, Band I, München 1952, S. 3/4; dort sind alle 144 Bundestagsabgeordneten namentlich genannt, die die Klage unterzeichneten; sie war von den Bundestagsabgeordneten Adolf Arndt (SPD) und Bernhard Reismann (Föderalistische Union (FU) ausgearbeitet worden. Vgl.: Arnulf Baring, a.a.O., S. 221 ff.
- 44) z.n.: ebenda, S. 4; Art. 93 Abs. 1 Ziff. 2 des Grundgesetzes lautet: "Das Bundesverfassungsgericht entscheidet: ... 2. bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln über die förmliche und sachliche Vereinbarkeit von Bundesrecht oder Landesrecht mit diesem Grundgesetze oder die Vereinbarkeit von Landesrecht mit sonstigem Bundesrechte auf Antrag der Bundesregierung, einer Landesregierung oder eines Drittels der Mitglieder des Bundestages." Es handelte sich um eine vorbeugende Feststellungsklage, "weil es das Bundesrecht, dessen Verfassungsmäßigkeit die Antragsteller bestritten, noch gar nicht gab.": A. Baring, a.a.O., S. 221.

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

- 45) ebenda, Band I, S. 242.
- 46) Zur ersten Verhandlung: ebenda, S. 156 ff.
zur zweiten Verhandlung: ebenda, S. 370 ff.
- 47) Urteilsbegründung: ebenda, S. 436 ff.
- 48) ebenda, Band II, S. 2; § 97 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes lautet:
- "(1) Der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesregierung können in einem gemeinsamen Antrag das Bundesverfassungsgericht um Erstattung eines Rechtsgutachtens über eine bestimmte verfassungsrechtliche Frage ersuchen.
- (2) Dasselbe Recht steht dem Bundespräsidenten zu.
- (3) Das Rechtsgutachten wird vom Plenum des Bundesverfassungsgerichtes erstattet" (z.n. Band II, S. 1).
- Heuß nannte für sein Ansuchen um ein Rechtsgutachten später zwei Motive: a) damit sich die bevorstehenden Ratifizierungsdebatten im Bundestag über die Militärverträge in ihrem politischen Charakter entfalten könnten und nicht in der spezifisch juristischen Interpretation "gefesselt" blieben; b) er wollte sich auch für die eigene Entscheidung frühzeitig eine Rechtsberatung sichern (Band II, S. 811).
- 49) In Bonn wurde damals vermutet, es handele sich um eine "politische" Erkrankung, nachdem der Bundestag am 18.11.1952 einen Antrag der Regierungskoalition, die zweite und dritte Lesung der Vertragswerke für den 26./27.11.1952 anzusetzen, wegen unterschiedlicher Auffassungen in den Koalitionsparteien zur EVG-Politik und wegen der Kritik im In- und Ausland abgelehnt und den Termin der dritten Lesung auf unbestimmte Zeit verschoben hatte. Eine Entscheidung des Plenums des Bundesverfassungsgerichtes über die Unvereinbarkeit der Vertragsinhalte mit den Bestimmungen des Grundgesetzes hätte mit Sicherheit Folgen bei der zweiten Lesung der Vertragswerke im Bundestag vom 3. - 5. Dezember 1952 gehabt. A. Baring weist aber darauf hin, daß sich Hallstein am 25. November 1952 allem Anschein nach

Anmerkungen II - Das Jahr 1952

einem operativen Eingriff in einer Godesberger Klinik unterziehen mußte: a.a.O., S. 235.

- 50) Der Kampf um den Wehrbeitrag, Band III, München 1957, S. 1 ff.
In Art. 42 Abs. 2 Grundgesetz heißt es: "Zu einem Beschlusse des Bundestages ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt. Für die vom Bundestage vorzunehmenden Wahlen kann die Geschäftsordnung Ausnahmen zulassen."
- 51) ebenda, Band II, a.a.O., S. 812 ff.
- 52) Aussage von Höpker-Aschoff im Protokoll der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht am 9.12.1952: ebenda, S. 804.
- 53) A. Baring, a.a.O., S. 243 ff.; Fn. 85, S. 449; die Rücknahmeerklärung von Heuß ist abgedruckt in: Der Kampf um den Wehrbeitrag, Band II, S. 811.
- 54) "Nürnberger Nachrichten", 11.12., 12.12.1952.

Anmerkungen II - Das Jahr 1953

1. Politische Entscheidungen

- 1) Friedrich Thelen, Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland 1950 - 1955. Strategische Intentionen und Konzeptionen der Westlichen Alliierten, a.a.O., S. 155; das "Schwert" sollten die strategischen Nuklear-Bomberverbände sein, das "Schild" die konventionellen NATO-Truppen in Europa; vgl. Guido Grünewald, Die Geschichte der IDK, a.a.O., S. 90.
- 2) "Der Spiegel", Hamburg, 11.2.1953, Heft 7, S. 6.
- 3) Die französische Regierung übergab dem interimistischen Ausschuß der EVG in Paris am 20.2.1952 und anläßlich einer Tagung des ständigen NATO-Rates auch den übrigen Mitglieder der NATO die Entwürfe von Zusatzprotokollen. Darin verlangte sie u.a.:
 - a) für sich das Recht zu beanspruchen, die Einheit der eigenen Armee zu gewährleisten und daher die Entscheidung über die Bestimmung der französischen Kontingente in der EVG-Armee sowie ihren Austausch und Ernennungen sich vorzubehalten.
 - b) jederzeit ohne die Zustimmung der anderen Vertragspartner und ohne Zustimmung des Oberbefehlshabers der NATO ihre Kontingente nach eigenem Ermessen jederzeit aus dem europäischen Raum zu entfernen und nach den Bedürfnissen der französischen überseeischen Interessen einzusetzen: KA, 20.2.1953, S. 3881.
- 4) Der Kampf um den Wehrbeitrag, Band III, a.a.O., S. 127 ff.
- 5) Deutscher Bundestag, stenogr.Ber., 19.3.1953, S. 12300/12301; 12302; 12304.
- 6) Abstimmungsergebnisse, ebenda, S. 12363 ff.
- 7) Inhalte und Ergebnisse dieser Unterredungen in: KA, 11.4.1953, S. 3946 - 3948; aus der Sicht Adenauers: K. Adenauer, Erinnerungen 1945 - 1953, Stuttgart 1965, S. 564 ff.
- 8) Ergebnis der Bundestagswahl vom 6.9.1953: CDU/CSU 45,2 %; SPD 28,8 %; FDP 9,5 %, DP 3,3 %; BHE 5,9 %; KPD 2,2 %; BP 1,7 %; GVP/BdD 1,2 %; DRP 1,1 %; Zentrum 0,8 %; DNS 0,3 %; SSW 0,2 %.

Anmerkungen II - Das Jahr 1953

Die Bundesregierung konnte zukünftig mit der Zweidrittelmehrheit regieren, für die 244 Mandate erforderlich waren, weil der über die Zentrumsliste gewählte Abgeordnete Martin Heix nach der Wahl seinen Übertritt zur CDU-Fraktion erklärte.

- 9) "FAZ", 11.9., 24.10.1953; vgl. den Bericht der "Täglichen Rundschau", Berlin (DDR), 27.10.1953: danach berichtete der Deutschlandsender von Übungsschießen mit Atomgranaten mit einfacher Munition; abgedruckt in: ddz 1953, Heft 60, S. 3705, 3706; vgl. auch F. Thelen, a.a.O., S. 144.

2. Die Protestaktionen

- 1) "Neues Deutschland", Berlin (DDR), 29.1.1953.
- 2) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Kap. XIII, S. 221/222.
- 3) ddz 1953, Heft 43, S. 2207/2208.
- 4) "Stimme des Friedens", Düsseldorf, 26.3.1953, z.n.: ddz 1953, Heft 43, S. 2210.
- 5) Theodor Michaltscheff, 20 Jahre IDK, Persönliche Erinnerungen, Hamburg 1966, S. 21/22; alle Teilnehmer der Demonstration waren mit genauen Verhaltensmaßregeln dazu aufgefordert worden, sich absolut gewaltfrei zu verhalten. Als die Polizei mit der Verhaftung von Demonstranten begann, erklärten sie sich ohne vorherige Absprache neben dem IDK-Vorsitzenden Theodor Michaltscheff als für die Aktion in gleicher Weise verantwortlich. Die Polizei war davon überrascht und ließ die Festgenommenen nach Aufnahme der Personalien frei.

Ausführlich auf Theodor Michaltscheff geht Guido Grünewald in seiner Dissertation über die Geschichte der IDK ein: a.a.O., S. 43 ff.; Th. Michaltscheff, geb. am 20.4.1899 in Garbarewo (Bulgarien); Schulbesuch und Studium bis 1919; Bekenntnis zur gewaltbejahenden Richtung des revolutionären Anarchismus; 1920 Verweigerung des Kriegsdienstes, danach eineinhalb Jahre im

Anmerkungen II - Das Jahr 1953

Gefängnis. Bedingungsloser Pazifist seit 1923, als ein Polizist bei dem Versuch erschossen wurde, ihn und einige seiner Genossen zu verhaften; 1924 Flucht aus politischen Gründen nach Frankreich; 1927 Emigration nach England; 1930 ging er nach Deutschland und lebte in Hamburg; während der Kriegszeit selbstloses Engagement für die in Hamburg lebenden Fremdarbeiter; nach dem Krieg konnte durch Michaltscheffs hohen persönlichen Einsatz und nach zweijährigen Vorbereitungen unter schwierigen, durch die Nachkriegssituation bedingten Verhältnissen am 16. Juni 1947 die Internationale der Kriegsdienstgegner als Deutscher Zweig der War Resisters International gegründet werden. Michaltscheff wurde zum Vorsitzenden gewählt.

- 6) Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 19.3.1953, S. 12296 ff.
- 7) ebenda, S. 12299/12300.
- 8) ebenda; Redebeitrag von Ollenhauer: S. 12317 - 12328, von Reimann: S. 12339 - 12343, von Frau Arnold: S. 12338/12339, Frau Wessel: S. 12344, von Loritz: S. 12346/12347; namentliche Abstimmungsergebnisse: S. 12363 ff.
- 9) Nach dem Bericht des "General-Anzeigers", Bonn 20.3.1953, legten mehrere Hundertschaften der Bereitschaftspolizei und anderer auswärtiger Einheiten bei Tagesanbruch Stacheldrahtrollen an den Zufahrtsstraßen nach Bonn aus und sicherten mit Mannschaften des Bundesgrenzschutzes das Gelände um das Bundeshaus ab; auch Wasserwerfer wurden aufgefahren.
Nach dem Bericht der "Nürnberger Nachrichten" vom 20.3.1953 verteilten Frauen gelbe Flugblätter mit Texten wie z.B. "Frieden wollen wir"; angeblich befanden sich auf den Zufahrtswegen nach Bonn ca. 50.000 Demonstranten; von der Polizei wurde diese Zahl bestritten. Bereits am Morgen ereigneten sich Zusammenstöße bei den Sperrketten der Polizei; Stunden später bewegte sich ein Demonstrationzug durch die Bonner Innenstadt. Die Menge stimmte mehrfach das Lied "Wir sind die Junge Garde des Proletariats" an; Sprechchöre wurden gerufen wie z.B. "Nieder

Anmerkungen II - Das Jahr 1953

mit Adenauer", oder "Wenn Ost und West zusammensteh'n, muß Adenauer stempeln geh'n". Die Polizei ging zum Teil mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vor und sprach von vielen Festnahmen.

- 10) Der Kampf um den Wehrbeitrag, Band III, München 1957, S. 149 ff.
- 11) ebenda, S. 161 ff.; A. Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, a.a.O., S. 277/277.
- 12) Der Kampf um den Wehrbeitrag, Band III, a.a.O., S. 155.
- 13) Ausführlich auf die Hintergründe dieser Entscheidung geht A. Baring ein: a.a.O., S. 278 ff.; der Grund dafür, daß der Bundesrat nun in Befürworter und Gegner der Verträge gespalten war, lag nach Baring zum großen Teil in der Amerika-Reise des Bundeskanzlers, die in der Öffentlichkeit allgemein als großes Erfolgeereignis galt. Nach seiner Rückkehr hatte Adenauer auf dem CDU-Parteitag in Hamburg (19. - 22.4.1953) die anwesenden CDU-Ministerpräsidenten, die im Bundesrat vertreten waren, von der Richtigkeit seiner EVG-Politik überzeugen können. Baring weist auch darauf hin, daß der Entschluß des Bundesrates um Aufschub einer Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Vertragswerke, die auf Reinhold Maier persönlich zurückging, vermutlich dessen Hoffnung zugrunde lag, die Bundesregierung werde nach Ablauf der im Art. 77 Abs. 2 des Grundgesetzes vorgesehenen vierzehntägigen Einspruchsfrist - die der Bundesrat nicht wahrnahm - die Verträge dem Bundespräsident zur Unterzeichnung vorlegen. Auf diese Weise wäre es dem Ländergremium erspart geblieben, eine klare Stellungnahme zu den Verträgen abgeben zu müssen (S. 282). In Art. 77 Abs. 2 Grundgesetz hieß es: "Der Bundesrat kann binnen zwei Wochen nach Eingang des Gesetzbeschlusses verlangen, daß ein aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates für die gemeinsame Beratung von Vorlagen gebildeter Ausschuß einberufen wird..." (inzwischen geändert durch 18. Änderungsgesetz vom 15.11.1968).

Anmerkungen II - Das Jahr 1953

- 14) ebenda, S. 284.
- 15) ebenda, S. 285 ff.; Bundeskanzler Adenauer dachte besonders an Niedersachsen, wo sich die Regierungskoalition aus SPD, GB/BHE und Zentrum zusammensetzte. Aber das Tauziehen um den BHE, die Koalition zu verlassen, um damit die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zugunsten der CDU zu verändern, zog sich über Wochen dahin (S. 287/288).
- 16) Die Motive Reinhold Maiers dafür können hier nicht in allen Einzelheiten dargestellt werden; dazu Baring, S. 288 ff.; festzuhalten bleibt, daß Maier von führenden DVP-Politikern und Mitgliedern des FDP-Bundesvorstandes unter starken Druck gesetzt und mit dem Parteiausschluß aus der DVP bedroht wurde, falls er seine Haltung zu den Verträgen nicht im Sinne der Bundesregierung ändern würde (a.a.O., S. 289). Zusätzlich hatte Maier mit Konrad Adenauer einen Kompromiß vereinbart, nach dem der Hauptinhalt des General-Vertrages und des EVG-Vertrages durch den Bundesrat nicht zustimmungsbedürftig sei: Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer, Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1977, S. 234.
- 17) Der Kampf um den Wehrbeitrag, Band III, a.a.O., S. 167 ff.
- 18) Deutscher Bundesrat, Sitzungsberichte, 107. Sitzung vom 15. Mai 1953, S. 232 A, 236 C, z.n.: Baring, a.a.O., S. 465, Fn 130; dort ist der Beschluß im Wortlaut abgedruckt.
- 19) Baring, a.a.O., S. 291; das Kabinett hatte mit fünf gegen vier Stimmen (5 SPD- gegen 3 DVP/FDP-Stimmen und 1 BHE-Stimme) diesen Beschluß gefaßt (S. 291).
- 20) ebenda, S. 291/292; der Parteisekretär des Bezirks Südwest der SPD, Max Denker, hatte Reinhold Maier bereits vor der Bundesratsitzung am 15. Mai 1953 zu verstehen gegeben, daß die maßgebenden Männer in der Fraktion der Ansicht seien, Maier solle ruhig so abstimmen, wie er es für unerläßlich halte und vorgeschlagen habe (ebenda). Vgl.: Jörg Schadt, Wolfgang Schmierer

Anmerkungen II - Das Jahr 1953

(Hrsg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, a.a.O. S. 234.

- 21) Art. 79 Abs. 1 hieß in seiner ursprünglichen Form: "Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt." Der zweite, neu eingefügte Satz heißt: "Bei völkerrechtlichen Verträgen, die eine Friedensregelung, die Vorbereitung einer Friedensregelung oder den Abbau einer besatzungsrechtlichen Ordnung zum Gegenstand haben oder der Verteidigung der Bundesrepublik zu dienen bestimmt sind, genügt zur Klarstellung, daß die Bestimmungen des Grundgesetzes dem Abschluß und dem Inkraftsetzen der Verträge nicht entgegenstehen, eine Ergänzung des Wortlautes des Grundgesetzes, die sich auf diese Klarstellung beschränkt."

Diese Klarstellung wurde zusätzlich mit der Einfügung des Art. 142 a abgesichert: "Die Bestimmungen dieses Grundgesetzes stehen dem Abschluß der am 26. und 27. Mai 1952 in Bonn und Paris unterzeichneten Verträgen (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten und Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft) mit ihren Zusatz- und Nebenabkommen, insbesondere dem Protokoll vom 26. Juli 1952, nicht entgegen." (aufgehoben durch das 17. Ergänzungsgesetz vom 24.6.1968)

- 22) Der Kampf um den Wehrbeitrag, Band III, S. 592 ff.
- 23) Hoffnungen auf den Ausgang der Bundestagswahlen 1953 und eine damit verbundene Änderung der EVG-Politik äußerten z.B. in der Bundestagsdebatte vom 19. März 1953: Max Reimann (KPD), Helene Wessel und Hans Bodensteiner (GVP): Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 19.3.1953, S. 12341; 12344; 12353.
- Der "Bund der Deutschen" war am 10. Mai 1953 als Partei in Düsseldorf von Joseph Wirth und Wilhelm Elfes als Nachfolgeorganisation der "Deutschen Sammlung" (s.S. 139) gegründet worden, ähnlich wie die "Notgemeinschaft für den Frieden Europas" in die GVP umgewandelt worden war.

Anmerkungen II - Das Jahr 1953

- 24) Ausführlich mit der Frage, ob das Wahlergebnis vom Herbst 1953 als Absage an die Wiederbewaffnungsoption zu verstehen ist, hat sich Reinhard Mutz auseinandergesetzt: R. Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit in der BRD, Probleme der Analyse, Kritik und Kontrolle militärischer Macht, München/Wien 1978, S. 99 ff.
- 25) z.n. ebenda, S. 106.
- 26) ausführlich zur Demontagepolitik der Siegermächte in den einzelnen Besatzungszonen: Rudolph Hagen, Die verpaßten Chancen, a.a.O., S. 63 ff.
- 27) Insgesamt flüchteten aus den Ostprovinzen, aus Mitteldeutschland und dem Sudetengebiet mehr als 12 Millionen Deutsche nach dem Westen. Näheres dazu bei: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 39 ff.
- 28) Zu den Ereignissen in der DDR am 17. Juni 1953: Rudi Dutschke, Der Kommunismus, die despotische Verfremdung desselben in der UdSSR und der Weg der DDR zum Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, in: R. Dutschke/M. Wilke (Hrsg.), Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke, a.a.O., S. 261 ff.; vgl.: Axel Bust-Bartels, Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", 21.6.1980, S. 24 ff.; vgl. aus der Sicht der heutigen Geschichtsschreibung in der DDR: S. Thomas, Der Weg in die NATO, a.a.O., S. 262 ff.
- 29) z.n.: Bernt Engelmann, Wir sind wieder wer. Auf dem Weg ins Wirtschaftswunderland, München 1981 (Engelmann II), S. 90; vgl. ebenda, S. 12/13; 50; 67.
- 30) Wolfgang Hirsch-Weber/Klaus Schütz, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Berlin und Frankfurt/M. 1957, S. 340/341, Tabelle 90: Motive der CDU-Wähler. Danach nannten z.B. von 100 befragten CDU-Wählern als Grund für ihre Entscheidung:
- 30 Adenauers Persönlichkeit, sein Prestige in der Welt
21 aus religiösen Gründen

Anmerkungen II - Das Jahr 1953

- 19 wegen des wirtschaftlichen Fortschritts in den letzten Jahren
- 2 die CDU ist für den Frieden und befürwortet die deutsche Wiedervereinigung
- 1 die CDU begünstigt die deutsche Wiederbewaffnung
(Restantworten ebenda)

Ebenso spielten diese Gründe auch bei einer Aufteilung nach primären und sekundären Motiven der Wähler die wichtigste Rolle. Auf die Fragen: "Es gibt natürlich vielerlei Gründe, die einen veranlassen, für eine Partei zu stimmen, aber meistens ist einer wichtiger als der andere. Können Sie mir nun sagen, welcher dieser Gründe für Sie der wichtigste war, daß Sie die CDU gewählt haben?

(Und was käme an 2. Stelle?) (Und was an 3.?)" antworteten von 100 befragten CDU-Wählern:

an erster Stelle	an zweiter Stelle	an dritter Stelle	
40	7	6	weil die CDU eine christliche Partei ist
18	24	17	Adenauer Deutschland Ansehen, Freunde und Geltung in der Welt verschafft hat
11	17	18	weil die CDU uns zu Wohlstand und wirtschaftlichem Aufschwung geführt hat
1	4	4	weil die CDU für unsere militärische Beteiligung an der EVG - der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft - ist

(Restantworten ebenda).

Anmerkungen II - Das Jahr 1953

- 31) "Stuttgarter Zeitung", 20.4.1953; B. Engelmann II, a.a.O., S. 99; S. 295; Engelmann nennt als "zwei von hundert Beispielen" von Vereinigungen, die der Bundesregierung Geld spendeten, die "Volkswirtschaftliche Gesellschaft Bayern e.V" und den "Verband Bayerischer Grundbesitzer".
- 32) A. Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, a.a.O., S. 11; Lenz besaß gute Beziehungen zu E.P. Neumann und Elisabeth Noelle-Neumann, die das Institut für Demoskopie in Allensbach leiteten und ihre Befragungsergebnisse dem Bundespresseamt zur Verfügung stellten.
- 33) Peter Molt, Die neutralistische Opposition, a.a.O., S. 131.
- 34) Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 25.6.1953, S. 13741 ff.
- 35) Fritz Krause, Die Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, a.a.O., S. 164; zu erwähnen für den Herbst 1953 ist die Gründung der "Gruppe der Wehrdienstverweigerer" (GdW) am 25. September 1953 in Köln. Die GdW, die vor allem von Mitgliedern der Jungsozialisten und der Gewerkschaftsjugend getragen wurde, arbeitete gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und verstand sich als eine Art gewerkschaftliche Interessenorganisation der Kriegsdienstverweigerer. Parteipolitisch orientierte sich die GdW an der SPD und dem DGB, eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten wurde strikt abgelehnt. Zum Vorsitzenden der GdW wurde Hans-Jürgen Wischniewski gewählt; 1954 löste ihn Hans-Hermann Köper ab; näheres zur GdW bei: Guido Grünewald, Die Geschichte der IDK, a.a.O., S. 164 ff.

Anmerkungen II - Das Jahr 1954

1. Politische Entscheidungen

- 1) Die Initiative zu dieser Viererkonferenz war von dem britischen Premierminister W. Churchill ausgegangen, der in einer Rede am 11. Mai 1953 im britischen Unterhaus eine solche Konferenz vorgeschlagen hatte: KA, 15.5.1953, S. 3992/3993; ausschlaggebend für das Zustandekommen der Konferenz waren internationale politische Entwicklungen: z.B. der Tod Stalins (5.3.1953), mit dem in der westlichen Welt Erwartungen auf eine allmähliche Entspannung zwischen Ost und West gesetzt wurden; die Beendigung des Korea-Krieges (27.7.1953); die erfolgreiche Zündung einer sowjetischen H-Bombe, die die Fähigkeit Moskaus demonstrierte, im atomaren Rüstungswettlauf mit den USA mithalten.
Die politischen Gespräche auf der Berliner Viererkonferenz:
den 1. über den Abbau der internationalen Spannungen und die Frage einer Fünfmächte-Konferenz zwischen Großbritannien, Frankreich, USA, der Sowjetunion und der Volksrepublik China über Asien, 2. über die "deutsche Frage" und die europäische Sicherheit, 3. über die Ausarbeitung eines österreichischen Staatsvertrages geführt: KA, 31.1.1954, S. 4348 ff.; 6.2.1954, S. 4361 ff.; 13.2.1954, S. 4372 ff.; 18.2.1954, S. 4383 ff.
- 2) Anstelle der EVG sollte nach dem sowjetischen Vorschlag ein gesamteuropäischer kollektiver Sicherheitspakt unter Einbeziehung beider deutscher Staaten auf die Dauer von 50 Jahren bis zu einer Regelung über die deutsche Wiedervereinigung geschaffen werden: KA, 13.2.1954, S. 4372 - 4374.
- 3) entsprechend den Vorstellungen der Bundesregierung zur "deutschen Frage" vom 10. Juni 1953: Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 10.6.1953, S. 13247 ff.); in Anlehnung an diese Beschlüsse war der Eden-Plan mit Initiative des britischen Außenministers von Vertretern der westlichen Alliierten in Zusammenarbeit mit deutschen Sachverständigen ausgearbeitet worden; abgedruckt in: KA, 6.2.1954, S. 4361.

Anmerkungen II - Das Jahr 1954

- 4) Abschluß-Communique der Konferenz: KA, 18.2.1954, S. 4389.
- 5) Associated Press (AP), Paris, 1.4.1954, z.n.: ddz 1954, Heft 69, S. 4631/4632; wegen der französischen Haltung zu den EVG-Verträgen waren erstmals im November/Dezember 1953 von westlichen Politikern und Militärs andere Lösungen wie z.B. der Beitritt der BRD in die NATO erwogen worden: KA, 8.12.1953, S. 4284 (Bermuda-Konferenz der drei Westmächte); vgl. Berichte der "Stuttgarter Zeitung", 18.12.1953, "Passauer Neue Presse", Passau, 19.12.1953; Kommentar Adalbert Weinsteins in "FAZ", 12.3.1954 mit der Überschrift: "Man muß auch andere Lösungen überlegen", in: ddz 1954, Heft 71, S. 4872 - 4875; A. Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, a.a.O., S. 123/124; zu den französischen Zusatzprotokollen: siehe Anmerkungen II, Fn. 3, S. 358. Heuß hatte die Ratifikationsurkunden zu den EVG-Verträgen am 30. März 1954 unterzeichnet.
- 6) A. Baring, a.a.O., S. 331; bis zum Sommer 1954 waren die EVG-Verträge von vier der sechs Mitgliedstaaten ratifiziert worden: von Belgien, Holland, Luxemburg und der BRD.
- 7) KA, 14.8.1954, S. 4682; der Wortlaut der französischen Änderungswünsche ist abgedruckt bei den Protokollen der Brüsseler Konferenz vom 19. - 22. August 1954: KA, 21.8.1954, S. 4690 ff.
- 8) KA, 31.8.1954, S. 4705 - 4711; zuvor hatten bereits alle zuständigen sechs Kommissionen der Nationalversammlung die EVG-Verträge abgelehnt (S. 4703).
- 9) Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953 - 1955, Stuttgart 1965, S. 298; A. Baring, a.a.O., S. 331.
- 10) Unter der Leitung des Bundeskanzlers erarbeitete die Bundesregierung am 1. September 1954 ein Fünf-Punkte-Programm, in dem sie die Ziele ihrer Außenpolitik nach dem Scheitern der EVG nannte:
 1. Fortführung der Politik der europäischen Einigung mit allen dazu bereiten Völkern auf allen dafür geeigneten Gebieten; dabei miteingeschlossen die militärische Integration mit den

Anmerkungen II - Das Jahr 1954

bisherigen EVG-Staaten, die die Militärverträge ratifiziert haben oder direkt vor der Ratifizierung stehen.

2. Wiederherstellung der Souveränität.

3. Teilnahme an der westlichen Verteidigung ohne Diskriminierung.

4. Die rechtliche Regelung des Aufenthaltes von Truppen anderer Länder in der Bundesrepublik durch Abschluß von Verträgen.

5. Die Aufnahme unverzüglicher Verhandlungen mit den USA und Großbritannien. (KA, 3.9.1954, S. 4714)

- 11) Stellungnahmen des amerikanischen Außenministers J.F. Dulles und der britischen Regierung zum Scheitern der EVG ebenda, S. 4715/4716.
- 12) Die Beschlüsse der Neunmächte-Konferenz in London sind abgedruckt in: KA, 3.10.1954, S. 4765 - 4770.
- 13) Die Saarfrage hatte die Beziehungen zwischen Paris und Bonn jahrelang erheblich belastet. Das wirtschaftlich bedeutsame Saargebiet (Stahl-, Kohle-, Eisenproduktion) war 1946 von Frankreich aus seiner Besatzungszone praktisch herausgetrennt und seitdem mehr oder weniger politisch im Einflußbereich Frankreichs gestanden. Die Bundesregierung setzte sich für den europäischen Status des Saargebiets innerhalb der west-europäischen Bündnisgemeinschaft ein, um ihren politischen Einfluß im Saargebiet teilweise gewährleistet zu sehen. Auf der Pariser Konferenz vom 19. - 23. Oktober 1954 einigten sich Bundeskanzler Adenauer und der französische Ministerpräsident Pierre Mendes-France darauf, im Rahmen der Westeuropäischen Union der Saar ein europäisches Statut zu geben, das durch eine Volksabstimmung gebilligt und bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Frankreich nicht mehr in Frage gestellt werden sollte. 1955 stimmte die saarländische Bevölkerung gegen das europäische Statut und für die Angliederung des Saarlandes an die BRD, die in den Jahren 1957 - 1959 vollzogen wurde.

Anmerkungen II - Das Jahr 1954

- 14) Art. 7 des geänderten General-Vertrages, z.n.: KA, 20. - 23.10. 1954, S. 4805; Die Protokolle der Pariser Konferenz sind ebenda abgedruckt, S. 4802 - 4814. Für den geänderten Deutschland-Vertrag, in dem die Souveränitätserklärung für die BRD mit Vorbehalten garantiert wurde, bildeten die Bestimmungen des General-Vertrages von 1952 die Grundlage. (s.S. 122)
- 15) Dazu: S. Thomas, a.a.O., S. 306 ff.: "Die Pariser Konferenzen".
- 16) KA, 23.10.1954, S. 4815 - 4817; 13.11.1954, S. 4842/4843. Ablehnende Noten der Westmächte: ebenda, 27.11.1954, S. 4867 ff.
- 17) z.n.: KA, 2.12.1954, S. 4878 - 4881. An der Moskauer Konferenz nahmen teil: Sowjetunion, Volksrepublik China, DDR, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, ... In einer weiteren Note vom 9. Dezember 1954 an die Westmächte erklärte die Sowjetunion, daß eine Ratifizierung der Pariser Verträge und der NATO-Beitritt der BRD weitere Verhandlungen zwischen den vier Mächten über die deutsche Wiedervereinigung gegenstandslos machen werde: KA, 9.12.1954, S. 4890/4891.

2. Die Protestaktionen

- 1) z.n.: Kirchliches Jahrbuch 1954, a.a.O., S. 58; G. Heinemann und Martin Niemöller sprachen auf öffentlichen Kundgebungen in Westberlin: Diether Koch, Heinemann und die Deutschland-frage, München 1972, S. 430; Herbert Mochalski schrieb einen Neujahrsartikel in dem von ihm mitherausgegebenen Blatt "Stimme der Gemeinde" vom 1. Januar 1954; Auszüge aus der Erklärung des KPD-Parteivorstandes in: Dokumente der KPD 1945 - 1956, a.a.O., S. 426 - 432; weitere Erklärungen zu der Berliner Viermächte-Konferenz in: ddz 1954, Heft 64, S. 4097 - 4104.
- 2) "Parlamentarische Wochenschau", Köln 1954, Nr. 11, z.n.: ddz 1954, Heft 68, S. 4522/4523; in dieser Entschließung heißt es: "... Die Kölner Jungsozialisten sind der Auffassung, daß nicht nur die EVG, sondern Wiederbewaffnung überhaupt abzulehnen ist,

Anmerkungen II - Das Jahr 1954

da diese unter den heutigen politischen Kräfteverhältnissen nur die politische staatliche Machtfülle des Besitzbürgertums stärken und alle aus der Rüstung anfallenden Lasten den arbeitenden Massen aufbürdet. Da die SPD jeden Gedanken der Wiedereroberung kategorisch zurückweisen muß, bleibt nur das Problem der militärischen Sicherheit als Begründung für eine Aufrüstung. Keine noch so große Zahl von Divisionen würde eine wirkliche Sicherung und einen Schutz vor kriegesischen Verwicklungen bieten ... Unter den heutigen politischen Machtverhältnissen wird eine Wiederaufrüstung nur alle Elemente des Militarismus und Nationalismus stärken und das innerpolitische Kräfteverhältnis weiter zum Nachteil der Arbeiterbewegung verschlechtern."

- 3) ebenda, S. 4523/4524.
- 4) "Neue Presse", Coburg, 23.3.1954.
- 5) Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst (ADN), Düsseldorf, 29.3.1954, z.n.: ddz 1954, Heft 69, S. 4641.
- 6) ddz 1954, Heft 72, S. 4926/4927; Max Reimann, Entscheidungen 1945 - 1956, Frankfurt/M. 1973, S. 216/217. Die Volksarmee der DDR beschloß am 26. Mai 1954, die Volksbefragung Ende Juni 1954 in der DDR durchzuführen: KA, 28.5.1954, S. 4546/4547.
- 7) z.n.: "Neues Deutschland", Berlin (DDR), 29.6.1954.
- 8) Alle Ergebnisse aus: ddz 1954, Heft 73, S. 5021 - 5024; Heft 79, S. 5655 - 5659. In der DDR fand die Volksbefragung in der Zeit vom 27. - 29. Juni 1954 statt. Die Frage "Sind Sie für einen Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder für EVG, General-Vertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre?" beantworteten bei einer Beteiligung von 98,6% aller Abstimmungsberechtigten 93,5% mit "Ja": KA, 1.7.1954, S. 4602.
- 9) Alle Angaben über das II. Deutschlandtreffen aus: KA, 8.6.1954, S. 4563/4564. Als Gäste waren in Berlin neben den Regierungsmitgliedern und Funktionären der DDR u.a. der KPD-Vorsitzende Max Reimann, der Präsident des Weltbundes der Demokratischen

Anmerkungen II - Das Jahr 1954

Jugend, Bruno Bernini, eine Delegation des Konsomol unter Führung von W.I. Kotschemassow und eine Delegation des Chinesischen Jugendverbandes anwesend.

Das Zitat der FAZ vom 8.6.1954 ist ebenda abgedruckt.

- 10) "Die Welt", Hamburg, 4.6.1954; "Süddeutsche Zeitung", München, 4.6.1954; Max Reimann, Entscheidungen 1945 - 1956, a.a.O., S. 216.
- 11) Nach Aussage von Bundesfinanzminister Schäffer beabsichtigten die Amerikaner, am Blink 558 Familienwohnungen, 204 Junggesellenwohnungen, eine Offiziersmesse, eine Schule, eine Kapelle etc. zu errichten: Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 14.7.1954, S. 1883.
- 12) ebenda, S. 1888; ein Ergänzungsantrag der SPD, daß die amerikanische Militärverwaltung das Ersatzgelände annehmen sollte, wurde von den Regierungsparteien abgelehnt.
- 13) Alle Angaben aus: "Nürnberger Nachrichten", 5.8., 6.8., 7.8. 1954; "Weser-Kurier", Bremen, 5.8., 6.8., 9.8.1954. Nach dem Bericht der "Nürnberger Nachrichten" vom 6.8.1954 beteiligten sich einige KPD-Funktionäre an den Auseinandersetzungen am Blink.
- 14) "General-Anzeiger", Bonn, 29.9.1954; "National-Zeitung", Berlin (DDR), 30.9.1954.
- 15) Zur Anti-Atomtod-Bewegung: Blaubuch; Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, hrsgn. vom Friedenskomitee der BRD, o.O., o.J.; Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer Köln 1970, S. 65 ff.; BIKINI, die fünfziger Jahre. Politik-Alltag-Opposition, hrsgn. vom Elefanten Press Verlag, Berlin (West), 1981, S. 101 ff.
- 16) "Neue Presse", Coburg, 12.4.1954.
- 17) "Die Welt", Hamburg, 15.4.1954; am 1. März 1954 hatte die USA im Pazifik eine Wasserstoffbombe mit der 600-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe gezündet.

Anmerkungen II - Das Jahr 1954

- 18) Kirchliches Jahrbuch 1954, a.a.O., S. 67 - 71; die Weltkirchenkonferenz in Evanston erklärte in ihrer Botschaft zu den Problemen der Welt: "... Wir glauben, daß es zwei entscheidend wichtige Voraussetzungen gibt, die erfüllt werden müssen, wenn eine Katastrophe vermieden werden soll:
- a) Das Verbot aller der Massenzerstörung dienenden Waffen, einschließlich der Atom- und Wasserstoffbomben, wobei für eine internationale Aufsicht und Kontrolle derart Vorsorge getroffen werden muß, wie sie die Sicherheit aller Nationen zu sichern vermöchte, zusammen mit der fühlbaren Beschränkung aller anderer Rüstungsfragen.
- b) Die sichere Gewißheit, daß kein Land aggressive oder umstürzlerische Aktionen in anderen Ländern unternehmen oder sie unterstützen wird. Wir sind überzeugt, daß der Friede ernstlich gefährdet sein wird, solange das Wettrüsten anhält..." (ebenda, S. 75).
- 19) Dokumente der KPD 1945 - 1956, a.a.O., S. 454 - 456.
- 20) KA, 28.5.1954, S. 4547.
- 21) z.n.: Protokoll vom 3. Ordentlichen Bundeskongreß in Frankfurt/M., 4. - 9. Oktober 1954, hrsgn. vom DGB, S. 580.
- 22) "Neuer Vorwärts", Hannover, 5.11.1954.
- 23) Der Deutsche Jugendring war beim II. Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin von Delegierten des "Deutschen Jugendkongresses für Frieden, Einheit und Freiheit" zur Verbesserung der Zusammenarbeit der in Berlin teilnehmenden Jugendorganisationen gegründet worden.
- 24) "Münchener Merkur", 8.11.1954, z.n.: ddz 1954, Heft 84, S. 6117; auf den Seiten 6112 - 6117 sind Auszüge aus dem Kölner Bahnhofsgespräch und weitere Pressestimmen abgedruckt. Vgl. ausführlicher Bericht über das "Kölner Bahnhofsgespräch" in: "Nürnberger Nachrichten", 6.11.1954. Als Vertreter des "Amtes Blank" nahmen teil: Graf Baudissin, Pressereferent Guhr, Karst und Neudeck.

Anmerkungen II - Das Jahr 1954

- 25) "Nürnberger Nachrichten", 19.11., 22.11.1954.
- 26) "Nürnberger Nachrichten", 29.11.1954. 400 jugendliche Demonstranten zogen nach diesem Bericht durch die Innenstadt.
- 27) ebenda, 23.11.1954.
- 28) "Die Welt", 24.11., 27.11.1954; "Nürnberger Nachrichten", 25.11.1954.
- 29) Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 15.12.1954, S. 3145.
- 30) Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 5.10.1954, S. 2236; 2241/2242.
- 31) Im "Neuen Vorwärts" vom 17.12.1954 heißt es dazu: "Sie (gemeint ist die SPD - E.D.) wird auch außerhalb des Parlamentes alles einsetzen, um diese Forderung, zu der sich im Hinblick auf den Ernst der Lage alle Freunde der deutschen Einheit und des Friedens bekennen müssen, Nachdruck zu verleihen" (z.n.: Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung, Entstehung und Entwicklung der BRD 1945 - 1955, Köln 1975, S. 483).
- 32) z.n.: KA, 11.10.1954, S. 4788.
- 33) ddz 1955, Heft 86, S. 6314 ff.
- 34) Am 23. November 1954 begann in Karlsruhe vor dem 1. Senat des Bundesverfassungsgerichtes der KPD-Verbotsprozeß; näheres dazu bei A. von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1968, Frankfurt/M. 1968, S. 117 ff.
- 35) z.n.: Dokumente der KPD 1945 -1956, a.a.O., S. 479/480. Auf dem Parteitag wurde die Rede des KPD-Vorsitzenden Max Reimann von einem Tonband abgespielt, weil er sowie 97 andere Delegierte der Partei wegen politischer Strafverfahren nicht daran teilnehmen konnten.
- 36) Alle Stellungnahmen aus: Kirchliches Jahrbuch 1954, a.a.O., S. 75 ff.

Anmerkungen II - Das Jahr 1955

1. Politische Entscheidungen

- 1) KA, 15.1.1955, S. 4959.
- 2) Rundfunkansprache Adenauers am 22. Januar 1955; er erklärte wortlich: "Wir sind nicht so töricht, die Hilfe der Atlantikpaktstaaten bei der Wiedervereinigung durch eine Ablehnung oder eine dieser in ihrem Wirken gleichkommenden Vertagung der Pariser Verträge auf Grund einer solchen Verlautbarung Sowjetrusslands preiszugeben." (z.n.: "Der Tag", Berlin (West), 23.1.1955). Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer forderte in einem Brief an den Bundeskanzler vom 23. Januar 1955 ebenfalls die Einberufung einer Viermächte-Konferenz über eine Lösung der "deutschen Frage". Adenauer lehnte diese Forderung ab: KA, 23.1.1955, S. 4973/4974.
- 3) Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 24.2.1955, S. 3511 ff.; namentliche Abstimmungsergebnisse zur 2. Lesung ebenda, 26.2.1955, S. 3859 - 3877.
- 4) ebenda, 27.2.1955, S. 3898/3899.
- 5) Namentliche Abstimmungsergebnisse zur 3. Lesung ebenda, S. 3939 - 3947. Im einzelnen:
zum Protokoll vom 23.10.1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der BRD: 324 Ja-, 151 Nein-Stimmen; zum Beitritt der BRD in die WEU und die NATO: 315 Ja-, 157 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen;
zum Abkommen über das Statut der Saar: 264 Ja-, 201 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen.
- 6) "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik", abgedruckt in: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 472/73.

Anmerkungen II - Das Jahr 1955

- 7) Bundeswehr; Chronik - Fakten - Dokumente. Autorenkollektiv des Deutschen Instituts für Militärgeschichte, Berlin (DDR) 1969, S. 66 ff.
- 8) "Nürnberger Nachrichten", 1.4.1982.

2. Die Protestaktionen

- 1) "Neuer Vorwärts", 31.12.1954, z.n.: Udo Löwke, "Für den Fall, daß ...", SPD und Wehrfrage, 1949 - 1955, Hannover 1969, S. 207.
- 2) "Nürnberger Nachrichten", 14.1.1955, Z.B. zeigten Plakate, die von der SPD geklebt wurden, vom Krieg verursachte Ruinen und einen beinamputierten Kriegsversehrten mit der Aufschrift: "Nie wieder! - Darum verhandeln!"
- 3) Äußerung des Parteivorstandsmitgliedes Carlo Schmidt vor dem Rhein-Ruhr-Club in Düsseldorf am 7. Januar 1955, nach einem Bericht der "FAZ" vom 11.1.1955.
- 4) "Frankfurter Rundschau", 17.1.1955. Die jugendlichen Demonstranten waren vorwiegend Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, der "Falken", Jungsozialisten, Naturfreunde und vom Sozialistischen Studentenbund. Die Demonstration wurde im Zeichen eines durchgestrichenen Stahlhelms mit der Unterschrift "Weg damit" durchgeführt. Heinz Seeger erklärte, ohne Beteiligung der arbeitenden Menschen und besonders der Jugend werde es keine Wiederbewaffnung in Deutschland geben. "Wenn wir sie nicht wollen, dann wird sie auch nicht kommen, und es wird keine Wiederbewaffnung geben, wenn nur die Hälfte der vorgesehenen 500.000 neuen Soldaten ihren Einzug in die Wehrmacht mit dem Hinweis auf die Bestimmung des Grundgesetzes verweigert, daß niemand gegen sein Gewissen zum Dienst mit der Waffe gezwungen werden kann." z.n.: "Nürnberger Nachrichten", 17.1.1955.
- 5) ddz 1955, Heft 88, S. 6504.
- 6) "Süddeutsche Zeitung", München 17.1.1955; vgl. Theo Pirker. Die blinde Macht, Band 2, S. 142 ff. Viktor Agartz erklärte in

Anmerkungen II - Das Jahr 1955

seinem Referat, die Wiedervereinigung Deutschlands sei wichtiger als die Wiederbewaffnung beider Teile. Wenn Deutschland in Ost und West aufgerüstet werde, sei eine Wiedervereinigung nicht möglich. Man müsse sich bewußt sein, daß eine West-Integration stets eine weitergehende Ost-Integration der Sowjetunion zur Folge habe. "Man fragt sich, wie werden wir im Ausland angesehen, wenn wir es heute schon als selbstverständlich empfinden, eines Tages aufeinander schießen zu müssen?" Agartz lehnte die Behauptung, die Sowjetunion planten eine militärische Aggression gegen die westliche Welt, als falsch ab. Der Bolschewismus denke niemals militärisch, sondern revolutionär... Zitat und Angaben aus: "Nürnberger Nachrichten", 17.1.1955.

- 7) "Nürnberger Nachrichten", 18.1.1955.
- 8) "Süddeutsche Zeitung", München, 11.2.1955; "Nürnberger Nachrichten", 11.2.1955. Der bayerische DGB hatte zuvor juristische Experten mit der Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten beauftragt, die die verfassungsrechtlichen Bedenken bestätigten.
- 9) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., Kapitel XIII, S. 294; Max Reimann, Entscheidungen 1945 - 1956, a.a.O., S. 222.
- 10) Dokumente der KPD 1945 - 1956, a.a.O., S. 483 - 485.
- 11) "Welt ohne Krieg", Nr. 12, Würzburg, z.n.: ddz 1955, Heft 88, S. 5616.
- 12) "Nürnberger Nachrichten", 25.1.1955; Guido Grünewald, Die Geschichte der IDK, a.a.O., S. 162; dort sind weitere Protestaktionen der IDK gegen die Pariser Verträge und gegen die Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes im Juli 1956 genannt.
- 13) Deutsche Friedensgesellschaft 1892 - 1962, zusammengestellt und bearbeitet von Walther Diehl, hrsgn. vom Westdeutschen Landesverband der DFG, S. 48. Der Bundesausschuß (Bundesvorstand und Vertreter der Landesverbände) stimmte dieser Erklärung zu.

Anmerkungen II - Das Jahr 1955

- 14) "Nürnberger Nachrichten", 21.1.1955.
- 15) Ingeborg Nödinger, Für Frieden und Gleichberechtigung.
Einige Streiflichter zur Arbeit des DFD. In: Florence Hervé
(Hrsg.), Brot und Rosen, a.a.O., S. 157 ff. Nach Angabe dieses
Artikels arbeiteten im DFD 28.000 Frauen mit.
U.a. hatte der DFD zusammen mit anderen Bündnisorganisationen
wie z.B. den "Ausschüssen der Erwerbslosen" und Volksbefragungs-
ausschüssen am 3. April 1951 vor dem Bundeshaus in Bonn eine
Frauendemonstration gegen die Remilitarisierung durchgeführt.
Auch diese Kundgebung wurde gewaltsam aufgelöst: Zwei Hundert-
schaften der Polizei drängte die Demonstrantinnen in Seiten-
straßen ab und nahmen 20 Teilnehmerinnen vorübergehend fest.
Angaben nach: "Nürnberger Nachrichten", 6.4.1951; ddz 1951,
Heft 16, S. 671.
Zu den Verfolgungsmaßnahmen gegen den DFD näheres bei: A. von
Brünneck, a.a.O., S. 113; 148; 246.
- 16) Archiv Heinemann, Schreiben vom 12.11.1954, z.n.: Diether Koch,
Heinemann und die Deutschlandfrage, a.a.O., S. 442; zur Kritik
Brünings an der Außenpolitik Adenauers näheres bei: Peter Molt,
Die neutralistische Opposition, a.a.O., S. 162 ff. Die Hoffnun-
gen Heinemanns auf eine Zusammenarbeit mit Brüning und Dehler
erfüllten sich jedoch nicht; Brüning lehnte ab, Dehler sprach
sich aus sicherheitspolitischen Gründen für die Ratifizierung
der Pariser Verträge aus: Koch, a.a.O., S. 444.
- 17) "Süddeutsche Zeitung", München, 31.1.1955.
- 18) alle Zitate nach: ddz 1955, Heft 89, S. 6606 ff. Nach den Worten
Heinemanns war die Paulskirche "ein Symbol im Widerstreit von
Volkswille und Obrigkeit" (während der "Deutschen Revolution"
war hier ein deutsches Parlament 1848 erstmals zusammengetre-
ten.). An der Kundgebung nahmen u.a. teil: die Ministerpräsi-
denten Friedrich August Zinn (Hessen) und Hinrich Kopf (Nieder-
sachsen), der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb (SPD)
und Martin Niemöller.

Anmerkungen II - Das Jahr 1955

Die Bundesregierung kritisierte, daß die in der Paulskirche gehaltenen Reden im Rundfunk übertragen wurden. Für sie gab Bundesminister Robert Tillmans (CDU) am Abend eine Gegenerklärung ab, in der er die Durchführung der Ratifizierungsdebatte über die Pariser Verträge und die Sicherheitspolitik der Bundesregierung verteidigte. Bundeskanzler Adenauer schrieb außerdem dem SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer einen Brief, in dem er nochmals Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Lösung der "deutschen Frage" vor der Ratifizierung der Pariser Verträge ablehnte, wie sie im "Deutschen Manifest" gefordert wurden. Angaben nach: "Nürnberger Nachrichten", 31.1.1955.

19) Theo Pirker, Die blinde Macht, Band 2, a.a.O., S. 149.

20) "Nürnberger Nachrichten", 31.1.1955.

21) z.n.: "Freies Volk", Düsseldorf, 28.1.1955.

22) Theo Pirker, Die blinde Macht, Band 2, a.a.O., S. 148/149.

23) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kap. XIII, a.a.O., S. 302/303.

Udo Löwke, selbst Sozialdemokrat, bezeichnet das Engagement der SPD-Führung in der "Paulskirchen-Bewegung" in seiner Studie "Für den Fall, daß ... SPD und Wehrfrage 1949 - 1955" als "quasi-plebiszitären Sündenfall" und schreibt:

"Es war eine etwas paradoxe Situation. Die Parteiführung gab durch ihre Beteiligung an dieser Aktion Strömungen in der Partei Auftrieb, die schon vorher und gegen den Willen der Führung für plebiszitäre Entscheidungen eingetreten waren. Die "Paulskirchenbewegung" war ein weiterer Beweis dafür, wie sehr die SPD alle ihre außen- und wehrpolitischen Überlegungen von der Sorge um die Wiedervereinigung her anstellte: "Udo Löwke, "Für den Fall, daß", SPD und Wehrfrage 1949 - 1955, Hannover 1969, S. 210.

Nach meiner Einschätzung irrt Löwke, da es sich genau umgekehrt verhielt. Diese Strömungen in weiten Teilen der Mitgliedschaft veranlaßten die Parteiführung -

Anmerkungen II - Das Jahr 1955

d.h., sie gaben ihr sozusagen den Auftrieb - , sich "Pro-Forma" in der "Paulskirchenbewegung" zu engagieren, um den Widerstand in bestimmte Bahnen zu lenken, die keine ernsthafte Konfrontation zwischen Staatsapparat und außerparlamentarische Opposition erwarten ließen.

- 24) "Nürnberger Nachrichten", 19.2.1955.
- 25) Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 27.2.1955, S. 3891/3892.
"Nürnberger Nachrichten", 1.2.1955.
- 26) "Nürnberger Nachrichten", 23.2., 24.2.1955; z.B. veröffentlichte die SPD das Ergebnis der Befragung in vier Landgemeinden des Kreises Darmstadt. Danach stimmten in Pfungstadt von 7.800 Wahlberechtigten 4.266 oder 54,7 % für das "Deutsche Manifest". In Bickenbach unterschrieben 56,1 %, in Griesheim 58,5 % und in Wixhausen 62,8 %. Eine Unterschriftenliste zum "Deutschen Manifest" ist abgedruckt in den "Nürnberger Nachrichten" vom 5.2.1955. U.a. unterzeichneten folgende Personen: der Schriftsteller Günther Weisenborn, Professor Wolfgang Abendroth, Egon Franke, Volkmar Gabert, Diether Posser, Klaus Schütz, Generalmusikdirektor Dr. Hans Schmidt-Isserstedt (Hamburg), Professor Dr. Schaltenbrand (Universität Würzburg) sowie die Professoren Gerhard von Rad (Heidelberg), Leibbrand (München), Lange (Erlangen), Jensen (Mainz), Harder (Wuppertal), Gebhard (Hamburg), Eckert (Kant-Hochschule Braunschweig), Oberkirchenrat Heß (Wiesbaden), Freiherr von Hammerstein (Köln), Freiherr von Eyb (Neumarkt).
- 27) "Weser-Kurier", Bremen, 10.2.1955; vgl. Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 27.2.1955, S. 3890.
- 28) "National-Zeitung", Berlin (DDR), 3.2.1955; "Berliner Zeitung", Berlin (DDR), 12.2.1955; "Frankfurter Neue Presse", Frankfurt/M. 14.2.1955; "Neue Württembergische Zeitung", Göppingen, 16.2.1955; "Nürnberger Nachrichten", 18.2.1955; "Main-Post", Würzburg, 18.2.1955; "Nürnberger Nachrichten", 25.2.1955; alle Zeitungsberichte in: ddz 1955, Heft 91, S. 6788 ff.

Anmerkungen II - Das Jahr 1955

- 29) z.n.: "Nürnberger Nachrichten", 16.2.1955.
- 30) "Nürnberger Nachrichten", 9.2., 14.2., 16.2.1955.
- 31) EA 1955, S. 7417.
- 32) Im Text dieser Briefe hieß es: "... Immer schon hat es Leute gegeben, die mit harmlosem Gesicht und unverfänglichen Fragen Volksbefragungen und Unterschriftensammlungen auf eigene Faust veranstalten. Sie erkennen die Autorität des Parlaments nicht an. Wir kennen diese Volksbefragungsleute! Sie handeln stets im Sinne der Sowjets ... Ob die Initiatoren es wahr haben wollen oder nicht: wer leichtfertig und arglos die Unterschriftenaktion der SPD unterstützt, wird schuldig an den Brüdern in der Sowjetzone, gießt Wasser auf die Mühlen der Sowjets und ist des Beifalls von Radio Moskau sicher." z.n.: "Nürnberger Nachrichten", 11.2.1955.
- 33) "Nürnberger Nachrichten", 3.2.1955; 19.2.1955.
- 34) KA, 17.2.1955, S. 5022.
- 35) "Rheinischer Merkur", Köln, 18.2.1955.
- 36) z.n.: "Die Welt", Hamburg, 7.2.1955.
- 37) Theo Pirker, Die SPD nach Hitler, a.a.O., S. 208.
- 38) ddz 1955, Heft 91, S. 6780 ff.
- 39) "Nürnberger Nachrichten", 23.2.1955.
- 40) Dieser Arbeitskreis, in dem sich u.a. Reinhard Maier, Fritz Erler, Herbert Wehner, der ehemalige Danziger Senatspräsident Hermann Rauschnigg, Nikolaus Koch und Gustav Heinemann zu Gesprächen trafen, war auf Initiative von Wolf Schenke von der "Dritten Front" (s.S. 234) zustande gekommen. In dem Aufruf hieß es:
- "Die gegenwärtigen Entscheidungen rühren an die Grundlagen unserer nationalen Existenz. Unsere Sicherheit kann im Atomzeitalter weder auf militärischen Pakten noch auf 12 westdeutschen Divisionen beruhen. Für ein geteiltes Deutschland gibt es überhaupt keine Sicherheit. Deutschlands Sicherheit

Anmerkungen II - Das Jahr 1955

und Freiheit setzen seine Wiedervereinigung voraus. Sie allein würde den immer gefährlicher werdenden Krisenherd in der Mitte Europas verteidigen. Die Lösung unserer nationalen Lebensfrage ist damit zugleich unser Beitrag zur Befriedung Europas und der Welt." Alle Angaben nach: Rainer Dohse, Der Dritte Weg, a.a.O., S. 94 ff.

- 41) "Nürnberger Nachrichten", 25.2.1955.
- 42) Die Regierung der DDR erklärte den 24. Februar 1955 zum "Nationalen Kampftag" in der DDR, nachdem die Bundesregierung ein Angebot der Volkskammer an den Deutschen Bundestag vom 18. Februar 1955, über gesamtdeutsche Verhandlungen zu sprechen, abgelehnt hatte. In Ostberlin und vielen anderen Orten der DDR wurden Kundgebungen gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge abgehalten, an denen nach Angaben der "Berliner Zeitung" insgesamt über 100.000 Menschen teilnahmen: "Berliner Zeitung", Berlin (DDR), 25.2.1955.

Anmerkungen III - Die Haltung der SPD

III. DIE HALTUNGEN VON SPD, DGB, KPD, NEUTRALISTISCHEN GRUPPEN
UND DER KIRCHEN ZUR WIEDERAUFÜSTUNG

- 1) Zur SPD: Udo Löwke, "Für den Fall, daß ...". SPD und Wehrfrage 1949 - 1955, Hannover 1969; Ulrich Buczykowski, Die Deutschland- und Sicherheitspolitischen Vorstellungen Kurt Schumachers unter besonderer Berücksichtigung seiner strategischen Offensivkonzeption von August 1950 bis September 1951, Dissertation an der Phil. Fakultät Kiel, 1971;

Zur neutralistischen Opposition: Peter Molt, Die neutralistische Opposition; Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der BRD, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei 1949 - 1954, Dissertation, Heidelberg 1956; Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972; Rainer Dohse, Der dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974; Guido Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK), Dissertation, Köln 1982;

Zur EKD: Wolf W. Rausch/Christian Walther (Hrsg.), Evangelische Kirche in Deutschland und die Wiederaufrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik 1950 - 1955, Gütersloh 1978;

Zur Katholischen Kirche: Michael Kuderna, Die katholische Kirche und ihre Haltung zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands unter besonderer Berücksichtigung katholischer Opposition, München 1977 (Diese Arbeit war mir nicht zugänglich - E.D.).

Die Haltung der SPD

- 2) Auf die Parteigeschichte der SPD in den ersten Nachkriegsjahren, z.B. auf die Nachtkämpfe um den Führungsanspruch besonders zwischen dem Berliner Zentralausschuß um Otto Grotewohl und die Gruppe Hannover um Kurt Schumacher, die Politik der Parteiführung in den besetzten Westzonen, die Abgrenzung zu Kommunisten und die Zurückdrängung der linken Kräfte in der Partei, die Reorganisation des Parteiapparates, die Mitgliederstruktur, das Konzept der "Volkspartei", die Rolle der SPD in den Länder-

Anmerkungen III - Die Haltung der SPD

parlamenten, im Wirtschaftsrat und im Parlamentarischen Rat usw. kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden; ich verweise dazu auf den Überblick der Parteigeschichte bei: u.a., a.a.O., S. 120 ff; Theo Pirker, Die SPD nach Hitler; die Geschichte der SPD 1945 - 1964, München 1964;

Auch eine umfassende Auseinandersetzung mit Kurt Schumachers politischer Arbeit ist an dieser Stelle nicht möglich; verwiesen sei dazu auf: "Turmwächter der Demokratie". Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, hrsgn. von Arno Scholz und Walther Oschilewski, 3 Bände, Berlin-Gruenewald 1954; Waldemar Ritter, Kurt Schumacher: eine Untersuchung seiner politischen Konzeption, Dissertation, Hannover 1964; Lewis J. Edinger, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967.

- 3) z.n.: Huster u.a., a.a.O., S. 138
- 4) Hans Karl Rupp, Sozialismus und demokratische Erneuerung, a.a.O., S. 23.
- 5) SPD-Jahrbuch 1947, S. 95, z.n.: U. Buczykowski, a.a.O., S.61.
- 6) U. Buczykowski, a.a.O., S. 58 ff.
- 7) SPD-Jahrbuch 1948/49, S. 136, in: Karl Drott, Sozialdemokratie und Wehrfrage. Dokumente aus einem Jahrhundert Wehrdebatten, Berlin und Hannover 1956, S. 165/166.
- 8) Näheres zu dieser Broschüre, die für eine Konferenz internationaler sozialistischer Wirtschaftsexperten in Witten an der Ruhr von Fritz Baade verfaßt worden war, bei: U. Buczykowski, a.a.O., S. 98 ff.
- 9) Protokoll des SPD-Parteitages von 1950, S. 269, z.n.: Udo Löwke, a.a.O., S. 242.
- 10) z.n.: U. Buczykowski, a.a.O., S. 116/117; von einer "echten Alternative" zur Politik des Bundeskanzlers, wie Buczykowski

Anmerkungen III - Die Haltung der SPD

die militärpolitische Konzeption Schumachers bewertet (a.a.O., S. 136) kann nach meiner Meinung daher nicht gesprochen werden.

- 11) näheres dazu bei U. Buczykowski, a.a.O., S. 128/129; Kurt Schumacher legte seine militärpolitische Konzeption nochmals in der sicherheitspolitischen Debatte des Bundestages am 8.11.1950 dar; die wichtigsten Erklärungen daraus sind zusammengefaßt bei Karl Drott, a.a.O., S. 169 - 177.
- 12) Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 - 1955, München 1967, S. 324; U. Buczykowski, a.a.O., S. 177; "Nürnberger Nachrichten", 25.8.1951.
- 13) "Kölnische Rundschau", Köln, 28.1.1951.
- 14) Alfred Bornhardt, Das Janusgesicht der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart 1953, S. 172.
- 15) Herbert Wehner erklärte dazu in der Bundestagsdebatte vom 26.4.1951: "... Diese Aktion muß als ungesetzlich unterbunden werden" (Deutscher Bundestag, stenogr. Ber. 26.4.1951, S. 5497); ein solches Plakat ist abgedruckt in: "Es geht ums Leben!" Abrüstungsbemühungen und Aufrüstungspolitik in der BRD 1945 - 1981, a.a.O., S.
- 16) näheres zu der Konferenz in Darmstadt bei U. Buczykowski, a.a.O., S. 186 - 189; von der SPD nahmen daran teil: Kurt Schumacher, Carlo Schmid, Heinrich Albertz, Adolf Arndt, Erwin Schöttle, Arno Hennig; von der Bekennenden Kirche: Martin Niemöller, Präses Heinrich Held und Herbert Mochalski.
- 17) U. Buczykowski, a.a.O., S. 247.
- 18) ebenda, S. 230/231.
- 19) "Soll Deutschland rüsten?", Broschüre des Parteivorstandes der SPD vom September 1952, S. 49, z.n.: Udo Löwke, a.a.O., S. 133.
- 20) Aktionsprogramm S. 17, z.n.: Karl Drott, a.a.O., S. 181/182.
- 21) Udo Löwke, a.a.O., S. 252/253.

Anmerkungen III - Die Haltung der SPD

- 22) z.n.: ebenda, S. 217.
- 23) Hans-Adolf Jacobsen, Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950 - 1955, a.a.O., S. 71-73.
- 24) Klaus Peter Schulz, Sorge um die deutsche Linke. Eine kritische Analyse der SPD-Politik seit 1945, Köln/Berlin 1954, S. 53/54.
- 25) näheres zum Berliner SPD-Parteitag 1954 bei Udo Löwke, a.a.O., S. 171 ff.
- 26) Hochverrat und Staatsgefährdung. Urteile des Bundesgerichtshofes, hrsgn. von Wolfgang Wagner, Karlsruhe 1957, Band I, S. 294; näheres zur Organisation der SDA und ihrer politischen Arbeit aus der Sicht der westdeutschen Staatsschutzorgane ebenda auf den folgenden Seiten; wesentlich mitbeteiligt an der Gründung der SDA war Artur von Macchui, der sich schon in frühen Jahren der SPD angeschlossen hatte und während des "Dritten Reiches" in Verbindung zum Widerstandskreis des 20. Juli 1944 gestanden war. Von Macchui hatte nach Kriegsende in der landwirtschaftlichen Verwaltung der britischen Besatzungszone gearbeitet, bis er 1949 wegen Teilnahme an einem gesamtdeutschen Gewerkschaftstreffen aus dieser Stellung entlassen und auch aus der SPD ausgeschlossen wurde.
- 27) ebenda, S. 299 - 301.
- 28) Angabe von Erich Arp in einem Brief vom 13.11.1951 an die Contemporary Press, London, abgedruckt in: Ernst Zander, Die Kampagne gegen die Wiederbewaffnung in Deutschland, London 1952, S. 114 ff.; Erich Arp, geb. am 21.12.1909 in Hamburg, hatte einer Widerstandsgruppe in Hamburg gegen das "Dritte Reich" angehört; 1945 war er Mitbegründer der SPD in Schleswig-Holstein und im Landtag Minister für Aufbau und Landwirtschaft. Arp versuchte eine sozialistische Politik durchzusetzen; z.B. forderte er die Enteignung von Grundbesitz über 100 ha. Er geriet bald in Opposition zur Politik der SPD-Führung und der britischen Militärverwaltung. 1948

Anmerkungen III - Die Haltung der SPD

verließ er das Kabinett in Schleswig-Holstein, blieb aber bis 1950 Landtagsabgeordneter. Wegen einer Kampagne von der SPD-Führung gegen seine engagierte politische Arbeit und wegen eines Ausschlußverfahrens, das von dem damaligen Hamburger Parteivorsitzenden Herbert Wehner eingeleitet worden war, trat Arp am 16. Januar 1949 aus der SPD aus.

Heinrich Christian Meier, geb. am 5.4.1905 in Altona, hatte in der Weimarer Republik Kontakte zu sozialistischen Kreisen. 1933 schloß er sich der "Schwarzen Front" Otto Strassers an (näheres dazu bei R. Dohse, a.a.O., S. 166 ff.). 1938 wurde Meier verhaftet und in das Konzentrationslager Neuengamme eingeliefert; bei Kriegsende geriet er in russische Gefangenschaft, wurde dann wegen einer Kriegsverletzung nach sieben Monaten entlassen. Meier trat der SPD bei und arbeitete als Kultur-Referent des "Komitees ehemaliger politischer Gefangener" in Hamburg. Der wesentlich von ihm mitinitiierte "Kulturrat der Hansestadt Hamburg", in dem alle kulturellen Vereinigungen der Stadt mitarbeiteten, wurde auf Druck des damaligen Bürgermeisters Max Brauer (SPD) 1949/50 aufgelöst. Alle Angaben nach: Rainer Dohse, a.a.O., S. 63 ff.

- 29) ebenda, S. 64 ff.; wegen der Gründung des "Ausschusses für die Einheit Deutschlands" wurde H. Chr. Meier auf Anweisung Max Brauers aus seiner Stellung als Dramaturg am Hamburger Schauspielhaus entlassen.
- 30) Erich Arp, Antwort zum "Fall Arp", Kiel, Flugblatt vom 11.2.1949, z.n.: R. Dohse, a.a.O., S. 66, Fn. 175.
- 31) EA, 20.4.1951, S. 3883; Peter Molt, a.a.O., S. 76/77.
- 32) Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München und Wien 1969, S. 438, Fn. 13; der SPD-Parteivorstand bezifferte z.B. für das Jahr 1951 die Zahl der Ausschlüsse mit 229, davon 139 wegen Betätigung für die KPD bzw. "kommunistische Tarnorganisationen". Jahrbuch der SPD 1950/51, S. 168.

Anmerkungen III - Die Haltung des DGB

Die Haltung des DGB

- 1) Z.B. gründeten in Hamburg wenige Tage nach dem Einmarsch britischer Truppen Kommunisten und Sozialdemokraten die Sozialistische Freie Gewerkschaft (SFG) mit Zustimmung des britischen Labour-Captains Dwyer. Innerhalb von 5 Wochen reichten mehr als 50.000 Hamburger Arbeiter einen Aufnahmeantrag ein und spendeten 10.000 Reichsmark für den organisatorischen Aufbau. Doch am 18. Juni 1945 machte die britische Militärregierung Dwyers Zustimmung rückgängig und gab den Befehl zur Selbstauflösung dieser Einheitsgewerkschaft. Angaben nach: Ute Schmidt/Tilman Fichter, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945 - 1948, Berlin (West), 1971, S. 14/15; vgl. Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 126 ff.
- 2) Theo Pirker, Die blinde Macht, Bd. 1, S. 45/46; näheres zu den Auseinandersetzungen um die Einheitsgewerkschaft bei U. Schmidt/T. Fichter, a.a.O., S. 16 ff. Zum Begriff "Einheitsgewerkschaft": Joachim Bergmann, Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Bd. 1, Frankfurt/M., 1976, S. 154.
- 3) Huster u.a., a.a.O., S. 195.
- 4) IG Bau-Steine-Erden
IG Bergbau und Energie
IG Chemie/Papier/Keramik
IG Druck und Papier
IG Metall (IGM)
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBF)
Gewerkschaft Holz und Kunststoff
Gewerkschaft Kunst
Gewerkschaft Leder
Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Anmerkungen III - Die Haltung des DGB

Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft

Gewerkschaft Textil und Bekleidung

Deutsche Postgewerkschaft

Zu diesem Zeitpunkt waren im DGB ca. 5 Millionen Mitglieder organisiert; die Mitgliederzahl für 1950 wurde mit 5,449.990 angegeben: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1952 ff., abgedruckt in: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 409.

- 5) Huster u.a. sprechen in diesem Zusammenhang von einem Dilemma der Gewerkschaften: "Sie konnten nur durch Anlehnung an die Vorstellungen der Besatzungsmächte aktiv werden, mußten damit aber zugleich eigene Zielvorstellungen aufgeben, in diesem Falle die einer starken, nicht durch Spaltung in Einzelgewerkschaften geschwächte Vertretung der Arbeiterinteressen. Schon hierbei wurde das in der weiteren Entwicklung immer wieder angeführte Argument formuliert, daß der Verzicht auf Realisierung der eigenen Pläne nur ein vorübergehender sei" (a.a.O., S. 196/197); vgl. Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 128/129.
- 6) dazu Theo Pirker, a.a.O., Bd. 1, S. 92 ff.; er bezeichnet die Zustimmung zum Marshall-Plan als eine der wichtigsten Entscheidungen der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung nach 1945 (S. 94). Bereits im März 1948 hatte unter Führung Hans Böcklers eine Delegation westdeutscher Gewerkschaften auf einer Konferenz von Gewerkschaftsdelegierten von Ländern, die in den Marshall-Plan miteinbezogen worden waren, der sog. "Londoner Erklärung der Gewerkschaften zum europäischen Hilfsplan" zugestimmt (ebenda, S. 85); vgl. U. Schmidt/T. Fichter, a.a.O., S. 37 ff.

Im Sog des Kalten Krieges gingen auch die Einheitsbemühungen zwischen den westdeutschen Gewerkschaften und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) der SBZ und späteren DDR unter: von 1946 - 1948 fanden insgesamt neun interzonale Gewerkschaftskonferenzen statt; näheres dazu bei: Albert Behrendt, Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerk-

Anmerkungen III - Die Haltung des DGB

schaften, Berlin (DDR), 1960. Diese Konferenzen befürwortete der Weltgewerkschaftsbund (WGB), der im Oktober 1945 in Paris von der Konferenz der Gewerkschaften der Siegermächte und der befreiten Länder gegründet worden war. Anfangs forderten die westdeutschen Gewerkschaften eine gesamtdeutsche Arbeiterorganisation. Doch zum endgültigen Bruch kam es auf der 7. Interzonenkonferenz (3. - 5.2.1948 in Dresden). Fritz Tarnow legte dort eine gewerkschaftliche Prinzipienerklärung vor, die für den FDGB nicht annehmbar war: Theo Pirker, a.a.O., Bd. 1, S. 72 ff. Der WGB löste sich wegen des Kalten Krieges 1949 auf. Die Gewerkschaften aus den westeuropäischen Ländern und den USA gründeten unter Teilnahme der westdeutschen Gewerkschaftsvertreter auf einer Konferenz vom 28.11. - 9.12.1949 in London eine westliche Gewerkschaftsinternationale: den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG); er brach jede Beziehung zum FDGB ab: Th. Pirker, a.a.O., Bd. 1, S. 143.

7) näheres dazu bei Huster u.a., a.a.O., S. 200 ff.; die Arbeiter streikten wegen der extrem schlechten wirtschaftlichen Lage, die zu Engpässen bei der Versorgung von Lebensmitteln usw. führte.

8) Th. Pirker hat Hans Böckler als "die dritte große Persönlichkeit der Geschichte Westdeutschlands neben K. Adenauer und K. Schumacher" bezeichnet: ebenda, S. 202; näheres zur Person Böcklers und seiner Beziehung zu Adenauer bei A. Baring, a.a.O., S. 193 ff.

Den Begriff "Politik der konstruktiven Mitarbeit" habe ich von Th. Pirker übernommen: a.a.O., Bd. 1, S. 213.

9) Arnulf Baring, a.a.O., S. 195; Th. Pirker, a.a.O., Bd. 1, S. 214/215.

10) Diese Forderungen waren:

1. Die Sicherung der Vollbeschäftigung;
2. Die Mitbestimmung für die Arbeiter in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und -gestaltung;

Anmerkungen III - Die Haltung des DGB

3. Die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum;
4. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Arbeiter am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Sicherung eines ausreichenden Lebensunterhaltes für infolge von Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähiger.

Die "Wirtschaftspolitischen Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes", wie das Grundsatzprogramm genannt wurde, sind abgedruckt in: Huster u.a., a.a.O., S. 388 - 394.

- 11) Arnulf Baring, a.a.O., S. 197,
- 12) Beide Stellungnahmen in: Der deutsche Soldat in der Armee von morgen. Wehrverfassung, Wehrsystem, Inneres Gefüge. Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik e.V. in Mainz, München 1954, S. 170; S. 181/182.
- 13) Th. Pirker, a.a.O., Bd. 1, S. 234.
- 14) Protokoll des 2. Ordentlichen Bundeskongresses, Berlin, 13. - 17. Oktober 1952, S. 65/66; Wortlaut dieses Antrages ebenda, S. 484.
- 15) ebenda, S. 538/539; vgl. Der deutsche Soldat ..., a.a.O., S. 179/180.
- 16) Th. Pirker, a.a.O., Bd. 2, S. 57.
- 17) ebenda, S. 58/59; Pirker begründet den Schwenk des bayerischen DGB mit den eingetretenen politischen Veränderungen und der "sozial-kapitalistischen Bewußtseinspaltung der Funktionäre der Gewerkschaften." In einer Erklärung des DGB-Bundesvorstandes zur Diskussion über einen möglichen Generalstreik heißt es: "... Sollten außergewerkschaftliche, respektive ungewerkschaftliche Kreise mit dem Gedanken eines politischen Streiks spielen, so können sie sich dabei keinesfalls auf eine Mitbeteiligung oder Mitwirkung der Gewerkschaften berufen. Der Bundesvorstand des DGB richtet an alle gewerkschaftlichen Organe und an die Gewerkschaftsmitglieder die Bitte, sich an einem frivolen Spiel mit dem Generalstreik

Anmerkungen III - Die Haltung des DGB

keinesfalls zu beteiligen und darüber zu wachen, daß evtl. Vorbereitungsmaßnahmen unterbleiben."

- 18) Flugblatt des DGB vom 30.7.1953, abgedruckt in: ddz 1953, Heft 53, S. 2980/2981.
- 19) Th. Pirker, a.a.O., Bd. 2, S. 131 - 135.
- 20) Protokoll des 3. Ordentlichen Bundeskongresses, Frankfurt/M., 4. - 9. Oktober 1954, hrsgn. vom DGB, S. 578 - 585; Wortlaut der Anträge: S. 806/807; 811.
- 21) Wortlaut des Referates von Agartz ebenda, S. 423 - 468; zur Remilitarisierung bezog Agartz nur kurz Stellung: S. 465/466. Nach Pirker legte Agartz, der als "Chefideologe" des DGB galt, mit diesem Referat den unmittelbaren Grund für seine spätere Hinausdrängung aus dem DGB im Winter 1955, weil er in offene Konfrontation zu den maßgebenden Gewerkschaftsführern getreten war: Th. Pirker, a.a.O., Bd. 2, S. 150 ff.
- 22) Pressekommentare dazu sind abgedruckt in: ddz 1954, Heft 82, S. 5908 - 5910.
- 23) z.n.: Th. Pirker, a.a.O., Bd. 2, S. 141.
- 24) ebenda, S. 142.
- 25) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kap. XIII, a.a.O., S. 303.
- 26) Nach Angaben des DGB-Informationsdienstes 310/52 vom 7. Oktober 1952 haben von den im DGB angeschlossenen größeren Gewerkschaften die IG Metall, die IG Bergbau und die GdED entweder eine Stellungnahme zum Wehrbeitrag ausdrücklich abgelehnt oder sich jeder Stellungnahme enthalten. Die ÖTV, die IG Chemie und die Gewerkschaft Textil und Bekleidung sprachen sich gegen einen deutschen Wehrbeitrag aus: Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, a.a.O., S. 176.
- 27) Huster u.a., a.a.O., S. 199.
- 28) Sopade, Hannover, September 1950, abgedruckt in: ddz 1950, Heft 9, S. 343/344.
- 29) Fritz Krause, Die antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, Frankfurt/M 1971, S. 75.
- 30) Nach Angaben von Th. Pirker betrug die Mitgliederzahl des DGB am 30.6.1953 6,070.795: a.a.O., Bd. 2, S. 93.

Anmerkungen III - Die Haltung der KPD

- 1) Zum besseren Verständnis ist ein kurzer Rückblick auf die Parteigeschichte hilfreich:

KPD und SPD hatten gegen Ende der Weimarer Republik nicht zusammen gegen den aufkommenden Faschismus gekämpft, der in dieser Zeit ein neues Phänomen und von daher in seinen Folgen noch nicht begreifbar war. Ultralinke Gruppen in der KPD, z.B. die "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)", hatten die sog. "Sozialfaschismustheorie" vertreten, nach der Faschismus (obwohl noch nicht begreifbar; daher unzutreffende Begriffsverwendung) und Demokratie, Nationalsozialismus und Sozialdemokratie im wesentlichen gleichzusetzen waren. Mit dieser Theorie vermochten sie nicht zu differenzieren zwischen den Qualitäten eines bürgerlich-parlamentarischen Systems (Weimarer Republik) und eines faschistischen Systems und auch nicht dessen Klassencharakter als Ausdruck der offenen Gewaltherrschaft des Kapitals zu bestimmen. Z.B. hatte das ZK der KPD noch im Mai 1933 - als die Faschisten bereits an der Macht waren - erklärt:

"Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten (gemeint ist die SPD) aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Organisation und ihrer Presse ändern nichts an der Tatsache, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur darstellen." (Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Basel, Nr. 17, vom 2. Juni 1933, zitiert nach Hermann Weber, Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung, Hannover 1969, S. 219).

Durch die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung war die nationalsozialistische Machtergreifung ganz wesentlich mit-ermöglicht worden.

Auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau (25.7. - 20.8.1935) war diese Politik im Zeichen der faschistischen Machtergreifungen revidiert worden. Dort hatte der bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff zur Herstellung einer breiten Einheitsfront von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und anderen Organisationen aufgerufen, die sich

Anmerkungen III - Die Haltung der KPD

"... gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richten sollte." (z.n.: Georgi Dimitroff, Arbeiterklasse gegen Faschismus; Bericht, erstattet am 2. August 1935 zum 2. Punkt der Tagesordnung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale; Rote Drucke, Spartakus - Assoziation Marxistischer Studenten, S. 33, o.O. u. J.)

Daran anknüpfend hatten auf der "Brüsseler Konferenz" (3.-15. 10.1935) die Führer der KPD ihre Haltung zur SPD in der Weimarer Republik kritisiert und es als wichtigste Aufgabe für die folgenden Jahre bezeichnet, eine Aktionseinheit für den Kampf gegen den Faschismus zu organisieren, in die auch Sozialdemokraten und bürgerliche Kräfte miteinbezogen werden sollten. (Die "Brüsseler Konferenz" fand nach Aussage eines ehemaligen KPD-Funktionäres in Kuntsewo in der Nähe von Moskau statt.)

Diese Vorstellungen waren auf der "Berner Konferenz" (30.1. - 1.2.1939) konkretisiert worden; eine breite deutsche Volksfront sollte die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. (Die "Berner Konferenz" fand in Wirklichkeit in Draveil bei Juvisy, südlich von Paris, statt. Dazu: Die Berner Konferenz der KPD, hrsgn. und eingeleitet von Klaus Mammach, Berlin (DDR), 1974)

- 2) Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik; Ihre politische Tätigkeit und Organisation, Köln 1959, S. 19.
- 3) Der Aufruf ist abgedruckt in: Dokumente der KPD 1945 - 1956, Berlin (DDR) 1973, S. 1 - 8.
- 4) Ende 1946 waren 38 % der Betriebsräte im Bergbau Mitglieder der KPD: Huster u.a., a.a.O., S. 190. Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Württemberg-Hohenzollern war die KPD 1947, teilweise Anfang 1948 in allen westdeutschen Länderregierungen vertreten: Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1968, Frankfurt/M. 1978, S. 21/22.
- 5) 1949/51 bekam die KPD nur 29 Sitze in 5 Ländern; auch die Mitgliederzahl ging Ende 1949 immer stärker zurück. Z.B. gehörten

Anmerkungen III - Die Haltung der KPD

der KPD in Hamburg im Jahre 1946 über 22.000 Mitglieder an - Anfang 1950 waren es nur noch ca. 15.000.

Als wichtigste Ursachen dafür seien genannt:

- Die unterschiedlichen deutschlandpolitischen Vorstellungen der Siegermächte beinhalteten von vorneherein erhebliche Hindernisse für die Verwirklichung einer gesamtdeutschen Einheitsfrontpolitik. Z.B. reduzierte die amerikanische Militärverwaltung mit einer Änderung des Genehmigungsverfahrens für Gewerkschaften den Einfluß der KPD in den Betriebsräten ganz erheblich: Huster u.a., S. 195. Generell unterdrückten die westlichen Alliierten massiv die Bestrebungen der Kommunisten, ihre politischen Zielsetzungen in den Westzonen zu verwirklichen: siehe A. v. Brünneck, a.a.O., S. 52 ff.
- Die deutsche Arbeiterbewegung war durch die nationalsozialistische Diktatur schwer angeschlagen (siehe S. 39).
- Maßgebende SPD- und Gewerkschaftsführer lehnten aus ihrer anti-kommunistischen Einstellung eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab.
- Die KPD-Führung wich vor der Organisierung von Massenstreiks in der amerikanischen und britischen Zone zurück, mit denen die Besatzungsmächte zur Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum gezwungen werden sollten: dazu Huster u.a., a.a.O., S. 190; vgl. U. Schmidt/T. Fichter, a.a.O., S. 43 ff.

6) Dokumente der KPD 1945 - 1956, a.a.O., S. 142; 154.

7) z.n.: Dokumente der KPD 1945 - 1956, Berlin (DDR) 1966, S. 43/44; näheres zur Diskussion in der KPD über ihre Beteiligung am Parlamentarischen Rat und zu den einzelnen Anträgen der Kommunisten in diesem Gremium: ebenda, S. 123 - 136; 142 - 158.

8) Die KPD und die SED hatten als Reaktion auf die sich abzeichnende Spaltung Deutschlands nach dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz (s.S. 23) am 6./7. Dezember 1947 in Berlin einen "Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden" organisiert; ein zweiter "Deutscher Volkskongreß" tagte am 17./18. März 1948. Aus diesen Tagungen entstand die "Volkskongreßbewegung", die in den folgenden Jahren für die wirtschaftliche

Anmerkungen III - Die Haltung der KPD

und politische Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens eintrat. Die "Volkskongreßbewegung" fand aber in den Westzonen nur geringe Resonanz. Entsprechende politische Betätigungen wurden von den westlichen Besatzungsmächten offiziell verboten. Auf dem 2. "Volkskongreß" konstituierte sich ein "Deutscher Volksrat". Ein von ihm gebildeter Verfassungsausschuß arbeitete im Hinblick auf die sich abzeichnende Gründung des westdeutschen Staates einen Verfassungsentwurf für einen ostdeutschen Staat aus. Auf dem 3. "Deutschen Volkskongreß" im Mai 1949 bestätigte der "Deutsche Volksrat" den Verfassungsentwurf und konstituierte sich am 7. Oktober 1949 als provisorische Volkskammer. Sie beauftragte Otto Grotewohl mit der Bildung einer Regierung, womit die Deutsche Demokratische Republik gegründet war. Angaben nach: Ch. Kleßmann, a.a.O., S. 202-208; vgl.: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kap. XII, Berlin (DDR), S. 235 ff.

- 9) KPD 1945 - 1965, Abriß - Dokumente - Zeittafel, Berlin (DDR) 1966, S. 52/53.
- 10) Dokumente der KPD 1945 - 1965, a.a.O., S. 172.
- 11) Alle genannten Anträge sind ebenda auf den folgenden Seiten abgedruckt: S. 211, S. 235, S. 248, S. 249, S. 291, S. 294, S. 299, S. 306, S. 356-363; vgl.: 4 Jahre Bundestag, Handbuch der Bundestagsfraktion der KPD, Oppau 1953, hrsgn. von der Bundestagsfraktion der KPD, verantwortlich Walter Fisch.
- 12) KA, 7.12.1951, S. 3232; H. Kluth, a.a.O., S. 38.
- 13) Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 19.3.1953, S. 12304.
- 14) Max Reimann, Entscheidungen 1945 - 1956, a.a.O., S. 179; der "Münchener Parteitag" fand in Wirklichkeit in Weimar in der DDR statt; Angabe nach: H. Kluth, a.a.O., S. 40.
- 15) Dokumente der KPD 1945 - 1956, a.a.O., S. 260.

Anmerkungen III - Die Haltung der KPD

- 16) Erklärung des KPD-Vorsitzenden Max Reimann vom 11. Januar 1952, abgedruckt in: ddz 1952, Heft 25, S. 1130.
- 17) "Freies Volk", Zentralorgan der KPD, Düsseldorf, 12.11.1952, z.n.: KPD 1945 - 1965, a.a.O., S. 78; während des KPD-Verbotsprozesses wurden vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einige Passagen des Programmes als Indiz für die angebliche Verfassungsfeindlichkeit der KPD-Politik angeführt; siehe dazu: A. von Brünneck, a.a.O., S. 124 ff.
- 18) KPD 1945 - 1965, a.a.O., S. 66/67.
- 19) ebenda.
- 20) "Freies Volk", 12.11.1952, z.n.: KPD 1945 - 1965, a.a.O., S. 79.
- 21) Dokumente der KPD 1945 - 1956, a.a.O., S. 200.
- 22) ebenda, S. 138; S. 326.
- 23) Deutscher Bundestag, stenogr. Ber., 19.3.1953, S. 12341.
- 24) Dokumente der KPD 1945 - 1956, a.a.O., S. 549; vgl. KPD 1945 - 1965, a.a.O., S. 78/79.
- 25) Rudi Dutschke/Manfred Wilke (Hrsg.), Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke, a.a.O., S. 277.
- 26) Max Reimann, a.a.O., S. 213.
- 27) "Die Welt", Hamburg, 1.2.1952.
- 28) A. von Brünneck, a.a.O., S. 127.
- 29) So z.B. Siegfried Thomas, Der Weg in die NATO, Berlin (DDR) 1978, S. 184.
Für die Beratung bei der Ausarbeitung dieses Kapitels danke ich der freundlichen Unterstützung durch Oskar Neumann, den ich im Oktober 1982 in München besuchte - E.D.

Anmerkungen III - Die Haltung neutralistischer Gruppen

- 1) Maschinenskript der Rede des Bundeskanzlers vom 24. Juni 1951, S. 15, v. z.n.: Arnulf Baring, a.a.O., S. 106/107.
- 2) Die Fragestellung lautete: "Sind Sie für eine deutsche Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas oder sind Sie für eine Neutralisierung Deutschlands?": E.N./E.P. Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, Allensbach 1956, S. 353, die zweite Umfrage ist vom Gallup-Institut durchgeführt worden, z.n.: Rainer Dohse, Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945-1955, Hamburg 1974, S. 101, Fn. 261.
- 3) R. Dohse. a.a.O., S. 17.
- 4) Ulrich Noack, geb. am 2.6.1899 in Darmstadt, hatte sich schon in jungen Jahren für Geschichte und Geisteswissenschaft interessiert. Er war dem "Dritten Reich" aus seiner Auffassung von persönlicher und politischer Freiheit und vom christlichen Glauben her ablehnend gegenübergestanden. Nach dem 20. Juli 1944 - dem Tag des Attentates auf Hitler - war er für einige Wochen von der Gestapo verhaftet worden.
Im Sommer 1945 zählte Noack zu den Mitbegründern der CDU in der SBZ. Der von den Amerikanern eingesetzte hessische Ministerpräsident Karl Geiler berief ihn als politischen Berater. Während dieser Zeit organisierte Noack den sog. "Tag der jungen Generation", eine Sammlungsbewegung von jüngeren Menschen aller Konfessionen, wobei er seine politischen Vorstellungen ausführlich darstellte. Sein Ziel war die unbewaffnete und fort-dauernde Neutralisierung Deutschlands. Im November 1946 wurde Noack auf den Lehrstuhl für Geschichte an der Universität Würzburg berufen. Angaben nach: R. Dohse, a.a.O., S. 42; Peter Molt, a.a.O., S. 39; "Die Zeit", Hamburg, Nr. 21, 21.5.1982.
- 5) z.n.: P. Molt, a.a.O., S. 40; ausführlich zur 3. Tagung des Nauheimer Kreises, auf dem dieser Aufruf verabschiedet wurde: Die Nauheimer Protokolle. Die Diskussion über die Neutralisierung Deutschlands; von Prof. Ulrich Noack, hrsgn. im Auftrag des Nauheimer Kreises, Würzburg 1950, S. 162 ff.

Anmerkungen III - Die Haltung neutralistischer Gruppen

- 6) EA 1950, Die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises und der geistige Hintergrund des West-Ost-Gespräches in Deutschland, S. 3069 - 3082; die Diskussion mit dem Präsidium des Deutschen Volksrates am 26. August 1949 ist abgedruckt auf den Seiten 3075 - 3082; zur Tätigkeit des Nauheimer Kreises siehe auch: EA 1950, S. 3103 - 3112; EA 1951, S. 3879 - 3892; Von den Politikern aus der SBZ nahmen an dem Gespräch im August 1949 u.a. teil: Walter Ulbricht, Lothar Bolz, der Vorsitzende der CDU in der SBZ, Otto Nuschke, die Professoren Robert Havemann und Ernst Niekisch; vgl. R. Dohse, a.a.O., S. 52; zur Reise Noacks in die DDR: "Die Zeit", a.a.O., Nr. 21, 21.5.1982.
- 7) EA 1950, S. 3107 - 3112.
- 8) R. Dohse, a.a.O., S. 51/52; das Verbotstelegramm für die Tagung in Rengsdorf ist abgedruckt in: ddz 1950, Heft 3, S. 114; Otto Feuchtnr, der für die "Neue Zeitung", München, am 20. November 1949 ein Interview mit Noack führte, wurde darauf vom Chefredakteur fristlos entlassen: Dokumente zu dem Verbot des Deutschland-Kongresses, ebenda, S. 115; vgl. EA 1950, S. 3103/3104; Angabe des Parteiausschlusses: R. Dohse, a.a.O., S. 55.
- 9) Dazu veröffentlichte Noack am 10. September 1950 das bis dahin umfangreichste Programm des Nauheimer Kreises; er ging darin ganz bewußt auf innenpolitische Probleme wie z.B. die Frage der Heimatvertriebenen ein: EA, 20.4.1951, S. 3884.
- 10) Der "Wiesbadener Aufruf" ist ebenda abgedruckt, S. 3885; Günther Gereke war bereits in der Weimarer Republik politisch tätig gewesen und gehörte damals der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) an; später war er am Aufbau der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei beteiligt. 1932 war er Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung im Kabinett Schleicher. Während des "Dritten Reiches" wurde er mehrmals verhaftet. Nach 1945 Mitglied im CDU-Vorstand vom Landesverband Niedersachsen, von 1948 - 1950 Landwirtschaftsminister. Nach Gesprächen mit Walter Ulbricht über ein Ost-West-Kompensationsgeschäft wurde er aus der CDU ausgeschlossen. Gereke gründete darauf den

Anmerkungen III - Die Haltung neutralistischer Gruppen

"Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE), den er jedoch im Oktober 1950 wieder verließ. Nun gründete er die "Deutsche Soziale Partei", die sich aus Mitgliedern der CDU und des BHE zusammensetzte und als politische Ziele soziale Gerechtigkeit, die Ablehnung der Wiederbewaffnung, die deutsche Wiedervereinigung und den Aufbau des Ost-West-Handels verkündete. Die DSP spielte aber in der neutralistischen Opposition gegen die Remilitarisierung keine wesentliche Rolle; Angaben nach: P. Molt, a.a.O., S. 45; EA, 20.4.1951, Fn. 14, S. 3891.

- 11) P. Molt, a.a.O., S. 46; die Unterschriftenliste und der Brief M. Niemöllers sind abgedruckt in: EA, a.a.O., S. 3891/3892, Fn. 13; 14.
- 12) "Nürnberger Nachrichten", 27.3.1951; die beiden anderen gleichberechtigten Bundesvorsitzenden waren Hans Wieland und Karl Pawlas. Der BKV konnte keine größere Bedeutung erlangen und löste sich im Oktober 1951 auf: dazu G. Grünwald, a.a.O., S. 135/136. Zu den einzelnen Gründen für das Scheitern von Noacks politischen Zielen ausführlich: R. Dohse, a.a.O., S. 58 ff.; vgl. EA, a.a.O., S. 3879 ff.
- 13) z.n.: EA 1951, S. 3890.
- 14) Kurt P. Tauber, Beyond Eagle and Swastika, German Nationalism since 1945, Middletown, Connecticut 1967, S. 171, z.n.: Klaus von Schubert, Wiederbewaffnung und Westintegration; die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung in der Bundesrepublik 1950 - 1952, Stuttgart 1970, S. 133; näheres zu Wolf Schenke bei: R. Dohse, a.a.O., S. 85 ff.; weitere rechtsgerichtete Gruppen, die sich nach Dohse als neutralistisch bezeichneten, waren: Deutsche Reichspartei (DRP), Deutscher Block (DB), Nationaldemokratische Partei (NDP), 1949 zum größten Teil in die hessische FDP überführt, Deutsche Union (DU), gegründet von August Haußleiter, Deutsche Gemeinschaft (DG); Splittergruppen waren: Europäische Nationale unter Karl Heinz Priester, in Hessen aktiv; Block der Nationalen Einigung unter

Anmerkungen III - Die Haltung neutralistischer Gruppen

Joachim von Ostau, in Westfalen aktiv; Volkserhebung in Deutschland und Europa unter Emil Beau, in Rheinland-Pfalz aktiv; Sammlung zur Tat unter Cornelius Rossaint, in Baden und im Rheinland aktiv; Deutsche Soziale Partei (DSP), von Günther Gereke gegründet; sie zerfiel 1951 (R. Dohse, a.a.O., S. 16).

- 15) z.n.: R. Dohse, a.a.O., S. 85.
- 16) In der Zeitung der "Dritten Front", "Realpolitik", Nr. 46/1950, S. 4, heißt es z.B.: "Wir denken nicht mehr in erster Linie national deutsch, sondern europäisch, und das Bewußtsein, daß es keine nationale Kultur, sondern nur eine gemeinsame abendländische gibt, die heute vom mechanistischen Materialismus des Westens und Ostens bedroht ist, läßt uns überall nach dem dritten Weg suchen, der die Gegensätze überwindet. Mitarbeiter der "Realpolitik" waren u.a. die Professoren Pascual Jordan, Gustav Fochler-Hauke, Ernst Forsthoff, Max Hildebert Boehm, Hans von Hentig, Graf Kielmannsegg, Kurt Hasso von Manteuffel, Maurice Duverger, Anton Zischka, Gotthart Ammerlahn, Hans Otto Lippens. Angabe nach: R. Dohse, a.a.O., S. 86.
- 17) ausführlich zum "Deutschen Kongreß": R. Dohse, a.a.O., S. 100 ff.
- 18) Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972, S. 242.
- 19) näheres zum Freiheitsbund, der von Theodor Kögler in Hamburg geleitet wurde und nie mehr als 50 Mitglieder zählte, bei: R. Dohse, a.a.O., S. 78 - 83.
- 20) ebenda, S. 105 - 107.
- 21) In einem hektographierten Schreiben des Sekretariats des Kongresses vom 30. März 1951 sind folgende Organisationen genannt, die dem Rat des Kongresses angehörten:
 1. Die Dritte Front
 2. Internationaler Versöhnungsbund
 3. Deutsche Friedensgesellschaft
 4. Oppositionelle Sozialdemokraten
 5. Die Streitlosen
 6. Die Burg
 7. Weltbewegung der Mütter

Anmerkungen III - Die Haltung neutralistischer Gruppen

8. Bund für deutsche Auswanderung
9. Friedenskorps West
10. Deutsche Friedensakademie
11. Neutrales Deutschland
12. Weltbürger in Deutschland
13. Nauheimer Kreis
14. Block der Nationalen Einigung
15. Sammlung zur Tat
16. Volkserhebung in Deutschland und Europa
17. Organisations-Ausschuß für das Volksbegehren
18. Bund der Kriegsdienstverweigerer

(R. Dohse, a.a.O., S. 110, Fn. 280)

- 22) Der vollständige Text dieser Erklärung ist abgedruckt in:
R. Dohse, a.a.O., S. 226 - 228.
- 23) so Dohse, a.a.O., S. 117.
- 24) näheres dazu ebenda, S. 195 ff.; vgl. Klaus von Schubert,
a.a.O., S. 127 ff.
- 25) Bericht der "Mittelstelle des Deutschen Kongresses", Hagen,
Nr. 2 vom 20. Juni 1951, S. 1 ff., z.n.: R. Dohse, a.a.O.,
S. 120.
- 26) ebenda, S. 121.
- 27) Vollständiger Text des "Innerdeutschen Vertrages" ebenda
abgedruckt, S. 229 - 231.
- 28) ebenda, S. 124/125; Dohse hat nach meiner Meinung mit Recht
darauf hingewiesen, daß die "Stalin-Note" vom 10. März 1952
(s. S. 124) mit zur Auflösung des "Deutschen Kongresses" bei-
getragen hat, weil in ihr eine bewaffnete deutsche National-
armee für ein wiedervereinigtes Deutschland vorgeschlagen
wurde - genau die Forderung, gegen die sich der "Deutsche
Kongreß" gerichtet und deren Bejahung von Wolf Schenke zu
seinem Austritt geführt hatte: der Westen wollte die Remili-
tarisierung, die Sowjetunion sprach sich für ein bewaffnetes
und wiedervereinigtes und neutrales Deutschland aus. Die Mit-
glieder des "Deutschen Kongresses" fühlten sich isoliert.

Anmerkungen III - Die Haltung neutralistischer Gruppen

- 29) "Der Spiegel", Hamburg, 16.4.1952, Heft 16, S. 8 - 11; zu den Gründungsmitgliedern gehörten außerdem: der frühere Konteradmiral a.D. Ludwig Stummel, sein Schwager Nikolaus Ehlen, Heinemanns Mitarbeiter in seiner Rechtsanwaltskanzlei, Diether Posser, der sozialdemokratische Ministerialdirektor im Kultusministerium Nordrhein-Westfalen, Otto Koch, Professor Oskar Hammelsbeck von der pädagogischen Akademie Wuppertal, der Fabrikant Friedrich Karrenberg und Ottfried Rademacher; eine genaue Aufstellung der Zugehörigkeit der Gründungsmitglieder zu Parteien und sozialer Herkunft bei: P. Molt, a.a.O., S. 68/69; vgl. Diether Koch, a.a.O., S. 270/271.
- 30) Schreiben an Heinrich Wicke, Braunschweig, 4.1.1952, z.n.: Diether Koch, a.a.O., S. 272, Fn. 24, Archiv Heinemann, Bonn.
- 31) P. Molt, a.a.O., S. 70.
- 32) ebenda, S. 71 ff.: "Die Konzeption der Notgemeinschaft".
- 33) ebenda, S. 75; der Text der Petition ist abgedruckt in: "Es geht ums Leben!"; protexte 4; eine Veröffentlichung des Bildungswerkes evangelischer Kirchen im Lande Bremen, hrsgn. vom Kuratorium des Bildungswerkes evangelischer Kirchen im Lande Bremen, Mai 1982, S. 40.
- 34) P. Molt, a.a.O., S. 75/76; vgl. Diether Koch, a.a.O., S. 279/280.
- 35) siehe dazu: Diether Koch, a.a.O., Dokument C, S. 529 - 539; dort ist die Rede Heinemanns abgedruckt, die er auf den Kundgebungen der Notgemeinschaft in Berlin im Neuköllner Metropolast und im Filmtheater Wintergarten gehalten hat.
- 36) näheres dazu bei: P. Molt, a.a.O., S. 80 - 83; für Molt ist diese Eingabe eine der gründlichsten Arbeiten, die ihm aus den Kreisen der Neutralisten vorlagen.
- 37) ebenda, S. 76/77.
- 38) Diether Koch, a.a.O., S. 347.
- 39) ausführlich zur Gründung der GVP: P. Molt, a.a.O., S. 88 ff., D. Koch, a.a.O., S. 347 ff.; der Personenkreis der

Anmerkungen III - Die Haltung neutralistischer Gruppen

früheren Notgemeinschaft konnte auch durch die Umwandlung in die GVP nicht wesentlich erweitert werden, woran der Beitritt des Bundestagsabgeordneten Hans Bodensteiner und von Robert Scholl, dem Vater der im Februar 1943 von den Nationalsozialisten hingerichteten Geschwister Scholl, nichts zu ändern vermochte.

40) "Nürnberger Nachrichten", 3.8.1953.

41) Diether Koch, a.a.O., S. 383.

42) Die Mitglieder der "Freien Mitte" gehörten zum größten Teil dem Nauheimer Kreis und der von Noack gegründeten pazifistischen Bewegungen an: P. Molt, a.a.O., S. 112; zu ihnen gehörte auch die "Frei-Soziale Union" (FSU), die im September 1950 in Bielefeld auf Bundesebene gegründet worden war.

43) P. Molt, a.a.O., S. 123; R. Dohse, a.a.O., S. 57/58; D. Koch, a.a.O., S. 384. Der "Bund der Deutschen" (BdD) war am 10. Mai 1953 in Düsseldorf von Joseph Wirth und Wilhelm Elfes als Nachfolgeorganisation der "Deutschen Sammlung" als Partei gegründet worden, ähnlich wie die Notgemeinschaft in die GVP umgewandelt worden war. Der Vorwurf der BdD sei eine "kommunistische Tarnorganisation", gründete sich auf die politischen Zielsetzungen dieser Partei, die eine Lösung der "Deutschen Frage" mit friedlichen Mitteln anstrebte. Sie forderte dafür den Verzicht auf die Wiederaufrüstung und die Politik der Westintegration, in der nach Auffassung von Wirth und Elfes die langdauernde Spaltung Deutschlands und die Wurzeln eines kriegesischen Konfliktes zwischen Ost und West angelegt waren. Daß Joseph Wirth für seine politischen Bemühungen in der DDR und in der Sowjetunion hohe Ehrungen erhielt, so u.a. den Leninpreis, erhärtete den Vorwurf. Doch waren Wirth und Elfes mit Sicherheit keine Kommunisten, sondern nationalbewußte Politiker.

Anmerkungen III - Die Haltung neutralistischer Gruppen

- 44) "FAZ", 31.7.1953, "Westdeutsche Rundschau", 31.7.1953, "Die Welt", 3.8.1953, z.n.: D. Koch, a.a.O., S. 413, Fn. 26.
- 45) D. Koch, a.a.O., S. 412.
- 46) P. Molt, a.a.O., S. 115/116.
- 47) Schreiben an Heinemann vom 27.3.1953, Archiv Heinemann, z.n.: D. Koch, a.a.O., S. 382, Fn. 33.
- 48) ebenda, S. 381.
- 49) R. Dohse, a.a.O., S. 157.
- 50) z.B. heißt es in einer gemeinsamen Wahlproklamation der GVP und des BdD: "Die Bundestagswahlen werden von historischer Bedeutung sein ... Die Bundestagswahlen geben nach vier Jahren der Bevölkerung der Bundesrepublik wieder die Möglichkeit, eine grundsätzliche Wandlung herbeizuführen und sich in Unabhängigkeit für eine eigenständige deutsche Friedenspolitik zu entscheiden ..."; "Gesamtdeutsche Rundschau" vom 14.8.1953. Nach der Wahl erklärte Heinemann: "Sieger in der Bundesrepublik ist der amerikanische Außenminister Dulles geworden. Die Gesamtdeutsche Volkspartei hat das Volk gewarnt. Möge es am Leben bleiben."; z.n.: "Nürnberger Nachrichten", 8.9.1953.
- 51) Analyse des Wahlergebnisses bei: P. Molt, a.a.O., S. 130 ff.; vgl.: Die Vorbereitung der Parteien auf den Wahlkampf - Die Gesamtdeutsche Volkspartei, in: Wolfgang Hirsch-Weber/Klaus Schütz, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Berlin und Frankfurt/M., 1957, S. 59 - 52. Der GVP sollen z.B. für den Wahlkampf 430.000 DM zur Verfügung gestanden haben - im Vergleich zu den ca. 36 Millionen DM der Regierungsparteien eine sehr geringe Summe.
- 52) so Guido Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK), a.a.O., S. 123; kleinere pazifistische Organisationen, die nach 1945 in Westdeutschland arbeiteten, waren nach Angaben dieses Autors:
Bund kriegsgegnereischer Pfarrer, gegründet von Fritz Wenzel,
Liga für Weltregierung,

Anmerkungen III - Die Haltung neutralistischer Gruppen

Weltstaatsliga,
Weltbürger-Bewegung,
Internationaler Freiwilliger Dienst für den Frieden (IFDF),
benannte sich 1947 Internationaler Zivildienst (IZD),
Friedensbund Deutscher Katholiken (FDK),
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF),
Deutsche Liga für Menschenrechte (DLM).

Näheres zu diesen Organisationen bei: G. Grünewald, a.a.O.,
S. 34 ff.; diese Aufstellung erfaßt nach seinen Angaben nur
einen Teil der damals tätigen pazifistischen Gruppen, mit
denen die IDK in Beziehung trat. Vgl.: Rainer Dohse, a.a.O.,
S. 16/17, Fn. 18.

53) Programme der DFG von 1945 und 1946, z.n.: Deutsche Friedens-
gesellschaft 1892 - 1962, zusammengestellt und bearbeitet von
Walther Diehl, hrsgn. vom Westdeutschen Landesverband der DFG,
o.O., o.J., S. 37.

54) ebenda, S. 38.

55) ebenda, S. 42, Punkt 6 der Erklärung des Bundestages der DFG
von 1950.

56) Erklärung des Westdeutschen Landesverbandes der DFG vom
16.1.1955, Punkt IV, in: ebenda, S. 48.

57) Das Heidelberger Programm ist ebenda abgedruckt, S. 39 - 42;
Angaben zur Mitgliederzahl nach: Im Kampf für Völkerverständi-
gung, Abrüstung und Frieden. Deutsche Friedensgesellschaft/
Vereinigte Kriegsdienstgegner, hrsgn. vom Bundesvorstand der
DFG/VK, o.O., 1977, S. 12; G. Grünewald, a.a.O., S. 41; S. 366,
Fn. 158. Die Mitgliederzahl der DFG nahm in den folgenden
Jahren ständig ab; 1968 fusionierte die DFG mit der IDK, wo-
durch sie nach Grünewald ihrem völligen Auflösungsprozeß zu-
vor kam. Präsident der DFG in den Nachkriegsjahren war Paul
Freiherr von Schönaich, ab 1951 Fritz Wenzel. Wenzel, geb.
am 3.12.1910 in Breslau, arbeitete dort seit 1939 als Pfarrer;
1945 von der Gestapo ausgewiesen; 1946 - 1950 für die Innere
Mission in Braunschweig tätig. Wenzel, der der SPD seit 1930

Anmerkungen III - Die Haltung neutralistischer Gruppen

angehörte, wurde 1949 für seine Partei in den Bundestag gewählt. 1948 hatte er den "Bund kriegsgegnerischer Pfarrer" gegründet, der allerdings keine große Bedeutung erreichte; 1950 wurde Wenzel in das Kuratorium der DFG gewählt, 1951 auf der Jahreskonferenz der DFG zum Präsidenten bestimmt; Angaben nach: G. Grünewald, a.a.O., S. 115/116.

- 58) Die IDK war aus dem "Bund der Kriegsdienstgegner" (BDK) hervorgegangen, der im Juni 1919 von Robert Pohl und Arnim I. Wegener gegründet worden war; näheres dazu bei: G. Grünewald, a.a.O., S. 12 ff.

Zwei sehr engagierte Mitglieder der IDK seien an dieser Stelle stellvertretend für alle anderen vorgestellt: Frau Rosel Lohse-Link und Heinz Kraschutzki.

Frau Rosel Lohse-Link, geb. am 1.6.1905 in Balingen (Württemberg), arbeitete von 1924 - 1933 in der Schweiz und in England; fand dort Kontakte zu bekannten Pazifisten, u.a. von der "War Resisters International" (WRI: internationale pazifistische Vereinigung, als deren deutscher Zweig sich die IDK gründete). 1933 Rückkehr nach Deutschland. Verlor 1943 ihren Mann offiziell durch Selbstmord, was von ihr bezweifelt wurde, da er die Nationalsozialisten nach ihren Angaben haßte und als Soldat nicht aktiv kämpfte. 1946 Eintritt in die SPD; arbeitete im württemberg-badischen Verkehrsministerium. Den Schwerpunkt ihres politischen Engagements legte sie auf die IDK-Arbeit. Rosel Lohse-Link setzte sich für gezielte Kontakte der IDK zu den Parteien und anderen politischen Organisationen ein, orientierte sich jedoch nie nach der politischen Linie einer bestimmten Partei. Alle Angaben nach: G. Grünewald, a.a.O., S. 64; S. 373, Fn. 83.

Heinz Kraschutzki, geb. am 20.8.1891 in Danzig. Soldat im 1. Weltkrieg. Aktiv beteiligt im Soldatenrat Bremerhavens während der deutschen Revolution 1918. 1923 Eintritt in die DFG. Redaktionsmitglied der radikal-demokratischen pazifistischen Wochenzeitschrift "Das Andere Deutschland" (hrsgn. von Fritz Küster). 1932 aufgrund politischer Strafverfahren Emigration

Anmerkungen III - Die Haltung neutralistischer Gruppen

nach Spanien. Auf Veranlassung deutscher Behörden dort 1938 verhaftet und von der Franco-Justiz zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Die WRI erreichte 1945 seine Freilassung. Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die DFG und wiederum Mitarbeit für die Zeitschrift "Anderes Deutschland". Eintritt in die IDK; vertrat diese Organisation von 1947 - 1963 im Rat der WRI. Setzte sich besonders für eine Verständigung zwischen West und Ost ein und drängte in der IDK darauf, politisch aktuelle Themen aufzugreifen. Alle Angaben nach: Zivilcourage Jan./Feb. 1983, hrsgn. vom Bundesvorstand der DFG/VK, S. 25; G. Grünwald, a.a.O., S. 77 - 79. Seine Einschätzung über die Ursachen des West-Ost-Konfliktes hat Heinz Kraschutzki u.a. in dem öfters genannten Buch "Staatsgefährdung? Ein dokumentarischer Prozeßbericht über den Düsseldorfer Prozeß gegen Angehörige des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland" dargestellt.

59) alle Angaben nach: ebenda, S. 125/126.

60) Theodor Michaltscheff, 20 Jahre IDK; Persönliche Erinnerungen, Hamburg 1966, S. 36.

61) G. Grünwald, a.a.O., S. 79.

62) Alle Angaben nach: ebenda, S. 117/118; 124; 166.

63) z.n.: Th. Michaltscheff, a.a.O., S. 23/24; nach seinen Angaben wurde dieses Flugblatt in einer Auflage von 500.000 Exemplaren gedruckt.

64) G. Grünwald, a.a.O., S. 73.

65) z.n.: ebenda, S. 168, Angaben zur Mitgliederzahl: S. 81; 432, Fn. 313.

Anmerkungen III - Die Haltung der EKD

- 1) Reinhard Kühnl, Der Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 210 - 226; Dokumente über Kirche, Krieg und Schuldfrage in: "Es geht ums Leben!" Abrüstungsbemühungen und Aufrüstungspolitik in der BRD 1945 - 1981; eine Dokumentation zu der gleichnamigen Ausstellung der Gustav-Heinemann Initiative, Regionalgruppe Bremen und der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden. Zusammengestellt, kommentiert von Karl Sommer, hrsgn. vom Kuratorium des Bildungswerkes evangelischer Kirchen im Lande Bremen, Mai 1982, S. 12 - 18.
- 2) Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, hrsgn. von Joachim Beckmann, Gütersloh, S. 2.
- 3) Die Bekennende Kirche war 1934 als oppositionelle Strömung innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche aus dem "Pfarrer-Notbund" entstanden, der von Martin Niemöller im September 1933 in Berlin gegründet worden war. Die Bekennende Kirche hatte ihre ablehnende Haltung zum "Dritten Reich" in sechs Thesen, der "Theologischen Erklärung der Barmer Bekenntnissynode" im Mai 1934 dargestellt; abgedruckt in: "Es geht ums Leben!", a.a.O., S. 15. Zur Konferenz von Treysa: ebenda, S. 8 ff.
- 4) Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, a.a.O., S. 8.
- 5) Die Bruderräte, ein Flügel der Bekennenden Kirche (auch als Reichsbruderrat bezeichnet), hatten sich während des sog. "Kirchenkampfes" nach 1933 als bekenntnistreue Notorgane in der Landeskirche und der Deutschen Evangelischen Kirche gegründet. Der "Reichsbruderrat" konstituierte sich unter Führung Martin Niemöllers 1945 neu mit dem Ziel, "die Erkenntnisse der Bekennenden Kirche gegenüber den amtlichen Kirchenbehörden zu wahren."
Die "Bruderschaften der Bekennenden Kirche", die u.a. an Bundeskanzler Adenauer den Brief vom 4. Oktober 1950 verfaßten (s.S.77/78), entstanden im Zusammenhang zunehmender Bedeutungslosigkeit des Bruderrates unter der Leitung Herbert

Anmerkungen III - Die Haltung der EKD

Mochalskis: Wolf W. Rausch/Christian Walther (Hrsg.), Evangelische Kirche in Deutschland und die Wiederaufrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik 1950 - 1955, Gütersloh 1978, S. 31, Fn. 1.

Dem Rat der EKD gehörten nach seiner Konstituierung an: Theophil Wurm, Martin Niemöller, Hans Meiser, Otto Dibelius, Hanns Lilje, Heinrich Held, Wilhelm Niesel, Hans Asmussen, Hugo Hahn, Rudolf Smend, Gustav Heinemann, Peter Meier: Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, a.a.O., S. 16.

- 6) näheres zum "Stuttgarter Schuldbekenntnis" in: ebenda, S. 19 ff.; der Text ist abgedruckt auf den S. 26/27.
- 7) Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München, 1972, S. 36; der bayerische Landesbischof Hans Meiser z.B. gab das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" an die Pastoren seiner Landeskirche erst nach monatelanger Verspätung und einem eigens dazu verfaßten abschwächenden Kommentar zur Kenntnis (D. Koch, a.a.O., S. 41; der Kommentar ist abgedruckt im Amtsblatt der Ev. Luth. Landeskirche in Bayern vom 15. März 1946).
- 8) Die "Darmstädter Erklärung" ist abgedruckt in: "Es geht ums Leben!", a.a.O., S. 17.
- 9) näheres zur Kirchenversammlung in Eisenach (10. - 13. Juli 1948) in: Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, a.a.O., S. 94 ff.; D. Koch, a.a.O., S. 44; das in Eisenach verkündete "Wort zum Frieden" ist abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1945 - 1948, a.a.O., S. 106/107.
- 10) z.n.: Kirchliches Jahrbuch 1949, a.a.O., S. 241; näheres zu den Auseinandersetzungen um das "Higgins-Interview" ebenda auf den folgenden Seiten.
- 11) Arnulf Baring, a.a.O., S. 212.
- 12) z.n.: Kirchliches Jahrbuch 1950, a.a.O., S. 7 - 10; D. Koch schreibt dazu: "Aber man scheute die konkrete politische Überlegung. Im Ergebnis blieben außer den allgemeinen Appellen nur wenige bestimmte Aussagen über Vergangenheit und Zukunft.", a.a.O., S. 123.

Anmerkungen III - Die Haltung der EKD

- 13) ebenda, S. 152.
- 14) Die Erklärung von Essen ist abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1950, a.a.O., S. 165/166.
- 15) dazu: Die Auseinandersetzung über die Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, a.a.O., S. 160 - 224; der Anlaß für Barths Briefwechsel mit "Christ und Welt" war ein Brief dieser Zeitung an den Schweizer Theologen. Sie hatte darin die Lage des ihrer Meinung nach "vom Kommunismus bedrohten" Westdeutschlands mit der vom Hitler-Faschismus bedrohten Lage der Tschechoslowakei von 1938 verglichen. Die Zeitung kritisierte, daß Barth zum Problem der westdeutschen Wiederaufrüstung schweige, während er in einem Brief vom 19. September 1938 an Professor Hromádka in Prag die Tschechen zum bewaffneten Widerstand gegen den Hitler-Faschismus aufgefordert hatte: Kirchliches Jahrbuch 1950, a.a.O., S. 213 ff. Der Brief vom 19.9.1938 ist abgedruckt in: ddz 1950, Heft 10, S. 412.
- 16) ebenda, S. 193/194.
- 17) ebenda, S. 210 - 213; vgl. zu den Diskussionen in der EKD über Heinemann und Niemöller: D. Koch, a.a.O., S. 207 ff.
- 18) Wortlaut der Rede Niemöllers abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1950, a.a.O., S. 186 ff.
- 19) "Nürnberger Nachrichten", 16.12.1950.
- 20) Der Streit um das Kirchliche Außenamt der EKD, in: Kirchliches Jahrbuch 1955, a.a.O., S. 92 - 110.
- 21) Die Erklärung von Berlin-Spandau ist abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1950, a.a.O., S. 222 - 224; D. Koch schreibt dazu: "Kein Wort verwandte der Rat darauf, diese Meinung zu begründen, obwohl der Widerspruch zur Essener Erklärung auf der Hand lag ... weder politische noch theologische Gründe werden auch nur angedeutet, um den Wandel der Haltung binnen eines knappen Vierteljahres verständlich zu machen": a.a.O., S. 219.

Anmerkungen III - Die Haltung der EKD

- 22) Kirchliches Jahrbuch 1950, a.a.O., S. 226; z.B. in einem Artikel des EKD-Ratsvorsitzenden Otto Dibelius in "Christ und Welt" vom 25.10.1951 unter dem Thema "Ev. Kirche zwischen Ost und West", Punkt 3, worin es heißt: "... Die ev. Kirche kann der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht das Wort reden. Sie wird in keine Agitation dagegen eintreten, wenn sie kommt; aber befürworten kann sie sie nicht. Das "Volk in Waffen" ist das Gegenteil von dem, worauf eine christliche Kirche ihrem Wesen nach gerichtet sein muß": Kirchliches Jahrbuch 1951, a.a.O., S. 174; vgl. D. Koch, a.a.O., S. 292/293.
- 23) D. Koch, a.a.O., S. 294/295.
- 24) A. Baring, a.a.O., S. 215; zwei Berichte über den Verlauf der Konferenz von Königswinter in: Kirchliches Jahrbuch 1951, a.a.O., S. 175 ff.
- 25) Die Erklärung "Wehrbeitrag und christliches Gewissen" sowie die Namen der Unterzeichner sind abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1952, a.a.O., S. 14 - 17.
- 26) ebenda, S. 17 ff.; z.B. in einer Erklärung von 35 aus Ostpreußen heimatvertriebenen Pfarrern der ev. lutherischen Landeskirche Hannovers (ebenda, S. 35).
- 27) dazu: D. Koch, a.a.O., S. 364 ff.
- 28) "Es geht ums Leben!", a.a.O., S. 55 ff.; H. Kunst soll sich von evangelischer Seite an der Ausarbeitung der zentralen Dienstvorschrift (ZDV 66/1) im "Amt Blank" beteiligt haben, die die Militärseelsorge für die Truppe regelte. Angabe nach: Autorenkollektiv des Deutschen Institutes für Militärgeschichte, Deutsche Kriegsbrandstifter wieder am Werk, Bd. 1, Berlin (DDR), 1969, S. 396/397.
- 29) Hans-Adolf Jacobsen, Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950 - 1955, in: Militärgeschichte seit 1945; Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis

Anmerkungen III - Die Haltung der EKD

1955, hrsgn. vom militärgeschichtlichen Forschungsamt 1, Boppard am Rhein, 1975, S. 76.

- 30) So führte das Engagement von Gustav Heinemann in der "Paulskirchenbewegung" zu einem Nachspiel: Er wurde innerhalb der EKD heftig angegriffen und auf der 2. Synode der EKD in Espelkamp (6. - 11. März 1955) nicht mehr zum Präses der Synode gewählt: Kirchliches Jahrbuch 1955, a.a.O., S. 26 ff.; vgl. D. Koch, a.a.O., S. 448.

Anmerkungen III - Die Haltung der katholischen Kirche

- 1) Der deutsche Soldat in der Armee von morgen. Wehrverfassung, Wehrsystem, Inneres Gefüge. Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik e.V. in Mainz, S. 59/60.
- 2) KA, 23.7.1950, S. 2501.
- 3) Der deutsche Soldat, a.a.O., S. 62.
- 4) A. Baring, a.a.O., S. 205 - 208.
- 5) Der deutsche Soldat, a.a.O., S. 64 ff.
- 6) G. Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner, a.a.O., S. 37/38.
- 7) A. Baring, a.a.O., S. 208.
- 8) Hans-Adolf Jacobsen, a.a.O., S. 76.

Anmerkungen - Politische Repression

- 1) Der Bundesregierung stand als Instrument für die politischen Verfolgungsmaßnahmen das Bundesamt für Verfassungsschutz zur Verfügung, das an die Weisungen des Innenministeriums gebunden war und die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden der Länder koordinierte. Die polizeilichen Befugnisse für den Staatsschutz wurden Sonderdezernaten der Polizei zugewiesen: der Politischen Polizei. Damit sollte ein Mißbrauch von staatlicher Seite vermieden werden. Angaben nach: Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1968, a.a.O., S. 214 ff. Der Bundesjustizminister beaufsichtigte den Generalbundesanwalt, bestimmte die Bundesanwälte und übte Einfluß auf die Wahl der Bundesrichter aus.

Von politischer Justiz ist nach der Definition Otto Kirchheimers dann zu sprechen, wenn gerichtsförmige Verfahren politischen Zwecken dienstbar gemacht werden: Otto Kirchheimer, Funktionen des Staates und der Verfassung. Zehn Analysen, Frankfurt/M 1972, S. 143.

- 2) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kap. XII, a.a.O., S. 154 ff.
- 3) In der französisch lizenzierten Westberliner Zeitung "Der Kurier" wurde im Januar 1948 das sog. "Protokoll M" veröffentlicht: ein angeblich geheimer Plan der Kommunisten für eine kommunistische Machtergreifung mit Hilfe von Streiks und Sabotage. Dieses "Protokoll M" erschien anschließend in der gesamten westdeutschen und westlichen Presse, war aber eine Fälschung. Angaben nach: Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung, Entstehung und Entwicklung der BRD 1945 - 1955, a.a.O., S. 293/294.
- 4) ebenda, S. 295.
- 5) Max Reimann, Entscheidungen 1945 - 1956, Frankfurt/M. 1974, S. 136 ff.

Anmerkungen - Politische Repression

- 6) A. v. Brünneck, a.a.O., S. 52
- 7) KA, 18.7.1950, S. 2487.
- 8) KA, 31.8.1950, S. 2558.
- 9) KPD 1945 - 1965; Abriß - Dokumente - Zeittafel, a.a.O., S. 55/56.
- 10) A. v. Brünneck, a.a.O., S. 54.
- 11) KA, 11.8.1950, S. 2529; die Innenminister beschlossen im einzelnen:
 1. Die Verweigerung von Pässen an 1500 Delegierte aus Westdeutschland, die an einem Kongreß der Nationalen Front der DDR in Berlin am 25. August 1950 teilnehmen sollten.
 2. Das Verbot einer geplanten Veranstaltung der FDJ in Dortmund am 30. September 1950.
 3. Das Verbot eines Friedenskongresses in Rheinland-Pfalz.
- 12) Gemeinsames Ministerialblatt (GMBL), Beschluß der Bundesregierung vom 19. September 1950, S. 93; A. v. Brünneck, a.a.O., S. 55; "Hessische Nachrichten", Kassel, 21.9.1950; folgende 13 Organisationen waren davon betroffen: KPD mit allen Unterorganisationen, SDA, FDJ, Vereinigung der Sowjetfreunde, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Gesamtdeutscher Arbeiterkreis für Land- und Forstwirtschaft, Komitee der Kämpfer für den Frieden, Komitee junger Friedenskämpfer, VVN, Sozialistische Reichspartei (SRP), 'Schwarze Front' (Otto-Strasser-Bewegung), 'Nationale Front'.
- 13) GMBL, Beschluß der Bundesregierung vom 27.2.1951, S. 85: "Der Spiegel", Hannover 1950, Heft 33, S. 28.
- 14) A. v. Brünneck, a.a.O., S. 110 ff. Verbotserlasse in: GMBL, Beschlüsse der Bundesregierung vom 26. Juni bzw. 21. Juli 1951, S. 149 - 151; S. 175 - 177. Die FDJ wurde am 16. Juli 1954 durch das Bundesverwaltungsgericht im Bundesgebiet verboten. Versuche der Politischen Justiz, in gleicher Weise wie gegen die FDJ auch gegen die VVN vorzugehen, erfolgten auf dem Verwaltungsweg in Rheinland-Pfalz (seit 1955) und in Hamburg (von 1951 -

Anmerkungen - Politische Repression

- 1961). Das von der Bundesregierung geforderte generelle Verbot der VVN konnte nicht ausgesprochen werden, weil sich die VVN mit internationalen Protesten erfolgreich dagegen zur Wehr setzte. Im August 1964 wurde das beim Bundesverwaltungsgericht gegen sie (von der Bundesregierung) eingeleitete Verbotsverfahren aufgrund § 31, Abs. 4 des Vereinsgesetzes (Bundesgesetzblatt I, S. 593) gegenstandslos. Alle Angaben nach: A. v. Brünneck, a.a.O.
- 15) Deutscher Bundestag, stenogr. Ber. 9./11.7.1951, S. 6297 - 6332; S. 6474 - 6486.
- 16) Zum Gesetzgebungsverfahren des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes: A. v. Brünneck, a.a.O., S. 71 ff.; zu den Strafgerichten: ebenda, S. 224 ff.; zum Personal der Politischen Justiz: ebenda, S. 228 ff.; die wichtigsten Bestimmungen des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes sind auf den S. 387 ff. abgedruckt.
- 17) KA, 17.11.1951, S. 3204.
- 18) Ausführlich dazu: KPD-Prozeß, Band 1-3, hrsgn. von Gerd Pfeiffer und Hans-Georg Strickert, Karlsruhe 1955/56. Dokumentarwerk zu den Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichtes; A. v. Brünneck, a.a.O., S. 117 ff.
- 19) So erhielten die Mitarbeiter im Hauptausschuß für Volksbefragung, Emil Bechtle, Karl Dickel und Oskar Neumann eine achtmönatige bzw. dreijährige Gefängnisstrafen. Am härtesten ging die Politische Justiz gegen den Vorsitzenden der FDJ in der Bundesrepublik, Josef (Jupp) Angenfort vor. Ihn verurteilte der Bundesgerichtshof zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe sowie der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und des Wahlrechts. Zu den Einzelprozessen: A. v. Brünneck, a.a.O., S. 145 ff.; zum Prozeß gegen Bechtle, Dickel und Neumann: In Sachen Volksbefragung. Berichte nach stenographischen Aufzeichnungen vom Hochverratsprozeß gegen Oskar Neumann, Karl Dickel und Emil Bechtle, 1. - 4. Teil, verantwortlich O. Neumann, Düsseldorf (ohne Jahr). Vgl. dazu aus der Sicht der

Anmerkungen - Politische Repression

westdeutschen Staatsschutzorgane: Hochverrat und Staatsgefährdung, Urteile des Bundesgerichtshofes, Bd. 1, a.a.O., S. 19 ff.; zum Prozeß gegen Jupp Angenfort und Wolfgang Seiffert, der zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde: ebenda, Bd. 2, Karlsruhe 1958, S. 142 ff.; Angenfort war trotz seiner Immunität als Abgeordneter des Landtages von Nordrhein-Westfalen am 12. März 1953 in Duisburg auf offener Straße verhaftet worden. Auf seine Zuchthausstrafe wurde ihm ein halbes Jahr Untersuchungshaft nicht angerechnet. Im April 1957 begnadigte der Bundespräsident Angenfort mit der Auflage, sich politisch nicht zu betätigen. Die Begnadigung wurde aufgehoben, als Angenfort Ende Februar 1962 an einer Zusammenkunft der illegalen KPD-Landesleitung in Bayern teilnehmen wollte und dabei verhaftet wurde. Dem früheren Bundesvorsitzenden der FDJ gelang jedoch die Flucht in die DDR. Im März 1969 wurde er nochmals verhaftet und mußte zwei Monate der Reststrafe absitzen. Angaben nach: "Nürnberger Nachrichten", 14.3., 16.3.1953; A. v. Brünneck, a.a.O., S. 94; Fritz Thrun und Karl Jungmann vom DAK wurden im März 1955 vom Bundesgerichtshof zu Gefängnisstrafen von 1 bzw. 2 Jahren, drei leitende Funktionäre der GDSF zu Gefängnisstrafen zwischen 8 Monaten und 3 Jahren verurteilt: Hochverrat und Staatsgefährdung, Bd. 1, a.a.O., S. 214; S. 256.

- 20) A. v. Brünneck, a.a.O., S. 296 ff. Nach § 6, Abs. 1 Ziff. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes vom 29. Juni 1956 war von einer Entschädigung ausgeschlossen, wer nach dem 23. Mai 1949 die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hatte. A. v. Brünneck schreibt dazu: "... Bei Verurteilungen aufgrund politischer Delikte war der Entzug und die Rückforderung bisher erhaltener Entschädigungsleistungen die Regel. Die Rente wurde oft schon gestrichen und zurückgefordert, wenn es nur zu Ermittlungsverfahren gekommen oder wenn nur die Mitgliedschaft in der KPD oder einer kommunistischen Bündnisorganisation festgestellt worden war. Bei dem ehemaligen KPD-Bundestagsabgeordneten Renner z.B. wurde

Anmerkungen - Politische Repression

1959 die Zahlung der Verfolgtenrente eingestellt und eine Kapitalentschädigung von 27.000 DM zurückgefordert, obwohl er in der Bundesrepublik nicht verurteilt worden war.": a.a.O., S. 297.

In krassem Gegensatz dazu erhielten die Personen, die im nationalsozialistischen Regime hohe Funktionen innehatten und für Kriegsverbrechen von den Alliierten zum Teil zu Höchststrafen verurteilt worden waren, fast ausnahmslos ihre staatlichen Bezüge z.B. in Form von Pensionen, zurück. Die rechtliche Grundlage dafür bildete das vom Bundestag in der ersten Legislaturperiode verabschiedete "131-Gesetz" (zum Art. 131 GG, nach dem "die Rechtsverhältnisse von Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden, durch Bundesgesetz zu regeln" waren.) Z.B. bekam der frühere SS-Gruppenführer Max Simon, Regimentskommandeur der SS "Totenkopf"-Division, später Generalleutnant und Kommandierender General des XIII. SS-Armee Korps, der 1947 wegen Kriegsverbrechen von einem alliierten Militärgericht zum Tode verurteilt und dann zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt worden war, nach seiner Haftentlassung 1954 seine Generalspension ausgezahlt (nachdem er in einem weiteren Prozeß, in dem ihm zahlreiche willkürlich verhängte Todesurteile zur Last gelegt wurden, von einer bundesdeutschen Strafkammer mangels Beweise freigesprochen worden war) Angabe nach: Engelmann II, a.a.O., S. 161/162, weitere solcher Fälle sind dort auf den S. 159 ff. genannt.

- 21) A. v. Brünneck, a.a.O., S. 58/59; "Nürnberger Nachrichten", 20.6.1951; gegen die FDJ unternahmen die westdeutschen Staatsschutzorgane mehrere gezielte Aktionen wie z.B. Haussuchungen und Verhaftungen von FDJ-Mitgliedern. Bei einer solchen Aktion im März 1953, die in mehreren Bundesländern durchgeführt wurde, arbeiteten auf Anweisung des Bundesgerichtshofes

Anmerkungen - Politische Repression

das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Länderbehörden zusammen. Während dieser Aktion wurde Angenfort verhaftet. In Schleswig-Holstein wurden beispielsweise 50 Haussuchungen angeordnet und 20 FDJ-Funktionäre festgenommen, darunter vier Mitglieder des Landessekretariats. Bayern führte eine eigene Aktion durch, die vom bayerischen Bundeskriminalamt geleitet wurde.

Im September 1953 wurden auf Anordnung der Oberstaatsanwaltschaft Lüneburg Kreisverbände der FDJ in Celle, Hildesheim, Wolfsburg, Wustrow, Stadthagen, Osterode, Nienburg und Lüneburg zerschlagen, Funktionäre und Mitglieder der FDJ zum größten Teil festgenommen. Insgesamt wurden seit dem Verbot der FDJ vom Juni 1951 allein in Niedersachsen 4000 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Angaben nach: "Nürnberger Nachrichten", 14.3., 16.3., 25.9.1953.

- 22) "Die Welt", Hamburg, 23.2.1953; "Nürnberger Nachrichten", 23.2.1953; Max Reimann hatte den bayerischen Ministerpräsidenten Hoegner in seiner Rede beschuldigt, täglich im Dienste Adenauers das Grundgesetz zu brechen. Hoegner sei ein "kleiner ungekrönter Zaunkönig." An der Polizeiaktion waren 400 Mann Einsatzpolizei und 200 Kriminalbeamte eingesetzt worden.
- 23) KA, 30.8.1951, S. 3092. Ernst Zander berichtet in dem von ihm veröffentlichten Buch "Die Kampagne gegen die Remilitarisierung", daß ihm in vielen Gesprächen Arbeiter über Spitzel erzählten, die für ihre Informationstätigkeit 80 DM monatlich erhielten und daß das Listenwesen blühe. Er zitiert auch einen Artikel des Journalisten Ernst Friedländer im "Hamburger Abendblatt" vom 1./2.12. 1951, in dem es unter der Überschrift "Der Geheimstaat" u.a. heißt:
- "Die freie kritische Meinung ist das Fundament der Demokratie. 'Kritik ist verboten', das ist die erste Regel des totalitären Staates. In der Bundesrepublik stehen wir heute etwa bei: Kritik ist unerwünscht. Die Bonner Presseämter sind eher Kritik-Abwehrstellen als Informationsquellen. Die Meinungsfreiheit

Anmerkungen - Politische Repression

- wird theoretisch bejaht und praktisch bekämpft. Wer von ihr Gebrauch macht, segelt durch eine minenverseuchte See. Er ist immer in Gefahr, hochzugehen. Sehr offiziöse 'Winke', diesen Chefredakteur oder jenen Rundfunkkommentator zu entlassen, sind an der Tagesordnung" :Ernst Zander, a.a.O., S. 222.
- 24) Aussage Arnold Haumanns auf einer Tonbandcassette des Medienpakets "Der Kalte Krieg und seine Folgen", hrsgn. vom Landesverband der DFG/VK Nordrhein-Westfalen, November 1980.
- 25) Heinz Kraschutski, "Staatsgefährdung? Ein dokumentarischer Bericht über den Düsseldorfer Prozeß gegen Angehörige des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland", Hannover 1961, S. 33; "Nürnberger Nachrichten", 16.3.1953.
- 26) ddz 1951, Heft 21, S. 944/945.
- 27) Das Verfahren gegen Frau Faßbinder wurde zwar 1954 eingestellt und die Suspendierung aufgehoben, doch erfolgte eine Beurlaubung ohne Rechtsgrundlage bis zur Erreichung der Altersgrenze. Angabe nach: Elisabeth Zeile, Frauen für den Frieden, hrsgn. vom Bundesvorstand der DFG/VK, Essen (ohne Jahr), S. 96.
- 28) Kurt Pfannenschwarz, Th. Schneider, Das System der strafrechtlichen Gesinnungsverfolgung in Westdeutschland, Berlin (DDR) 1965, S. 143/144.
- 29) Näheres dazu bei: A. v. Brünneck, a.a.O., S. 250 - 254. Die KPD versuchte sich mit Hilfe der "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Juristen" (ADJ, gegründet am 8.4.1951 in Düsseldorf) und des "Zentralrates zum Schutze demokratischer Rechte und zur Verteidigung deutscher Patrioten" (gegründet am 30.9.1951 in Stuttgart) gegen den staatlichen Repressionsapparat zu behaupten. Die ADJ bestand aus einem Zusammenschluß von Juristen in organisatorisch loser Form; sie trat nach ihrer Gründung der "Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen" (IVDJ) als deutsche Sektion bei (Hochverrat und Staatsgefährdung, Bd. 2, a.a.O., S. 257). Dem Zentralrat gehörten nicht nur Juristen, sondern Personen aus verschiedenen Berufen an.

Anmerkungen - Politische Repression

Beide Vereinigungen unterstützten angeklagte Kommunisten mit Rechtshilfe und Publikationen, mit denen sie in der Öffentlichkeit auf die Hintergründe der Anklagen aufmerksam zu machen versuchen. Einzelne Funktionäre des Zentralrates und der ADJ waren deshalb ebenfalls Repressionsmaßnahmen ausgesetzt (a.v. Brünneck, a.a.O., S. 147).

30) A. v. Brünneck, a.a.O., S. 71.

31) Vgl. dazu: A. v. Brünneck, a.a.O., S. 387 ff. mit: Autorenkollektiv, Staat ohne Recht. Des Bonner strafrechtliche Sonderjustiz in Berichten und Dokumenten, Berlin (DDR), 1959, S. 78 - 81.

32) Deutscher Bundestag, stenographische Berichte, 8.2.1957, S. 10931.

33) Heinz Kraschutzki, a.a.O., S. 14.

34) "Frankfurter Rundschau", Frankfurt/M., 11.7.1951; "Neue Presse", Coburg, 14.7.1951. Diese und andere Pressekommentare zur Verabschiedung des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes sind abgedruckt in: ddz 1951, Heft 19, S. 818 ff.; das Zitat von Josef Müller ist entnommen aus: Autorenkollektiv, Staat ohne Recht, a.a.O., S. 218.

35) Ausführlich über den Düsseldorfer Prozeß hat Heinz Kraschutzki in seinem Buch "Staatsgefährdung? Ein dokumentarischer Bericht über den Düsseldorfer Prozeß gegen Angehörige des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland", Hannover 1961, geschrieben. Das Verfahren gegen die ursprünglich Mitangeklagte Frau Edith Hoereth-Menge wurde am ersten Verhandlungstag vom Verfahren mit der Begründung abgetrennt, daß ihr angegriffener Gesundheitszustand eine Teilnahme nicht erlaube. Frau Hoereth-Menge protestierte gegen diese Entscheidung vergeblich.

36) Theodor Michaltscheff, 20 Jahre IDK; Persönliche Erinnerungen, Hamburg 1966, S. 38; nach Angaben des Bundesinnenministers Robert Lehr gab es 175 solcher Vereinigungen in Westdeutschland: Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, a.a.O., S. 134, Fn. 22.

37) R. Badstübner/S. Thomas, Restauration und Spaltung, Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1955, a.a.O., S. 436.

Anmerkungen - Politische Repression

- 38) "Nürnberger Nachrichten", 4.5.1953; die Polizei setzte zur Auflösung der Demonstration in München, die am 1. Mai 1953 im Anschluß an eine DGB-Kundgebung von einzelnen Teilnehmern, vermutlich KPD-Mitgliedern, organisiert worden war, einen Wasserwerfer ein. Nach Angaben der Polizei brach ein sechzigjähriger Passant, der vor dem Wasserstrahl davonlaufen wollte, nach einigen Schritten auf der Straße tot zusammen.

Anmerkungen - Schlußwort

- 1) ausführlich zu dieser Problematik: Rüstungsjahrbuch '82/83. Weltweite Militärausgaben/Rüstungsvergleich/Waffenhandel/Eurostrategische Waffen/Atomwaffen, hrsgn. vom Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Reinbek bei Hamburg 1982.
- 2) SPD, FDP, DGB, Kirchenvertreter u.a. gründeten im Februar 1958 in Bad Godesberg den Ausschuß "Kampf dem Atomtod". Sie diskutierten den Gedanken einer erneuten Volksbefragung über die von der Bundesregierung angestrebte atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Die Sozialdemokraten beschlossen, Befragungsaktionen in den von ihnen regierten Bundesländern durchzuführen. In den Stadtstaaten Bremen und Hamburg wurden gegen den heftigen Widerstand Bundeskanzler Adenauers von der SPD die entsprechenden Gesetze für die Volksbefragung über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr verabschiedet. Die Bundesregierung rief darauf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an. Dieses erließ am 12. Juni 1958 eine einstweilige Anordnung gegen die Befragungen und verbot sie endgültig am 30. Juli 1958. Ebenso rügte das Gericht die hessische Landesregierung, weil diese die Beschlüsse einiger hessischer Gemeinden, örtliche Volksbefragungen durchzuführen, nicht aufgehoben hatte. Das Bundesverfassungsgericht begründete seine Entscheidung damit, daß der Versuch von Ländern, in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundes einzugreifen, unterbunden werden müsse. Volksbefragungen widersprächen der in der Bundesrepublik herrschenden repräsentativen Demokratie. Während der Legislaturperiode könnten bundespolitische Entscheidungen nur vom Parlament oder der vom Parlament beauftragten Regierung, nicht aber auch noch unmittelbar vom Volk getroffen werden. Ausführlich zur "Kampf dem Atomtod"-Bewegung: Blaubuch. Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, hrsgn. vom Friedenskomitee der BRD, o.O., o.J.

QUELLENVERZEICHNIS

A)_ Verwendete Literatur

Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945 - 1953, 1953 - 1955, Stuttgart 1965

Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, Köln 1980

Autorenkollektiv des Deutschen Instituts für Militärgeschichte, Berlin(DDR) 1969, Bundeswehr; Chronik - Fakten - Dokumente

Autorenkollektiv des Deutschen Instituts für Militärgeschichte, Deutsche Kriegsbrandstifter wieder am Werk, Band(Bd.) 1, Berlin (DDR) 1969

Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung, Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1955, Köln 1975

Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München und Wien 1969

Albert Behrendt, Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften, Berlin(DDR) 1960

Joachim Bergmann, Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Bd. 1, Frankfurt/M. 1976

Gerhart Binder, Epoche der Entscheidungen Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1960

Alfred Bornhardt, Das Janusgesicht der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart 1953

Bertolt Brecht, Arbeitsjournal. Anmerkungen von Werner Hecht, Frankfurt/M. 1973

Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1968, Frankfurt/M. 1978

Ulrich Buczykowski, Die Deutschland- und Sicherheitspolitischen Vorstellungen Kurt Schumachers unter besonderer Berücksichtigung seiner strategischen Offensivkonzeption von August 1950 - September 1951, Dissertation an der Phil.Fakultät Kiel, 1971

Axel Bust-Bartels, Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 In: Aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", 21.6.1980, S. 24 ff.

Ulrich Daum, Grundsatzurteile zur Kriegsdienstverweigerung, München 1972

Karl Dickel, Zur Tätigkeit des Hauptausschusses für Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951, Phil Diss., Berlin (DDR) 1967

Georgi Dimitroff, Arbeiterklasse gegen Faschismus, Rote Drucke Spartakus - Assoziation Marxistischer Studenten, ohne Ort (o. O.), ohne Jahr (o. J.)

Rainer Dohse, Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974

Karl Drott, Sozialdemokratie und Wehrfrage. Dokumente aus einem Jahrhundert Wehrdebatten, Berlin und Hannover 1956

Rudi Dutschke/Manfred Wilke, Herausgeber (Hrsg.), Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke. Mit Beiträgen von O. Flechtheim, R. Havemann, E. Mandel, R. Medwedew, J. Pelikan, T. Pirker, B. Rabehl, F. Vilmar u. a., Hamburg 1975

Lewis J. Edinger, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967

Bernt Engelmann, Wie wir wurden, was wir sind. Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur unbedingten Wiederbewaffnung, München 1980

Bernt Engelmann, Wir sind wieder wer. Auf dem Weg ins Wirtschaftswunderland, München 1981

Gernot Erler, Karl-Otto Sattler (Hrsg.), Die unterlassene Ehrung des Reichskanzlers Joseph Wirth. Blüten eines provinziellen Antikommunismus. Ein dokumentarisches Lesebuch, Freiburg 1980

H. Gerats u. a. , Staat ohne Recht. Des Bonner Staates strafrechtliche Sonderjustiz in Berichten und Dokumenten, Berlin (DDR) 1959

Bernd Greiner/Kurt Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UDSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980

Guido Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK). Ihre Geschichte 1945 - 1968, Köln 1982. Reihe: Pahl-Rugenstein Hochschulschriften Gesellschafts- und Naturwissenschaften 95

Rudolph Hagen, Die verpaßten Chancen, Hamburg 1979

Hans-Hermann Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Köln und Opladen 1970

Florence Hervé (Hrsg.), Brot und Rosen, Geschichte und Perspektiven der demokratischen Frauenbewegung, Frankfurt/M. 1979

Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.) mit Unterstützung der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution Redaktion Reiner Steinweg Friedensanalysen 14, Vierteljahresschrift für Erziehung, Politik und Wissenschaft, Frankfurt/M. 1981

David Horowitz (Hrsg.), Big Business und Kalter Krieg. Zweiter Band der im Auftrag der Bertrand Russel Peace Foundation herausgegebenen Reihe "Studies in Imperialism and the Cold War", Frankfurt/M. 1971

Ernst Ulrich Huster, Die Politik der SPD 1945 - 1950, Frankfurt/M. - New York 1978

Huster, Kraiker, Scherer, Schlotmann, Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 - 1949, Frankfurt/M. 1972

Hans Adolf Jacobsen, Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei den Debatten um die Wiederbewaffnung 1950 - 1955. In: Militärgeschichte seit 1945; Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955, herausgegeben (hrsgn.) vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt 1, Boppard am Rhein 1975, S. 61 ff.

Matthias Jopp, Zur Entstehungsgeschichte der deutschen Sicherheitsproblematik: Politische Interessen und militärische Planung bei der Integration der Bundeswehr in das NATO-Bündnis. In: HSKF, Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution, a.a.O., S. 15 ff.

Robert M.W. Kempner, Das Dritte Reich im Kreuzverhör. Aus den unveröffentlichten Vernehmungsprotokollen des Anklägers R. Kempner, München und Esslingen 1969

Edward M. Kennedy, Mark O. Hatfield, Stoppt die Atomrüstung, Hamburg 1982

Otto Kirchheimer, Funktionen des Staates und der Verfassung. Zehn Analysen, Frankfurt/M. 1972

Ch. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 - 1955, Göttingen 1982

Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation, Köln 1959

Dieter Koch, Heinemann und die Deutschland-Frage, München 1972

Heinz Kraschutzki, Staatsgefährdung? Ein dokumentarischer Bericht über den Düsseldorfer Prozeß gegen Angehörige des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1961

Fritz Krause, Die antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 - 1955, Frankfurt/M. 1971

Jürgen Kuczynski, So war es wirklich, Berlin (DDR) 1969, hrsgn. vom Staatssekretariat für Westdeutsche Fragen

Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin (DDR) 1958

Udo Löwke, "Für den Fall, daß ...", SPD und Wehrfrage 1949 - 1955, Hannover 1969

Wilfried Loth, Die Teilung der Welt 1941 - 1945, München 1980.

Dieter S. Lutz (Hrsg.), Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden 1979

Klaus Mammach (Hrsg.), Die Berner Konferenz der KPD, Berlin (DDR) 1974

Theodor Michaltscheff, 20 Jahre IDK; Persönliche Erinnerungen, Hamburg 1966

Peter Molt, Die neutralistische Opposition. Bedingungen und Voraussetzungen der neutralistischen Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei 1949 - 1954, Dissertation phil. Heidelberg 1956

Reinhard Mutz, Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit in der BRD. Probleme und Analyse, Kritik und Kontrolle militärischer Macht, München/Wien 1978

Wolf-Dieter Narr, CDU-SPD, Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966

Oskar Neumann, Als der Jahrgang 22 "ohne uns" sagte. In: Fritz Noll/Rutger Booß (Hrsg.), Geschichte in Geschichten. Ein bundesdeutsches Lesebuch, Dortmund 1980, S. 59 ff.

Ulrich Noack (Hrsg.), Die Nauheimer Protokolle. Die Diskussion über die Neutralisierung Deutschlands, Würzburg 1950

Ingeborg Nödinger, Für Frieden und Gleichberechtigung. Einige Streiflichter zur Arbeit des Demokratischen Frauenbundes Deutschland. In: Florence Hervé (Hrsg.), Brot und Rosen, a.a.O., S.157 ff.

Albert Norden, So werden Kriege gemacht, Berlin (DDR) 1968

Karl A. Otto, Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik; Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze. In: HSEK, Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution, a.a.O., S. 52 ff.

Kurt Pfannenschwarz/Th. Schneider, Das System der strafrechtlichen Gesinnungsverfolgung in Westdeutschland, Berlin (DDR) 1965

Theo Pirker, Die blinde Macht, Bd. 1 und 2, München 1960

Theo Pirker, Die SPD nach Hitler; die Geschichte der SPD 1945 - 1964, München 1965

Wolf W. Rausch/Christian Walther(Hrsg.), Evangelische Kirche in Deutschland und die Wiederaufrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik 1950 - 1955, Gütersloh 1978

Max Reimann, Entscheidungen 1945 - 1956, Frankfurt/M. 1974

Jürgen Reiss, George Kennans Politik der Eindämmung, Berlin-Dahlem 1957, erschienen in der Reihe: Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, hrsgn. von Wilhelm Berges, Karl Hinrichs, Hans Herzfeld, Walter Schlesinger, Bd. II

Waldemar Ritter, Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption, Dissertation, Hannover 1964

Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1970

Hans Karl Rupp, Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die ersten Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945 Reihe: Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht, Köln 1974

Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR. Politik/Gesellschaft/Wirtschaft, 5. erweiterte, neubearbeitete Auflage, Hamburg 1979

Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer, Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1977

Walter Schlangen(Hrsg.), Die deutschen Parteien im Überblick. Von den Anfängen bis heute, Königstein/Taunus 1979

Ute Schmidt/Tilman Fichter, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945 - 1948, Berlin(West) 1971

- Klaus von Schubert, Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950 - 1952, Stuttgart 1970
- Klaus Schütz/Wolfgang Hirsch-Weber, Wähler und Gewählte, Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Berlin und Frankfurt/M. 1957
- Klaus Peter Schulz, Sorge um die deutsche Linke. Eine kritische Analyse der SPD-Politik seit 1945, Köln/Berlin 1954
- Hans-Peter Schwarz, Handbuch der deutschen Außenpolitik, München/Zürich 1976
- Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 - 1949, Neuwied und Berlin (West) 1966
- Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte - Entstehung - Entwicklung, Opladen 1976
- Elly Steinmann, Die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung. In: Florence Hervé (Hrsg.), Brot und Rosen, a.a.O., S. 170 ff.
- Friedrich Thelen, Zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland 1950 - 1955. Strategische Intentionen und Konzeptionen der Westlichen Alliierten, Dissertation phil., Erlangen 1974
- Siegfried Thomas, Der Weg in die NATO: Zur Integrations- und Remilitarisierungspolitik der BRD 1949 - 1955, Berlin (DDR) 1978
- Norbert Tönnies, Der Weg zu den Waffen, Köln 1957
- Harry S. Truman, Memoiren, Bd. II, Stuttgart 1956
- Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozio-ökonomische Analyse des Militarismus, Reinbek 1973
- Wolfgang Wagner (Hrsg.), Hochverrat und Staatsgefährdung. Urteile des Bundesgerichtshofes, Bd. I/II, Karlsruhe 1957/58
- Hermann Weber, Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung, Hannover 1969

Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 - 1955, München 1967

Hans Georg Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953

Ernst Zander, Die Kampagne gegen die Wiederbewaffnung in Deutschland, London 1952, Verlag Contemporary-Press

Elisabeth Zeile, Frauen für den Frieden. Lebensläufe, Bilder, Aktionen, hrsgn. vom Bundesvorstand der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, Essen, o. J. (DFG-VK extra 8)

D) Verwendetes Dokumentationsmaterial

Abschließender Bericht des "Hauptausschusses für Volksbefragung" gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages, veröffentlicht am 16. März 1952 auf der Tagung in Hohensyburg/Westfalen, im eigenen Besitz

Aktionshandbuch 2, Frieden schaffen ohne Waffen, hrsgn. von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Berlin(West) 1981

BIKINI, Die fünfziger Jahre. Politik - Alltag - Opposition, Berlin(West) 1981

Blaubuch. Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, hrsgn. vom Friedenskomitee der BRD, o. O., o. J.

Der deutsche Soldat in der Armee von morgen. Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik e. V. Mainz, Bd. 4, hrsgn. in Zusammenarbeit mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt/M. und München 1974

Der Kalte Krieg und seine Folgen, Medienpaket, hrsgn. vom Landesverband der DFG/VK Nordrhein-Westfalen, November 1980 (Broschüre, Dias, Tonbandcassette)

Der Kampf um den Wehrbeitrag, Bd. I - III, München 1952, 1953, 1957

"Der Spiegel", Hannover(ab 1952 Hamburg), 1947 - 1955, laufende Jahrgänge

Deutsche Friedensgesellschaft 1892 - 1962, zusammengestellt und bearbeitet von Walther Diehl, hrsgn. vom Westdeutschen Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft, o. O., o. J.

Die Organisation des Warschauer Vertrages 1955 - 1975. Dokumente und Materialien, Berlin(DDR) 1975

Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945 - 1966, Berlin(DDR) 1968

Dokumentation der Zeit (ddz), Informationsarchiv, hrsgn. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin(DDR), 1949 - 1955, laufende Jahrgänge

Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Sonderheft der "Blätter für Deutsche und Internationale Politik", Köln, Mai 1962, überarbeitet und ergänzt durch einige heute zugängliche Dokumente von Ulrich Albrecht. In: U. Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, a. a. O., S. 71 ff.

Dokumente der KPD 1945 - 1956, Verlag KPD-Literatur 1973, Berlin(DDR)

Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd I - IX, bearbeitet und hrsgn. von Ossip Flechtheim, Berlin(West) 1962 f

"Es geht ums Leben!" Abrüstungsbemühungen und Aufrüstungspolitik in der BRD 1945 - 1981; eine Dokumentation zu der gleichnamigen Ausstellung der Gustav-Heinemann-Initiative, Regionalgruppe Bremen und der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden. Zusammengestellt, kommentiert von Karl Sommer, hrsgn. vom Kuratorium des Bildungswerkes evangelischer Kirchen im Lande Bremen, Mai 1982

Europa-Archiv, 1947 - 1955, laufende Jahrgänge

Faschismus, hrsgn. von der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst und dem Kunstamt Kreuzberg, Berlin(West) 1976

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel XII und XIII, Berlin(DDR) 1968

Geschichte in Geschichten. Ein bundesdeutsches Lesebuch, hrsgn. von Fritz Noll/Rutger Boöb, Dortmund 1980

Handbuch der Bundestagsfraktion der KPD, Oppau 1953. Hrsgn. von der Bundestagsfraktion der KPD, verantwortlich Walter Fisch

Im Kampf für Völkerverständigung, Abrüstung und Frieden. Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, hrsgn. vom Bundesvorstand der DFG/VK, o. O. 1977

Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947 - 1955, Allensbach 1956, von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann

Jugend zwischen 15 und 24. Eine Untersuchung zur Situation der deutschen Jugend im Bundesgebiet, durchgeführt vom EM-NID-Institut für Meinungsforschung, Bielefeld 1955

Keesings Archiv der Gegenwart, 1945 - 1955, laufende Jahrgänge

Kirchliche Jahrbücher 1948 - 1955, hrsgn. von Joachim Beckmann, Gütersloh

KPD 1945 - 1965. Abriß - Dokumente - Zeittafel, Berlin(DDR) 1966

KPD-Verbotsprozeß, Bd 1 - 3, hrsgn. von Gerd Pfeiffer und Hans-Georg Strickert, Karlsruhe 1955/56. Dokumentarwerk zu dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts

Militärgeschichte seit 1945; Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955, hrsgn. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt 1, Boppard am Rhein 1975

Philipp Müller. Der Polizeimord in Essen, dokumentiert und aufgezeichnet von Wolfgang Bartels, hrsgn. vom Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), Dortmund 1977

Protokolle vom zweiten und dritten Ordentlichen Bundeskongreß des DGB in Berlin (13. - 17. Oktober 1952) und Frankfurt/M. (4. - 9. Oktober 1954), hrsgn. vom DGB

"Rettet den Frieden!" - Manifest der Essener Tagung gegen die Remilitarisierung Deutschlands, 27./28.1.1951, im eigenen Besitz

Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, mit Beiträgen von Max Gustav Lange, Gerhard Schulz, Klaus Schütz, Arnold Bauer, Rudolf Holzgräber, Martin Virchow, Düsseldorf 1955

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, stenographische Berichte 1950 - 1955, laufende Jahrgänge

"Was jeder Deutsche vom General-Vertrag und EVG-Abkommen wissen muß", hrsgn. im Auftrag des Rates der "Deutschen Sammlung", Franz Anton Bretz, Pfalzgrafenweiler, im eigenen Besitz

Weißbuch der deutschen Opposition, London 1946

Weißbuch über das Wiedererstehen des Deutschen Imperialismus, überreicht vom Nationalrat der Nationalen Front, August 1951, Leipzig

Der 6. August als

Weltfriedenstag

In allen Teilen der Welt versetzen die Friedenskommisionen am 6. August einladend das Ansehen der ersten Atomkraft und der ersten Atomkraft, die in der Welt eingesetzt wurde, und die ersten Atomkraft, die in der Welt eingesetzt wurde, und die ersten Atomkraft, die in der Welt eingesetzt wurde.

Zur Erinnerung an diesen denkwürdigen Tag laden die Kölner Friedensgesellschaften zu einer gemeinsamen

Öffentlichen Veranstaltung

am, die am

Sonntag, dem 6. August 1949, 17 Uhr
im Sitzungssaal des Kölner Rathauses

(Kölner Friedensgesellschaft)

Es sprechen:

Professor Dr. Siegmund Stähle, Dortmund

Präsident Richman, Köln

sowie ein Vertreter der Jugendbewegung in Westfalen, Essen, u. a.

Die Erhaltung des Friedens geht uns alle an.

Es laden zu dieser Veranstaltung an:

- Deutsche Friedensgesellschaft, Gruppe Köln
- Internationale der Friedensvereinsvereiner, Köln
- Internationaler Versöhnungsbund, Ortsgruppe Köln
- Internationaler Zivildienst, Gruppe Köln
- Liga für Weltregierung, Zweiggruppe Köln
- Quakergruppe, Köln

Eintritt frei!

rechts: Plakat des Landesverbandes Bremen der DFG zu einer Veranstaltung gegen die Remilitarisierung.
links: Plakat einer Veranstaltung anlässlich des 6. Augustes, dem Tag des Atombombenabwurfes auf Hiroshima.

PA-MILITARISIERUNG

JA ODER NEIN

**Öffentliche
Versammlung
Freie Aussprache**

**RECHTSANWALT
DR. NICOLAUS SCHIERLOH**

spricht am
Dienstag, 8. Februar 1949, 19.30 Uhr

im großen Festsaal des Neuen Rathauses

Eintritt frei!
Deutsche Friedensgesellschaft
Landesverband Bremen

Veranstaltung Nr. 1000 - Köln, den 1949

aus: Im Kampf für Völkerverständigung, Abrüstung und Frieden,
a.a.O., S. 49

Warum ich zurücktrat

Deutsche Sicherheit

Dr. Dr. Gustav W. Heinemann

Bundesminister a. D.

...Es ist nicht unsere Sache, eine deutsche Beteiligung an militärischen Maßnahmen nachzusuchen oder anzubieten. Wenn die Westmächte unsere Mitwirkung zu bedürfen glauben, so mögen sie an uns herantreten und dabei verbindlich sagen, welches die Grundlagen einer etwa von ihnen gewünschten deutschen Mitwirkung sein sollen.

Es wird von dem Grundsatz der Gleichberechtigung gesprochen. Uns fehlt die Souveränität. Wir haben also einen schwachen Stand. Angesichts dessen, was uns in den Augen der Welt noch wesentlich stärker als im Bewußtsein unseres eigenen Volkes aus der Hitlerzeit belastet (siehe z. B. den Osloer Beschluß vom 2. Oktober 1930 über unsere Nichteinladung zur Winter-Olympiade), haben wir auch nur schwache moralische Grundlagen für eine Forderung nach Gleichberechtigung. Man könnte uns branden wollen und achten zugleich. Man könnte die alte Redung wieder präsentieren wollen, wenn die Not vorüber ist. Damit würde ich den Völkern, die unter dem Hitlerkrieg gelitten haben, keinen Vorwurf. Ich stelle lediglich eine Situation fest. Sie besagt, daß es ganz und gar freier Entschluß der Westmächte sein wird, ob sie Gleichberechtigung gewähren. Sie müßte echte Solidarität und Schicksalsgemeinschaft mit uns bedeuten. Sie müßte praktische Folgen haben, die hinsichtlich des Militärischen beispielsweise darin zu sehen wären, daß deutsche Menschen nicht als Kanonenfutter behandelt werden, und hinsichtlich des Politischen beispielsweise darin, daß die Bundesregierung von den Westmächten nicht nur in etwas platonischer Weise als Sprecherin auch für die russische und polnische Zone anerkannt wird, sondern auch darin, daß das Saargebiet als deutsches Gebiet, d. h. als Bestandteil der Deutschen Bundesrepublik behandelt wird. ...

Die Aufstellung deutscher Truppen bedeutet eine schwere Belastung unserer sozialen Gestaltungsmöglichkeiten. Wenn es bisher nicht gelang hat, den Ostvertriebenen und Kriegsbeschädigten, den Wohnungslosen und Sozialrentnern, der Jugend und manchen anderen Gruppe unseres Volkes zu geben, was ihnen zuzueh, so werden Rüstungsausgaben ihre Situation nicht erleichtern. Wo ist die soziale Generalabsarbeit, die hier eine Antwort vorbereitet? ...

Besonders bedeutungsvoll ist die Frage, ob eine westdeutsche militärische Beteiligung auf Rußland provozierend wirken würde. Der Marxist glaubt ohnehin an kapitalistische Einkreisung. Er glaubt andererseits an den Endsieg des Kommunismus, den er dadurch heranziehen sieht, daß der Kapitalismus sich in seinen Krisen selbst zerstört. Der Marxist ist geneigt, diese Krisenentwicklung zu fördern, d. h. er ist Revolutionär und nicht primär ein Imperialist. Deshalb ist ihm gegenüber die innere Immunisierung durch Beibehaltung der Gerechtigkeit und Freiheit mindestens ebenso wichtig, wie äußere Panzerung. Wenn das Wiedererstehen des deutschen Soldaten in Frankreich ein tiefes Mißbehagen auslöst, was wird es in Rußland auslösen, das den für teutonischen in besonderem Maße erlebt und ebenfalls nicht vergessen hat. ...

aus: "Es geht ums Leben!", a. a. O., S. 35

Vorbereitungen für die Wiederaufrüstung und Widerspruch ... (1950-1953)

Ein europäischer Krieg unter unserer Beteiligung wird für uns nicht nur ein nationaler Krieg sein, wie für die anderen betroffenen Völker, sondern oben-drauf ein Krieg von Deutschen gegen Deutsche. Er wird sich, so wie die Dinge liegen, auf deutschem Boden spielen. Land, auf dem immerhin noch eine Wunde, — der Stoff geht in deutsches Land, im Westen oder im Osten. Wenn der erste Stoß sich nicht zu einem endgültigen entwickelt, kann dasselbe deutsche Land im Westen oder im Osten abermals der Schauplatz des Krieges sein.

Angesichts dieser Situation haben wir wahrlich bis zum Äußersten ein Lebensinteresse daran, daß eine friedliche Lösung gefunden wird. Was für Rußland und seine Satelliten auf der einen Seite und für die Westmächte auf der anderen Seite zwar ein todesartiges Spiel um die Existenz ist, aber immerhin noch eine Chance des Gewinns oder doch des Überlebens in sich schließt, ist für uns ein höchster Wahrscheinlichkeit der Tod, weil wir das Schicksal eines beiderseitigen totalen Vernichtungs-spiels sind. Natürlich kann Deutschland jederzeit von den anderen zum Schlachtfeld gemacht werden. Aber wir legitimieren unser Deutschland selbst als Schlachtfeld, wenn wir uns in die Aufrüstung einbeziehen. ...

Eine leichtfertige Leute haben mich einen Chandi-Apostel genannt. Ich schmähe Chandi durchaus nicht, wenn ich bundig sage, daß ich nicht sein Apostel bin. Es ist Gottes Wille, daß weltliche Obrigkeit regiert und daß sie das Schwert führt. Sie hat es auch gegen äußere Feinde zu führen, — sofern sie überhaupt eins besitzt. Wir besitzen keines. Hier erhebt sich die Frage — um es politisch, die aus christlicher Verantwortung zu handeln erklären — aber als Politiker, was ist, daß wird nicht Gottes Gericht waffenlos gemacht worden sind um deswillen, was wir mit der Waffe angedacht haben. Auch dann würden wir nicht für alle Zeit waffenlos bleiben müssen. Aber wir sollten uns nicht für alle Zeit waffenlos edenn wirklich wieder soweit ist ...

Der Bundeskanzler denkt in den Formen autoritärer Willensbildung und des stellvertretenden Handelns.

Streiten wir dabei nicht um Verfassungswortlaute. Wo ein Wille zur Mitbeteiligung des Volkes vorhanden ist, gibt es auch Wege, um diese Mitbeteiligung anzuschließen. Wir werden unser Volk nur dann demokratisch machen, wenn wir Demokratie riskieren. Wenn in irgend einer Frage der Wille des deutschen Volkes eine Rolle spielen soll, dann muß es in der Frage der Wiederaufrüstung sein. Angesichts dessen, was unser Volk durch Krieg erlebt und durch fünfjährige Besatzungszerlegung erfahren hat, wäre es eine Vermessenheit, jetzt so zu handeln; als ob nichts geschehen sei. Die Verwirrung ist heute schon groß genug. Wenn wir nicht Geduld haben, sie zu klären, kann es unmöglich einen guten Weg geben.

Man sage nicht, daß keine Zeit sei, die Klärung abzuwarten und alle Fragen in Ruhe zu durchdenken, die ich aufgeworfen habe. Es wird noch eine sehr respektable Zeit dauern, bis alle anderen westlichen Völker so weit gerüstet sind, daß auch wir daran denken können.

Zum Schluß möchte ich ein persönliches Wort einfügen. Mein Rücktritt aus der Bundesregierung ist erfolgt, weil ich die Verantwortung nicht tragen kann, die einem Bundesminister zugemutet wird. Wo die dem Kanzler obliegende Bestimmung der politischen Richtlinien so verstanden wird, daß eine gemeinsame echte Willensbildung nicht stattfindet und wo jeder nur mit Vorwürfen zu rechnen hat, der sich den Richtlinien nicht willig fügt, möchte und kann ich keine Mitverantwortung tragen.

Mein Ausscheiden aus der Bundesregierung möge das deutsche Volk vor die Frage führen, wie es sich Demokratie denkt und was es von seinen Ministern erwartet. Es möge die deutschen Männer und Frauen insbesondere in der vor uns stehenden sachlichen Frage der Wiederaufrüstung veranlassen, selber nachzudenken und ihren Willen deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Manifest der Essener Tagung gegen die Remilitarisierung Deutschlands

Wir Vertreter von Millionen Männern und Frauen aus allen Schichten des deutschen Volkes, Arbeiter und Bauern, Ingenieure, Ärzte, Wissenschaftler und Erzieher, Pfarrer beider christlicher Konfessionen, Schriftsteller und Künstler, Soldaten, Offiziere und Generale des zweiten Weltkrieges sind in der Zeit einer geschichtlichen Krise unseres Vaterlandes zusammengekommen, um ernst und unvoreingenommen zu prüfen, wie die Gefahr eines Krieges gebannt werden kann.

Wir stellen fest, daß das deutsche Volk von außerdeutschen Mächten zur unmittelbaren Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gezwungen werden soll. Dieser Krieg würde in Deutschland beginnen und unser Volk als erstes mit seiner ganzen Schwere treffen. Deutsche würden gegen Deutsche kämpfen. Ein dritter Weltkrieg wäre zugleich ein deutscher Bürgerkrieg. Er würde zur Vernichtung unseres Landes und zur Auslöschung unseres Volkes führen.

Wir stellen fest, daß ohne Befragung des deutschen Volkes Maßnahmen zur Remilitarisierung Deutschlands durch Aufstellung bewaffneter Streitkräfte und die Wiederherstellung der Rüstungsindustrie beschlossen wurden.

Auf den Konferenzen in New York und Brüssel sind diese Beschlüsse im Jahre 1950 ohne Mitwirkung deutscher Organe gefaßt worden. Sie werden bereits durchgeführt, und ihre Bedeutung ist durch den Deutschlandbesuch des USA-Generals Eisenhower unterstrichen worden.

Diese Maßnahmen erfüllen alle Deutschen mit banger Sorge. Sie sehen in ihnen einen Bruch des Bonner Grundgesetzes und der internationalen Verträge über Deutschland. Sie befürchten die Rekrutierung der wehrfähigen Männer unseres Volkes. Sie spüren auch, daß die Kriegsvorbereitungen eine Senkung ihres Lebensstandards zur Folge haben.

Ihr leidenschaftlicher Abwehrwille gegen die Remilitarisierung hat sich in zahlreichen Äußerungen, Zuschriften an Zeitungen, Entschlüssen von Belegschaften, von Studenten und vieler Jugendverbände in Umfragen und Probestimmungen und auch in den politischen Wahlen der letzten Zeit gezeigt.

Diese tausendfachen Willenskundgebungen werden aber nur dann eine Wirkung haben, wenn das deutsche Volk vor aller Welt die Kriegsvorbereitungen durch eine einheitliche und machtvolle Manifestation ablehnt.

Wie ernst die Situation ist, zeigt die Tatsache, daß die Bonner Regierung ohne das Volk oder auch nur den Bundestag zu befragen, ohne demokratische Legitimation und ohne Mandat, deutsche Truppen angeordnet hat, über dieses Angebot verhandelt und die Aufstellung von 25 Divisionen oder divisionsähnlichen Verbänden vorbereitet. Damit hat die Regierung ihre Pflicht gegenüber dem Volk groblich verletzt. Sie hat die Auffassung des Volkes nicht berücksichtigt und seine Interessen in keiner Weise wahrgenommen.

Die Teilnehmer der Tagung gegen Remilitarisierung richten deshalb im Namen des deutschen Volkes die Aufforderung an die Bundesregierung in Bonn,

eine Volksbefragung durchzuführen über folgende Frage:

Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?

In tiefer Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes rufen wir alle Parteien, Gewerkschaften, die Kirchen aller Konfessionen, Persönlichkeiten, Vereinigungen und Komitees auf, diese Forderung an die Bundesregierung zu unterstützen.

Jeder von uns übernimmt die Verpflichtung, sich mit Nachdruck für die Volksbefragung einzusetzen. In den Städten und Dörfern unserer Länder werden wir mit allen gleichgesinnten Männern und Frauen Volksbefragungsausschüsse ins Leben rufen. Zur Zusammenfassung und Leitung der Volksbewegung gegen die Kriegsvorbereitungen haben wir aus Vertretern aller Schichten der friedliebenden Bevölkerung einen vorbereitenden Ausschuß gegen die Remilitarisierung Deutschlands gewählt.

Ein dritter Weltkrieg wird verhindert und der Friede geteilt werden, wenn das deutsche Volk von seinem demokratischen Recht Gebrauch macht, über sein Schicksal, über Krieg oder Frieden selbst zu entscheiden und seinen Willen zur Ablehnung der Remilitarisierung durch eine Volksbefragung zum Ausdruck bringt.

Nur so kann eine friedliche und glückliche Zukunft für unser Volk gesichert werden.

(Einstimmig angenommen von den 1700 Teilnehmern der Tagung)

Essen, 28. Januar 1951

Dorbereitender Austausch gegen die Remilitarisierung Deutschlands

Zustimmungs-Erklärungen erbitten wir an die Adresse:
Christa Thomas, Düsseldorf-Gerresheim, Pilgerweg 62

2. Erklärung des Deutschen Kongresses an die Viermächtekonferenz vom 18. März 1951

Die am 18. März 1951 auf dem Kongress in Frankfurt/M. versammelten Vertreter des DEUTSCHEN KONGRESSSES, einer Vereinigung zahlreicher politisch und weltanschaulich unterschiedlicher Verbände und Gruppen, bitten – unter Berufung auf die in vielen Volksbefragungen ausgesprochene Haltung des deutschen Volkes – den amerikanischen, den britischen und den französischen Hohen Kommissar und die sowjetische Kontrollkommission, über ihre Regierungen der Außenministerkonferenz folgende Erklärung vorzulegen:

Wir sind einig in der Überzeugung, daß ein in Freiheit wiedererweiltes Deutschland, das weder im Rahmen des westlichen noch des östlichen Paktsystems auflöst, ausgleichend zwischen den bewaffneten Weltgegensätzen wirken wird.

Das deutsche Volk hat sechs Jahre nach Eintritt der Waffenruhe einen Anspruch auf schnellen Friedensschluß, auf Regelung seiner internationalen Rechte und Pflichten, auf selbständige Gestaltung seiner staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, und es wünscht:

1. Die Zulassung der freien, allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung im gesamten besetzten Deutschland.

2. Den Abbau von Maßnahmen wie zwei verschiedene Währungsreformen, Zonenschränken und Verkehrs- und Wirtschaftsbeschränkungen, durch die zwei deutsche Staatsgebilde mit stark unterschiedlicher, wirtschaftlicher, politischer und sozialer Struktur entstanden sind.

3. Das deutsche Volk erwartet von den vier Besatzungsmächten, daß sie den Weg geben zur Bildung einer freien, föderativen, wirtschaftlichen und politischen Einheit aller deutschen Länder, ohne welche die Ratifizierung eines Friedensvertrages mit Deutschland unmöglich bliebe.

4. Das deutsche Volk erwartet auf Grund wiederholter Zusagen und als sein natürliches Recht den schnellen Friedensschluß, weil allein dadurch eine sonst unausbleibliche soziale und wirtschaftliche Verelendung abzuwenden ist. Im wiedervereinigten, aber über-völkerten Deutschland ist ein ausgeglichenes, friedliches, politisches System auf die Dauer nur dann lebensfähig, wenn dem deutschen Volke für seine ausreichende Ernährung die volle Freiheit seiner Arbeitskraft und durch den Friedensvertrag die freie Verfügung über seine Bodenschätze und Rohstoffquellen sowie eine allseitige weltwirtschaftliche Verbundenheit Deutschlands mit der Umwelt gewährleistet wird.

5. Insbesondere erwartet das deutsche Volk, daß bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages seine Vertreter hinzugezogen und gehört werden.

6. Unabhängig von der deutschen Einigung fordert die Mehrheit des deutschen Volkes, die Abrüstung und Demilitarisierung in allen deutschen Besatzungsgebieten aufrechterhalten bzw. durchzuführen,

a) weil das deutsche Volk am letzten Weltkrieg biologisch und wirtschaftlich so ausgeblutet ist, daß es eine wirklich erfolgreiche, verschonende militärische Verteidigung seines Gebietes nach keiner Seite durchführen kann,

b) weil schon der bloße Versuch einer Neuaufrüstung und Remilitarisierung und sogar schon ein Eingehen auf die Anforderungen von deutschen »Verteidigungsbeiträgen« die Gefahr eines für Deutschland vernichtenden Bruderkrieges herbeiführt,

c) weil das deutsche Volk die Überzeugung gewonnen hat, daß Kriege keine Probleme lösen.

7. Der innere Friede in Deutschland kann auf die Dauer nicht durch ausländische Streitkräfte gesichert werden. Nun aber werden sogar die zunächst zur Überwachung der deutschen Entmilitarisierung ins Land gelegten Truppen der Besatzungsmächte verstärkt, ja, es werden auf deutschem Boden Kriegsvorbereitungen getroffen. Verstärkung der Besatzungstruppen und Auferlegung ihrer Milliardenkosten bedroht aber das auf engem Raum zusammengehemmte deutsche Volk unmittelbar mit Wirtschaftsbankrott und sozialem Zusammenbruch.

8. Wir beschwören die vier Besatzungsmächte, den deutschen Willen zur Unabhängigkeit zu achten und auf jegliche Aufstellung bewaffneter deutscher Verbände zu verzichten. Wir appellieren an die Besatzungsmächte, sofort Maßnahmen zu treffen zur Verringerung und zum Abzug ihrer Truppen, sowie zur entsprechenden Herabsetzung der Besatzungskosten. Es liegt in ihrem und in unserem Interesse, sich auf die völkerrechtlich schon einmal vereinbarte Demilitarisierung des gesamtdeutschen Gebietes zu einigen.

9. Die Sorge vor einem deutschen Bürgerkrieg darf nicht gegen die Räumung und Wiedervereinigung Deutschlands geltend gemacht werden. Die innere Sicherung Deutschlands soll vielmehr deutschen Polizeikräften unter der Autorität der freigewählten deutschen Länderregierungen überlassen werden. Die Bewaffnung dieser Polizeikräfte darf keinesfalls kriegsmäßig sein.

10. Der DEUTSCHE KONGRESS betwortet, die deutsche Neutralität in der deutschen Verfassung festzulegen. Wir bitten die Mächte, den vom deutschen Volke zum Ausdruck gebrachten Willen zur Neutralität anzuerkennen und diese durch internationale Verträge zu garantieren.

In seinem deutschen Vorschlag sieht der DEUTSCHE KONGRESS den wertvollsten Beitrag zum Weltfrieden und zur Aufrichtung einer neuen, gerechten Ordnung in Europa. Nur auf dieser Grundlage hofft der Kongreß, den durch Krieg und Nachkrieg Geschlagenen eine neue Existenz und eine neue soziale Ordnung und allen Schichten unseres

Volkes ein gesichertes, menschenwürdiges Dasein bereiten zu können. Der DEUTSCHE KONGRESS will durch Wort und Schrift, durch Taten und allesonstigen demokratischen Mittel wirken für die innere Freiheit, die Wiedervereinigung, Unabhängigkeit und Friedenssicherung Gesamtdeutschlands. Gruppen, die sich der »Deutschen Kongress«-Bewegung anschließen, brauchen dadurch ihr eigengesetzliches Leben nicht aufzugeben. Jedes Einzelmitglied des »Deutschen Kongresses« kann auch Mitglied anderer Organisationen sein. Wir rufen die Deutschen auf, sich über allen Parteihader hinweg im »Deutschen Kongress« zur Vertretung ihrer Gesamtinteressen zu sammeln und uns ihre Anschrift mitzuteilen.

Der Rat des Deutschen Kongresses

I. A.

Wolf Schenke,

Hamburg 20, Gneisenaustraße 6, III

Verantwortlich für den Inhalt: Wolf Schenke, a Hamburg 20, Gneisenaustraße 6, III.

(Flugblatt, a S., gedruckt)

3. Entwurf für einen »Innerdeutschen Vertrag zur Vermeidung des deutschen Bruderkrieges« vom 30. September 1931 (Deutscher Kongreß)

Weil jetzt sechs Jahre nach Durchführung einer deutschen Abrüstung, die vier Mächte Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und Vereinigte Staaten keinen Frieden und keine Gesamtvereinbarung mit dem deutschen Volk abgeschlossen haben, und solange unser Volk gegen seinen Willen in zwei bisher nicht souveräne Teilgebiete aufgespalten und von Siegermächten besetzt bleibt, deren ideologische, wirtschaftliche und politische Gegensätze zu automatischen Kriegsbündnissen und auch auf deutschem Boden schon zu gegenseitigen Kriegsvorbereitungen geführt haben, droht die Gefahr einer Hineinziehung und eines Mißbrauches deutschen Lebens und deutschen Landes für fremde Interessen, droht die Gefahr eines deutschen Bruderkrieges.

Unabhängig vom Ausgang anderer internationaler Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens müssen verantwortungsbewußte Deutsche selbst handeln und unter Berufung auf das natürliche Selbstverhaltensrecht unseres Volkes und unter Berufung auf das auch für Deutschland geltende Völkerrecht der Haager Landkriegsordnung proklamieren:

Die rechtliche und moralische Verpflichtung aller Deutschen zur Ablehnung jeglicher Militarisierungsmaßnahmen bis zum Abschluß eines Gesamtfriedens und bis zur staatlichen Wiedervereinigung und Wiedergewinnung der Souveränität für das gesamte Deutschland.

Damit alle Deutschen aufgeklärt werden über ihre Rechte und Pflichten und um keinen Zweifel zu lassen über eine pflichtmäßige deutsche Haltung beim Ausbruch kriegsrischer Konflikte, die sich auf deutsche Gebiete erstrecken, soll im einzelnen gelten folgender

Innerdeutscher Vertrag zur Vermeidung des deutschen Bruderkrieges

Artikel I

Solange deutsche Gebiete von fremden Truppen besetzt sind, solange Deutschland nicht staatlich wiedervereinigt und nach freien Wahlen durch eine Nationalversammlung neu konstituiert ist und solange es nicht durch einen gesamtdeutschen Friedensvertrag souverän und gleichberechtigt in den Kreis freier Nationen zurückgekehrt ist, hat jeder Deutsche die natürliche, rechtlich und sittlich begründete Pflicht, jede Einmischung und Hineinziehung in Konflikte der Sieger- und Besatzungsmächte abzulehnen, keine einseitigen Angriffs- oder Verteidigungsbeiträge zu leisten und jede Teilnahme an Maßnahmen einer deutschen Militarisierung zu unterlassen.

GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT

des Bundesministers des Innern / des Bundesministers für Vertriebene
des Bundesministers für Wohnungsbau / des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen
des Bundesministers für Angelegenheiten des Bundesrates

HERAUSGEGEBEN VOM BUNDESMINISTERIUM DES INNERN

ERGANG

BONN, DEN 8. MAI 1951

NUMMER 11

Der Bundesminister des Innern

A. Amtliche Bekanntmachungen

Verfassung, Verwaltung und öffentliche
Sicherheit

Frage gegen die Remilitarisierung und für
Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland
im Jahre 1951

Abschluß der Bundesregierung vom 24. April 1951

— 1333, F C — 846/51 —

Bundesregierung beschließt:

von der SED, dem Gewalthaber der Sowjet-
macht, betriebene Volksbefragung „gegen Remili-
tarisierung und für Friedensschluß im Jahre 1951“
dazu bestimmt, unter Verschleierung der ver-
fassungsfeindlichen Ziele die freiheitliche, demo-
kratische Grundordnung der Bundesrepublik zu
untergraben. Die Durchführung der Aktion stellt
einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ord-
nung des Bundes dar.

Alle Vereinigungen, die diese Aktion durchführen,
insbesondere die dazu errichteten Ausschüsse sowie
die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
(VN), die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der
gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forst-
wirtschaft und das Deutsche Arbeiterkomitee rich-
ten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung
und sind daher durch Artikel 9 Absatz 2 GG
des Gesetzes verboten.

Landesregierungen werden gem. § 5 des Ge-
setzes über die Zusammenarbeit des Bundes und
der Länder in Angelegenheiten des Verfassungs-
schutzes vom 27. 9. 1950 — BGBl. S. 682 —
gebet, jede Betätigung solcher Vereinigungen
zur Volksbefragung zu unterbinden.

Gründe:

1. Auf dem 3. Parteitag der SED vom 20.—24. 7. 1950 und dem sogenannten ersten deutschen Nationalkongreß vom 26. 8. 1950 in Ost-Berlin wurden die grundlegenden Entschlüsse über die Einbeziehung Westdeutschlands in den Machtbereich des Kommunismus gefaßt. In Ausführung dieser Beschlüsse betreibt die SED Aktionen gegen die Bundesrepublik, die die Untergrabung der Autorität aller verfassungsmäßigen Organe der Bundesrepublik zum Ziele haben, um die Bevölkerung des Bundesgebietes für einen kommunistischen Umsturzversuch reif zu machen.
2. Grotewohl hat am 21. 7. 1950 zum nationalen Widerstand gegen die Bundesrepublik aufgerufen. Pieck hat am 26. 8. 1950 zum offenen Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik aufgefordert. Ulbricht hat im August 1950 die Mißachtung der Gesetze und Verordnungen der Bonner Verwaltung als nationales und demokratisches Recht des deutschen Volkes proklamiert.
3. Die im Februar 1951 veröffentlichten Thesen zum 3. Parteitag der KPD rufen zu einer aktiven Widerstandsbewegung gegen die Remilitarisierung auf. Als einer der wesentlichsten Aufgaben der nächsten Zeit wird darin „der Kampf für die Durchführung eines Volksentscheides gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951“ bezeichnet. Es heißt darin weiter: „Die kommunistische Partei unterstützt mit allen Kräften den vom ersten Kongreß der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung und Wiederaufrüstung beschlossenen Entwurf zur Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951. Im Falle der Ablehnung dieser Forderungen durch die Bonner Regierung müssen alle Maßnahmen zur Durchführung einer öffentlichen Volksabstimmung durch die Sammlung von Unterschriften, durch die Annahme von Entschlüssen auf Versammlungen und Kongressen, durch die Organisation von Abstimmungen in den Gemeinden, Betrieben, Städten und Bezirken getroffen werden.“

Ebenso propagiert die „Europäische Arbeiterkonferenz“ vom 23.—25. 3. 1951 in Ost-Berlin die „Volksbefragung“. Sie stellt dem am 7. April 1951 in Essen gegründeten Deutschen Arbeiterkomitee folgende Aufgabe: „Fordert und organisiert die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands. Fordert den Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen entmilitarisierten Deutschland noch in diesem Jahr.“

Vorbereitungen für die Wiederaufrüstung und Widerspruch ... (1950-1953)

46: Aufruf der Notgemeinschaft für den Frieden Europas zur Unterzeichnung ihrer Petition gegen die Aufrüstung, Februar 1952

Was tust Du, um die Aufrüstung zu verhindern?

Unterschreibe die Petition gegen die Aufrüstung!

Dr. Dr. Gustav Heinemann • Helene Wessel

Bundesminister a. D.

Bundestagsabgeordnete

NOTGEMEINSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN EUROPAS

Auch Deine Stimme zählt!

An den
Herrn Präsidenten des Bundestags
BONN

Da uns die Mitbestimmung über die geplante Wiederbewaffnung unseres Volkes versagt wird, bleibt uns als letzte legale Möglichkeit zur Bekundung unseres Willens nur eine Petition an den Bundestag. Wir sind der Überzeugung, daß eine westdeutsche Aufrüstung nicht der Sicherung des Friedens diene, sondern die Kriegsgefahr erhöhe. Ein Krieg würde unser Untergang sein. Deutschland wäre kein Schauplatz. Wir wollen aber nicht, daß es uns wie den Koreanern geht, wo man erst dann wieder Verhandlungen suchte, nachdem die Feuerwalze fremder Mächte Volk und Land vernichtet hatte.

Wir glauben nicht daran, daß westdeutsche Aufrüstung zur friedlichen Befreiung der Sowjetzone und Wiederherstellung der deutschen Einheit führt. Aufrüstung wird vielmehr den Eisernen Vorhang dichter schließen und 18 Millionen Deutsche, vor allem die junge Generation, den Gegenmaßnahmen des Sowjetismus preisgeben. Ohne eine Friedensregelung mit allen vier Besatzungsmächten kann es völkerrechtlich überhaupt keine deutschen Soldaten geben. Wehrpflicht wäre ein staatlicher Zwang zu völkerrechtlich widrigem Verhalten.

Wir fordern den Bundestag deshalb auf, die geplante Aufrüstung abzulehnen und die Bundesregierung zu veranlassen, eine Politisch-rechtliche Verständigung und glaubhafter Bemühung um die Wiedervereinigung Deutschlands unter einer gesamtdeutschen Regierung zu führen.

Wir übergeben diese Petition dem früheren Bundesminister Dr. Heinemann und der Bundestagsabgeordneten Frau Helene Wessel mit der Ermächtigung, sie dem Präsidenten des Bundestags zu überreichen und gegenüber anderen Personen zu verteidigen.

Einzeichnungsstellen:

aus: "Es geht ums Leben!", a.a.O., S.40

HAUPTAUSSCHUSS GEGEN REMILITARISIERUNG, FÜR DEN ABSCHLUSS EINES FRIEDENSVERTRAGES



Aufruf!

Am 16. März 1952 fand in Hohensyburg/Westf. die erweiterte Präsidiumstagung des Hauptausschusses für Volksbefragung statt. An dieser Tagung nahmen 320 deutsche Männer, Frauen und Jugendliche aller Kreise aus Westdeutschland, aus dem Saargebiet und aus Westberlin teil. Der Hauptausschuss übergab der Öffentlichkeit einen abschliessenden Bericht über die Ergebnisse der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages. Mit Einmütigkeit beschloss die Tagung, in einem Aufruf alle Deutschen aufzufordern, sich tatkräftig gegen Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages einzusetzen.

Indem wir Ihnen hiermit diesen Aufruf in vollem Wortlaut vorlegen, bitten wir Sie, dem in ihm zum Ausdruck kommenden Willen unseres Volkes zum Frieden auch durch Ihre Unterschrift Ihre Zustimmung und Unterstützung zu geben.

9 119 667 Männer, Frauen und Jugendliche der Bundesrepublik, des Saargebietes und der Westsektoren Berlins haben in der Volksbefragung, ungeachtet aller Verbote und Verfolgungen verfassungsbrüchiger Regierungen die Forderung auf Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland erhoben, haben Remilitarisierung und Wehrgesetz abgelehnt. In persönlicher Abstimmung haben von 6 267 312 Befragten 5 917 683 mit JA geantwortet auf die Frage: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland?“ Das sind 94,4 Proz.

So kann der Hauptausschuß für Volksbefragung mit vollem Recht der Welt erklären: Die Adenauer-Regierung ist nicht befugt, im Namen der Bevölkerung der Bundesrepublik zu

sprechen. Alle Verträge, die die Adenauer-Regierung und der Bundestag zum Zwecke der Remilitarisierung und Wiederaufrüstung unterzeichnet haben oder anzunehmen gedenken, wie Schuman-Plan, Wehrgesetz und Generalvertrag, sind null und nichtig. Der Wille des Volkes findet seinen Ausdruck in dem Ergebnis der Volksbefragung.

Aus diesem Ergebnis, das in einem Volksentscheid von derselben überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung bekräftigt werden würde, leitet das deutsche Volk das Recht her, sich allen Remilitarisierungsmaßnahmen der Adenauer-Regierung zu widersetzen.

Schon hat die Volksbefragung, schon hat der umfassende Widerstand des Volkes gegen die

Bonner Remilitarisierungspläne die Aufstellung einer deutschen Söldnerarmee im Frühjahr 1951 ebenso wie den Erlaß eines Wehrgesetzes im Frühjahr 1952 vereitelt. Auf die nationale und internationale Tagesordnung wurde der Friedensvertrag mit Deutschland gesetzt.

Die Note der Sowjetunion, in der den Regierungen der anderen Großmächte ein Entwurf der Grundzüge eines Friedensvertrages mit Deutschland unterbreitet wird, eröffnet dem ganzen deutschen Volk einen sicheren Weg, um als Großmacht des Friedens wieder seinen Platz in der Familie der Völker einzunehmen. Der Friedensvertrag, der mit der friedlichen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes durch freie, gesamtdeutsche, demokratische Wahlen untrennbar verbunden ist, bewahrt Deutschland davor, in internationale Konflikte verwickelt zu werden und in einem furchtbaren Bruderkrieg zugrunde zu gehen.

Das aber wären die Folgen des Generalvertrages und der Remilitarisierung! Schon proklamiert der Bonner Sonderbeauftragte für den Generalvertrag, Hallstein, den Ural als das Endziel der europäischen „Verteidigungsgemeinschaft“ und des Nordatlantikblocks. So würde die deutsche Jugend für fremde Interessen in allen Erdteilen verbluten, ruhm- und ehelos zugrunde gehen. Durch den Generalvertrag würde das Besatzungsregime verewigt, die Besatzungskosten und dazu dutzende Milliarden Rüstungslasten müßten ins Unermessliche anwachsen. Ueber der Bundesrepublik hinge die Drohung des Ausnahmezustandes, weil man weiß, daß das deutsche Volk nie und nimmer bereit ist, ein solches Ueber-Versailles zu dulden.

Welche Aussichten bietet uns dagegen der Friedensvertrag?

Das deutsche Volk wird frei von Besatzungstruppen und Besatzungslasten, wird frei von fremder Einmischung. Es verfügt wieder über seine Bodenschätze. Alle Handelschranken fallen; reger Austausch verbindet uns mit allen Ländern des Erdballs. Alle Schlote rauchen und alle Hände finden Arbeit. Handel und Wandel blühen. Fleiß und Begabung unseres Volkes dienen nie mehr dem Tod und der Zerstörung, sondern großen Werken des Friedens. Dem wiedervereinigten, demokratischen und friedliebenden Deutschland stände es frei, durch nationale Streitkräfte die Unantastbarkeit seiner Grenzen und seiner inneren Ordnung zu schützen. So würde der Friedensvertrag dem deutschen Volk seine volle Unabhängigkeit und Souveränität wiedergeben.

Darum begrüßt der Hauptausschuß das erneute Ersuchen der Volksvertretung der Deutschen Demokratischen Republik an die Abgeordneten des Bundestages und an das ganze deutsche Volk, dem Verlangen der Regierung der DDR nach einem Friedensvertrag und den Vorschlägen der Sowjetunion für die Grundsätze des Vertragswerkes beizutreten. Volkskammer und Regierung der DDR setzen damit den Weg konsequenter Bemühungen um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands fort.

Die Politik der Adenauer-Regierung aber droht uns an aggressive Kriegspakte zu ketten. Sie möchte vollendete Tatsachen schaffen. Darum will sie uns mit der Einführung der Wehrpflicht überrumpeln, damit schon im Sommer deutsche Soldaten an amerikanischen Manövern teilnehmen, wie es Eisenhower wünscht. Darum soll der Generalvertrag in Kürze vom Bundestag unterzeichnet werden. So will man den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland hintertreiben, obwohl er dem Wunsch aller friedliebenden Völker entspricht, weil er die Kriegsgefahr in Europa beseitigt.

Diese Versuche der Militaristen werden scheitern, wenn aus dem einheitlichen Willen des Volkes die gemeinsame Tat für den Friedensvertrag, gegen Wehrgesetz, Wiederaufrüstung und Generalkriegsvertrag wird.

Der Hauptausschuß ruft allen Deutschen zu:

Schließt Euch überall in Betrieben, Städten und Gemeinden zusammen in Volksausschüssen gegen die Remilitarisierung! Verhindert durch machtvolle Willenskundgebungen jeden Versuch der Rekrutierung und der Wiederaufrüstung! Tretet dafür ein, daß sich Eure Organisationen und Verbände, daß sich vor allem die Gewerkschaften die Forderung nach dem Friedensvertrag zu eigen machen und sich kompromißlos und entschlossen jeder Remilitarisierung widersetzen! Steht der Jugend bei und schützt sie vor dem Zugriff der Rekrutierungskommandos! Helft den Frauen und Müttern bei der Verteidigung des Lebens ihrer Männer und Söhne!

Heute ist jeder Deutsche aufgerufen, heute muß jeder Farbe bekennen!

In den Volksausschüssen gegen die Remilitarisierung haben alle friedliebenden Deutschen, alle Organisationen, Gemeinschaften und Persönlichkeiten, die die Gefahr der Remilitarisierung erkennen und abwehren wollen, die Möglichkeit, ihren Platz zu finden und mitzuarbeiten.

Der Hauptausschuß gegen die Remilitarisierung — für Abschluß eines Friedensvertrages ruft allen Deutschen zu:

Vereinigt Euch! In Eurem Zusammenwirken, in Eurem gemeinsamen Handeln liegt die große

Kraft, die uns den Friedensvertrag erringt und an der alle Remilitarisierungspläne zerschellen. Die Einheit des Willens und der Tat verbürgt den Sieg für das Leben unseres Volkes, für die friedliche Zukunft unserer Nation!

Hohensyburg, am 16. 3. 1952

Das erweiterte Präsidium des Hauptausschusses gegen Remilitarisierung für den Abschluss eines Friedensvertrages

Walter Staubitz, Kreisrat, Vorsitzender des Sozialdemokratischen Ausschusses zur Verhinderung der Wiederaufrüstung, Bad Rappenau.

Karl Hentschel, Generalmajor a. D., Münster.

Edith Hoereth-Menge, Stadträtin in München.

Johannes Oberhol, Pastor Prim., Bremen.

Dr. Walter Schmitt, Dramaturg, Vorsitzender des Zentralen Ausschusses gegen Remilitarisierung in Westberlin.

Fritz Roßlani, Betriebsrat „Zollverein“, Essen.

Anton Pulz, 1. Sekretär des Kreisverbandes der Bauernpartei, München.

Bürgermeister a. D. Rothacker, Bauer in Schwieberdingen, Kreistagsabgeordneter der DVP.

Christa Thomas, Pax-Christi-Bewegung, Düsseldorf.

Arnold Haumann, Mitglied des Präsidiums der Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen Rekrutierung Nordrhein-Westfalen, Dortmund.

Hr. Gerlach, Betriebsratsvorsitzender und Vorstandsmitglied d. Radsport-Verbandes Württemberg, Stuttgart.

Claudia Kuhr, 1. Vorsitzende des „Neutralen Deutschland“, Hamburg.

Ludwig Schuh, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der Nürnberg-Fürther Betriebe gegen Remilitarisierung, Fürth.

Michel Wallrich, Hüttenarbeiter, Völklingen/Saar.

Professor Dr. phil. et. rer. pol. Georg Herrmann, Freudenstädter Komitee für Frieden und Einheit.

Eleon von Rommel, Mitglied des Präsidiums der Frauenfriedensbewegung Bayern, Tutzing.

Erich Rautenberg, CDU-Bezirksabgeordneter, Hamburg-Schnelsen.

Theo Schneiderbanger, Betriebsratsvorsitzender der Handwerkskammer von Mittelfranken und Vorstandsmitglied der Gewerkschaft HBV, Nürnberg.

Dr. med. Dr. phil. nat. Hilarius Rady, Düsseldorf.

Paul Czuba, Betriebsvertrauensmann „Westfalenhütte“ und Jugendwohlfahrtspfleger, Dortmund.

Wolfgang Fochtner, Vorsitzender des Ausschusses zur Verteidigung des Bauernlandes Hohenfels.

Charlotte Hübler, Mitglied des Präsidiums der Frauenfriedensbewegung Hessen, Kassel.

Herbert Schwegler, Vorsitzender des Betriebsausschusses gegen Remilitarisierung Bayer-Werke Leverkusen.

Otto Mark, Hauptmann a. D., Bund der Kriegsdienstverweigerer, Düren.

Walter Poth, Mitglied des Parteivorstandes der KPD, Düsseldorf.

Erna Hintz-Vonthron, Schriftstellerin, Essen.

Harry Kersten, Polizeibeamter und stellvertretender Vorsitzender der „Schnelsen Friedensgemeinschaft“ Hamburg.

Willi Wittmeier, Vorstandsmitglied des Aero-Clubs, Minden.

Willi Behrendt, 1. Vorsitzender des Ausschusses gegen Rekrutierung, Zeche „Shamrock“, Wanne-Eickel.

Fritz List, Vorsitzender der „Tatgemeinschaft für den Frieden“, Pirmasens.

Josef Narkowitsch, Betriebsrat EAW Friedrichshafen.

Rudolf Olechnowitz, Dipl.-Landwirt, Wetzlar.

Therese Dittler, Verteidigungsausschuß der 18 Ludwigshafener Patrioten, Mitglied des Vorstandes des Arbeitersamariterbundes.

Max Zimmermann, Vorsitzender der Besatzungsgeschädigten, Neu-Isenburg.

Joseph Lang, Schriftsetzer, Baden-Baden.

Professor Secker, Kunsthistoriker, Horst/Rhein.

Walter Vierheller, Kampfausschuß gegen Remilitarisierung Daimler-Benz-Werke, Mannheim.

Helene Englisch, Zentralverband der Vertriebenen Deutschen, Gröbenzell.

Paul Erwin Lorenz, Mitglied des Präsidiums der „Tatgemeinschaft der jungen Generation“, Kiel.

Dr. Erich Frenzel, Oberstleutnant a. D., Augsburg.

Christian Drögemeler, Betriebsrat Bundesbahn, Dankersen.

Dr. Otto Linne, prakt. Arzt, Wuppertal.

Fritz Glapack, Ingenieur und Vorsitzender des Kampfausschusses gegen Remilitarisierung Hentschel-Werke, Kassel.

Martha Diegel, SPD-Gemeinderätin, Hann.-Westerfeld.

Karl Behrens, Oberstfeldmeister a. D., Vilshofen.

Walter Güttner, „Aktionsgruppe Frankfurt“.

Oswald Dobbeck, Verleger, Speyer.

Ludwig Möller, Betriebsrat „Pfälzische Gummi-Werke“ u. Mitgl. des Kreis Ausschusses des VdK, Frankenthal.

Gertrud Rohse, SPD-Gemeinderätin, Telgte/Westfalen.

Georg Gassmann, Photograph, Baden-Baden.

Leonhard Rehahn, Betriebsratsvorsitzender, Aachen-Kohlscheid.

Dipl.-Ing. Oskar Neumann, München.

Margot Jaspert, Jugendausschuß gegen Rekrutierung, Ahlen/Westfalen.

Dr. Karl Löwenstein, Vorsitzender des „Bundes der Kriegsdienstverweigerer“, München.

Hermann Kuhl, Kampfausschuß der Opel-Arbeiter gegen Remilitarisierung, Bensheim.

Eva Stahl-Nachbaur, Schauspiel., Rheydt-Odenkirchen.

Karl-Ludwig Kraus, Gemeinschaft der Jugend gegen Rekrutierung, Stuttgart.

Reinhold Glinch, Kaufmann und Ratsherr in Oldenburg.

Herbert Linke, Evangelische Jugend, Hamburg.

Richard Jung, 2. Vorsitzender der IG Bau und Betriebsratsvorsitzender, Ludwigshafen.

Hans Bender, „Bund der Kriegsdienstverweigerer“, Solingen.

Alfred Helnz, Student, „Deutscher Pfadfinder-Bund 1911“, Mainz.

Die Ergebnisse der Volksbefragung

gegen die Remilitarisierung

und für den Abschluß eines Friedensvertrages

Im Herbst 1950 wurde bekannt, daß der Bonner Bundeskanzler Dr. Adenauer Geheimverhandlungen mit dem amerikanischen Oberkommissar McCloy über die Aufstellung einer westdeutschen Söldnerarmee führte. Diese, gegen die nationalen Lebensinteressen gerichteten Verhandlungen erweckten in der Bevölkerung den schärfsten Widerspruch. Das Volk meldete seinen begründeten demokratischen Anspruch an, in dieser Schicksalsfrage gehört zu werden und selbst seine Entscheidung zu treffen.

Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens machten sich die Forderung auf eine demokratische Selbstentscheidung des deutschen Volkes zu eigen. In der Erkenntnis, daß die Remilitarisierung den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands versperrt, Deutschland und Europa erneut in den Abgrund des Krieges stürzt und den Bruderkrieg, den Krieg Deutsche gegen Deutsche bedeutet, forderte der von 1700 Sprechern aller Berufe, politischen Richtungen und Konfessionen besetzte „Essener Kongreß gegen die Remilitarisierung“ das deutsche Volk auf, seinen Willen zur Ablehnung der Remilitarisierung durch eine Volksbefragung zu bekunden. Der Kongreß richtete am 29. Januar 1951 an den Bundeskanzler Dr. Adenauer das Ersuchen, diese Volksbefragung einzuleiten über die Frage: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?“

Der Bundeskanzler Dr. Adenauer schenkte dieser Forderung des Volkes kein Gehör. Wider Recht und Gesetz, unter Bruch des Grundgesetzes, erließ die Bundesregierung am 24. 4. 1951 ein Verbot der Volksbefragung. Die Stimme des Volkes sollte erstickt und die Remilitarisierung und Wiederaufrüstung gegen den Willen des

Volkes erzwungen werden. Um diese Vorbereitungen zum Kriege zu vereiteln, rief der „Hauptausschuß für Volksbefragung“ entsprechend dem ihm auf der Essener Konferenz erteilten Auftrag, die deutschen Männer und Frauen und die deutsche Jugend auf, die Volksbefragung durchzuführen und ihre Stimme gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages abzugeben. Der Appell des „Hauptausschusses für Volksbefragung“ an die Deutschen, ein millionenfaches JA auf die Waagschale des Friedens zu legen, fand in allen Kreisen der Bevölkerung begeisterte Zustimmung. Der Hauptausschuß für Volksbefragung stellte fest: noch niemals in seiner Geschichte war sich das deutsche Volk so einig, wie in der Ablehnung der Remilitarisierung und der Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland; noch niemals befand sich eine Regierung derart im Gegensatz zum Volkswillen, wie das Adenauer-Kabinett.

Als Beweis für diese Feststellung übergibt der „Hauptausschuß für Volksbefragung“ hiermit dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit das Ergebnis der Volksbefragung in Westdeutschland und Westberlin.

Bei 71812 Volksbefragungs-Aktionen in Betrieben, Wohnvierteln und Dörfern, in 8136 öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen, in gewerkschaftlichen Urabstimmungen, durch Beschlüsse von Gesamtbetriebsräten und Betriebsrätekonferenzen, durch 1769 Entschlüsse der Vorstände oder Delegiertenkonferenzen von Gewerkschaften, Kriegsgesundheits- und Kriegsgeächteten-Organisationen, Jugendverbänden und Sportvereinen, durch Protestresolutionen von Flüchtlings- und Erwerbslosenkongressen, sowie durch Umfragen von Zeitungen, Zeitschriften, Institutionen und Universitäten haben

9 119 667 Männer, Frauen und Jugendliche

der Bundesrepublik, des Saargebietes und der Westsektoren Berlins klar und unmißverständlich zu erkennen gegeben:

Wir fordern den sofortigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, wir sind für die friedliche Wiedervereinigung der Deutschen in einem unabhängigen, freien und friedliebenden Vaterland.

Wir sind gegen jede Remilitarisierung und Wiederaufrüstung.

Von den 6 267 302 deutschen Männern, Frauen und Jugendlichen, die einen Stimmzettel in die Urne warfen oder auf Versammlungen und Kundgebungen abstimmten, antworteten

5 917 683 oder 94,41 Prozent mit JA

auf die Frage: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland?“

Mit dieser Abstimmung machte das Volk von seinem demokratischen Grundrecht Gebrauch und bekundete

seinen einmütigen Willen gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Dieses überwältigende Abstimmungsergebnis ist in 77 861 von Zeugen unterschriebenen und geprüften Protokollen niedergelegt.

Die Adenauerregierung ließ nichts unversucht — weder politische Verfolgung, noch wirtschaftlichen Druck, weder behördliche Maßregelung und Haussuchung, noch richterliche Strafmandate — um die demokratische Meinungsäußerung der Bevölkerung zu unterbinden. Im Besitz des Hauptausschusses für Volksbefragung behielten sich Unterlagen davor, daß in 8.781 Einsätzen Zehntausende von Polizeibeamten in Uniform und Zivil aufgeboten waren, um die Befragung der Bevölkerung zu verhindern. 7.331 Helfer der Volksbefragung wurden

verhaftet und mehr als tausend Gerichtsverfahren anhängig gemacht.

Nationalgesinnte und rechtsbewußte Richter haben in zahlreichen Fällen das Verbot der Volksbefragung für rechtmäßig und verfassungswidrig erklärt, die Willkürmaßnahmen der Adenauerregierung zurückgewiesen und die Befragung des Volkes als natürliches, demokratisches Recht anerkannt. Damit haben sie die Legalität dieser machtvollen Vol- bestätigt.

Abstimmungsergebnisse aus den Betrieben

Für die Bergarbeiter der Ruhr sprachen schon in den ersten Tagen der Volksbefragung 2.180 Belegschaftsmitglieder der Schachtanlage „Recklinghausen II“, von denen sich 2.118 in gewerkschaftlicher Urabstimmung gegen die Wiederaufrüstung entschieden.

1.055 Bergarbeiter der Tagschicht und 600 Bergarbeiter der Nachtschicht der Zeche „Nordstern“ in Gelsenkirchen stimmten am gleichen Tage für den Frieden.

Schachtanlage „Brasser“, Marl	1.947 Beifr. 1.891 JA
Zeche „Kaiserstuhl“, Duisburg	1.136 Beifr. 1.130 JA
„Consolidation“, Gelsenkirchen	1.663 Beifr. 1.632 JA
„Viktoria“ I/II, Marl-Hüls	1.227 Beifr. 1.086 JA
„Dahlbusch“, Gelsenkirchen	1.002 Beifr. einst.
„Zentrum“ u. „Holland“, Wattenscheid	2.685 Beifr. 2.605 JA
„Bismarck“ II, Gelsenkirchen	966 Beifr. 911 JA
„König Ludwig“ IV/V	2.189 Beifr. 2.157 JA
„Fürst Leggold Baldur“	2.174 Beifr. 2.129 JA
Zeche „Westerhold“	3.500 Beifr. 3.395 JA
„König Ludwig“ I/II	1.807 Beifr. 1.701 JA
„Thyssen“, Hamborn	1.073 Beifr. 985 JA
„Rosenblumendelle“, Mülheim	1.500 Beifr. einst.

Wie auf diesen Gruben, so erklärten sich auch die Bergarbeiter auf den übrigen Gruben an Rhein und Ruhr gegen die Bildung einer deutschen Söldnerarmee und gegen die Remilitarisierung. Ebenso eindeutig lehnten die deutschen Metallarbeiter die Wiederaufrüstung ab, wofür folgende Beispiele Zeugnis sind.

Auf der „Deutschen Werft“, Hamburg, unterschrieben 3.000 Belegschaftsmitglieder eine Erklärung gegen Remilitarisierung, Wehrgesetz und Wehrpflicht.

MAN-Werke, Augsburg	3.013 Beifr. 2.098 JA
Eisenwerke Mülheim/Ruhr	1.104 Beifr. 996 JA
Hüttenwerke Oberhausen, (Teilbeifr.)	989 Beifr. 978 JA
Hüttenwerk Hagen-Haspe	3.349 Beifr. einst.
Pfaff-Nähmaschinen, Kaiserslautern	1.945 Beifr. 1.921 JA
Howaldt-Werft, Kiel	1.632 Beifr. 1.594 JA
Daimler-Benz, Mannheim	4.407 Beifr. 4.017 JA
Bosch-Werke, Stuttgart-Feuerbach	6.033 Beifr. 5.604 JA
EAW Mülheim-Speldorf	1.151 Beifr. 1.150 JA
Opel-Rüsselsheim, (Teilbeifr.)	1.177 Beifr. 1.076 JA
Wieland-Werke, Vöhringen	1.354 Beifr. 1.266 JA

Die Ergebnisse aus anderen Industriezweigen bestätigen, daß auch die Arbeiter und Angestellten im gleichen Ausmaß und gleicher Entschlossenheit gegen die Remilitarisierung stimmten. Dafür einige Beispiele:

Zellstoffwerke	
Redenfelden-Rosenheim	1.282 Beifr. 1.264 JA
Klepperwerke, Rosenheim	865 Beifr. 863 JA
Süddeutsche Zucker-AG, Bruchsal	350 Beifr. einst.
Bemberg-Werke, Wuppertal	619 Beifr. 591 JA

Im Norden des Ruhrgebietes befragten Friedensfreunde in den drei Großspinnereien der Stadt Gronau 5.871 zumeist weibliche Belegschaftsmitglieder, von denen 5.649 mit JA stimmten.

Die Abstimmungen in den Rüstungswerken

Die Volksbefragung in so bekannten Rüstungswerken wie Krupp in Essen, die Anilin in Ludwigshafen und den Farbwerken in Höchst, ist von besonderer Bedeutung. Tausend Frauen fanden sich zusammen, um an einem einzigen Tage 12.309 Krupp-Arbeiter zu befragen, von denen nicht weniger als 11.921 ihre JA-Stimme gaben. Obwohl Hunderte von Polizisten aufgeboten waren, wurde die Befragung doch an den 70 Werkstoren zu Ende geführt.

In immer erneuten Aktionen befragten die erfindungsreichen Helfer der Volksbefragung die Belegschaft der Anilin in Ludwigshafen. Von Werkstor zu Werkstor, in

die Arbeiterzüge, in Siedlungen, von Abteilung zu Abteilung trugen sie die Urnen und den Stimmzettel. So erzielten sie bei 20.023 Befragten das Ergebnis von 18.893 JA-Stimmen. Dieses Resultat bestätigt, daß der Gesamtbetriebsrat der Anilin im Namen aller 26.000 Werksangehörigen sprach, als er entschiedenen Protest gegen das von Adenauer vorbereitete Wehrgesetz erhob, in dem er „eine ungeheure Gefahr für den Frieden Europas erblickt“. Ebenso sprach sich die Belegschaft der Höchstler Farbwerke, eines Schwesterwerkes der Anilin aus. Von den 7.231 Befragten gaben 7.027 ihre JA-Stimme ab.

Stimmenergebnisse eines ganzen Industriekreises

Die Abstimmungshelfer der Bergarbeiterstadt Recklinghausen befragten sämtliche Großbetriebe ihres Kreises. Auf nicht weniger als 15 großen Schachtanlagen, dem Buna-Werk und im Eisenbahnausbesserungswerk wurden insgesamt mehr als 30.000 Arbeiter befragt. Das

JA der Belegschaften des Industriekreises Recklinghausen für den Friedensvertrag und gegen die Remilitarisierung war überwältigend. 30.512 JA-Stimmen standen 272 NEIN-Stimmen gegenüber.

Wiederbewaffnung contra Wiedervereinigung (1952–1955)

63: Das "Deutsche Manifest" der Paulskirchenbewegung, Januar 1955

Deutsches Manifest

Aus ernster Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands sind wir überzeugt, daß jetzt die Stunde gekommen ist, Volk und Regierung in feierlicher Form zu entschlossenem Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnenden Tendenzen einer endgültigen Zerreißung unseres Volkes aufzurufen.

Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart—ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß—, hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab.

Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken. Eine solche Maßnahme würde die Gewissensnot großer Teile unseres Volkes unerträglich steigern. Das furchtbare Schicksal, daß sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden.

In dieser Stunde muß jede Stimme, die sich frei erheben darf, zu einem unüberhörbaren Warnruf vor dieser Entwicklung werden. Unermeßlich wäre die Verantwortung derer, die die große Gefahr nicht sehen, daß durch die Ratifizierung der Pariser Verträge die Tür zu Viermächteverhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit zugeschlagen wird.

Wir appellieren an Bundestag und Bundesregierung, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, damit die vier Besatzungsmächte dem Willen unseres Volkes zur Einheit Rechnung tragen.

Die Verständigung über eine Viermächte-Vereinbarung zur Wiedervereinigung muß vor der militärischen Blockbildung den Vorrang haben. Es können und müssen die Bedingungen gefunden werden, die für Deutschland und seine Nachbarn annehmbar sind, um durch Deutschlands Wiedervereinigung das friedliche Zusammenleben der Nationen Europas zu sichern.

Das deutsche Volk hat ein Recht auf seine Wiedervereinigung!

Heinrich Lübke
(Dr. Heinrich Lübke)

Walter Lübke
(Dr. Walter Lübke)

Heinrich Lübke
(Dr. Heinrich Lübke)

Heinrich Lübke
(Dr. Heinrich Lübke)

S. Lübke
(Dr. S. Lübke)

Heinrich Lübke
(Dr. Heinrich Lübke)

Heinrich Lübke
(Dr. Heinrich Lübke)



Lebenslauf

- 8.9.1953 geboren in Oettingen/Bayern
- 1960 - 1964 Besuch der Wilhelm Löhe-Schule (Volksschule) in Nürnberg
- 1964 - 1973 Besuch des Humanistischen Melanchthon-Gymnasiums in Nürnberg. Abschluß mit der Allgemeinen Hochschulreife 1973
- 1973 - 1974 Ableistung des Zivildienstes im Theresienkrankenhaus Nürnberg
- 1974 - 1981 Studium für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Erlangen in den Fächern Sozialkunde/Geschichte/Deutsch. Abschluß mit dem 1.Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien.
- 1982 - 1983 Auslandsstipendiat der Kurt Tucholsky-Stiftung (Hamburg) an der Universität Wien
- Juli 1984 Promotion zum Dr. phil an der Universität Erlangen. Thema der Dissertation: "Protestaktionen gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland 1948 - 1955"

Eckart Dietzfelbinger

(Eckart Dietzfelbinger)

